



Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich

Kriesi, H ; Lachat, R ; Selb, P ; Bornschie, Simon ; Helbling, M

Abstract: Die SVP hat sich in den letzten 15 Jahren stark gewandelt. Früher nur in ländlichen und protestantischen Regionen angesiedelt, ist sie unter dem Einfluss von Christoph Blocher zur stärksten Partei auf nationaler Ebene geworden. Dieses Buch bietet eine detaillierte Analyse der Gründe dieses Aufstiegs. Nach den eidgenössischen Wahlen 2003 kam es zum ersten Mal seit über 40 Jahren zu einer Veränderung in der Zusammensetzung des Bundesrates, der Schweizer Regierung. Die «Zauberformel», welche seit den Wahlen von 1959 Gültigkeit gehabt hatte, wurde modifiziert. Mit Christoph Blocher, dem charismatischen Führer der Zürcher SVP, wurde ein zweites Mitglied der SVP auf Kosten der CVP in den Bundesrat gewählt. Gleichzeitig wählte die Vereinigte Bundesversammlung mit Hans-Rudolf Merz auch einen neuen, konservativen Vertreter des Freisinns. Der Rechtsrutsch in der Regierung war das Resultat des stürmischen Aufstiegs, den die SVP seit Beginn der 1990er Jahre in Schweizer Wahlen auf allen Ebenen erlebt hatte. In diesem Band wird der Aufstieg der SVP unter die demoskopische Lupe genommen. Anhand der Selects-Umfragen zu den Schweizer Wahlen von 1995 und 2003 sowie von Analysen der Wahlkämpfe und der kantonalen Kontexte wird den Gründen des Erfolgs der SVP nachgegangen. Dazu wurden acht Kantone ausgewählt (Zürich, Bern, Aargau, Schaffhausen, Luzern, Tessin, Waadt und Genf), welche die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen für den Aufstieg der SVP repräsentieren.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-2975>

Monograph

Originally published at:

Kriesi, H; Lachat, R; Selb, P; Bornschie, Simon; Helbling, M (2005). Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich. Zürich: NZZ-Verlag.

Der Aufstieg der SVP

Der Aufstieg der SVP

Acht Kantone im Vergleich

Herausgegeben von

Hanspeter Kriesi

Romain Lachat

Peter Selb

Simon Bornschie

Marc Helbling

Verlag Neue Zürcher Zeitung

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2005 Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

ISBN 3-03823-186-X
www.nzz-buchverlag.ch

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Einleitung	1
<i>Teil 1</i>	
<i>Grundlegende Konzepte und nationale Entwicklung der SVP</i>	
Stabilität und Wandel von Parteiensystemen und die Konfliktlinie zwischen Öffnung und Abgrenzung: der theoretische Ansatz	11
Schweiz	41
<i>Teil 2</i>	
<i>Kantonales Kaleidoskop</i>	
Zürich	63
Bern	85
Aargau	109
Schaffhausen	131
Luzern	150
Tessin	173
Waadt	192
Genf	214
<i>Teil 3</i>	
<i>Vergleichende Analyse</i>	
Kantonaler Vergleich	237
Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	256
<i>Anhang</i>	
Technischer Anhang: Daten und Methoden	273
Anmerkungen	286
Literaturverzeichnis	297
Herausgeberverzeichnis	309

Vorwort

Die vorliegende Studie ist das Resultat eines Forschungsseminars am politikwissenschaftlichen Institut der Universität Zürich. Das Seminar fand unmittelbar nach den eidgenössischen Wahlen Ende Oktober 2003 statt und setzte sich zum Ziel, den fulminanten Aufstieg der SVP zu erklären, der diesen Urnengang wie schon die vorangegangenen nationalen Wahlen geprägt hat. Bei näherem Hinsehen fällt auf, dass dieser Aufstieg einem gewissen kantonalen Muster folgt. Angefangen hat er bereits zu Beginn der 1990er Jahre in einigen grossen Deutschschweizer Kantonen wie Aargau und Zürich. Bei den Wahlen 1999 setzte er sich dann in der Innerschweiz fort, um 2003 auch die welschen Kantone zu erfassen. Die Studierenden erhielten daher die Aufgabe, die Entwicklungen in einem von acht ausgewählten Kantonen zu analysieren. Dazu standen ihnen Umfragedaten zu den Wahlen 1995 und 2003 sowie Medieninhaltsdaten zu den entsprechenden Wahlkampagnen zur Verfügung, die im Rahmen der schweizerischen Wahlstudie SELECTS erhoben worden sind. Zusätzliche Kampagnedaten und Hintergrundinformationen zur kantonalen politischen Geschichte wurden von den Studierenden selbst zusammengetragen.

Im vorliegenden Band finden Sie die besten dieser studentischen Berichte zu den einzelnen Kantonen vereinigt. Die einzelnen Kantonskapitel legen Zeugnis ab von der Kreativität und Forschungskapazität der beteiligten Studierenden. Auch die Arbeiten der Gruppen, die hier nicht vertreten sind, haben zum Teil sehr hohen Ansprüchen genügt. Als Betreuer dieses Seminars möchten wir allen beteiligten Studierenden ganz herzlich für ihren Einsatz und ihre Kooperationsbereitschaft danken. Wir haben ihre Kapitel redaktionell überarbeitet und die allgemeinen Teile der Studie verfasst. Dazu gehören die einleitende Beschreibung der Ausgangssituation, Einführungen in den theoretischen und methodischen Ansatz, eine Beschreibung der gesamtschweizerischen Entwicklung, ein Vergleich der kantonalen Ergebnisse sowie Zusammenfassung und Schlussfolgerung.

Die vorliegende Studie wäre nicht möglich gewesen, hätten nicht die Kommission und die Arbeitsgruppe SELECTS der Schweizerischen Akademie für Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) unter der Leitung von Carlo Malaguerra ein Forschungsdesign entworfen, das es erlaubt, die Umfrage zu den Wahlen 1995 systematisch mit jener zu den Wahlen 2003 zu vergleichen. Nur dank der Institutionalisierung der schweizerischen Wahlforschung konnten wir uns überhaupt auf die Fragestellung des Aufstiegs der SVP einlassen. Diese Studie wäre auch nicht möglich gewesen ohne die grosszügigen Beiträge des Schweizerischen Nationalfonds (Gesuch Nr. 50CH40-101005), der Schweizerischen Bundeskanzlei, der SAGW und der Kantone Tessin, Zürich und Genf an die Finanzierung dieser Umfragen. Wir möchten uns an dieser Stelle ganz herzlich bei diesen Institutionen bedanken. Unser Dank geht auch an die rund 7500 Personen, die über ihr Wahlverhalten bereitwillig Auskunft gegeben und damit die Bereitstellung der Daten erst ermöglicht haben. Die hier verwendeten Datensätze sind im Schweizerischen Informations- und Datenarchivdienst SIDOS in Neuchâtel archiviert und der Allgemeinheit zugänglich. Schliesslich verbleibt uns noch, der SVP für die Erlaubnis zum Abdruck einer Auswahl ihrer Inserate aus den Wahlkampagnen 1995 und 2003 zu danken. Besser als viele Worte illustrieren diese Inserate Prioritäten und Stil des Protagonisten der vorliegenden Studie.

Zürich, im Mai 2005

Hanspeter Kriesi
Romain Lachat
Peter Selb
Simon Bornschier
Marc Helbling

Hanspeter Kriesi

Einleitung

Nach den eidgenössischen Wahlen 2003 kam es zum ersten Mal seit über 40 Jahren zu einer Veränderung in der Zusammensetzung des Bundesrates, der Schweizer Regierung. Die «Zauberformel», die seit den Wahlen von 1959 Gültigkeit gehabt hatte und nach der der Bundesrat aus je zwei Vertretern der Christlich-Demokratischen Partei (CVP), der Freisinnigen Partei (FDP) und der Sozialdemokratischen Partei (SP) sowie einem Vertreter der Schweizerischen Volkspartei (SVP) zusammengesetzt war, wurde modifiziert. Mit Christoph Blocher, dem charismatischen Führer der Zürcher SVP, wurde ein zweites Mitglied der SVP auf Kosten der CVP in den Bundesrat gewählt. Gleichzeitig mit dem zweiten Vertreter der SVP wählte die Vereinigte Bundesversammlung mit Hans-Rudolf Merz auch einen neuen, konservativen Vertreter des Freisinns. Der Rechtsrutsch in der Regierung war das Resultat des stürmischen Aufstiegs, den die SVP seit Beginn der 1990er Jahre in Schweizer Wahlen auf allen Ebenen erlebt hatte. Wir wollen in diesem Band diesen Aufstieg der SVP unter die demoskopische Lupe nehmen. Anhand der SELECTS-Umfragen zu den Schweizer Wahlen von 1995 und 2003 wollen wir den Gründen des Aufstiegs der SVP nachgehen. Dazu haben wir acht Kantone ausgewählt, die die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen für den Aufstieg der SVP repräsentieren.

Kantonale Parteiensysteme

In der Schweiz lassen sich drei Typen von kantonalen Parteiensystemen unterscheiden, die sich traditionell durch je sehr spezifische Parteikonfigurationen auszeichneten (Kriesi 1998a: 6 f.; Klöti 1998: 49 f.). Zunächst einmal gibt es den Typ der Parteiensysteme, die in katholischen Kantonen vorherrschten und die durch die CVP dominiert wurden. In diesen Kantonen bestimmt der traditionelle konfessionelle Konflikt zwischen den Christdemokraten und ihren liberalen Gegenspielern noch stets die politischen Auseinandersetzungen. Die Schwäche der Linken in diesen Kanto-

nen entspricht der Schwäche des Klassenkonflikts. Die Industrialisierung hatte hier spät eingesetzt und sich nie im selben Masse entwickelt wie in den ehemals protestantischen Kantonen, und zudem hatte die klassenübergreifende Strategie der Christdemokraten den Spielraum der Sozialdemokraten stark eingeschränkt. Der Stadt-Land-Konflikt bildete zudem keine eigenständige Basis für die politische Mobilisierung in diesen Kantonen, weil das Land überwiegend katholisch war, während die stärker säkularisierten städtischen Regionen die Bollwerke der Liberalen und später auch der Linken darstellten.

Der zweite Typ entspricht den konfessionell gemischten Deutschschweizer Kantonen, in denen die beiden traditionellen politischen Konflikte – der konfessionelle und der Klassenkonflikt – weit gehend beigelegt sind. In diesen Kantonen steht eine relativ starke Linke den Freisinnigen einerseits und der SVP andererseits gegenüber. In diesen Kantonen hat der Stadt-Land-Konflikt die bürgerlichen Parteien noch vor dem Ende des Ersten Weltkriegs gespalten: Die kantonalen Sektionen der Vorläuferin der SVP, der damaligen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) wurden zur Verteidigung der ländlichen Interessen gegen die städtisch dominierten Freisinnigen gegründet. Aus der BGB ging dann 1971 die heutige SVP hervor.

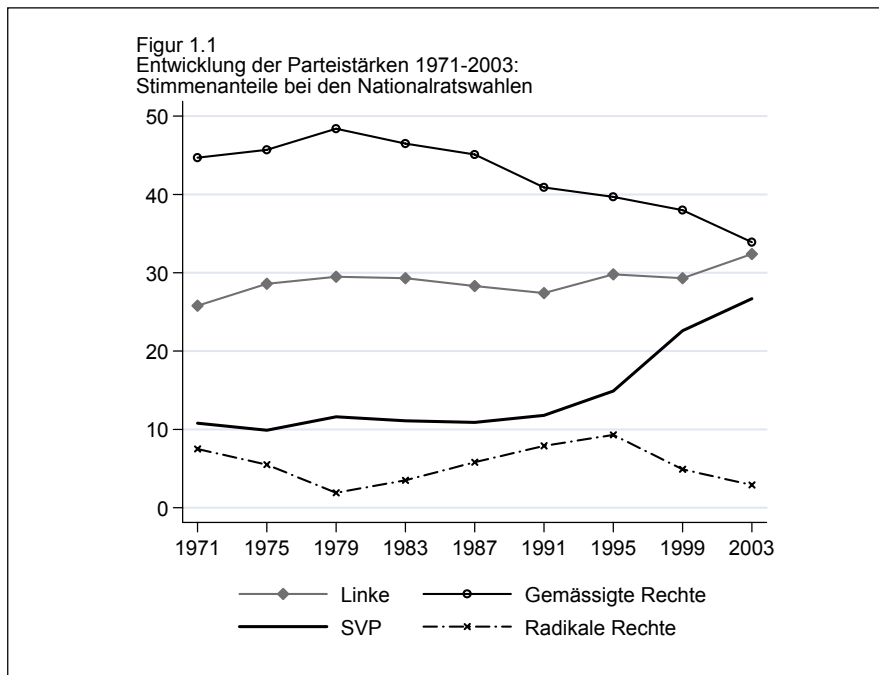
Den dritten Typ kantonaler Parteiensysteme finden wir in den konfessionell gemischten welschen Kantonen. Hier wird eine noch stärkere Linke mit den beiden Strömungen des Liberalismus aus dem 19. Jahrhundert konfrontiert, die durch die konservativere Liberale Partei und die fortschrittlichere Freisinnige Partei (die Radikalen) vertreten werden. In diesen Kantonen blieb der traditionelle Klassenkonflikt aufgrund der Konkurrenz zwischen den beiden liberalen Strömungen und der entsprechenden Konkurrenz zwischen den beiden Komponenten der Linken – den Sozialdemokraten und den Kommunisten – bis in die jüngste Vergangenheit virulent.

Vier der von uns ausgewählten Kantone repräsentieren die heute konfessionell gemischte deutschsprachige Schweiz, darunter drei der vier bevölkerungsreichsten Kantone – Zürich, Bern und Aargau sowie der Kleinkanton Schaffhausen. In diesen Kantonen ist die SVP seit BGB-Zeiten verankert. Je zwei Kantone vertreten die beiden anderen Typen: Luzern und Tessin stehen für die katholische Schweiz, Genf und Waadt für die konfessionell gemischte französischsprachige Schweiz. Wichtig für unsere Studie ist, dass die SVP im Gegensatz zu den ersten vier Kantonen in diesen Kantonen nicht auf eine etablierte Organisationsstruktur zurückgreifen konnte, sondern neu aufgebaut werden musste.

Wandel des Schweizer Parteiensystems

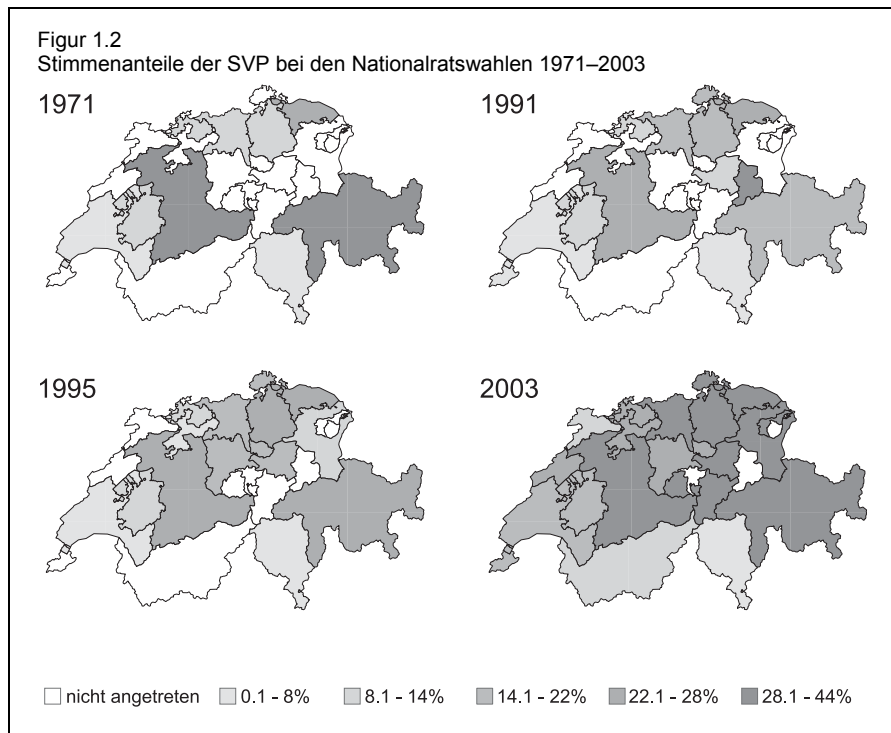
Das Schweizer Parteiensystem bildete lange ein klassisches Beispiel für die «freezing hypothesis» von Lipset und Rokkan (1967): Das System galt als «festgefroren», unveränderlich seit den frühen 1920er Jahren, als sich die grundlegenden Konfliktlinien der Schweizer Politik neu formiert hatten. Seit den späten 1960er Jahren zeichneten sich aber auch in diesem besonders stabilen System Wandlungstendenzen ab. Drei aufeinanderfolgende Wellen der Opposition reduzierten schrittweise den Wahlerfolg der vier Bundesratsparteien. Die erste Welle wurde ausgelöst durch den Landsering, der vor allem Wählerinnen und Wähler ohne Parteibindungen aus der neuen Mittelschicht mobilisierte. Die nächste Welle wurde getragen durch die Opposition der kleinen Parteien der radikal-populistischen Rechten, die gegen den enormen Einwanderungsstrom des «goldenen Zeitalters» der 1950er und 1960er Jahre mobilisierten. Inglehart und Sidjanski (1975: 110) hatten schon in ihrer Analyse der eidgenössischen Wahlen von 1971 erste Anzeichen gefunden für einen, wie sie es damals nannten, «progressiv-traditionalistischen» Konflikt zwischen der Linken und den Christdemokraten einerseits und den radikal-populistischen Rechtsparteien andererseits. In den späten 1970er Jahren bildeten sich diese Parteien vorübergehend zurück, während eine dritte Oppositionswelle, angeführt durch die kleinen Parteien der Neuen Linken (die Progressiven Organisationen POCH, Trotskisten und Grünen), die Bundesratsparteien herausforderte. In den Wahlen von 1987 kumulierten sich diese drei Wellen zum ersten Mal und der gemeinsame Erfolg der Aussen-seiter erreichte 1991 einen Höhepunkt. Aufgrund dieses Erfolgs der Aussen-seiter wurde die ohnehin schon sehr starke Fragmentierung des Schweizer Parteiensystems noch weiter akzentuiert.

Diese drei Oppositionswellen bildeten jedoch nur die Vorläufer des tief greifenden Wandels im Parteiensystem, der als Folge der massiven Mobilisierung der SVP in den 1990er Jahren herbeigeführt wurde. Die SVP gewann die nächsten drei Wahlen und erhöhte dabei ihren Wähleranteil von ungefähr 11 Prozent bei den Wahlen von 1991 auf 26,7 Prozent beim Urnengang von 2003. Wie Figur 1.1 illustriert ging der Aufstieg der SVP vor allem auf Kosten des gemässigten bürgerlichen Lagers und der radikal-populistischen Rechtsparteien. Die eindeutige Positionierung der SVP als national-konservative Partei schloss die Nischen, in denen sich die kleinen rechts-populistischen Parteien eingerichtet hatten und führte zu ihrem praktischen Verschwinden. Gleichzeitig wurden die beiden grossen Parteien des gemässigten bürgerlichen Lagers – die Christdemokraten und die



Freisinnigen – schwer geschlagen. Die Linke konnte ihre Wähleranteile halten, aber sie machte keine weiteren Fortschritte und verharrte in ihrer Minderheitsposition.

Auf nationaler Ebene begann der Aufstieg der SVP 1986 mit ihrer erfolgreichen Kampagne gegen die UNO-Mitgliedschaft der Schweiz und erreichte 1992 einen ersten Höhepunkt mit ihrer nicht minder erfolgreichen Kampagne gegen den EWR. Am Ende der längsten und intensivsten Abstimmungskampagne, die die Schweiz je erlebt hatte, gewann die Partei einen knappen Sieg gegen die vereinte politische Elite des Landes und blockierte damit den vorgezeichneten Weg zur Integration der Schweiz in die EU. Die Mobilisierung zur Verteidigung einer neutralen und unabhängigen Schweiz begann sich zuerst in den deutschsprachigen Stammländern der SVP auszuzahlen, vor allem im Kanton Zürich. Dies zeigt ein Vergleich der Karten zu den kantonalen Ergebnissen der Nationalratswahlen von 1971 und 1991 in Figur 1.2. Im Lauf der 1990er Jahre machte die Zürcher Partei grosse Fortschritte und etablierte sich als stärkste Partei im Kanton. Sie wurde dabei noch stärker als die traditionell besonders starken Berner und Bündner SVP-Sektionen. Nach ihrem erfolgreichen Aufstieg auf ihrem angestammten Gebiet expandierte die SVP auch in den beiden kantonalen Parteiensystemen, in denen sie traditionell nicht präsent oder höchstens

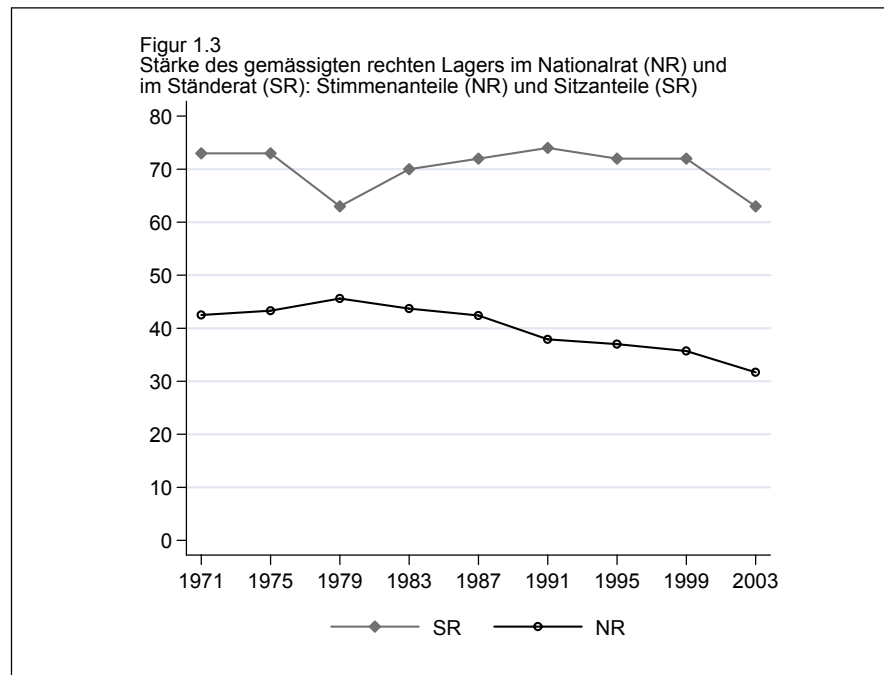


eine Randerscheinung war. Wie man aus Figur 1.2 erkennt, trat die Partei 1995 ihren Aufstieg im katholischen Teil des Landes an – vor allem in Luzern, Schwyz und Zug war ihr Erfolg frappant. Ab 1999 folgte dann der Aufstieg in den französischsprachigen Kantonen. 2003 weist die Karte nur noch drei weisse Flecken auf – Glarus, Nidwalden und Appenzell IR¹. Aus einer Deutschschweizer Partei mit ländlichem und protestantischem Einschlag wurde die SVP im Laufe der 1990er Jahre zu einer nationalen Partei mit national-konservativem Charakter.

Als Folge der erfolgreichen Expansion der SVP ist das Schweizer Parteiensystem heute in drei Lager gegliedert, die in einem zweidimensionalen Raum angeordnet werden können. Die erste Dimension dieses Raumes wird dabei durch den klassischen Gegensatz zwischen dem linken und dem rechten Lager gebildet. Er konfrontiert die Linksparteien, die den Wohlfahrtsstaat verteidigen und dem Umweltschutz mehr Geltung zu verschaffen suchen, mit den Parteien auf der Rechten, die einen wirtschaftlichen Liberalismus und eine rigorose Fiskalpolitik vertreten. Die zweite Dimension wird dagegen durch den kulturellen Gegensatz zwischen den Vertretern einer offenen, kulturell liberalen Schweiz und den Verteidigern der Schweizer Traditionen gebildet. Als Resultat der erfolgreichen Mobilisie-

rungskampagnen der SVP ist die rechte Mehrheit des Landes auf dieser Dimension heute deutlich in zwei Lager geteilt: in die gemässigte Rechte – Freisinnige, Christdemokraten und Liberale –, die sich durch eine sowohl wirtschaftlich als auch kulturell liberale Haltung auszeichnet, und eine national-konservative Rechte, deren Position kulturell eindeutig konservativ und wirtschaftlich ambivalent, das heisst weder eindeutig liberal noch eindeutig staatsorientiert ist. Diese beiden Dimensionen und die drei Lager ergeben sich nicht nur aus der Analyse des Wählerverhaltens, die wir in diesem Band unternehmen werden, sondern auch aufgrund des Stimmverhaltens der eidgenössischen Parlamentarier (Hermann et al. 1999; Kriesi 2001) und aufgrund des Stimmverhaltens der Bürgerinnen und Bürger in den Volksabstimmungen der letzten 20 Jahre (Hermann und Leuthold 2003).

Paradoxerweise war es gerade die Mobilisierung durch die Konservativen, die zum Wandel und damit zur Modernisierung des Schweizer Parteiensystems am meisten beigetragen hat. So stellte gerade die konservative SVP die hauptsächliche modernisierende Kraft in Bezug auf die Entwicklung der Parteiorganisationen und ihrer Strategien dar. Sie führte als erste die Elemente einer medienzentrierten, modernen Kampagnenführung ein: Dazu gehören unter anderem die Professionalisierung und Personalisierung der Kampagnen und die Entwicklung unabhängiger Kommunikationsstrukturen (Swanson und Mancini 1996a). Die SVP war aber auch die treibende Kraft im Hinblick auf einen weiteren, zentralen Aspekt der Modernisierung des Schweizer Parteiensystems, das heisst seine Nationalisierung. Unter Nationalisierung ist in diesem Zusammenhang die Ablösung der lokalen und territorial gebundenen Politikmuster des 19. Jahrhunderts durch national homogene Muster zu verstehen. Stärker als in den anderen westeuropäischen Demokratien blieben die Politikmuster in der Schweiz noch bis in die jüngste Vergangenheit hinein lokal und regional geprägt (Caramani 2004; Armingeon 1998). Aufgrund ihrer schrittweisen Eroberung der Parteiensysteme, in denen sie traditionell kaum vertreten war, hat die SVP in diesem Sinne massgeblich zur Nationalisierung des Schweizer Parteiensystems beigetragen. Zudem hat ihre Mobilisierung auch zu einer stärkeren Parteienkonkurrenz und zu einem weniger konsensorientierten Stil in der Schweizer Politik geführt. Unter ihrem Einfluss hat sich die Schweizer Politik stärker polarisiert und einen Teil ihres konsensuellen Charakters verloren. Schliesslich hat die SVP wesentlich zum allgemeinen Rechtsrutsch beigetragen, weil sich ihre Konkurrenten im gemässigt rechten Lager gezwungen fühlten, ihre



Positionen entsprechend an jene der SVP anzupassen, um ihre Verluste zu begrenzen.

Stabilität und Spannungsverhältnis im Schweizer Parteiensystem

Diese Darstellung des Wandels im Schweizer Parteiensystem ist allerdings insofern unvollständig, als sie ausschliesslich die Verhältnisse im Nationalrat berücksichtigt. Wir sollten nicht aus den Augen verlieren, dass die Schweiz ein symmetrisches Zweikammersystem besitzt, in dem der zweiten Kammer – dem Ständerat – genau dasselbe Gewicht zukommt wie dem Nationalrat. Die parteipolitische Zusammensetzung des Ständerats ist also genau so wichtig wie jene des Nationalrats. Darüber hinaus sollten wir auch die Veränderungen in den kantonalen Parlaments- und Regierungsratswahlen nicht unberücksichtigt lassen. Ich möchte hier nicht in die Details gehen, sondern nur darauf aufmerksam machen, dass der Wandel in den auf dem Mehrheitssystem basierenden Wahlen – Ständerats- und kantonale Regierungsratswahlen – weniger ausgeprägt ist. Dies wird durch Figur 1.3 illustriert, die die Parteistärke des gemässigt rechten Lagers im Ständerat mit seinem entsprechenden Wähleranteil bei den Nationalratswahlen vergleicht. Diese Figur macht sofort erkennbar, dass der kontinuierliche Niedergang der Parteien dieses Lagers in den Nationalratswahlen

deutlich mit ihrer stabilen Vorherrschaft im Ständerat kontrastiert. Dieser Kontrast deutet auf ein zunehmendes Spannungsverhältnis im Schweizer Parteiensystem hin – eine zunehmende Spannung zwischen der territorialen Repräsentation (im Ständerat) und der funktionalen Repräsentation der Bürgerinnen und Bürger (im Nationalrat). Angesichts der sehr ungleichen territorialen Verteilung der Bevölkerung und angesichts der Eigenschaften des Mehrheitswahlrechts sind die gemässigt bürgerlichen Parteien offenbar in der Lage, ihre Vorherrschaft im Ständerat so lange zu verteidigen, als sie geeignete Wahlallianzen schliessen.

Überlick über den vorliegenden Band

Wir präsentieren unsere Analyse des SVP-Aufstiegs in drei Teilen. Im ersten Teil folgen ein Theoriekapitel sowie eine Präsentation der allgemeinen Entwicklung der SVP auf Bundesebene. Im Kapitel zur Theorie stellen wir unseren Analyseansatz dar, im Kapitel zur allgemeinen Entwicklung der SVP präsentieren wir nicht nur erste empirische Ergebnisse, sondern gehen auch auf die verwendeten Daten und Analyseverfahren ein. Wir versuchen dabei, die technischen Details auf ein Minimum zu beschränken. Wer sich dafür interessiert, findet einen ausführlichen methodischen Appendix am Schluss des Buches. Der zweite Teil ist der Darstellung des SVP-Erfolgs in den einzelnen Kantonen gewidmet. Die einzelnen Kapitel folgen alle demselben Muster: Zunächst werden der je spezifische kantonale Kontext – gesellschaftliche Probleme und Konfliktlinien, Wählerpotenziale und deren Überschneidungen – und die Entwicklungsgeschichte der kantonalen SVP dargestellt, um so das Verhalten der Parteien – ihre Positionierung im politischen Raum und ihre Mobilisierungsstrategien – besser verstehen zu können. Vor diesem Hintergrund wird dann jeweils das Verhalten der kantonalen Wählerschaften mit dem im Methodenkapitel vorgestellten Modell analysiert. Die Beschreibungen und Analysen im Teil II bilden die Grundlage für die vergleichenden und zusammenfassenden Analysen im dritten Teil. Hier wird eine interkantonal vergleichende Perspektive gewählt, die es ermöglicht, den Einfluss kantonalen Kontextfaktoren systematisch zu untersuchen.

Teil 1
Grundlegende Konzepte und
nationale Entwicklung der SVP

Simon Bornschier, Marc Helbling

Stabilität und Wandel von Parteiensystemen und die Konfliktlinie zwischen Öffnung und Abgrenzung: der theoretische Ansatz

Einleitung

Die starke Verankerung der Schweizer Parteien entlang historischer Konfliktlinien hat dafür gesorgt, dass sich die kantonalen Parteiensysteme lange Zeit durch eine ausserordentliche Stabilität ausgezeichnet haben. Der Klassegegensatz, der konfessionelle Konflikt und der Stadt-Land-Gegensatz haben dem Parteiensystem seine Struktur gegeben und dauerhafte Bindungen geschaffen zwischen sozialen Milieus und den politischen Parteien, die diese Milieus vertreten. Wenn solche Bindungen stark sind, bremsen sie den politischen Wandel, und in dem Masse, wie die sozialen Milieus selbst stabil bleiben, ergeben sich keine starken Verschiebungen in der Parteienkonstellation. Seit den 1960er Jahren sind jedoch, wie in der Einleitung dieses Bandes angesprochen, erste Anzeichen eines Wandels in den Konfliktlinien festzustellen, die das System prägen.

Der Aufstieg der SVP und ihre Verbreitung in der gesamten Schweiz haben inzwischen deutlich gezeigt, dass man heute nicht mehr von einem «festgefrorenen» Parteiensystem sprechen kann, wie Lipset und Rokkan (1967) das noch bis in die 1960er Jahre beobachtet hatten. Lassen sich neue politische Gegensätze wie derjenige um das Verhältnis der Schweiz zu Europa nicht ohne Weiteres in die bestehenden Gegensätze einordnen, führt dies zu Spannungen in den traditionellen Bindungen zwischen Parteien und sozialen Milieus. Nicht mehr die soziale Position, sondern die Haltung der Wählerinnen und Wähler zu bestimmten Sachfragen kann dann für ihre Wahlentscheidung ausschlaggebend werden.

Es gibt Theoretiker, die postulieren, dass die Bindungen zwischen Parteien und sozialen Milieus langfristig im Abnehmen begriffen sind und der beobachtete Wandel nachhaltig ist. Sie gehen davon aus, dass Faktoren wie beispielsweise die Haltung zu aktuellen Sachfragen oder persönliche Merkmale der zur Wahl stehenden Politiker dauerhaft an die Stelle sozialer Gruppenzugehörigkeiten getreten sind. Ebenso kann man jedoch argumentieren, dass gewisse neue politische Auseinandersetzungen das Potenzial haben, einen langfristigen Wandel der Konfliktstruktur herbeizuführen.

führen. Während sich traditionelle Bindungen lockern, bilden sich infolge neuer Konfliktlagen also neue Parteibindungen heraus. In diesem Kapitel stellen wir ein Modell vor, das Theorien der langfristigen Stabilität von Parteiensystemen mit solchen verbindet, die davon ausgehen, dass kurzfristige Faktoren heute für die Wahlentscheidung wichtiger sind. Dieser Ansatz deckt die in der Wahlforschung gängigen Erklärungen ab, bindet sie aber auch an makrohistorische Theorien der Formierung von Parteiensystemen an. Diese Kombination berücksichtigt die Möglichkeit, dass Phasen der Stabilität von Parteiensystemen und Phasen höherer Volatilität des Wahlverhaltens zyklisch aufeinander folgen.

Zunächst einmal diskutieren wir die drei gängigen Erklärungsmodelle in der Wahlforschung, den *Rational-Choice-Ansatz*, den *sozio-strukturellen* und den *sozio-psychologischen Ansatz*. Im dritten Abschnitt benutzen wir dann das von Campbell u.a. (1960) entwickelte Kausaltrichtermodell, um den Einfluss der historischen Spaltungslinien mit der Parteiidentifikation, dem sachfragen- und dem kandidatenorientierten Wählen in Verbindung zu bringen.

Im vierten Teil ergänzen wir dieses Modell um eine dynamische Komponente. Ausgehend von der weit verbreiteten Diagnose der langsamen Auflösung struktureller Bindungen und des zunehmenden Einflusses politisch-konjunktureller und situativer Faktoren auf Wahlentscheidungen stellen wir dar, wie neue politische Konflikte zu neuen Bindungen zwischen Wählern und Parteien führen können. In dem darauf folgenden Teil gehen wir konkret auf das Aufkommen der neuen Konfliktlinie zwischen politischer Öffnung und Abgrenzung ein. Während die eine Position eine politische und wirtschaftliche Öffnung befürwortet, tritt die andere für eine Bewahrung nationaler Traditionen und der nationalen Eigenständigkeit ein. Dieser Konflikt spiegelt auch zwei entgegengesetzte Konzeptionen von Gemeinschaft wider: auf der einen Seite das universalistisch-multikulturelle, auf der anderen Seite das traditionalistisch-kommunitaristische Modell.

In dem Zeitraum, der in diesem Band betrachtet wird, hat sich die SVP auch in Kantonen etabliert, in denen sie bisher nicht oder kaum vertreten war. In der historisch-zyklischen Perspektive des Wandels von Parteiensystemen, die wir hier entwickeln, wird die Dynamik dieses Aufstieges ganz entscheidend von den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den verschiedenen Kantonen geprägt sein, wie sie in der Einleitung bereits diskutiert worden sind. Im sechsten Abschnitt schneiden wir das Analyse-repertoire noch spezifischer auf die Untersuchung kurzfristiger kantonaler

Kontextfaktoren zu, die dazu beitragen können, den Aufstieg der SVP im Untersuchungszeitraum zu erklären. Wir konzentrieren uns dabei vor allem auf Aspekte der Konkurrenz zwischen der SVP und den übrigen Parteien im jeweiligen Parteiensystem, während die späteren kantonalen Kapitel auch Aspekten des Wahlkampfes besondere Beachtung schenken werden.

Wenn wir in diesem Kapitel aus den verwendeten Theorien deshalb allgemeine Hypothesen zum Aufstieg der SVP zwischen 1995 und 2003 ableiten, postulieren wir nicht, dass die kantonale Entwicklung überall denselben Mechanismen folgt. Die folgenden Kapitel sollen vielmehr herausarbeiten, welche Erklärungen in dem jeweiligen Kanton bestätigt werden können und welche verworfen werden müssen.

Die drei zentralen Erklärungsansätze in der Wahlforschung

Die drei gängigsten Ansätze zur Erklärung des individuellen Wahlverhaltens sind der Rational-Choice-Ansatz, der sozio-strukturelle und der sozio-psychologische Ansatz. Während sich die beiden letzten Gewinn bringend im Modell des Kausaltrichters verbinden lassen, gehen wir hier auf den Rational-Choice-Ansatz nur kurz ein, da seine Anwendung problematisch ist. Dieser Ansatz geht davon aus, dass Wähler hauptsächlich nutzenorientiert wählen (Downs 1957). Wahlentscheidungen werden als responsive beziehungsweise retrospektive Handlungen betrachtet, bei denen Wähler die Leistungen von Politikern oder politischen Parteien in der Vergangenheit beurteilen und/oder prospektive Handlungsvollmachten übertragen. Die verschiedenen Programme der Parteien werden abgewogen, und nach dem Prinzip der Nutzenmaximierung wird diejenige Partei gewählt, die der eigenen Bedürfniskonstellation am nächsten kommt.

Dieser Ansatz wird dahingehend kritisiert, dass er von einem isolierten und von äusseren Einflüssen unabhängigen Wähler ausgeht. Es stellen sich zudem die Fragen, inwieweit Wähler überhaupt fähig sind, die genauen Kosten und Nutzen zu vergleichen, und ob sie wirklich immer nur nutzenorientiert und nicht auch aus ideologischen Motiven wählen. Brooks u.a. (2003) schlagen vor, die verschiedenen Theorien der Wahlforschung unter einen breiteren Rahmen des Rational Choice zu stellen und die Grundannahme des rationalen Handelns als Meta-Theorie auszulegen. Dementsprechend dienen die verschiedenen Ansätze dazu, die unterschiedlichen Ursprünge der Präferenzen der Wähler zu spezifizieren. Während es zum Beispiel für gewisse Wähler von grösserem Nutzen ist, Parteien zu wählen,

die die Interessen spezifischer Gruppen vertreten, ziehen es andere vor, solche mit bestimmten Positionen zu Sachthemen oder als Verfechter gewisser Grundwerte zu unterstützen. Durch eine solche Meta-Theorie ist der Rational-Choice-Ansatz zwar mit verschiedenen anderen Theorien vereinbar. Letztlich zeigt er jedoch nur auf, dass Wahlentscheide nicht auf Zufall oder irrationalen Handlungen beruhen. Spezifische theoretische Annahmen werden weder bestätigt noch verworfen, und es wird dem Forscher nicht ermöglicht, die ausschlaggebenden Faktoren für die Wahlentscheidung ausfindig zu machen.

Gemäss dem *sozio-strukturellen Ansatz*, der auf die Arbeiten von Paul F. Lazarsfeld und seinen Mitarbeitern zurückgeführt werden kann (Lazarsfeld et al. 1944), ist der Mensch ein soziales Wesen, dessen Entscheide weitgehend durch seine soziale Umwelt bestimmt sind. Gesellschaftliche Grundkonflikte, Klassenbindung, Milieuverhaftung, Gruppenmitgliedschaft beziehungsweise soziale Hintergrundvariablen wie Schichtzugehörigkeit, Beruf, Konfession und Stadt-Land-Unterschied lassen Wahlnormen erkennen und manifestieren sich im politischen Wahlverhalten. Der Ansatz von Lazarsfeld und seinen Mitarbeitern wird jedoch kritisiert, zu stark deterministischer Natur zu sein und keine Erklärung von Abweichungen innerhalb bestimmter Gruppen zu ermöglichen.

Demgegenüber erlaubt der *sozio-psychologische Ansatz* kurzfristige Abweichungen und Wechsel von Parteipräferenzen zu erklären. Für Campbell u.a. (1960) stellen Wahlen weniger Auseinandersetzungen über historische Grundkonflikte dar, sondern sind vielmehr durch aktuelle Probleme geprägt. Deswegen stehen für die Vertreter der so genannten *Michigan School* hauptsächlich das Individuum und seine Haltung im Zentrum der Untersuchung. Im Gegensatz zu sozio-strukturellen Faktoren können sich persönliche Einstellungen über relativ kurze Zeit verändern und eignen sich somit besser zur Untersuchung vom Wandel des Wahlverhaltens. Die Parteiidentifikation stellt das Herzstück der Theorie von Campbell u.a. (1960) dar, da sie in der Kausalkette relativ nahe an der eigentlichen Wahl steht und diese somit genau voraussagen kann. Kandidatenpräferenz und Sachfragenorientierung sind zwei weitere Faktoren, die der Wahl direkt vorgelagert sind und ebenfalls einen grossen Einfluss auf den Wahlentscheid ausüben. Diese zwei Faktoren sind aber grösseren Veränderungen und Fluktuationen unterworfen als die Parteiidentifikation. Letztere stellt eine längerfristig stabile und affektive Bindung an eine Partei dar und wird weniger von kurzfristigen Einflüssen tangiert. Für Campbell und seine

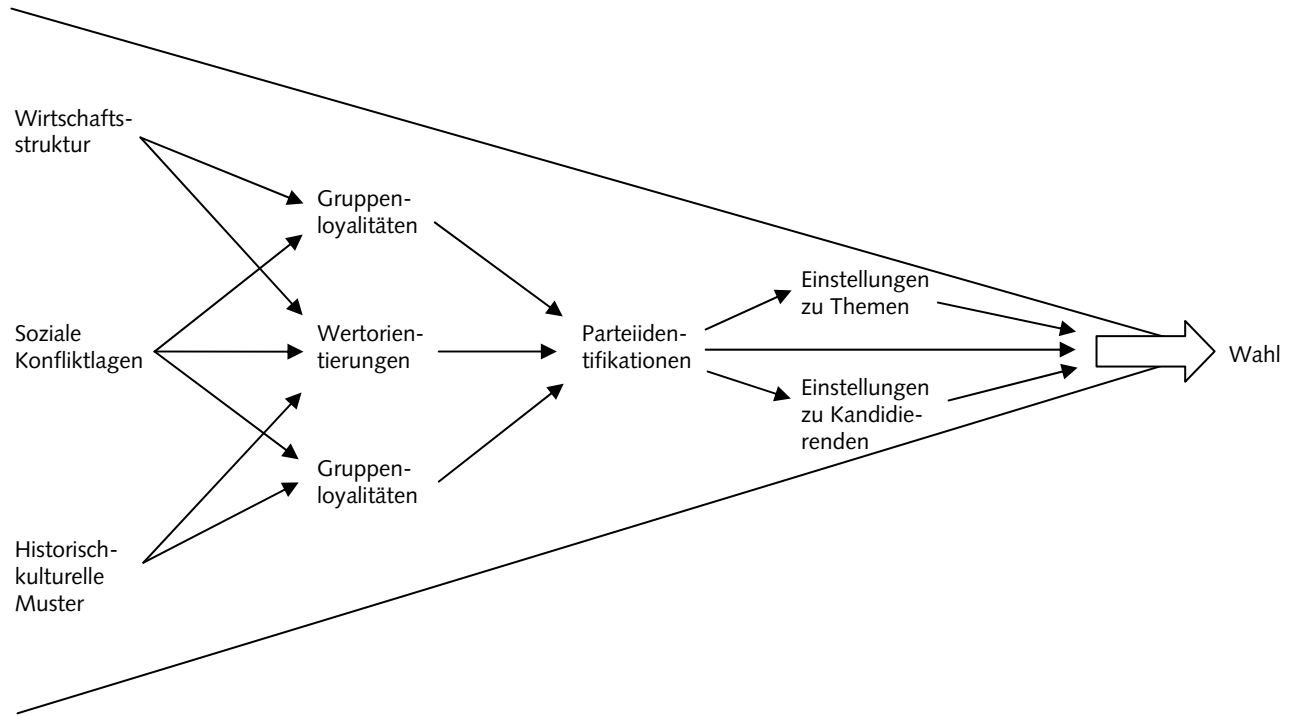
Mitarbeiter ist deshalb die Parteiidentifikation den Einstellungen zu Kandidaten und Sachfragen kausal vorgelagert.

Campbell u.a. (1960) bauen ebenfalls sozio-strukturelle Einflüsse in ihre Theorie ein. Für sie kann die jeweilige Parteiidentifikation auf die Sozialisierung der Wähler zurückgeführt werden. Das soziale Umfeld hat jedoch keinen direkten Einfluss auf den Wahlentscheid, sondern ist der Variable der Parteiidentifikation vorgelagert. Letztere stellt sozusagen das Destillat eines Kausaltrichters dar, in den frühere Erfahrungen und politische Orientierungen einfließen (Campbell et al. 1960: 34). Objektive Umweltfaktoren sind dabei nicht deterministischer Natur, sondern haben über die subjektive Wahrnehmung der Individuen und vermittelt über ihre politischen Einstellungen einen Einfluss auf ihr Verhalten.

Das Modell von Campbell u.a. (1960) lässt sich als Kausaltrichter systematisieren und schematisch darstellen (siehe Figur 2.1). Am breiten Ende des Trichters befinden sich die sozioökonomischen Bedingungen, gesellschaftlichen Strukturen und die historisch gebildeten Konfliktlinien. Diese Faktoren haben einen Einfluss auf die Bildung von Parteiensystemen und die Werteorientierung der Wähler, was wiederum ihre Identifikation zu bestimmten Parteien beeinflusst. Am engen Ende des Trichters, der Parteiwahl direkt vorgelagert, stehen die Parteiidentifikation sowie die Kandidaten- und Sachfragenorientierungen.

Das Kausaltrichtermodell stellt der Wahlforschung ein nützliches heuristisches Instrument zur Verfügung zur Anordnung von unterschiedlichen, den Wahlentscheid beeinflussenden Faktoren. Er erlaubt, zwischen Variablen zu unterscheiden, die sich auf die sozialen Strukturen auswirken, zeitlich und psychologisch jedoch weit von der zu erklärenden Variable entfernt sind, und solchen, die explizite politische und individuelle Überzeugungen darstellen und einen ziemlich direkten Einfluss ausüben. Tatsache ist jedoch, dass sich die Vertreter des sozio-psychologischen Ansatzes in ihrer Untersuchung sehr stark auf die Parteiidentifikation, die Kandidatenorientierung und die Einstellung zu politischen Sachfragen konzentrierten. Wie sie selber ausführen, besteht dabei die Gefahr, dass die Messung von Faktoren, die dem zu erklärenden Wahlverhalten sehr nahe vorgelagert sind, von diesem selbst beeinflusst werden (Campbell et al. 1960: 35). Van Deth (1986) kritisiert, dass die Ausblendung der weiten Öffnung des Kausaltrichters zu Trivialisierungen und quasi-tautologischen Ergebnissen führen kann. Hinzu kommt, dass diese Faktoren kurzfristigen Schwankungen ausgesetzt sind und somit kaum längerfristige Wahlprognosen ermöglichen.

Figur 2.1
Kausaltrichter des Wahlverhaltens



Eine Verknüpfung der Erklärungsansätze zum individuellen Wahlverhalten anhand des Kausaltrichters

Wir werden nun die verschiedenen Theorien zur Erklärung des Wahlverhaltens anhand ihrer Position im Kausaltrichter darstellen. Am weitesten entfernt von den Wahlentscheidungen liegen die sozio-strukturellen Merkmale der Wählerschaft, die im Zentrum des Ansatzes der politischen Spaltungsstrukturen stehen. Dieses Konzept wird deshalb als erstes dargestellt und dann mit der Herausbildung von Parteiidentitäten verbunden, die im Zentrum des sozio-psychologischen Ansatzes stehen. Die zwei weiteren hier besprochenen Konzepte, das sachfragen- und das kandidatenorientierte Wählen, befinden sich innerhalb des Kausaltrichters näher bei der Wahlentscheidung.

Sozialstruktur und Parteiidentifikation

An der weiten Öffnung des Kausaltrichters finden sich die sozio-strukturellen Merkmale der Wählerschaft, die einen Einfluss auf die Wahlentscheidung haben. Neben den Arbeiten von Lazarsfeld u.a. (1944) wird der sozialstrukturelle Ansatz vor allem mit der von Lipset und Rokkan (1967) entwickelten Theorie der Spaltungsstrukturen verbunden. Danach vermitteln Spaltungen zwischen Sozialstruktur und Parteienkonkurrenz. In ihrer Untersuchung der Herausbildung der europäischen Parteiensysteme haben die beiden Autoren ein Modell entwickelt, das erklären kann, wie sich gesellschaftliche Strukturen historisch in politischen Spaltungslinien niedergeschlagen haben. In Anlehnung an das Verständnis von Bartolini und Mair (1990) behalten wir hier den Begriff der Spaltungslinien solchen gesellschaftlichen Gegensätzen vor, die tatsächlich politisiert worden sind und dabei zur Formierung der modernen westeuropäischen Parteiensysteme geführt haben. Der Frage nach der möglichen Herausbildung neuer Spaltungen gehen wir im nächsten Abschnitt nach, der sich mit dem Konzept des Realignments und der politischen Umsetzung neuer Konfliktpotenziale beschäftigt.

Gemäss dem klassischen Verständnis von Lipset und Rokkan (1967) sind Spaltungslinien *strukturelle Gegensätze*, die sich historisch infolge der nationalen und der industriellen Revolutionen herausgebildet haben. Diese Spaltungen haben in Westeuropa bis in die 1920er Jahre zur Bildung der modernen Parteiensysteme geführt. Es handelt sich dabei um vier historische Spaltungen, die auf zwei Revolutionen zurückgehen: Die nationale Revolution führte zum Konflikt zwischen Kirche und Staat sowie zwischen Zentrum und Peripherie. Die industrielle Revolution hat einerseits zu

einem Konflikt zwischen primärem und sekundärem Sektor der Ökonomie geführt und andererseits zu jenem zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Wie Lipset und Rokkan ebenfalls festgehalten haben, spiegelten die Parteilalternativen der 1960er Jahre von wenigen Ausnahmen abgesehen nach wie vor die Spaltungsstrukturen wider, die sich in den 1920er Jahren mit der vollen Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler herausgebildet hatten, und die danach «festgefroren» waren.

In ihrer theoretischen Weiterentwicklung dieser Theorie haben Bartolini und Mair (1990: 213–220) eine Definition für Spaltungslinien geliefert, die inzwischen weitem akzeptiert ist. Danach muss ein gesellschaftlicher oder politischer Gegensatz drei Elemente umfassen, um eine Spaltung auszumachen: (1) Ein *sozialstrukturelles Element*, das sich auf die tatsächliche Sozialstruktur bezieht; (2) ein Element der *kollektiven Identität* der betroffenen sozialen Gruppe, die aus ihrer Position in der Sozialstruktur erwächst; und (3) ein *organisatorisches Element*, das heisst die Mobilisierung des Gegensatzes durch eine politische Organisation.

Während es bezüglich des Vorhandenseins der ersten drei von Lipset und Rokkan identifizierten Spaltungen grosse Unterschiede innerhalb von Westeuropa gibt, hat sich der Klassenkonflikt als historisch letzte Spaltung in sämtlichen Parteiensystemen niedergeschlagen. Seine Stärke und sein Charakter haben jedoch viel mit den drei älteren Spaltungen und den sich aus ihnen ergebenden Allianz- und Oppositionsstrukturen zu tun (Lipset und Rokkan 1967; Rokkan 2000: 277–412; Bartolini 2000: Kap. 8). Mit anderen Worten strukturieren die bestehenden Spaltungen neu aufkommende Konflikte, indem sie ihnen unterschiedlich viel «Raum» lassen. Kriesi und Duyvendak (1995: 5–10) postulieren deshalb ein «Nullsummenverhältnis» zwischen alten und neuen Spaltungen. Die oben aufgegriffene Definition von Bartolini und Mair macht deutlich, warum dem so ist: Etablierte Spaltungen umfassen kollektive Identitäten und Loyalitäten gegenüber politischen Organisationen, die neue Konflikte erst auflösen müssen, sollen sie zur Herausbildung einer neuen Spaltung führen.

Diese Loyalitäten stecken hinter dem berühmten «Festfrieren» der Parteilalternativen, das Lipset und Rokkan beobachtet haben. Die beiden Autoren haben dies als «Verengung des Wählermarktes» für neue politische Parteien bezeichnet (Lipset und Rokkan 1990: 134–135). Nachdem alle wichtigen Bevölkerungsgruppen von den politischen Parteien mobilisiert worden waren und sich stabile Bindungen zwischen Wählergruppen und Parteien herausgebildet hatten, blieben neuen politischen Bewegungen

wenig Chancen, den etablierten Parteien Stimmen streitig zu machen. Die Folge ist eine weit gehende Stabilität der Parteialternativen.

Wie die Bindungen zwischen den Bevölkerungsgruppen und den politischen Parteien aufrecht erhalten bleiben, ist allerdings weder im ursprünglichen Lipset-Rokkan-Artikel noch in späteren Analysen Rokkans eingehend untersucht worden (siehe Rokkan 2000). Es gibt deshalb verschiedene Interpretationen davon, was genau in den 1920er Jahren «festgefroren» ist.¹ Es ist zentral, dass Lipset und Rokkan (1990: 134) vom Einfrieren der hauptsächlichen Parteialternativen, nicht vom Einfrieren der Spaltungslinien selbst sprechen; sie halten vielmehr fest, dass «die *Parteiensysteme* der 1960er Jahre von wenigen, wenn auch bedeutsamen Ausnahmen abgesehen, die *Spaltungsstrukturen* der 1920er Jahre widerspiegeln» (ebd., Hervorhebungen von uns).

Entsprechend haben auch Sartori (1968) und Mair (2001) deutlich gemacht, dass es nicht die mit den historischen Spaltungen verbundenen Konflikte selbst sind, die «festgefroren» sind, sondern die Parteiensysteme, die sich durch die Spaltungen herausgebildet haben. Parteien spiegeln politisch relevante Zugehörigkeitsgefühle zu Klassen und religiösen Gemeinschaften nicht einfach wider, sondern tragen durch die politischen Konflikte, die sie mit den anderen Parteien austragen, selber dazu bei, diese Identitäten zu reproduzieren. Um dies zu verstehen, darf man Parteien nicht isoliert als Vertreterinnen bestimmter sozialer Segmente begreifen, sondern muss sie in ihrer Interaktion mit den übrigen Parteien betrachten – also als System. Dieser Ansatz geht auf Sartori zurück, der unter einem Parteiensystem ein *System von Interaktionen* versteht, das aus der Konkurrenz zwischen Parteien resultiert, und das gewisse Regelmässigkeiten aufweist (Sartori 1976: 44). Bestehen solche Regelmässigkeiten in der Struktur der politischen Konkurrenz, ist ein Parteiensystem in Sartoris Terminologie «strukturell konsolidiert». Ein strukturell konsolidiertes Parteiensystem ist das, was Lipset und Rokkan mit dem «Festfrieren» der Parteialternativen bezeichnen und das eine Folge der Verengung des Wählermarktes ist.

In der Folge werden neue Generationen von Wählerinnen und Wählern in die Konfliktstruktur des bestehenden Parteiensystems hineinsozialisiert. Die vom Parteiensystem widergespiegelte Konfliktstruktur trägt damit dazu bei, die kollektiven Identitäten, die mit den traditionellen Spaltungen verbunden sind, zu reproduzieren. So gibt es beispielsweise durchaus objektive Klassenpositionen; deren Mobilisierung setzt jedoch das subjektive Gefühl der Klassenzugehörigkeit voraus. Es ist erst die Mobilisierung

durch eine politische Partei und deren Konkurrenzsituation in einem Parteiensystem, die diese politischen Identitäten schaffen. So insistiert Sartori (1968) darauf, dass ein Parteiensystem eine intervenierende Variable zwischen dem Sozialen und dem Politischen darstellt. Das Parteiensystem perpetuiert die historischen Spaltungslinien auch jenseits der Konflikte, die dieses System einmal ins Leben gerufen haben. Bartolini und Mair (1990: 218) formulieren dazu den Mechanismus auf der Mikroebene: Spaltungen bieten Individuen bereits bestehende Alternativen für ihre sozialen Identitäten und ihre politische Integration an.

Eine solche Interpretation von Spaltungslinien kann nun mit der Herausbildung von *Parteiidentitäten* verbunden werden. Campbell u.a. (1960: Kap. 7) haben in ihrer klassischen Studie vor allem die Rolle der frühen Sozialisierung durch Familie und soziales Milieu in der Reproduktion von Parteiloyalitäten betont. Das hier entwickelte Verständnis einer Sozialisierung neuer Wählerinnen und Wähler durch die bestehende Konfliktstruktur legt nahe, dass sich Bindungen zwischen Wählergruppen und Parteien darüber hinaus im Zuge eines *politischen* Sozialisierungsprozesses entwickeln. Parteiidentitäten sind somit nicht direkt sozio-strukturell bestimmt – durch das Aufwachsen in einer spezifischen sozialen Klasse oder einem gesellschaftlichen Milieu –, sondern bilden sich im Zusammenspiel mit den politischen Konflikten heraus, die das Parteiensystem prägen. Parteiidentitäten liegen in dieser Interpretation somit grundlegende politische Identitäten zugrunde, die sich durch die Sozialisierung in einer bestimmten Konfliktstruktur herausgebildet haben.

Diese Konfliktkonfiguration entspricht nur der Struktur nach den historischen Spaltungen. Der sachpolitische Inhalt dieser Spaltungslinien verändert sich, weil neue politische Probleme und Gegensätze laufend in die bestehende Konfiguration des Parteiensystems integriert werden. Aufgrund der etablierten Bindungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Parteien zeichnen sich Parteiensysteme durch eine inhärente Trägheit aus, weshalb neue Konflikte eher in die bestehenden Spaltungsstrukturen integriert werden und diese allmählich verändern, als dass es zur Herausbildung völlig neuer Spaltungen kommt. Eine neue Spaltung kann hingegen dann auftreten, wenn ein zentraler neuer Konflikt quer zu den etablierten Spaltungen führt und deshalb nicht im bestehenden Parteiensystem verarbeitet werden kann.

Wie in der Einleitung zu diesem Buch schon ausgeführt wurde, bildete die Schweiz lange ein klassisches Beispiel für die Theorie von Lipset und Rokkan (1967), gemäss welcher die traditionellen Konfliktlinien eingefro-

ren sind. Die relativ grosse Stabilität des Parteiensystems ist umso erstaunlicher, als die Schweiz eine Vielzahl von Parteien und unterschiedliche kantonale Parteiensysteme aufweist. Die SVP positioniert sich traditionell entlang der Spaltungslinie Stadt-Land. Mit ersten kantonalen Parteigründungen gegen Ende des Ersten Weltkrieges, mit der nationalen Gründung 1936 und der Fusion mit den Bündner und Glarner Demokraten 1971 grenzte sich die Schweizerische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) und spätere Schweizerische Volkspartei (SVP) von den zu industriefreundlichen Freisinnigen (FDP) ab und setzte sich vor allem in konfessionell gemischten Deutschschweizer Kantonen für die Interessen der Bauern und des Kleingewerbes ein. Der Aufschwung der SVP in der Schweiz könnte darauf hindeuten, dass die traditionelle Stadt-Land-Konfliktlinie an Bedeutung verloren hat und die SVP neue Wählerschichten anspricht. Es soll in den einzelnen empirischen Kapiteln überprüft werden, ob die SVP immer noch vor allem von ihrer traditionellen Wählerschaft gewählt wird oder zu einer Catch-All-Partei tendiert und dabei Wähler in städtischen und katholischen Gebieten mobilisieren kann. Auf die weitere Möglichkeit, dass die SVP heute entlang einer neuen Konfliktlinie mobilisiert, gehen wir später noch ein.

Sachfragenorientiertes Wählen

Nachdem wir die sozialstrukturellen Einflüsse diskutiert haben, bewegen wir uns nun im Kausalrichter nach vorne an sein enges Ende und beschäftigen uns mit Faktoren, die der Parteiwahl direkt vorgelagert sind. Neben der Kandidatenorientierung hat gemäss Campbell u.a. (1960) vor allem die eigene Positionierung zu politischen Sachfragen einen kurzfristigen Einfluss auf die Wahlentscheidung. Sachfragen spielen jedoch nur dann eine Rolle bei der Parteiwahl, wenn sie den Wählern gut bekannt sind, Probleme höchster Priorität ansprechen und stark polarisierend wirken (Kriesi und Sciarini 2003: 325; siehe auch Campbell et al. 1960: 170). Damit eine Sachfrage die Parteiwahl beeinflusst, muss die Person zudem überzeugt sein, dass eine bestimmte Partei ihren Standpunkt besonders gut vertritt (Campbell et al. 1960: 169–171).

Die Wahl einer Partei in Bezug auf die Sachfragenorientierung kann anhand von zwei theoretischen Ansätzen erklärt werden (Kleinnijenhuis und Ridder 1998: 415–419). Die *Issue-Ownership-Theorie* postuliert, dass Personen jene Partei wählen, die für ihre wichtigsten Anliegen die besten Lösungen anbietet. Diese Theorie stammt aus der Forschung zu Parteiprogrammen, die Beziehungen zwischen Parteifamilien und Gruppen von

Sachfragen aufzeigt (Budge und Farlie 1983; Budge et al. 1987). Parteien positionieren sich entlang bestimmter Konfliktlinien und beziehen Position zu unterschiedlichen Sachfragen. Sie dominieren oder «besitzen» ein bestimmtes Thema, wenn ihnen in diesem Bereich besondere Sach- und Lösungskompetenz zugetraut wird (issue ownership). Politische Parteien versuchen dementsprechend, ihre Themen als wichtige Sachfragen darzustellen beziehungsweise die Wähler davon zu überzeugen, dass sie die entsprechenden Probleme am besten lösen können. Hier spielt natürlich der Wahlkampf eine entscheidende Rolle und die Art und Weise, wie Positionen von den Parteien selber oder über die Medien vermittelt werden (Kleinnijenhuis und Ridder 1998).

Die *Issue-Position-Theorie* geht davon aus, dass Personen ihre Haltung zu wichtigen Sachthemen mit denen der politischen Parteien vergleichen. Hinter der Issue-Position-Theorie steht eine Auseinandersetzung um das «Proximity-» und das «Directional-Modell». Gemäss dem ersten Ansatz, der von einer Rational-Choice-Perspektive geprägt ist, ziehen Wähler jene Partei vor, deren Positionen möglichst nahe an den eigenen sind, und die somit die jeweiligen Interessen am besten vertritt (Downs 1957; Enelow und Hinich 1984). Vertreter des zweiten Modells kritisieren dabei die Annahme, Wähler könnten ihre eigenen Positionen und diejenigen der Parteien genau festlegen. Zudem scheint es fragwürdig, ob alle Parteien anhand der gleichen Sachfrage eingestuft werden (Rabinowitz und Macdonald 1989; Rabinowitz et al. 1991). Rabinowitz und seine Mitarbeiter (1989; 1991) gehen vielmehr davon aus, dass Wähler im besten Fall sagen können, ob eine Partei für oder gegen eine bestimmte Sachfrage eintritt. Für den Wahlentscheid ist für sie nicht die absolute Nähe zwischen Wählenden und Parteien ausschlaggebend, sondern vielmehr die Richtung und die Intensität der Positionen. Sachfragen stellen für sie eine Auswahl zwischen zwei Alternativen dar, das heisst Wähler beziehen Stellung entweder für oder gegen eine bestimmte Vorlage. Sie entscheiden sich dann für diejenige Partei, die die jeweiligen Positionen am klarsten vertritt.

Sachfragenorientiertes Wählen wurde lange nur in den USA untersucht. Man kann sich deshalb fragen, ob Wähler in europäischen Wahlverhältnissen und in Multiparteiensystemen überhaupt sachfragenorientiert wählen oder ob dies hauptsächlich in Zweiparteiensystemen vorkommt, in denen leichter zwischen den Positionen zweier Parteien unterschieden werden kann. Für die Schweiz stellt sich überdies die Frage, ob durch die direktdemokratischen Instrumente das Schweizer Stimmvolk bei Wahlen lediglich partei- und kandidatenorientiert entscheidet, da ja Referenden

und Initiativen Gelegenheit bieten, Meinungen zu Sachfragen umzusetzen (Linder 1998). In verschiedenen Studien konnte nachgewiesen werden, dass Sachfragen bei Nationalratswahlen einen gewissen Stellenwert besitzen, auch wenn Parteipräferenzen immer noch eine grössere Bedeutung zukommt (Linder 1998; Holzer und Linder 2003; Schloeth 1998; Kriesi und Sciarini 2003). Ob dies einem generellen Trend gleichkommt und die Wähler vermehrt sachfragenorientiert wählen, werden die Analysen der einzelnen Kantone zeigen.

Kandidatenorientiertes Wählen

Beim kandidatenorientierten Wählen treffen die Bürger ihre Entscheide aufgrund ihrer Ansichten zu einzelnen Parteivertretern. Wie oben schon ausgeführt wurde, befinden sich die Einstellungen zu Kandidaten ebenfalls dem Wahlentscheid direkt vorgelagert an der engen Öffnung des Kausaltrichters. Im Gegensatz zu sozialstrukturellen Faktoren oder zur Parteiidentifikation ist die Sympathie für und die Meinung über bestimmte Parteipersonen grösseren Schwankungen unterworfen und kann somit zur Erklärung kurzfristiger Wechsel von Wahlentscheidungen beitragen (Campbell et al. 1960). Die Theorie der *Michigan School* geht davon aus, dass die Kandidaten- sowie die Sachfragenorientierung durch die Parteiidentifikation beeinflusst werden (Campbell et al. 1960). Eine umgekehrte Kausalität sollte jedoch ebenfalls in Betracht gezogen werden. So kann eine positive oder negative Einstellung zu bestimmten Kandidaten das Bild der entsprechenden Parteien beeinflussen (Bürklin und Klein 1998: 62–63). Jackson (1975) hat ein Modell vorgeschlagen, das einen wechselseitigen Einfluss zwischen Parteiidentifikation und der Wahrnehmung der politischen Standpunkte der Kandidaten und Parteien mit einbezieht.

Nach Ohr (2000: 274–275) hilft die Berücksichtigung der Eigenschaften von politischen Kandidaten der Entscheidungsfindung bei Wahlen aus zwei Gründen: Erstens ist es für die Wähler leichter, die Kompetenzen einzelner Kandidaten einzuschätzen als die Positionen der jeweiligen Parteien. Die Kosten für einen Wahlentscheid sind somit tiefer, wenn sich die Bürger mehr an den Kandidaten und weniger an ihren Parteien orientieren (vgl. Downs 1957). Zweitens sind Ergebnisse in der Politik zu einem grossen Teil vom politischen Führungspersonal und dessen persönlichen Eigenschaften und Fähigkeiten geprägt. Ein politisch rationaler Wähler wird somit diese Qualitäten in seine Überlegungen für einen guten Entscheid einfließen lassen. Wähler machen sich ihre Meinung über eine Partei zum Teil über ihre Exponenten, was es oft schwierig macht, ein Bild

einer Partei von der Wahrnehmung ihrer Vertreter zu unterscheiden. Dies vor allem dann, wenn einzelne Mitglieder die Politik der Partei entscheidend mitprägen. So hat zum Beispiel Tony Blair nicht nur den Namenswechsel zu New Labour veranlasst, sondern ebenfalls deren politische Ausrichtung massgeblich beeinflusst, was sich eindeutig auf die Wählergunst auswirkte (Miller und Niemi 2002: 179). Inwiefern einzelne Kandidaten bei Wahlentscheiden wichtiger werden als die Parteien selber, wird natürlich stark durch das Wahl- und Parteiensystem und die politischen Traditionen bestimmt (Linder 1998: 133–134). Wie stark die Bewertung von Kandidaten den Wahlentscheid beeinflusst, kann sich von Wahl zu Wahl verändern und hängt von der jeweiligen Konstellation von politischen Themen, den Siegchancen konkurrierender Lager und anderem im Vorfeld einer Wahl ab (Ohr 2000).

Obwohl die Kandidatenorientierung grösseren Schwankungen unterworfen ist, scheint sie bei Wahlentscheiden eine immer wichtigere Rolle zu spielen (Wattenberg 1991; Juhasz 2002). Die Entkoppelung von Parteien und ihrer vormaligen Stammwählerschaft hat zur Folge, dass sich die Bürger immer mehr an einzelnen Kandidaten und Sachfragen orientieren (Ohr 2000). Diese Tendenz wird begleitet von einer allgemeinen Zunahme der Personalisierung nicht nur der Wahlen, sondern der Politik überhaupt, was wiederum mit einer zunehmenden Mediatisierung der Wahlkämpfe einhergeht. Das Fernsehen, das hauptsächlich über Bilder funktioniert beziehungsweise diese zur Informationsübermittlung benötigt, rückt immer mehr ins Zentrum der Informationsquelle der Wähler. Dies hat zur Folge, dass Einzelpersonen immer exponierter werden, da an ihnen Politik leichter dargestellt werden kann (Kepplinger et al. 1994; Schmitt-Beck und Schrott 1994; Jung und Roth 1998).

Wenn sich nun Wähler vermehrt an Kandidaten orientieren, um einen Wahlentscheid zu treffen, so stellt sich die Frage, ob sie hauptsächlich ihre Sachkompetenz und/oder ihren Charakter in Betracht ziehen (Kepplinger et al. 1994; Juhasz 2002). Geht man davon aus, dass Politiker die Interessen ihrer Anhängerschaft vertreten, so kann vermutet werden, dass die Wähler ihre Ansichten zur Sachkompetenz der Kandidaten zur wichtigsten Grundlage ihrer Entscheidungen machen. Kepplinger u.a. (1994) haben jedoch in ihrer Untersuchung zu den Bundestagswahlen 1990 aufgezeigt, dass sich Wähler praktisch unabhängig von der Schulbildung vor allem am *Charakter der Kandidaten* orientieren. Juhasz (2002) konnte zudem aufzeigen, dass auch weit gehend unveränderbare Eigenschaften wie Geschlecht, Alter und Herkunft der Politiker die Präferenzen der Wähler beeinflussen.

Juhasz (2002: 188–189) erklärt die Bedeutsamkeit von Persönlichkeitsmerkmalen damit, dass diese grössere Stabilität aufweisen und eine bessere Prognose der zukünftigen Amtsführung erlauben als vordergründige Ankündigungen der Kandidaten zu politischen Sachthemen. Dabei muss man natürlich zwischen den wirklichen und den in den Medien dargestellten Eigenschaften eines Politikers unterscheiden. Mit der zunehmenden Bedeutung des Fernsehens spielt der vermittelte optische Eindruck von Kandidaten eine immer wichtigere Rolle bei der Entscheidungsfindung vor Wahlen (Kepplinger 1991; Juhasz 2002).

Der Aspekt der *äusseren Erscheinung* gewinnt insofern an Bedeutung, als Parteiexponenten regelmässig im Fernsehen erscheinen und die Wahrnehmung von äusserlichen Merkmalen nur ein Minimum an politischem Interesse und Vorkenntnissen verlangt. Die Mediatisierung kann als Teil der «Amerikanisierung» des Wahlkampfes gesehen werden. Darunter wird weniger eine ideologische Neuausrichtung verstanden als vielmehr eine technische Erneuerung der Wahlkampagnen (Swanson und Mancini 1996b). Mit der zunehmenden Bedeutung von sachfragen- und kandidatenorientiertem Wählen und somit einer Zunahme von Wählern, deren Präferenzen grösseren Schwankungen unterworfen sind als früher, wird der Wahlkampf zu einem überaus zentralen Instrument, um Stimmen zu gewinnen (Iyengar und Simon 2000).

Bei der zunehmenden Personalisierung der Wahlen und Bedeutung von persönlichen Eigenschaften von Politikern wird auch das *Charisma der Kandidaten* zu einem wichtigen Einflussfaktor in der Politik im Allgemeinen und bei Wahlen im Besonderen (Lubbers et al. 2002: 351–352). Vor allem in Zeiten grosser Veränderungen und Unsicherheit suchen die Bürger nach durchsetzungskräftigen Führungspersonen. Dominant auftretende Politiker stossen dabei vor allem bei Bürgern mit niedrigem Selbstbewusstsein auf Zustimmung (Dooren 1994; Juhasz 2002: 189).

Für die Schweizer Politlandschaft ist – zumindest bis heute – kennzeichnend, dass sie wenig auf Personen bezogen ist. Es finden sich in der Schweiz dementsprechend und vor allem im Vergleich zu ihren Nachbarländern kaum charismatische Parteiexponenten. Eine Ausnahme ist sicherlich der landesweit bekannte Christoph Blocher, ehemaliger Parteipräsident der Zürcher SVP, langjähriger Nationalrat und seit Ende 2003 Bundesrat. Wie kaum ein anderer Politiker personifiziert er nicht nur die SVP, sondern auch ihren Aufstieg und politischen Wandel der letzten Jahre. In Anlehnung an die in diesem Kapitel gemachten Ausführungen soll über-

prüft werden, ob Wähler, die Christoph Blocher Sympathie entgegenbringen, mit einer höheren Wahrscheinlichkeit SVP wählen.

Dealignment, Realignment und die Verarbeitung neuer Konflikte

Neue und alte Sachfragen

Nach Dalton (2002) haben längerfristige Einstellungen, die auf sozialen Klassen, traditionellen Spaltungsstrukturen oder Parteiidentifikationen beruhen, immer weniger einen Einfluss bei der Parteiwahl (siehe auch Dalton und Wattenberg 2000). Wähler orientieren sich heute stärker an den Positionen der Parteien zu bestimmten Sachfragen. So hat zum Beispiel Franklin (1985) aufgezeigt, dass in Grossbritannien der Effekt von längerfristig stabilen Faktoren abgenommen hat und durch den zunehmenden Einfluss von Sachfragenorientierungen ausgeglichen wurde. Alvarez u.a. (2000) vertreten die Auffassung, dass man sich gar nicht mehr die Frage stellen muss, ob Sachfragen eine Rolle spielen, sondern vielmehr untersucht werden soll, in welchem Masse und bei welchen Wahlen sie zur Geltung kommen.

Dalton (2002: 202) unterscheidet zwischen alten und neuen Sachfragen. Zum einen üben seit langem bestehende sozioökonomische Sachfragen wie zum Beispiel soziale Ungerechtigkeit oder wirtschaftlicher Wohlstand unabhängig von der sozialen Stellung der Wählenden immer noch einen Einfluss auf die Parteiwahl aus. Zum anderen spielen die so genannten post-materiellen Wertedebatten, die in den letzten Jahrzehnten auf der politischen Agenda hochentwickelter Industriestaaten erschienen sind, eine immer grössere Rolle. Solche Sachfragen, die auch als «neue Politik» bezeichnet werden, führen dabei insofern zur Abschwächung von traditionellen sozialen Bindungen, als diese sich mit alten Konfliktlinien überschneiden. So können zum Beispiel Umweltschutz und Frauenrechte für Wähler aus verschiedenen sozialen Schichten zu einem wichtigen Thema werden. Zudem mobilisieren solche Sachfragen vor allem soziale Gruppen, die kaum entlang der traditionellen Konfliktstrukturen integriert sind und noch keine klare politische Identität besitzen.

Der Wertewandel und das Aufkommen neuer Sachfragen haben unter anderem zur Folge, dass sich neue politische Allianzen zwischen sozialen Gruppen und Interessensvereinigungen bilden und alte Parteien sich neu ausrichten. Wie das Beispiel der Grünen zeigt, führt diese Entwicklung sogar zur Gründung neuer Parteien. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass alte Sachfragen, die auf traditionelle Konfliktlinien zurückgeführt werden

können, immer noch einen grossen Einfluss auf die Wahlentscheide ausüben. Obwohl längerfristig soziale Strukturen bei Wahlentscheidungen eine untergeordnete Rolle zu spielen scheinen, sind die traditionellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen immer noch in den Köpfen der Bürger verankert (Dalton 2002: 203–204).

Bei Sachfragen, die auf traditionelle Konfliktlinien zurückgeführt werden können, ist es für den Wähler einfacher, unterschiedliche Positionen den entsprechenden Parteien zuzuordnen. Sozialdemokratische Parteien können leicht als Verfechter für die Erhöhung von kleinen Einkommen oder Liberale Parteien als Vertreter für einen Abbau der Staatsausgaben erkannt werden. Bei neueren Themen und Problembereichen stellt sich die Zuordnung etwas schwieriger dar. Parteien müssen zuerst Position zu neuen Sachfragen beziehen und die Wähler von ihren Lösungsvorschlägen überzeugen. Politische Öffnung und Globalisierung sind zum Beispiel Sachfragen, zu denen die Parteien zuerst Stellung beziehen mussten. Dies kann dann zu Problemen führen, wenn solche Themen nicht mit traditionellen Sachfragen vereinbar sind, was zu Polarisierungen innerhalb einer Partei führen kann.

In der Schweiz beeinflussen die Sachfragen zur EU-Politik und zu Ausländergesetzen vor allem die Wahl der SVP und der SP (Kriesi und Sciarini 2003). Die SVP positioniert sich als einzige grössere Partei in der Nähe der Wählerschaft, die gegen eine politische Öffnung der Schweiz ist. Ähnlich verhält es sich mit Ausländerfragen. Auch hier positioniert sich die SVP abseits von den anderen grossen Parteien und spricht somit die Wähler an, die eine restriktivere Ausländerpolitik wünschen. Wie erfolgreich sie dabei ist beziehungsweise wie stark sich die Orientierung der Wähler zu diesen Themen auf die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auswirkt, sollen die Individualdatenanalysen in den verschiedenen Kantonen zeigen. Dabei soll neben der neuen Sachfrage der politischen Öffnung und der Chancengleichheit für Ausländer ebenfalls der Einfluss der Einstellung zur alten Verteilungsfrage untersucht werden.

Eine dynamische Interpretation des Kausaltrichters

Neben dem Einfluss neuer Sachfragen auf die Wahlerfolge einzelner Parteien stellt sich die Frage, wie sich die neuen Gegensätze auf das Parteiensystem und auf die langfristige Entwicklung der Politik auswirken. Wie wir weiter oben ausgeführt haben, können neue Konfliktpotenziale entweder zu neuen strukturellen Gegensätzen oder Spaltungen führen oder in die bestehende Konfliktstruktur integriert werden. Beides sind allerdings

aufgrund bestehender Gruppenloyalitäten und Parteibindungen in der Regel langsame Prozesse. Werden neue Gegensätze von den etablierten Parteien aufgenommen, verändert sich die bestehende Spaltungsstruktur, und die etablierten Spaltungen werden transformiert. Während sich alte Beziehungen zwischen sozialen Gruppen und politischen Parteien in einem Prozess des *Dealignments* lockern, bilden sich zur gleichen Zeit in einem Prozess von *Realignment* neue Bindungen zwischen Wähler und Parteien.

Die Perspektive der politischen Spaltungslinien hat einen sehr langfristigen Charakter, wie die Arbeiten von Lipset und Rokkan deutlich machen. Hingegen ist das *Konzept des politischen Realignments* geeignet, mittelfristige Veränderungen in politischen Konfliktstrukturen zu untersuchen. Während die klassische Formulierung des Konzeptes, wie sie in den USA zwischen den 1950er und den 1970er Jahren entwickelt wurde (siehe Mayhew 2000), einem etwas anderen Verständnis von Spaltungslinien folgt als dem, das wir hier entwickelt haben, stellen die Neuformulierungen von Dalton, Flanagan und Beck (1984) sowie Martin (2000) nützliche Konzepte zur Erforschung politischer Veränderungen seit den 1970er Jahren dar. Martin (2000: 84–86, 422–427) unterscheidet drei Niveaus der Entwicklung der Parteikonkurrenz, der wir hier grob folgen:

(1) *Theorie der Spaltungsstrukturen*. Auf dem obersten Niveau wird der Zusammenhang zwischen Parteiensystemen und der langfristigen Entwicklung der gesellschaftlichen Struktur untersucht. Dies ist der Fokus der Theorie der Spaltungslinien, die sich infolge grosser historischer Zäsuren herausbilden. Historisch waren das die nationalen und industriellen Revolutionen, in jüngerer Zeit könnten sich hier die Bildungsrevolution und die Globalisierung einreihen, die zu einem Konflikt führt zwischen Menschen, die den Prozess der «Entgrenzung» oder der Öffnung von Grenzen begrüssen und solchen, die ihn ablehnen.

(2) *Realignment-Theorie*. Diese zuletzt genannten möglichen Entwicklungen schlagen jedoch nicht unmittelbar auf die Parteiensysteme durch. Diese zeichnen sich durch eine inhärente Trägheit aus – bedingt durch das «Festfrieren» entlang der Spaltungen, die es historisch geschaffen haben. Parteiensysteme passen sich deshalb oftmals nicht kontinuierlich an sich abschwächende historische oder neu aufkommende Konfliktstrukturen an, sondern in relativ eruptiven Wandlungsprozessen. Diese Perioden, die sich an einigen «kritischen Wahlen» festmachen lassen, stehen im Zentrum der Theorie des politischen Realignments.

(3) *Kurzfristige politische Entwicklung*. Auf dem untersten Niveau steht das politische Tagesgeschäft, was aber auch die Ebene darstellt, auf der

scheinbar einschneidende Ereignisse wie Korruptionsskandale und Wirtschaftskrisen auf die Politik einwirken, die aber nur selten zu Veränderungen auf den beiden höheren Niveaus führen.

Martin (2000) verknüpft explizit das Erklärungsniveau der mittelfristigen Realignment-Prozesse mit der langfristigen Entwicklung der historischen Spaltungsstrukturen: Ein Dealignment, also eine schwächere Verankerung der etablierten Konfliktstruktur im Elektorat, ist eine Voraussetzung für ein Realignment. Diese schwächere Verankerung kann zwei Ursachen haben:

(a) Sie kann zum einen damit zusammenhängen, dass Modernisierungsprozesse zu langfristigen Veränderungen in der Stärke sozialer Gruppen geführt haben. So kann das Schrumpfen der traditionellen Arbeiterklasse oder die religiöse Säkularisierung sozialdemokratische oder christdemokratische Parteien ihrer loyalen Stammwählerschaft berauben. Ein Parteiensystem, das hauptsächlich diesen Konflikt widerspiegelt, wird deshalb in der Wählerschaft immer schwächer verankert sein. In diesem Fall spricht man von einem *strukturellen Dealignment* oder einer durch strukturelle Veränderungen bedingten schwächeren Verankerung des Parteiensystems in der Wählerschaft.

(b) Es kann jedoch auch sein, dass eine bestimmte soziale Gruppe nicht kleiner geworden ist, sondern dass sich ihre traditionelle Bindung an eine politische Partei gelockert hat. Beispielsweise kann es sein, dass die Bedeutung des konfessionellen Konflikts durch den gesellschaftlichen Säkularisierungsprozess nachgelassen hat, und dass in der Folge die Konfession oder die Religiosität für die Wahlentscheidung weniger wichtig geworden sind. Wenn eine soziale Gruppe tatsächlich ihr Wahlverhalten ändert, sich also ihre Bindung an eine bestimmte politische Partei lockert, spricht man von «*behavioral*» *Dealignment*. Dies bezeichnet eine schwächere Verankerung des Parteiensystems in der Wählerschaft, die darauf zurückzuführen ist, dass die Konfliktstruktur, die das Parteiensystem widerspiegelt, für die Wählerinnen und Wähler weniger relevant geworden ist. In der Realität sind häufig beide Prozesse gleichzeitig wirksam, doch ist es nicht nur analytisch, sondern auch empirisch möglich, sie zu trennen (siehe Lachat 2004).

Beide Prozesse des Dealignments können sozusagen ein Fenster für die Anpassung an (latente) neue Konflikte öffnen. Ein solches Fenster ist Bedingung für einen Anpassungsprozess, weil ein Parteiensystem gemäss der Realignment-Theorie wie auch gemäss der Theorie der Spaltungslinien

in «normalen Phasen» neue Konflikte, die nicht in die bestehende Konfliktstruktur passen, nicht repräsentieren wird. In Schattschneiders (1975: Kap. 4) berühmten Worten hat jede Form der politischen Organisation einen Bias zur Mobilisierung und Verarbeitung bestimmter Konflikte und zur Unterdrückung anderer. Konflikte, die quer zu den etablierten Spaltungslinien verlaufen, werden, wie sich Schattschneider ausdrückt, aus der Parteipolitik «herausorganisiert».

Dies ändert sich, wenn die traditionellen Spaltungslinien an Relevanz verloren haben und der Weg frei ist für einen Realignment-Prozess. Martin (2000: Kap. 12) unterscheidet zwei Arten von Wahlen innerhalb eines Realignment-Prozesses: Die einen (i) verursachen einen Bruch und eröffnen die Periode der Anpassung des Systems. Das Parteiensystem kann nicht auf einen «politischen Schock» reagieren, weil es die aktuellen gesellschaftlichen Konflikte nicht mehr angemessen widerspiegelt und die neuen Konflikte unvereinbar sind mit der bestehenden Konfliktstruktur. Kommt es so weit, findet (ii) eine *Neukonfiguration der Bindungen* zwischen Wählergruppen und Parteien statt – eine solche Wahl beschliesst nach Martin (2000) den Prozess.

Die Realignment-Theorie schlägt hier insofern eine Brücke zur Tradition der Michigan Schule, als sie die zentrale Rolle der Parteiidentifikation in Zeiten der «normalen Politik» zwar anerkennt, jedoch argumentiert, diese könne in Phasen der Neuorientierung der Wählerschaft vorübergehend in den Hintergrund gedrängt werden. Während des Realignment-Prozesses spielen politische Sachfragen und Kandidatenevaluierungen eine zentrale Rolle in der Wahlentscheidung. In der Folge entwickeln sich neue Parteibindungen – es gibt also einen «Feedback-Effekt», in dem Sachfragenpräferenzen, die nicht mit der angestammten Parteiidentifikation übereinstimmen, in der Lage sind, zumindest mittel- oder langfristig zur Bindung an eine andere Partei zu führen (Hofer et al. 2004). Somit geht gemäss der Realignment-Theorie dem Wandel der Parteiidentifikation eine Veränderung des Wahlverhaltens *voraus* (Martin 2000: 65–67).

Allerdings muss nicht auf jedes Dealignment auch ein Realignment folgen: Ein Realignment findet nur dann statt, wenn es tatsächlich neue Konfliktpotenziale und damit neue gesellschaftliche Konfliktlinien gibt, die im bisherigen Parteiensystem nicht verarbeitet werden können.² In der Regel werden neue Konflikte nämlich in die bestehenden Spaltungsstrukturen integriert und tendieren dazu, diese zu verstärken. Oder die Abschwächung der Bindungen zwischen Wählerinnen, Wählern und Parteien führt wie

bereits erwähnt (Dalton 2002) dazu, dass sachfragenorientiertes Wählen wichtiger wird.

Es herrscht Uneinigkeit darüber, welche Strukturierungskraft die *traditionellen*, von Lipset und Rokkan identifizierten Spaltungslinien heute noch haben. Diese Uneinigkeit hat konzeptionelle Hintergründe, wie hier kurz anhand der Klassenspaltung verdeutlicht wird (Bornschieer 2005). Es gibt zwei Interpretationen davon, was mit dieser Spaltung bezeichnet wird. Versteht man darunter den Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse und den Mittel- und Oberklassen, dann hat die Stärke dieses Gegensatzes eindeutig nachgelassen, wie die Untersuchung von Franklin u.a. (1992) zeigt. Versteht man unter der Klassenspaltung hingegen allgemeiner, dass es einen Zusammenhang zwischen Klassenposition und Wahlpräferenzen gibt, auch wenn dieser Gegensatz heute andere soziale Gruppen voneinander trennt als vor einigen Jahrzehnten, so gelangt man zu einer anderen Schlussfolgerung. Mit differenzierteren Klassenschemata und feineren Analysemethoden lässt sich aufzeigen, dass sich der Zusammenhang zwischen Klassenposition und Wahlpräferenzen nicht generell abgeschwächt hat (siehe die Beiträge in Evans 1999; sowie Elff 2002; Lachat 2004).

Nimmt man die beiden Interpretationen zusammen, lässt sich festhalten, dass die Strukturierungskraft der traditionellen Klassenspaltung zwar nachgelassen hat, dass an ihre Stelle jedoch ein differenzierterer Gegensatz getreten ist. Da in diesen Untersuchungen der neue Gegensatz meist nur sozio-strukturell definiert wird, besteht die Schwierigkeit darin, genau zu benennen, welcher politische Konflikt diesen sozio-strukturellen Regelmässigkeiten im Wahlverhalten zugrunde liegt. Franklin (2002) als Vertreter der ersten oben erläuterten Herangehensweise, der an den Kategorien des alten Klassengegengesatzes festhält, wirft den Vertretern des zweiten Ansatzes vor, die Frage zu vernachlässigen, welcher politische Konflikt dem sozial strukturierten Wahlverhalten eigentlich zugrunde liegt. Ähnlich kritisiert Peter Mair (Mair et al. 1999: 309) die Ergebnisse in dem Band von Evans (1999) dahingehend, dass sie sich zwar mit klassenbasiertem *Wahlverhalten* beschäftigten, aber keinerlei Aussagen über Klassen-*Politik* machen könnten.

In einer einflussreichen Position postuliert Kitschelt (1994; 2001), dass es die in den 1970er Jahren aufgekommenen Wertegegensätze gewesen sind, die die Klassenspaltung transformiert haben. Sein Ausgangspunkt sind nicht die sozio-strukturellen Charakteristika der Wählerschaft, sondern politische Inhalte, nämlich der Gegensatz zwischen libertären und autoritären Werten. Es gibt bisher nur wenige Studien, die eine solche

inhaltliche Bestimmung des Parteienwettbewerbs mit einer Erforschung ihrer strukturellen Basis verbunden haben. Kriesi (1998c) verfolgt eine solche Strategie, wenn er an den von Kitschelt postulierten Wertegegensatz anknüpft und dessen strukturelle Basis zu ergründen sucht. Mittels einer Differenzierung innerhalb der «neuen Mittelklasse» kann er aufzeigen, dass Wertepräferenzen zwar durchaus eine wichtige Rolle bei der Wahlscheidung spielen, diese jedoch zumindest zum Teil nach wie vor eine strukturelle Basis haben.

An diesem Punkt möchten wir in diesem Band anknüpfen und in der empirischen Analyse drei Elemente verbinden: die sozio-strukturellen Merkmale der Wählerinnen und Wähler, ihre inhaltlichen Präferenzen zu politischen Sachfragen sowie den politischen Kontext der beiden untersuchten Wahlen. Wir postulieren dabei einen veränderten Links-Rechts-Gegensatz, der wie bei Kitschelt sowohl einen ökonomischen als auch einen kulturellen Aspekt hat. Gleichzeitig argumentieren wir, dass Prozesse der nationalstaatlichen Entgrenzung die von Kitschelt postulierte Konfliktlinie zwischen links-libertären und rechts-autoritären politischen Positionen inzwischen abermals transformiert haben. Auf diese These gehen wir nun näher ein.

Die Konfliktlinie zwischen Öffnung und Abgrenzung

Seit den 1970er Jahren ist der klassische Links-Rechts-Gegensatz in den Ländern Westeuropas durch das Aufkommen eines Konfliktes zwischen libertären und autoritären oder traditionalistischen Werten transformiert worden (Kitschelt 1994). Gleichzeitig haben Kitschelt und McGann (1995; 2003) gezeigt, dass *wirtschaftliche Modernisierungsprozesse* neue politische Potenziale geschaffen haben. Ähnlich hat Esping-Andersen (1999) argumentiert, dass die Spaltung zwischen «Gewinnern» und «Verlierern» der wirtschaftlichen Modernisierung zu neuen sozialen Gegensätzen führt, die nicht unbedingt denjenigen entsprechen, die den traditionellen Klassenkonflikt ausmachen.

Gemäss Kitschelt und McGann (1995) gibt es eine «siegreiche Formel» für rechts-radikale Parteien, die aus einer Kombination von Ethnozentrismus und neoliberalen Forderungen besteht und es diesen Parteien erlaubt, sowohl Modernisierungsverlierer als auch Teile der unteren Mittelklasse anzusprechen. Daneben gibt es noch zwei weitere Varianten rechts-radikaler Parteien, die beiden Autoren haben jedoch in einer späteren Studie festgestellt (Kitschelt und McGann 2003), dass die Schweizer SVP dem

besonders erfolgreichen Typ einer *rechts-autoritären Partei* entspricht. Diese ist in der Lage, zwei unterschiedliche Potenziale zu mobilisieren.

Das eine Potenzial besteht dabei aus sozialen Segmenten, die Schwierigkeiten haben, auf dem Arbeitsmarkt zu konkurrieren und sich zunehmend von den sozialdemokratischen Parteien abwenden. Sie unterstützen den Autoren zufolge rechts-extreme Parteien, weil sie für ausländerfeindliche Diskurse und autoritäre politische Lösungen empfänglich sind. Das zweite Potenzial besteht aus dem Kleinbürgertum, das schon Lipset (1960: Kap. 5) als Basis für den Extremismus der gesellschaftlichen Mitte bezeichnet hatte. Gemäss Kitschelt und McGann (1995: 10) unterstützen kleine Selbstständige, Ladenbesitzer und Bauern die autoritäre Rechte, weil sie gegen den redistributiven Wohlfahrtsstaat eingestellt sind. Ihr niedriges Bildungsniveau macht sie ausserdem für partikularistisch-autoritäre politische Lösungen empfänglich. Dieses Segment wird also eher durch die neoliberalen als durch die ethnozentristischen Forderungen angesprochen, die dieser Parteityp vertritt.

Parallel zu diesen Veränderungen stellt die wirtschaftliche und kulturelle Globalisierung einen weiteren Strukturbruch dar, von dem wir annehmen können, dass er die Parteienkonkurrenz in westlichen Demokratien verändert (siehe Kriesi und Lachat 2004; sowie Kriesi et al. 2005). Zum einen kann argumentiert werden, dass die Öffnung nationaler Märkte wirtschaftliche Modernisierungsprozesse beschleunigt und damit im ökonomischen Sinne Gewinner und Verlierer dieser neuen Ordnung schafft. Ähnlich wie Kitschelt gehen wir davon aus, dass diese gesellschaftlichen Gruppen Mobilisierungspotenziale für politische Parteien darstellen. Mughan, Bean und McAllister (2003) haben in einer Untersuchung der Determinanten für die Wahl der rechts-populistischen One Nation Party in Australien einen solchen Prozess nachgezeichnet. Danach führt Angst um den eigenen Arbeitsplatz zu einer ablehnenden Haltung gegenüber der Globalisierung, die für die Arbeitsplatzunsicherheit verantwortlich gemacht wird. Gleichzeitig ist dies der stärkste Prädiktor für die Wahl der One Nation Party. In ähnlicher Art und Weise mobilisiert in Österreich die Freiheitliche Partei (FPÖ) zunehmend Stimmen aus dem geschrumpften Arbeitermilieu, während die Sozialdemokraten hier stark an Wahlstimmen eingebüsst haben (Plasser und Ulram 2000). Da die SVP als einzige grosse Partei einen EU-Beitritt unumwunden ablehnt, scheint sie besonders geeignet, diejenigen Wählergruppen zu mobilisieren, die durch eine politische Öffnung benachteiligt würden und daher eine Politik der Abgrenzung befürworten. Es soll somit überprüft werden, ob die SVP vor allem

die so genannten Globalisierungsverlierer mobilisiert, zu denen sowohl ihre traditionellen Wähler der Bauern und Gewerbetreibenden wie auch die ungelerten Arbeiter gehören.

Andererseits bieten die Globalisierung wie auch die Europäische Integration die Möglichkeit, eine Position der nationalen Abgrenzung *kulturell und politisch* zu begründen. Rechts-populistische Parteien in Österreich, Frankreich, den Niederlanden und der Schweiz praktizieren einen ähnlichen Diskurs, in dem sie sich für die Bewahrung nationaler Traditionen und gegen Immigration ausdrücken, während sie auf der wirtschaftlichen Konfliktachse keine einheitliche Position einnehmen (Bornschiefer 2005). Dieses Potenzial hat einen politischen und einen kulturellen Hintergrund. Der politische Hintergrund hat damit zu tun, dass die internationale Interdependenz den politischen Handlungsspielraum nationaler Regierungen schon seit längerem einschränkt (Keohane und Nye 2001; Keohane und Milner 1996). Dieser Prozess stellt eine klare Herausforderung an die etablierten Prinzipien der Demokratie dar. Eine der Grundannahmen der Demokratietheorie ist die Annahme einer doppelten Kongruenz: Einerseits zwischen den politischen Entscheidungsträgern und den Bürgerinnen und Bürgern, die diese gewählt haben, und andererseits zwischen der politischen Produktion und den Bürgerinnen und Bürgern, die von diesen Entscheidungen betroffen sind (Held 1995: Kap. 5 und 6; siehe auch Offe 1996). Weil viele Regierungen unpopuläre Entscheidungen mit den strukturellen Imperativen von Globalisierung und Europäisierung begründet haben, eröffnet dies politischen Akteuren, die auf dem Primat des Politischen insistieren, ein neues Potenzial. Rechts-populistische Parteien haben diese Gelegenheit erfolgreich genutzt, wie sich in der Ablehnung der Europäischen Integration durch die Schweizer SVP besonders deutlich zeigt. Auch wenn die politische Interdependenz überwiegend wirtschaftliche Hintergründe hat, haben diese Parteien ihre ablehnende Haltung gegenüber Globalisierung und Europäisierung doch überwiegend kulturell begründet, indem sie auf nationale Eigenständigkeit pochen.

Der kulturelle Hintergrund hat damit zu tun, dass die westeuropäischen Gesellschaften multikultureller geworden sind. Dies stellt keineswegs automatisch eine Herausforderung der persönlichen Identität dar, doch zunehmende Interaktion zwischen Kulturen kann das Bewusstsein für Differenzen schärfen (Fraser 2001: 88–94). Von diesem Bewusstsein können populistische Politiker Gebrauch machen, die die Bewahrung kultureller Traditionen und traditioneller Gemeinschaftskonzeptionen propagieren. Sie lehnen sich dabei am Diskurs der Europäischen Neuen Rechten

an. Dieser verbindet eine ablehnende Haltung gegenüber der Globalisierung und der Immigration mit einer kommunitaristisch inspirierten Betonung von Gemeinschaft und Tradition (Antonio 2000). Betz (2001; 2005) und Immerfall (1998) können aufzeigen, dass sich die rechts-populistischen Parteien dem Diskurs dieser Strömungen der Neuen Rechten angeglichen haben.

Der Konflikt zwischen Öffnung und Abgrenzung hat die Politik in der Schweiz in den 1990er Jahren durch die Europa-Frage besonders geprägt, wie verschiedene Beiträge in dem von Sciarini, Hardmeier und Vatter (2003) herausgegebenen Band zu den Wahlen von 1999 festgestellt haben. Hardmeier und Vatter (2003: 455) halten denn auch fest, dass die klare Positionierung auf der Konfliktlinie zwischen Modernisierung und Öffnung vs. Tradition und Alleingang einen Schlüssel zur Erklärung des SVP-Wahlerfolgs von 1999 darstellt. Kriesi und Sciarini (2003; 2004) konnten für die Nationalratswahlen 1999 aufzeigen, dass in der Schweiz die Einstellungen zur Ausländer- und EU-Politik, zwei stark polarisierende und den Wählern vertraute Themen, vor allem die Wahl der Sozialdemokraten und der Schweizerischen Volkspartei beeinflussten. Die Bedeutung dieses Konfliktes zeigt sich nicht nur in Wahlen, sondern prägt die Schweizer Politik auch in Volksabstimmungen. Hermann und Leuthold (2001) können in einer Untersuchung der Volksabstimmungen im Zeitraum von 1981 bis 1999 zeigen, dass dieser Konflikt eine von drei Dimensionen darstellt, die den politischen Raum strukturieren. Als einzige Bundesratspartei lehnt die SVP klar einen EU-Beitritt ab und nimmt eine restriktive Haltung in der Immigrationspolitik ein. Dabei scheint sie vor allem diejenigen Wählergruppen anzusprechen, die eine Politik der Abgrenzung und Bewahrung der Traditionen befürworten.

Im Rahmen unseres theoretischen Ansatzes sind der Aufstieg der SVP und die Polarisierung entlang der politischen Sachfragen, die mit dem Öffnungs-Abgrenzungs-Gegensatz zusammenhängen, Anzeichen eines Dealignments, also einer nachlassenden Bedeutung alter Parteibindungen und der etablierten Konfliktstruktur. Die Frage, ob der neue Öffnungs-Abgrenzungs-Gegensatz dauerhaft ist und die etablierte Spaltungsstruktur transformieren wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschliessend beurteilt werden. Wie wir erläutert haben, ist jedoch die Bedeutung sowohl des sachfragen- als auch des personenbezogenen Wählens kennzeichnend für einen Realignment-Prozess. Ist ein Konflikt dauerhaft, kommt es dadurch zu neuen Parteibindungen. Es wird deshalb in den Kantonen, in denen die SVP bisher nicht vertreten war, interessant sein zu untersuchen,

ob die Identifikation mit der SVP für die Wahlentscheidung bereits eine Rolle gespielt hat. Sollte die SVP-Wählerschaft zusätzlich dem oben postulierten sozio-strukturellen Profil entsprechen, das wir als typisch für die Modernisierungsverlierer betrachten, deutet dies auf die Herausbildung einer neuen Spaltung hin, die die Politik dauerhaft prägen könnte. Zumindest lehrt uns die historische Erfahrung, dass in Europa die in der Sozialstruktur verankerten Konflikte – allen voran der religiöse und der traditionelle Klassenkonflikt – die dauerhaftesten gewesen sind.

Die SVP und ihre Konkurrenten im kantonalen Kontext

Der Protest gegen das politische Establishment

Insbesondere im Zusammenhang mit der wachsenden Resonanz rechts-populistischer Parteien wird Modellen der Protestwahl häufig eine Erklärungskraft zugewiesen (z.B. Brug 2003; Brug und Fennema 2003; Lubbers et al. 2002). Rechts-populistische Parteien praktizieren einen Anti-Establishment-Diskurs, und der Gegensatz, den sie dabei repräsentieren, muss nicht struktureller oder themenbezogener Art sein, sondern kann zumindest zu einem Teil auch rein politischen Charakter haben, indem sie eine Konfliktlinie zwischen sich und den etablierten Parteien postulieren (Schedler 1996). Nach der Protestwahl-Logik ist die Wahl einer Anti-Establishment-Partei weniger als eine Unterstützung einer bestimmten Partei und ihrer inhaltlichen Positionen zu interpretieren, als vielmehr als *Votum gegen* die etablierten Parteien.

Die Wahl einer Anti-Establishment-Partei bringt ein mangelndes Vertrauen in die politischen Amtsinhaber, die politischen Institutionen und Parteien zum Ausdruck. Die Protestwahl könnte auch Teil eines generelleren Trends sein, denn in fast allen Demokratien ist seit den 1970er Jahren eine kritischere Haltung gegenüber politischen Autoritäten zu beobachten, ohne dass dies die Unterstützung für das Prinzip der demokratischen Regierungsform an sich unterminieren würde (Dalton 1999; Klingemann 1999).

Wir haben die Protestwahl im Kausaltrichter auf der gleichen Ebene wie die politischen Sachfragen angeordnet. Dies entspricht zum einen dem Modell von Easton (1965), bei dem Evaluationen der Amtsinhaber auf gleicher Ebene wie System-Outputs, also *Policys*, stehen. Zum anderen wird in Anlehnung an Katz und Mair (1995) häufig argumentiert, rechts-populistische Parteien erhielten Auftrieb, weil gewisse Präferenzen der Wählerschaft von den etablierten Parteien nicht vertreten würden, bei-

spielsweise im Bereich der Immigrationspolitik. Theoretisch – und im Einklang mit dem oben diskutierten Ansatz des politischen Realignments – kann also eine Interaktion von Sachfragen-Positionen und dem Vertrauen in das politische System erwartet werden. Untersuchungen wie die von van der Brug (2003) zeigen freilich, dass es schwierig ist, diese komplexen Zusammenhänge empirisch zu ergründen.

Eine solche Interaktion könnte jedoch in Bezug auf die Schweizerische Volkspartei und die Frage der politischen Öffnung vermutet werden. Obwohl die SVP seit langem zu den vier grossen Schweizer Parteien gehört und seit den Nationalratswahlen im Herbst 2003 sogar die wählerstärkste Partei ist, präsentiert sie sich regelmässig als Oppositionspartei, die Position gegen die «Classe politique» bezieht. Wie im einleitenden Kapitel zu diesem Buch bereits ausgeführt wurde, begann der Aufstieg der SVP mit ihrer Kampagne gegen die UNO- und EWR-Beitritte 1986 beziehungsweise 1992. Die Debatten im Vorfeld der EWR-Abstimmung verhalfen zudem Christoph Blocher zu landesweiter Popularität. Die SVP macht denn auch regelmässig Stimmung gegen die etablierten Parteien, die trotz mehreren abgelehnten Vorlagen eine politische Öffnung der Schweiz befürworten. Es kann somit vermutet werden, dass die SVP unter anderem von Bürgern gewählt wird, die mit der Politik der anderen grossen Parteien nicht zufrieden sind. Eine solche Unzufriedenheit kann sicherlich bezüglich der bereits diskutierten neuen Sachfrage der politischen Öffnung gefunden werden.

Das Parteiensystem und der kantonale Kontext

Die Möglichkeit, dass Wählerinnen und Wähler aus Protest gegen das politische Establishment eine bestimmte Partei wählen, zeigt, dass es nicht nur die Positionen einer gegebenen Partei selbst sind, die für ihren Erfolg verantwortlich sind. In unserer Diskussion, wie sich Spaltungsstrukturen über Jahrzehnte hinweg reproduzieren können, ist ebenfalls deutlich geworden, dass Parteien nicht als isolierte Akteure begriffen werden dürfen. Der Erfolg jeder inhaltlichen Strategie hängt zum einen von den Konflikten ab, die das Parteiensystem als Ganzes strukturieren, und zum anderen von der Position, die die konkurrierenden Parteien auf diesen Konfliktachsen einnehmen. Zuletzt bestimmt auch die Medienagenda, welche Themen im Wahlkampf im Zentrum stehen. Davon hängt ab, ob es einer Partei gelingt, sich mit den Themen, die sie vertritt, zu profilieren.

In dieser Studie stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung, um diese Zusammenhänge zu untersuchen. Dank der Frage nach den Wahlwahrscheinlichkeiten wissen wir nicht nur, welche Partei die Befragten

gewählt haben, sondern auch, wie gut sie sich vorstellen könnten, die übrigen Parteien zu wählen. Dies erlaubt es uns, der Frage nachzugehen, mit welchen Parteien die SVP im jeweiligen Kanton vor allem in Konkurrenz steht und wie stark verschiedene Parteien um dieselben Wählersegmente konkurrieren. Ausserdem können wir untersuchen, welche politischen Themen die Wählerinnen und Wähler als besonders wichtig erachtet haben, welche Themen in den Medien dominant waren und ob es der SVP gelungen ist, diese Themen erfolgreich zu portieren.

Eine Reihe von Theorien zur Erklärung des Erfolgs rechts-populistischer Parteien berücksichtigt die Konkurrenzsituation eines gegebenen Parteiensystems. Nach einer ersten These haben sich die etablierten Parteien zur Mitte hin bewegt. Da die grossen Mitte-Rechts-Parteien Standpunkte am rechten Rand des politischen Spektrums nicht mehr vertreten, erhöhen sich demnach die Erfolgchancen extremistischer Parteien, die diese Lücke füllen (Kitschelt 1995: 17; Katz und Mair 1995). Auch der zweite Erklärungsansatz geht davon aus, dass sich die etablierten rechten Parteien Anfang der 1990er Jahre ins Zentrum bewegt haben. Diese Argumentation betont jedoch, dass es die moderaten rechten Parteien waren, die die Immigrationsproblematik zuerst aufgegriffen haben, als sie in den 1980er Jahren in der Opposition waren. Ignazi (1992: Kap. 12) vertritt die These, dass sie damit eine Polarisierung des politischen Raumes herbeigeführt und radikale politische Positionen dauerhaft legitimiert haben. Rechts-populistische Parteien fanden deshalb in den 1990er Jahren einen fruchtbaren Boden vor. Anhand der Links-Rechts-Positionierung politischer Parteien hat Abedi (2002) beide Thesen für 16 Länder empirisch getestet und vor allem Evidenz dafür gefunden, dass eine Konvergenz der wichtigsten Parteien der Linken und der Rechten den Aufstieg von Anti-Establishment-Parteien begünstigt.

Mit Blick auf die Schweiz ist noch eine dritte These plausibel: Eine etablierte rechte Partei kann sich stärker an den Rand des politischen Spektrums bewegen, um Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren, die bislang rechts-extremistische Parteien gewählt hatten. Wie in der Einleitung dieses Bandes erwähnt worden ist, sind die verschiedenen rechts-extremistischen Parteien in der Schweiz parallel zum Aufstieg der SVP praktisch verschwunden. Eine solche Strategie ist Erfolg versprechend, wenn ein ausreichend grosses Potenzial von Wählerinnen und Wählern mit entsprechenden Präferenzen besteht und wenn die betreffende Partei nicht befürchten muss, durch ihre programmatische Umorientierung viele Wählerstimmen in der politischen Mitte zu verlieren.

Messungen zur Polarisierung des Parteiensystems können dazu dienen, Hypothesen zur Konvergenz etablierter Parteien zu überprüfen. Dazu können entweder Daten zur programmatischen Position der Parteien (Abedi 2002) oder zur Links-Rechts-Positionierung ihrer Wählerschaft verwendet werden (Sani und Sartori 1983). Im letzteren Fall wird davon ausgegangen, dass sich die Selbstverortung der Wählerschaft mit der Position der von ihnen gewählten Partei deckt, was empirisch in der Regel auch der Fall ist (Klingemann 1995: 195 f.). Auch ohne diese Annahme treffen zu müssen, können wir untersuchen, ob sich die Wählerschaft der SVP in ihrer Positionierung auf der Links-Rechts-Achse deutlich von der Anhängerschaft der übrigen Parteien unterscheidet.

Es ist jedoch verschiedentlich belegt worden, dass die eindimensionale Darstellung den politischen Raum nur unvollständig wiedergibt (Kitschelt 1994, 1995; Warwick 2002). Untersuchungen zur Konfliktlinie zwischen Öffnung und Abgrenzung haben gezeigt, dass sich diese nicht mit der traditionellen Staat-Markt-Konfliktachse deckt, die auf die Klassenspaltung zurückgeht, sondern vielmehr quer zu ihr verläuft (Kriesi und Lachat 2004; Bornschieer 2005; Kriesi et al. 2005). Die Modellierung der Präferenzen der Wählerinnen und Wähler der verschiedenen Parteien in einem zweidimensionalen Themenraum erlaubt es, die Position der Wählerschaft der einzelnen Parteien auf mehr als einer Konfliktdimension zu vergleichen. Wir können somit auch Aussagen darüber machen, entlang welcher der beiden Konfliktachsen die SVP ihre Wählerinnen und Wähler vornehmlich mobilisiert.

Wir haben in diesem Kapitel sowohl allgemein verwendete Erklärungsansätze der Wahlforschung diskutiert, also auch ein Modell skizziert, mit dem der Wandel von Konfliktstrukturen untersucht werden kann. Aufgrund von Erkenntnissen zur gesamtschweizerischen Entwicklung als auch aus der Forschung zu rechts-populistischen Parteien in anderen europäischen Ländern haben wir dann eine neue Konfliktlinie zwischen Öffnung und Abgrenzung postuliert. Mit dieser breiten theoretischen Palette wollen wir den vermutlich ganz unterschiedlichen Erfolgsbedingungen der SVP in den einzelnen Kantonen Rechnung tragen. Was den Vergleich verschiedener Kantone interessant macht, ist denn nicht nur, dass sich diese durch unterschiedliche, historisch gewachsene Parteiensysteme auszeichnen, die unterschiedliche Ausgangsbedingungen für die SVP darstellen. Vielmehr können wir davon ausgehen, dass die SVP in Kantonen, in denen sie eine etablierte Partei ist, anders auftritt und andere Themen vertritt als in

Kantonen, in denen sie in den vergangenen Jahren einen starken Aufstieg verzeichnen konnte. Aufgrund des föderalen Charakters des schweizerischen politischen Systems der unterschiedlichen Typen von Parteiensystemen ist der kantonale Kontext für die Wahlentscheidungen ganz zentral. Indem wir auch Aspekte des Wahlkampfes einbeziehen, streben wir eine Verknüpfung der Mikroebene der Wählerinnen und Wähler mit der Makroebene des politischen Prozesses an, wie sie Coleman (1986) zur Erklärung politischer Phänomene vorgeschlagen hat. Wie gross die Differenzen zwischen den Kantonen sind und welche allgemeinere Muster des Aufstiegs der SVP erkennbar sind, wird nach den kantonalen Analysen Thema des vergleichenden Kapitels sein.

Romain Lachat, Peter Selb

Schweiz

Einleitung

Die Entwicklung der Wahlergebnisse der SVP und der anderen Parteien bei den National- und Ständeratswahlen wurde ja bereits in der Einführung zu diesem Band beleuchtet. Hier gilt es nun, den Erfolg der SVP auf nationaler Ebene zu analysieren und zu erklären. Dazu werden wir in einem ersten Schritt zeigen, wie sich das Konkurrenzverhältnis zwischen der SVP und den anderen Parteien entwickelt hat. Danach zeigen wir, wo sich die SVP und ihre Konkurrentinnen im politischen Raum positionieren und wie sich diese Konfiguration zwischen 1995 und 2003 verändert hat. Schliesslich betrachten wir die Themenprioritäten der Bevölkerung während der beiden Wahlkämpfe.

Nach dieser Analyse der Rahmenbedingungen des SVP-Erfolgs wenden wir uns abschliessend dem Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger zu. Dabei soll geklärt werden, welche sozialen und politischen Merkmale der Wählenden die Parteipräferenz der Wählenden für die SVP massgeblich beeinflusst haben und wie sich dieser Einfluss im Zeitverlauf verändert hat. Während dieses Kapitel also einerseits der Beantwortung substanzieller Fragen dient, wollen wir andererseits an dieser Stelle auch in die Analysestrategien einführen, die auch in den folgenden Kapiteln zur Anwendung kommen. Einige methodische Erläuterungen fallen hier daher etwas ausführlicher aus als in den kantonalen Kapiteln.

Intensität der Parteienkonkurrenz

Die folgende Analyse der Wählerpotenziale und der Parteienkonkurrenz basiert nicht, wie üblich, auf den tatsächlichen Wahlentscheiden der Bürgerinnen und Bürger, sondern auf ihren Wahlwahrscheinlichkeiten für *alle* wichtigen Parteien. Dadurch wird es möglich, die Präferenzen eines einzelnen Wählers für unterschiedliche Parteien direkt zu beobachten. Kennen wir hingegen nur seinen Wahlentscheid, haben wir lediglich Informationen über seine erste Präferenz – die gewählte Partei –, aber nicht über seine persönliche Präferenzordnung hinsichtlich der Parteien. Mit anderen

Worten wissen wir nicht, wie knapp seine Entscheidung für die gewählte Partei ausfiel, ob und inwieweit er auch mit anderen Parteien sympathisierte oder ob die gewählte Partei die einzige akzeptable Option für ihn darstellte. Eine direkte Beobachtung der Präferenzen für unterschiedliche Parteien erlaubt es uns wiederum, interessante Fragen wie die nach dem Wählerpotenzial der Parteien respektive nach der Überschneidung dieser Potenziale zwischen den Parteien, das heisst nach der Parteienkonkurrenz, zu beantworten. Detaillierte Angaben zum Konzept der Wahlwahrscheinlichkeit und zur Messung befinden sich im technischen Anhang zu diesem Band.

Der erste Aspekt, den wir hier betrachten, ist das *Wählerpotenzial* der Parteien. Das Potenzial einer Partei wird als eine gewichtete Summe der entsprechenden Wahlwahrscheinlichkeiten berechnet. Nehmen wir beispielsweise eine – zugegebenermassen sehr kleine – fiktive Wählerschaft von fünf Personen an, von denen zwei Personen eine Wahlwahrscheinlichkeit von 20 Prozent für eine bestimmte Partei haben, während die anderen diese Partei mit einer 100-, 50- beziehungsweise 0-prozentigen Wahrscheinlichkeit wählen, dann hat diese Partei ein Wählerpotenzial von $(2 \times 2 + 1 \times 1 + 1 \times 5 + 1 \times 0) / 5 = .38$ oder 38 Prozent. Die in dieser Weise auf Basis unserer Befragungsdaten berechneten Wählerpotenziale der fünf wichtigsten Parteien auf nationaler Ebene für beide untersuchten Wahljahre finden sich in den Tabellen 3.1 und 3.2. Die Tabellen geben gleichzeitig auch Masse der Intensität der Konkurrenz zwischen den Parteien wieder – einen Aspekt, den wir später näher erläutern werden.

Die Ergebnisse zeigen zunächst deutlich, dass die Potenziale der Parteien jeweils viel grösser sind als die tatsächlichen Wahlergebnisse. Die Differenz ist bei den Grünen besonders hoch. Obwohl es sich um die kleinste der fünf Parteien handelt, ist ihr Potenzial das zweit- oder drittgrösste. Solche Vergleiche zwischen Potenzial und Wahlergebnis einer Partei geben uns Informationen über die Kapazität einer Partei, ihr Potenzial auszuschöpfen. Die in den Tabellen gegebenen *Ausschöpfungsquoten* sind schlicht die Verhältnisse zwischen Potenzial und Stärke einer Partei. 1995 ist diese Ausschöpfungsquote am kleinsten bei den Grünen: Nur jeder siebte potenzielle Wählende dieser Partei hat sie bei der Wahl auch tatsächlich unterstützt. Bei den Bundesratsparteien sind diese Quoten viel höher und sehr nahe beieinander (zwischen 40 und 43 Prozent).

Zwischen 1995 und 2003 sind die potenziellen Wählerschaften aller Parteien ausser der SVP kleiner geworden. Diese zeitlichen Unterschiede sind aber relativ klein. Interessanter ist die Entwicklung der Ausschöpfung

Tabelle 3.1
Potenzielle Wählerschaften und Überlappungen, 1995

	Grüne	SP	CVP	FDP	SVP
Grüne		0.75	0.79	0.72	0.70
SP	0.88		0.85	0.78	0.78
CVP	0.68	0.62		0.73	0.75
FDP	0.73	0.67	0.86		0.82
SVP	0.56	0.53	0.70	0.66	
Wählerpotenzial	46.5	54.4	39.7	46.9	37.3
Parteistärke	6.5	21.8	16.8	20.2	14.9
Ausschöpfungsquote	14.0	40.1	42.3	43.1	39.9

Tabelle 3.2
Potenzielle Wählerschaften und Überlappungen, 2003

	Grüne	SP	CVP	FDP	SVP
Grüne		0.74	0.66	0.60	0.45
SP	0.86		0.71	0.65	0.52
CVP	0.55	0.52		0.65	0.53
FDP	0.59	0.56	0.77		0.64
SVP	0.39	0.39	0.54	0.55	
Wählerpotenzial	44.2	51.0	37.2	44.0	38.2
Parteistärke	8.0	23.3	14.4	17.3	26.7
Ausschöpfungsquote	18.1	45.7	38.7	39.3	69.9

bei der SVP. Obwohl diese Partei zwischen diesen Wahlen sehr stark an Wählern zugelegt hat, ist ihr Potenzial nur geringfügig grösser geworden. Die SVP konnte ihr Potenzial also 2003 viel besser ausschöpfen als 1995 (70 Prozent in 2003, 40 Prozent acht Jahre früher). Während sich hier ein klarer Mobilisierungserfolg der SVP manifestiert, könnten sich weitere Gewinne bei kommenden Wahlen in Anbetracht der zeitlichen Stabilität des Wählerpotenzials der SVP als schwierig erweisen.

Ein Vergleich zwischen 1995 und 2003 liefert auch interessante Ergebnisse in Bezug auf die *Überlappungen* in den Potenzialen der Parteien. Überlappung meint hier die Anteile der potenziellen Wählerschaft einer «Spalten-Partei», die auch zur potenziellen Wählerschaft der entsprechenden «Zeilen-Partei» gehört. Je höher diese Überlappung, desto stärker kämpfen zwei Parteien also um die gleichen Wählerinnen und Wähler. In der «SP»-Spalte der Tabelle 3.1 bedeutet beispielsweise der Wert von 0.75 in der ersten Zeile, dass 75 Prozent der potenziellen SP-Wählerschaft auch zur potenziellen Wählerschaft der Grünen gehört. Die Überlappung mit der SVP-Wählerschaft ist hier wesentlich geringer: 53 Prozent der poten-

ziellen Wählerschaft der SP gehören auch zur potenziellen Wählerschaft der SVP. Dieses Mass der Überlappung zwischen Parteien ist aber nicht symmetrisch. Die Konkurrenz zwischen zwei Parteien ist häufig für eine der Kontrahentinnen härter als für die andere. Das kann man sehr gut am Beispiel der Konkurrenz zwischen der SP und den Grünen sehen: Während 75 Prozent der SP-Wählerschaft auch zur potenziellen Wählerschaft der Grünen gehört, ist der Wert in der entgegengesetzten Richtung höher, nämlich 88 Prozent. Gleichzeitig wird in den gewählten Beispielen auch deutlich, dass die Konkurrenz mit der ideologischen Nähe der betroffenen Parteien zunimmt. Es ist daher nicht erstaunlich, dass man die höchsten Werte 1995 in der Konkurrenz zwischen SP und Grünen findet, und den niedrigsten in der Konkurrenz zwischen SVP und SP.

Generell sind die Überlappungen in den potenziellen Wählerschaften 1995 relativ hoch. Als Referenzgrösse kann man sich auf die Ergebnisse der Studie von van der Eijk und Franklin zu den Europäischen Wahlen von 1989 beziehen (Eijk und Franklin 1996). Im Fall Deutschlands, um nur ein Beispiel zu nennen, liegt die durchschnittliche Überlappung zwischen den vier Hauptparteien bei 53 Prozent (Schmitt 1996: 152), was erheblich niedriger ist als die hier beobachteten Werte (73 Prozent im Durchschnitt).

Wie weiter oben bereits erwähnt haben zwischen 1995 und 2003 interessante Entwicklungen stattgefunden. Sämtliche Überlappungen sind geringer geworden, was auf stärker polarisierte Parteipräferenzen auf Seiten der Wählerschaft hindeutet. Diese Interpretation wird durch die Tatsache untermauert, dass die Verringerung der Konkurrenz umso ausgeprägter ist, je weiter zwei Parteien ideologisch voneinander entfernt sind. So ist die Konkurrenz der SP für die Grünen fast gleich geblieben (von 0.88 zu 0.86), während sich die Konkurrenz der SVP für die gleiche Partei von 0.56 auf 0.39 reduziert hat. Ähnliche Schlüsse können für die anderen Parteien gezogen werden. Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung aber bei der SVP. 2003 ist sie die Partei, die am wenigsten unter Konkurrenzdruck steht. Die potenziellen Wählerinnen und Wähler der SVP weisen deutlich tiefere Wahlwahrscheinlichkeiten für die anderen Bundesratsparteien oder für die Grünen auf als die anderen Stimmberechtigten.

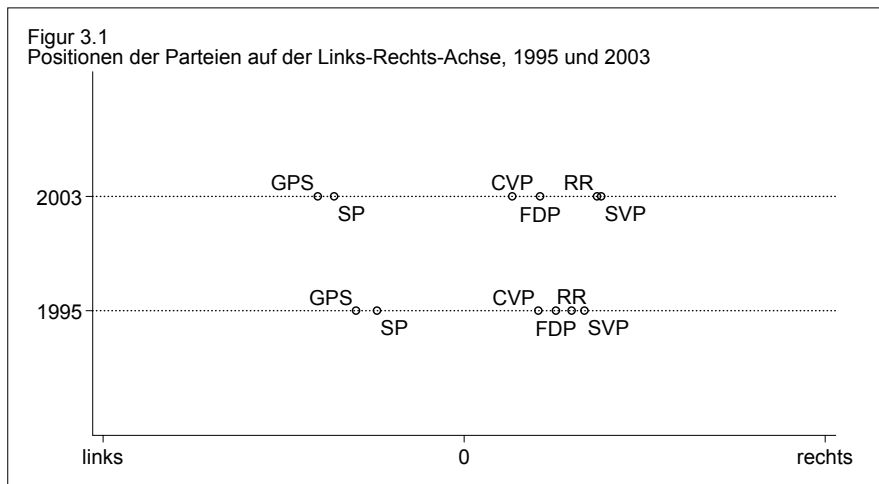
Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass der Aufstieg der SVP in erster Linie durch eine vollständigere Ausschöpfung des eigenen Wählerpotenzials möglich wurde, und nicht etwa durch eine Erweiterung ihres Wählerpotenzials oder durch zunehmende Überlappungen mit den Wählerschaften der anderen (hier untersuchten) Parteien. Interessant wäre in diesem Zusammenhang allerdings ein Blick auf die Überlappungen zwi-

schen den Wählerschaften der SVP und den kleineren rechtsextremen Parteien, die zeitgleich mit dem Aufstieg der SVP beinahe vollständig aus der Parteienlandschaft der Schweiz verschwunden sind. Denn hier liegt die Vermutung nahe, dass die SVP von massiven Überschneidungen der Wählerpotenziale profitiert haben könnte. Leider stehen uns solche Daten auf nationaler Ebene nicht zur Verfügung. Zumindest in einigen kantonalen Kapiteln werden derartige Analysen aber möglich sein.

Positionen der Parteien im politischen Raum

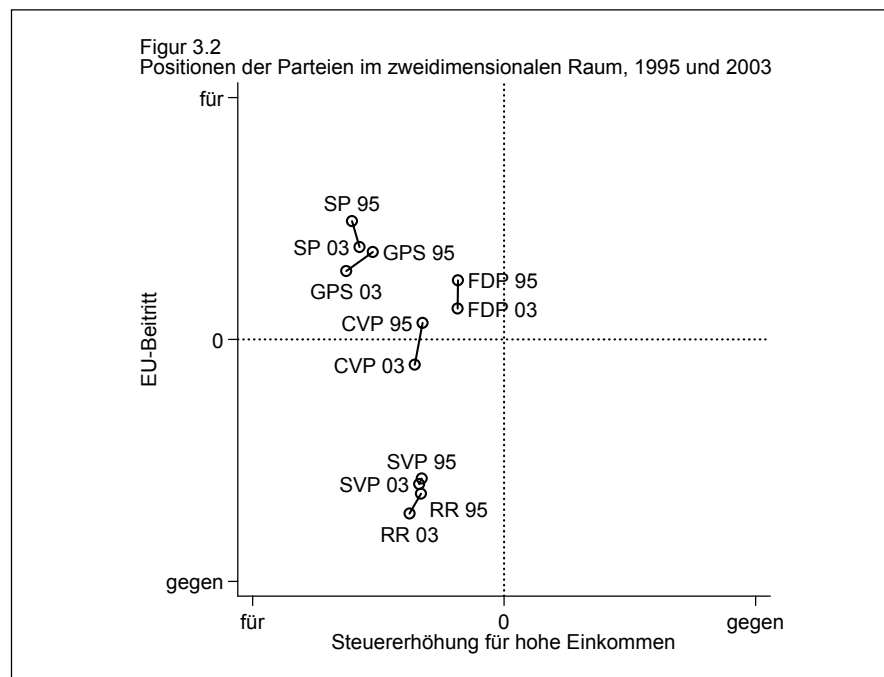
In diesem Abschnitt betrachten wir die Entwicklung der Parteipositionen im politischen Raum. Die ideologische Verortung der Parteien ist ein wichtiger Faktor für die Erklärung der Wahlentscheidungen. Veränderungen in den relativen Positionen der Schweizer Parteien könnten daher wichtige Hinweise über den Erfolg der SVP liefern. Oft wird das ideologische Profil von Parteien und Wählern entlang einer einfachen Links-Rechts-Dimension gemessen, was zwar sehr intuitiv greifbar ist, häufig aber nicht ausreichen dürfte, um die wichtigsten ideologischen Unterschiede zwischen den Parteien zu erfassen. Mehrere Autoren haben gezeigt, dass der politische Raum in der Schweiz wie in den meisten westeuropäischen Ländern zweidimensional ist (Kriesi 1998b; Hermann und Leuthold 2003). Neben einem traditionellen ökonomischen Gegensatz zwischen Markt und Staat unterscheiden sich die Parteien auch in Bezug auf ihre Präferenzen bezüglich kultureller Themen. Diese zweite Dimension hat in der Schweiz den Charakter einer Opposition zwischen der internationalen Öffnung der Schweiz einerseits und der Verteidigung der Traditionen andererseits. Wir werden diese hier als den Öffnungs-Abgrenzungs-Gegensatz bezeichnen.

In einem ersten Schritt widmen wir uns aber zunächst den Parteipositionen auf der Links-Rechts-Achse (Figur 3.1). Die hier abgebildeten Positionen sind die durchschnittlichen Positionen der Wählerinnen und Wähler der jeweiligen Parteien auf dieser Achse. Dies ist freilich nicht der beste Weg, um Parteipositionen zu messen. Viele Befragungsteilnehmer, insbesondere die mit einem niedrigen politischen Interesse, tendieren dazu, sich in der Mitte der Links-Rechts-Achse zu positionieren. Die so berechneten durchschnittlichen Positionen der Parteien sind daher wahrscheinlich weniger stark polarisiert als die tatsächlichen Parteipositionen. Dieses Problem sollte aber die relativen Positionen der Parteien zueinander und ihre Veränderung über die Zeit, die uns hier am meisten interessieren, nicht verzerren.



1995 sieht man, dass sich die Wählerschaften der SP und der Grünen im Schnitt links positionieren, während sich die der anderen Bundesratsparteien rechts von der Mitte verorten. Dabei befindet sich die CVP am nächsten zum Zentrum, die SVP platziert sich am weitesten rechts. Nur die Position der kleinen rechtsextremen Parteien mag etwas überraschend sein. Die Position dieser Parteiengruppe ist eher moderat und liegt zwischen der FDP und der SVP. 2003 waren die Positionen der Parteien stärker polarisiert. Die Grünen und die SP haben sich nach links bewegt, während die rechtsextremen Parteien und die SVP weiter nach rechts gewandert sind. Die grössten Verschiebungen sind hier im linken Lager zu finden. Die CVP und die FDP schliesslich haben ihre Position nicht grundsätzlich verändert, aber sie nehmen leicht moderatere Positionen ein als 1995. Die wichtigste Entwicklung, was die SVP betrifft, ist die grössere Distanz zu ihren bürgerlichen Hauptkonkurrenten. Ihre radikalere Position in den Wahlen 2003 und die leichte Bewegung der anderen bürgerlichen Parteien haben dazu geführt, dass die SVP mit Blick auf die anderen Parteien eine einzigartige Position im politischen Raum einnimmt. Zwar nehmen die rechtsextremen Parteien eine sehr ähnliche Position ein. Dies war vermutlich aber nur für die Wahlen 1995 relevant, als diese Parteien hinsichtlich ihrer Stimmenanteile noch bedeutsam waren. Schon bei den Wahlen 1999 hat sich ihr Anteil an Wählerstimmen so stark reduziert, dass sie mit der SVP nicht mehr ernst konkurrieren konnten.

Um diese erste Analyse weiter zu differenzieren, betrachten wir nun eine zweidimensionale Darstellung des politischen Raums. Die zwei oben beschriebenen Dimensionen werden je mit einem Indikator gemessen. Wie



bei der Links-Rechts-Achse messen wir die Position der Parteien durch den Mittelwert der Position ihrer Wählerschaften. Der ökonomische Gegensatz wird anhand der Präferenzen gegenüber einer Erhöhung oder einer Verminderung der Steuern auf hohe Einkommen gemessen. Der Öffnungs-Abgrenzungs-Gegensatz basiert dagegen auf den Einstellungen gegenüber einem Beitritt der Schweiz zur EU. Die entsprechenden Positionen der Parteien in den beiden Wahlen finden sich in der Figur 3.2.

Zunächst ist auffällig, dass sich die Parteien bei beiden Wahlen stärker in Bezug auf den Öffnungs-Abgrenzungs-Gegensatz voneinander unterscheiden als auf der ökonomischen Achse. Darüber hinaus sieht man, dass die relativen Positionen der Parteien auf den beiden Achsen nicht identisch sind. Während die SVP sehr stark für Abgrenzung steht, nimmt sie im ökonomischen Konflikt eine eher moderate Position ein. Was diese horizontale Achse betrifft, lässt sich feststellen, dass alle Parteien eine Position zu Gunsten einer Steuererhöhung für hohe Einkommen einnehmen. Betrachtet man beide Dimensionen gemeinsam, so fällt auf, dass sich die Konfiguration der Parteien ziemlich stark von derjenigen unterscheidet, die wir hinsichtlich der Links-Rechts-Dimension beobachtet haben. Die Distanz der SVP und der rechtsextremen Parteien zur CVP und FDP ist hier viel grösser. Insgesamt zeigt sich eine Dreieckskonstellation. Die

Positionen der FDP und der CVP liegen nahe beieinander. Sie unterscheiden sich von der SVP durch ihre liberale Position im Öffnungs-Abgrenzungs-Gegensatz und von der SP auf beiden Dimensionen. Auch die SP und die Grünen haben ein ähnliches Profil. Sie unterstützen sowohl einen EU-Beitritt als auch eine Steuererhöhung auf hohe Einkommen.

Die Bewegungen der Parteien in diesem Raum zwischen den zwei Wahlen haben hier nicht zu einer verstärkten Polarisierung geführt. Eigentlich haben sich alle sechs Parteien nur leicht bewegt, und zwar gleichförmig in Richtung einer negativeren Haltung zum EU-Beitritt. Die Position der SVP ist dabei fast konstant geblieben; nur die anderen Parteien sind etwas näher an die SVP-Position herangerückt. Das Profil der SVP unterscheidet sich aber immer noch deutlich von dem ihrer Konkurrentinnen. Die Veränderung in der Konfiguration des Parteiensystems liefert also keine direkten Hinweise für den Aufstieg der SVP. Zwei Elemente sind aber zentral. Erstens sieht man, dass sich die SVP vor allem auf der kulturellen Dimension von den anderen Parteien abhebt. Die entsprechende Einstellung sollte also viel wichtiger sein, um die Wahlwahrscheinlichkeiten für die SVP zu erklären, als die Position der Wählerinnen und Wähler im ökonomischen Konflikt. Zweitens müssen diese Ergebnisse auch im Hinblick auf Veränderungen in der Parteistärke interpretiert werden. Die Position der SVP ist die gleiche in den beiden Wahljahren. 2003 steht sie aber viel weniger unter der Konkurrenz von den rechtsextremen Parteien, da diese beinahe vollständig aus der schweizerischen Parteienlandschaft verschwunden sind. Die Relevanz der kulturellen Dimension für die Erklärung des SVP-Erfolgs sollte folglich 2003 noch grösser sein als 1995.

Analyse des Wahlkampfes

Nachdem wir die Positionen der Parteien im politischen Raum analysiert haben, betrachten wir jetzt die politischen Themen, die die Wahlkämpfe am stärksten geprägt haben. Denn obwohl sich die politischen Positionen der Parteien zwischen 1995 und 2003 nicht grundsätzlich verändert haben, könnte sich die relative Bedeutung der Konfliktdimensionen verschoben haben, was ebenfalls Konsequenzen für das Wahlergebnis gehabt haben könnte.

Die Analyse der Bedeutung politischer Themen fusst auf zwei Quellen. Erstens wurde in den Selects-Befragungen erhoben, welche Themen aus Sicht der Befragten die dringendsten Probleme in der Schweiz sind. Solche Daten sind für beide Wahljahre verfügbar. Die zweite Quelle ist eine

Tabelle 3.3
Wichtigste Probleme in der Schweiz, 1995 und 2003 (in Prozent der Nennungen)

	Umfragedaten		Mediendaten		
	1995	2003	1995	2003	
Arbeitsmarkt	26.3	Immigration	21.9	Soziale Sicherheit	22.5
Europ. Integration	16.4	Soziale Sicherheit	20.8	Europ. Integration	12.4
Finanzen, Steuern	13.4	Gesundheit	16.4	Ruhe & Ordnung	10.3
Umwelt	10.6	Arbeitsmarkt	15.7	Finanzen, Steuern	10.3
Immigration	8.7	Finanzen, Steuern	7.4	Immigration	7.1

Inhaltsanalyse der wichtigsten Tageszeitungen, die nur während des Wahlkampfs 2003 durchgeführt wurde.¹ In Tabelle 3.3 finden sich die entsprechenden Ranglisten der fünf wichtigsten Themen, die innerhalb der Wählerschaft 75 bzw. 82 Prozent aller Nennungen und bei der Medienberichterstattung 63 Prozent aller Artikel abdecken.

Wenn wir zunächst die Themenranglisten aus der Sicht der Wählerschaft betrachten, sehen wir, dass diese zu beiden Zeitpunkten Themen sowohl des traditionellen ökonomischen Gegensatzes beinhalten als auch Probleme, die im Zusammenhang mit dem Öffnungs-Abgrenzung-Konflikt stehen. Die genaue Zusammensetzung der zwei Themenagenden ist aber ziemlich unterschiedlich. 1995 waren für mehr als ein Viertel der Wählerschaft Probleme der Arbeitslosigkeit und des Arbeitsmarkts die wichtigsten, gefolgt von der Europäischen Integration (16 Prozent der Antworten) und der Steuer- und Finanzpolitik (13 Prozent). Auf vierter und fünfter Position finden sich schliesslich die Themen Umweltschutz und Immigration. Diese Prioritäten widerspiegeln die Relevanz der beiden Konfliktlinien, die bereits weiter oben untersucht wurden. Die Agenden setzen sich sowohl aus den traditionellen Themen des Staat-Markt-Gegensatzes zusammen wie auch aus den neueren Themen der EU-Politik und der Immigration, die den Konflikt zwischen Befürwortern einer Öffnung und der Abgrenzung der Schweiz berühren.

Auch 2003 findet man unter den ersten Prioritäten der Wählerschaft Probleme, die mit beiden Gegensätzen in Verbindung stehen, wenn auch in einer deutlich veränderten Rangfolge. Das Thema Immigration ist vom fünften auf den ersten Platz geklettert. Gleichzeitig hat das Thema Europäische Politik stark an Bedeutung verloren. Es gehört nicht mehr zu den wichtigsten Themen und wurde 2003 nur noch von 3 Prozent der Wahlberechtigten als das dringendste Problem genannt. Zentral hier ist, dass sich der Charakter der politischen Debatte um Fragen der Öffnung oder der Abgrenzung verändert hat. Mit dem Thema EU-Integration hat sich die politische Debatte um mögliche weitere Schritte in Richtung einer Öffnung

der Schweiz thematisch verengt. Dieses Thema war auch während dem Wahlkampf 1999 virulent, als die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU diskutiert wurden. Im Zentrum der Debatte um die Immigrationspolitik, die den 2003er-Wahlkampf stark geprägt hat, standen aber Vorschläge um eine Verschärfung dieser Politik – also in der Richtung einer stärkeren Abgrenzung. Weiter sieht man auch, dass neue ökonomische Themen auf die vorderen Ränge gerückt sind. Die Themen Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik figurieren dabei zwar immer noch unter den Prioritäten der Wählerschaft; sie wurden aber von Fragen um den Sozialstaat (Soziale Sicherheit, Gesundheitspolitik) überholt. Die inhaltliche Verschiebung in der Öffnungs-Abgrenzungs-Debatte sollte daher klar zum Vorteil der SVP geschehen sein. Von der Bedeutung der Sozialstaatsthematik sollte die SVP dagegen nicht unbedingt profitiert haben. Die Positionen der SVP in diesem Themenbereich wie auch bei den «klassischen» Fragen der Arbeitsmarkt- und der Finanzpolitik weichen nicht stark von denen der FDP ab. Entsprechend können wir im folgenden Abschnitt zeigen, dass die Positionen der Wählerinnen und Wähler zu diesen Themen kaum zur Erklärung der individuellen Parteipräferenzen für die SVP auf nationaler Ebene beigetragen haben.

Die Themenprioritäten der Massenmedien unterscheiden sich leicht von jenen der Wählerinnen und Wähler. Sie verändern aber nicht grundsätzlich das Bild des 2003er-Wahlkampfes, das wir gerade präsentiert haben. Am erstaunlichsten ist die hohe Relevanz der Frage der Europäischen Integration – ein Thema, das von den Wählenden nicht mehr als vorrangig eingestuft wurde. Dagegen war in den Medien das Thema *Law and order* auch sehr wichtig – ein Thema, das häufig mit der Frage der Immigration und dem Öffnungs-Abgrenzungs-Konflikt in Verbindung gebracht wurde. Obwohl hier also die Frage der Öffnung der Schweiz immer noch zentral ist, liegt das Gewicht eher doch in Richtung Abgrenzung, also bei der Position der konservativen Rechten.

Analyse des individuellen Wahlverhaltens

In diesem Abschnitt wenden wir uns den Parteipräferenzen der Schweizer Wählerinnen und Wähler zu. Im Gegensatz zu vielen anderen Studien zum Wahlverhalten messen wir auch hier die Parteipräferenz nicht mittels des Parteientscheids, sondern durch die bereits vorgestellten Wahlwahrscheinlichkeiten. Dieser Indikator hat auch für Individualanalysen einige theoretische und analytische Vorzüge, die im *technischen Anhang* näher erläutert sind. Die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP wird mit Hilfe von

linearen Regressionen anhand der sozialen Merkmale (soziale Klasse, Religion, Stadt-Land) und politischen Einstellungen und Orientierungen (Parteiidentifikation, Ideologie, Issueorientierungen, Kandidatenorientierungen, Protest) der Wahlberechtigten erklärt². Dabei gehen wir schrittweise vor. In einem ersten Modell werden nur die sozialen Merkmale einbezogen; in einem zweiten Modell wird der Effekt der politischen Einstellungen und Orientierungen auf die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP *unter Kontrolle* der sozialen Merkmale geschätzt. Der Grund für dieses schrittweise Vorgehen liegt in der vermuteten kausalen Ordnung der sozialen und politischen Merkmale³. So hat beispielsweise die soziale Klasse eines Wählers möglicherweise einen Einfluss auf dessen Einstellung zur Besteuerung hoher Einkommen. Seine Einstellung zur Besteuerung dürfte aber keinen Einfluss auf seine Zugehörigkeit zu einer sozialen Klasse haben. Daher müssen wir bei der Schätzung des kausalen Effekts der Einstellung zur Besteuerung hoher Einkommen auf die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP die soziale Klasse berücksichtigen, da wir ansonsten Gefahr laufen, dieser Einstellung einen Effekt zuzuschreiben, der eigentlich auf die soziale Klasse zurückgeht. Umgekehrt dürfen wir bei der Schätzung des kausalen Effekts der sozialen Klasse auf die Wahrscheinlichkeit, SVP zu wählen, nicht für die Einstellung zur Besteuerung kontrollieren, da wir sonst den über die Einstellung vermittelten Effekt der sozialen Klasse fälschlicherweise der Einstellung zuschreiben, und nicht der sozialen Klasse selbst.

Tabelle 3.4 präsentiert die geschätzten Effekte von sozialen Merkmalen der Wahlberechtigten auf ihre SVP-Wahlwahrscheinlichkeit 1995 und 2003 sowie die Veränderung dieser Effekte über Zeit.⁴ Die *Bs* sind Punktschätzungen dieser Effekte. Das heisst, wenn sich der Wert einer unabhängigen Variable um eine Masseinheit erhöht, dann steigt beziehungsweise fällt die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP durchschnittlich etwa um den Wert von *B*. Die *Standardfehler (SE)* sind Masse der Unsicherheit, die mit dieser Punktschätzung einhergehen. Das Grössenverhältnis von Punktschätzung und entsprechendem Standardfehler erlaubt es uns unter bestimmten statistischen Verteilungsannahmen, *Irrtumswahrscheinlichkeiten* zu bestimmen, wobei die hochgestellte Eins (¹) für ein unter 10-prozentiges ($p < .10$), die hochgestellte Zwei (²) für ein unter 5-prozentiges ($p < .05$) und die hochgestellte Drei (³) für ein unter einprozentiges Irrtumswahrscheinlichkeit ($p < .01$) stehen. Mit anderen Worten können wir bei einer Punktschätzung mit einer hochgestellten Drei mit über 99-prozentiger Sicherheit davon ausgehen, dass sich *B* vom Wert 0 (kein Effekt) unterscheidet. In diesem Fall

Tabelle 3.4
Lineare Regression der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf soziale Merkmale der Wahlberechtigten, Schweiz (Modell 1)

Variablen	Kategorien/Indikator	1995		2003		1995–2003	
		Beta	SE	Beta	SE	Beta	SE
	Konstante	0.38 ³	0.01	0.48 ³	0.02	0.10 ³	0.02
Soziale Klasse	ungelernte Arbeiter	-0.01	0.02	-0.03	0.02	-0.02	0.03
	qualifizierte Arbeiter	-0.03 ³	0.01	-0.04 ³	0.02	-0.01	0.02
	Manager	-0.07 ³	0.01	-0.13 ³	0.02	-0.07 ³	0.02
	technische Spezialisten	0.00	0.01	-0.08 ³	0.02	-0.08 ³	0.02
	soziokulturelle Spezialisten	-0.13 ³	0.01	-0.22 ³	0.02	-0.08 ³	0.02
	(Ref.: Bauern, traditionelle Berufe)						
Religion	nichtpraktizierende Katholiken	0.04 ³	0.01	0.01	0.01	-0.02	0.02
	praktizierende Katholiken	0.07 ³	0.01	0.06 ³	0.02	-0.02	0.02
	nichtpraktizierende Protestanten	0.09 ³	0.01	0.05 ³	0.01	-0.04 ²	0.02
	praktizierende Protestanten	0.12 ³	0.01	0.05 ³	0.02	-0.07 ³	0.03
	(Ref.: keine/andere Religion)						
Stadt-Land	Stadt (Ref.: Land)	-0.06 ³	0.01	-0.08 ³	0.01	-0.02	0.01
R ²		0.06		0.04			
N		6578		5064			

¹ p<.10 ² p<.05 ³ p<.01

spricht man auch häufig von einem Effekt, der auf einem Wahrscheinlichkeitsniveau von 99 Prozent *signifikant* ist.

Der Effektkoeffizient für die Kategorie eines sozialen Merkmals gibt jeweils den Unterschied in der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit von Mitgliedern dieser Kategorie im Vergleich zur *Referenzkategorie (Ref.)* wieder. Diese setzt sich aus denjenigen Kategorien zusammen, die hier nicht explizit in die Modellschätzung einbezogen wurden. Für die soziale Klasse sind das die Bauern und in anderen traditionellen Berufen tätige Personen, mit Blick auf die Religion diejenigen, die sich zu keiner Religion oder einer anderen als den beiden grossen christlichen Konfessionen bekennen, und beim Stadt-Land-Merkmal die Bewohner ländlicher Regionen⁵. Der B-Wert der *Konstanten* ist der Schätzwert für die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit der Mitglieder dieser Referenzkategorie.

Die Wahlwahrscheinlichkeit dieser Referenzgruppe für die SVP lag 1995 bei 0.38 ± 0.02 (siehe Spalte 1995), also bei etwa 38 Prozent⁶. Dieser Wert ist bis 2003 um etwa 10 Prozentpunkte (siehe Spalte 1995–2003) auf unge-

fähr 48 Prozent (siehe Spalte 2003) signifikant angestiegen. Die Bauern und der alte Mittelstand hatten also unter den sozialen Klassen bei beiden nationalen Wahlen in der Tendenz die höchste Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP. Diese Beobachtung entspricht dem klassischen wahlsoziologischen Erklärungsmuster, das die Unterstützung rechter Parteien als «Revolte gegen die Moderne» deutet. Kleinbürger und Bauern, so die Argumentation, gerieten durch gesellschaftliche Modernisierungsprozesse zunehmend zwischen die Fronten der Auseinandersetzung zwischen Kapital und organisierter Arbeiterschaft und würden daher für extreme Parteien optieren. Daneben findet aber auch die aktuellere These einer neuen sozialen Spaltungslinie in unseren Daten einige empirische Unterstützung. Denn die ungelerten Arbeiter als die durch Globalisierungsprozesse mutmasslich am härtesten betroffene soziale Schicht unterschieden sich weder 1995 noch 2003 signifikant von den Bauern und der Mittelschicht in ihrer Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP. Das heisst, dass die SVP auch innerhalb der ungelerten Arbeiterschaft zwischen 1995 und 2003 noch einmal signifikant zugelegt hat, und zwar um etwa 8 Prozentpunkte⁷. Die übrigen sozialen Klassen hatten spätestens 2003 eine signifikant niedrigere Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP als die Referenzgruppe und die ungelerte Arbeiterschaft, allen voran die soziokulturellen Spezialisten und die Manager.

Hinsichtlich der Religion zeigt sich 1995 zumindest in der Tendenz noch ein traditionelles Konfessionsmuster in der Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP. Die höchste Wahlwahrscheinlichkeit von ungefähr 50 Prozent⁸ wiesen die praktizierenden Protestanten auf, gefolgt von den nichtpraktizierenden Protestanten mit etwa 47 Prozent. Erstaunlich ist aber dennoch, wie hoch die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit bereits 1995 unter den Katholiken mit 45 Prozent für die Praktizierenden und 42 für die Nichtpraktizierenden war. Die geringste Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP 1995 wiesen die Konfessionslosen beziehungsweise die Anhänger einer anderen Religion auf. Bis 2003 stieg die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP in beiden grossen christlichen Konfessionen an. Allerdings fiel dieser Anstieg in der Gruppe der Protestanten geringer aus als unter den Katholiken, sodass sich Protestanten und Katholiken 2003 nicht mehr signifikant unterschieden. War die SVP also ursprünglich eine protestantische Partei, so ist sie bis spätestens 2003 zu einer überkonfessionellen Partei geworden. Mit Blick auf die Konfession und die Religiosität lassen sich die Thesen der gesellschaftlichen Säkularisierung und der Transformation der SVP zu einer Catch-All-Partei bestätigen.

Auch hinsichtlich der Stadt-Land-Differenzen bestätigen sich klassische theoretische Erwartungen. 1995 war bei Konstanthaltung der anderen Merkmale auf dem Land die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP um 6 Prozent höher als innerhalb der städtischen Wählerschaften. Dieser Unterschied hat sich bis 2003 eher noch etwas nuanciert. Festzuhalten bleibt aber, dass der Aufstieg der SVP zwischen 1995 und 2003 sowohl auf dem Land als auch in der Stadt zu beobachten ist.

Insgesamt ist die Erklärungskraft der hier untersuchten sozialen Merkmale in Bezug auf die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP sehr begrenzt und hat zwischen 1995 und 2003 tendenziell sogar noch abgenommen; der Anteil der durch das Modell erklärten Varianz ist von mageren 6 Prozent auf 4 Prozent gesunken⁹. Diese Beobachtung entspricht wiederum der Dealignment-These, die besagt, dass das individuelle Wahlverhalten heute immer weniger durch strukturelle Merkmale bestimmt wird. Diese These wird uns im Folgenden noch ausführlicher beschäftigen. Nichtsdestotrotz bleibt festzuhalten, dass sich die SVP auch weiterhin durch ein spezifisches soziales Profil auszeichnet, auch wenn dieses im Zeitverlauf vermutlich an Prägnanz eingebüsst hat.

Tabelle 3.5 gibt die geschätzten Effekte von politischen Einstellungen und Orientierungen der Wahlberechtigten auf ihre Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP unter Kontrolle der sozialen Merkmale wieder. Zunächst einmal ist dabei nicht weiter erstaunlich, dass die Parteiidentifikation in beiden Wahljahren einen grossen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, SVP zu wählen, hatte. 1995 hatte eine Person, die sich der SVP nahe fühlte, eine um etwa 26 Prozentpunkte höhere Wahlwahrscheinlichkeit für diese Partei als jemand, der sich der SVP nicht nahe fühlte. Bis 2003 ging diese Differenz aber signifikant auf etwa 18 Prozentpunkte zurück. Auf den ersten Blick stützt dieser Befund die Dealignment-These, die erwarten liesse, dass die Bereitschaft der Wählenden, «ihrer» Partei durch Dick und Dünn zu folgen, im Zeitverlauf abnimmt. Andererseits ist aber der Anteil derer, die sich der SVP nahe fühlen, im Untersuchungszeitraum recht deutlich von etwa knapp 5 auf 8 Prozent der Wahlberechtigten gewachsen, was sicherlich nicht den Vorhersagen der These entspricht. Möglicherweise ist hierin aber ein Indiz für einen fortschreitenden Realignment-Prozess zu sehen, in dem Wählende neue, stabile Loyalitäten zu Parteien aufbauen.

Der Einfluss der ideologischen Selbstpositionierung der Wahlberechtigten auf die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit ist zwischen 1995 und 2003 gestiegen. Während Wählende, die sich auf dem rechten Pol der Links-Rechts-Skala verorteten, eine um etwa 20 Prozentpunkte höhere Wahl-

Tabelle 3.5

Lineare Regression der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf politische Einstellungen und Orientierungen der Wahlberechtigten unter Kontrolle von sozialen Merkmalen, Schweiz (Modell 2)

Variablen	Kategorien/Indikator	1995		2003		1995–2003	
		Beta	SE	Beta	SE	Beta	SE
	Konstante	0.39 ³	0.01	0.45 ³	0.02	0.06 ³	0.02
Soziale Klasse	ungelernte Arbeiter	0.01	0.02	0.02	0.02	0.02	0.03
	qualifizierte Arbeiter	0.01	0.01	0.02	0.01	0.01	0.02
	Manager	-0.02 ²	0.01	-0.01	0.01	0.01	0.02
	technische Spezialisten	0.01	0.01	0.01	0.01	0.00	0.02
	soziokulturelle Spezialisten (Ref.: Bauern, traditionelle Berufe)	-0.03 ³	0.01	0.02	0.02	0.06 ³	0.02
Religion	nichtpraktizierende Katholiken	0.01	0.01	-0.01	0.01	-0.02	0.02
	praktizierende Katholiken	0.01	0.01	-0.06 ³	0.02	-0.07 ³	0.02
	nichtpraktizierende Protestanten	0.04 ³	0.01	0.00	0.01	-0.04 ³	0.01
	praktizierende Protestanten (Ref.: keine/andere Religion)	0.07 ³	0.01	0.00	0.02	-0.07 ³	0.02
Stadt-Land	Stadt (Ref.: Land)	-0.02 ³	0.01	-0.01	0.01	0.01	0.01
Parteiidentifikation	Nähe zur SVP (Ref.: keine Nähe)	0.26 ³	0.01	0.18 ³	0.02	-0.09 ³	0.02
Themen	EU-Beitritt	0.00	0.00	0.03 ³	0.00	0.03 ³	0.00
	Chancen für Ausländer	0.01 ³	0.00	0.02 ³	0.00	0.02 ³	0.00
	Steuern auf hohe Einkommen	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
Ideologie	Links-Rechts-Selbsteinstufung	0.02 ³	0.00	0.03 ³	0.00	0.01 ³	0.00
Kandidaten	Sympathie für Blocher	0.04 ³	0.00	0.06 ³	0.00	0.02 ⁵	0.00
Protest		-0.01 ²	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
R ²		0.56		0.64			
N		5775		4146			

¹ p<.10 ² p<.05 ³ p<.01

wahrscheinlichkeit für die SVP hatten als betonte Linke, betrug diese Differenz 2003 bereits 30 Prozentpunkte¹⁰. Diese Entwicklung steht im Einklang mit der im vorangegangenen Abschnitt beobachteten Bewegung der SVP im politischen Raum. Demnach ist die SVP durch ihre extremere Positionierung zu einem für die Wählenden deutlicher sichtbaren ideolo-

gischen Stimulus geworden, auf den 2003 mit entsprechend weniger Ambivalenz reagiert wird als noch 1995.

Auch mit Blick auf die individuellen Einstellungen zu einem EU-Beitritt und zur Frage der Chancengleichheit für Ausländer lässt sich zwischen 1995 und 2003 eine Verstärkung beobachten. Während sich für 1995 noch kein signifikanter Effekt der Einstellung gegenüber der EU auf die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit feststellen lässt, übersteigt die Wahlwahrscheinlichkeit der EU-Gegner 2003 diejenige der Befürworter um 12 Prozent¹¹. Etwas schwächer fiel der Effekt der Einstellung zur Chancengleichheit von Ausländern aus. Hier differierten klare Gegner und Befürworter gleicher Chancen 1995 um 4 und 2003 um 8 Prozentpunkte. Der wachsende Einfluss der Einstellungen zu diesen Sachfragen auf die Parteipräferenz kann einerseits als weiterer Beleg für die Dealignment-These betrachtet werden, die prognostiziert, dass Einstellungen zu Streitfragen und zu Kandidaten die längerfristigen ideologischen Orientierungen und Parteiidentifikationen in der Meinungsbildung der Wählenden ersetzen werden. Andererseits ist diese Entwicklung möglicherweise eine Folge der extremen Positionierung der SVP im politischen Raum, die ihre inhaltlichen Standpunkte für die Wählenden deutlicher sichtbar macht. Gleichzeitig können wir aber feststellen, dass die SVP in der Frage der Besteuerung hoher Einkommen offenbar weder 1995 noch 2003 polarisierte, was der im vorangegangenen Abschnitt beobachteten, relativ moderaten Positionierung der SVP-Wählerschaft im ökonomischen Konflikt entspricht. Die Einstellungen zu dieser Sachfrage wirkten sich nicht auf die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit aus.

Christoph Blocher, die charismatische Führungsfigur des konservativen Zürcher SVP-Flügels, machte hingegen sehr wohl einen Unterschied. Wer Blocher sehr viel Sympathie entgegenbrachte, wählte 1995 mit einer um 40 und 2003 sogar mit einer um 60 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit SVP als eine Person, die ihn sehr unsympathisch findet¹². Ohne vergleichbare Schätzungen für andere Parteien und deren Führungspersonlichkeiten lässt sich an dieser Stelle allerdings nicht sagen, ob diese Beobachtung ein Spezifikum im Aufstieg rechtspopulistischer Parteien darstellt. Auffällig ist hingegen, wie drastisch sich der Einfluss der anderen politischen Faktoren auf die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit verändert, wenn man die Sympathie für Blocher in der oben präsentierten Regression ausser Acht lässt. Hier tritt bereits 1995 ein deutlicher Effekt der Haltung zur EU zu Tage, und für 2003 verdoppelt sich die Stärke des Effekts. Gleiches gilt für die Einstellung gegenüber Ausländern. Nur der Einfluss der Meinung zu höheren Steuern auf die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit ist davon nicht

betroffen. Mit anderen Worten verkörpert Blocher dermassen stark eine EU-skeptische und integrationskritische Haltung, dass der Einfluss der Sachfragenorientierungen auf den Wahlscheid zu guten Teilen durch diesen «Blocher-Effekt» überlagert wird.

Abschliessend können wir aber der Hypothese, der Aufstieg der SVP sei ein Protestsymptom, zumindest hinsichtlich der hier genutzten Operationalisierung von Protest eine Absage erteilen. Die Überzeugung, Politiker wüssten nicht, was die Menschen auf der Strasse denken, erhöhte weder 1995 noch 2003 die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP. Ganz im Gegenteil erhöhte sich die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit 1995 sogar etwas, je besser sich die Wählenden von der *Classe politique* repräsentiert fühlten.

Schlussfolgerung

Die hier präsentierten Analysen zeigen nur eine geringe Veränderung im politischen Profil der SVP zwischen 1995 und 2003. Die Partei hat ihre ideologische Position leicht nach rechts verschoben. Ihre Verortung bezüglich der zwei Hauptdimensionen des politischen Raums – des ökonomischen Konflikts und des Gegensatzes zwischen Öffnung und Abgrenzung – ist aber unverändert geblieben. Trotz einer relativ stabilen Konfiguration der Parteiprofile hat sich aber die Konkurrenzsituation der SVP stark geändert. Die kleineren rechtsextremen Parteien sind zwischen 1995 und 2003 beinahe vollständig verschwunden. Die SVP stellt jetzt mehr oder weniger die einzige Alternative rechts von den anderen bürgerlichen Parteien dar. Unsere Analyse der Konkurrenz zwischen den Parteien hat aber auch gezeigt, dass künftige Gewinne der SVP schwieriger sein dürften. Trotz massiver Stimmengewinne konnte sie ihre potenzielle Wählerschaft nicht vergrössern.

Mit Blick auf die Parteipräferenzen der Wählenden kommen wir auf der nationalen Ebene zu gemischten Befunden. Während die Erklärungskraft sozialstruktureller Merkmale im Einklang mit der *Dealignment*-These ausgehend von einem ohnehin niedrigen Niveau tendenziell weiter abnahm, liess sich dennoch ein spezifisches soziales Profil der SVP-Wählerschaft identifizieren. Vor allem Bauern, Erwerbstätige in traditionellen Berufen und ungelernete Arbeiter hatten zu beiden Zeitpunkten eine hohe Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP. Darüber hinaus konnte die SVP während des Untersuchungszeitraums gerade in diesen Gruppen deutlich zulegen, während die Wahlwahrscheinlichkeit in anderen sozialen Klassen, vor allem unter den soziokulturellen Spezialisten und den Managern, deutlich weniger zunahm. Diese Befunde decken sich sowohl mit der

klassischen wahlsoziologischen Erklärung des Aufstiegs rechter Parteien als auch mit der These des Aufkommens einer neuen sozialen Konfliktlinie. Daneben hat die SVP zwar auch in der Stadtbevölkerung signifikant zugelegt, die traditionellen Stadt-Land-Unterschiede waren aber auch 2003 noch deutlich sichtbar. Das protestantische Profil der SVP hat sich hingegen bis 2003 deutlich abgeschwächt. Damit ist die SVP zumindest in konfessioneller Hinsicht eine Catch-All-Partei geworden. Hinsichtlich der politischen Orientierungen und Einstellungen lässt sich feststellen, dass sich der Einfluss der Ideologie, der Positionen zu politischen Sachfragen und der Sympathie für Christoph Blocher auf die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit generell verstärkt hat. Ersteres ist möglicherweise auf die extreme Positionierung der SVP im politischen Raum zurückzuführen. Der zweite Befund kann als ein Indiz für die Bedeutung charismatischer Führung im Aufstieg rechtspopulistischer Parteien gedeutet werden. Der Einfluss der Parteiidentifikation hat hingegen abgenommen. Entgegen den Vorhersagen der Dealignment-These ist aber in derselben Periode der Anteil derjenigen Wählenden, die sich mit der SVP identifizieren, deutlich angewachsen, was möglicherweise eher auf ein Realignment als auf ein Dealignment der Parteiloyalitäten hindeutet.

Linke und andere heimatmüde Parteien wollen die Schweiz in die EU führen.

Sie werden dem Schweizervolk aufbürden:

- mehr Überfremdung
- mehr Arbeitslose
- 15% Mehrwertsteuer



Wer das nicht will, wählt SVP! Listen 15 und 16

Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich, Postfach, 8023 Zürich
Postcheckkonto 80-65920-6

VXX574 406H

Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Die Partei des Mittelstandes

SVP

Inserat der SVP, erschienen in der «Neuen Zürcher Zeitung» am 2. Oktober 1995

Teil 2

Kantonales Kaleidoskop

Zürich

Einleitung

Im Kanton Zürich kann die SVP ihre ersten Wahlerfolge feiern, die sich bis zu den Nationalratswahlen 2003 auf die ganze Schweiz ausdehnen. In der Person von Christoph Blocher ist der ideologische wie auch stilistische Vater der seit den 1980er Jahren von Wahlsiegen der SVP geprägten Epoche zu finden. Bis zu seiner Wahl in den Bundesrat am 10. Dezember 2003 hat er sich vom kantonalen Parteipräsidenten zur nationalen Identifikationsfigur der SVP entwickelt. Was hier Früchte trägt, entwickelt sich in der Folge zum schweizweiten Erfolgsrezept. Wenn auch sicherlich in Varianten, hat der Kanton Zürich Modellcharakter und dient in der Folge als Vorbild für andere Parteisektionen.

In einem ersten Teil gehen wir in der Entwicklung der kantonalen Partei auf das «Projekt SVP» in den 1970er Jahren ein, denn dieser parteiinterne Kurswechsel steht am Anfang des Aufstiegs der SVP im Kanton Zürich und in der Schweiz. Nach diesen Ursprüngen der «neuen» SVP sollen die spezifischen Kontextbedingungen des Kantons Zürich und die daraus resultierenden Charakteristiken der Wahlerfolge beleuchtet werden. Dazu gehört in Zürich die Entwicklung der wichtigen Konfliktlinie zwischen Stadt und Land und des daraus resultierenden spezifischen Parteiensystems. Eine Erschliessung von neuen Wählerinnen und Wählern in bisher politisch unbewirtschafteten Bereichen und über traditionelle Konfliktlinien hinaus ist fast zwingend, um eine Erhöhung des Wähleranteils von über 20 Prozent erklären zu können. Durch die programmatische und stilistische Veränderung ist es der SVP offensichtlich gelungen, auch weitere Gebiete und Schichten zu erschliessen. Bei der Analyse der Wähleranteile wird die Vorreiterrolle des Kantons Zürich in doppelter Hinsicht deutlich werden; die SVP konnte hier nicht nur früher als auf nationaler Ebene Erfolge feiern, diese sind in Zürich auch stärker ausgefallen und haben sich 2003 auf höherem Niveau halten können. Die SVP des Kantons Zürich hat eine nationale Vormachtstellung erreicht, die sich in den Ausei-

nersetzungen mit der «alten» SVP-Hochburg des Kantons Bern manifestiert.

Wie in allen Kantonskapiteln folgt eine Positionierung der Parteien auf der Links-Rechts-Achse sowie im zweidimensionalen Raum, um die Position der SVP wie auch diejenige der Konkurrenz einschätzen zu können. Positionen und Veränderungen dieser Positionen sollten wiederum aufschlussreich sein, um die fundamentalen Veränderungen verstehen zu können, beispielsweise die erfolgreiche Integration der rechts-radikalen Parteien in die Wählerschaft der SVP. Die Analyse der Wahlkämpfe von 1995 und 2003 bringt weiteres Licht in den spezifisch zürcherischen Kontext der beiden untersuchten Wahlen. Die berüchtigten Plakate der Zürcher SVP dominieren die nationalen Medien und beeinflussen die Wahrnehmung der Partei in anderen Kantonen. Auch hier wird wiederum klar werden, dass die Wirkung der Zürcher SVP nicht an den Kantonsgrenzen Halt macht.

In der abschliessenden Analyse der individuellen Wahlentscheide werden die Hypothesen aus dem Theorieanteil geprüft. Im ersten Modell wird der Einfluss soziostruktureller Variablen untersucht, in einem zweiten Modell geht es um die Relevanz von Sachfragenorientierungen und politischen Einstellungen für individuelle Wahlentscheide. Durch den vergleichsweise gefestigten und hohen Wähleranteil kann im Kanton Zürich zudem die politikwissenschaftlich klassische Frage nach der Entwicklung und den Determinanten der Parteiidentifikation betrachtet werden.

Entwicklung der SVP und des Parteiensystems

Grundsätzlich prägen drei zentrale Elemente das Geschichtsbild, die Programmatik und den sachpolitischen Spielraum der Zürcher SVP auf ihrem Weg zum Erfolg: das Eintreten für einen starken Ordnungsstaat, ein konservatives Menschen- und Gesellschaftsbild sowie wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik. Zu Beginn der 1970er Jahre siedelt sich die SVP ideologisch noch in der Mitte an, sie fasst das Wohl der Gesamtheit ins Auge, mit erstaunlich sozialem Charakter aus heutiger Sicht. Das unscharfe Mitte-Profil bringt politisch aber keinen Erfolg, Anzeichen von Desorientierung in der SVP sind erkennbar. Die Niederlage bei den Nationalratswahlen 1975 in Zürich weckt die konservativen Kräfte an der Basis. In dieser Phase beginnt der Siegeszug Christoph Blochers in der Zürcher SVP. Während die Partei auf nationaler Ebene unter dem Slogan «Öffnung der Partei» einen neuen Kurs mit sozial-liberalen Elementen einschlägt, ist in Zürich die Angst vor einer Öffnung gegen die Mitte gross, die politische

Gesinnung ist konservativer. Sozialer Fortschritt muss tragbar, wirtschaftspolitische Eigenverantwortung zentral sein. Christoph Blocher wird 1977 Zürcher Parteipräsident. Er plädiert für eine «klare Marschrichtung», «Freiheit zur individuellen Entwicklung, Wirtschaft als Grundlage für materielle Sicherheit und staatliche Unabhängigkeit». Schon zu dieser Zeit erzielt der Druck des Zürcher Flügels Wirkung auf die Bundespartei (Hartmann und Horvath 1995: 50 ff.). Das beste Zürcher Nationalratswahlergebnis 1979 (14,5 Prozent) seit fünfzig Jahren spricht für die konservative Linie von Blochers Partei.

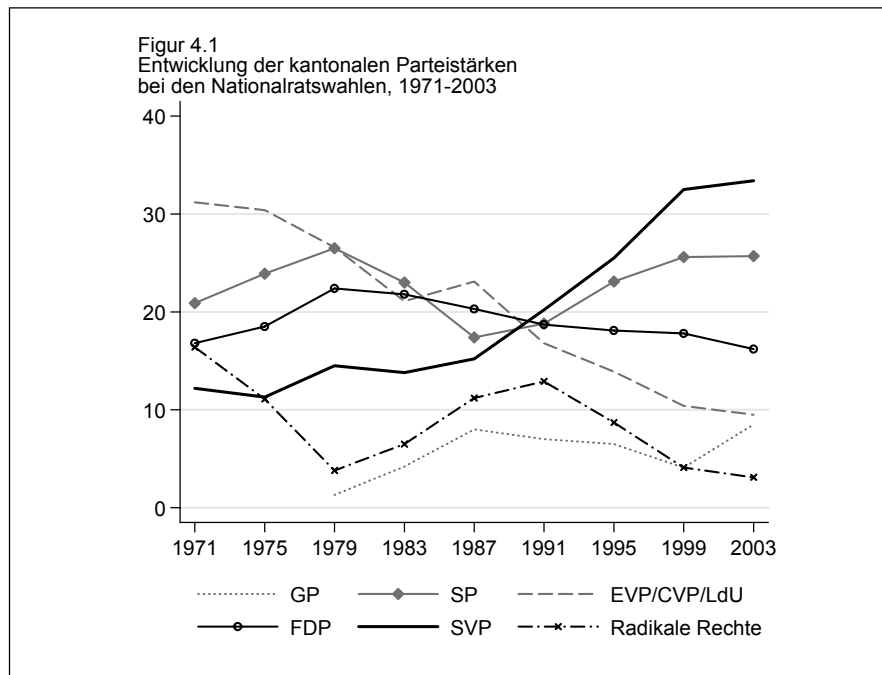
Die 1980er Jahre beginnen, die Zürcher SVP formuliert nun konsequent traditionalistische Werte als Leitlinie für eine bessere Zukunft. Aus einer Position der Stärke und der inneren Geschlossenheit heraus operiert sie souverän mit Symbolik und Gesprächsbereitschaft. Steigende Mitgliederzahlen können verzeichnet werden, und in den Gemeinderatswahlen 1982 ist die Freude der Parteiführung über ein erfolgreiches Abschneiden in den Agglomerationsgemeinden und bis dahin nie erreichte 7,4 Prozent in der Stadt gross. Allerdings bringen die aufkommenden Grünen und die POCH neue Herausforderungen für die SVP. Mitte der 1980er Jahre kommt es wegen verkehrspolitischen Sachfragen zur Zerreihsprobe für die Partei. Die Zürcher SVP schwankt zwischen Konsumentenfreundlichkeit, gemeint ist primär Autofreundlichkeit, und der Vertretung der bäuerlichen Produzenten. Die alte Identität der Partei scheint sich aufzulösen, zudem beschränkt die SVP sich aufs Reagieren. Bei den Zürcher Nationalratswahlen 1984 schneidet die Partei leicht schwächer ab als vier Jahre zuvor.

Die Jahre 1985 bis 1987 sind Krisenzeit und Wendepunkt zugleich. Das klare Nein des Stimmvolkes zu einem UNO-Beitritt 1986 stärkt die Partei und bildet den bisher grössten politischen Erfolg von Christoph Blocher bis anhin. Gegen den UNO-Beitritt setzt sich Blocher schon seit 1982 als Co-Präsident eines Aktionskomitees ein. Dieses wird später unter dem Namen «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» (AUNS) zur «Überwachung der Aussenpolitik des Bundes» weitergeführt. Die UNO-Frage bietet Blocher vielfältige Anknüpfungspunkte, um seine konservativen Visionen zu entfalten: drohender Neutralitäts- und Souveränitätsverlust wird propagiert sowie die bürokratische und undemokratische Verfassung der UNO wird heftig kritisiert. Dieselben Schlagworte prägen auch die Politik Blochers und der SVP nach dem Zusammenbruch des Ostblocks in den 1990er Jahren. In Bezug auf EG-, EWR- oder schliesslich EU-Fragen werden im Volk dieselben Ängste geschürt. An den Zürcher Nationalratswahlen 1987 erzielt die SVP mit 15,2 Prozent das beste Nachkriegs-

zeitergebnis. 1991 ist sie mit gut 20 Prozent Stimmenanteil schon die stärkste Partei im Kanton. Den vorläufigen Höhepunkt erreicht die Partei schliesslich bei den Nationalratswahlen 2003, wo sie einen Stimmenanteil von über 30 Prozent verzeichnen kann.

Mit 34 Sitzen ist der Kanton Zürich der grösste Wahlkreis der Schweiz, entsprechend ist die Eintrittsschwelle mit einem Proporzwahlssystem bei Nationalratswahlen tief (3 Prozent) und die Parteienvielfalt hoch (Vatter 2002: 205–207). 2003 wurden Vertreter von sieben verschiedenen Parteien gewählt. Die Parteienvielfalt weist aber auch auf mehrere gesellschaftliche Spannungslinien hin. In der Typologisierung der Kantone von Klöti (1998) kann der Kanton Zürich den deutschsprachigen, konfessionell gemischten Kantonen mit einer starken SP zugeordnet werden, die einem noch stärkeren, aber auch gespaltenen bürgerlichen Block mit SVP und FDP gegenübersteht. Die konfessionellen Parteien EVP und CVP spielen eine untergeordnete Rolle. Die Polarität zwischen SP und SVP/FDP hat sich in den Wahlen seit 1995 verstärkt, wobei die SVP die FDP als dominierende Partei abgelöst hat (vgl. Figur 4.1). Die FDP verlor 4 Prozentpunkte, die SVP dagegen konnte in derselben Zeitspanne ihren Wähleranteil verdoppeln. Seit Beginn der 1990er Jahre haben sich also die Stärkenverhältnisse zwischen den Parteien grundlegend geändert: Die SP und die SVP bilden die starken Pole, im bürgerlichen Lager wurde die FDP von der SVP als dominante Partei abgelöst, und die rechts-radikalen Parteien (FP, SD und EDU) verloren ihr Gewicht fast vollständig (von 16,4 [1971] beziehungsweise 12,9 [1991] auf 3 Prozent). Dass der Niedergang der rechts-radikalen Parteien mit dem Aufstieg der SVP zusammenfällt, lässt den Schluss zu, dass der SVP-Erfolg zum Teil auf Kosten dieser stattfand. Das heisst, dass die SVP für rechte Wähler zu einer Alternative wurde, und dass diese nun keine kleinen Protestparteien mehr wählen müssen, um ihre Meinung vertreten zu wissen. Die SP findet zu früherer Stärke zurück und bildet nun zusammen mit den Grünen eine starke Linke, die jedoch wesentlich schwächer ist als die Rechte mit SVP und FDP.

Die konfessionellen Mitteparteien verlieren einen Drittel ihres Stimmenanteils, zusammen erreichen die EVP und die CVP 2003 noch einen Wähleranteil von 10 Prozent. 2003 verliert die CVP auch ihren einzigen Regierungsratssitz. Gleichzeitig kommt es zum Abstieg des LDU, durch den die Mitte zusätzlich an Gewicht einbüsst: Der LDU verliert seine Stimmenanteile, seinen Ständeratssitz wie auch seinen Regierungsratssitz im Kanton Zürich und löst sich nach den Nationalratswahlen von 1999 auf. Das Parteiensystem des Kantons Zürich hat sich insgesamt von einem



zur Mitte orientierten zu einem zentrifugalen, den Polen zugewandten System gewandelt. Diese Beobachtung muss aber insofern relativiert werden, als sich die Stärke der Parteiblöcke nicht grundlegend verändert hat. Die Mitte ist zwar schwächer geworden und die Linke fand aus ihrem Tief heraus (bis Ende der 1970er Jahre waren die SP und die FDP die zwei starken Parteien), die politische Rechte ist aber weiterhin die dominierende Kraft. Einer einigermaßen homogenen Linken steht weiterhin eine gespaltene Rechte gegenüber.

Der Kanton Zürich gehört zu den ersten Kantonen, in denen die SVP markant Stimmenanteile gewann. Ihr Aufstieg begann im Kanton Zürich. Zwischen 1971 und 2003 war die Zürcher SVP bei jeder Wahl stärker als der nationale Durchschnitt. Während die SVP im Kanton Zürich bereits 1991 zur stärksten Partei wurde, schaffte sie dies auf nationaler Ebene erst 1999.

Wir möchten hier noch auf einen besonderen Aspekt des Aufstiegs der SVP im Kanton Zürich hinweisen. Der Kanton Zürich ist traditionell stark geprägt durch das unterschiedliche Wahlverhalten in städtischen und ländlichen Gebieten. Der klassische Gegensatz zwischen Stadt und Land ist wichtig für die Entwicklung des Parteiensystems im Kanton Zürich. Die SVP war ursprünglich eine Bauern- und Gewerbeartei, die die Interessen

Tabelle 4.1
Veränderung der Beziehung zwischen dem SVP-Wähleranteil und dem Grad der Ländlichkeit einer Gemeinde

Jahr	1983	1991	1995	2003
Erklärungsfaktor des Stadt-Land-Unterschiedes für SVP-Wahl (R^2)	0.76	0.67	0.66	0.48

der Landschaft gegen die städtischen Interessen vertrat. Während die FDP traditionell in der Stadt stark war, holte die SVP ihre Stimmen vorwiegend auf dem Land. Die SP hingegen wurde von Arbeitern und Intellektuellen auf dem Land und in der Stadt gewählt.

Die Entwicklung dieser Konfliktlinie in Bezug auf die SVP-Wählerschaft lässt sich anhand des Zusammenhangs zwischen dem *Wähleranteil der SVP* in den Nationalratswahlen und dem *städtischen resp. ländlichen Grad einer Gemeinde* analysieren¹. Aus Tabelle 4.1 wird ersichtlich, dass der Grad der Ländlichkeit als Erklärungsfaktor für eine SVP-Wahl in den Nationalratswahlen im Kanton Zürich zwischen 1983 und 2003 stark abgenommen hat. Bemerkenswert ist im Besonderen der schwindende Stadt-Land-Unterschied zwischen 1995 und 2003. Trotzdem hat die SVP 2003 immer noch mehr Erfolg auf dem Land als in der Stadt. Die Abnahme des Einflusses des Stadt-Land-Konflikts auf die SVP-Wahl in den letzten 20 Jahren ist dabei in erster Linie auf eine Zunahme des SVP-Stimmenanteils in städtischen Gebieten zurückzuführen.

Positionierung der Parteien

Wie die Tabelle 4.2 zeigt, gibt es im Kanton Zürich eine grosse Überlapung der potenziellen Wählerschaft zwischen den stärksten Parteien bei den Nationalratswahlen 1995. Zählt man die potenzielle Wählerschaft aller Bundesratsparteien und der Grünen Partei zusammen, erhält man 227 Prozent. Das zeigt, dass die Präferenz für nur eine einzige Partei im Kanton Zürich selten ist. Für viele Wähler sind mehrere Parteien wählbar. Entsprechend gross ist auch allgemein die Konkurrenz der Parteien im Kanton Zürich.

Bei der Analyse der potenziellen Wählerschaften der einzelnen Parteien stellt man fest, dass die SP klar die beliebteste Partei im Kanton Zürich ist. Denkt man an den städtischen Charakter des Kantons, erstaunt dies wenig. So war die SP 1995 für neun von zehn Wählern der CVP und der Grünen eine Alternative zur gewählten Partei. Der Grund, warum die Grünen 1995 das zweitgrösste Wählerpotenzial in Zürich hatten, liegt wohl in der weit verbreiteten Sorge um die Umwelt und der überzeugenden Besetzung des

Tabelle 4.2
Potenzielle Wählerschaften und Überlappungen, 1995

	SP	GP	CVP	FDP	SVP
SP		0.88	0.89	0.78	0.71
GP	0.77		0.86	0.74	0.66
CVP	0.59	0.65		0.70	0.67
FDP	0.66	0.71	0.88		0.78
SVP	0.46	0.49	0.65	0.60	
Wählerpotenzial	56.3	49.3	37.5	47.4	36.5
Parteistärke	23.1	6.5	4.9	18.1	25.5
Ausschöpfungsquote	41.0	13.2	13.1	38.2	69.9

Tabelle 4.3
Potenzielle Wählerschaften und Überlappungen, 2003

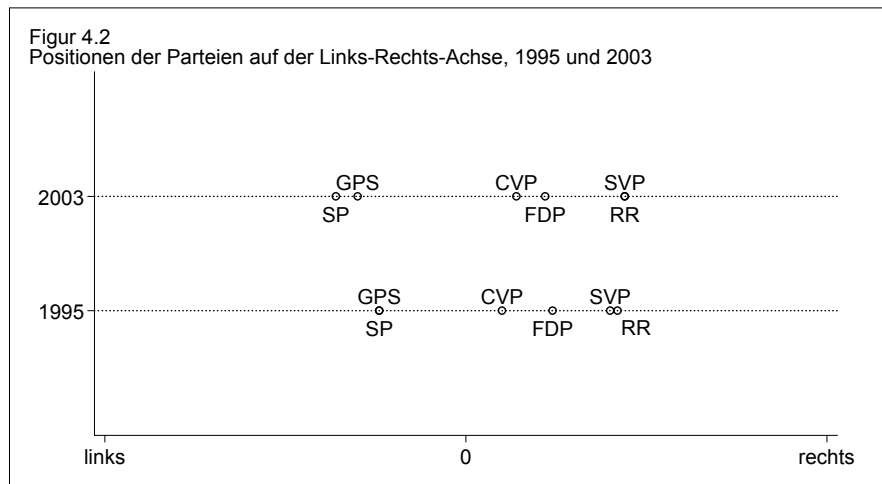
	SP	GP	CVP	FDP	SVP
SP		0.84	0.74	0.64	0.45
GP	0.78		0.76	0.65	0.44
CVP	0.47	0.52		0.59	0.44
FDP	0.80	0.61	0.82		0.61
SVP	0.35	0.36	0.54	0.54	
Wählerpotenzial	51.6	48.3	32.9	45.8	40.3
Parteistärke	25.7	8.5	5.4	16.2	33.4
Ausschöpfungsquote	49.8	17.6	16.4	35.4	82.9

in der Postmoderne wichtig gewordenen Ökologithemas durch die Grüne Partei. Nach den beiden linken Parteien war die FDP, gemessen an der potenziellen Wählerschaft, 1995 die wichtigste bürgerliche Kraft im Kanton Zürich. Dies ist ebenfalls nicht überraschend, sind hier die Liberalen doch traditionell stark verankert. Die CVP hingegen hat im protestantisch geprägten Kanton ein eher kleines Wählerpotenzial. Obwohl die SVP 1995 mit 25,5 Prozent Wähleranteil bereits die stärkste Partei im Kanton war, hatte sie die *kleinste* potenzielle Wählerschaft. Wenn man in Betracht zieht, dass die SVP lange Zeit als ehemalige Bauernpartei vor allem in den ländlichen Gebieten des Kantons und weniger in den städtischen erfolgreich war und auf polarisierende Weise für Alleingang und gegen Überfremdung kämpft, ist dieses bescheidene Potenzial verständlich. Trotzdem gab es 1995 eine beträchtliche Überlappung zwischen der SVP-Wählerschaft und den Wählern anderer Parteien. Erklärt werden kann diese Konkurrenz zu einem Teil damit, dass viele Wähler, die ursprünglich einer anderen Partei als der SVP nahe standen, 1995 eine SVP-Wahl in Betracht zogen, weil die SVP die einzige grosse Partei war und noch immer ist, die eindeutig Stel-

lung gegen die EU bezieht und entschieden für einen Alleingang eintritt. Erstaunlich ist insbesondere die starke Konkurrenz durch die SP. Traditionelle SP-Wählerkreise wie die Arbeiterschaft mögen sich als Globalisierungsverlierer bedroht fühlen und sympathisieren mit der ablehnenden EU-Haltung. Die hohe Konkurrenz zwischen den beiden EU-Widersachern lässt aber auch vermuten, dass die EU-Frage, obwohl anfangs die grosse Streitfrage im Wahlkampf 1995, für eine Wahl der SVP im Kanton Zürich keine entscheidende Rolle spielt. Die SVP gewinnt durch sie jedoch an Aufmerksamkeit.

Bei der Analyse der Parteienkonkurrenz zu den Nationalratswahlen 2003 im Kanton Zürich fällt auf, dass diese im Vergleich zu 1995 leicht abnimmt. Wie aus Tabelle 4.3 ersichtlich wird, ist die Überlappung der potenziellen Wählerschaft der einzelnen Parteien kleiner als acht Jahre zuvor. Dies zeigt sich auch beim Potenzial, das für die gleichen Parteien wie 1995 noch 219 Prozent beträgt.

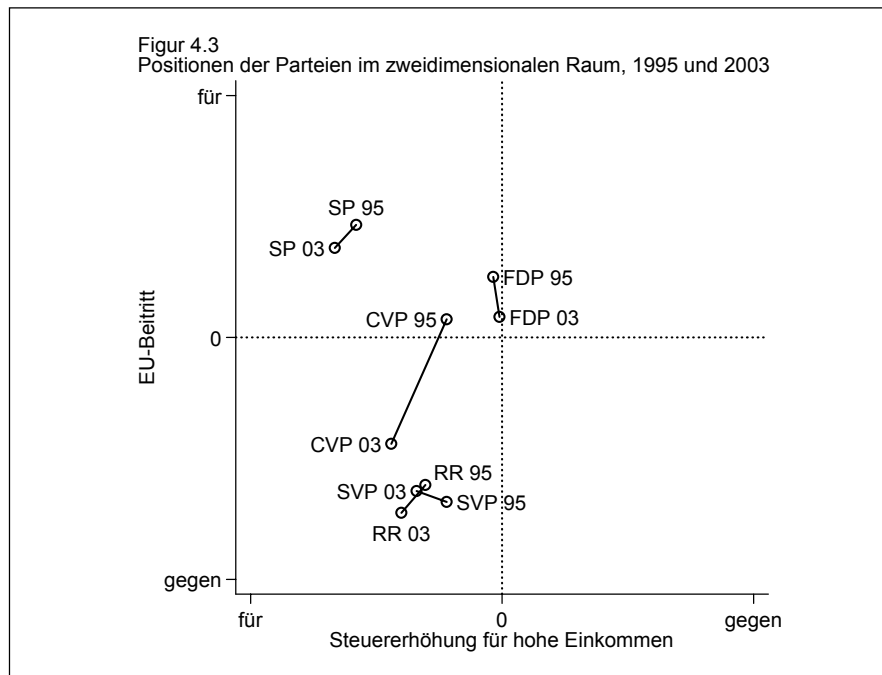
Während alle anderen untersuchten Parteien an potenzieller Wählerschaft verlieren – CVP und SP stark, FDP und GP leicht –, gelingt es der SVP, diese zu erhöhen. Im Vergleich zu 1995 steigt die potenzielle Wählerschaft der SVP 2003 um nahezu 4 Prozent. Mit neu 40 Prozent ist diese nun zwar grösser als diejenige der CVP, jedoch immer noch geringer als die von SP, FDP und GP. Vergleicht man die Werte der Potenziale mit den Wahlergebnissen, stellt man fest, dass die SVP ihr Potenzial sehr gut zu nutzen vermag. Die Ausschöpfungsquote der SVP ist 2003 mit über 80 Prozent mehr als 10 Prozent höher als noch 1995. Damit ist diese mit Abstand die höchste aller Parteien. Hier zeigt sich die Vorreiterrolle der Zürcher SVP, denn schweizweit steigt die Ausschöpfungsquote der SVP erst 2003 auf den Stand, den sie in Zürich bereits 1995 hatte. Anhand der Überlappungen lässt sich beobachten, dass die SVP von den Wählern anderer Parteien mehr gemieden wird als 1995 und für sie kaum noch wählbar ist. Die SVP-Wählerschaft ist 2003 in einer höheren Masse immun gegen Konkurrenz durch andere Parteien. Dies könnte bedeuten, dass sich die SVP ideologisch noch weiter von den anderen Parteien entfernt hat und dass es der SVP besser gelingt, ihre Wählerschaft an sich zu binden. Aus der hohen Ausschöpfungsquote in Verbindung mit der gesunkenen Überlappung kann man aber auch schliessen, dass die SVP im Kanton Zürich demnächst ihren maximalen Wähleranteil erreicht haben wird und ihre Gewinne, wie bereits bei den Nationalratswahlen 2003 festgestellt, kleiner werden.



Betrachtet man die Positionen der Parteien auf der Links-Rechts-Skala (Figur 4.2) 1995 und 2003, kann man wie bereits auf nationaler Ebene eine zunehmende Polarisierung feststellen. 1995 gibt es ein linkes sowie ein heterogenes rechtes Lager. Der zürcherische Durchschnitt liegt mit 0,3 1995 und 0,1 2003 ziemlich genau in der Mitte. Dies stimmt mit den Beobachtungen, die zu der Konkurrenz zwischen den Parteien gemacht wurden, überein. Danach bewegt sich die SVP ideologisch von den anderen Parteien weg und wird somit nicht mehr wählbar für viele Wähler anderer Parteien. Die andere grosse bürgerliche Partei im Kanton Zürich, die FDP, ist nach der Selbsteinschätzung ihrer Wähler stabil geblieben – die beiden linken Parteien haben sich nach links verschoben, die Grünen gering und die Sozialdemokraten stark. Während sich also die beiden Verliererinnen der Nationalratswahlen (FDP/CVP) in der Mitte halten, vergrössert sich der Abstand zwischen SVP und SP/GP. Das auf eine Links-Rechts-Skala reduzierte Parteiensystem offenbart damit, vor allem wegen der deutlicheren Linkspositionierung der Sozialdemokraten, eine grösser werdende Distanz zwischen den Parteien an den Polen. Weil sich die SVP zudem von der Mitte entfernt hat, kann man im Kanton Zürich, wenn man die Links-Rechts-Skala betrachtet, neu von drei Lagern sprechen: einem linken, einem gemässigt rechten und einem national-konservativ rechten. Erstaunen mag zudem, dass die Wähler der rechts-radikalen Parteien sowohl 1995 als auch 2003 eine ähnliche Position auf der Links-Rechts-Skala einnehmen wie die SVP-Wähler. Die Abwanderung dieser Wähler zur SVP seit 1995 wird dadurch verständlich.

Die Figur 4.3 erlaubt es, die Positionen der Parteien mittels Sachfragenorientierungen zu bestimmen. In dieser Figur werden die Parteien anhand der durchschnittlichen Position der Wählerschaft der Parteien zu den Sachfragen «Steuern auf hohe Einkommen» und «EU-Beitritt» in einem zweidimensionalen Raum verortet. Mit den Meinungen der Wähler der einzelnen Parteien zu diesen Themen werden die Dimensionen Staat-Markt und Öffnung-Abgrenzung gemessen.

Anders als auf der Links-Rechts-Skala kann bei den Wählern aller Parteien eine ähnliche Tendenz in Richtung Abgrenzung sowie in Richtung mehr Staat festgestellt werden. In der EU-Frage bewegt sich im Kanton Zürich also die Wählerpositionierung aller Parteien in die von den SVP-Wählern vorgegebene Richtung. Eine Ausnahme stellen die FDP-Wähler dar. Die Liberalen bewegen sich zwar auch in Richtung Alleingang, in der horizontalen Dimension jedoch ist eine leichte Verschiebung in Richtung «keine höheren Steuern für hohe Einkommen», also weniger Staat und mehr Markt feststellbar. Es ist durchaus anzunehmen, dass sich die bei den Freisinnigen verbliebenen Wähler durch einen stärkeren wirtschaftlichen Liberalismus auszeichnen als die inzwischen zur SVP oder zur SP abgewanderten ehemaligen freisinnigen Wähler. Die SVP-Wähler folgen der wirtschaftspolitischen Linie ihrer Partei nicht im selben Masse. Eine liberale Wirtschaftspolitik steht zudem im Gegensatz zu den von der SVP immer unterstützten hohen Subventionen in der Agrarpolitik. Dies lässt vermuten, dass die SVP nicht in erster Linie wegen, sondern trotz ihrer liberalen Wirtschaftspolitik gewählt wird. Die CVP-Wähler bewegen sich 2003 stärker als die anderen Parteien in Richtung Abgrenzung und weisen nun den geringsten Abstand der untersuchten Parteien zur SVP auf.² Die Position der SP- und GP-Wähler verschiebt sich in Richtung mehr Abgrenzung und mehr Staat. Sind die Positionen dieser zwei Parteien 1995 im zweidimensionalen Raum noch sehr nahe zusammen, verändert sich der Abstand zwischen den Wählerpositionen dieser Parteien 2003 insofern, als die Grünen mehr in Richtung Abgrenzung und die Sozialdemokraten mehr in Richtung Staat rücken. Die SP ist denn sowohl 1995 als auch 2003 die Partei, die am meisten für Öffnung und gegen Sozialabbau in Form eines liberalen Staates steht. Anders als die linke Seite zeichnet sich die rechte durch relativ grosse ideologische Distanzen aus. Vor allem SVP und FDP scheinen im Kanton Zürich ihre kennzeichnenden Positionen gefunden zu haben – die FDP auf der liberalen Seite und die SVP als Partei des schweizerischen Alleingangs. Auch im zweidimensionalen Raum kann man also, wie auf der Links-Rechts-Achse, drei Lager ausmachen (vgl. Figur 4.3). Die



rechts-radikalen Parteien haben auch im zweidimensionalen Raum eine ähnliche Position wie die SVP.

Wahlkämpfe

Wahlkampf 1995

Zu Beginn des Jahres 1995 gibt die nationale SVP ihr Parteiprogramm für die Legislaturperiode 95/99 bekannt. Sechs Problembereiche werden als Wahlkampfthemen festgelegt: Arbeitslosigkeit, Gesundung der Staatsfinanzen, Drogenelend, die finanzielle Sicherung der Sozialwerke, Neugestaltung der Aussenpolitik und die innere Sicherheit. Zu erwähnen ist, dass die traditionelle Bauernpartei der Landwirtschaft zum ersten Mal kein eigenes Kapitel widmet, sie wird im Thema Wirtschaft eingebettet.³

Bei der Verabschiedung des Parteiprogramms kommt es zum Kräfte-messen zwischen dem Zürcher Flügel um Christoph Blocher und dem gemässigten um Adolf Ogi. Der Zankapfel heisst EU resp. Drogenpolitik. Das Resultat der Delegierten ist klar: Zürich hat die Nase vorn, die SVP geht als einzige Bundesratspartei mit einem absoluten Nein zur EU-Frage in den Wahlkampf.⁴ Bezüglich EU positionieren sich weder die FDP, die auch in diesem Wahlkampf für eine liberale Wirtschaftspolitik einsteht,

noch die CVP, traditionell um die Familienpolitik besorgt, ganz klar. Ein zaghaftes Ja für die EU kann eruiert werden, keine ideale Position bezüglich des Themas Nummer eins des Wahlkampfes. Die SP gilt als Befürworterin.

Für Aufruhr sorgt eine Inseratekampagne der SVP, der Partei mit dem weitaus grössten Wahlkampfbudget.⁵ Unter dem Motto «Linke und andere heimatmüde Parteien wollen unser Land in die EU führen» stehen einige holzschnittartig derb formulierte, mit einprägsamen Karikaturen illustrierte Unterstellungen an die Adresse der anderen Parteien. Vor allem ein Inserat, das mit einem EU-Stiefel bei geschichtsbewussten Lesern eindeutig Assoziationen an unselige braune und rote Tage erweckt, überschreitet die Schmerzgrenze des Wahlkampfstils. Doch die Aufmerksamkeit ist der SVP im ganzen Land sicher. Der gemässigtere Flügel, voran Bundesrat Ogi, distanziert sich klar von der Zürcher Kampagne. Trotzdem kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Zürcher SVP auch die Identität der Landespartei prägt und selbst im Kanton Bern in ausgeprägtem Masse wirksam ist. Der Wähler kann sich für die Antipoden Ogi oder Blocher entscheiden und in beiden Fällen SVP wählen – eine nicht ungeschickte Doppelstrategie.⁶

Als Konsequenz dieser Inseratekampagne lösen FDP und CVP die traditionelle Listenverbindung mit der SVP für die Nationalratswahlen im Kanton Zürich auf. Der neue Koalitionspartner der Zürcher SVP für die Wahlen 1995 heisst schliesslich Freiheitspartei.⁷ Der Zürcher SVP-Partei sekretär Hans Fehr kommentiert den Wirbel um die eigens initiierte Kampagne eindeutig: «Wir haben diese Reaktion erwartet. Unser Ziel ist es, mit den Inseraten die EU zum Wahlkampfthema zu machen. [...] Wir mussten unzweifelhaft sein. Wir wollten Aufsehen erregen.»⁸ Der Wahlkampfstil hat sich grundsätzlich verändert. Breite Bevölkerungskreise werden durch massenmediale Ereignisse wie die Fernsehsendung «Arena» mobilisiert. Hoher Unterhaltungswert durch bekannte Gesichter, Provokationen und Schlagwörter ersetzen seriöse, aber oft unspektakuläre Hintergrundinformationen.⁹

Die SP bringt wenige Wochen vor den Wahlen mit dem plötzlichen Rücktritt von Bundesrat Otto Stich Wirbel in den weitgehend spannungslosen Wahlkampf. Die Bundesratswahl weckt die Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger, in den Medien stehen die Sozialdemokraten fortan im Mittelpunkt. Der Ein-Themen-Wahlkampf, wie ihn die SVP verfolgt, erweist sich als nachteilig: Mit einem Schlag ist das Thema Europa im Abseits. Stichs Nachfolger Moritz Leuenberger gilt als Hoffnungsträger

der modernen, urbanen Mittelschicht, die bis anhin nicht in der Regierung vertreten war. Da knapp ein Monat nach den Nationalratswahlen auch der Regierungsratssitz von Moritz Leuenberger neu gewählt werden muss, laufen im Kanton Zürich plötzlich zwei leicht phasenverschobene Wahlkämpfe nebeneinander.¹⁰

Wahlkampf 2003

Die SVP will den EU-Beitritt und die Ausländerkriminalität thematisieren und geht zentralen wirtschaftspolitischen Themen wie der WTO-Runde und der EU-Ostererweiterung aus dem Weg. Mit dem Reizthema Scheininvalidität lenkt die SVP aus Rücksicht auf ihre grosse Zahl von Wählern im Rentenalter von der wichtigeren Sachfrage der AHV-Finanzierung ab.¹¹ Weil ihr Geburtshelfer auf nationaler Ebene, die Europapolitik, im Wahljahr 2003 nicht mehr so wichtig scheint, hat die SVP auch als Ziel, die FDP als führende Wirtschaftspartei abzulösen. Ähnlich wie die FDP will auch sie nun sparen und Steuern senken.¹² Die Themen der FDP sind die liberale Wirtschaftspolitik und die Reform der AHV. Jedoch thematisiert sie die Rentenreform nicht mehr weiter, nachdem ihr Bundesrat Couchepin eine Erhöhung des Rentenalters vorschlägt und damit auf Empörung stösst. Selber uneinig, versucht die FDP der EU-Diskussion aus dem Weg zu gehen. Die SP beschäftigt sich mit dem Erhalt des Service public und der Einführung neuer Steuern. Ihr wird vorgeworfen, die Lächer in den Sozialwerken und die Wirtschaftsprobleme zu verschweigen. Die Kerngebiete der CVP sind die Familienpolitik und die Entlastung der KMU, was Europa und die Ausländerpolitik betrifft, ist sich die Partei uneinig.¹³

Die EU spielt also im Wahlkampf 2003 keine bedeutende Rolle mehr, zu der wichtigen Frage der Sicherung der Sozialwerke schweigen die Parteien. In vielen Kantonen herrscht im Kampf um Wählerstimmen für das nationale Parlament Themenflaute, es gibt keine grossen Debatten über politische Inhalte und die Regierungsparteien entziehen sich je nach Thema dem inhaltlichen Diskurs. Der Wahlkampf ist geprägt vom «Politainment», die Medien berichten mehr über die Kampagnen der einzelnen Parteien statt über Programme.¹⁴ Der Medienwissenschaftler Roger Blum meint dazu, dass es der Presse wenig gelungen sei, diejenigen Themen aufzugreifen, denen die Regierungsparteien und ihre Politiker aus dem Weg gehen. Dafür schaffen es vor allem die SVP und die SP, ihre Parolen unters Volk zu bringen, ohne viele Plakate aufhängen zu müssen.¹⁵

Anders als die übrigen Bundesratsparteien gibt es im Wahljahr 2003 keine nationale SVP-Kampagne. Im Kanton Zürich vermag die SVP mit dem «Gerupften-Huhn-Plakat» und ihrem «Verhättschelte-Kriminellen-Inserat», das ihr sogar eine Anklage wegen Verstosses gegen das Antirasismusgesetz einträgt, zu provozieren. Wirbel, grosse Presse landesweit und somit auch in Zürich, gibt es überdies um das von der SVP St. Gallen lancierte «Neger-Plakat». Indem sie in den SVP-kritischen Medien mit einer vereinfachenden und polarisierenden Kampagne Empörung stiftet, gelingt es der SVP am erfolgreichsten, ihre Parolen auch in den Medien zu verbreiten.¹⁶

Schon im August stellen die Parteien die entscheidenden Weichen, indem sie Listenverbindungen eingehen. Eine viel versprechende Listenverbindung können die Grünen mit der CVP, der EVP und dem Freien Forum (FF) eingehen. Ebenfalls Erfolg versprechend ist die Listenverbindung für die EDU (mit SD und FP). Durch das Stiefelinserat von 1995 getrennt, treten SVP und FDP im Kanton Zürich erstmals seit 1991 wieder mit einer gemeinsamen Liste an. Der SP sind nach dem Absprung der Grünen nur noch die verschiedenen ZüriLink-Listen als Partnerinnen geblieben.¹⁷

Weil national ein gutes Abschneiden der SVP erwartet wird und nach den Nationalratswahlen Bundesratswahlen anstehen, wird auch die Zauberformel zu einem Wahlkampfthema. Brisanz bringt zudem das Swissair-Debakel in die Wahlen 2003. Im Gegensatz zur FDP ist die SVP gegen eine Unterstützung durch den Bund – gegen das Interesse Zürichs – und kann so gleichzeitig ihre eigene Position als liberale Wirtschaftspartei stärken und ihre Gegnerin FDP mittels Diffamierungen («FDP-Filz» [Blocher]) schwächen. Für die Grünen ist der Hitzesommer ein wichtiges Ereignis, zeigt doch dieser die Notwendigkeit eines guten Klima- und Umweltschutzes.

Analyse der individuellen Wahlentscheide

Die folgende Analyse der individuellen Wahlentscheide wird die SVP-Wählerschaft auf ihre sozialen Hintergründe und ihre politischen Einstellungen hin analysieren. Es ist wiederum darauf hinzuweisen, dass die SVP im Kanton Zürich bereits seit 1991 stärkste Partei ist und entsprechende Veränderungen in der Wählerschaft bereits vor 1995, dem Referenzzeitpunkt dieser Untersuchung, stattgefunden haben.

Zuerst wenden wir uns dem Modell zu, in dem die soziostrukturellen Merkmale unkontrolliert von den politischen Positionen betrachtet wer-

Tabelle 4.4
Lineare Regression der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf soziale Merkmale der Wahlberechtigten, Kanton Zürich (Modell 1)

Variablen	Kategorien/Indikator	1995		2003		1995–2003	
		Beta	SE	Beta	SE	Beta	SE
	Konstante	0.38 ³	0.05	0.41 ³	0.07	0.03	0.08
Soziale Klasse	ungelernte Arbeiter	0.06	0.07	0.07	0.08	0.01	0.11
	qualifizierte Arbeiter	-0.03	0.04	0.03	0.06	0.06	0.07
	Manager	-0.07 ¹	0.04	-0.03	0.06	0.04	0.07
	technische Spezialisten	0.00	0.03	-0.03	0.05	-0.03	0.06
	soziokulturelle Spezialisten	-0.22 ³	0.06	-0.17 ²	0.07	0.05	0.09
	(Ref.: Bauern, traditionelle Berufe)						
Religion	nichtpraktizierende Katholiken	0.01	0.03	0.06	0.05	0.05	0.06
	praktizierende Katholiken	0.02	0.05	0.10	0.08	0.08	0.09
	nichtpraktizierende Protestanten	0.09 ³	0.03	0.09 ²	0.04	0.00	0.05
	praktizierende Protestanten	0.17 ³	0.05	0.08	0.07	-0.08	0.09
	(Ref.: keine/andere Religion)						
Stadt-Land	Stadt (Ref.: Land)	-0.05	0.04	-0.07	0.05	-0.02	0.06
R ²		0.06		0.02			
N		687		559			

¹ p<.10 ² p<.05 ³ p<.01

den.¹⁸ Die Referenzkategorie der Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP bilden für den Kanton Zürich wie für das gesamtschweizerische Modell Bauern und Wählende anderer traditioneller Berufe, die sich nicht zu den Katholiken oder Protestanten zählen und die auf dem Lande leben. Die Bauern haben bereits 1995 eine sehr hohe Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP, entsprechend verändert sich ihr Wahlverhalten bis 2003 nicht wesentlich. Die Stammwählerschaft ist der SVP treu geblieben. Gleichzeitig können wir feststellen, dass die soziokulturellen Spezialisten im Kanton Zürich als einzige Berufsgruppe die SVP in beiden Wahlgängen weniger häufig wählen als ihre frühere Stammwählerschaft. Da die Gruppe der Bauern immer kleiner wird, müssen die Wahlsiege der letzten Jahre den anderen Schichten zugeschrieben werden. Allein vom Berufsbild eines Wahlberechtigten ist kaum noch abzuleiten, ob die SVP gewählt wird oder nicht.

In Bezug auf die Konfession besteht eine ähnliche Tendenz. 1995 sind noch wesentliche Unterschiede zwischen Protestanten und den übrigen

Konfessionen auszumachen, wobei sich unter den praktizierenden Protestanten die meisten SVP-Wähler befinden. Haben 1995 die praktizierenden Protestanten eine SVP-Wahlwahrscheinlichkeit von über 50 Prozent, liegt diese bei Katholiken und Konfessionslosen bei 40 Prozent. Bis 2003 entwickelt sich die SVP aber zu einer «ökumenischen» Partei, die von Katholiken fast ebenso häufig gewählt wird wie von Protestanten, wobei die nicht praktizierenden Protestanten weiterhin häufiger SVP wählen. In den vergangenen Jahren konnte die SVP im Kanton Zürich somit den historischen Graben zwischen Katholiken und Protestanten überwinden. Die historische Konfliktlinie Stadt-Land wurde im vorangegangenen Kontextteil für den Zeitraum der letzten 20 Jahre ausführlich diskutiert. Die in diesem Modell nicht signifikanten Unterschiede zwischen städtischen Einwohnern und der Landbevölkerung passen in die Untersuchung auf Gemeindeebene: Die Konfliktlinie Stadt-Land hat in den vergangenen Jahrzehnten in Bezug auf eine mögliche SVP-Wahl stark abgenommen.

Es kann zusammengefasst werden, dass die SVP-Wähler weder hinsichtlich ihrer sozialen Klasse noch hinsichtlich ihrer Religionszugehörigkeit oder in Bezug auf den Gegensatz zwischen Stadt und Land nicht mehr eindeutig zu verorten sind. Die SVP ist im Kanton Zürich eindeutig zu einer Catch-All-Partei geworden. Dementsprechend sinkt die Erklärungskraft des Modells, die schon 1995 mit 6 Prozent ziemlich gering ist, 2003 auf minimale 2 Prozentpunkte: Die Dealignment-These, die davon ausgeht, dass soziostrukturelle Merkmale das individuelle Wahlverhalten immer weniger beeinflussen, wird hier gestützt. Das klassische Bild der SVP-Wählerschaft im Kanton Zürich verschwindet so langsam aus den Zahlen. In den Köpfen wird es wohl noch etwas länger bleiben. Die SVP profitiert besonders im konfessionell durchmischten wie auch in Bezug auf den Grad der Urbanität geteilten Kanton von der Entwicklung hin zu einer soziostrukturell breiter abgestützten Partei, da sie neben einer grossen Stammwählerschaft zunehmend auch neue Wählerkreise anspricht.

Das zweite Modell schätzt die Effekte der politischen Einstellungen und Positionen der Wahlberechtigten auf die Wahrscheinlichkeit einer SVP-Wahl unter Kontrolle der soziostrukturellen Zugehörigkeit. Geht man von der Dealignment-These aus, dass fixe Bindungen an Parteien am Erodieren sind, und schaut man sich den kleinen Erklärungsbeitrag des ersten Modells der soziostrukturellen Merkmale an, erstaunt es wenig, dass der Einfluss der Parteiidentifikation auf die Wahlwahrscheinlichkeit um signifikante 14 Prozentpunkte sinkt. Dabei muss aber erwähnt werden, dass der Effekt der Parteibindung auf die Wahlwahrscheinlichkeit immer noch

Tabelle 4.5
Lineare Regression der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf politische Einstellungen und Orientierungen der Wahlberechtigten unter Kontrolle von sozialen Merkmalen, Kanton Zürich (Modell 2)

Variablen	Kategorien/Indikator	1995		2003		1995–2003	
		Beta	SE	Beta	SE	Beta	SE
	Konstante	0.36 ³	0.03	0.40 ²	0.04	0.04	0.05
Soziale Klasse	ungelernte Arbeiter	0.05	0.04	-0.01	0.06	-0.05	0.07
	qualifizierte Arbeiter	0.02	0.02	0.01	0.03	-0.01	0.04
	Manager	-0.02	0.02	0.00	0.03	0.02	0.04
	technische Spezialisten	0.03	0.02	0.01	0.03	-0.02	0.04
	soziokulturelle Spezialisten (Ref.: Bauern, traditionelle Berufe)	0.00	0.03	0.04	0.05	0.04	0.06
Religion	nichtpraktizierende Katholiken	0.01	0.02	0.01	0.03	0.00	0.04
	praktizierende Katholiken	0.01	0.03	0.01	0.05	0.00	0.05
	nichtpraktizierende Protestanten	0.03 ¹	0.02	0.00	0.02	-0.03	0.03
	praktizierende Protestanten (Ref.: keine/andere Religion)	0.06 ²	0.03	0.02	0.04	-0.04	0.05
Stadt-Land	Stadt (Ref.: Land)	0.00	0.02	0.00	0.03	-0.01	0.04
	Parteiidentifikation	Nähe zur SVP (Ref.: keine Nähe)	0.25 ³	0.03	0.11 ³	0.04	-0.14 ³
Themen	EU-Beitritt	0.00	0.01	0.04 ³	0.01	0.03 ³	0.01
	Chancen für Ausländer	0.01 ²	0.01	0.02 ³	0.01	0.01	0.01
	Steuern auf hohe Einkommen	0.01	0.01	-0.03 ²	0.01	-0.03 ³	0.01
Ideologie	Links-Rechts-Selbsteinstufung	0.02 ³	0.00	0.04 ³	0.01	0.02 ³	0.01
Kandidaten	Sympathie für Blocher	0.04 ³	0.00	0.06 ³	0.00	0.01 ³	0.00
Protest		0.00	0.01	0.00	0.01	-0.01	0.01
R ²		0.66		0.73			
N		614		453			

¹ p<.10 ² p<.05 ³ p<.01

gross ist. Auch 2003 ist die Wahrscheinlichkeit einer SVP-Wahl im Kanton Zürich bei Wählern, die sich mit der SVP identifizieren, um 11 Prozentpunkte höher als bei Wählern, die der SVP nicht nahe stehen.

Wenden wir uns nun den Effekten der individuellen Einstellungen auf die SVP-Wahl im Kanton Zürich zu. Dabei stellen wir fest, dass die Einstellung zu den Ausländern in beiden Wahlgängen die Wahrscheinlichkeit

der SVP-Wahl sehr stark beeinflusst hat. Aufgrund ihrer extremen Positionierung in Bezug auf die Ausländerfrage konnte die Partei Wähler für sich gewinnen. Erstaunlicher ist auf den ersten Blick das Resultat in der Frage des EU-Beitritts, scheint die Einstellung zur EU doch 1995 im Gegensatz zu 2003 keinen signifikanten Einfluss auf die SVP-Wahl gehabt zu haben. Detailanalysen dieses angesichts der zentralen Rolle des EU-Beitritts im Wahlkampf 1995 doch eher überraschenden Resultats ergeben, dass der an sich auch 1995 sehr starke Effekt der Einstellung zum EU-Beitritt auf die SVP-Wahl in diesem Jahr aufgrund des sehr engen Zusammenhangs zwischen dieser Einstellung und der Sympathie für den Kandidaten Blocher nicht mehr als signifikant ausgewiesen wird. Der Chef der Zürcher SVP wird 1995 in Kanton Zürich so stark mit der Ablehnung des EU-Beitritts assoziiert ($r=.67$), dass der Effekt der Einstellung zur EU in der Analyse verschwindet, wenn wir gleichzeitig den Grad an Sympathie mit dem Kandidaten Blocher kontrollieren. 2003 ist diese Verbindung zwischen der Sympathie zu Blocher und der Einstellung zur EU-Frage immer noch beträchtlich ($r=.55$), aber doch erheblich weniger eng. Inzwischen steht Blocher für mehr als nur die Ablehnung der schweizerischen Beteiligung an der Integration Europas.

Auch in der Frage der Besteuerung hoher Einkommen ist erst 2003 ein signifikanter Effekt messbar. Das erscheint paradox: Die Wahrscheinlichkeit einer SVP-Wahl sinkt für eindeutige Befürworter einer liberalen Steuerpolitik, die SVP betreibt hingegen eine ausgeprägt liberale Steuerpolitik. Der im Kontextteil angesprochene Gegensatz zwischen konservativer und liberaler Politik wird hier offensichtlich. Die SVP wird wegen ihrer traditionalistischen, ausländerfeindlichen und europaskeptischen Haltung gewählt. Genau diese Leute haben jedoch wirtschaftspolitisch keine liberale Einstellung, wählen die SVP aber trotz ihrer wirtschaftlich liberalen Agenda. Den Widerspruch kann sich die SVP anscheinend leisten, weil die Wirtschaftspolitik für konservative Wähler weniger wichtig ist als ihre konservativen Werte.

Der Effekt der ideologischen Selbsteinschätzung der Wahlberechtigten auf eine SVP-Wahl im Kanton Zürich hat sich eindeutig verstärkt. Wähler, die sich selber ganz rechts auf dem Spektrum einstufen, haben 2003 eine um 40 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, die SVP zu wählen, als ganz links positionierte Wähler. Das ist eine deutliche Steigerung gegenüber 1995. Offensichtlich konnte die SVP Zürich als stark rechts positionierte Partei noch einmal Wähler von rechts aussen gewinnen. Dass die Veränderung des Einflusses der Selbstpositionierung im Kanton Zürich

verglichen mit dem gesamtschweizerischen Bild weniger ausgeprägt ist, entspricht der Vorreiterrolle der Zürcher SVP als rechter Flügel der SVP Schweiz.

Der Einfluss der Person Christoph Blochers, des charismatischen Kopfes der Partei schweizweit, ist im Kanton Zürich besonders interessant, war er doch von 1977 bis 2003 Parteipräsident der Zürcher Parteisektion. So erstaunt es nicht, dass der Effekt der Sympathie für ihn von 1995 bis 2003 nochmals ansteigt: 1995 war eine SVP-Wahl unter Blocher-Sympathisanten um 44 Prozent, 2003 gar um 56 Prozent wahrscheinlicher als unter Blocher-Gegnern. Für seine Wähler hat sich Christoph Blocher in den letzten Jahren als vertrauenswürdiger und einflussreichster Politiker bewährt. Somit ist nur logisch, dass in Zürich in keiner Weise von einer Protestpartei SVP gesprochen werden kann. Ihr Erfolg hat sich im Kanton Zürich stetig und nachhaltig entwickelt, nicht erst in den vergangenen paar Jahren. Spätestens mit dem zweiten Bundesratssitz der SVP, besetzt von Blocher persönlich, kann nicht mehr von einer klassischen Oppositionspartei gesprochen werden, die aus Protest gewählt wird, um dem politischen Establishment eins auszuwischen. Im Kanton Zürich schon gar nicht: Wie auch die Daten im Modell zeigen, hat die Protestfrage keinen Einfluss auf die SVP-Wahl.

Dieses zweite Modell weist 2003 mit 73 Prozent eine noch grössere Erklärungskraft als 1995 auf und spricht für die Dealignment-These, da hauptsächlich die politischen Orientierungen, nicht die soziostrukturellen Einflussfaktoren bzw. die Parteiidentifikation diese hohe Erklärungskraft liefern. Der Wählerzugewinn der SVP im Kanton Zürich basiert vornehmlich auf der klaren Positionierung der Partei. Wähler, die sich selber politisch rechts einstufen, fühlen sich von der SVP 2003 noch besser vertreten als 1995. Dieses Bild wird in den Sachfragenpositionen der Partei weiter bestätigt. Durch die konservative Haltung bezüglich EU-Beitritt und Ausländerfragen kann die SVP noch einmal Wählerstimmen dazu gewinnen. Und nicht zuletzt war es Christoph Blocher, der seine Popularität unter der Wählerschaft neuerlich steigern kann.

Es bleibt wie erwähnt abzuwarten, ob sich diese Entwicklung künftig als Dealignment bestätigen lässt oder ob retrospektiv von Realignment gesprochen werden kann. Dazu muss beobachtet werden, wie sich die dazu gewonnenen Wähler und Parteien der SVP künftig entwickeln werden.

Schluss

Die SVP hat den Grundstein für ihren Erfolg im Kanton Zürich schon Ende der 1970er Jahre gelegt. Bis 1991 konnte sich die Partei bereits als stärkste Kraft etablieren, was ihrer neuen traditionalistischen und konservativen politischen Ausrichtung unter Christoph Blocher und der Tatsache zu verdanken ist, dass durch die Globalisierung neu entstandene Ängste instrumentalisiert werden konnten. Es erstaunt wenig, dass sich das Profil der Partei von 1995 bis 2003 nur unwesentlich verändert hat. Ideologisch besetzt die SVP eine einsame und unbestrittene Position rechts von FDP und CVP, die sich durch eine zunehmende Polarisierung im Wahljahr 2003 weiter zementiert hat. Dass die Zürcher SVP in ihrer Position gefestigt ist, zeigt sich auch im zweidimensionalen Raum, wo sich ihre Stellung 2003 gegenüber 1995 kaum verändert hat. Ein ähnliches Profil wie die SVP haben einzig die kleinen rechts-radikalen Parteien, die in den letzten zehn Jahren im Kanton Zürich massiv Stimmen an die SVP verloren haben.

Die zunehmende Polarisierung in der Zürcher Parteienlandschaft zeigt sich weiter in der abnehmenden Konkurrenz zwischen den Parteien. Auch hier ist es vor allem die SVP, die 2003 gegenüber 1995 für viele kaum mehr wählbar geworden ist, gleichzeitig aber als einzige Partei ihr Wählerpotenzial erhöht hat. Die SVP versteht es auch am besten, dieses Potenzial zu nutzen, was sehr für ihre politischen Strategien spricht. Angesichts der bereits sehr hohen Ausschöpfungsquote erstaunt es nicht, dass die Stimmengewinne der SVP nach 1995 abnehmen. Jedoch hat es die SVP geschafft, ihre Position nach 1995 nicht nur zu konsolidieren, sondern weiter Wähleranteile hinzuzugewinnen. Eine dynamische Analyse der Wahlerfolge der SVP im untersuchten Zeitraum von 1995 bis 2003 ist aber schwierig, denn die wesentlichen Umgestaltungen wurden im Kanton Zürich schon früher vollzogen, wie aus der Parteigeschichte der Zürcher SVP ersichtlich wird.

Die Analyse der soziostrukturellen Faktoren auf eine SVP-Wahl zeigt, dass anhand der sozialen Klassen kaum mehr abzuleiten ist, wer SVP wählt. Im Kanton Zürich wird die SVP nicht mehr nur von ihrer ursprünglichen bäuerlich-ländlichen Klientel, sondern von allen möglichen Berufsgruppen gewählt. Konnte man 1995 noch sagen, dass die SVP von den Protestanten mehr gewählt wird als von Katholiken, so war dies 2003 nicht mehr der Fall. Auch die Bedeutung des Stadt-Land-Unterschiedes für die SVP-Wahl hat weiter abgenommen. Die SVP ist 2003 zu einer Catch-All-Partei geworden.

Dagegen lässt sich die SVP-Wahl mit der politischen Orientierung und der Einstellung der Wählerschaft zu den einzelnen Themen recht gut erklären. Vor allem die Sachfragenorientierungen betreffend EU und Ausländerfragen erhöhen die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit. Auch die klare Positionierung am rechten Rand des politischen Spektrums sowie die Person Christoph Blochers tragen 2003 noch mehr zum SVP-Wahlerfolg bei als 1995.

Die Analyse der Individualdaten hat gezeigt, dass die SVP in den Jahren zwischen 1995 und 2003 ihre starke Position weiter festigen konnte, indem sie ideologisch wie auch zu den einzelnen Sachfragen eindeutig Position bezog. Wie gut ihr das gelungen ist, sieht man daran, dass die Partei es sich erlauben kann, 2003 in Steuerfragen entgegen dem Interesse der meisten ihrer Anhänger liberal zu politisieren. Dem Trend des Dealignments ist allerdings auch die SVP unterworfen. Die Identifikation mit der SVP verliert für einen Wahlentscheid an Bedeutung. Sachfragen und politische Orientierungen sind wichtiger geworden, während soziale Klassen und die Konfliktlinie Stadt-Land eine immer unbedeutendere Rolle spielen. Dass der Anteil der Sympathisanten bei der SVP über den Untersuchungszeitraum entgegen dem allgemeinen Trend angestiegen ist, kann als Indiz dafür gelten, dass es der Partei eines Tages gelingen wird, die neuen Wähler dank ihrer klaren Positionierung auf der Konfliktlinie Öffnung-Abgrenzung an sich zu binden. Damit wäre ihr auch in Zukunft eine stabile und starke Stellung im Kanton Zürich gesichert. Mittelfristig dürfte das ohnehin so bleiben, da zu erwarten ist, dass diese neue Konfliktlinie nicht an Relevanz verliert.

Linke und andere heimatmüde Parteien wollen
unser Land in die EU führen.

Sie wollen

- die Neutralität preisgeben
- die Unabhängigkeit opfern
- die Volksrechte verschachern



Wer das nicht will, wählt SVP! Listen 15 und 16

Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich, Postfach, 8023 Zürich
Postcheckkonto 80-65920-6

Für
eine sichere
Zukunft
in Freiheit



Die Partei
des Mittelstandes

SVP

Inserat der SVP, erschienen im «Blick» am 24. August 1995

Bern

Einleitung

Wenn man den Siegeszug der SVP in den Kantonen seit Mitte der 1990er Jahre analysiert, dann gehört der Kanton Bern immer zu den Ausnahmen. Grosse Gewinne hat die Berner SVP nicht vorzuweisen, dafür aber eine einzigartige Geschichte politischer Dominanz. Die SVP ist in Bern seit Jahrzehnten etablierte Kraft auf allen politischen Ebenen und in Verbindung mit der FDP im Besitz einer stattlichen bürgerlichen Mehrheit. Als ehemalige Bauernpartei ist die SVP vor allem in den ländlichen Gebieten des Kantons verankert. Wir haben es bei der Berner SVP nicht mit einer erfolgreichen Oppositionspartei zu tun, sondern mit einer etablierten Regierungspartei der Mitte. Die zentrale Frage ist somit, wie die SVP Bern in diese starke Position kam und weshalb sie diese auch zwischen 1995 und 2003 verteidigen konnte, in einer Zeit, in der in vielen anderen Kantonen ähnlich positionierte Regierungsparteien (zumeist FDP oder CVP) massiv an Stimmen verloren haben.

Die politische Kräfteverteilung im Kanton Bern war in den letzten Jahren so stabil wie in kaum einem anderen Kanton. Verändert hat sich in den eidgenössischen Wahlgängen 1995, 1999 und 2003 wenig, die Verteilung der Nationalratsmandate unter den drei grossen Parteien SP, FDP und SVP blieb nahezu konstant.¹ Trotzdem gibt es Anzeichen dafür, dass es in der Berner Politlandschaft zu Verschiebungen kam. Der Schulterschluss zwischen der SVP und dem Freisinn bröckelte, die FDP verlor bei den Wahlen 2003 analog zum schweizweiten Trend auch in Bern an Stimmen.² Der Verlust des FDP-Ständeratssitzes an die SP markierte das Ende des bürgerlichen Ständeratsblockes FDP-SVP und war die einzige Überraschung der Wahlen 2003.

Wir werden aufzeigen, dass sich das Konkurrenzverhältnis im Berner Parteiensystem verschoben und die Berner SVP gegenüber 1995 eine Wandlung durchgemacht hat. Ausschlaggebend dafür ist das Verhältnis zwischen der Berner SVP und der vom so genannten «Zürcher Flügel» dominierten Mutterpartei. Hier die Berner SVP als etablierte, gemässigte

Regierungspartei, dort die SVP Schweiz mit einem angriffigen Oppositionskurs.³ Wir behaupten, dass dieser scheinbare Widerspruch für die Berner Partei ein Vorteil ist, den sie 2003 in viel stärkerem Umfang zu nutzen wusste als noch 1995.

In der stark dezentralisierten Parteiorganisation der Schweiz sind Differenzen mit der Nationalpartei eine politische Realität und können laut Ladner (1999: 237) eine Chance sein, weil sich Parteimitglieder und die Wählerschaft je nach Bedarf stärker mit der kantonalen oder mit der nationalen Partei identifizieren können. Auch Kitschelt und McGann (2003: 209) sehen in den plebiszitären und föderalen Elementen der Schweizer Verfassung gute Voraussetzungen für Parteien, sowohl Oppositions- als auch Regierungsfunktion wahrzunehmen. Im vorliegenden Fall würde das bedeuten, dass die Berner SVP 2003 ein janusköpfiges Profil hatte. Als Regierungspartei verfügt sie mit Mittelstand und Bauern über eine alte Stammwählerschaft, durch das nationale Oppositions-Image holt sie vermehrt eine neue, rechte Wählerschaft aus dem Lager der so genannten Globalisierungsverlierer ab.⁴ Dank der additiven Präferenzen der beiden Lager ist dieser inhaltliche Spagat für die SVP Bern ohne Verluste möglich.

Wenn die SVP Bern zu einem guten Teil aufgrund der politischen Ausrichtung der schweizerischen Mutterpartei gewählt worden ist, so deutet das auch auf eine zunehmende Nationalisierung der Parlamentswahlen hin. Diese Tendenz wird bei der Analyse des Wahlkampfes offenkundig: Die Schweizer SVP setzte auch in Bern die Themen, und der Schlagabtausch fand – wenn überhaupt – nur in der nationalen Arena statt.

In der politischen Landschaft des Kantons Bern sind zwei Themenkomplexe von besonderer Bedeutung: die Einstellung zu traditionellen Werten (Tradition, europäische Integration, Ruhe und Ordnung, Armee, Ausländer) und in einem geringeren Masse soziale und ökologische Faktoren. Klöti (1998: 69) schliesst mit Bezugnahme auf Kitschelt (1994), dass der Gegensatz zwischen libertären und autoritären Positionen die Auseinandersetzung zwischen rechten und linken Parteien des Kantons Bern stärker prägt als die klassische Verteilungsfrage. Im Kanton Bern ist der Öffnungs-Abgrenzungs-Konflikt demnach die dominante Konfliktlinie zwischen linkem und rechtem Lager. Gemäss Holzer und Linder (2003) beeinflussen die damit verbundenen Problemstellungen vor allem die Wahl von SVP und SP, den beiden grossen traditionellen Gegenspielerinnen im Kanton Bern.

Entwicklung der SVP und des Parteiensystems

Der Kanton Bern ist der zweitgrösste Kanton der Schweiz und gehört zur Gruppe der protestantischen Deutschschweizer Kantone. Im Jahr 2001 wurde er von knapp einer Million Menschen bewohnt.⁵ Die grossen Ballungszentren sind Biel, Thun und Bern. Die grosse Mehrheit der rund 400 Gemeinden verteilt sich jedoch auf die ländlichen Regionen des Kantons, dessen landwirtschaftliche Nutzfläche mit 43,3 Prozent deutlich über dem nationalen Durchschnitt von 36,9 Prozent liegt.⁶ Die Gemeinden besitzen eine beträchtliche Lokalautonomie und das politische System des Kantons zeichnet sich durch eine starke Dezentralisierung aus.⁷ Ein weiteres institutionelles Merkmal des Kantons sind die stark ausgebauten und rege genutzten Volksrechte. Bei der Benutzung direktdemokratischer Instrumente wie Abstimmungen und Volksinitiativen nehmen die Berner einen Spitzenplatz ein.⁸ Dabei ist es im Kanton Bern aber vor allem die Linke, die mittels Volksrechten oppositionelle Politik betreibt, und nicht etwa die SVP. Diese versteht sich in Bern voll und ganz als Regierungspartei. Auf kantonaler Ebene ist die SVP seit 1921 ununterbrochen in Exekutive und Legislative vertreten und prägt Politik und Gesellschaft auch auf kommunaler Ebene deutlich stärker als in anderen Kantonen. Seit 1919 stellt sie ununterbrochen eine der beiden grössten Berner Nationalratsdeputationen, und bis zur Wahl von Christoph Blocher 2003 war mit Ausnahme von Leon Schlumpf (Kanton Graubünden) jeder SVP-Bundesrat ein Vertreter des Berner Flügels.

Die SVP Bern ist im Kanton tief verwurzelt. In den 1970er Jahren ging sie aus der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) hervor. Die BGB wurde 1918 aufgrund einer Rede Rudolf Mingers anlässlich der Delegiertenversammlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften von Bern gegründet (SVP Bern 1993: 13). Gründungen solcher Bauernparteien fanden auch in anderen Kantonen statt, in denen der Freisinn – in dem die Bauern bis dahin vertreten waren – während des Ersten Weltkrieges eine zu industrie- oder konsumentenfreundliche Politik betrieben hatte (Ladner 1999: 152).

Das Programm der Berner BGB lehnte sich an die aus Deutschland stammende Mittelstandsideologie konservativer Gruppen an. Die BGB verstand sich als Mittelstandspartei, die für traditionelle Werte und einen starken Bauernstand eintrat. Gegenüber dem Staat sollte eine mittlere Linie eingehalten werden; die sozialistische Verstaatlichung lehnte die BGB ebenso ab wie das «laissez faire» des Liberalismus und das «Ausbeuter- und

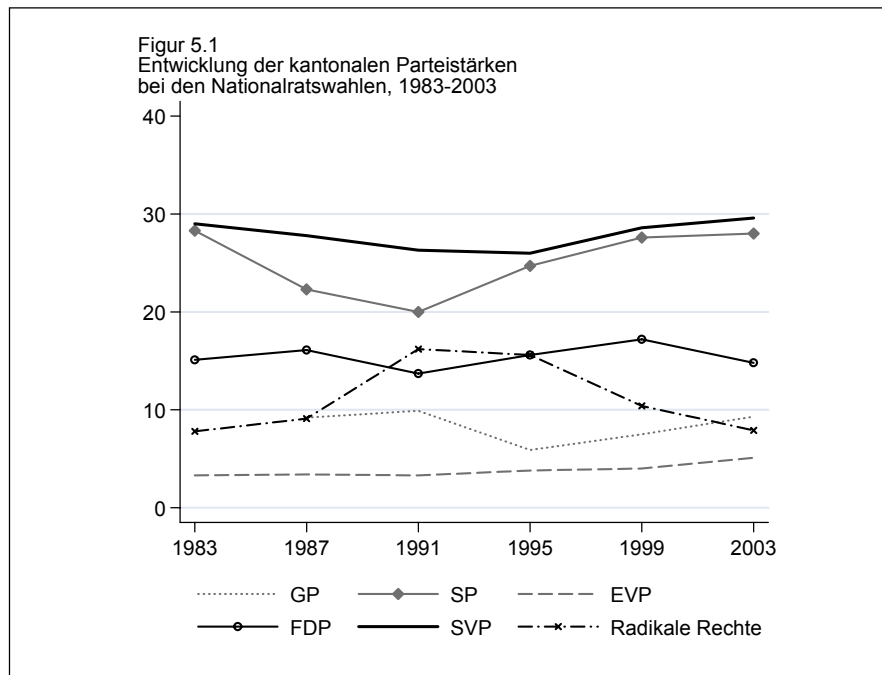
Schmarotzertum» (Ladner 1999: 155). Diesen Grundsätzen ist die SVP Bern in ihren Parteileitlinien bis heute treu geblieben. Gemäss Ladner (1999) lässt sich das Programm der SVP über die Zeit in den beiden Leitsprüchen «Keine Änderung am Bewährten» und «Massvolle Evaluation des Bestehenden» zusammenfassen.

Die Berner Delegation im Nationalrat zeichnet sich in erster Linie durch ihre Konstanz aus (Figur 5.1). Im Gegensatz zum kantonalen Parlament liefern sich hier SVP und SP seit jeher ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Die SVP (respektive die BGB) war nach 1919 stärkste Kraft, bevor sie 1943 von der Linken überflügelt wurde. Seit 1995 sind die SP und die SVP mit jeweils acht Sitzen im Nationalrat vertreten.

Seit 1919 ging der Stimmenanteil der SVP stetig zurück. Erreichte sie 1919 mit 46 Prozent der Stimmen 16 Mandate, waren es 2003 mit 29,6 Prozent Wähleranteil noch deren acht. Dies ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Erstens verzeichnete der Kanton Bern seit 1919 eine demografisch bedingte Abnahme der Nationalratssitze von 31 auf 26 Mandate. Zweitens ging die Zahl der Bauernbetriebe zurück, deren Sprachrohr die SVP traditionell gewesen war.⁹ Drittens setzte Mitte der 1970er Jahre eine markante Auffächerung des Parteiensystems ein. An den Rändern des Links-Rechts-Spektrums machten kleine Oppositionsparteien den etablierten Parteien die Wähler streitig.

Im bürgerlichen Lager konnte die Evangelische Volkspartei (EVP) 1967 als erste Partei Fuss fassen und ist seither mit einem Sitz im Nationalrat vertreten. Konkurrenz bekam die SVP Bern auch durch die Schweizer Demokraten (SD)¹⁰, die Freiheitspartei (FPS, ehemals Autopartei)¹¹ und die Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU)¹². Mit dezidiert national-konservativer Politik konnten diese Parteien immer mehr Wähler an sich binden und erreichten zwischen 1991 und 1995 ihren grössten politischen Einfluss. Die SVP fiel in jener Zeit von 29 auf 26 Stimmenprozente zurück und verlor sogar ein Mandat. Die Trendwende kam in Bern erst 1999, später als in anderen Kantonen. Während die SVP wieder Stimmen gewann, verloren SD und FPS Wähleranteile und im Fall der Freiheitspartei auch den einzigen Sitz. In Anlehnung an Kitschelt und McGann (2003) kann man vermuten, dass die SVP durch programmatischen Inkrementalismus einen Teil der neuen rechten Wählersegmente erobert hat.

Auf kantonaler Ebene dominiert in Bern der bürgerliche Block. Die parteipolitische Zusammensetzung im Grosse Rat zeichnet sich durch eine solide Mehrheit von SVP und FDP aus.¹³ 2002 übertrifft die SVP als



stärkste Partei die SP als zweitgrösste Fraktion um neun Sitze. Die Exekutive wird traditionell von SVP, FDP und SP gestellt.

Nach ihrer Gründung wurde die BGB 1921 auf Anhieb stärkste Partei und ist es bis in die 1990er Jahre auch geblieben. Der SP als mächtigste Gegenspielerin gelang es in dieser Zeit nie, die Vorherrschaft der SVP ernsthaft zu gefährden. Die SVP lag stets mit etwa 20 Sitzen im Vorsprung. Ende der 1990er Jahre geriet die Berner SVP ins Trudeln. Während sich die SVP national im Aufwind befand, verloren die Berner bei den Grossratswahlen 1998 fünf ihrer ehemals 71 Sitze. Dies, obwohl die Parteileitung einen massiven Sitzgewinn prognostiziert hatte.¹⁴ Auch vier Jahre später konnte die SVP lediglich einen ihrer verlorenen Sitze zurückerobern. Die Partei hat somit Ende der Neunziger auf kantonaler Ebene leicht an Rückhalt verloren. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass die traditionell liberale, regierungsorientierte Linie der Kantonalberner SVP nicht geeignet war, um neue Wählersegmente zu mobilisieren. Dafür spricht auch, dass zwei Herausfordererparteien des rechten Lagers, die EDU und die SD, 1998 nochmals zulegen konnten und diese Sitzgewinne auch 2002 verteidigten. Die Freiheitspartei hingegen verlor in beiden Wahljahren massiv und 2002 schliesslich alle vier Sitze. Im Gegensatz zu anderen Kantonen vermochte

die Berner SVP das Wählersegment der «Neuen Rechten» aber offenbar nur wenig zu mobilisieren.

Die programmatischen Differenzen zwischen dem oppositionell orientierten Zürcher Flügel und den eher liberalen Berner SVP-Kreisen sorgen parteiintern seit den 1980er Jahren für Unruhe. Grosser Gegenspieler der SVP Bern war Christoph Blocher, der erstmals 1991 bei der EWR-Abstimmung gross in Erscheinung trat, als er sich vehement für die Nein-Parole einsetzte. Die SVP Bern mit Bundesrat Adolf Ogi berief sich auf ihre Regierungsverantwortung und votierte für einen EWR-Beitritt. Von da an sah sich der Zürcher Flügel um Blocher nicht mehr durch den SVP-Bundesrat vertreten und folglich in der Opposition zur nationalen Regierung. Die Berner SVP-Bundesräte Adolf Ogi und später auch Samuel Schmid wurden für ihren liberalen Kurs öffentlich und harsch kritisiert.

Ab 1991 nahm der Einfluss der Zürcher auf die nationale Politik der SVP stetig zu. Die liberalen Berner Kreise um Präsident Ruedi Zesiger wollten sich dem Druck aus Zürich nicht beugen und waren entschlossen, einen eigenständigen, liberaleren SVP-Kurs zu fahren. Unterschiedliche Positionen bezogen die Berner und Zürcher vorwiegend in den Fragen der Asylpolitik, der internationalen Zusammenarbeit, der Sicherheitspolitik und der Integration der Schweiz in internationale Gemeinschaften. Lauter Fragestellungen, die der in Bern dominanten Konfliktlinie Öffnung-Abrenzung zuzurechnen sind.

Im Sommer 1999 demonstrierte der Zürcher Flügel mit der Maulkorb-Initiative und der Plakatkampagne zur Asyl-Initiative, wer in der nationalen SVP das Sagen hatte. Bei den Nationalratswahlen im Herbst erhöhte die SVP ihren Wähleranteil gesamtschweizerisch nach 1995 noch einmal markant. Stimmen hatte die SVP vor allem in jenen Kantonen gewonnen, in denen die kantonalen Parteien einen strengen Rechtskurs fuhren. Die Berner SVP konnte 1999 ihre Sitzzahl halten, die liberalen Kräfte in der Partei aber erlitten eine Abfuhr. Prominente Blocher-Kritiker wie Albert Rychen oder Ruedi Zesiger wurden nicht bzw. abgewählt. Dies lässt vermuten, dass nicht nur der Einfluss der Blocher-Anhänger innerhalb der Berner SVP gestiegen war, sondern auch die Basis ein Einschwenken auf den Zürcher Kurs wünschte. In der Folge trat Zesiger als Kantonspräsident zurück. Das Amt wurde von Hermann Weyeneth übernommen.

Bei den Wahlen in den leitenden Ausschuss der nationalen SVP anfangs 2000 holten die Zürcher Kreise zum letzten Schlag gegen die liberaleren Kräfte aus. Statt den liberalen Berner Kandidaten Albert Rychen und

Ursula Haller wählten die Parteimächtigen der nationalen SVP um Präsident Maurer Vertreter des Zürcher Flügels. Diese Brückierung der SVP Bern löste in der kantonalen Partei eine Diskussion über eine Abspaltung der Berner von der Mutterpartei aus. Präsident Weyeneth versuchte in der Folge, kritische Stimmen gegen die Dominanz der Zürcher durch ein Positionspapier zum Verstummen zu bringen, indem sich die SVP Bern deutlich vom Stil der Zürcher abgrenzte: «Der allgemeine Umgangston der schweizerischen SVP hat ein nicht mehr tolerierbares Niveau erreicht»¹⁵.

Offenkundig uneins waren sich die Berner SVP und ihre Mutterpartei seither nur noch bei der Militärvorlage 01 und bei der UNO-Abstimmung 2002. Die Wogen haben sich in den letzten Jahren spürbar geglättet, denn die Zürcher Parteiexponenten sind die klar dominierende Kraft in der Partei. Der schwindende Einfluss der Berner zeigte sich 1995, als die Zürcher erstmals einen grösseren prozentualen Anteil zur nationalen Gesamtstärke der SVP beitrugen. 1999 fiel der Anteil der Berner noch weiter hinter denjenigen der Zürcher zurück. Im Vorfeld der Wahlen 2003 verstummten die Vorbehalte gegen den Kurs der Zürcher SVP gänzlich. «Berner SVP biegt voll auf die nationale Linie ein» urteilte etwa «Der Bund» (4.10.03). Aliko Panayides, stellvertretende Generalsekretärin der SVP Schweiz, konstatierte im Mai 2004 auf Anfrage, bei den Wahlen 2003 sei kein Unterschied mehr zwischen nationaler SVP und kantonalen Partei feststellbar gewesen. Das bestätigte auch der Berner SVP-Geschäftsführer Christoph Neuhaus.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass seit den eidgenössischen Wahlen 1999 der eigenständige liberale Kurs der Berner immer mehr verschwunden ist und einer Art stillschweigender Akzeptanz der Zürcher Dominanz und deren Politstil Platz gemacht hat. Sachpolitische Uneinigkeit zwischen den Flügeln besteht zwar noch immer, wie jüngst das Beispiel der unterschiedlichen Parolen zur Mutterschaftsversicherung bewies, aber im Vorfeld der Wahlen überliess der Berner Flügel taktisch geschickt den nationalen Kräften und ihrer Oppositions-Rhetorik das Feld.

Wir haben eingangs festgehalten, dass die SVP Bern als ehemalige Bauernpartei traditionell in den ländlichen Regionen verwurzelt ist. Zwei Fragen stellen sich hierzu. Hat diese Annahme auch in der heutigen Zeit noch Gültigkeit und lässt sich nachweisen, ob die SVP ihre Stimmengewinne der letzten Jahre durch neue, städtische Wählersegmente erzielt hat? Für die Beantwortung dieser Frage haben wir die Berner Amtsbezirke in ländliche und städtische Gebiete unterteilt.¹⁶ Die Stärke der SVP bei den

Nationalratswahlen wird nun bestimmt durch den Durchschnittswert der Wähleranteile der SVP in den einzelnen Wahlbezirken auf dem entsprechenden Gebiet.

Die Analyse bestätigt die Vermutung, dass die SVP traditionell auf dem Land stark gewählt wird, während die SP in städtischen Gebieten verankert ist. Es wird augenfällig, dass die SVP sowohl auf ländlichem als auch auf städtischem Gebiet zwischen 1951 bis 1995 stetig an Stimmen verlor. Im für diese Studie relevanten Zeitraum zwischen 1995 und 2003 gelingt es der Berner SVP jedoch, auf städtischem Gebiet massiv an Wählergunst zuzulegen (über 5 Prozent). Auf dem Land bleiben die Stimmgewinne in der gleichen Periode aus. Dieses Resultat ist ein weiterer Hinweis darauf, dass sich die SVP zwischen 1995 und 2003 ein neues Wählersegment erschliessen konnte. Gestützt auf Kitschelt und McGann (2003) kann vermutet werden, dass die SVP die so genannten Globalisierungsverlierer in den Städten anspricht, das heisst in erster Linie schlecht ausgebildete Arbeiter in den Zentren, die früher Zielpublikum der Neuen Rechten waren oder gar nicht an die Urne gingen.

Positionierung der Parteien

Spektakuläre Kräfteverschiebungen gab es bei den eidgenössischen Wahlen 1995–2003 nicht im Kanton Bern. Die viel zitierte Polarisierung der Parteienlandschaft ist auf den ersten Blick nicht auszumachen. Wir werden im Folgenden aber zeigen, dass es im Parteiensystem sehr wohl Veränderungen gegeben hat. Eine Analyse der Konkurrenzverhältnisse zwischen den Berner Parteien ermöglicht genaue Aussagen über die alte und neue Positionierung der SVP (Tabellen 5.1 und 5.2). Von besonderem Interesse ist der direkte Vergleich zur zweiten grossen bürgerlichen Partei des Kantons, der FDP.

Das grösste Wählerpotenzial im Kanton Bern weisen die beiden Linksparteien SP und die Grünen¹⁷ aus. Das Wählerpotenzial der SVP liegt in beiden Erhebungsjahren über jenem der FDP, im Jahr 2003 allerdings nur noch geringfügig. Vergleicht man nun die Wählerpotenziale mit den realisierten Abstimmungsergebnissen, so zeigt sich, dass die SVP bei den eidgenössischen Wahlen 1995 gut 60 Prozent ihres Potenzials ausschöpfte, 2003 sogar fast 70 Prozent. Bei den anderen Parteien liegen die Werte zum Teil deutlich unter 50 Prozent. Offenbar gelingt es der SVP besser als jeder anderen Partei im Kanton Bern, ihre potenziellen Wähler auch tatsächlich für sich zu gewinnen. Die Berner SVP versteht es gut, sich von der Konkur-

Tabelle 5.1
Potenzielle Wählerschaften und Überlappungen, 1995

	GPS	SP	FDP	CVP	SVP
GPS		0.72	0.74	0.83	0.67
SP	0.9		0.83	0.93	0.79
FDP	0.75	0.68		0.93	0.8
CVP	0.68	0.61	0.74		0.72
SVP	0.63	0.59	0.73	0.83	
Wählerpotenzial	45.2	56.4	36.8	46.2	42.5
Parteistärke	8.4	24.7	15.6	3.4	26
Ausschöpfungsquote	18.6	43.8	42.4	7.4	61.2

Tabelle 5.2
Potenzielle Wählerschaften und Überlappungen, 2003

	GPS	SP	FDP	CVP	SVP
GPS		0.75	0.64	0.78	0.46
SP	0.89		0.74	0.85	0.58
FDP	0.59	0.57		0.83	0.63
CVP	0.49	0.44	0.57		0.47
SVP	0.42	0.45	0.63	0.68	
Wählerpotenzial	47.1	56.2	43.2	29.5	43.2
Parteistärke	9.3	28	14.8	2.3	29.6
Ausschöpfungsquote	19.8	49.8	34.3	7.8	68.5

renz im bürgerlichen Lager abzuheben. Eine Konkurrenzanalyse soll dazu die Fakten liefern.¹⁸

Schon 1995 zeigt sich, dass die Konkurrenzverhältnisse für die SVP am günstigsten ausfallen. Erwartungsgemäss sind die Freisinnigen die stärkste Konkurrenz der SVP. Die Konkurrenzdaten zeigen aber auf, dass die Position der FDP verglichen mit jener der SVP weniger komfortabel ist. Die FDP wird nicht nur von rechts bedrängt, sondern in noch stärkerem Masse von links, von den Grünen und der SP. Der stärkste Konkurrent der SVP steht also doppelt unter Druck. Die Veränderungen im Jahre 2003 sind geringfügig.

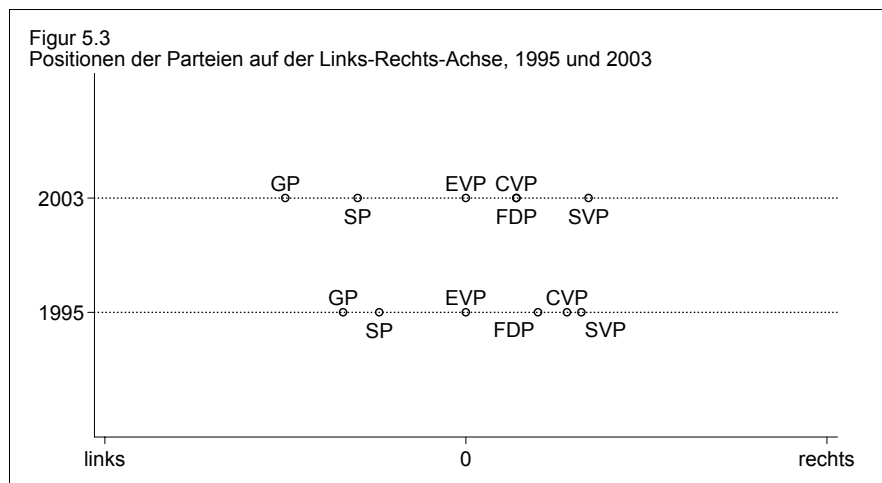
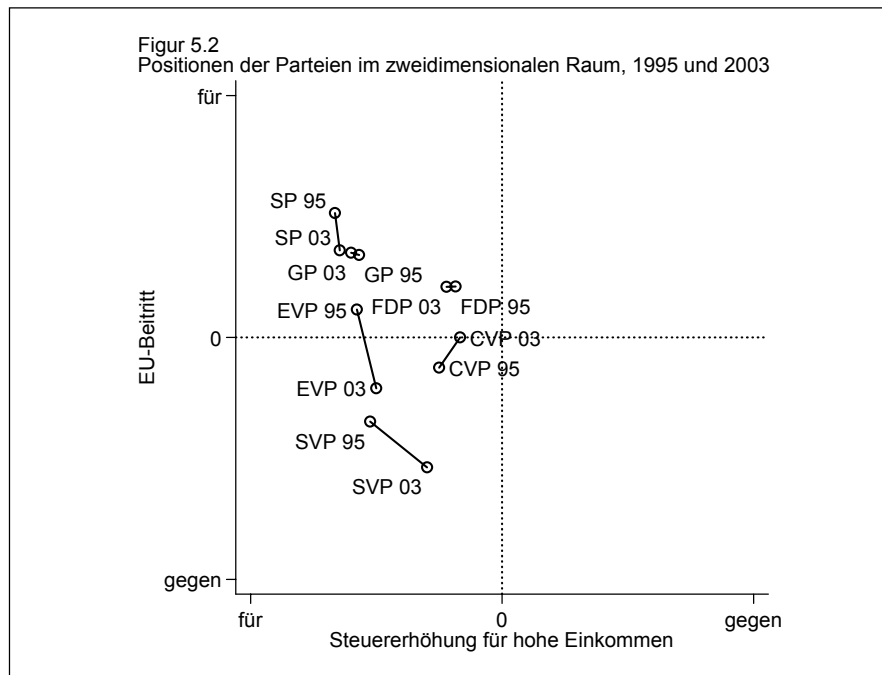
Vergleicht man die absoluten Zahlenwerte, so weist die SVP in beiden Erhebungsjahren ein deutlich tieferes Konkurrenzniveau auf als die anderen Parteien. Die Konkurrenzsituation hat sich zwischen 1995 und 2003 zwar für praktisch alle Parteien leicht entschärft¹⁹, für die SVP trifft dies aber weitaus am deutlichsten zu. Die SVP distanziert sogar ihren grössten bürgerlichen Rivalen FDP zwischen 1995 und 2003 markant. Die Konkurrenz zwischen den beiden Parteien nahm um 17 Prozent ab. Die SVP hat

2003 mit der FDP noch eine Überschneidung von 63 Prozent, einen so tiefen Konkurrenzwert weist keine andere Partei zum jeweiligen Hauptkonkurrenten aus. Die SVP distanziert die anderen Parteien also nicht aufgrund der Grösse ihrer potenziellen Wählerschaft, sondern dank der erfolgreichen Mobilisierung derselben. Die Ausschöpfungsrate weist darauf hin, dass es für die SVP Bern in Zukunft schwierig sein dürfte, ihren Wähleranteil noch zu steigern.

Die Konkurrenzanalyse zeigt, dass sich die Berner Politlandschaft in einem Prozess der Polarisierung befindet. Die «Austauschbarkeit» der Parteien hat abgenommen, es scheint für die Wählerschaft 2003 besser möglich, die Parteien voneinander zu unterscheiden und sich zu einer Partei zu bekennen. Diese Erkenntnisse sollen mittels Positionierung der Parteien im zweidimensionalen Raum weiter veranschaulicht werden (Figur 5.2). Dieser wird über die Einstellung zu den Themen «EU-Beitritt» und «Steuern auf hohe Einkommen» aufgespannt. Die Verortung der Parteien wird über die Einschätzungen ihrer Wählerschaft vorgenommen.

Auf der Achse Öffnung-Abgrenzung steht die SVP-Wählerschaft bei beiden Erhebungen am deutlichsten für eine politische Abschottung der Schweiz. Die SVP deckt somit einen politischen Bereich ab, der ihr von keiner grösseren Partei streitig gemacht wird. Die anderen Parteien liegen nahe beieinander und gruppieren sich in der politischen Mitte. Im Jahr 2003 haben diese Parteien ihre Positionen gegenüber 1995 aber in Richtung Abgrenzung verschoben.²⁰ Bei der Umverteilungsfrage hat sich die Position der SVP im Vergleich mit den übrigen Parteien am stärksten verändert. Die SVP-Wählerschaft hat sich stark nach rechts verschoben und ist 2003 beinahe deckungsgleich mit der Position der FDP-Wählerschaft. Holzer und Linder (2003: 93) stellen schon bei den Wahlen 1999 eine solche Verschiebung fest und schreiben dieses Umschwenken der SVP dem Einfluss des Zürcher Parteiflügels zu; ein weiteres Indiz für deren Einfluss auf die Berner Wählerschaft.

Die SVP-Wählerschaft steht in beiden Erhebungsjahren klar am ideologisch rechten Rand (Figur 5.3). Während sich die Position der SVP zwischen den beiden untersuchten Jahren kaum veränderte, haben sich die Positionen der FDP und CVP im gleichen Zeitraum nach links verschoben. Die Differenz zwischen der SVP und den Mitte-Parteien ist somit deutlich grösser geworden. Diese Wählerdaten bestätigen die Annahme, dass die SVP am rechten Rand des Parteienspektrums eine Art Monopol besitzt, das sie von 1995 bis 2003 noch auszubauen wusste. Für diesen Umstand spricht auch ein Vergleich von SVP-Wählern, die sich laut eigener Aus-



kunft mit der Partei identifizieren, und solchen, die das nicht tun; diesen Vergleich haben wir in Anlehnung an Holzer und Linder (2003) vorgenommen. Es zeigt sich erstens, dass Personen mit einer SVP-Identifikation in beiden Wahljahren weiter rechts stehen als die «unabhängigen» SVP-Wähler. Man sieht zweitens, dass SVP-Wähler ohne Parteibindung bei den zentralen Sachfragen Steuern, EU, Integration, Ausländer und

Atomenergie nicht exakt die gleiche Einstellung haben wie überzeugte SVP-Anhänger.

Wahlkämpfe

«Stürmisch sind in diesem Wahlherbst nur die Winde» konstatierte die NZZ im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen 2003.²¹ Im Kanton Bern ist der wenig emotionale Wahlkampf auf die defensiven Strategien der Parteien und das Fehlen von Herausfordererparteien zurückzuführen. Auch waren nur wenige Sitze neu zu verteilen. Themensetzung fand von Seiten der Berner SVP praktisch nicht statt, genauso wenig von Seiten ihrer linken Gegenspielerin SP.²² Diese passive Haltung der Berner SVP im Wahlkampf stützt die Vermutung, dass sich die Berner SVP-Wählerschaft 2003 vermehrt am Programm der nationalen SVP orientiert hat.²³ 1995 waren die Gräben zwischen Berner und Zürcher Flügel der SVP noch deutlicher zu spüren.

Die Frage einer Annäherung an die Europäische Union war 1995 *das* dominante Thema für die Wählenden. Im August erhielt das Europa-Thema Aufwind durch den «EWR auf Probe»-Vorschlag des Berner FDP-Nationalrates François Loeb. Auch die Berner SVP stand 1995 für einen Kurs der langsamen Annäherung, ganz im Gegensatz zum Zürcher Flügel, der vehement die Nein-Parole vertrat. Im September fanden in Zürich Pro- und Kontra-Europa-Demonstrationen von SVP/AUNS und SP statt, die für grosses mediales Aufsehen sorgten. Die SVP Zürich provozierte mit einer Plakatkampagne, in der sie die bürgerliche Konkurrenz als «heimatmüde» darstellte. Auch hier ging die Berner SVP auf Distanz.²⁴ Das Verhältnis zwischen den beiden Flügeln war gespannt und es kam zu gegenseitigen Anfeindungen.²⁵ Gegen die aggressive Kampagne des Zürcher Flügels hatte die Berner SVP aber schon aus finanziellen Gründen keine Chance: Den Zürchern stand ein zehnmals grösseres Budget zur Verfügung.²⁶

Auch das Frauenthema war im Wahlkampf 1995 sehr präsent und wurde von linken, aber auch von bürgerlichen Mitte-Parteien aufgeworfen. Der überraschende Rücktritt von Bundesrat Otto Stich am 30. August 1995 und das anschliessende parteiinterne Ausmarchverfahren verschaffte der SP eine hohe Medienpräsenz. Eine Studie des Instituts für angewandte Argumentenforschung IfaA²⁷ ergab, dass der Wahlkampf im Kanton Bern 1995 intensiv geführt worden war. Im Vergleich zu anderen Kantonen sei er aber fairer geführt worden, und die politische Argumentation sei generell besser gewesen als in anderen Kantonen. Ein weiterer Hinweis darauf, dass sich die Berner SVP 1995 vom populistischen, aggressiven Stil der

Zürcher Vertreter distanziert hatte.²⁸ Der Wahlkampf der Berner SVP fokussierte damals wie auch 2003 auf das Wohlergehen des Mittelstandes und hielt sich in der heftig umstrittenen Europa-Frage zurück.²⁹

Das erklärte Ziel der Berner SVP bei den eidgenössischen Wahlen 2003 hiess «Besitzstandwahrung».³⁰ Dieselbe Parole gaben auch die beiden anderen grossen Parteien SP und FDP heraus. Die SVP ging – wie bei den Wahlen zuvor – eine Listenverbindung mit der FDP ein, im Ständerat schickten die Bürgerlichen ein gemeinsames Doppelticket ins Rennen. Die Verbindung zur FDP sorgte im Vorfeld der Wahlen 2003 aber für Unstimmigkeiten.

Gesamtschweizerisch konstatierte die NZZ 2003 eine Disproportion zwischen Programm und Personalisierung.³¹ Christoph Neuhaus, Geschäftsleiter und Wahlkampf-Verantwortlicher der Berner SVP, teilt auf Anfrage zwar die Einschätzung des lauen Wahlkampfes³², hält aber fest, dass die SVP Bern primär mit Positionen warb. Man habe erstens keine Tradition, mit «Köpfen» zu werben und verfüge zweitens über national zu wenig profilierte Köpfe, um eine solche Strategie zu verfolgen. Finanziell waren die Mittel 2003 beschränkter als in den Vorjahren.³³ Auf das Schalten von Inseraten hat die SVP Bern beispielsweise fast völlig verzichtet. Dafür sei 2003 organisatorisch ein verstärktes Engagement geleistet worden.³⁴

Im Wahlkampf 2003 war vom einstigen programmatischen Hickhack zwischen dem Zürcher und dem Berner Flügel nichts zu spüren. Die Plakatkampagne der Mutterpartei aber brachte ans Licht, wo die Differenzen zu suchen sind. Die SVP Schweiz positionierte sich im Wahlkampf klar als Oppositionspartei³⁵ und sprach damit zielsicher ein breites Segment von Unzufriedenen an. Ein Image, das die Berner SVP als etablierte Regierungspartei kaum mittragen kann. Die Wahlpropaganda der Berner SVP unterschied sich denn auch deutlich von jener der nationalen Partei. Die Berner belebten 2003 die traditionellen Parteifarben Rot-Gold-Schwarz neu und markierten mit dem Berner Bären ihre dominante Position im Kanton. Getreu ihrer programmatischen Richtlinien verzichtete die Berner SVP auf populistische und provokative Slogans. Mit «Der Mittelstand wählt SVP» setzten die Berner im Vergleich zu anderen SVP-Kantonalparteien auf einen zahmen Wahlspruch und sprachen mit der Beschwörung des Mittelstandes exakt dieselbe Klientel an wie schon im Wahlkampf 1995.

Auch von den anderen Parteien war im Wahlkampf wenig Kämpferisches zu hören. Es zeigte sich einzig, dass die Berner SP den angriffigen Stil der nationalen SVP ansatzweise zu kopieren versuchte. So machte sie mit direkten Angriffen auf Joseph Deiss von sich reden und scheute sich auch

in ihrer Wahlwerbung nicht vor klaren Schuldzuweisungen.³⁶ Die herausfordernde Haltung der Linken widerspiegelt zum einen eine härtere Gangart in der politischen Kommunikation und eine Polarisierung zwischen Links und Rechts. Zum anderen hatte dies wohl auch mit dem Ziel der SP zu tun, den bürgerlichen Ständeratsblock mit einer eigenen Kandidatur zu sprengen.

Der bürgerliche Block zwischen FDP und SVP begann im Vorfeld der Wahlen 2003 zu wackeln. Der Umgangston zwischen den beiden Parteien verschärfte sich deutlich. Im Herbst 2002 versuchte die SVP durch die Androhung eines Alleinganges bei den Ständeratswahlen eine kantonale Wahlkreisreform in ihrem Sinne zu beeinflussen.³⁷ Im Januar 2003 beschlossen die beiden Kantonalparteien einen «Nichtangriffspakt», um die Konkurrenzkämpfe aus der Öffentlichkeit fernzuhalten. Der Rücktritt von Kaspar Villiger und die Diskussion um seine Nachfolge rissen die Gräben jedoch erneut auf. SVP-Kantonalpräsident Hermann Weyeneth betitelte die Bundesratskandidatin Christine Beerli (FDP Bern) als «nicht wählbar, weil zu links», FDP-Amtskollege Rolf Portmann konterte, die SVP fürchte bloss um den Berner Bundesratssitz von Samuel Schmid.³⁸ Schliesslich einigten sich die langjährigen Weggefährten aber trotzdem auf eine Listenverbindung und ein bürgerliches Kandidatenduo für den Ständerat (Hans Lauri SVP bisher / Brigitte Bolli FDP neu). Das Auseinanderdriften von SVP und FDP zeigte aber auch bei der Basis Wirkung. SVP-treue Bauernorganisationen etwa folgten der Wahlempfehlung ihrer Hauspartei nicht und empfahlen statt Bolli die SP-Kandidatin Simonetta Sommaruga zur Wahl.³⁹ Diese hatte als Konsumentenschützerin einen grossen Bekanntheitsgrad erreicht und parteiübergreifend viele Freunde gewonnen. Wahlentscheidend wurde der Faktor «Persönlichkeit» aber erst aufgrund des Umstandes, dass sich die bürgerlichen Parteiliten schlecht koordiniert hatten (vgl. Kriesi 2003: 181).

In der Stadt Bern begann das Wahljahr 2003 mit einer eigentlichen Politkrise: Der Skandal rund um den Polizeidirektor und Hardliner Kurt Wasserfallen (FDP), der von seinen Regierungskollegen in seinem Amt entmachtet und von seiner Partei als Ständeratskandidat abgesägt wurde, sorgte für Unstimmigkeiten zwischen den Regierungsparteien. National trat die Rücktrittsankündigung von FDP-Bundesrat Kaspar Villiger eine neue Diskussion um die Zauberformel los. Auch die Berner SVP unterstützte die von der Mutterpartei lancierte Forderung nach einem zweiten Bundesratssitz der SVP, auch wenn klar war, dass dieser dem Zürcher Flügel zufallen würde.

Das Wahljahr 2003 war im Weiteren geprägt durch zahlreiche Firmenschliessungen, den Verlust von Arbeitsplätzen sowie durch Skandale um hohe Abfindungen für Topmanager. Gerade die FDP geriet in diesem Zusammenhang immer wieder unter Beschuss, unter anderem auch von Seiten der SVP (zum Beispiel Swiss-Debakel). Der Hitzesommer 2003 beförderte Umweltschutzthemen wieder weit nach vorne im Problembewusstsein der Schweizer Bevölkerung. Ein Bundesgerichtsurteil vom 10. Juni 2003, das die Einbürgerung per Urnenentscheid als verfassungswidrig bezeichnete, löste einen Proteststurm aus und verhalf der SVP zu einem Anlass, sich mit ihrer Asyl- und Immigrationspolitik medienwirksam in Szene zu setzen.⁴⁰

Der Wahlkampf zwischen den Berner Parteien war lau, eigene Themen wurden kaum gesetzt, umso grösser war die Bedeutung der Themensetzung durch die Medien. Die beiden vorrangigsten Themen im Vorfeld der Wahlen 2003 waren die «soziale Sicherheit» und der Themenbereich «Finanzen und Steuern». Die Sozialpolitik des Bundes rückte in erster Linie aufgrund der Diskussion über die 11. AHV-Revision ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Die von Pascal Couchepin lancierte Rentenalterdebatte erhitze die Gemüter. Steuer- und Finanzpolitik von Bund und Kantonen bildeten einen zweiten thematischen Schwerpunkt. Wichtig sind hier das Entlastungsprogramm der Bundesfinanzen und das Steuerpaket, das der Nationalrat in der Herbstsession diskutierte, und das in der Folge das erste Kantons-Referendum seit der Gründung der Eidgenossenschaft auslöste. Die in den Medien primär portierten Themen waren keine Wahlkampfthemen einer Partei, sondern wurden durch die aktuelle Debatte in der Session gesetzt (siehe hierzu Selb 2003).

Mit deutlichem Abstand folgten die Sachfragen Immigration/Integration, öffentliche Gesundheit und politisches System und Parteien. Es fällt auf, dass weder das traditionell bedeutsame SVP-Thema «Europäische Integration» noch das von dieser Partei besetzte Gebiet der inneren Sicherheit und Ordnung in den Medien Wiederhall fanden. Vor den Wahlen 2003 habe man vergeblich versucht, die Europafrage wahlkampfwirksam zu lancieren, so die Auskunft der Schweizerischen SVP, die anderen Parteien hätten sich der Debatte konsequent verweigert.⁴¹

Vergleicht man die Themensetzung in den Wahlprospekten 2003 der SVP Bern mit den medial verarbeiteten Themen, so fällt auf, dass sowohl Finanzen als auch Sozialpolitik (bei der SVP unter dem Titel «Eigenverantwortung» thematisiert) in der Wahlbroschüre der SVP Resonanz fanden. Die Immigrations- und Europapolitik als wichtiges SVP-Thema sucht

man in den Wahlkampfunterlagen der Berner Volkspartei aber vergeblich. Die Berner SVP überlässt die Wortführerschaft in diesen Bereichen den Exponenten der nationalen oder Zürcher SVP.⁴² Dies ist insofern interessant, als dass just die Besetzung dieses Themenbereiches für den Grosseerfolg der SVP in anderen Kantonen verantwortlich gemacht wird.

In den Medien dominierten während des Wahlkampfes 2003 die Themen «soziale Sicherheit» und «Steuerpolitik». Longchamp (1998: 3) zeigt aber, dass die von den Wählern als brisant und wichtig empfundenen Themen durchaus von der Medienagenda abweichen können. So zeigt das «Sorgenbarometer» der Bevölkerung die soziale Sicherheit an zweiter Stelle, während die Finanzpolitik erst auf Platz fünf folgt. Das SRG-Wahlbarometer⁴³ erhob kurz vor den Wahlen die parteispezifische Problemwahrnehmung: Die SVP-Wählerschaft will von ihrer Partei in erster Linie das Asylproblem gelöst haben, danach soll sich die Partei um die Krankenkassen kümmern. Auch hier ist der Themenkreis «Steuern und Finanzen» weit abgeschlagen. Obwohl die Immigrationsfrage in den Medien kein Topthema war, ist das diesbezügliche Problembewusstsein der Bevölkerung sehr hoch. Umfragedaten belegen, dass die Immigration in der Wahrnehmung der Wählerschaft 2003 das wichtigste Problem der Schweiz gewesen ist. Für die SVP ein günstiges Resultat.

Die Aufbereitung von Themen ist jedoch nicht der einzige wahlwirksame Effekt von Kampagnen und Medienberichterstattung. Über die sachliche Ebene hinaus können Parteien auch ein Kampagnenklima schaffen, das sich auf die Meinungsbildung bei den Bürgern auswirkt («Climate-Setting», Longchamp 1998: 3). So haben die Frontalangriffe der SVP auf die anderen Parteien zu einer weiteren Verhärtung der Fronten beigetragen und die Oppositionsrolle der SVP in der Wahrnehmung der Bürger weiter verstärkt. Auch wenn die Berner SVP diesen Politstil nur zurückhaltend adaptiert, durch die massive Medienpräsenz der nationalen SVP-Vertreter wird diese Klimaveränderung auch im Kanton Bern wahlkampfwirksam.

Der für uns relevante Unterschied zwischen den Wahlkampf-Perioden 1995 und 2003 liegt im Verhältnis zwischen Zürcher und Berner SVP. 1995 trugen die beiden Parteien ihre Meinungsdivergenzen öffentlich aus, die Berner stellten sich offen gegen die Oppositionspolitik der Zürcher und hielten an ihrem liberalen, von Regierungsverantwortung geprägten Stil fest. Während die vom Zürcher Flügel geprägten Kantonalparteien 1995 zum Teil massive Sitzgewinne verbuchen konnten, verlor die Berner SVP 1995 an Wählergunst.

2003 trat die Berner SVP als eigenständige politische Kraft kaum mehr in Erscheinung. Man überliess es den Köpfen der nationalen beziehungsweise der Zürcher SVP, inhaltliche Akzente zu setzen und beschränkte sich selber mehr auf organisatorische Dienstleistungen für die Kandidierenden. Den Konfrontationskurs gegenüber den Partei-Hardlinern hat die SVP Bern im Vorfeld der Wahlen vollumfänglich aufgegeben.

AHV und Steuern waren die beiden Themen, die in den Berner Medien am meisten Aufmerksamkeit erhielten. Beide Themen gehören zur Umverteilungs-Konfliktlinie, in der sich traditionell SP und FDP gegenüberstanden. Die SVP Bern hat sich 2003 im Vergleich zu 1995 in diesem Themenbereich aber deutlich nach rechts verschoben und macht der FDP erfolgreich die Meinungsführerschaft streitig.

Die SVP schaffte es mit Blick auf die mediale Abdeckung nur begrenzt, die von ihr bevorzugten Themen wahlkampfwirksam zu lancieren. Der Blick auf das «Sorgenbarometer» der Bevölkerung zeigt aber, dass ihre Strategie des permanenten Wahlkampfes mit Inseraten, Flugblättern oder politischer Aktion durchaus Wirkung zeigt. Wird das Rezept des permanenten Wahlkampfes («Every Day is Election Day») so zielstrebig umgesetzt wie bei der SVP, dann müsste die Wahlkampfanalyse einen grösseren Zeithorizont umfassen, als dies in der vorliegenden Arbeit möglich ist.

Analyse des Wahlentscheids

In den folgenden Abschnitten wenden wir uns den Ursachen des individuellen Wahlentscheides zu. Die Veränderung der Wählersegmente und deren Einstellungen manifestieren sich im Zeitabschnitt zwischen 1995 und 2003 in diesem Kanton besonders deutlich. Generell verlaufen die im Kanton Bern beobachteten Entwicklungen in dieselbe Richtung wie der gesamtschweizerische Trend. Unterschiede gibt es in der Stärke der Ausprägung.

Unser erstes Modell zeigt den Einfluss der sozialen Merkmale auf das Wahlverhalten der Befragten (Tabelle 5.3). Die Bauern und selbstständig Erwerbenden, die auf dem Land wohnen und sich nicht zu einer der beiden grossen christlichen Konfessionen bekennen, bilden die Referenzkategorie (=Konstante). Sie wählten im Kanton Bern mit hoher Wahrscheinlichkeit SVP: 1995 betrug diese Wahrscheinlichkeit 42 Prozent, acht Jahre später sogar 61 Prozent. Die SVP Bern hat ihre traditionelle Wählerschaft zwischen 1995 und 2003 somit noch stärker an sich binden können. Die Bindung der Bauern und des alten Mittelstands an die SVP ist im Kanton Bern historisch gewachsen. Die ungelerten Arbeiter unterscheiden sich in

Tabelle 5.3

Lineare Regression der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf soziale Merkmale der Wahlberechtigten, Kanton Bern (Modell 1)

Variablen	Kategorien/Indikator	1995		2003		1995–2003	
		Beta	SE	Beta	SE	Beta	SE
	Konstante	0.42 ³	0.04	0.61 ³	0.05	0.19 ³	0.06
Soziale Klasse	ungelernte Arbeiter	-0.01	0.05	-0.10	0.07	-0.10	0.09
	qualifizierte Arbeiter	0.00	0.03	-0.08 ¹	0.05	-0.09	0.06
	Manager	-0.09 ³	0.03	-0.25 ³	0.05	-0.17 ³	0.06
	technische Spezialisten	-0.03	0.03	-0.17 ³	0.05	-0.14 ³	0.06
	soziokulturelle Spezialisten	-0.11 ³	0.04	-0.28 ³	0.06	-0.16 ²	0.07
	(Ref.: Bauern, traditionelle Berufe)						
Religion	nichtpraktizierende Katholiken	-0.01	0.04	-0.03	0.06	-0.02	0.07
	praktizierende Katholiken	0.03	0.06	-0.22 ¹	0.13	-0.25 ²	0.13
	nichtpraktizierende Protestanten	0.09 ³	0.03	0.05	0.04	-0.04	0.05
	praktizierende Protestanten	0.16 ³	0.04	0.08	0.06	-0.08	0.07
	(Ref.: keine/andere Religion)						
Stadt-Land	Stadt (Ref.: Land)	-0.07 ³	0.02	-0.10 ³	0.03	-0.02	0.04
R ²		0.08		0.09			
N		672		492			

¹ p<.10 ² p<.05 ³ p<.01

ihrer Neigung, SVP zu wählen, in den beiden Wahljahren kaum von ihrer traditionellen Wählerschaft.

Anders sieht es bei den Angehörigen von sozialen Klassen mit hoher Bildung wie Manager, technische und soziokulturelle Spezialisten aus. Die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit nimmt zwar bei Angehörigen dieser Gruppe zwischen 1995 und 2003 leicht zu. Gleichzeitig unterscheiden sie sich aber immer deutlicher von der traditionellen SVP-Wählerschaft. Tendenziell hat die SVP auch in der Gruppe der qualifizierten Arbeiter, die 1995 noch mit einer praktisch gleich hohen Wahrscheinlichkeit SVP wählte wie die Referenzgruppe, an Rückhalt verloren. Die Unterschiede zwischen den sozialen Schichten bezüglich ihrer Wahlpräferenz haben sich im Kanton Bern klar verstärkt. Die SVP war 1995 in klassenspezifischer Hinsicht beinahe eine Catch-All-Partei. 2003 konnte sie das bäuerlich/traditionelle Wählersegment stärker an sich binden, während sich die höheren sozialen Schichten mit grosser Deutlichkeit von diesem Wählersegment abwende-

ten. Die These der «Globalisierungsverlierer», die vermehrt konservative Rechtsparteien unterstützen, lässt sich mit unseren Daten stützen.

Selbstverständlich ist diese Entwicklung nicht. Die SVP Bern hat sich zwischen 1995 und 2003 nicht als «neue rechte Alternative» positioniert, wie das die nationale SVP getan hat, sondern hielt, wie wir gesehen haben, an ihrem Image der Regierungspartei für den Mittelstand fest. Das stützt die Vermutung, dass die SVP Bern den nationalen rechten Oppositionskurs zwar nicht aktiv mitträgt, dieser die Berner Wählerschaft aber in ihrem Wahlentscheid sehr wohl beeinflusst.

Der Einfluss der Konfession auf die Wahlwahrscheinlichkeit der SVP unterscheidet sich zwischen 1995 und 2003 ziemlich stark. Protestanten hatten 1995 eine signifikant höhere Neigung, SVP zu wählen, als Katholiken oder Angehörige anderer Religionen. 2003 ist dieser Unterschied verschwunden. Dagegen wählten die praktizierenden Katholiken 2003 mit einer deutlich geringeren Wahrscheinlichkeit die SVP als die Protestanten, die nichtpraktizierenden Katholiken oder die Konfessionslosen. Da die Aussagekraft dieses Wertes wegen der tiefen Signifikanz und der geringen Grösse dieser Gruppe in der Umfrage (acht Personen) relativiert werden muss, kann behauptet werden, dass die SVP Bern in konfessioneller Hinsicht zu einer Catch-All-Partei geworden ist. Die Betrachtung des Stadt-Land-Unterschiedes bestätigt die Erwartung, dass die traditionelle Wählerschaft der Berner SVP stärker in ländlichen Gebieten angesiedelt ist. Der Unterschied zu den urbanen Gebieten hat sich 2003 sogar noch leicht verstärkt.

Das Modell aus sozialstrukturellen Faktoren hat gesamthaft betrachtet nur eine geringe Aussagekraft. Der Anteil der erklärten Variation beträgt 1995 8 Prozent und 2003 9 Prozent. Anders als in der gesamtschweizerischen Analyse erhöht sich der Erklärungswert für den Kanton Bern leicht. Das bedeutet, dass im Kanton Bern die sozialstrukturellen Faktoren Klasse und Stadt-Land einen leicht grösseren Einfluss auf die Wahlpräferenz haben als in anderen Kantonen. Die These eines fortschreitenden Dealignments kann aufgrund dieser Daten nicht bestätigt werden.

Das Modell wird wesentlich aussagekräftiger, wenn wir die politischen Einstellungen mitberücksichtigen (Tabelle 5.4). So lässt sich ein Anteil von 52 (1995) beziehungsweise 60 Prozent (2003) der Variation erklären.

Eine starke Identifikation mit der SVP ist erwartungsgemäss einer der wichtigsten Einflussfaktoren auf die Wahlwahrscheinlichkeit dieser Partei. Die Parteiidentifikation hat in den beiden Jahren 1995 und 2003 jeweils einen gleich hohen und stark signifikanten Effekt. Der Rechts-Links-Ge-

Tabelle 5.4

Lineare Regression der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf politische Einstellungen und Orientierungen der Wahlberechtigten unter Kontrolle von sozialen Merkmalen, Kanton Bern (Modell 2)

Variablen	Kategorien/Indikator	1995		2003		1995–2003	
		Beta	SE	Beta	SE	Beta	SE
	Konstante	0.40 ³	0.03	0.52 ³	0.04	0.12 ³	0.05
Soziale Klasse	ungelernte Arbeiter	0.01	0.04	0.05	0.06	0.04	0.07
	qualifizierte Arbeiter	0.02	0.02	0.04	0.04	0.02	0.04
	Manager	-0.01	0.02	-0.02	0.04	-0.01	0.04
	technische Spezialisten	0.01	0.02	0.02	0.04	0.01	0.04
	soziokulturelle Spezialisten (Ref.: Bauern, traditionelle Berufe)	0.01	0.03	0.03	0.05	0.02	0.05
Religion	nichtpraktizierende Katholiken	-0.02	0.03	-0.06	0.04	-0.04	0.05
	praktizierende Katholiken	0.00	0.04	-0.31 ³	0.09	-0.30 ³	0.09
	nichtpraktizierende Protestanten	0.05 ²	0.02	-0.01	0.03	-0.06 ¹	0.04
	praktizierende Protestanten (Ref.: keine/andere Religion)	0.07 ²	0.03	-0.03	0.04	-0.10 ¹	0.05
Stadt-Land	Stadt (Ref.: Land)	-0.03 ¹	0.01	-0.04	0.02	-0.01	0.03
Parteiidentifikation	Nähe zur SVP (Ref.: keine Nähe)	0.22 ³	0.02	0.18 ³	0.05	-0.03	0.05
Themen	EU-Beitritt	0.00	0.01	0.04 ³	0.01	0.04 ³	0.01
	Chancen für Ausländer	0.01 ²	0.01	0.04 ³	0.01	0.03 ²	0.01
	Steuern auf hohe Einkommen	0.00	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01
Ideologie	Links-Rechts-Selbsteinstufung	0.04 ³	0.00	0.04 ³	0.01	0.00	0.01
Kandidaten	Sympathie für Blocher	0.03 ³	0.00	0.04 ³	0.01	0.02 ³	0.01
Protest		-0.02 ³	0.01	-0.02 ¹	0.01	0.00	0.01
R ²		0.53		0.60			
N		597		414			

¹ p<.10 ² p<.05 ³ p<.01

gensatz war und ist im Kanton Bern ein stärkerer Einflussfaktor als in der Gesamtschweiz. Schon 1995 wählten Bürger, die sich am rechten Pol der Links-Rechts-Skala verorteten, um 40 Prozent eher SVP als die Bürger am linken Rand. Dieses Verhältnis ist in Bern bis 2003 konstant geblieben, während der Faktor im schweizerischen Vergleich an Bedeutung gewonnen hat. Die SVP sprach im Kanton Bern also schon 1995 eine eher rechte

Wählerschaft an, musste diese aber mit Rechtsausserparteien wie SD, FPS und EDU teilen. Diese vermochten sich in Bern 1991 und 1995 noch sehr gut zu halten und verloren erst 1999 an Boden.

Welchen Einfluss haben herausragende Parteivertreter auf die Wahlpräferenz der Wählerschaft? Bezeichnenderweise wurden die Befragten bei der uns vorliegenden Umfrage nicht nach ihrer Einstellung zum SVP-Vertreter im Bundesrat befragt (ein Berner!), sondern nach ihrer Sympathie für Christoph Blocher. Dieser hat sich wiederholt vom Berner Flügel distanziert, so etwa am SVP-Sonderparteitag in Lupfig am 16. November 2002, als er Bundesrat Samuel Schmid als «halben SVP-Bundesrat» bezeichnete. Die SVP Bern kommentierte diese Aussage in ihrem Positionspapier mit harschen Worten. Klar ist, dass die Parteioffiziellen der Berner SVP mit dem Stil von Christoph Blocher Mühe haben und sich deshalb wiederholt öffentlich von seiner Oppositionshaltung distanzieren. Unsere Zahlen machen aber deutlich, dass bei der Berner Wählerschaft die Sympathie für Christoph Blocher ein wichtiges Argument ist, SVP zu wählen. 1995 wählte eine Person mit grosser Sympathie für Christoph Blocher mit einer 30 Prozent höheren Wahrscheinlichkeit SVP als eine Person, die Christoph Blocher Antipathie entgegenbringt. 2003 liegt diese Differenz sogar bei 40 Prozent. Obschon sich die Berner Parteiobere lange Jahre von Christoph Blocher distanzieren, so haben sie doch von seinem Image profitiert.

Es stellt sich auch die Frage, welche Sachfragen den grössten Effekt auf die Wahlwahrscheinlichkeit der SVP haben. Im Kanton Bern ist dieser Faktor von speziellem Interesse, weil die Berner SVP in Sach- und Stilfragen immer wieder in Konflikt mit dem Zürcher Flügel geriet. Wenn wir also die Einflüsse von Sachthemen und Persönlichkeiten messen, so wird immer auch zu klären sein, ob dieser Effekt vorrangig dem Berner oder dem Zürcher Flügel zuzuschreiben ist. Der EU-Beitritt ist beispielsweise ein Thema, das von der SVP früh besetzt wurde. Während die Zürcher von Anfang an einen radikalen Anti-Kurs vertraten, gab sich die Berner SVP sehr viel moderater. 1995 schien die Einstellung zur EU im Kanton Bern auf den ersten Blick keinen Einfluss auszuüben. Im Jahr 2003 glichen sich dann die Berner Verhältnisse den gesamtschweizerischen an: Wer einen EU-Beitritt vollständig ablehnte, wählte um 16 Prozent eher SVP als jemand, der einen Beitritt klar befürwortete. Detailliertere Analysen haben jedoch ergeben, dass die Frage des EU-Beitritts auch im Kanton Bern bereits 1995 signifikante 12 Prozent Unterschied in der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit impliziert und 2003 sogar 28 Prozent, wenn wir die Sympa-

thie für Blocher aus dem Modell ausschliessen. Die starke Wirkung der Sympathie für Blocher verdeckt somit einen Grossteil der Relevanz des Sachthemas zum EU-Beitritt.

Zur gleichen Konfliktlinie gehört auch die Ausländer-Frage. Die überzeugten Gegner einer Chancengleichheit von Ausländern und Schweizern wählten die SVP 1995 signifikant häufiger als die klaren Befürworter gleicher Chancen. Dieser Zusammenhang verstärkte sich 2003 signifikant. Sowohl die Europa- als auch die Ausländer-Frage gewinnen beim Wahlentscheid an Bedeutung. Diese Entwicklung liegt im schweizweiten Trend und stützt die These, dass sich die Wählerschaft vermehrt an politischen Sachfragen orientiert.

Wie auf nationaler Ebene beeinflusst auch in Bern der Verteilungskonflikt die Wahlwahrscheinlichkeit der SVP nicht. Wie wir im zweidimensionalen Parteiensystem zeigen konnten, hat sich die Wählerschaft der SVP Bern in dieser Frage weit in Richtung «weniger Umverteilung» verschoben, unterscheidet sich aber in ihrer Position kaum von derjenigen der FDP und der CVP.

Die Berner SVP ist eine etablierte Regierungspartei. Es ist also zu vermuten, dass sie nicht aus Protest am Kurs der Regierung gewählt wird. Die Zahlen bestätigen diese Erwartung. 1995 wählten Protestwähler mit 10 Prozent tieferer Wahrscheinlichkeit die Berner SVP als Nicht-Protestwähler. In den Jahren bis 2003 gibt es keine signifikante Veränderung dieses Zusammenhangs.

Schluss

Dass die SVP im Kanton Bern seit 80 Jahren eine der stärksten politischen Kräfte geblieben ist, verdankt sie zu einem guten Teil günstigen historischen Umständen. In den ländlichen Gebieten konnte die SVP in ihrer Entstehungszeit grosse Wähleranteile an sich binden. Zwischen 1995 und 2003 ist der Wähleranteil der SVP auf dem Land noch gestiegen, es gelingt ihr aber auch vermehrt, Wähler in urbanen Zentren anzusprechen. Die potenzielle Wählerschaft der Berner SVP hat sich leicht erhöht, mit der hohen Ausschöpfungsquote von über 68 Prozent (2003) ist ihr Spielraum für künftige Wahlen nach oben hin aber begrenzt.

Die SVP Bern hat sich seit langen Jahren als traditionsverbundene, konservative Partei etabliert. Mit der neuen politischen Linie der Zürcher SVP und ihrem Zugpferd Christoph Blocher taten sich die Berner schwer. Die Berner versuchten bei den Nationalratswahlen von 1995 und 1999 einen eigenen, liberaleren Berner Kurs zu fahren. Das Unternehmen

scheiterte jedoch. 1995 verlor die SVP Bern – entgegen dem nationalen Trend – weiter an Wählerstimmen. Diese Entwicklung konnte 1999 gestoppt werden, die Wählerschaft machte ihren Willen aber deutlich, indem sie Vertreter einer liberaleren SVP-Politik ab- beziehungsweise nicht wählte. Der Einfluss der ehemals zürcherischen und heute nationalen SVP-Linie hat in Bern zwischen 1995 und 2003 zugenommen. Zwar hat sich die offizielle Ausrichtung der Berner SVP bezüglich Inhalten und Stil jener der nationalen Partei nur in geringem Masse angeglichen, die Individualdatenanalyse zeigt aber, dass auch die SVP Bern zunehmend das Wählerprofil einer rechts-autoritären Partei annimmt und eine erhöhte Wahlwahrscheinlichkeit aufweist für Sympathisanten der Zürcher Linie. Christoph Blocher und seine klaren Standpunkte in der Europa- und Ausländerpolitik sind auch für die Berner SVP Erfolgsfaktoren. Mit Ladner (1999: 237) lässt sich schliessen, dass sich die SVP-Wähler je nach Gusto tatsächlich am kantonalen oder am nationalen Profil der SVP orientierten. Das Verhalten der Berner Parteioberen im Vorfeld der Wahlen 2003 war also taktisch geschickt: Die Differenzen zur Mutterpartei wurden totgeschwiegen, der Wahlkampf den nationalen Köpfen überlassen. Der Oppositionskurs der nationalen SVP hat aber auch in der Berner SVP selbst Spuren hinterlassen. Die Partei ging im Vorfeld der Wahlen 2003 zunehmend auf Distanz zur Mitregierungspartei FDP, löste sich also immer mehr aus der Jahrzehnte alten bürgerlichen Regierungskoalition. Dasselbe Phänomen zeigte sich im Kanton Zürich schon 1995. Hier wie dort konnte die SVP in der Folge zulegen, die FDP verlor an Wählerstimmen. Die SVP verfolgt somit auch im Kanton Bern zunehmend eine Strategie des bürgerlichen Alleinganges und positioniert sich neu nicht mehr über das Zusammengehen im bürgerlichen Block, sondern als Gegenkraft zur Linken. Die Konkurrenzanalyse und die Verortung der Parteien im zweidimensionalen Raum haben gezeigt, dass die SVP Bern 2003 ein Politfeld für sich reklamiert, das weit gehend frei ist von Konkurrenz.

Ob innerhalb der Berner SVP die Vertreter der Blocher-Linie an Macht gewonnen haben, kann aufgrund dieser Arbeit nicht abschliessend geklärt werden. Im Nachzug zu den Wahlen 2003 konnten sowohl Indizien dafür als auch dagegen beobachtet werden.⁴⁴ Das Agieren der Berner SVP auf dem realpolitischen Parkett konnte nicht in die Analyse miteinbezogen werden. Es muss angenommen werden, dass eine Untersuchung der Positionen der Berner SVP-Vertreter im nationalen Parlament einige Abweichungen zum kantonalen Parteiprogramm ergeben hätten.

Das haben wir den anderen Parteien zu verdanken:

Immer mehr Zwangsabgaben.

Mehr als das halbe Jahr müssen wir nur für Steuern, Abgaben und Gebühren schufteln.

Immer mehr Asylmissbrauch.

Jedes Jahr müssen wir mehr als 2 Milliarden Franken zur Finanzierung des Asylmissbrauchs zahlen.

Immer mehr Sozialmissbrauch.

Statt Scheininvalidität und Sozial-schlaraffer zu bekämpfen, sollen wir höhere Mehrwertsteuern zahlen, um den Missbrauch weiter zu finanzieren.

Immer mehr Gewaltkriminalität.

Mehr als die Hälfte aller Straftaten in unserem Land wird von Ausländern verübt. Wir alle leiden unter der Verhätschelung von gewalttätigen Verbrechern und schamlosen Asylananten.



Einbürgerung ohne Volk.

Nicht mehr das Volk soll über die Vergabe des Schweizer Bürgerrechts entscheiden, sondern die Bürokraten. Selbst abgewiesene Asylbewerber erhalten so den Schweizer Pass.

EU-Zwängerei.

EU-Beitritt heisst: Verlust von Souveränität und Unabhängigkeit, Jahr für Jahr Milliarden nach Brüssel zahlen, höhere Wohnungsmieten, höhere Mehrwertsteuer. Unsere Wirtschaft verliert an Konkurrenzfähigkeit, immer mehr werden arbeitslos, unser Wohlstand geht verloren.

Darum jetzt

SVP

**Schweizer
Qualität** 

Schweizerische Volkspartei
PC: 30-8828-5
www.svp.ch

Beat Rööfli, Katayoun Safi, Luljeta Aliu

Aargau

Einleitung

Die Schweizerische Volkspartei (SVP), als eine Partei der ländlich geprägten, protestantischen Kantone, genoss in grossen Teilen des Kantons Aargau traditionellerweise eine starke Stellung. Während dies ursprünglich vor allem in den protestantischen Bezirken¹ der Fall war, gewann die SVP seit den 1990er Jahren ebenfalls in den mehrheitlich katholischen Bezirken² an Boden. Noch 1985 waren die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) und die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) die stärksten politischen Kräfte im Kanton Aargau. Seither vergrösserte die SVP laufend ihre Wähleranteile und wurde bereits 1991 zur wählerstärksten Partei des Kantons, auf Kosten aller anderen drei Bundesratsparteien.

Nach der Einteilung der kantonalen Parteiensysteme, die diesem Band zu Grunde liegt, zählt der Aargau zu den konfessionell gemischten deutschsprachigen Kantonen, in denen einer starken SP ein Bürgerblock aus FDP und SVP gegenübersteht. Aufgrund der kulturellen Heterogenität des Kantons spielt die CVP als dritte bürgerliche Kraft jedoch ebenfalls eine bedeutende Rolle. So weisen traditionell katholische Bezirke einen ähnlich hohen Stimmenanteil der CVP auf wie beispielsweise die Kantone Luzern oder Freiburg.³ Als viertgrösster Kanton der Schweiz und mit seinen 15 Mandaten gilt der Kanton Aargau als grosser Wahlkreis, in dem aufgrund der niedrigeren Eintrittshürde durch das Proporzwahlssystem auch kleinere Parteien wie beispielsweise die Grünen oder die EVP einen Sitz erobern konnten. Es handelt sich somit um ein «mittelgrosses Parteiensystem» mit sechs bis sieben Parteien.

Entwicklung der SVP und des Parteiensystems

Die drei zentralen Konfliktlinien, die sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts in der Schweiz herausgebildet haben, sind auch im Kanton Aargau bis heute von Bedeutung. Der *konfessionelle Konflikt* gab noch im 19. Jahrhundert zu mehreren gewaltsamen Auseinandersetzungen Anlass und gipfelte 1847 im Sonderbundskrieg, in dem die protestantischen Zentralisten

siegten. Im Aargau war dieser Krieg von grosser Bedeutung und führte unter anderem zur Aufhebung und totalen Enteignung der Klöster in Wettingen und Muri durch den Kanton. Die konfessionelle Konfliktlinie geht mitten durch den Aargau hindurch, da dieser sich aus Regionen mit unterschiedlichem kulturellen und religiösen Hintergrund zusammensetzt und traditionell in ein katholisch-konservatives und ein laizistisch-liberales Lager gespalten ist. Während die protestantische Mehrheit eine klare Trennung zwischen Kirche und Staat forderte, waren die katholische Kirche und ihre Glaubens- und Wertegemeinschaft an der Erhaltung des ihr verbliebenen Einflusses interessiert. Nach der Niederlage im Sonderbundskrieg formierte sich die katholische Minderheit als eigene politische Strömung und integrierte verschiedenste Interessen ihrer Glaubensgemeinschaft in der katholischen Subkultur. Die liberale Mehrheit wurde vor allem von der späteren FDP vertreten. Zwar spielt der konfessionelle Konflikt heute in vielen tagespolitischen Streitfragen keine so offensichtliche Rolle mehr. Er ist aber im Wahlentscheid für die CVP als im Gedächtnis aufgehobene Loyalität ausserordentlich stark wirksam⁴. Dies lässt sich etwa daran erkennen, dass die CVP in traditionell katholischen Gebieten des Kantons Aargau einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Wählerstimmen verzeichnet, während sie in traditionell protestantischen Gebieten nur eine marginale Bedeutung hat. Das traditionelle Komplementärverhältnis «schwache SVP in CVP-Hochburgen» und umgekehrt ist aufgrund der starken Ausbreitung der SVP allerdings immer weniger deutlich und die konfessionellen Grenzen innerhalb des Kantons werden dadurch verwässert.

Der Konflikt zwischen *Arbeit und Kapital* wurde seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in den industrialisierten und urbanen Gebieten zum wichtigsten politischen Gegensatz. Im Kanton Aargau waren vor allem die protestantischen Stadtbezirke wie Aarau, Zofingen, Brugg und Lenzburg sowie der konfessionell gemischte Stadtbezirk Baden betroffen. In diesen urbanen Gebieten verläuft der Hauptgegensatz nicht mehr entlang der kulturhistorischen Differenzen zwischen Liberalen und Konservativen, sondern zwischen Sozialisten respektive Sozialdemokraten und bürgerlichen Parteien.

Ebenfalls im Zusammenhang mit der Industrialisierung hat sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts der *Stadt-Land*-Gegensatz verstärkt. In der protestantischen Deutschschweiz führte der Konflikt zwischen der Land- und Stadtbevölkerung zur Spaltung des bürgerlichen Lagers in die heutige SVP und die FDP. Landwirte und mittelständische Gewerbetreibende auf

dem Land schlossen sich in der Bauern- und Bürgerpartei zusammen. Mit der Globalisierung, der Entwicklung der EU und der Zunahme der Immigration ist in den 1990er Jahren schliesslich ein neuer Konflikt zwischen *Öffnung und Alleingang* entstanden (Klöti 1998: 70), der im Kanton Aargau immer mehr an Bedeutung gewinnt. Als Folge der Modernisierung und der zunehmenden Konkurrenz durch ausländische Arbeitskräfte ist die Arbeiterklasse zu den Verlierern der Globalisierung und der Europäischen Integration zu zählen. Während früher nur die Bauern, aus Angst vor dem Verlust der staatlichen Subventionen, gegen einen EU-Beitritt waren, sind heute auch sozial Benachteiligte zur Wählerschaft der SVP zu zählen. Die SVP mobilisiert auch im Aargau die Verlierer entlang dieser Konfliktlinie.

Im Aargau entstanden die ersten Parteien zu Beginn des 20. Jahrhunderts, nachdem sich in anderen Kantonen bereits entsprechende Organisationen herausgebildet hatten. So wurde 1892 die katholisch-konservative Volkspartei als Vertreterin der religiösen Minderheit gegründet, die sich später CVP nannte (Seiler und Steigmeier 1991: 157). Die Grütlivereine waren die Vorläufer der SP, in denen sich überwiegend Handwerker und Gewerbetreibende organisierten. Die Liberalen hatten den Kanton Aargau im 19. Jahrhundert entscheidend geprägt. Als Reaktion auf die Gründung der SP musste sich der Freisinn neu orientieren, organisierte sich im Kanton Aargau aber erst verhältnismässig spät (1894). Daneben entstanden 1919 die Evangelische Volkspartei (EVP) und 1936 der Landesring der Unabhängigen (LdU) (Seiler und Steigmeier 1991: 158).

Die aargauische Bauern- und Bürgerpartei (BBP) wurde am 18. Dezember 1920 als letzte der heutigen Bundesratsparteien von Delegierten aus allen Regionen des Kantons gegründet. Bereits bei den ersten Wahlen stellte sie knapp 20 Prozent der Parlamentarier und war seit ihrer Gründung ständig in der kantonalen Regierung vertreten. 1936/37 erhielt sie eine Dachorganisation, die sich zuerst Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) und seit den 1970er Jahren Schweizerische Volkspartei (SVP) nannte (Seiler und Steigmeier 1991: 158). Die Aargauer SVP war ursprünglich weniger radikal als die Zürcher SVP und kann eher mit der Berner SVP verglichen werden. Erst seit der faktischen Übernahme der Freiheitspartei (Giezendanner u.a.) durch die SVP hat sich ihre Position deutlich nach rechts verschoben. Aufgrund der überwiegend ländlichen Struktur des Kantons hatte die SVP schon vor dem Zweiten Weltkrieg einen Sitzanteil im Grossen Rat, der über dem Schweizer Durchschnitt lag. Durch die Mobilisierung neuer Wähler aus dem Kleingewerbe und Bürgertum erlangte sie immer mehr Einfluss und ist seit 1991 die stimmenstärkste Partei

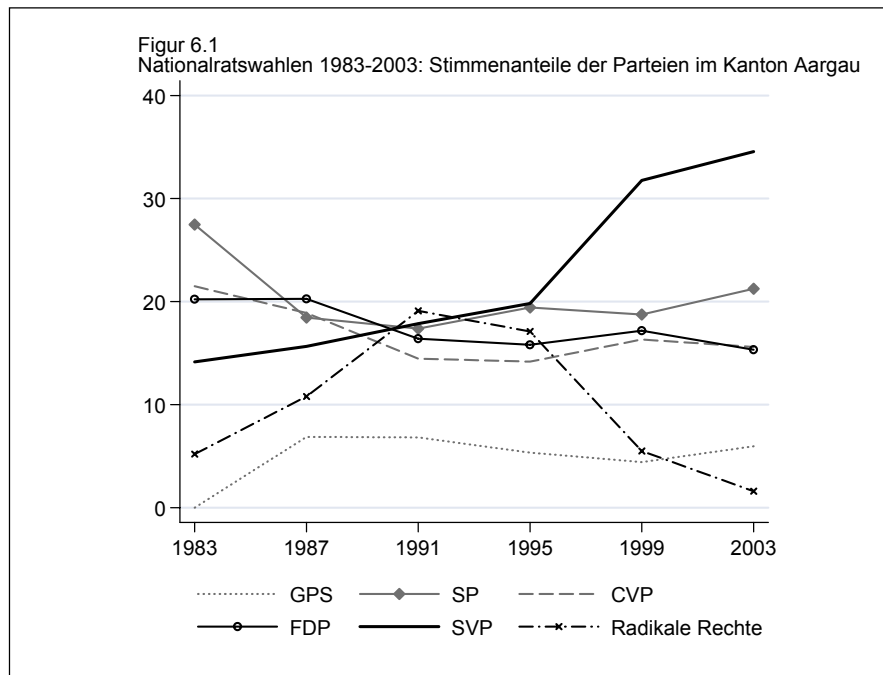
Tabelle 6.1
Verteilung der Nationalratsmandate auf die Parteien 1995–2003

Wahljahr	FDP	CVP	SP	SVP	Grüne	LdU	EVP	FPS
1995	3	2	3	3	1	1	0	2
1999	3	3	3	5	0	0	1	0
2003	2	2	3	6	1	0	1	0
Veränderung	-1	0	0	+3	0	-1	+1	-2

im Aargau. 2003 gewann sie nicht weniger als 6 der 15 Aargauer Sitze im Nationalrat, einen der beiden Sitze im Ständerat, zwei Sitze in der Kantonsregierung und 72 im Grossen Rat. Die Kantonalpartei ist heute in 11 Bezirksparteien und 190 Sektionen unterteilt. Tabelle 6.1 präsentiert die Entwicklung der Parteistärke der Aargauer Vertretung im Nationalrat.

Die Resultate der Nationalratswahlen seit 1983 weisen auf eine bewegte Zeit hin. Figur 6.1 zeigt die Veränderung der prozentualen Anteile der Wählerstimmen der Parteien über die Zeit hinweg. Dabei sind drei Entwicklungsphasen erkennbar. Zwischen 1983 und 1991 schwand das Gewicht der drei grössten Parteien FDP, CVP und SP von rund 70 auf knapp 50 Prozent. Die grossen Verlierer waren die SP mit einer Einbusse von rund 10 Prozent und die CVP, die 7 Prozent weniger Wählerstimmen erzielte. Gleichzeitig etablierten sich an den ideologischen Rändern mehrere kleine Parteien: Auf linker Seite profitierten die Grünen von der zunehmenden Brisanz ökologischer Probleme. Am rechten Rand war neben den Schweizer Demokraten und der EDU vor allem die Autopartei für die markante Zunahme der Rechten ausschlaggebend. Ursprünglich als Reaktion auf Einschränkungen im Privatverkehr gegründet, profilierte sich die Autopartei mit Forderungen nach einer restriktiveren Asylpolitik und Steuersenkungen. Der Stimmengewinn der neuen rechts-radikalen Parteien war enorm. Waren sie 1983 noch eine vernachlässigbare Grösse, so erhielten sie 1991 gemeinsam mehr Wählerstimmen (19,1 Prozent) als irgendeine andere Partei. Die Freiheitspartei lag mit 13,2 Prozent nur knapp hinter der CVP (14,5 Prozent). Die SVP konnte in dieser ersten Phase als einzige Bundesratspartei leicht zulegen (+3,8 Prozent) und wurde, wie bereits erwähnt, 1991 mit 17,9 Prozent zur wählerstärksten Partei des Kantons.

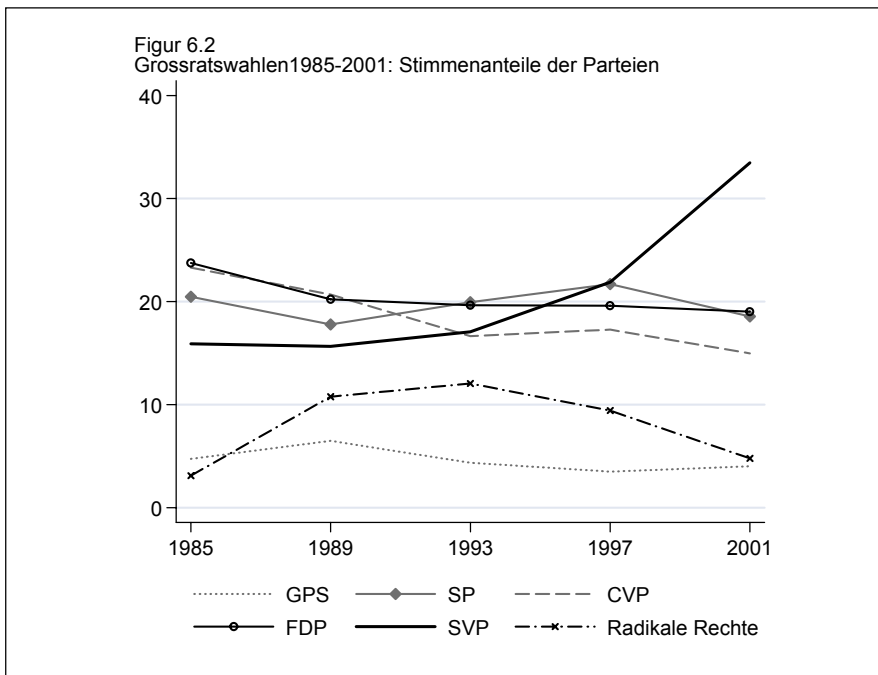
Die zweite Phase zwischen 1991 und 1995 war von relativer Stabilität geprägt, wobei sich die SP als einzige der drei grossen Verlierer leicht erholte, während FDP und CVP weiter an Stimmen verloren. Die zuvor aufstrebenden Protestparteien – Autopartei und Grüne – verzeichneten



beide einen leichten Stimmenrückgang, während die SVP ihren Trend fortsetzen konnte und wiederum leicht zulegte.

Die rasante Entwicklung in der dritten Phase zwischen 1995 und 2003 steht im Zentrum dieser Untersuchung. Während die beiden Mitteparteien CVP und FDP mehr oder weniger auf dem erreichten Niveau verharrten, konnte sich die SP weiter erholen und überschritt bei den Wahlen 2003 erstmals seit 20 Jahren wieder die 20-Prozent-Marke. Die SVP als grosse Gewinnerin legte in dieser Periode vor allem auf Kosten der rechts-radikalen Parteien stark zu, wobei allein durch den Erdrutschsieg bei den Wahlen 1999 der Wählerstimmenanteil beinahe verdoppelt wurde. Die Parteien am rechten Rand wurden regelrecht durch die SVP aufgesaugt und verschwanden in der Bedeutungslosigkeit. Über die ganze Zeitspanne hinweg betrachtet hat die SVP die beiden Sitze der Freiheitspartei und einen Sitz der FDP gewonnen, wobei dies in beiden Fällen im Zusammenhang stand mit Parteiübertritten von bereits amtierenden Nationalräten der Verliererparteien.

Die Aargauer Entwicklung der Wählerstimmenanteile folgt mehr oder weniger dem gesamtschweizerischen Trend (siehe Figur 1.1). Die Veränderungen verliefen gesamtschweizerisch allerdings viel weniger sprunghaft.



Zudem war der Erfolg der rechts-radikalen Parteien im Aargau vorgängig zum Aufstieg der SVP besonders ausgeprägt.

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch bei den Resultaten der Grossratswahlen. So verzeichnete vor allem die CVP einen starken Rückgang ihres Wählerstimmenanteils. Die FDP verlor ebenfalls an Gewicht, während die Resultate der SP zwar Schwankungen aufwiesen, jedoch nicht von einer klaren Tendenz zu Stimmenverlust oder -gewinn gekennzeichnet waren. 1993 erreichten die Rechtsparteien ihren Höhepunkt. Danach verlor die FPS deutlich an Stimmen, während die SD ihren Anteil leicht ausbauen konnte. Grüne und EVP blieben über die ganze Zeitperiode hinweg konstant vertreten, während der LdU bis 2001 ganz verschwand. Die grosse Gewinnerin war wiederum die SVP, die ihren Stimmenanteil zwischen 1995 und 2001 mehr als verdoppelte. Die Hauptgewinne verzeichnete sie einerseits 1997, indem sie die Mandate der Freiheitspartei gewann. Andererseits zeichnete sich 2001 der grösste Schub hauptsächlich auf Kosten der CVP und SP sowie erneut der FPS ab.

Tabelle 6.2
Potenzielle Wählerschaften und Überlappungen, 1995

	Grüne	SP	EVP	CVP	FDP	SVP
Grüne		0.75		0.79	0.70	0.65
SP	0.87			0.84	0.75	0.73
EVP						
CVP	0.70	0.64			0.72	0.71
FDP	0.74	0.68		0.86		0.81
SVP	0.59	0.56		0.72	0.69	
Wählerpotenzial	44.7	52.4		39.8	47.5	40.6
Parteistärke	5.3	19.4	3.0	14.2	15.8	19.8
Ausschöpfungsquote	11.9	37.0		35.7	33.3	47.8

Tabelle 6.3
Potenzielle Wählerschaften und Überlappungen, 2003

	Grüne	SP	EVP	CVP	FDP	SVP
Grüne		0.73	0.72	0.65	0.55	0.40
SP	0.85		0.76	0.69	0.60	0.48
EVP	0.52	0.47		0.59	0.50	0.38
CVP	0.63	0.57	0.80		0.64	0.49
FDP	0.68	0.63	0.85	0.81		0.65
SVP	0.48	0.49	0.63	0.60	0.63	
Wählerpotenzial	39.6	46.4	28.5	38.5	48.5	47.2
Parteistärke	5.1	21.2	5.2	15.6	15.3	34.6
Ausschöpfungsquote	12.9	45.7	18.2	40.5	31.5	73.3

Positionierung der Parteien

Zwischen 1995 und 2003 hat sich das Potenzial der SVP erheblich gesteigert, während jenes der beiden linken Parteien in gleichem Masse zurückgegangen ist. CVP und FDP sind in etwa auf gleichem Niveau wie 1995 geblieben, wobei das Potenzial der CVP leicht gesunken, jenes der FDP geringfügig angestiegen ist. Für die EVP wurde die Wahlwahrscheinlichkeit für 1995 nicht erhoben, 2003 erweist sich ihr Potenzial im Vergleich zu den anderen Parteien entsprechend ihres Stimmenresultats als sehr gering.

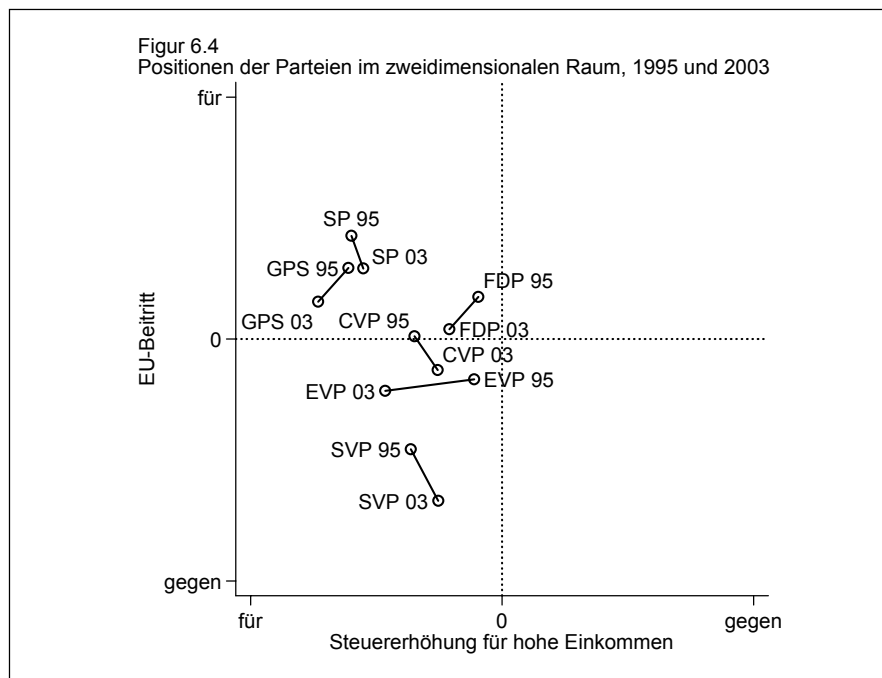
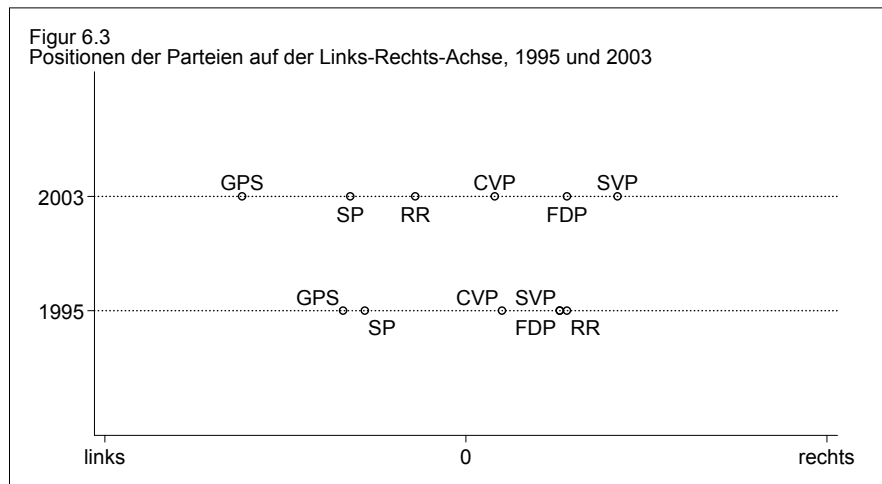
Durch die Anordnung der Parteien entsprechend ihrer Links-Rechts-Position wird ersichtlich, dass sich das Potenzial wesentlich nach rechts verschoben hat. Während sich diese Tendenz deutlich im Wahlerfolg der SVP widerspiegelt, lassen sich bei der FDP und den beiden linken Parteien keine Parallelen zwischen ihrem Potenzial und dem Wahlergebnis erkennen.

Bei den Wahlen 2003 wurde die SVP von allen anderen Parteien in geringerem Masse konkurrenziert, als dies 1995 der Fall war. Stark zurückgegangen ist die Konkurrenz durch Grüne und SP. Während 1995 73 Prozent der potenziellen SVP-Wählerschaft zur potenziellen Wählerschaft der SP gehörte, sind es 2003 noch lediglich 48 Prozent. Ähnlich stark nahm auch die Konkurrenz 2003 durch FDP und CVP ab, wobei sich die potenzielle Wählerschaft der FDP nach wie vor besonders ausgeprägt mit jener der SVP überschneidet.

Die starke Überschneidung zwischen den beiden linken Parteien erweist sich demgegenüber als mehr oder weniger konstant, während für beide die Konkurrenz durch alle drei bürgerlichen Parteien abgenommen hat. Ebenfalls stark zurückgegangen ist die Konkurrenz der CVP und FDP durch die SP, die 1995 für die potenzielle Wählerschaft beider bürgerlichen Parteien noch eine ernsthafte Alternative darstellte. Weniger stark zurückgegangen ist dagegen die Überschneidung zwischen den potenziellen Wählerschaften der CVP und FDP. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Konkurrenz zwischen den Parteien im Allgemeinen abgenommen hat. Es zeigt sich vielmehr eine Tendenz zur Polarisierung, da die Überschneidung der potenziellen Wählerschaften der beiden Extreme abgenommen hat.

Betrachten wir nun die Positionierung der Wähler und Wählerinnen der Aargauer Parteien auf der Links-Rechts-Skala (Figur 6.3). Beim Vergleich der Werte für die Wahlen 1995 mit jenen von 2003 erkennt man einige teilweise bemerkenswerte Verschiebungen. Grundsätzlich kann auch hier eine Tendenz zur Polarisierung festgestellt werden. Am markantesten ist die Verschiebung der Wählerschaft der Grünen, die sich von einer der SP ähnlichen Mitte-Links-Position um 1.4 Punkte weiter nach links verschoben hat. Die Distanz der grünen Wähler zur SP-Wählerschaft ist damit nur wenig geringer als jene zwischen SP-Wählern und Wählern der beiden Mitteparteien EVP und CVP. Demgegenüber hat sich die Wählerschaft der SVP deutlich nach rechts verschoben. Angesichts der Tatsache, dass sie die Wähler der rechts-radikalen Parteien mobilisiert hat, erstaunt dies keineswegs.

Figur 6.4 stellt einen zweidimensionalen Raum dar, in dem die Einstellungen der Wähler der Aargauer Parteien zu den beiden Issues «EU-Mitgliedschaft» und «höhere Steuern auf hohen Einkommen» abgebildet werden. Bezüglich Steuerprogression scheinen sich die Parteiwählerschaften darin einig zu sein, dass höhere Einkommen verhältnismässig stärker besteuert werden sollten. In Bezug auf das Ausmass vertreten die Parteien aber unterschiedliche Standpunkte. Während die FDP-Wählerschaft eher



eine lineare Besteuerung anstrebt, befürworten Grüne und SP eine starke Steuerprogression. In diesen Positionen ist die klassische Konfliktlinie Arbeit-Kapital erkennbar. Die Veränderungen zwischen 1995 und 2003 sind lediglich bei der EVP markant, was aber möglicherweise auf die geringe Fallzahl zurückzuführen ist. Ansonsten verändert sich die Einstellung der FDP, CVP und Grünen leicht in Richtung «höhere Steuern auf hohe

Einkommen», während sich die Wählerschaft der SVP und in geringem Ausmass auch jene der SP in Richtung «lineare Besteuerung» verschoben hat.

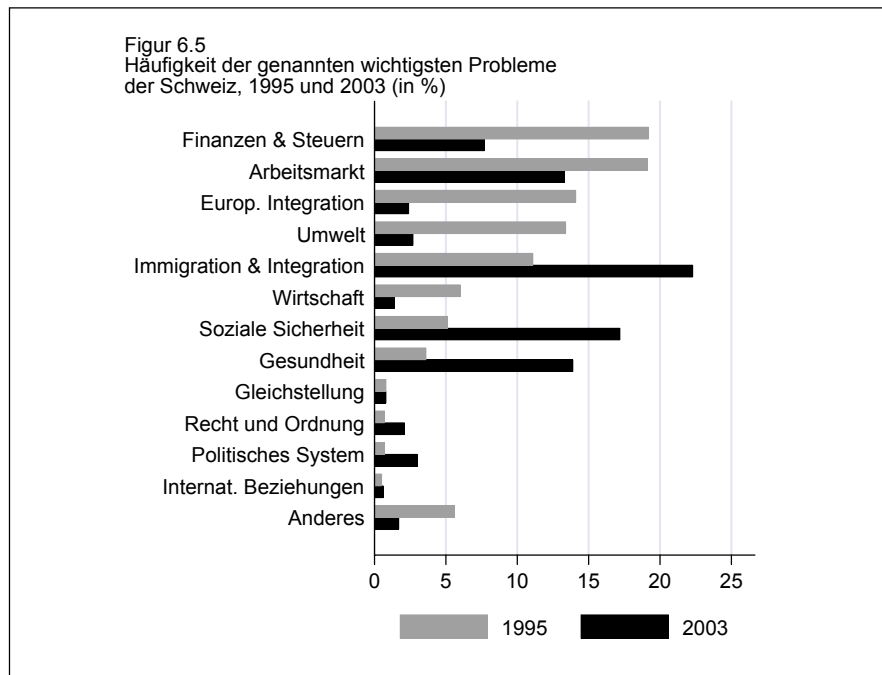
Bei der EU-Beitrittsfrage lässt sich zwischen 1995 und 2003 ein allgemeiner Trend feststellen: Alle Parteiwählerschaften sind skeptischer geworden. Lediglich die Wähler der SP sind nach wie vor eher für einen Beitritt, während die Wählerschaften der Grünen, der FDP, der CVP und EVP unschlüssig zu sein scheinen. Als einzige gradlinige Gegnerin zeigt sich die SVP-Wählerschaft, die zwischen 1995 und 2003 ihre Position am deutlichsten verändert hat.

Im Gegensatz zur Einstellung bezüglich Besteuerung hoher Einkommen wirkt die EU-Frage polarisierend, wobei sich SP und SVP als wichtigste Kontrahenten gegenüberstehen.

Wahlkämpfe

Folgende Grafik (Figur 6.5) zeigt die Häufigkeit der vom Wähler genannten wichtigsten Probleme der Schweiz im Vergleich von 1995 zu 2003.⁵ Hieraus ist ersichtlich, dass besonders die Themen «europäische Integration», «Umwelt» und «Finanzen und Steuern» 2003 weniger häufig als wichtigste Probleme der Schweiz erfahren wurden. Auch die Themen «Arbeitsmarkt» und «Wirtschaft» haben an Bedeutung verloren. Stark zugenommen hat dagegen die Bedeutung der Themen «Immigration und Integration», «soziale Sicherheit» und «öffentliche Gesundheit». Auch die Themen «Recht und Ordnung» und «Politisches System, Parteien und Politiker» wurden von den Wählern im Kanton Aargau zunehmend als problematisch eingestuft. 1995 herrschte ein ausgeglicheneres und breiteres Bild der Themenverteilung vor als 2003.

Der Wahlkampf 1995 war im Kanton Aargau im Vergleich zu anderen Kantonen einer der intensivsten und spannendsten.⁶ So wurden für den Wahlkampf 1995 im Kanton Aargau 1,4 Millionen Franken ausgegeben, gleichviel wie in Bern. Dieser Betrag wurde lediglich in Zürich mit rund 5 Millionen übertroffen (Kriesi 1998a: 3). Zur Auswahl für den Nationalrat standen insgesamt 19 Listen und 217 Kandidaten und Kandidatinnen (Kriesi 1998a: 4). Noch nie kandidierten so viele Frauen (84), fast doppelt so viele wie 1991. Im Zentrum des Interesses der Parteien stand der neue 15. Nationalratssitz, der aufgrund des Bevölkerungszuwachses dem Aargau zugefallen war. SVP und SP hatten von Anfang an gute Aussichten, ihre Wähleranteile auszubauen. So hofften die Sozialdemokraten, ihren 1991 verlorenen dritten Sitz wieder zurückerobern zu können. Die SVP hoffte



auf eine Fortsetzung ihres Erfolgs. FDP und CVP bekundeten ebenfalls den Willen, einen Sitz zu gewinnen. Allerdings wurden insbesondere die Chancen der CVP als gering eingeschätzt. Die drei bürgerlichen Parteien gingen gemeinsam eine Listenverbindung ein.

Auch in Bezug auf die Besetzung der beiden Ständeratssitze war 1995 ein entscheidendes Wahljahr, das zu einer starken Medienresonanz führte. Alle drei bürgerlichen Parteien schickten einen viel versprechenden Kandidaten ins Rennen. Die beiden Bisherigen Hans Jörg Huber (CVP) und Willy Loretan (FDP) hatten bereits 1991 Mühe gehabt, ihr Zweierticket gegen den SVP-Herausforderer Ulrich Siegrist durchzusetzen. Während Loretan 1995 als Bisheriger mit intakten Chancen in den Wahlkampf einstieg, trat Huber aus seinem Amt zurück. Damit stiegen die Chancen für SVP-Nationalrat und ehemaliges CVP-Mitglied Maximilian Reimann, den frei werdenden Sitz zu erobern und das seit 1948 bestehende CVP-FDP-Zweierticket sprengen zu können. Mit dem Badener Stadtammann und Grossrat Josef Bürge verfügte die CVP zwar über einen viel versprechenden Kandidaten, jedoch war die FDP nicht länger an einer gemeinsamen Strategie interessiert, obwohl 1991 die CVP dem FDP-Kandidaten zur Wahl verholfen hatte. Im Kantonsparlament zeigte sich bereits im Vorfeld der Wahlen, dass die FDP immer häufiger mit der SVP und der Freipartei

zusammenarbeitete, während die CVP öfters mit den Sozialdemokraten stimmte. SVP und Freiheitspartei bezeichneten dies als Unzuverlässigkeit der CVP. Daneben kandidierte Doris Stump (SP) mit der Absicht, die erhöhten Chancen aufgrund der Uneinigkeit unter den Bürgerlichen für einen Überraschungscoup zu nutzen. Die Grünen schickten Grossrätin Katrin Kuhn ins Rennen, während sich der 1960 eingebürgerte Schweizer Demokrat Dragan Nejman durch die Kandidatur verstärkte Publizität erhoffte.

Eines der Hauptthemen des Wahlkampfes 1995 stellte das Europathema dar. Im August erhielt es Aufschwung durch den Vorschlag «EWR auf Probe» des Berner FDP-Nationalrats Francois Loeb und durch den Parteitag der SVP. In den Deutschschweizer Medien war das Europathema im September besonders stark vertreten, als Folge zweier von Gewalt überschatteten Europa-Demonstrationen in Zürich.⁷

1995 wurden alle bisherigen Kandidaten bestätigt. Zudem wurden neu drei Frauen gewählt. Die SVP konnte sich als stärkste Partei im Kanton behaupten und legte gegenüber 1991 etwas zu (+1.6=19.5%). Für ein viertes Mandat reichte es allerdings nicht. Maximilian Reimann (SVP) erzielte mit Abstand das beste Ergebnis, gefolgt von Luzi Stamm (FDP). Für die SVP schaffte neu der Gewerbeverbandspräsident Christian Speck den Einzug in den Nationalrat. Der europafreundliche Regierungsrat Ulrich Siegrist (SVP) schaffte es auf den ersten Ersatzplatz und konnte nach der Wahl seines Kollegen Reimann in den Ständerat einen Nationalratssitz besetzen. Das neue 15. Mandat gewannen die Sozialdemokraten. Sie konnten ihren Stimmenanteil ebenfalls ausbauen und blieben nur ganz knapp hinter der SVP zurück (+1.9=19.3%). Neu wurde die SP durch die Germanistin Doris Stump und die Sozialwissenschaftlerin Agnes Weber vertreten, der bisherige Hans Zbinden wurde bestätigt.

Trotz leichten Verlusten der FDP (-0.7%) und CVP (-0.3%) konnten beide ihre Sitze halten. Für die CVP wurde Peter Bircher wiedergewählt. Melchior Ehrler, Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, kam neu dazu, während der damals in der ganzen Schweiz bekannte Leiter des Paraplegikerzentrums, Guido Zäch, erfolglos blieb. Bei der FDP wurden Luzi Stamm und Theo Fischer bestätigt, während mit Christine Egerszegi die erste bürgerliche Frau im Kanton Aargau den Einzug in den Nationalrat geschafft hatte. Die Frauenliste der CVP blieb dagegen erfolglos. Die Freiheitspartei wurde erstmals gebremst, obwohl Ulrich Giezendanner das drittbeste Resultat erzielte. Dank der Listenverbindung mit SD und KVP konnte René Moser ebenfalls bestätigt werden. Der Grüne Hanspeter Thür

konnte seinen Sitz trotz rückläufigem Stimmenanteil (5,3 Prozent) zum dritten Mal halten. Noch knapper (3,3 Prozent) war es allerdings für Samuel Meier (LdU). Ohne Listenverbindung mit der EVP hätte er seine Wiederwahl nicht geschafft.⁸

Im Wahljahr 2003 blieb der Wahlkampf eher flau,⁹ da alle amtierenden Ratsmitglieder erneut antraten und die bisherigen Kandidaten mit dem Bonus des höheren Bekanntheitsgrades antreten konnten. Dennoch betrug allein das Werbebudget der SVP 250 000 Franken. Den Wählern standen 17 Listen¹⁰ mit 64 Kandidatinnen und 143 Kandidaten zur Verfügung.¹¹ Zur Debatte stand vor allem das dritte Mandat der FDP, das im Verlauf der Legislatur durch den Parteiwechsel von Luzi Stamm an die SVP übergegangen war. Unklar war darüber hinaus, ob die CVP ihre drei Mandate behalten würde, und wer von einem allfälligen Verlust profitieren könnte. Dasselbe galt für den Sitz der EVP, die es 1999 mit Heiner Studer nur knapp ins Parlament geschafft hatte. Der SVP wurden von Anfang an gute Chancen gegeben, die zusätzlichen Stimmen zu gewinnen, um die sechs (5+Luzi Stamm) Sitze zu halten. Ihren Wahlkampf führte die SVP unter dem Slogan «Näher beim Volk»¹² und machte mit festlichen Veranstaltungen auf sich aufmerksam.

Ein besonderes Ereignis für die SVP war das Wahlkampffest im aargauischen Holziken mit Referaten von Bundesrat Schmid und Parteipräsident Ueli Maurer sowie Podien zur EU- und Asylrechtsfrage. Als wichtigste Wahlkampfthemen der SVP Aargau nannte Parteipräsident Hans Ulrich Mathys die Finanzen, die Sicherung der Sozialwerke sowie die Einwanderung und Einbürgerung. Er prophezeite, dass es Veränderungen in der Sitzverteilung geben werde und die FDP sowie die SVP an Wählerstimmen zulegen würden. Die beiden Parteien waren erneut eine Listenverbindung eingegangen, diesmal jedoch ohne CVP, die mit der EVP zusammenging, um die politische Mitte zu stärken. Für Mathys war die CVP zum politischen Gegner geworden: «Nachdem sich die CVP mit der Listenverbindung mit der Linkspartei EVP zum Steigbügelhalter von Nationalrat Heiner Studer befördert hat, wird wohl die EVP ihren Sitz halten können.»¹³

Die Sozialdemokraten kämpften mit dem Slogan «Soziale Sicherheit schafft Freiheit» um einen vierten Sitz. Dabei gingen sie mit den Grünen eine Listenverbindung ein. Als wichtiges Thema wurde von der SP insbesondere der Service public genannt. Weitere Anliegen waren sichere Arbeitsplätze, Investitionen in die Bildung, Chancengleichheit und moderne Familienpolitik.¹⁴ Zudem sollte die Wirtschaft durch antizyklische

Investitionen der öffentlichen Hand angekurbelt und ein Ausstieg aus der Kernenergie angestrebt werden. Während SP und SVP eine starke Medienresonanz genossen, wurde über die FDP und die CVP viel weniger berichtet. Zentrale Themen der CVP waren die Familien- und die Bildungspolitik.¹⁵

Mit der Diskussion um die Abstimmung über das Kernenergiegesetz und die Atominitiative Moratorium Plus vom 18. Mai 2003 wurde der Wahlkampf eröffnet. Die Wichtigkeit der Abstimmung für den Wahlkampf wurde insbesondere von linker Seite betont.¹⁶ Während die SVP auf schweizerischer Ebene keine so deutliche Position einnahm, befürwortete die aargauische SVP die Kernenergie deutlich. In den Ständeratswahlen stiegen SVP und FDP mit dem Zweitticket Maximilian Reimann und Thomas Pfisterer ins Rennen. Neben den beiden Bisherigen kandidierten Ruth Humbel Näf (CVP), Urs Hofmann (SP), Geri Müller (Grüne), Lidwina Wiederkehr-Müller (SD) und Stephan Müller (Alternative). Reimann und Pfisterer lagen bereits von Anfang an klar vor ihren vier Herausforderern und wiesen unabhängig von der Parteipräferenz einen Bekanntheitsgrad von 98 beziehungsweise 96 Prozent auf. Die Bürgerlichen konnten sich deshalb sehr zuversichtlich für ihr Zweitticket geben und bezeichneten die anderen Kandidaten als nicht mehrheitsfähig.

Im Aargauer Wahlergebnis widerspiegelt sich die politische Lage der Nation: Die FDP und CVP verloren an Boden, während die SVP und die Linke zulegten. Die SP verzeichnete ihr bestes Wahlergebnis seit 25 Jahren.¹⁷ Die Stimmbeteiligung war gegenüber den vorangegangenen Wahlen leicht angestiegen und lag bei 41,8 Prozent (1995: 40,4). Die SVP vermochte erneut an Wählerstimmen zuzulegen und konnte damit den sechsten Sitz sichern. Die Aargauer Sektion wurde in der NZZ als neuer Massstab im Mittelland bezeichnet: «Die Aargauer SVP hat die Berner Schwester endgültig als stärkste Sektion im Mittelland abgelöst; sie steigerte sich im Vergleich zu 1999 um 2,7 auf 34,5 Prozent.»¹⁸ Die bisherigen SVP-Nationalräte wurden alle wiedergewählt, wobei Ulrich Giezendanner bei der SVP das beste Resultat erreichte.

Bemerkenswert sind die Sitzverluste der FDP und der CVP beziehungsweise die Abwahl der Bisherigen Ueli Fischer und Melchior Ehrler, aber auch die Tatsache, dass die Freisinnigen im Aargau nur noch die viertstärkste politische Kraft blieben.¹⁹ So verlor die FDP definitiv ihr drittes Mandat an die SVP und wurde knapp hinter der CVP zur schwächsten Bundesratspartei. Die FDP als Juniorpartnerin der mächtigen SVP konnte damit von der Listenverbindung mit der Volkspartei nicht profitieren. Der

abgewählte Ulrich Fischer wurde durch den Newcomer Philipp Müller ersetzt. Das beste Resultat bei der FDP erreichte Christine Egerszegi. Die CVP musste ihren dritten Sitz ebenfalls preisgeben. Der Bauernverbands-Präsident Melchior Ehrler verlor sein Mandat, Doris Leuthard und Ruth Humbel Näf²⁰ wurden bestätigt. Für die EVP dagegen zahlte sich die Listenverbindung mit der CVP aus und Heiner Studer konnte sein umkämpftes Mandat halten. Die SP vermochte zwar beachtlich zuzulegen, doch den angestrebten vierten Sitz konnte sie nicht gewinnen. Doris Stump, Urs Hofmann und Pascale Bruderer wurden bestätigt. Geri Müller holte den vor vier Jahren verlorenen Sitz der Grünen zurück. Die kleinen Parteien am rechten Rand blieben weit von einem Sitzgewinn entfernt. Neu in den Nationalrat gewählt wurden damit Geri Müller (Grüne) und Philipp Müller (FDP).

Spannend bei den Ständeratswahlen war einzig das absolute Mehr. Aufgrund einer neuen Berechnungsart des absoluten Mehrs wurden Thomas Pfisterer (FDP) und Maximilian Reimann (SVP) jedoch bereits im ersten Durchgang bestätigt.²¹ Sie erzielten deutlich bessere Resultate als ihre Herausforderer. Reimann erhielt in allen 11 Bezirken sowie in 219 der insgesamt 231 Gemeinden das Spitzenresultat. Mit deutlichem Abstand folgten an dritter und vierter Stelle Urs Hofmann und Ruth Humbel Näf.²²

Analyse des Wahlentscheids

In diesem Abschnitt werden nun anhand des in Kapitel 3 erläuterten Vorgehens die Parteipräferenzen der Wahlberechtigten untersucht. Dabei wird die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP in einem ersten Schritt auf die sozialen Merkmale des Wahlberechtigten zurückgeführt. In einem zweiten Schritt werden die Auswirkungen der politischen Einstellungen unter Kontrolle der sozialen Merkmale untersucht.

Die Wähler, die in der Landwirtschaft oder in anderen traditionellen Berufen tätig sind, weder katholisch noch protestantisch sind und zudem aus ländlichen Gegenden stammen, bilden für diese Analyse die Vergleichsgruppe (=Konstante). Die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit dieser Gruppe hat zwischen 1995 und 2003 von 41 Prozent auf stattliche 60 Prozent zugenommen. Das heisst, dass sich die traditionelle Zielgruppe der SVP 2003 noch stärker zu dieser Partei hingezogen fühlt. Zwar zählen ungelernete Arbeiter nicht zur traditionellen Wählerschaft der SVP, sie hatten aber bereits 1995 eine SVP-Wahlwahrscheinlichkeit, die nur knapp unter jener der Bauern und traditionellen Berufstätigen zurücklag. 2003 war sie (zwar immer noch nicht signifikant) bereits etwas höher, womit die ungelerneten

Tabelle 6.4

Lineare Regression der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf soziale Merkmale der Wahlberechtigten, Kanton Aargau (Modell 1)

Variablen	Kategorien/Indikator	1995		2003		1995–2003	
		Beta	SE	Beta	SE	Beta	SE
	Konstante	0.41 ³	0.04	0.60 ³	0.05	0.19 ³	0.07
Soziale Klasse	ungelernte Arbeiter	-0.04	0.07	0.08	0.08	0.12	0.11
	qualifizierte Arbeiter	-0.04	0.04	-0.12 ²	0.05	-0.08	0.07
	Manager	-0.07 ¹	0.04	-0.16 ³	0.05	-0.10	0.06
	technische Spezialisten	-0.02	0.03	-0.04	0.05	-0.02	0.06
	soziokulturelle Spezialisten (Ref.: Bauern, traditionelle Berufe)	-0.20 ³	0.05	-0.15 ²	0.08	0.05	0.09
Religion	nichtpraktizierende Katholiken	0.03	0.04	-0.02	0.05	-0.05	0.06
	praktizierende Katholiken	0.07	0.04	-0.06	0.06	-0.13 ¹	0.08
	nichtpraktizierende Protestanten	0.05	0.03	-0.04	0.04	-0.09	0.06
	praktizierende Protestanten (Ref.: keine/andere Religion)	0.11 ²	0.05	0.00	0.07	-0.11	0.09
Stadt-Land	Stadt (Ref.: Land)	0.00	0.02	-0.04	0.03	-0.03	0.04
R ²		0.03		0.02			
N		513		565			

¹ p<.10 ² p<.05 ³ p<.01

Arbeiter die höchste SVP-Wahlwahrscheinlichkeit aller sozialen Klassen aufweisen. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bei der Gruppe der technischen Spezialisten, die zu beiden Messzeitpunkten eine fast gleich grosse SVP-Wahlwahrscheinlichkeit wie ihre traditionelle Wählerbasis aufweisen, was ebenfalls einen markanten Anstieg und damit einen Erfolg für die SVP bedeutet. Die drei übrigen sozialen Klassen, bestehend aus der qualifizierten Arbeiterschaft, den Managern und den soziokulturellen Spezialisten, wiesen 2003 alle eine signifikant tiefere SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf als die traditionelle SVP-Wählerschaft. Allerdings hat die SVP auch in diesen Gruppen zwischen 1995 und 2003 zugelegt, allen voran bei den soziokulturellen Spezialisten, die nach den ungelerten Arbeitern die zweitgrösste Zunahme verzeichneten und ihre SVP-Wahlwahrscheinlichkeit mehr als verdoppelten.

Vergleicht man die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit der Katholiken und Protestanten mit jener der in der Referenzkategorie enthaltenen Wählerschaft, die keiner oder einer anderen Religion angehört, so stellt sich he-

raus, dass die Referenzkategorie den grössten Zuwachs verzeichnete. Die praktizierenden Protestanten unterschieden sich 1995 noch signifikant von den übrigen Wählergruppen, verzeichneten aber zusammen mit den praktizierenden Katholiken den geringsten Anstieg der Wahlwahrscheinlichkeit. Die nichtpraktizierenden Katholiken legten dagegen ebenfalls stark zu, nämlich von 44 Prozent auf 58 Prozent. Da es sich bei den traditionell katholischen Gebieten vor allem um ländliche Gegenden wie dem Freiamt und dem Fricktal handelt, müsste dies zu einer stärkeren Zunahme der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit bei der ländlichen gegenüber der städtischen Bevölkerung führen. Die Werte in Modell 1 bestätigen dies: Zwar stieg die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit überall an, ihre Zunahme war aber auf dem Land besonders ausgeprägt.

Interessanterweise wies der Kanton Aargau 1995 eine zwischen Stadt und Land ziemlich ausgewogene SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass die urbanen Zentren wie Aarau, Brugg, Zofingen und Lenzburg überwiegend protestantisch sind und die SVP dort traditionell stärker verankert ist. Wie bereits erwähnt sind die ländlichen Gebiete vorwiegend katholisch und damit traditionelle Hochburgen der CVP. Baden und Wettingen sind dagegen konfessionell gemischt.

Die erste Hypothese kann anhand der Veränderungen entlang des *Klassenkonflikts* insofern gestützt werden, als die Unterstützung der SVP innerhalb aller sozialen Klassen zugenommen hatte. Dies spricht dafür, dass die SVP spätestens seit 2003 eine Catch-All-Partei darstellt. Allerdings gibt es bereits erste Anzeichen eines Realignments: Neben der traditionellen Klientel der SVP sind die Erfolge bei den ungelerten Arbeitern besonders gross. Diese beiden Klassen stellen die potenziellen Globalisierungsverlierer dar, deren Position auf der Konfliktlinie Öffnung-Alleingang durch die SVP vertreten wird. Damit kann die zweite Hypothese ebenfalls gestützt werden.

In Bezug auf den *Stadt-Land-Konflikt* finden die beiden Hypothesen insofern Unterstützung, als der Erfolg der SVP sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten stattgefunden hat. Diese Konfliktlinie hatte allerdings bereits 1995 keine Bedeutung mehr. Auch die dritte Hypothese kann gestützt werden, da sich auch der konfessionelle Konflikt abgeschwächt hat und sich die Wählerbindungen parallel zur fortschreitenden Säkularisierung in einem Dealignment-Prozess befinden. Wie erwartet spricht die SVP neuerdings vor allem die nichtpraktizierenden Katholiken an.

Dennoch muss festgehalten werden, dass das *Modell 1* als Ganzes nur eine sehr geringe Erklärungskraft in Bezug auf den Erfolg der Aargauer SVP hat. Anders sieht es aus, wenn die politischen Einstellungen in die Analyse miteinbezogen werden: Hier ist die Erklärungskraft viel höher, 2003 sogar noch höher als 1995. In der Tabelle 6.5 wird also der Effekt der politischen Einstellungen und Orientierungen der Wahlberechtigten auf ihre Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP betrachtet, wobei gleichzeitig die sozialen Merkmale unter Kontrolle gehalten werden.

Obwohl die Parteiidentifikation nach wie vor eine entscheidende Rolle beim Wahlentscheid spielt, geht ihr Effekt von 1995 auf 2003 doch klar zurück. Dieser Unterschied ist im Kanton Aargau viel ausgeprägter als im gesamtschweizerischen Durchschnitt (siehe dazu Kapitel 3). Was die Einstellungen zu Sachfragen betrifft, so lässt sich 1995 im Kanton Aargau kein diesbezüglicher Einfluss auf den SVP-Wahlentscheid feststellen, während 2003 besonders eine ablehnende Einstellung zum EU-Beitritt die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP begünstigte. Auch bezüglich der Chancengleichheit für Ausländer und der Besteuerung hoher Einkommen zeigt sich 2003 ein deutlicher Anstieg des Effekts auf die Wahl der SVP. 2003 hatte ein Wähler mit einer restriktiven Einstellung zur Chancengleichheit von Ausländern eine um 12 Prozentpunkte höhere Wahlwahrscheinlichkeit, die SVP zu wählen. Anders als schweizweit hat im Kanton Aargau 2003 auch die Frage zur Besteuerung hoher Einkommen einen Effekt auf die SVP-Wahl. 2003 hatten Gegner einer höheren Besteuerung hoher Einkommen eine um 8 Prozentpunkte höhere Wahlwahrscheinlichkeit der SVP. Die geringe Bedeutung der Sachfragen und insbesondere die geringe Bedeutung der Frage des EU-Beitritts bei den Wahlen 1995 erstaunt einigermassen angesichts der Bedeutung dieses Themas im Wahlkampf. Wie im Falle des Kantons Zürich zeigen Detailanalysen auch für den Kanton Aargau, dass der Effekt des EU-Themas völlig von der Sympathie zu Christoph Blocher verdeckt wird. Wiederholt man die in Tabelle 6.5 präsentierte Analyse ohne den Faktor der Sympathie für Christoph Blocher, dann wird das EU-Thema neben der Parteiidentifikation 1995 zur wichtigsten Determinante des SVP-Wahlentscheids und 2003 gar wichtigsten Determinante überhaupt. Es zeigt sich auch im Aargau, dass der Widerstand gegen die Europäische Integration so eng mit der Person Blochers verbunden ist, dass sich der Einfluss der beiden Variablen kaum voneinander trennen lässt.

2003 sind im Prozess des Dealignments Sachfragenorientierungen im Vergleich zur Parteienorientierung im Aargau wichtiger geworden. In diesen Zusammenhang passt auch der leichte Anstieg des Einflusses der

Tabelle 6.5
Lineare Regression der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf politische Einstellungen und Orientierungen der Wahlberechtigten unter Kontrolle von sozialen Merkmalen, Kanton Aargau (Modell 2)

Variablen	Kategorien/Indikator	1995		2003		1995–2003	
		Beta	SE	Beta	SE	Beta	SE
	Konstante	0.37 ³	0.03	0.51 ³	0.04	0.14 ³	0.04
Soziale Klasse	ungelernte Arbeiter	-0.07	0.05	0.03	0.06	0.10	0.08
	qualifizierte Arbeiter	0.01	0.03	-0.01	0.03	-0.02	0.05
	Manager	-0.02	0.03	-0.05	0.03	-0.03	0.04
	technische Spezialisten	0.01	0.02	0.00	0.03	-0.01	0.04
	soziokulturelle Spezialisten (Ref.: Bauern, traditionelle Berufe)	-0.04	0.04	-0.05	0.05	-0.01	0.06
Religion	nichtpraktizierende Katholiken	0.01	0.03	-0.02	0.03	-0.03	0.04
	praktizierende Katholiken	0.04	0.03	-0.04	0.04	-0.09 ¹	0.05
	nichtpraktizierende Protestanten	0.02	0.02	-0.04	0.03	-0.06	0.04
	praktizierende Protestanten (Ref.: keine/andere Religion)	0.01	0.04	-0.03	0.05	-0.04	0.06
Stadt-Land	Stadt (Ref.: Land)	0.03	0.02	0.01	0.02	-0.02	0.03
Parteiidentifikation	Nähe zur SVP (Ref.: keine Nähe)	0.35 ³	0.03	0.16 ³	0.04	-0.18 ³	0.05
Themen	EU-Beitritt	0.01	0.01	0.05 ³	0.01	0.04 ³	0.01
	Chancen für Ausländer	0.00	0.01	0.03 ³	0.01	0.03 ³	0.01
	Steuern auf hohe Einkommen	-0.01	0.01	0.02 ²	0.01	0.03 ²	0.01
Ideologie	Links-Rechts-Selbsteinstufung	0.02 ³	0.00	0.03 ³	0.01	0.01	0.01
Kandidaten	Sympathie für Blocher	0.03 ³	0.00	0.05 ³	0.00	0.02 ³	0.01
Protest		-0.01	0.01	-0.01	0.01	0.00	0.01
R ²		0.54		0.63			
N		472		461			

¹ p<.10 ² p<.05 ³ p<.01

ideologischen Selbstpositionierung der Wähler auf die SVP-Wahl im Jahre 2003. Die Neukonfiguration zwischen Wählergruppen und Parteien muss sich erst über die Jahre «einpendeln». Die These zum Realignment kann hier aber nicht eindeutig beantwortet werden. Obwohl durchaus aufgezeigt werden kann, dass es die SVP 2003 bezüglich der Sachfragen geschafft hat, in eine Nische einzudringen, die für eine SVP-Wahl signifikant wurde,

bleibt die Frage der Stabilität dieses Effekts noch offen. Es kann also noch nicht abschliessend von einer stabilen Entwicklung in Richtung einer langfristigen Bindung der Wähler zur Partei über die neue Konfliktlinie der Öffnung versus Tradition gesprochen werden. Es bleibt offen, ob es die SVP in Zukunft schaffen wird, die Wähler weiterhin über die Sachfragen zur Ausländerfrage und zum EU-Beitritt an sich zu binden. Denn im Gegensatz zur Realignment-These kann auch argumentiert werden, dass die zugenommene Bedeutung der Sachfragenorientierung daran liegt, dass es die SVP im Kanton Aargau 2003 einfach besser verstand, ihre Position zu Sachfragen zu vermitteln. Darauf deuten etwa die höheren Wahlkampfausgaben der SVP, die sich schliesslich mit Erfolg auf den Wahlerfolg der Wähler ausgewirkt haben (siehe Kapitel 2). Es wäre also auch eine Erklärung in Richtung Issue-Ownership möglich.

Wie steht es aber mit der Erklärung der These einer Protestwahl? Die Theorie zur populistischen Anti-Establishment-Rhetorik nimmt an, dass Wähler, die mit den etablierten Parteien unzufrieden sind, die SVP wählen, um den etablierten Parteien einen Denkzettel zu verpassen. Die Analyse für den Kanton Aargau ergibt, dass dies im Falle der SVP-Wahl nicht zutrifft. Dies hat vermutlich mit der langen SVP-Tradition im Kanton Aargau zu tun. Die Bevölkerung betrachtet die SVP deshalb hier nicht als eine reine Oppositionspartei, sondern im Gegenteil als etablierte Partei. Im Aargau, wo die SVP ohnehin schon erfolgreich war, ist auch die Sympathie für Christoph Blocher gross. Wähler, die mit Christoph Blocher sympathisieren und sich durch seine Positionen vertreten fühlen, wählen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit die SVP. Dies war im Wahljahr 1995 bereits der Fall und hat sich im Wahljahr 2003 nochmals bestätigt und verstärkt.

Schluss

Obwohl die SVP im Kanton Aargau schon immer eine starke Stellung genoss, gelang es ihr, in den Wahlen 2003 sogar noch zuzulegen. Dabei hat sie besonders auf Kosten der CVP und kleiner rechts-radikaler Parteien Wählerstimmen gewinnen können. Die SVP hat es zu einer Catch-All-Partei geschafft, die es ermöglicht, die verschiedensten sozialen Schichten zu mobilisieren. Auch die Konfliktlinien der Religion und des Wohnsitzes scheinen an Bedeutung verloren zu haben. Dennoch scheint sich innerhalb der SVP-Wähler neben dem Landwirt das Profil des ungelernten Arbeiters zu etablieren. Dies liegt einerseits daran, dass die SVP innerhalb der Konfliktlinie Öffnung-Tradition eine Position einnimmt, die von keiner anderen Partei konkurrenziert wird. Andererseits jedoch scheint eine zuneh-

mende Polarisierung die abgerückte Position der SVP auf den traditionellen Konfliktlinien begünstigt zu haben. Somit wurde gezeigt, dass die SVP sowohl bezüglich wichtiger Sachfragen als auch im Hinblick auf die Positionierung auf der Links-Rechts-Skala einen Standpunkt einnimmt, der sich deutlich von demjenigen der anderen Parteien unterscheidet. Dies hat ihr zum Erfolg verholfen. Dies resultiert einerseits in der Zunahme des Parteipotenzials der SVP und andererseits in der Abnahme der Konkurrenz zu anderen Parteien für die SVP.

Doch obwohl die Abnahme der Bedeutung der Parteiidentifikation für die These des Dealignments spricht, gibt es auch Anzeichen für ein Realignment. So hat sich gezeigt, dass einerseits die Globalisierungsverlierer zur SVP-Wählerschaft gezählt werden können. Andererseits wurde die Sachfragenorientierung im Kanton Aargau erst im Jahre 2003 relevant für die SVP-Wahl. Dies spricht für die Annahme, dass sich die Bindungen der Wähler zur Partei über neue Konfliktlinien erst im Laufe der Zeit etablieren. Ob es sich bei den Beobachtungen zu diesem Kapitel um einen langfristigen Trend handelt, ist nicht abschliessend festzustellen. Schliesslich kann die Anti-Establishment-These im Kanton Aargau nicht gestützt werden. Die SVP wird hier nicht als Oppositionspartei wahrgenommen. Jedoch hat die Identifikationsfigur «Blocher» auch im Kanton Aargau an Bedeutung zugenommen. Die SVP hat es also nicht nur geschafft, eine einmalige Position im Parteiensystem des Kantons Aargau einzunehmen, sondern auch ihre Wähler über die Figur Christoph Blochers und über brisante Sachfragen viel besser zu mobilisieren als andere Parteien.

Linke und andere heimatmüde Parteien wollen
die Schweiz in die EU führen.

Sie werden

- die Rechte des Volkes abbauen
- den Schweizerfranken abschaffen
- die Hypozinsen verteuern



Wer das nicht will, wählt SVP! Listen 15 und 16

Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich, Postfach, 8023 Zürich
Postcheckkonto 80-65920-6

VVX574 404F

Für
eine sichere
Zukunft
in Freiheit

Die Partei
des Mittelstandes

SVP

Inserat der SVP, erschienen in der «Neuen Zürcher Zeitung» am 23. September 1995

Barbara Widmer, Filip Zirin

Schaffhausen

Einleitung

Auch im Kanton Schaffhausen hat es die SVP wie keine andere Partei geschafft, zwischen 1995 und 2003 zusätzliche Stimmen zu gewinnen. Der Stimmenzuwachs in diesem Zeitraum beträgt 8,1 Prozent. Die SVP ist seit den Wahlen 1991 somit auch in Schaffhausen auf einem steilen Weg nach oben, und es ist noch nicht abzusehen, ob die Spitze schon erreicht ist oder ob es noch weiter nach oben geht. Der Kanton Schaffhausen zählt zu den kleinsten Kantonen der Schweiz. Mehr als drei Viertel seiner Grenzen teilt er mit der Bundesrepublik Deutschland. Von den rund 75 000 Einwohnern und Einwohnerinnen lebt etwa die Hälfte in der Stadt Schaffhausen. Die andere Hälfte verteilt sich auf die städtischen Agglomerationen und die ländlichen Gemeinden. Der grösste Anteil der Beschäftigten findet sich in Dienstleistungsbetrieben. Trotzdem zeichnet sich der Kanton noch immer durch einen ausgeprägten Industriesektor aus, der vom Metall- und Maschinenbau dominiert wird.

Nicht nur aus geografischen Gründen stellt der Kanton Schaffhausen eine Besonderheit dar. Es ist auch der Kanton, der als einziger noch die Wahlpflicht kennt. Alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bis zum 65. Altersjahr sind verpflichtet, an Wahlen auf eidgenössischer, kantonaler und Gemeindeebene teilzunehmen. Die Nichteinhaltung dieser Teilnahmepflicht wird mit einer Geldstrafe von drei Franken gebüsst.¹ Das Festhalten an diesem Wahlobligatorium bringt den Vorteil einer überdurchschnittlich hohen Stimmbeteiligung mit sich. Diese wird durch die Zahlen von 1995 und 2003 bestätigt. So lag die Stimmbeteiligung im Kanton Schaffhausen 1995 mit 64,4 Prozent und 2003 mit 63,2 Prozent jeweils um ungefähr 20 Prozent über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt.²

Das Resultat der Wahlen war die Wiederwahl der jeweils bisherigen Räte: 1995 Gerold Bühler (FDP) und Ursula Hafner-Meister (SP); 2003 Gerold Bühler (FDP) und Hans-Jürg Fehr (SP). In beiden Jahren standen den Bürgerinnen und Bürgern fünf Listen zur Auswahl. Im Jahre 1995 waren dies die FDP, SP, SVP, FPS und die Naturgesetz-Partei (NGP); 2003:

FDP, SP, SVP, CVP und JSVP. Die Zusammenarbeit von SVP, FDP und FPS anhand einer Listenverbindung hatte zum Ziel, eine bürgerliche Zweiervertretung in Bern auf Kosten der SP zu erreichen.³

Entwicklung der SVP und das Parteiensystem Schaffhausens⁴

In der Einleitung zu diesem Band werden drei Typen von Parteiensystemen unterschieden. Der Kanton Schaffhausen entspricht dem zweiten Typ. Er gehört zu den ursprünglich protestantischen und heute konfessionell gemischten Kantonen, wobei die Protestanten, trotz einer Abnahme seit Anfang des letzten Jahrhunderts, immer noch die grösste Konfessionsgruppe darstellen. Ein konfessioneller Konflikt lässt sich im Kanton nicht erkennen. Dies zeigt sich daran, dass konfessionell geprägte Parteien wie etwa die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) zu den kleinen Parteien im Kanton gehören und nie an der Regierung beteiligt waren.

Dafür gibt es in Schaffhausen einen traditionell starken Stadt-Land-Gegensatz. Die Beobachtung, dass die Bevölkerung der Stadt Schaffhausen und der umliegenden städtisch geprägten Orte an den Nationalratswahlen 2003 zur Mehrheit SP gewählt hat, während sich die Bewohner der ländlichen Gegenden eher für Kandidaten der bürgerlichen Parteien entschieden, deutet in dieselbe Richtung.⁵ Die Regierungsratswahlen 2004 zeigen erneut diesen Stadt-Land-Gegensatz auf. Die Kandidatin der SP, Ursula Hafner-Wipf, erhielt ihre Stimmen vor allem von den städtischen Gebieten, während die SVP-Kandidatin, Rosmarie Widmer Gysel, auf dem Land besser abschnitt.⁶

Der Ursprung der Kluft zwischen Stadt und Land liegt in der Industrialisierung, die im Kanton Schaffhausen etwas später als in anderen Kantonen ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzte. Sie konzentrierte sich fast vollständig auf die Stadt Schaffhausen und ihre Umgebung. Die ländlichen Gegenden waren dadurch vom wirtschaftlichen Wachstum ausgespart worden (Wipf und Knoepfli 2002: 364–365). Heute ist der Lebensstandard zwischen der ländlichen Bevölkerung und der städtischen ausgeglichen. Der Stadt-Land-Gegensatz zeigt sich jedoch in wirtschaftlicher Hinsicht nach wie vor daran, dass die grossen Arbeitgeber des Industrie- oder Dienstleistungssektors in städtischen Gebieten angesiedelt sind.

Die Industrialisierung im Kanton Schaffhausen führte anfangs des 20. Jahrhunderts zu einem immer grösseren Klassengegensatz zwischen der städtischen Bourgeoisie auf der einen, der Arbeiterschaft und der Landbevölkerung auf der anderen Seite. Der zunehmende Ruf nach einer Besserstellung der Arbeiterschaft führte 1904 zur Gründung der heutigen SP als

Gegenpol zur FDP. Diese hatte sich eine Woche vorher formiert und vereinte in sich praktisch die gesamte Elite des Kantons Schaffhausen. Die Zusammensetzung der Partei war sehr heterogen. Ihr gehörte sowohl ein städtisch geprägter rechts stehender Freisinn als auch ein bäuerlicher Flügel an (Epple 2002: 88). Der bäuerliche Flügel sah seine Interessen im Verlaufe der Zeit aber immer weniger von der FDP vertreten, die immer mehr von Industriellen und Akademikern dominiert wurde. Er spaltete sich 1918 von der FDP ab und gründete die heutige SVP.⁷ Der grosse Klassenkonflikt in der Schaffhauser Bevölkerung blieb bis in die frühen 1950er Jahre bestehen. Der allmähliche ökonomische Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg und die darauf folgende Hochkonjunktur brachten auch der ländlichen Bevölkerung und der Arbeiterschaft einen gewissen Wohlstand und führten langsam zu einer Aufweichung der alten Klassenstrukturen. Das Wirtschaftswachstum fand mit der Erdölkrise von 1974/1975 ein abruptes Ende. Im Vergleich mit den anderen Kantonen verlor Schaffhausen in dieser Krise prozentual am meisten Arbeitsplätze und erholte sich in den kommenden Jahren nur schleppend. Der Industriesektor schrumpfte in dieser Zeit merklich (Wipf und Knoepfli 2002: 456–457) und der Klassenkonflikt verlor in diesen Jahren an Bedeutung. An seine Stelle trat ein neuer Konflikt – der Öffnungs-Abgrenzungs-Konflikt.

Im Jahr 1992 haben 61 Prozent der Schaffhauser Bevölkerung den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgelehnt, während die Vorlage gesamtschweizerisch mit 50,3 Prozent Nein-Stimmen nur knapp verworfen wurde. Auch die Volksabstimmung zum UNO-Beitritt im Jahr 2002 ist ein Hinweis auf die Aktualität des erwähnten Konflikts. Gesamtschweizerisch wurde dem Beitritt zugestimmt, der Kanton Schaffhausen hingegen lehnte den UNO-Beitritt ab.⁸ Die Abstimmungsergebnisse könnten ein Hinweis darauf sein, dass es im Kanton Schaffhausen besonders viele so genannte «Globalisierungsverlierer» gibt. Als «Globalisierungsverlierer» können jene Personen bezeichnet werden, die in Berufen arbeiten, die durch eine Öffnung des Wirtschaftsraumes besondere Konkurrenz erhalten, so etwa Bauern, Kleingewerbetreibende oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringer oder gar keiner Ausbildung.

Die politisch turbulenten Zeiten seit den 1920er Jahren fanden durch die Einführung des Proporzwahlrechts 1956 auf kantonaler Ebene ein Ende. Die Kräfteverhältnisse der Schaffhauser Parteien stabilisierten sich dadurch. SVP, FDP und SP stellten in der Folge im Kantonsrat über lange Jahre hinweg etwa gleich starke Blöcke dar. Auf Regierungsebene etablierte sich ab 1968 die Schaffhauser Version der «Zauberformel». Der Regie-

rungsrat setzte sich bis 1999 aus zwei FDP- und zwei SP-Vertretern sowie einem SVP-Vertreter zusammen. Die SVP versuchte mehrmals, die Zauberformel zu knacken und auf Kosten der SP einen zweiten Regierungsratssitz zu gewinnen. Ihr Anlauf im Jahr 2000 scheiterte. Die SVP ging zwar als Siegerin aus den Gesamterneuerungswahlen hervor und war damit seit 1956 erstmals wieder stärkste Fraktion im Kantonsrat geworden. Aber der frei gewordene Regierungsratssitz ging an die FDP. Diese konnte damit ihren zweiten Sitz wieder für sich in Anspruch nehmen, den sie 1999 an die Ökoliberale Partei Schaffhausen (ÖBS) verloren hatte (Joos und Ott 2002: 816 ff.). Wie bereits erwähnt, ist es der SVP 2004 gelungen, mit ihrer ehemaligen Präsidentin Rosmarie Widmer Gysel auf Kosten der ÖBS einen zweiten Regierungsratssitz zu gewinnen. Bei den Nationalratswahlen 2003 hingegen zeigte sich noch ein anderes Bild. Obwohl SVP und FDP fast gleich viele Stimmen erhalten hatten, ging das zweite Nationalratsmandat an den bisherigen FDP-Kandidaten Gerold Bühler. Dies kann einerseits auf seine überkantonale Prominenz (ehemaliger Parteipräsident der FDP Schweiz), andererseits auf seinen «Bisherigenbonus» zurückgeführt werden.

Die grosse Koalition von FDP, SP und SVP provozierte in den wirtschaftlich schwierigen 1970er und 1980er Jahren das Aufkommen von Oppositionsgruppierungen aus dem linken wie aus dem rechten Lager. Zu nennen ist hier etwa der grosse Erfolg des Schaffhauser Landesrings der Unabhängigen (LdU). Die Protestpartei wandte sich gegen zu hohe Verwaltungsausgaben, eine ungebremste Staatsverschuldung und zu hohe Steuern. Sie vertrat damit jene Teile der Öffentlichkeit, die unzufrieden waren mit der hohen Verschuldung des Kantons sowie der Stadt, mit der als drückend empfundenen Steuerlast in den 1970er Jahren und mit der Politik an und für sich. Die Themen Verwaltung und Steuern blieben im Kanton Schaffhausen politische Dauerbrenner (Joos und Ott 2002: 862). Ende der 1980er Jahre bekam der LdU Konkurrenz durch die am rechten Rand des politischen Spektrums stehende «Autopartei», der heutigen Freiheitspartei (FPS). Sie vertrat ähnliche Themen wie der LdU und sprach damit dasselbe Bevölkerungssegment an.

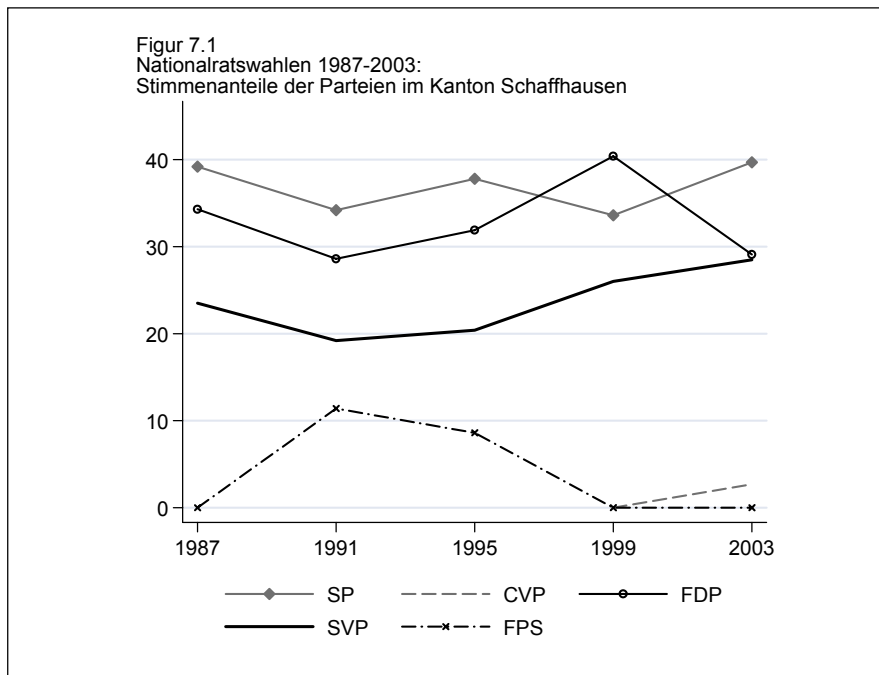
Die Schaffhauser SVP hatte sich politisch viele Jahre in der Mitte zwischen dem linken und rechten Lager positioniert. Noch 1976 stand sie «politisch in der Mitte, mit beiden Beinen auf dem festen Boden des Alltags» (Joos und Ott 2002: 882). Ab den 1990er Jahren lässt sich in der Partei jedoch ein Rechtsrutsch beobachten. Die Wahlkampagne für die Kantonsratswahlen 1996 konzentrierte sich stark auf wirtschaftspolitische

Themen: Die SVP trat für mehr Eigeninitiative des Einzelnen, einen Abbau der Gesetzesflut, den Abbau des aufgeblähten Staatsapparats und für Steuerersenkungen ein (Joos und Ott 2002: 882 f.). Damit hatte sie sich nicht nur thematisch der FPS angenähert, auch ihre Rhetorik besass viel Ähnlichkeit mit jener der kleineren Rechtspartei.

Um das kantonale Parteiensystem Schaffhausens genauer bestimmen zu können, müssen nach Klöti (1998: 46 ff.) zwei weitere Kriterien miteinbezogen werden. Dabei handelt es sich einerseits um die Zahl der relevanten Parteien und andererseits um die Art der dominierenden Parteien in einem Kanton. Schaffhausen hält zwei Nationalratsmandate. Das eine ist mit Hans-Jürg Fehr, dem jetzigen Präsidenten der SP Schweiz, und das andere mit Gerold Bühler von der FDP besetzt. Wird auch der Ständerat zur Typologie hinzugezogen, erweitert sich die Anzahl der relevanten Parteien um die SVP von zwei auf drei. Neben National- und Ständerat wird für die Typologisierung des Parteiensystems auch die Regierung im Kanton mitverwendet. Sowohl 1995 als auch erneut 2004 stellt der Kanton Schaffhausen ein kleines Parteiensystem dar. Vorübergehend vergrösserte sich die Anzahl der relevanten Parteien durch die Übernahme eines FDP-Regierungsratsplatzes durch die ÖBS 1999. Zusammengezählt ergab dies vier relevante Parteien, was einem mittleren Parteiensystem entspricht.

Der zweite Aspekt der Typologie nach Klöti – die Art der dominierenden Parteien – zeigt auf, dass den dominierenden bürgerlichen Parteien (unter Berücksichtigung der Zusammensetzung des Ständerats) sowohl 1995 wie auch 2003 eine relativ starke SP gegenüberstand. Die Berücksichtigung der Verhältnisse der Parteien im Kantonsrat relativiert dieses Bild jedoch. Dies zeigt ein Vergleich der Entwicklung der Parteistärken in National- und Kantonsrat (mit Fokus auf der SVP). Es werden hier nur die Veränderungen im Nationalrat grafisch dargestellt (Figur 7.1).⁹

Im Kantonsrat kam bereits 1988 Bewegung in das Verhältnis der grossen Parteien. Auffallend ist der starke Verlust der FDP 1988 und das Auftauchen der FPS. Die kleine Rechtspartei gewann durch fremdenfeindliche Parolen und einen Angriff auf die Wirtschafts- und Steuerpolitik auf einen Schlag acht Sitze im 80-köpfigen Kantonsrat (Joos und Ott 2002: 878). 1991 konnte die FPS auch an den Nationalratswahlen einen Gewinn verbuchen. Aber schon an den Kantonsratswahlen 1992 machte sich der Niedergang der kleinen Protestpartei bemerkbar. Für die SVP hingegen stellte das Jahr 1992 den Anfang ihres Aufstiegs im Kanton Schaffhausen dar. Sie gewann zwei Kantonsratssitze dazu und war mit einer Parteistärke von fast 24 Prozent erstmals seit 1960 wieder stärker als die FDP geworden. Im Jahr



1995 setzte der Aufstieg der SVP auch bei den Nationalratswahlen ein. Allerdings konnte sie die FDP noch nicht wie im Kantonsrat überholen und blieb auf nationaler Ebene mit 20,4 Prozent noch weit hinter dem Freisinn zurück. An den Kantonsratswahlen 1996 legte die SVP weitere 5 Prozent Stimmen zu. Ihr Gewinn ging vor allem auf Kosten der FPS. Nach Auffassung von FPS-Präsident Peter Dalpiaz hatte dies folgenden Grund: «[Die SVP hat] zahlreiche Punkte unseres Programms übernommen und kann sich als grosse, etablierte Partei natürlich viel besser vermarkten [als wir]» (Joos und Ott 2002: 878). Der grosse Verlust führte 1999 zur Auflösung der FPS im Kanton Schaffhausen. Der konsequente Aufstieg der SVP im Kantonsrat lässt sich auch nach 1996 weiter beobachten. Sie wurde bei den Wahlen 2000 mit 33,8 Prozent zur stärksten Fraktion und hatte damit im Kantonsrat nicht nur die FDP, sondern auch die SP überholt.

An den Nationalratswahlen hat die SVP bis 2003 konsequent an Stärke zugelegt, was nicht zuletzt auf den grossen Erfolg der Jungen SVP (JSVP) zurückzuführen ist. Mit einer Parteistärke von 28,5 Prozent liegen die beiden Parteien im Moment aber noch knapp unter jener der FDP mit 29,1 Prozent, jedoch weit hinter der SP. Ihre Parteistärke beträgt 39,7 Prozent und sie kann als eigentliche Siegerin der Nationalratswahlen 2003 bezeichnet werden. Das oben angesprochene Verhältnis der dominierenden bür-

Tabelle 7.1
Potenzielle Wählerschaften und Überlappungen, 1995

	SP	GP	CVP	FDP	SVP
SP		0.73	0.61	0.68	0.58
GP	0.91		0.70	0.79	0.64
CVP	0.92	0.85		0.93	0.82
FDP	0.75	0.70	0.69		0.70
SVP	0.74	0.66	0.69	0.80	
Wählerpotenzial	55.8	44.9	37.2	50.5	43.8
Parteistärke	37.9			31.9	20.4
Ausschöpfungsquote	67.9			63.2	46.6

Potenzielle Wählerschaften und Überlappungen, 2003

	SP	GP	CVP	FDP	SVP
SP		0.71	0.50	0.62	0.48
GP	0.87		0.57	0.67	0.50
CVP	0.81	0.75		0.86	0.66
FDP	0.67	0.59	0.57		0.64
SVP	0.54	0.46	0.47	0.67	
Wählerpotenzial	50.9	41.7	31.7	47.4	44.9
Parteistärke	39.7		2.7	29.1	28.5
Ausschöpfungsquote	78.0		8.5	61.4	63.5

gerlichen Parteien zur relativ starken Linken auf nationaler Ebene von 1995 hat sich damit 2003 akzentuiert. Auf kantonaler Ebene zeigt sich dieses Bild aufgrund der grossen Gewinne der SVP und der Verluste von FDP und SP nicht.

Positionierung der Parteien

Parteienpotenzial

Aus Tabelle 7.1 wird klar ersichtlich, dass alle Parteien, ausser der SVP, 2003 gegenüber 1995 an potenziellen Wählern verloren haben. Die SVP lag 2003 mit ihrem Stimmenpotenzial auf dem dritten Rang, indem sie ihr Potenzial ganz leicht erhöhen konnte. Gegenüber 1995 hatte die CVP mit 5,5 Prozentpunkten den grössten Verlust zu verzeichnen. Die Tatsache, dass in Schaffhausen nur zwei Nationalratssitze zu vergeben sind, hat zur Folge, dass nicht alle Parteien eine Liste aufstellen, weil sie sich aufgrund ihrer Grösse im Vornherein keine Chance auf einen Sitz ausrechnen. Wenn also von fünf Parteien nur drei eine Liste aufstellen, teilt sich die gesamte Wählerschaft auf diese drei Parteien auf. Die Frage ist, ob die Wähler bei

der Angabe ihrer Wahlwahrscheinlichkeiten diesen Umstand berücksichtigen und entsprechend antworten, oder sie ihre Wahlpräferenzen unabhängig davon äussern, ob eine Partei bei den Nationalratswahlen teilnimmt oder nicht.

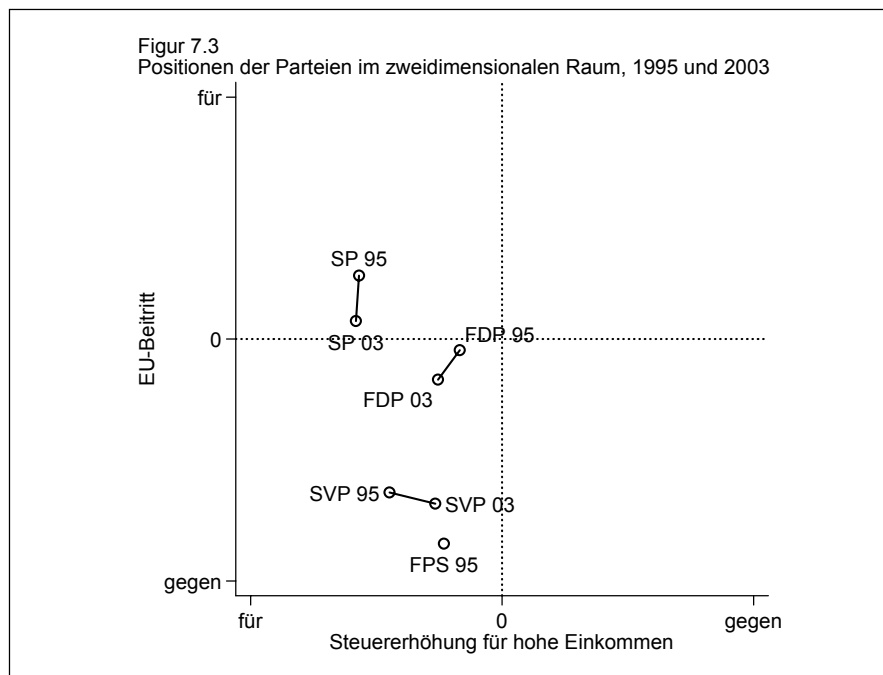
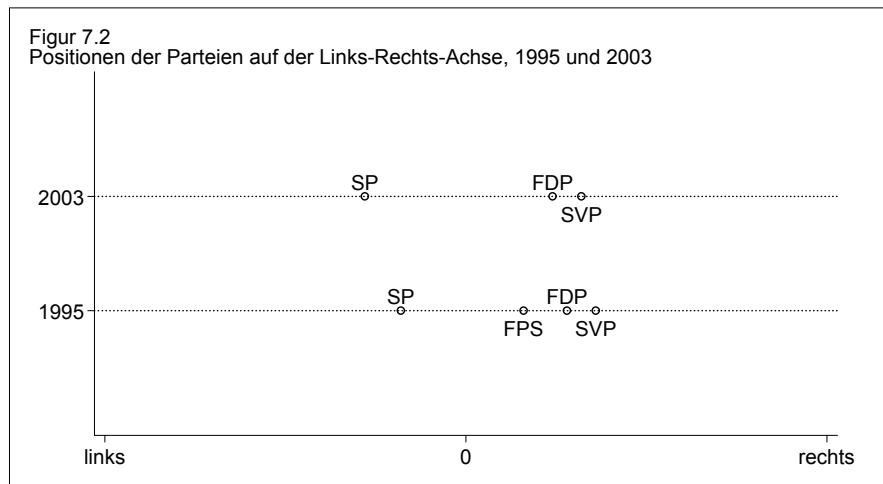
Der generelle Rückgang der Parteipotenziale lässt den Schluss zu, dass die Polarisierung zwischen den Parteien aus der Sicht der Wählerinnen und Wähler zugenommen hat. Aus der Sicht der Wähler und Wählerinnen unterscheiden sich die Parteien 2003 deutlicher als noch 1995. Im Weiteren zeigen die beiden Tabellen auch die Entwicklung der Intensität der Parteienkonkurrenz. Dabei fällt sofort auf, dass alle Ergebnisse beziehungsweise Werte gesunken sind, was bedeutet, dass die Intensität der Parteienkonkurrenz allgemein kleiner geworden ist. Nicht alle Werte sind aber gleichermaßen gesunken. Die Abnahme schwankt zwischen 0.22 (SVP vs. CVP aus der Sicht der SVP) und 0.02 Punkte (SPS vs. GPS aus der Sicht der SPS). Die potenzielle Wählerschaft der SVP im Besonderen überschneidet sich 2003 deutlich weniger mit der potenziellen Wählerschaft der anderen Parteien. Nicht nur im Vergleich zur SP, sondern auch im Vergleich zu den anderen Parteien hat sich die SVP schärfer abgegrenzt.

Positionierung auf der Links-Rechts-Achse

Neben dem Parteipotenzial und der Intensität der Parteienkonkurrenz ist die Positionierung der Wählerinnen und Wähler der verschiedenen Parteien auf der Links-Rechts-Achse ein weiterer wichtiger Aspekt des Parteiensystems. Es geht darum zu zeigen, ob und wie sich die entsprechenden Positionen in Bezug auf die drei grössten Parteien im Kanton Schaffhausen zwischen 1995 und 2003 verändert haben und was dies bedeuten könnte. Auf den ersten Blick ist zu sehen, dass sich die Wähler aller Parteien nach links bewegt haben. Am meisten trifft dies auf die SP zu, weshalb sich erneut der Eindruck einer zunehmenden Polarisierung im Schaffhauser Parteiensystem ergibt. Auffallend ist, dass sich auch die Wähler der SVP nach links, sogar ein wenig mehr als jene der FDP, verschoben haben. Der Abstand zwischen der FDP und der SVP wurde in dieser Hinsicht somit etwas kleiner.

Positionierung im zweidimensionalen Konfliktraum

Weiter wird die Verortung der SVP, FDP, SP und FPS im zweidimensionalen Raum betrachtet. Die Befragten äusserten ihre Meinung zu den Themen: EU-Mitgliedschaft der Schweiz und mehr Steuern auf hohe Einkommen. In Figur 7.3 ist beim Thema EU-Mitgliedschaft zwischen 1995



und 2003 eine Veränderung zu erkennen. In dieser Hinsicht verkleinerte sich über die betrachtete Periode hinweg der Abstand der SVP gegenüber den anderen Parteien. Diese haben sich nämlich parallel zur SVP in Richtung Euroskeptizismus verschoben. Die SVP konnte ihre Sonderstellung gegenüber den anderen Parteien diesbezüglich verteidigen, aber nicht ausbauen. Auf der horizontalen Achse zeigt sich, dass sich die Wähler der

SVP 2003 vermehrt gegen erhöhte Steuern auf hohen Einkommen aussprachen und somit fast gleichauf mit der FDP zu liegen kommen. Diese hat sich im Gegensatz dazu in Richtung der SP bewegt. Auf dieser Achse haben sich die Positionen einander angenähert. Über alle Parteien hinweg gesehen ist das Klima im Kanton Schaffhausen weniger offen gegenüber der EU und wirtschaftsliberaler geworden, während sich die Sachpräferenzen der Wählerinnen und Wähler der SVP, nicht aber ihre Positionierung auf der Links-Rechts-Achse, deutlich von denjenigen der Wählerinnen und Wähler der anderen Parteien unterscheiden.

Wahlkämpfe

Es werden nun die Wahlkämpfe jener vier Parteien analysiert und miteinander verglichen, die 1995 und 2003 massgeblich am Abstimmungskampf beteiligt waren: die SVP, FPS, FDP und die SP. In die Analyse werden verschiedene Artikel und Inserate aus den «Schaffhauser Nachrichten» und der «Neuen Zürcher Zeitung» der Jahre 1995 und 2003 miteinbezogen und mit Wahlunterlagen der Parteien ergänzt.

Der Wahlkampf der SVP war in beiden Jahren auf das Gewinnen des SP-Sitzes sowie ganz allgemein auf die Stärkung der bürgerlichen Position ausgerichtet. Mit Hilfe ihrer Wahlslogans versuchte die SVP ihre bodenständige und heimatverbundene Politik zu verdeutlichen. Ihr wichtigstes Thema 1995 war die ablehnende Haltung gegenüber der Europäischen Union, wobei sie betonte, dass sie die einzige bürgerliche Partei sei, die sich gegen einen EU-Beitritt ausspreche. Neben der EU-Opposition gab die SVP auch Themen der Sozialpolitik und Ausländerfragen eine hohe Priorität. In der Sozialpolitik wurde die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger hervorgehoben. Bezüglich der Ausländerfrage betonte die SVP, dass die humanitäre Tradition der Schweiz aufrechterhalten werden, die Hilfe aber nicht in der Schweiz durch das Gewähren von Asyl erbracht werden sollte, sondern vielmehr in den einzelnen Ländern vor Ort.¹⁰

Im Jahre 2003 war das primäre Thema der SVP nicht mehr die Europafrage, sondern die Steuer- und Finanzpolitik. Es ging insbesondere darum, die Unternehmen und die Familien von Abgaben zu entlasten und somit der Wirtschaft wieder neuen Schwung zu verleihen. Die Verlagerung des Schwerpunktes von der Europafrage zu wirtschaftlichen Themen zeigt, dass die SVP die Forderung nach Marktliberalismus, wie die FDP, in ihr Programm aufgenommen hat. Weitere Schwerpunkte legte sie auf den Asylmissbrauch, den Kampf gegen den Ausbau der Sozialwerke und das Verhindern von Sozialmissbrauch.¹¹

Alle wichtigen Punkte der SVP waren in einem Inserat zusammengefasst. Es zeigte ein gerupftes Huhn und war folgendermassen überschrieben: «Das haben wir den anderen Parteien zu verdanken». ¹² Darauf folgte eine Aufzählung der wichtigsten Punkte. Aus dem Mediendatensatz ist ersichtlich, dass das Thema Europa in den Medien im Jahr 2003 nicht sehr präsent war. Viel wichtiger waren Themen wie Steuern, Finanzen und Soziale Sicherheit einerseits und das politische System, Parteien und Politiker andererseits. Für die SVP kam im Jahr 2003 dazu, dass ihre Präsidentin, Rosmarie Widmer Gysel, zu Beginn des Wahljahres zurücktrat. Die Partei musste damit neben einem geeigneten Kandidaten für die Nationalratswahlen auch einen neuen Präsidenten suchen. Dies war nicht das erste Mal, dass die SVP ohne Präsidentin dastand. Innerhalb weniger Jahre hatten drei verschiedene Personen dieses Amt inne. ¹³ Zum neuen Parteipräsidenten wurde im Januar 2004 der Kantonsrat Werner Bolli gewählt. ¹⁴ Es ist schwierig zu sagen, welchen Einfluss dieses Ereignis auf den Wahlkampf der SVP ausübte. Einzig die Tatsache, dass durch diesen Rücktritt die Anhänger der Zürcher Parteilinie im Wahlkampf stärker zum Tragen kamen, lässt auf eine mögliche Veränderung im Wahlkampf schliessen. Weil jedoch im Wahlkampf die Kandidaten im Zentrum stehen und weniger die Parteipräsidenten, ist die Vermutung wahrscheinlicher, dass dies vor allem zu mehr internem Arbeitsaufwand führte, die Wahlen und den Wahlkampf aber nicht weiter beeinflusste.

Die FPS trat 1995 zu den Nationalratswahlen in einer Listenverbindung mit den beiden bürgerlichen Parteien an. Ihr Wahlkampf war aber dennoch von einer harten Kritik an den anderen Parteien geprägt. Wie bereits erwähnt, löste sich die FPS 1999 auf und beteiligte sich somit 2003 nicht mehr an den Nationalratswahlen.

Die Themen der zweiten grossen bürgerlichen Partei, der FDP, waren in den beiden Wahljahren sehr ähnlich. Ihr Hauptanliegen war die Sanierung der Bundesfinanzen mittels Ausgabenkürzungen anstatt Steuererhöhungen. Weiter forderte sie eine Steuersenkung zur Verbesserung des Wirtschaftsstandortes Schweiz. ¹⁵ Auch die Europäische Union war Teil des Wahlkampfes, wobei sich die FDP nicht so deutlich für oder gegen einen Beitritt aussprach, sondern vielmehr für eine Fortsetzung auf dem bilateralen Weg eintrat (SHN 16.8.1995). Nicht nur die Themen waren sich ähnlich, auch die Wahlslogans gingen in dieselbe Richtung. Die gesetzten Schwerpunkte entsprachen auch bei der FDP genau den Themen, die in den Medien am meisten aufgeführt wurden. Obwohl also beide Parteien, SVP und FDP, dieselben Politikbereiche betonten und diese auch in den

Medien wichtig waren, verlor die eine Partei (FDP) massiv an Stimmen, während die andere (SVP) ihren Anteil weiter ausbauen konnte. Dies lässt darauf schliessen, dass der kantonale Wahlkampf nicht unbedingt der ausschlaggebende Faktor für die Wahlentscheidung war, sondern es vielmehr andere, wichtigere Faktoren gab.

Das grosse Gegengewicht zu FDP und SVP bildet die SP. Sie musste sich mit ihren Kandidierenden gegen den Angriff der SVP auf den Nationalratsitz von Ursula Hafner-Meister beziehungsweise Hans-Jürg Fehr wehren. Weil Angriff bekannterweise die beste Verteidigung ist, attackierte die SP 1995 in ihren Inseraten die bürgerliche Allianz, indem sie ihr vorwarf, bei den Steuern nicht ehrlich zu sein. Im Jahr 2003 hingegen waren die Inserate in den «Schaffhauser Nachrichten» diesbezüglich nüchtern und sachlich. Daneben setzte sich die SP für eine soziale und offene Schweiz ein. Sie befürwortete in beiden Wahlen den EU-Beitritt.

Die Tatsache, dass sowohl 1995 als auch 2003 für alle vier zu verteilenden National- und Ständeratssitze die jeweiligen bisherigen Mandatsträger und -trägerinnen wieder antraten, erklärt den Umstand, dass es einen eher lauen Wahlkampf gab. Der Versuch der SVP, einen Nationalratsitz zu ergattern, führte nicht zu mehr Spannung. 1995 kam ein Hauch von Exotik durch das Einreichen einer Liste der NGP hinzu.¹⁶ Wichtiger hingegen war das Auftreten einer überparteilichen Gruppe von entschiedenen EU-Gegnern namens «Schaffhauser Ständerat pro Schweiz». Obwohl sich diese Untersuchung auf die Nationalratswahlen konzentriert, soll auch kurz auf den Wahlkampf für den Ständerat eingegangen werden, da die beiden Wahlkämpfe nicht strikte voneinander getrennt werden können. Die Gruppe «Schaffhauser Ständerat pro Schweiz» hatte sich zum Ziel gesetzt, einen der beiden Ständeratssitze zu gewinnen. Das einzige Wahlkampfthema der Gruppe war die Europafrage und ihre Ablehnung eines Beitritts der Schweiz zur EU. Diese Tatsache führte einerseits zu einer klaren Konkurrenz der bürgerlichen Allianz und andererseits zu einer stärkeren Betonung der Europafrage im Wahlkampf.¹⁷ Für den Wahlkampf der SVP könnte dies bedeutet haben, dass ohne ihr Zutun ihr wichtigstes Thema von einer anderen Gruppe zusätzlich betont wurde und sich dadurch ihre Wahlwahrscheinlichkeit weiter erhöhte. Auf die Sitzverteilung im Ständerat zu ihren Gunsten konnte diese Gruppe schlussendlich keinen Einfluss nehmen.

Im Gegensatz zu 1995 war der Wahlkampf 2003 von noch geringerer Spannung. Lediglich die Teilnahme der JSVP mit einer eigenen Liste an den Nationalratswahlen sorgte für etwas frischen Wind. Auch die vom

Schaffhauser Fernsehen organisierte Diskussionsrunde mit allen Kandidatinnen und Kandidaten konnte die Intensität des Wahlkampfes nur wenig steigern.¹⁸ Die grösste Veränderung bei den Wahlkämpfen fand bei der SP statt. Während sie 1995 einen sehr emotionalen und als Angriff auf die Bürgerlichen ausgerichteten Wahlkampf geführt hatte, argumentierte sie 2003 ähnlich wie die FDP viel sachlicher. SP und FDP betonten im Speziellen das Erreichte ihrer Kandidierenden, während die SVP versuchte, sich als Alternative zur SP zu präsentieren.

Analyse der individuellen Wahlentscheide

Auch hier werden die beiden Modelle analysiert, die bereits aus den vorangegangenen Kapiteln bekannt sind. Im ersten Modell werden nur die sozialen Merkmale betrachtet und im zweiten Modell die Effekte der politischen Einstellung und Orientierung unter Kontrolle der sozialen Merkmale. Die Analyse der Daten folgt dieser Struktur. Auf den ersten Blick ist im Vergleich der beiden erhobenen Wahljahre zu erkennen, dass die Gruppe der soziokulturellen Spezialisten die SVP am wenigsten häufig wählt. Ihre Wahlwahrscheinlichkeit ist über die untersuchte Zeitspanne hinweg gleich tief geblieben. Die Wählerinnen und Wähler mit der grössten Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP – das trifft ebenfalls auf beide Jahre zu – ist die Gruppe der Landwirte und selbstständig Erwerbenden. Auch die Höhe ihrer Wahrscheinlichkeit für die SVP-Wahl hat sich kaum verändert. Die grösste Veränderung ist bei den Managern zu verzeichnen: Während diese soziale Klasse 1995 die SVP fast ebenso selten wählte wie die soziokulturellen Spezialisten, gehören die Manager nun zu den Befragten, die sich am zweitmeisten für die SVP entscheiden.

Die sozialen Klassen können 1995 somit in drei Gruppen eingeteilt werden. Eine erste Gruppe bilden die Bauern und selbstständig Erwerbenden mit einer sehr hohen Wahlwahrscheinlichkeit; eine zweite stellen die qualifizierten Arbeiter und die technischen Spezialisten dar. Ihre Wahlwahrscheinlichkeit ist nicht so hoch wie die der ersten Gruppe, aber auch nicht so tief wie die der dritten, nämlich die der ungelerten Arbeiter, der Manager und der soziokulturellen Spezialisten. Über die Jahre veränderte sich die Zusammensetzung der Gruppen. Im Jahr 2003 gibt es nur noch zwei Gruppen, eine bestehend aus den soziokulturellen Spezialisten und eine zweite, die die restlichen sozialen Klassen umfasst. Diese Beobachtung lässt vermuten, dass die Annahme, die SVP habe sich von einer Bauern- und Gewerbspartei in eine Volkspartei gewandelt, richtig ist. Die Vermutung, dass die SVP vermehrt von einer Verminderung des Stadt-Land-

Tabelle 7.2

Lineare Regression der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf soziale Merkmale der Wahlberechtigten, Kanton Schaffhausen (Modell 1)

Variablen	Kategorien/Indikator	1995		2003		1995–2003	
		Beta	SE	Beta	SE	Beta	SE
	Konstante	0.52 ³	0.04	0.56 ³	0.05	0.04	0.07
Soziale Klasse	ungelernte Arbeiter	-0.13 ²	0.06	-0.09	0.07	0.04	0.10
	qualifizierte Arbeiter	-0.08 ²	0.04	-0.05	0.05	0.03	0.07
	Manager	-0.16 ³	0.04	-0.03	0.05	0.14 ²	0.06
	technische Spezialisten	-0.06 ¹	0.03	-0.02	0.05	0.04	0.06
	soziokulturelle Spezialisten	-0.17 ³	0.05	-0.20 ³	0.07	-0.03	0.09
	(Ref.: Bauern, traditionelle Berufe)						
Religion	nichtpraktizierende Katholiken	0.09 ²	0.04	-0.05	0.05	-0.14 ²	0.06
	praktizierende Katholiken	0.00	0.05	-0.08	0.08	-0.08	0.09
	nichtpraktizierende Protestanten	0.08 ²	0.03	0.01	0.04	-0.06	0.05
	praktizierende Protestanten	0.15 ³	0.04	0.13 ²	0.06	-0.02	0.07
	(Ref.: keine/andere Religion)						
Stadt-Land	Stadt (Ref.: Land)	-0.10 ³	0.02	-0.10 ³	0.03	0.00	0.04
R ²		0.10		0.03			
N		513		575			

¹ p<.10 ² p<.05 ³ p<.01

Gegensatzes profitiert und somit Zugewinne in der Stadt verzeichnen konnte, lässt sich aufgrund der vorliegenden Daten nicht bestätigen. Wie im Kontextteil erwähnt, haben die Stadt Schaffhausen und die städtische Agglomeration 2003 mehrheitlich SP gewählt, während die ländlichen Gebiete im Gegensatz dazu mehrheitlich für die SVP stimmten. Hier zeigt sich nun auch auf der Ebene der individuellen Wahlentscheide, dass in beiden Wahljahren die SVP-Wahl in der Stadt viel unwahrscheinlicher war als auf dem Land.

Auch die Vermutung, dass besonders die Globalisierungsverlierer vermehrt SVP wählen, weil sich diese gegen eine Öffnung der Schweiz ausspricht, kann nicht eindeutig bestätigt werden. Neben den Globalisierungsverlierern, das heisst neben ungelernten Arbeitern, traditionellen Selbstständigen und Bauern wählen auch Personen aus sozialen Klassen, die eher zu den Globalisierungsgewinnern zählen, vermehrt die SVP.

Als Letztes werden die konfessionellen Faktoren dieses Modells betrachtet. Im Jahr 1995 haben die praktizierenden Protestanten die höchste

Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP, nämlich rund 15 Prozent mehr als die Referenzgruppe. In der Gruppe mit der zweithöchsten Wahlwahrscheinlichkeit befinden sich die nichtpraktizierenden Vertreterinnen und Vertreter der beiden Konfessionen, die ebenfalls signifikant häufiger wählen als die Vertreter der dritten Gruppe, Wählerinnen und Wähler mit keiner oder einer anderen Religion und praktizierende Katholiken. 2003 unterscheiden sich nur noch die praktizierenden Protestanten auf signifikante Weise von den übrigen konfessionellen Kategorien – die dritte Gruppe wählt nun ebenso häufig SVP wie die zweite.

Zum Abschluss der Analyse des ersten Modells ist noch der Anteil der erklärten Varianz zu erwähnen. Er sank zwischen 1995 und 2003 von 10 auf 3 Prozent. Diese Entwicklung kann als ein Hinweis für die im Übersichtskapitel Schweiz präsentierte Dealignment-These gesehen werden.

Das zweite Modell zeigt zunächst, dass die Parteiidentifikation in beiden Jahren für die Wahlwahrscheinlichkeit der SVP eine grosse Rolle spielt. Fühlt sich eine Wählerin oder ein Wähler der SVP nahe, so steigt die Wahlwahrscheinlichkeit, dass sie beziehungsweise er die SVP wählt, um 19 (1995) oder 16 (2003) Prozentpunkte an. Die aufgrund der Nähe zur SVP konstant erhöhte Wahlwahrscheinlichkeit für diese Partei kann als Hinweis auf eine treue (neue) Stammwählerschaft der SVP verstanden werden und allenfalls als Zeichen eines Realignments interpretiert werden.

Die geringe Bedeutung der Issueorientierung zur Erklärung der Wahl der SVP steht im klaren Gegensatz zur Erwartung im Theorieteil, dass sich die Wählenden an Sachfragen orientieren. Im Kanton Schaffhausen trägt nur die Frage des EU-Beitritts etwas zur Steigerung der Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP bei, und dies vor allem im Jahre 2003. Der Unterschied zwischen einer Person, die einen EU-Beitritt völlig befürwortet, und einer, die den Beitritt absolut ablehnt, beträgt bei Konstanzhaltung der anderen Faktoren im Wahljahr 2003 12 Prozent. Dieses Resultat überrascht, denn das Thema Europa war 1995, kurze Zeit nach der EWR-Abstimmung, viel aktueller als 2003 und wurde, wie in der Wahlkampfanalyse erwähnt, von der SVP in ihrem Wahlkampf 1995 stark betont. Auch die Positionierung der Parteien im zweidimensionalen Raum widerspricht diesem Ergebnis. Die Konstellation der Parteien untermauert, dass die SVP 1995 als einzige Partei den Beitritt deutlich ablehnte, während die anderen Parteien den Beitritt befürworteten oder weniger klar ablehnten. Wie im Kanton Zürich ist der Grund für dieses auf den ersten Blick merkwürdige Resultat darin zu suchen, dass 1995 auch im Kanton Schaffhausen die Frage des EU-Beitritts sehr eng mit der Sympathie für Christoph Blocher verknüpft war, auch

Tabelle 7.3

Lineare Regression der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf politische Einstellungen und Orientierungen der Wahlberechtigten unter Kontrolle von sozialen Merkmalen, Kanton Schaffhausen (Modell 2)

Variablen	Kategorien/Indikator	1995		2003		1995–2003	
		Beta	SE	Beta	SE	Beta	SE
	Konstante	0.43 ³	0.03	0.49 ³	0.04	0.06	0.05
Soziale Klasse	ungelernte Arbeiter	-0.01	0.06	0.00	0.05	0.01	0.08
	qualifizierte Arbeiter	-0.01	0.03	0.03	0.03	0.03	0.04
	Manager	-0.03	0.02	-0.02	0.03	0.01	0.04
	technische Spezialisten	0.00	0.02	0.01	0.03	0.01	0.04
	soziokulturelle Spezialisten (Ref.: Bauern, traditionelle Berufe)	-0.03	0.03	0.00	0.05	0.02	0.06
Religion	nichtpraktizierende Katholiken	0.05 ¹	0.03	0.02	0.03	-0.03	0.04
	praktizierende Katholiken	-0.01	0.03	-0.06	0.05	-0.05	0.06
	nichtpraktizierende Protestanten	0.01	0.02	0.01	0.03	0.00	0.03
	praktizierende Protestanten (Ref.: keine/andere Religion)	0.05 ¹	0.03	0.03	0.04	-0.02	0.05
Stadt-Land	Stadt (Ref.: Land)	-0.03 ¹	0.02	-0.03	0.02	0.01	0.03
Parteiidentifikation	Nähe zur SVP (Ref.: keine Nähe)	0.19 ³	0.03	0.16 ³	0.04	-0.03 ¹	0.04
Themen	EU-Beitritt	0.01 ²	0.01	0.03 ³	0.01	0.01	0.01
	Chancen für Ausländer	0.00	0.01	0.00	0.01	0.00	0.01
	Steuern auf hohe Einkommen	-0.01	0.01	0.01	0.01	0.02	0.01
Ideologie	Links-Rechts-Selbsteinstufung	0.03 ³	0.00	0.03 ³	0.01	0.00 ¹	0.01
Kandidaten	Sympathie für Blocher	0.03 ³	0.00	0.06 ³	0.00	0.03 ³	0.00
Protest		0.00	0.01	0.00	0.01	0.00	0.01
R ²		0.58		0.65			
N		457		461			

¹ p<.10 ² p<.05 ³ p<.01

wenn Blocher im Kanton Schaffhausen nicht als Kandidat auftrat. 2003 war dann diese Verknüpfung immer noch da, aber weniger eng: Die Korrelation zwischen der Einstellung zum EU-Beitritt und der Sympathie mit Blocher betrug 1995 .64, 2003 noch .46. Ein anderes Bild zeigt die Frage der Chancen für Ausländer. Die der SVP attestierte Ausländerfeindlichkeit und die damit verbundene Mobilisierungsmöglichkeit finden in der Analyse

keine Bestätigung. In beiden Jahren sind die Effekte sehr klein und nicht signifikant. Die Hypothese, dass sich die SVP bezüglich der Ausländerfrage abseits der anderen Parteien positioniert, wird durch dieses Resultat nicht gestützt. Für die Variable Steuern auf hohe Einkommen gilt wie für die vorangegangene, dass sie kaum zur Erklärung und somit zur Erhöhung der Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP beiträgt.

Der Ideologie-Faktor, also die Selbsteinstufung der Wählerinnen und Wähler auf der Links-Rechts-Skala, weist in beiden Jahren denselben Wert auf. Das bedeutet, je weiter rechts die Wähler sich selbst einstufen, desto wahrscheinlicher wählen sie die SVP. Die Differenz zwischen einer Person ganz links und ganz rechts beträgt 30 Prozent. Ein Hinweis auf ein mögliches Gleichbleiben des Wertes der Ideologie lieferten bereits die kleinen Veränderungen im zweidimensionalen Raum und die kleinen Verschiebungen auf der Links-Rechts-Achse.

Die Sympathie für Bundesrat Christoph Blocher spielt im Kanton Schaffhausen bezüglich der Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP die grösste Rolle. Der Einfluss ist zwischen 1995 und 2003 noch angestiegen. Findet eine Wählerin oder ein Wähler Christoph Blocher sehr sympathisch, hat sie oder er 1995 eine um 40 und 2003 gar eine um 60 Prozentpunkte erhöhte Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP.

Aus den Ergebnissen zur Protest-Variable können zwei Schlussfolgerungen gezogen werden. Einerseits ist es möglich, dass die SVP im Kanton Schaffhausen gar nicht als Protestpartei angesehen wird, sondern als etablierte Partei mit einer alten und eventuell auch einer neuen Stammwählerschaft; andererseits lässt sich vermuten, dass die Operationalisierung des Faktors Protest ungenügend ist.

Das zweite Modell hat sowohl 1995 als auch 2003 eine relativ hohe Erklärungskraft: Es erklärt jeweils mehr als die Hälfte der Varianz, 2003 gar zwei Drittel.

Schluss

Die Schweizerische Volkspartei konnte im Kanton Schaffhausen in den Jahren von 1995 bis 2003 ihre potenzielle Wählerschaft ausweiten. Waren es 1995 insbesondere noch die Bauern und selbstständig Erwerbenden, die SVP wählten, verbreiterte sich die Wählerschaft bis 2003 auf alle sozialen Klassen ausser die soziokulturellen Spezialisten. Die SVP konnte sich also, wie es ihr Name besagt, in eine Volkspartei verwandeln und zählt nicht zu den Protestparteien. Ihre Wählerinnen und Wähler stammen hauptsächlich aus den ländlichen Gebieten des Kantons und sind nach wie vor eher

protestantisch. Die Nähe zur Partei, die Einstellung zur EU und die Sympathie für Christoph Blocher als Symbolfigur der SVP sind die drei wichtigsten Faktoren für die Wahl der SVP. Christoph Blocher war jedoch kein Kandidat im Kanton Schaffhausen, und so wurde in der Zeitspanne von 1995 bis 2003 kein Exponent der SVP in den Nationalrat gewählt. Dies kann unter anderem auch auf den Bisherigen-Bonus der angetretenen Kandidaten der anderen Parteien zurückgeführt werden; wobei beachtet werden muss, dass die Neuwahl von Hans-Jürg Fehr 1999 auf der traditionell sehr starken Stellung der SP im Kanton Schaffhausen beruht. Es wird interessant sein zu beobachten, ob die SVP einen Sitz für sich gewinnen kann, wenn Gerold Bühler von der FDP nicht mehr antritt.

Schliesslich sei noch einmal erwähnt, dass die Polarisierung der Parteien in der betrachteten Periode zunahm. Die Schaffhauser Parteien unterscheiden sich 2003 deutlicher als noch 1995. Die Abnahme der Intensität der Parteienkonkurrenz insbesondere für die SVP weist in die gleiche Richtung. Insgesamt wurde die Schweizerische Volkspartei in diesen Jahren im Kanton Schaffhausen eher konservativer und vermochte damit ihre Positionen weiter zu festigen.

Das haben wir den Linken und Netten zu verdanken:

Verhätschelte Kriminelle... Schamlose Asylanten... Brutale Albanermafia...

Die Kriminalität ist in den letzten Jahren massiv gestiegen. Vor allem die schweren Delikte wie Mord, Vergewaltigung und Körperverletzung. Aber auch im täglichen Leben haben Drohungen, Schlägereien und Diebstähle stark zugenommen. Einzelne Volksgruppen dominieren die Krimi-

nalitätsstatistiken. Albaner und Schwarzafrikaner beherrschen den Drogenhandel. Schamlose Asylbewerber nutzen unser Gastrecht aus. Linke Medien und feige Politiker verharmlosen diese Tatsachen. Wir nicht. Wir von der SVP nennen die Missstände beim Namen.

Ausschnitt aus einem Inserat der SVP, erschienen in der «Neuen Zürcher Zeitung» am 13. September 2003

Luzern

Einleitung

Der Kanton Luzern gehört zu den katholisch geprägten Kantonen der Schweiz. Die politische Landschaft wurde über Jahrzehnte hinweg von der Christlichdemokratischen Volkspartei dominiert, als deren Gegenspielerin die Liberalen fungierten. Während üblicherweise den Konservativen die Farbe Schwarz und den Sozialisten Rot zugeordnet wird, ist die politische Farbgebung im Kanton Luzern historisch anders begründet, denn die CVP wird mit Rot, die FDP mit Schwarz verbunden. Diese unübliche Farbgebung hat ihren Ursprung in der entscheidenden Verfassungsabstimmung von 1841, bei der die konservativen Anhänger der neuen Verfassung ihre Stimmzettel, wie darauf vermerkt war, «... in die rothe Schachtel, hingegen jene, so [sie] dieselbe verwerfen wollen, in die schwarze Schachtel ...» zu legen hatten (Rosenkranz 1996: 177).

Obwohl diese Ereignisse weit zurück liegen, haben sie die Luzerner Politik über lange Zeit hinweg geprägt. Bis in die 1960er Jahre drehten sich die Auseinandersetzungen vor allem um Fragen zu Kirche und Religion und die politische Konfrontation zwischen Rot und Schwarz entsprang einem klaren gesellschaftlichen Gegensatz. Der Graben zog sich mitten durch die Bevölkerung: Es gab rote und schwarze Gemeinden, rote und schwarze Wirtshäuser, rote und schwarze Vereine und rote und schwarze Heiratstöchter – eine Familie gehörte in das eine oder das andere Lager. Bemerkenswert ist, dass sich diese politische Struktur 150 Jahre halten konnte. In der urbaneren Region von Luzern hatte die Konfrontation zwischen Konservativen und Liberalen schon seit den 1970er Jahren an Schärfe verloren, als Gruppierungen am linken und rechten Rand des politischen Spektrums Stimmenanteile gewinnen konnten.

Die in der Einleitung dieses Bandes präsentierte Charakterisierung der katholischen Kantone passt auch auf den Kanton Luzern, denn die religiöse Konfliktlinie fällt mit einem starken Stadt-Land-Gegensatz zusammen. Die ländlichen Gebiete sind überwiegend katholisch, während die städtischen Gebiete säkularisiert sind und zu Hochburgen der Liberalen und Linken

wurden. Dieser Gegensatz dürfte aber eher zur Erklärung der abnehmenden Bedeutung der CVP relevant sein als für den Aufstieg der SVP: Zwar war die SVP zu Beginn eher in der Stadt als auf dem Land erfolgreich, sie holte aber auf dem Land schnell auf. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich im Kanton Luzern die politischen Konflikte sehr lange entlang der Linien «Staat-Religion» und «Stadt-Land» abspielten und in geringerem Masse auch entlang dem Konflikt «Kapital-Arbeit».

Entwicklung der SVP und des Parteiensystems

Die Christlichdemokratische Volkspartei war lange Zeit die bestimmende politische Kraft im Kanton Luzern.¹ Seit ihrer Gründung mit der Ruswiler Erklärung von 1840 als katholisch-konservative Partei spielt sie im Kanton eine zentrale Rolle. 1847, nach dem Sonderbundkrieg, musste sie die Macht bis 1871 an die Liberalen abgeben, verfügt seither aber wieder über die meisten Sitze in Regierung und Parlament. Die Freisinnig-Demokratische Partei als grosse Gegenspielerin der CVP hiess bis ins Jahr 2000 Liberale Partei Luzern (LPL) und entstand in den 1820er Jahren. Seit ihrer Gründung ist sie als zweitstärkste Fraktion in Regierung und Parlament vertreten, einzig zwischen 1841 und 1847 fehlte sie in der Regierung.

Die Sozialdemokratische Partei Luzern wurde 1897 gegründet und ist seit 1959 in der Kantonsregierung, aber nur in fünf Gemeinden in der Exekutive präsent. Aufgrund der späten Industrialisierung mit Schwerpunkten in der Agglomeration der Stadt Luzern und dem Norden des Kantons blieb der Einfluss der SP weit gehend auf diese Gebiete begrenzt. In der Stadt ist sie mittlerweile die stärkste Partei, während sie in den ländlichen Teilen des Kantons kaum Fuss fassen konnte. Die meisten Sektionen befinden sich auch heute noch im Einzugsgebiet der Stadt Luzern.

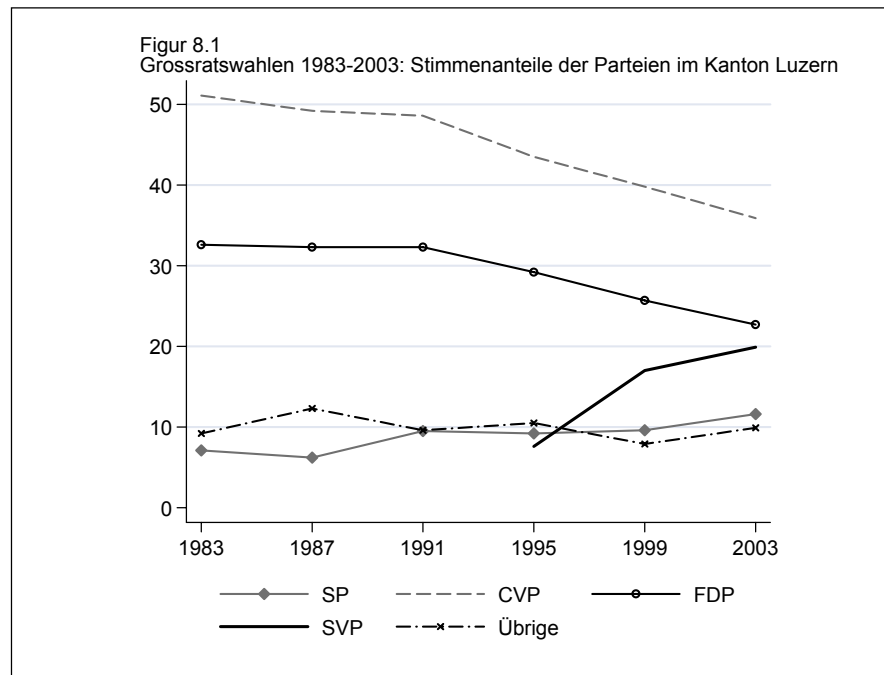
Als Folge von Tschernobyl und Schweizerhalle entstanden 1986 aus Umweltbewegten, SP-Enttäuschten und Aktivisten verschiedenster Gruppierungen, unter anderem aus der POCH (Progressive Organisationen Schweiz), die Grünen. Die POCH war im Kanton Luzern während einer Legislaturperiode (1979–1983) die viertstärkste Partei und verfügte über eine relativ breite Wählerbasis, die sich nach ihrer Auflösung grösstenteils den Grünen zuwandte. Die kleinen Parteien aus dem rechten Spektrum, wie die Schweizer Demokraten (SD), die Republikaner oder die Auto-beziehungsweise Freiheitspartei, konnten im Kanton Luzern nie viele Wählerstimmen für sich gewinnen und nur die SD gewannen zu Beginn der 1970er Jahre Sitze im Grossrat. Auf der linken Seite löste sich der

Landesring der Unabhängigen LdU Anfang der 1990er Jahre nach einem kontinuierlichen Bedeutungsverlust auf.

Ausschlaggebend für die Gründung der SVP am 30. April 1992 in Emmenbrücke war die bevorstehende Abstimmung über den EWR-Beitritt vom 6. Dezember 1992. Diese Abstimmung war auch Thema der Gründungsrede, die von Nationalrat Christoph Blocher gehalten wurde. Die Partei orientierte sich von Beginn weg an der politischen Linie des Zürcher Flügels der SVP. Die Luzerner Kantonalsektion visierte vor allem «die bürgerlichen Wähler und Wählerinnen an, die sich durch die von CVP und LPL (FDP) betriebene Politik nicht mehr repräsentiert fühlten.»² Wie die Umstände der Gründung zeigen, war neben der klaren Ablehnung eines Beitritts zu EWR und EU die hohe Verschuldung des Kantons, die von der SVP als Resultat der Misswirtschaft der anderen bürgerlichen Parteien dargestellt wurde, der wichtigste thematische Schwerpunkt. Das Wachstum der Partei war in der Stadt und Agglomeration anfangs am grössten, bevor auch auf dem Land Mitglieder gewonnen wurden. Ein Glaubwürdigkeitsproblem, wie es sich für die SVP auf nationaler Ebene aufgrund ihres Doppelspiels von Regierungsbeteiligung und Oppositionspolitik stellt, besteht für die kantonale Sektion nicht, da die SVP im Kanton Luzern den Einzug in den Regierungsrat bis heute nicht geschafft hat.

Fast drei Jahre nach der Gründung nahm die SVP im Frühjahr 1995 das erste Mal an den Wahlen für den Regierungs- und den Grossrat teil und erreichte auf Anhieb 7,6 Prozent Wähleranteil beziehungsweise 11 Mandate im Grossen Rat. Die Sitze wurden in den Ämtern Sursee, Hochdorf, Luzern-Land und Luzern-Stadt gewonnen, in den katholischen Hochburgen Entlebuch und Willisau blieb die SVP hingegen chancenlos.

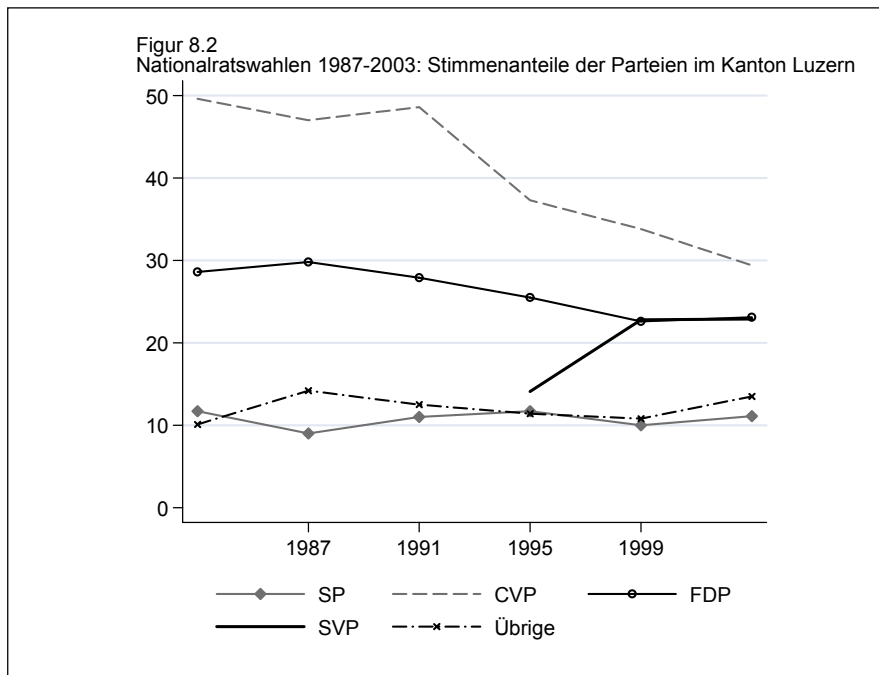
Die Kantonsratswahlen finden jeweils knapp ein halbes Jahr vor den nationalen Wahlen statt, weshalb ihnen jeweils die Rolle eines Stimmungsbarmeters für die Nationalratswahlen zukommt. Bei den Nationalratswahlen im Herbst 1995 trat die SVP mit einer Liste an, auf der vor allem selbstständig Erwerbende und Unternehmer kandidierten. Damit versuchte die SVP, ihren Anspruch als Partei des Kleingewerbes und des Mittelstandes zu unterstreichen. Bei den Nationalratswahlen konnte sie nur ein halbes Jahr nach den kantonalen Wahlen ihren Wähleranteil beinahe verdoppeln. Mit 14,1 Prozent sicherte sie sich auf Anhieb einen Nationalratssitz. Während 1995 die Linke, also SP und Grüne, weder auf kantonaler noch auf nationaler Ebene Stimmenverluste hinnehmen musste, fallen die grossen Verluste der CVP auf. Bei den Grossratswahlen war sie noch mit einem blauen Auge davongekommen, die Einbrüche bei den Nationalrats-



wahlen sind aber frappant. Ebenfalls mit fallender aber weniger akzentuierter Tendenz kam die FDP aus den Wahlen. Der Vergleich der Parteistärken lässt den vorläufigen Schluss zu, dass die SVP hauptsächlich den Bürgerlichen und bei den Nationalratswahlen vor allem der CVP massiv Wähler abspenstig gemacht hat.

Die Grossratswahlen 1999 brachten für die bürgerliche Mitte keine Erholung und ihr Negativtrend hielt an, während die SVP ihren Aufstieg fortsetzen konnte. Sie legte nochmals markant zu und mit 17 Prozent Wähleranteil verdoppelte sich die Zahl ihrer Sitze auf 22, wobei die Reduktion des Grossen Rates von 170 auf 120 Sitze den Zuwachs noch gewichtiger machte. Die SVP wurde hinter CVP und FDP drittstärkste Partei im Kanton und konnte diesmal in allen Ämtern Sitze gewinnen. Wiederum verstand es die SP, ihren Wähleranteil zu verteidigen, während die Bürgerlichen erneut Stimmenanteile an die SVP abgeben mussten. Diese verpasste den Einzug in die Exekutive 1999 nur sehr knapp.

Bei den Nationalratswahlen vom Herbst 1999 konnte die CVP die starken Einbussen gegenüber den nationalen Wahlen von 1995 verlangsamen, sie verlor aber trotzdem wie die FDP Stimmenanteile. Die SP büsste ebenfalls leicht ein, während die SVP nochmals um die Hälfte zulegen konnte und mit 22,8 Prozent sogar die FDP überholte und zweitstärkste Kraft im



Kanton wurde. Damit konnte sie mit dem Bisherigen Josef Kunz und Otto Laubacher als neuem Nationalrat zwei der insgesamt zehn Luzerner Vertreter der grossen Kammer nach Bern schicken.

Wie sie selber eingestehen musste, wurde die SVP Opfer ihres beispiellosen Aufstiegs, denn das schnelle Wachstum verursachte Personalprobleme und die Partei konnte nicht alle Kommissionen besetzen.³ 2001 lancierte die Partei die Initiative «Effiziente Regierung und schlanke Verwaltung» mit dem Ziel, zwei Departemente aufzulösen und damit die Anzahl der Regierungsmitglieder von sieben auf fünf zu reduzieren. Dieses Ansinnen erhielt ein Jahr darauf die Zustimmung des Stimmvolkes.

Bei den Grossratswahlen im Frühjahr 2003 liessen die Zuwachsraten der SVP etwas nach, es resultierte aber trotzdem ein Zugewinn von vier Sitzen auf deren 26 und einen Wähleranteil von knapp 20 Prozent. Die Stimmenverluste der Bürgerlichen konnten sich diesmal SP und SVP in fast gleichem Masse gutschreiben lassen. Für den auf fünf Sitze reduzierten Regierungsrat wurden drei CVPler, ein Liberaler und ein SPler gewählt. Der bestplatzierte SVP-Kandidat verfehlte den Einzug in die Exekutive dieses Mal deutlich.

Die Verlangsamung des Stimmenzuwachses der SVP setzte sich auch bei den Nationalratswahlen von 2003 fort. Der Anteil der Luzerner SVP stag-

nierte, seit den letzten nationalen Wahlen 1999 konnte mit einem Ergebnis von 21,9 Prozent nur ein Zehntelpunkt hinzugewonnen werden. Dank «Proporzglück» kam sie aber zu ihrem dritten Nationalratssitz und konnte mit Felix Müri den amtierenden Kantonalpräsidenten nach Bern schicken. Von den übrigen Parteien konnte die FDP wieder leicht Wähleranteile gewinnen und die SP darf mit dem stärksten Zuwachs als Siegerin der Wahl gesehen werden. Demgegenüber akzentuierte sich der Fall der CVP wieder und von der einstigen klaren Vormachtstellung blieben weniger als 30 Prozent Wähleranteil übrig.

Positionierung der Parteien

Wie im vorherigen Kapitel aufgezeigt wurde das Parteiensystem des Kantons Luzern lange Zeit vom bürgerlichen Block aus CVP und FDP dominiert. Trotz dieser Vormachtstellung ergibt die Summe der potenziellen Wählerschaften, dass die meisten Wähler starke Präferenzen für mehr als eine Partei haben. Tabelle 8.1 und Tabelle 8.2 zeigen die Wählerpotenziale, die Parteistärke der einzelnen Parteien und ihre Ausschöpfungsquoten für die Jahre 1995 und 2003.

Aus Tabelle 8.1 geht hervor, dass die SP das grösste und die SVP das geringste Potenzial hat. Ausser der im Kanton Luzern überdurchschnittlich vertretenen CVP liegen die Grössenordnungen nahe bei den gesamtschweizerischen, was angesichts des Luzerner Kontextes nicht unbedingt zu erwarten war. Die SP weist das grösste Potenzial auf, obwohl sie nicht im ganzen Kanton verankert ist. Offensichtlich vermag ihre starke Stellung in der Stadt und der Agglomeration die geringe Vertretung im Rest des Kantons aufzuwiegen. Ebenfalls erstaunlich ist die nur leicht unter dem Schweizer Durchschnitt liegende potenzielle Wählerschaft der SVP angesichts der Tatsache, dass die Kantonalsektion bei den Wahlen 1995 gerade erst drei Jahre bestand und die SVP zum ersten Mal an nationalen Wahlen teilnahm. Dies wirft die Frage auf, ob im Kanton Luzern schon vor der Gründung der Kantonalsektion ein Wählerpotenzial bestand, das diese Partei bei den ersten Wahlen sehr selbstverständlich wählte.

In Bezug auf die Ausschöpfungsquote, das heisst den Anteil der potenziellen Wählerschaft, der die betreffende Partei tatsächlich gewählt hat, ergibt sich in Luzern ein äusserst kontrastreiches Bild. So wurden die Grünen und die SP nur von jedem fünften potenziellen Wähler gewählt. Die SP genießt zwar am meisten Sympathie unter den Wählern, erhält an der Urne aber nur einen Bruchteil der potenziellen Stimmen. Im Gegensatz zur Linken liegt die traditionell starke bürgerliche Mitte in Luzern massiv

Tabelle 8.1
Potenzielle Wählerschaften und Überlappungen, 1995

	SP	Grüne	CVP	FDP	SVP
SP		0.88	0.80	0.77	0.80
Grüne	0.75		0.70	0.66	0.65
CVP	0.73	0.75		0.79	0.82
FDP	0.73	0.73	0.81		0.86
SVP	0.54	0.52	0.60	0.62	
Wählerpotenzial	52.4	44.5	47.9	49.2	35.3
Parteistärke	11.7	8.1	37.3	25.5	14.1
Ausschöpfungsquote	22.3	18.2	77.9	51.8	39.9

Tabelle 8.2
Potenzielle Wählerschaften und Überlappungen, 2003

	Grüne	SP	CVP	FDP	SVP
Grüne		0.87	0.63	0.60	0.49
SP	0.77		0.55	0.54	0.41
CVP	0.68	0.68		0.72	0.59
FDP	0.65	0.65	0.71		0.66
SVP	0.39	0.37	0.43	0.49	
Wählerpotenzial	44.5	39.4	48.5	47.8	35.5
Parteistärke	11.1	9.8	29.4	23.1	22.9
Ausschöpfungsquote	24.9	24.8	60.6	48.3	64.6

über den gesamtschweizerischen Vergleichswerten. Vier von fünf Wählern, die sich vorstellen konnten, die CVP zu wählen, haben dies an der Urne auch getan, was deren starke Verankerung im Kanton verdeutlicht. So erreichte die CVP bei einem ähnlichen Potenzial wie die SP über 37 Prozent der Wählerstimmen und wurde damit die stärkste Partei. Ihre einstige schärfste Konkurrentin, die FDP, konnte bei einem ähnlich grossen Wählerpotenzial noch die Hälfte der potenziellen Wähler für eine FDP-Stimme an der Urne gewinnen und erzielte 25,5 Prozent. Die SVP konnte entgegen dem allgemeinen Trend ihre Ausschöpfungsquote zwischen 1995 und 2003 von 40 auf 65 Prozent steigern.

Tabelle 8.1 zeigt auch auf, wie die Konkurrenzsituation der Parteien untereinander aussieht. Wie schon im gesamtschweizerischen Vergleich dargestellt, sind die Überlappungen zwischen ideologisch verschiedenen Parteien deutlich geringer und die Konkurrenz unter den Parteien muss nicht symmetrisch sein. Obwohl sie historische Gegner sind, konkurrieren die CVP und die FDP heute stark miteinander und sprechen eine ähnliche Wählerschaft an. Umso mehr verwundert es, dass die meisten potenziellen

SVP-Wähler in ähnlicher Masse mit der SP sympathisieren, wie sie es mit CVP und FDP tun. Nur die Überlappungen mit den Grünen sind deutlich geringer. Umgekehrt stellt die SVP für die anderen Parteien eine weniger starke Konkurrenz dar. Bei den Linken sind es jeweils nur knapp die Hälfte der potenziellen Wähler, die sich vorstellen können, auch die SVP zu wählen, während dieser Anteil bei der FDP und CVP erstaunlicherweise nicht viel höher ist. Dies kann damit zu tun haben, dass sich die SVP eine Wählerschaft aufgebaut hat, die sie von den etablierten Parteien abgeworben hat und die sich immer noch vorstellen kann, ihre «alte» Partei zu wählen. Dass die SVP in Luzern trotz hohen Überlappungen mit anderen Parteien eine hohe Ausschöpfungsquote erreicht, zeigt, dass sie überdurchschnittlich erfolgreich war, ihre potenziellen Wähler tatsächlich zu mobilisieren.

In den acht Jahren zwischen den Nationalratswahlen von 1995 und 2003 hat sich bei den Überlappungen der potenziellen Wählerschaft einiges getan. Die tiefere Summe der potenziellen Wählerschaften indiziert eine Ausdifferenzierung der Konkurrenzsituation, die sich zwischen allen Parteien beobachten lässt. Im Gleichschritt mit der gesamtschweizerischen Entwicklung ist im bürgerlichen Lager eine deutliche Trennung der potenziellen Wählerschaft zwischen FDP und CVP feststellbar. Die Überlappungen lassen immer noch eine Affinität der bürgerlichen Wählerschaft für die jeweils andere Partei erkennen, jedoch hat diese deutlich nachgelassen. Aus ideologischer Sicht erstaunt die Tatsache, dass sich die bürgerliche Wählerschaft noch viel eher vorstellen kann, die SP oder die Grünen zu wählen, als die rechtsbürgerliche SVP. Haben hier die heftigen medialen Angriffe der SVP gegen die bürgerliche Mitte ihre Spuren hinterlassen?

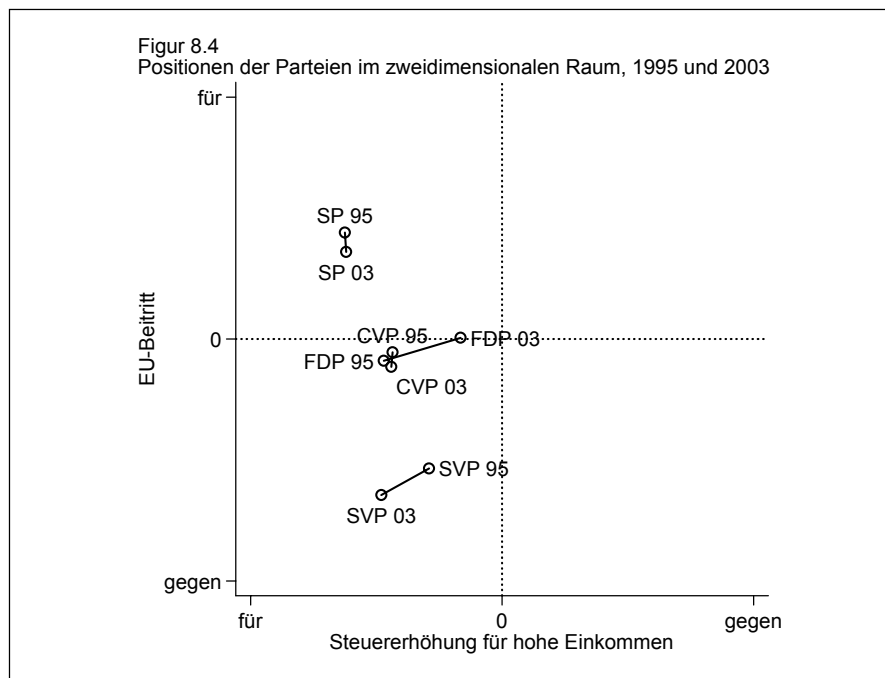
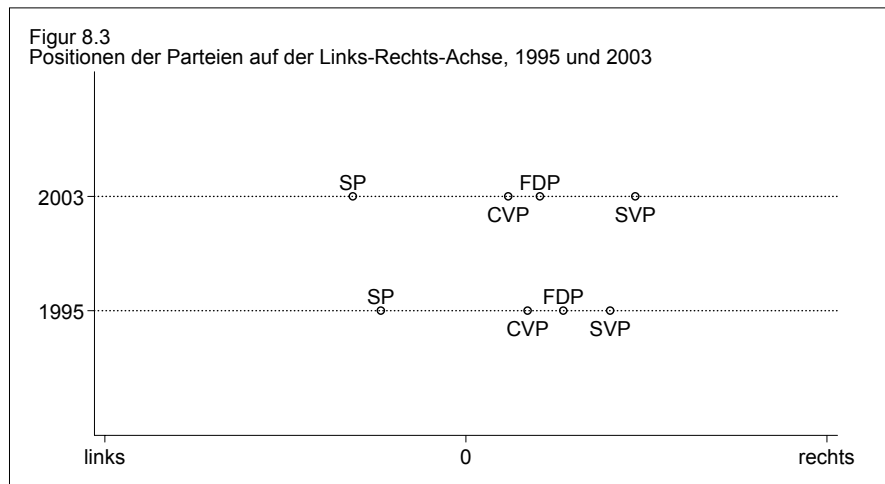
Bei den Linken hat sich demgegenüber wenig verändert, die gegenseitige Überlappung der potenziellen Wählerschaft ist gleich geblieben. Der Zuspriech für CVP und FDP ist nur leicht gesunken, jedoch können sich deutlich weniger Linkswähler vorstellen, die SVP zu wählen. Der Vergleich der potenziellen Wählerschaften mit den tatsächlichen Wahlergebnissen zeigt, dass die Ausschöpfungsquote der CVP massiv gesunken ist. Bei praktisch gleichem Wählerpotenzial 1995 und 2003 erlitt sie fast 8 Prozent Stimmenverlust. Während acht Jahre zuvor noch vier von fünf ihrer potenziellen Wählerschaft für sie stimmten, waren es 2003 noch drei von fünf, wobei zu bemerken ist, dass die frühere Ausschöpfungsquote auf sehr hohem Niveau lag und auch eine Quote von 60 Prozent im Vergleich zu den anderen Parteien immer noch einen sehr hohen Wert bedeutet. Die FDP kam etwas glimpflicher davon. Aus einem etwas kleineren Potenzial

resultierte im Jahre 2003 mit 23,1 Prozent zwar auch ein leicht gesunkener Stimmenanteil, dabei konnte sie die Ausschöpfungsquote jedoch bei knapp der Hälfte der potenziellen Wählerschaft halten. Die Ausdifferenzierung führte auch im linken Lager zu einem geringeren Potenzial, doch vor allem die Grünen erreichten eine bessere Ausschöpfung.

Am augenfälligsten ist die klare Herausbildung einer eigenen Wählerschaft bei der SVP. Ihre potenzielle Wählerschaft ist zwar insgesamt gleich geblieben, aber im Gegensatz zu 1995, als die SVP viele Wähler noch nicht wirklich an sich binden konnte, muss sie sich acht Jahre später ihre potenzielle Wählerschaft am wenigsten mit den anderen Parteien teilen. Bei gleich bleibendem Wählerpotenzial legte sie 2003 im Vergleich zu 1995 um über die Hälfte auf 22,9 Prozent der Stimmen zu, ein Stimmengewinn, der ausschliesslich auf die deutliche Steigerung der Ausschöpfungsquote zurückzuführen ist. Die momentane Ausschöpfung von zwei Dritteln der potenziellen Wähler erscheint sowohl im Vergleich mit den anderen Parteien als auch gemäss Theorie am oberen Ende der Bandbreite zu liegen, was die Vermutung nahe legt, dass zukünftige Stimmengewinne der SVP praktisch nur über ein gestiegenes Wählerpotenzial möglich wären. Da sich aber im gesamten Untersuchungszeitraum das Potenzial nicht verändert hat, erscheinen für die SVP im Kanton Luzern weitere Stimmengewinne immer schwieriger erreichbar zu sein.

Wenden wir uns nun der Positionierung der Parteien auf der Links-Rechts-Skala anhand der Einstellungen ihrer Wählerschaft zu. Für das Jahr 1995 zeigt sich bei den Regierungsparteien folgendes Bild: Erwartungsgemäss verorten sich die SP-Wähler deutlich links vom kantonalen Mittelwert. Am weitesten rechts und auch deutlich weiter rechts als im Schweizer Durchschnitt stufen sich die Luzerner SVP-Wähler ein. Zwischen ihnen und dem Durchschnitt liegen CVP und FDP in etwa gleichen Abständen voneinander entfernt. Acht Jahre später hat sich auch im Kanton Luzern eine Polarisierung auf der Links-Rechts Achse ergeben. Der Durchschnitt der Wähler ordnet sich etwas weiter rechts ein, aber vor allem sind die Pole von SVP und SP auseinander gerückt. Bei den CVP- und deutlicher bei den FDP-Wählern ist eine leichte Linksbewegung erkennbar, die der Entwicklung des Kantonsdurchschnitts entgegenläuft.

Da die Reduktion der politischen Komplexität auf eine Dimension nicht unproblematisch ist, vergleichen wir nun die Einstellungen der Wähler zu bestimmten Themen zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten. Dazu bilden wir einen zweidimensionalen Raum anhand der Einstellungen zum EU-Beitritt einerseits und jenen zu höheren Steuern für höhere Einkom-



men andererseits. Die beiden Achsen markieren die neue Konfliktlinie «Öffnung-Abgrenzung» sowie den Klassenkonflikt. Analog zur gesamten Schweiz unterscheiden sich die Wähler der unterschiedlichen Parteien viel stärker in Bezug auf die Frage eines EU-Beitritts als auf der ökonomischen Achse, auf der allen ein Bekenntnis für eine Steuererhöhung für hohe Einkommen gemein ist. Während CVP und FDP nahe beieinander und in

der Mitte der Konfiguration liegen, unterscheiden sich SP und SVP auf der Öffnungs-Abgrenzungs-Dimension deutlich von der bürgerlichen Mitte. Die Verschiebungen in der Parteienkonfiguration zwischen 1995 und 2003 sind nicht enorm. SP- und CVP-Wähler haben ihre Einstellungen kaum geändert, während sich die FDP-Wähler deutlicher zu Steuersenkungen für höhere Einkommen bekennen. Die SVP-Wähler haben demgegenüber die entgegengesetzte Richtung gewählt und liegen auf der ökonomischen Dimension beim Kantonsdurchschnitt. Auf der kulturellen Ebene hat die SVP ihre Ausnahmestellung aber weiter ausgebaut und sich noch weiter in Richtung des Pols «Tradition» bewegt. Angesichts der geringen Unterschiede zwischen den Parteien auf der ökonomischen Dimension und der Tatsache, dass die rechten Splitterparteien weiter an Boden verloren und zum Abseitsstehen der SVP beigetragen haben, dürfte die Erklärung des Erfolges der SVP in ihrer Positionierung auf der kulturellen Dimension zu suchen sein. Wir werden dem in der Analyse der Wahlentscheidung nachgehen.

Wahlkämpfe

Während des Nationalratswahlkampfes 1995 im Kanton Luzern waren insbesondere zwei Faktoren von wahlkampfstrategischer Bedeutung: Einerseits wurde durch die Volkszählung im Jahre 1990 dem Kanton Luzern ein zehnter Sitz zugesprochen, andererseits betrat die SVP das erste Mal bei eidgenössischen Wahlen das politische Parkett.⁴ Im Vorfeld der Wahlen gab es insbesondere Unsicherheiten um drei Sitze: Der fünfte Sitz der CVP wackelte, die Rückeroberung des bei den Wahlen von 1991 verloren gegangenen dritten Sitzes für die LPL war ungewiss, und wie die SVP hoffte auch die Linke auf den Gewinn eines zusätzlichen Mandates.⁵

Anhand der Berichterstattung in der Luzerner Presse wird deutlich, dass persönliche Aspekte der Kandidaten und Kandidatinnen im Wahlkampf ebenso wichtig waren wie politische Sachthemen. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang eine Diskussion im Radio DRS mit Nationalratskandidaten aller Parteien: Die Hälfte der Zeit nahm die persönliche Befragung der Kandidaten in Anspruch, wobei beispielsweise in Erfahrung gebracht wurde, dass Adrian Schmid von den Grünen lieber nicht im Entlebuch leben möchte, Helen Leumann von der LPL Verständnis hat für die Protestaktion der Fussball-Nationalmannschaft gegen die französischen Atomtests oder dass SVP-Kandidat Leo Fischer Tempo 80 auf Autobahnen nicht freiwillig einhält. Inhaltlich wurde danach schwergewichtig über das Problem der Arbeitslosigkeit diskutiert. Aus der Berichterstattung war aber

bezeichnenderweise nicht ersichtlich, was für Lösungsvorschläge und Ideen die Kandidaten zur Arbeitsmarktproblematik hatten.⁶

Bei den politischen Sachthemen waren die Themen Europa und die Wirtschafts- und Finanzpolitik dominierend. Die Thematik der europäischen Integration war gewissermassen das Überthema des Wahlkampfes 1995. Sichtbar wurde dies bei Podiumsdiskussionen anhand der Publikumsfragen, aber auch bei Wahlveranstaltungen. Die Rollen waren dabei klar verteilt: Während die Grünen und die SP einen Beitritt zur EU befürworteten, markierten die LPL und die CVP bei der aussenpolitischen Öffnung und einem EU-Beitritt zwar grundsätzlich eine positive Haltung, räumten aber dem Abschluss der bilateralen Verhandlungen oberste Priorität ein. Die SVP sprach sich zusammen mit den Schweizer Demokraten dagegen vehement gegen einen Beitritt zu EWR und EU aus und machte diese Ablehnung zum Hauptthema ihrer Wahlkampagne. Eine Wahlveranstaltung mit der damaligen Parteisekretärin Myrtha Welti und einem Referat von Christoph Blocher zum Thema «Warum die Schweiz der EU nicht beitreten darf!» lockte beispielsweise über 600 Leute in die Stadthalle Sursee.⁷ Zur emotional geführten Europadiskussion während des Wahlkampfes gehörten auch SVP-Manifestationen an historischen Orten der alten Eidgenossenschaft. Verdeutlicht wurde diese Form der symbolischen Politik durch die SVP-Kundgebung und den Auftritt Blochers beim Schlachtdenkmal von Morgarten – auf Zuger Kantonsgebiet, aber organisiert von den drei SVP-Kantonalparteien Schwyz, Zug und Luzern. In diesem konkreten Fall wurde aber auch Kritik laut, dass diese nationale Gedenkstätte durch eine einzelne Partei besetzt werde. Noch stärker in die Kritik gerieten einige Brauchtumsvereine, denen vorgeworfen wurde, sich von der SVP vor den Karren spannen und sich für Parteipolitik missbrauchen zu lassen.⁸ Die NZZ sah nach den Wahlen die Gewinne der SVP eindeutig «im Zeichen der Europafrage».⁹ Das Thema Finanz- und Wirtschaftspolitik wurde weniger emotional diskutiert. Mit ihrem Parteiprogramm und den Kandidaten versuchte die SVP den Mittelstand sowie das Klein- und Mittelgewerbe anzusprechen.¹⁰

Die Grünen setzten sich für eine alternative Verteilung der Erwerbsarbeit ein, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, und die SP wollte insbesondere die Ausgaben für die Armee halbieren, um die Verschuldung des Staatshaushalts zu verringern. Die wirtschaftspolitische Programmatik der CVP zielte vor allem darauf ab, mit der Forderung nach Steuererleichterungen für Familienunternehmen die von der SVP umworbenen Teile des Mittelstandes zu halten oder zurückzugewinnen. Die LPL setzte auf bessere

wirtschaftliche Rahmenbedingungen durch den Abschluss der bilateralen Verhandlungen.¹¹ Weitere Themen von Interesse im Wahlkampf waren die Drogenpolitik, wo sich die SVP für eine repressive Politik und gegen die Entkriminalisierung weicher Drogen aussprach, sowie bei Podiumsdiskussionen die französischen Atomtests im Südpazifik.¹² Die Zeitung «Luzerner Neuste Nachrichten» (LNN) veröffentlichte eine Umfrage mit allen Luzerner Nationalratskandidaten, in der diese zu folgenden Themen Stellung nehmen mussten: EU-Beitritt, NEAT, Mutterschaftsversicherung, Durchsetzung der Luftreinhalteverordnung, des weiteren zur Frage, wo, angesichts der Finanzlage des Bundes, am meisten gespart werden sollte.¹³

Unsere Umfragedaten geben Aufschluss darüber, welche politischen Sachthemen für die Befragten die höchste Priorität hatten. Dabei fällt auf, dass die Europafrage in der Bevölkerung nur an zweiter Stelle rangiert. Das Thema Arbeitsmarkt und die Arbeitslosigkeit standen in der Rangliste der wichtigsten Themen ganz zuoberst. Auf dem dritten Platz folgt die Umweltproblematik, die in den Medien – vielleicht abgesehen von Fragen der Energiepolitik – schlicht kein Thema war. Erst auf dem vierten Rang folgen Finanzen und Steuern, die umgekehrt in den Medien hohe Beachtung fanden, und auf dem fünften Platz schliesslich das Thema Immigration und Integration, das von den Luzerner Medien ebenfalls nicht gross thematisiert wurde, es sei denn, es fand gerade eine Podiumsdiskussion mit Schülern in einem Schulhaus mit hohem Ausländeranteil statt.¹⁴ Vergleicht man die wichtigsten Sachthemen in den Medien mit denen der Wähler, fällt also eine deutliche Diskrepanz auf.

Neben dem Inhalt des Wahlkampfes muss auch der politische Stil in die Analyse miteinbezogen werden. Das erstmalige Antreten der SVP bei nationalen Wahlen im Kanton Luzern brachte eine Veränderung der Wahlkampagnen mit sich. Die SVP griff mit ihren Wahlinseraten in den Zeitungen nicht bloss Sachthemen auf, sondern auch gezielt die anderen Parteien an. «Das sozialpolitische Erbe der FDP-Industrie ist die Überfremdung»¹⁵ oder «Parteien ohne festen Standpunkt sind wie Wechselblinker. Sie springen hin und her und zeigen Gefahr an»¹⁶ sind Beispiele von Inseraten in der Luzerner Presse. Gemäss dem erklärten Ziel, bürgerliche Wählerinnen und Wähler zu gewinnen, die mit der Politik von CVP und LPL nicht mehr einverstanden waren, zielten die verbalen Angriffe vor allem auf diese beiden bürgerlichen Parteien ab.¹⁷ Es entwickelte sich eine Form der Wahlkommunikation direkt über die Inserate, in denen die LPL («Liebi Fraue und Manne: Unser Land lebt nicht vom Nein allein») und die CVP («Es zählt die Leistung») auf die SVP-Angriffe antworteten.

Tabelle 8.3
Wichtigste Probleme in der Schweiz, 1995 und 2003 (in Prozent der Nennungen)

	1995		2003	
	Anteil	Rang	Anteil	Rang
Wirtschaft	4.0	8	1.1	9
Umwelt	13.3	3	1.8	8
Europäische Integration	16.6	2	2.9	6
Finanzen & Steuern	13.1	4	6.5	5
Gleichstellung	0.5	12	0.7	11
Immigration & Integration	11.0	5	22.2	1
Internat. Beziehungen	0.8	10	0.5	12
Arbeitsmarkt	20.3	1	12.6	4
Recht & Ordnung	0.7	11	1.0	10
Politisches System	1.0	9	2.0	7
Gesundheit	4.7	7	15.5	2
Soziale Sicherheit	4.7	7	15.2	3
Anderes	8.1	6	2.9	6
Keine Antwort	1.3		2.4	
Weiss nicht			12.7	
Total	100%		100%	

Im Vorfeld der Wahlen 2003 ging es im bürgerlichen Lager vor allem um die Frage, ob die CVP ihre Vormachtstellung mit vier von zehn Sitzen im Nationalrat würde halten können. Die Chancen standen angesichts der Kandidatur mit drei Bisherigen relativ gut, zumal die Partei im Frühling bei den kantonalen Wahlen mit 36 Prozent Stimmenanteil (33,8 Prozent bei den eidgenössischen Wahlen 1999) besser abgeschnitten hatte als erwartet. Die FDP wollte als Wahlziel das vor vier Jahren verlorene Mandat zurückgewinnen und stieg mit prominenten Namen, wie zum Beispiel dem Unternehmer Otto Ineichen, in den Wahlkampf. Die bisherigen Vertreter konnten angesichts dieser parteiinternen Konkurrenz also nicht von einer sicheren Wiederwahl ausgehen, weil der Wähleranteil der FDP im Frühling im Vergleich zu 1999 stagniert hatte.

Die SVP wiederum hatte sich zum Ziel gesetzt, einen dritten Sitz auf Kosten der CVP zu erobern. Als aussichtsreichste Kandidaten galten im Vorfeld der Luzerner Grossrat Walter Häcki, Kantonalparteipräsident Felix Müri aus Emmen sowie der Entlebucher Volksmusiker Franz Stadelmann. Im linken Lager waren die SP und das Grüne Bündnis eine Listenverbindung eingegangen. Im Vorfeld der Wahlen wurde in den lokalen Medien mit einer Wiederwahl der beiden bisherigen linken Kandidaten, SP-Nationalrat Hans Widmer und GP-Nationalrätin Cecile Bühlmann gerechnet.

Vor allem Letztere konnte bei früheren Wahlen jeweils zahlreiche parteifremde Stimmen auf sich vereinigen,¹⁸ was sich im Nachhinein – sie erzielte ein Glanzresultat und die Grünen legten massiv zu – bestätigte.

In einer vor den Wahlen publizierten Analyse zu den eidgenössischen Wahlen nannte die «Neue Luzerner Zeitung» für das Jahr 1995 beziehungsweise 1999 die Themen Europa beziehungsweise Asyl als wichtigste und mitunter sogar wahlentscheidende Themen.¹⁹ Für die Wahlen 2003 kürte die NLZ angesichts der Tatsache, dass wir «nicht mehr in den unbeschwernten Zeiten der wirtschaftlichen Blüte leben und die heile Schweiz ihre vermeintliche Unantastbarkeit verloren hat», die soziale Sicherheit zum Topthema.²⁰ Generell sei das wirtschaftliche Klima rauer und die Verunsicherung deshalb grösser geworden, konstatiert die «Neue Luzerner Zeitung». Genannt wurden zum Beispiel das «Grounding» der Swissair, die Finanzierungsprobleme bei der AHV und die Diskussion um ein höheres Rentenalter. Im Kontext der Sicherheitsthematik sah die «Neue Luzerner Zeitung» aber auch die politischen Krisenherde weltweit. Die Parteien reagierten freilich recht unterschiedlich auf diese Themen: Die SVP wollte vor allem einen weiteren Ausbau des Sozialstaates verhindern, die Sozialausgaben und die Steuern senken, die Linke hingegen empfand genau diese Politik als das eigentliche Sicherheitsrisiko.²¹

Welche Sachthemen waren aus parteipolitischer Optik im Wahljahr 2003 entscheidend? Rückblickend auf die Wahlen 2003 erklärte sich der Luzerner SVP-Kantonalparteipräsident und neu gewählte Nationalrat Felix Müri den Wahlerfolg seiner Partei vor allem mit den klar vertretenen Standpunkten in der Asylfrage und bei Einbürgerungen.²² Trotzdem: Der Wahlkampf 2003 in Luzern war – wie in der ganzen Schweiz – eher arm an Sachthemen. Politiker, die einzelne, populäre Themen im Wahlkampf aufgriffen, wurden dennoch belohnt: Als Grund für das sehr gute Wahlresultat des neuen FDP-Nationalrats Otto Ineichen sieht die NLZ dessen Wahlkampfführung, wo sich Ineichen mit nationalen und kantonalen Themen profilieren konnte. Als Beispiele werden die Themen Pensions- und Krankenkassen sowie die Frage des Universitätsstandortes in Luzern genannt.²³

Die Auswertung der Medienberichterstattung für das Jahr 2003 zeigt, dass die soziale Sicherheit am meisten mediale Beachtung fand, nur knapp vor der Europäischen Integration und Fragen der Sicherheit. Diese drei Themen haben die Berichterstattung klar dominiert, während die anderen Themen nur marginale Resonanz fanden. Die Auswertung der Themen, die für die Bevölkerung am wichtigsten waren, zeigt ein anderes Bild. Die

Themen Ausländerpolitik, Gesundheitswesen und soziale Sicherheit, und zwar in dieser Reihenfolge, beschäftigten die Wähler am meisten. Ebenfalls oft genannt wurden der Arbeitsmarkt sowie Finanzen und Steuern.

Vielleicht kam es aufgrund des sachthemenarmen Wahlkampfes im Luzerner Wahlkampf zu zwei kleineren Skandalen: Auf Wahlinsparaten des Entlebucher SVP-Kandidaten Franz Stadelmann fanden sich Namen von prominenten Innerschweizern, die angeblich Stadelmann unterstützten – teilweise wurden diese Personen, unter ihnen zum Beispiel Olympiasieger Donghua Li, jedoch nie um Unterstützung angefragt beziehungsweise gaben nie ihr Einverständnis.²⁴ Zu reden gab auch die SVP-Verbalattacke auf die Innerschweizer FDP-Bundesratskandidaten: Die vier SVP-Nationalräte aus Luzern, Zug und Schwyz warfen den beiden FDP-Kandidaten Franz Steinegger und Rolf Schweiger vor, sie seien zu alt für den Bundesrat, auch wenn der neue SVP-Bundesrat Christoph Blocher einige Jahre älter ist als Steinegger und Schweiger. «Man spüre, dass der Wahlkampf mit härteren Bandagen geführt werde», meinte auch die Luzerner Ständerätin Helen Leumann.²⁵

Analyse des Wahlergebnisses

Wir wenden uns nun der Analyse des Wahlergebnisses zu, wobei wir dem in Kapitel 3 präsentierten Vorgehen folgen. In einem ersten Modell untersuchen wir den Einfluss der sozialen Merkmale der Befragten auf die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP. Anschliessend analysieren wir die politischen Einstellungen, wobei wir die sozialen Merkmale kontrollieren.

In Modell 1 betrug die Wahlwahrscheinlichkeit der Referenzgruppe der Bauern und des alten Mittelstandes für die SVP im Jahre 1995 37 Prozent. Dieser Wert ist 2003 auf 44 Prozent angestiegen. Grundsätzlich können sowohl 1995 als auch 2003 gerade im Vergleich zur Gesamtschweiz deutliche Unterschiede zwischen den sozialen Klassen in der Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP ausgemacht werden.

So fällt auf, dass Manager, soziokulturelle Spezialisten und qualifizierte Arbeiter eine unterdurchschnittliche Affinität zur SVP aufweisen, während die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit bei den ungelerten Arbeitern noch höher als bei der Referenzgruppe liegt. 2003 ist jedoch bei allen sozialen Klassen, ausser bei den Managern, der Tendenz nach eine Zunahme der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit feststellbar. Die Hypothese, wonach die SVP mit ihrer Position gegen eine politische Öffnung insbesondere auch Globalisierungsverlierer anspricht, kann bestätigt werden, weisen doch die ungelerten Arbeiter neben den Bauern und den in traditionellen Berufen

Tabelle 8.4

Lineare Regression der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf soziale Merkmale der Wahlberechtigten, Kanton Luzern (Modell 1)

Variablen	Kategorien/Indikator	1995		2003		1995–2003	
		Beta	SE	Beta	SE	Beta	SE
	Konstante	0.37 ³	0.05	0.44 ³	0.06	0.07	0.08
Soziale Klasse	ungelernte Arbeiter	0.11	0.07	0.07	0.07	-0.04	0.10
	qualifizierte Arbeiter	-0.04	0.04	-0.09 ²	0.05	-0.05	0.06
	Manager	-0.12 ³	0.04	-0.19 ³	0.05	-0.07	0.06
	technische Spezialisten	-0.02	0.03	-0.04	0.05	-0.02	0.06
	soziokulturelle Spezialisten	-0.23 ³	0.04	-0.20 ³	0.07	0.03	0.08
	(Ref.: Bauern, traditionelle Berufe)						
Religion	nichtpraktizierende Katholiken	0.05	0.05	0.04	0.05	-0.02	0.08
	praktizierende Katholiken	0.08	0.05	-0.04	0.05	-0.12	0.08
	nichtpraktizierende Protestanten	0.03	0.06	0.00	0.06	-0.03	0.09
	praktizierende Protestanten	0.10	0.08	-0.06	0.10	-0.16	0.13
	(Ref.: keine/andere Religion)						
Stadt-Land	Stadt (Ref.: Land)	-0.04	0.02	-0.01	0.03	0.03	0.04
R ²		0.08		0.04			
N		517		542			

¹ p<.10 ² p<.05 ³ p<.01

Beschäftigten weiterhin die höchste Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP auf. Während die qualifizierten Arbeiter 1995 nur der Tendenz nach eine niedrigere Wahlwahrscheinlichkeit als diese sozialen Gruppen aufwiesen, unterschieden sie sich 2003 signifikant von ihnen. Das soziostrukturelle Muster der Unterstützung für die SVP hat sich zwischen 1995 und 2003 damit weiter ausdifferenziert. Die Catch-All-Hypothese, wonach die SVP quer durch alle Schichten gleichermassen zu mobilisieren vermag, findet damit im Kanton Luzern keine Bestätigung.

Der soziale Hintergrund der Wähler hat somit einen messbaren Einfluss auf ihr Wahlverhalten und es fällt auf, dass die Unterschiede im Vergleich zur gesamtschweizerischen Analyse ausgeprägter sind. Über die Hintergründe des Aufstiegs der SVP im Kanton Luzern zwischen 1995 und 2003 lassen sich aus dem ersten Modell hingegen keine gesicherten Schlüsse ziehen. Tendenziell hat die SVP allerdings nicht nur bei ihrer Stammwählerschaft, sondern vermehrt auch bei anderen sozialen Gruppen Wählerstimmen gewinnen können.

Aufgrund der Tatsache, dass die SVP zuerst in den protestantischen Deutschschweizer Kantonen Wahlerfolge erzielen konnte, ist zu vermuten, dass sich auch im Kanton Luzern Unterschiede bei der Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP entlang der Konfessionsgrenzen zeigen. Man könnte erwarten, dass Protestanten bei den Wahlen 1995 im überwiegend katholischen Kanton Luzern unter den SVP-Wählern übervertreten gewesen wären. Diese Annahme findet allerdings keine Bestätigung, denn schon 1995 waren die Unterschiede zwischen den Konfessionsgruppen gering. Auch wenn man zwischen praktizierenden und nichtpraktizierenden Protestanten und Katholiken unterscheidet, lassen sich im Kanton Luzern keine nennenswerten Effekte erkennen. Der markante Aufstieg der SVP zwischen 1995 und 2003 kann somit nicht damit erklärt werden, dass die SVP stark über die Konfessionsgrenze hinweg mobilisieren konnte, was dies doch schon 1995 der Fall. Was den Stadt-Land-Gegensatz angeht, so ist kein signifikanter Unterschied auszumachen.

Die teilweise geringe Aussagekraft der bisherigen Variablen lässt bereits erahnen, dass die Erklärungskraft des Modells insgesamt nicht allzu hoch ist. Für das Jahr 2003 hat sie sogar noch abgenommen. Die soziostrukturellen Variablen, die im ersten Modell untersucht wurden, erklären 1995 und 2003 acht beziehungsweise vier Prozent der Unterschiede in der Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP. Dies entspricht in etwa der gesamtschweizerischen Untersuchung.

Wir wenden uns nun dem zweiten Modell zu, in dem auch die politischen Einstellungen der Wählerschaft berücksichtigt sind, und das eine wesentlich grössere Erklärungskraft aufweist. Während der Einfluss der Parteiidentifikation auf die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit zwischen 1995 und 2003 auf 16 Prozentpunkten konstant geblieben ist, lässt sich eine zunehmende Personalisierung der Wahlen auch im Kanton Luzern feststellen. Die Sympathie für die SVP-Leaderfigur Christoph Blocher ist der zentrale Einflussfaktor für den Wahlerfolg der SVP. Wähler, denen Christoph Blocher äusserst sympathisch war, wählten 1995 mit einer um 40 Prozent höheren Wahrscheinlichkeit SVP als Wähler, die ihn sehr unsympathisch fanden. Im Jahr 2003 steigerte sich dieser Wert sogar auf 70 Prozent und stellt damit den wichtigsten Faktor für die Wahlentscheidung zu Gunsten der SVP dar. In der Geschichte der SVP Luzern übernahm Christoph Blocher die Rolle eines Göttis: Er hielt an der Gründungsversammlung eine Rede und war im Vorfeld nationaler Wahlen immer wieder auf Wahlkampftournee im Kanton Luzern unterwegs. Die Hypothese, wonach die Person Christoph Blochers eine wichtige Identifikationsfigur ist und

Tabelle 8.5

Lineare Regression der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf politische Einstellungen und Orientierungen der Wahlberechtigten unter Kontrolle von sozialen Merkmalen, Kanton Luzern (Modell 2)

Variablen	Kategorien/Indikator	1995		2003		1995–2003	
		Beta	SE	Beta	SE	Beta	SE
	Konstante	0.34 ³	0.04	0.39 ³	0.04	0.06	0.05
Soziale Klasse	ungelernte Arbeiter	0.06	0.05	-0.01	0.04	-0.06	0.07
	qualifizierte Arbeiter	0.00	0.03	0.02	0.03	0.01	0.04
	Manager	-0.04	0.03	-0.04	0.03	0.00	0.04
	technische Spezialisten	0.02	0.02	0.04	0.03	0.02	0.04
	soziokulturelle Spezialisten (Ref.: Bauern, traditionelle Berufe)	-0.07 ²	0.03	-0.03	0.04	0.04	0.05
Religion	nichtpraktizierende Katholiken	0.05	0.04	0.02	0.03	-0.03	0.05
	praktizierende Katholiken	0.03	0.04	-0.02	0.04	-0.05	0.05
	nichtpraktizierende Protestanten	0.04	0.04	0.00	0.04	-0.03	0.06
	praktizierende Protestanten (Ref.: keine/andere Religion)	0.08	0.06	0.01	0.07	-0.07	0.09
Stadt-Land	Stadt (Ref.: Land)	0.00	0.02	0.04 ²	0.02	0.04	0.03
	Parteiidentifikation	Nähe zur SVP (Ref.: keine Nähe)	0.16 ³	0.05	0.16 ³	0.04	0.00
Themen	EU-Beitritt	0.00	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01
	Chancen für Ausländer	0.00	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01
	Steuern auf hohe Einkommen	-0.01	0.01	0.00	0.01	0.01	0.01
Ideologie	Links-Rechts-Selbsteinstufung	0.03 ³	0.00	0.02 ³	0.01	-0.01	0.01
Kandidaten	Sympathie für Blocher	0.04 ³	0.00	0.07 ³	0.00	0.03 ³	0.00
Protest		0.00	0.01	0.00	0.01	0.00	0.01
R ²		0.57		0.67			
N		463		452			

¹ p<.10 ² p<.05 ³ p<.01

einen starken Einfluss auf den Wahlentscheid zu Gunsten der SVP hat, kann somit für den Kanton Luzern bestätigt werden.

In welchem Ausmass beeinflussten politische Sachfragen die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP? Das Thema EU hatte weder 1995 noch 2003 einen Einfluss auf die Wahlwahrscheinlichkeit, was insofern erstaunlich ist, als die EWR-Abstimmung 1992 für die Gründung der Kantonal-

sektion der SVP ausschlaggebend war. Hier kann man vermuten, dass Blocher so stark mit der Ablehnung eines EU-Beitritts assoziiert wird, dass der Effekt der Sympathie für Blocher statistisch nicht vom Effekt der EU-Frage zu trennen ist. Wenn man für die beiden Wahljahre separate Modelle rechnet, in denen die Sympathie für Blocher nicht berücksichtigt wird, zeigt sich in der Tat, dass die EU-Frage einen wichtigen Beitrag zur Erklärung der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit leistet. Die Haltung zu dieser Sachfrage wird dann höchst signifikant und impliziert 1995 maximal 20 Prozent Unterschied in der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit. 2003 ist dieser Effekt sogar noch stärker: Befragte, die einen EU-Beitritt stark ablehnten, hatten eine um 28 Prozent höhere Wahrscheinlichkeit, die SVP zu wählen, als solche, die einen Beitritt stark befürworteten. Die leichte Zunahme der Wichtigkeit des Themas für die Wahlentscheidung im Jahre 2003 könnte im Zusammenhang mit der Abstimmung zu den Bilateralen Verträgen I im Mai 2000 und den Verhandlungen zu den Bilateralen Verträgen II stehen.

Auch die Ausländerthematik hatte weder 1995 noch 2003 eine signifikante Auswirkung auf die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP, auch nicht in den alternativen Modellen, die die Sympathie für Blocher nicht berücksichtigen. Dies erstaunt insofern, als der damalige Luzerner SVP-Kantonalparteipräsident Felix Müri die klare Haltung seiner Partei in der Asyl- und Einbürgerungsfrage als Hauptgrund für den Wahlerfolg bezeichnete.²⁶ Andererseits haben sich im Vorfeld der Wahlen auch Exponenten der CVP zu diesem Thema geäußert, unter anderem auch Regierungsrat Markus Dürr. Dieser wollte im abgelegenen Napfgebiet ein Zentrum für renitente Asylsuchende einrichten, wo diese bis zu ihrer Ausschaffung untergebracht werden sollten.²⁷ Möglicherweise konnte die CVP mit diesem Kurs der SVP einen Teil der Stimmen streitig machen. Auch bei der Frage zu höheren Steuern auf hohen Einkommen lässt sich weder 1995 noch 2003 ein Zusammenhang mit der Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP feststellen.

Anders die Links-Rechts-Selbsteinstufung. Wähler und Wählerinnen, die sich auf der Skala ganz rechts einstufen, hatten 1995 eine um 30 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, die SVP zu wählen, als Wähler, die sich ganz links einstufen. 2003 betrug dieser Unterschied noch 20 Prozentpunkte. Auch hier zeigt sich allerdings, dass die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Achse eng mit der Sympathie für Blocher zusammenhängt. Im alternativen Modell, in dem letzterer Faktor nicht berücksichtigt wurde, zeigt sich, dass der Effekt der Links-Rechts-Positionierung in beiden Jahren etwa 50 Prozentpunkte Differenz ausmacht. Die luzernernische Entwicklung entspricht damit dem gesamtschweizerischen Trend.

Obwohl Blocher und die SVP zürcherischer Prägung sich als Alternative zum politischen Establishment darstellten und wahrscheinlich auch von einem beträchtlichen Teil der Wähler so wahrgenommen wurden, spielte der Protestfaktor in keinem der Modelle eine Rolle. Damit lässt sich im Kanton Luzern die gleiche Entwicklung wie auf nationaler Ebene feststellen, wonach der Aufstieg der SVP nicht als Protestsymptom gedeutet werden kann.

Schluss

Im Kanton Luzern ist die bürgerliche Mitte nach wie vor überdurchschnittlich stark vertreten. Die alte Konfliktlinie der Religion und damit der Gegensatz zwischen FDP und CVP haben jedoch deutlich an Bedeutung verloren und die ehemaligen Gegenspieler scheinen als Folge des markanten Aufstiegs der SVP politisch eher zusammengerückt zu sein. Denn das Auftreten der SVP ging fast ausschliesslich auf Kosten der bürgerlichen Mitte, während die Linke ihren Wähleranteil halten und sogar leicht ausbauen konnte.

Die im zweiten Kapitel dargelegten theoretischen Überlegungen erlauben die kausale Verkettung der verschiedenen Einflussfaktoren des Wahlentscheidens. Sozialstrukturelle Faktoren beeinflussen sowohl 1995 als auch 2003 den Wahlentscheid für oder gegen die SVP. Die Wählerbasis der Partei bildet sich vor allem aus den Bauern, in traditionellen Berufen Beschäftigten und ungelerten Arbeitern. Die SVP hatte in den Wahlkämpfen auch explizit versucht, den Mittelstand und das Gewerbe anzusprechen. Zusammen mit der Unterstützung durch die ungelerten Arbeiter deutet dies darauf hin, dass die SVP zunehmend Globalisierungs- oder Modernisierungsverlierer mobilisiert. 2003 fand die SVP nicht nur bei ihrer Stammwählerschaft, sondern bei fast allen sozialen Klassen leicht mehr Unterstützung, wobei die Unterschiede zwischen den Klassen aber bestehen geblieben sind. Unter den soziostrukturellen Faktoren hatte die religiöse Konfliktlinie erstaunlicherweise keinerlei Effekt. Für den Wahlentscheid zugunsten der SVP haben weder die Konfession noch der Grad der Ausübung des Glaubens einen Einfluss. Offensichtlich spielt der religiöse Konflikt im Kanton Luzern keine Rolle mehr. Insgesamt kann die SVP jedoch aufgrund ihrer unterschiedlichen Verankerung in den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen nicht als Catch-All-Partei betrachtet werden.

Die dem sozialen Hintergrund nachgelagerte Parteiidentifikation hatte 2003 eine relativ starke Wirkung auf den Wahlentscheid für die SVP, was darauf hindeutet, dass sich in einigen Gesellschaftsgruppen bereits Partei-

loyalitäten entwickelt haben, obwohl die SVP im Kanton Luzern eine neue Partei ist. Interessant ist hierbei auch die Betrachtung der potenziellen Wählerschaften. Die drastische Abnahme der Überlappungen der potenziellen Wählerschaft der SVP mit denen der anderen Parteien indiziert eine Konsolidierung ihrer Wählerbasis. Obwohl die potenzielle Wählerschaft zwischen 1995 und 2003 nicht gewachsen ist, schaffte es die SVP, dieses Potenzial am besten auszuschöpfen und somit viele Unschlüssige für sich zu gewinnen.

Welches könnten die Hintergründe dafür gewesen sein? In Kapitel 2 wurde die theoretische Erwartung formuliert, wonach sich eine Partei durch ihre spezifischen Positionen zu bestimmten Sachfragen ein (neues) Wählerpotenzial erschliessen kann, insbesondere, wenn sich ihre Positionen stark von den Positionen anderer Parteien unterscheiden. Diese Hypothese findet im Kanton Luzern Bestätigung. Die Abstimmung über den EWR war ein wichtiger Grund zur Gründung der Luzerner SVP und sie hat mit ihrer ablehnenden Haltung eine von den grossen Parteien abweichende Position eingenommen. Wir haben auch gezeigt, dass die SVP-Wählerschaft bezüglich der EU-Frage eine deutlich ablehnende Haltung einnimmt und sich dabei klar von den übrigen Wählern unterscheidet.

Als entscheidend für den Aufstieg der SVP im Kanton Luzern hat sich die Mobilisierung durch Christoph Blocher erwiesen. Es stellt sich heraus, dass der damalige Zürcher Nationalrat und heutige Bundesrat über die Kantonsgrenzen hinweg nachweisbar Stimmen gewinnen kann. Er hat damit wahrscheinlich nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass die SVP ihr Potenzial 2003 wesentlich besser ausschöpfen konnte als noch 1995. Die viel zitierte Personalisierung politischer Wahlen zeigt sich hier jedenfalls besonders deutlich. Blocher wird so stark mit der Ablehnung eines EU-Beitrittes in Verbindung gebracht, dass die beiden Effekte statistisch nicht zu trennen sind. Die starke Rolle, die die Mobilisierung durch Blocher spielt, hat also durchaus einen inhaltlichen Hintergrund und hängt eng mit seiner Position bezüglich des Öffnungs-Abgrenzungs-Konfliktes zusammen.

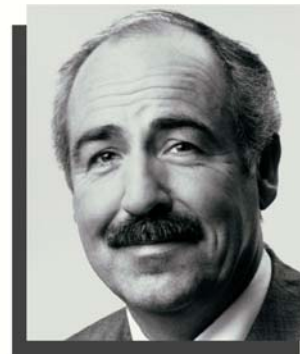
Klare Positionen! Klare Sprache!

Wir stehen ein für die Schweiz und ihre Bürgerinnen und Bürger; für jene Werte, die unser Land politisch unabhängig und wirtschaftlich stark gemacht haben.

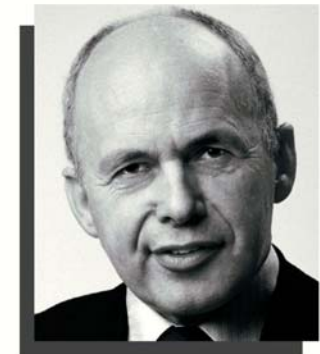
Dringender denn je:
**Mehr
SCHWEIZER
QUALITÄT**
ins Bundeshaus



Schlüer^{Ulrich}
Nationalrat, Redaktor, Flaach
www.schluer.ch



Good^{Peter}
Kantonsrat, Gemeindepräsident, Unternehmer, Bauma
www.peter-good.ch



Maurer^{Ueli}
Nationalrat, Geschäftsführer, Präsident SVP Schweiz
Wernetshausen
www.svp.ch

Schluss mit dem Asylmissbrauch

Darum **2X** Ulrich Schlüer, Peter Good, Ueli Maurer auf jede Liste, **SVP Liste 1**

Tessin

Einleitung

Die SVP hat im Kanton Tessin zwar keinen so grossen Sieg davongetragen wie in anderen Kantonen, doch war sie in den 1990er Jahren zusammen mit dem «Partito Socialista Ticinese»¹ (PS, im Folgenden SP) die einzige Partei, deren Wähleranteil sich in einem Aufwärtstrend befand. Parallel zum Erstarken der SVP ist der Wähleranteil der «Lega dei Ticinesi» (LEGA) stark geschrumpft. Die LEGA war zu Anfang der 1990er Jahre vor allem auf Kosten der beiden wichtigsten Tessiner Parteien, dem «Partito Popolare Democratico Ticinese»² (PPD, im Folgenden CVP) und dem «Partito Liberale Radicale Ticinese»³ (PLR, im Folgenden FDP), kometenhaft aufgestiegen. Da es den Anschein macht, als würden sich die SVP und die LEGA in einem ähnlichen politischen Spektrum bewegen, werden wir in diesem Kapitel ein besonderes Augenmerk auf die Frage legen, ob diese Parteien ein ähnliches Potenzial mobilisieren und inwiefern sie miteinander in Konkurrenz stehen.

Der historische, sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Hintergrund des Kantons Tessin unterscheidet sich markant von dem anderer Schweizer Kantone und vor allem von dem der Deutschschweizer Kantone. Aufgrund der geografischen «Abgeschlossenheit» vom Rest der Schweiz entwickelten sich die wirtschaftlichen Verbindungen zur Deutschschweiz und der Romandie langsam. Innerhalb der Schweiz zeigt sich ein klares wirtschaftliches Gefälle in Richtung Tessin, vor allem in Bezug auf Arbeitslosigkeit und Volkseinkommen.⁴ Im Vergleich mit der «Regio Insubrica»⁵ zeigt sich allerdings klar, dass der Kanton Tessin der Schweizer Wirtschaft zugewandt ist. Wohlstand und Lebensqualität liegen über dem Niveau des angrenzenden Auslandes.

Die fortschreitende europäische Integration und die Bilateralen Verträge werden für das Tessin als grenznahen Kanton grössere Auswirkungen als für viele andere Kantone haben. Eine Öffnung zu Europa hat für die Bevölkerung im Kanton Tessin relativ direkte und konkrete Auswirkungen. So könnten sich die Investitionsvolumina aus Italien stark erhöhen, ebenso

wie die Zuwanderung von Firmen und Arbeitskräften. Unternehmen und Arbeitnehmer sehen sich italienischer Konkurrenz gegenüber, die ihre Dienste deutlich unter den üblichen Tessiner Marktpreisen anbieten kann. Es ist deshalb zu erwarten, dass zumindest in einer ersten Phase die Auswirkungen dieser Öffnung von einem Teil der Bevölkerung negativ bewertet werden. An diesem Punkt schliesst nun die Konfliktlinie zwischen Öffnung und Abgrenzung an, die in Kapitel 2 diskutiert wurde.⁶ Wie aufgrund der Besonderheiten des Tessins als grenznaher Kanton erwartet werden kann, spielte diese Konfliktlinie bei den Wahlen 2003 im Kanton Tessin eine wichtige Rolle. Wir werden deshalb der Frage nachgehen, inwiefern das Aufkommen dieser Konfliktlinie den Aufstieg der SVP begünstigt hat.

Die Entwicklung der SVP und das Parteiensystem

Im Kanton Tessin werden sowohl das kantonale Parlament als auch die Regierung nach einem Proportionalssystem gewählt, das 1922⁷ in Kraft getreten ist. Dieses hatte zum Ziel, die wichtigsten Kräfte in die Regierung einzubinden, denn es genügen 17 Prozent der Stimmen, um einen Regierungssitz zu gewinnen. Der Zweck der Reform war damals, eine Art Konkordanzdemokratie zu entwickeln, die die konkurrierenden politischen Kräfte zur Kooperation zwingen würde. Seitdem sind in der Tessiner Regierung mit wenigen Ausnahmen⁸ immer die gleichen Parteien vertreten. Dies sind die Liberalen, die Konservativen und die Sozialisten. Die Kooperation zwischen den Parteien setzte sich jedoch praktisch nicht durch. Mit Ausnahme einer 20-jährigen links-liberalen Allianz⁹ kämpften die Tessiner Parteien häufig um die Machtverteilung innerhalb der verschiedenen Departemente. Die Zugehörigkeit zur einen oder anderen Partei war entscheidend für die Verteilung der Ämter sowohl auf Kommunalebene als auch auf kantonaler Ebene. Die Konservativen versuchten jeweils, die relative Mehrheit der Liberalen zu schlagen, während die Liberalen sich bemühten, die absolute Mehrheit wiederzugewinnen. Dazwischen befanden sich die Sozialisten als dritte Partei, die für eine gerechtere Verteilung der kantonalen Ressourcen und gegen die Abhängigkeit von externen Kapitalinvestitionen kämpfte. Auf diese Weise entstand eine Art Parteienoligarchie, die am Ende der 1960er Jahre zu starken Diskussionen innerhalb der Regierungsparteien führte. Die 68er-Bewegung hatte auch im politischen System des Tessins ihre Spuren hinterlassen. Innerhalb jeder Partei kämpften die jungen Mitglieder für eine Erneuerung der politischen Ziele und Ideologien.

Die wirtschaftliche Lage des Kantons trug entscheidend zu dieser politischen Krise bei. Trotz der starken wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Krieg war die Tessiner Wirtschaft im gesamtschweizerischen Vergleich immer noch unterentwickelt. Angelo Rossi (1975) bezeichnete das Tessin als «Anhängervirtschaft». Die Bemühungen zur Förderung der Agrarwirtschaft konnten ihren starken quantitativen Rückgang nicht verhindern. Die Gewerbepolitik hat die lokale Bevölkerung nicht geschützt, sondern sie trotz relativ hoher Arbeitslosigkeit der Konkurrenz mit italienischen Grenzgängern ausgesetzt, während sich der Dienstleistungssektor ohne jegliche staatliche Intervention zu entwickeln hatte (Rossi 1984: 71). Die Parteien waren nicht nur unfähig, ihre politischen Programme zur Entwicklung des Kantons durchzusetzen, es zeigte sich auch immer mehr, dass sie in einer Wirtschaft, die bezüglich Kapital, Arbeitskräften und Investitionen stark von aussen abhängig war, wenig Handlungsspielraum hatten.

Die 68er-Bewegung hatte im Tessin wichtige politische Folgen. Die Sozialisten spalteten sich im Jahr 1969 in die PS/SP und den Partito Socialista autonomo (PSA). Die Konservativen änderten den Namen ihrer Partei von Partito cristiano democratico (PCD) zum heutigen PPD/CVP und wurden unabhängiger von der Kirche. Zur gleichen Zeit versuchten die konservativen Kräfte innerhalb jeder Partei, den alten Kurs beizubehalten. So blieben die Probleme des Kantons sowohl in den 1970er als auch in den 1980er Jahren immer dieselben: finanzielle Unausgeglichenheit, Bauspekulationen, Umweltverschmutzung, wirtschaftliche Unterentwicklung und hohe Arbeitslosigkeit.

Die Tessiner Sektion der SVP, «L'Unione Democratica di Centro», wurde 1971 als Nachfolgerin der Bauernpartei gegründet, wurde aber als politische Kraft noch lange nicht bedeutsam. Die SVP hatte nie mehr als drei Sitze im Tessiner Kantonsrat inne.¹⁰ Wie in den übrigen katholischen Kantonen, in denen die CVP konservative Anliegen vertrat und auch viele Bauern um sich scharen konnte, etablierte sich die SVP im Tessin erst spät. Das Resultat der kantonalen Wahlen 2003 war mit 4,6 Prozent der Stimmen und sechs Sitzen im Parlament das beste ihrer Geschichte. Anders als in den übrigen Teilen der Schweiz hat die SVP im Tessin keine Anti-Establishment-Strategie verfolgt, was auch mit dem Fehlen einer charismatischen Führungspersönlichkeit zusammenhängen mag. Während Christoph Blocher im deutschsprachigen Raum eine grosse Resonanz gefunden hat, ist er im Tessin fast völlig ignoriert worden; die kantonalen Leader der SVP scheiterten an einer Verbindung mit der Deutschschweizer SVP.

Der Misserfolg der SVP bis weit in die 1990er Jahre stand im Kontrast zum Erfolg der LEGA, die strategisch und inhaltlich als Tessiner Variante der SVP betrachtet werden kann. Die Lega dei Ticinesi entstand aus der Gründung der kostenlosen Sonntagzeitung «Il Mattino della Domenica», deren erste Ausgabe am 18. März 1990 erschien. Giuliano Bignasca, der Verleger, und Flavio Maspoli, der Redaktor, sind das erfolgreiche Paar, das zuerst «Il Mattino della Domenica» und dann die LEGA zum politischen Erfolg im Kanton Tessin geführt hat. Die erste explizite Nennung der LEGA tauchte in der Ausgabe vom 2. September 1990 auf, in der Bignasca einen Artikel mit dem Titel «Onorevoli, das ist was wir wollen» veröffentlichte. In diesem Artikel zeichnete Bignasca zehn Gebote für die Tessiner Regierung auf. Der Aufhänger lautete: «Il Mattino empfiehlt die politischen Prioritäten zur Vermeidung der Entstehung einer neuen politischen Bewegung». Die drei Hauptprioritäten dieser politischen Bewegung würden die Krankenkassenprämien, die AHV und die Hypothekarzinsen sein. Sechs Monate nach der Gründung der Zeitung begann der «Mattino della Domenica» explizit zu politisieren und veröffentlichte immer öfter direkte Angriffe, Beleidigungen und Beschimpfungen gegen Politiker und Amtsinhaber im Tessin wie auch in Bern. Zahlreiche Verleumdungsklagen gegen die Zeitung, ihren Verleger und ihren Chef waren die Folge.

Am 17. Januar 1991 fand in Lugano die Gründungsversammlung der «Lega dei Ticinesi» statt und «Il Mattino della Domenica» wurde als offizielle Zeitung der Partei eingesetzt. Als Präsident auf Lebenszeit wurde Giuliano Bignasca ernannt und Flavio Maspoli wurde Vizepräsident. Politisch sind beide ehemalige Freisinnige, aber Bignasca zielte nun auf eine breitere Wählerschaft. Explizit sagte er, dass er von einer grossen Partei träume, die die Sozialisten, die linken Liberalen und die katholischen Progressiven vereinen würde. Die LEGA attackierte die so genannte «Parteiherrschaft» und die Bürokratie. Ihre politischen Inhalte sind teilweise widersprüchlich; einerseits wird die Diskriminierung des Kantons durch Bern thematisiert, andererseits treten national-populistische Themen in den Vordergrund, wie die Ablehnung des EU-Beitritts oder eine harte Asylpolitik. Bei den kantonalen Wahlen im April 1991, drei Monate nach der Gründung, gewann die LEGA bereits 15 Prozent der Stimmen und im Oktober des gleichen Jahres erhielt sie an den eidgenössischen Wahlen sogar 23 Prozent der Stimmen – nie hatte im Tessin eine frisch gegründete Partei so viele Stimmen erzielt. Der Erfolg der LEGA hängt einerseits mit ihrer Anti-Establishment-Stellung zusammen, andererseits mit der wirtschaftlichen Krise, die das Tessin während der 1980er und 1990er Jahre schwer ge-

troffen hatte. Die Minderwertigkeitsgefühle und die Frustration gegenüber den wirtschaftlich besser gestellten Deutschschweizer Kantonen wurden als Parteithemen erfolgreich ausgenutzt. 1995 bekam die LEGA einen Sitz im Tessiner Regierungsrat. Marco Borradori wurde neben zwei Freisinnigen, einem Vertreter der CVP und einer Sozialistin in den Regierungsrat gewählt. Die Vertretung im Regierungsrat milderte die Oppositionstöne der Partei etwas, auch wenn sie sich nach wie vor als Anti-Establishment-Partei darstellte. Die Übernahme von Regierungsverantwortung durch die LEGA hat aber möglicherweise dazu geführt, dass sie ihre Gründungsziele nicht mehr glaubwürdig genug vertreten konnte und dadurch der SVP den Weg für den Aufstieg bereitet hat.

Bei den eidgenössischen Wahlen 2003 erzielte die SVP das beste Wahlergebnis seit ihrer Gründung. Ihr Aufstieg kann entweder damit erklärt werden, dass durch die Verluste der LEGA am rechten Rand des politischen Spektrums Platz für die SVP geschaffen wurde, oder aber mit der Mediatisierung des Wahlkampfes auf nationaler Ebene, wodurch er auch im Tessin mehr Resonanz gefunden hat.

Tabelle 9.1 stellt eine Zusammenfassung der wichtigsten Charakteristika des Tessiner Parteiensystems dar. Das wichtigste Kriterium zur Beschreibung von Parteiensystemen ist nach Duverger (1954) die Anzahl der Parteien. Dem Tessin stehen acht Sitze im Nationalrat zur Verfügung. 1987 waren diese Sitze unter den beiden bürgerlichen Parteien CVP und FDP und einer Links-Partei (SPA) aufgeteilt. Seit 1991 hat die LEGA ebenfalls einen Sitz gewonnen, und heute sind vier Parteien vertreten (FDP, SP, CVP, LEGA). Um ein genaues Bild des kantonalen Parteiensystems zu erzeugen, muss man den kantonalen Regierungsrat mitberücksichtigen. Dieser ist im Kanton Tessin aus vier Parteien zusammengesetzt, darunter zwei Regierungsräte aus der FDP, einer aus der CVP, einer aus der LEGA und einer aus der SP. Die SVP ist also nicht in der Tessiner Exekutive repräsentiert.

Ein zweites Kriterium zur Beschreibung von Parteiensystemen ist die Stärke der wichtigsten Parteien. Gemäss der in der Einleitung präsentierten Typologie der kantonalen Parteiensysteme gehört der Kanton Tessin somit traditionellerweise zu den katholisch geprägten Kantonen. In diesen ist die CVP dominant, während die SP nicht zu den zwei grössten Parteien gehört und auch nicht im Ständerat vertreten ist. Wie Figur 9.1 zeigt, ist der Kanton Tessin seit den letzten Nationalratswahlen allerdings nicht mehr eindeutig in dieser Kategorie situiert. Die FDP ist heute die grösste Partei im Tessin. Die CVP hat 1991 ihre Leaderposition an die FDP verloren und

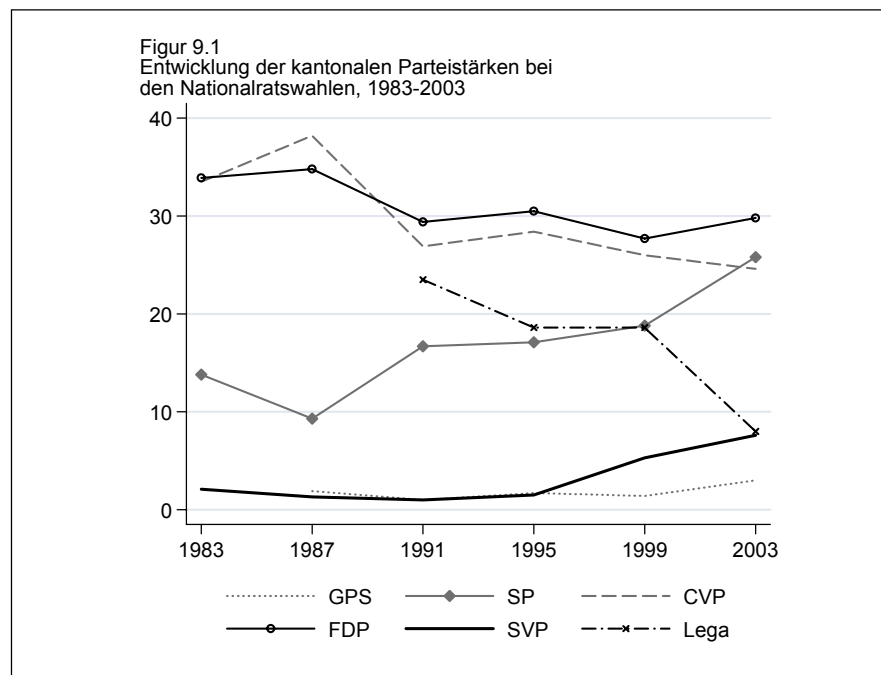
Tabelle 9.1
Merkmale des Tessiner Parteiensystems 1987-2003

Kriterium	1987	1991	1995	1999	2003
Sitze im Nationalrat	8	8	8	8	8
Gewählte Parteien im Nationalrat	3	4	4	4	4
	4 CVP	3 FDP	3 FDP	2 FDP	3 FDP
	3 FDP	2 CVP	2 CVP	2 CVP	2 SP
	1 SPA	2 Lega	2 SP	2 SP	2 CVP
		1 SPA	1 Lega	2 Lega	1 Lega
Stärkste Partei	FDP	FDP	FDP	FDP	FDP
Zweitstärkste Partei	CVP	CVP	CVP	CVP	SP
Parteien im Ständerat	FDP, CVP	FDP, Lega	FDP, CVP	FDP, CVP	FDP, CVP
Regierungsparteien (5 Sitze)	3	3	4	4	4
	2 FDP	2 FDP	2 FDP	2 FDP	2 FDP
	2 CVP	2 CVP	1 CVP	1 CVP	1 CVP
	1 SP	1 SPA	1 SP	1 SP	1 SP
			1 Lega	1 Lega	1 Lega

im Herbst 2003 wurde sie gar als zweitgrösste Partei im Nationalrat von der SP verdrängt. Im Ständerat hält jedoch weiterhin die CVP und nicht die SP den zweiten Sitz neben der FDP.

Bis in die 1990er Jahre ist das Parteiensystem des Kantons Tessin somit von der Konfliktlinie zwischen den Liberalen und den Konservativen geprägt worden, die im 19. Jahrhundert zur Herausbildung der Freisinnigen Parteien und der späteren FDP auf der einen und der Konservativen Partei und der späteren CVP auf der anderen Seite geführt hatte. Die genannten Veränderungen, die das Parteiensystem in den letzten Jahren erfahren hat, weisen aber darauf hin, dass diese traditionelle Konfliktlinie an Bedeutung verloren hat. Wir werden im Rahmen dieses Kapitels deshalb einem anderen Konflikt grössere Beachtung schenken, nämlich demjenigen zwischen Öffnung und Abgrenzung. Dieser ist stärker von Positionen an den beiden Polen des politischen Spektrums geprägt.

Nach einer Untersuchung von Longchamp (2003) hat im Kanton Tessin seit 1999 eine Polarisierung stattgefunden. Er stellt vor allem Wählerbewegungen in Richtung der SVP und zu den Grünen und zur SP fest. Die in Figur 9.1 dargestellte Entwicklung der Parteistärken bestätigt diese Feststellung. Die SVP hat im Tessin immer einen marginalen Platz in der politischen Arena eingenommen und besitzt bis heute keinen Sitz im Nationalrat. Nichtsdestotrotz erlebte sie seit 1987 eine Stimmenzunahme von 6,3 Prozent. Bei den Nationalratswahlen 2003 kooperierte sie mit der LEGA. Obwohl die Listenverbindung nicht alle Hoffnungen erfüllte, verhalf sie der SVP zu einer Parteistärke von 7,6 Prozent. Am anderen Ende



des politischen Spektrums hat die SP seit 1987 ihre Parteistärke mehr als verdoppelt. Man erkennt dabei drei grobe Phasen: ein Erfolg im Jahr 1991¹¹, dann eine stabile Phase von 1991 (16,7 Prozent) bis 1999 (18,8 Prozent) und schliesslich ein weiteres Wachstum auf 25,8 Prozent bei den Nationalratswahlen 2003.

Positionierung der Parteien

Wir wenden uns nun den Präferenzen der Wählerschaft und den Potenzialen zu, die sich daraus für die Parteien ergeben. Wie in Kapitel 3 erläutert, stützen wir uns dabei auf Wahlwahrscheinlichkeiten, was es uns erlaubt, die Präferenzen der Befragten für alle Parteien zu berücksichtigen, und nicht nur für diejenige Partei, der sie tatsächlich ihre Stimme gegeben haben.

Angesichts der Wahlergebnisse kann man vermuten, dass sich die potenzielle Wählerschaft der SVP zwischen 1995 und 2003 vergrössert hat, dass sie also mehr Menschen als wählbar erschien als noch 1995. Gleichzeitig kann erwartet werden, dass sich das Potenzial der LEGA vermindert hat. Die Resultate in Tabellen 9.2 und 9.3 zeigen, dass dies nur teilweise stimmt: Das Potenzial der SVP betrug schon 1995 knapp 30 Prozent und war somit in etwa gleich gross wie dasjenige der LEGA. Hingegen war die SVP 2003

Tabelle 9.2
Potenzielle Wählerschaften und Überlappungen, 1995

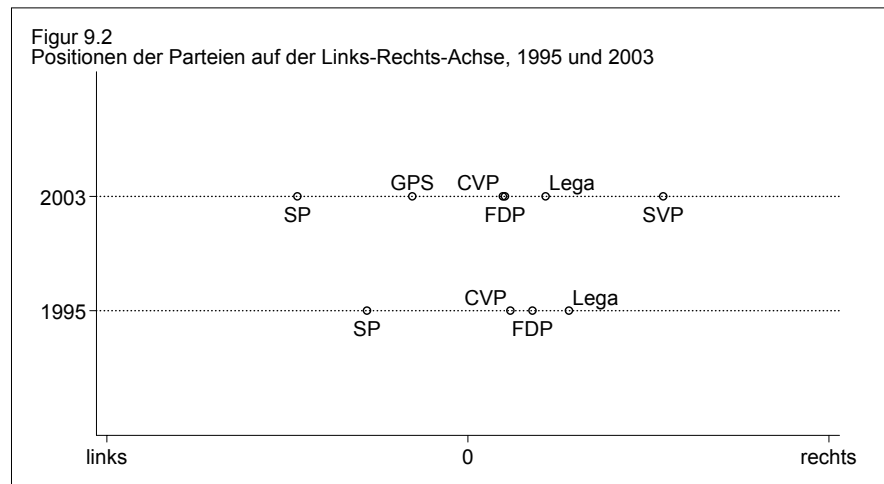
	Grüne	SP	CVP	FDP	SVP	LEGA
Grüne		0.75	0.73	0.66	0.84	0.77
SP	0.84		0.78	0.69	0.86	0.78
CVP	0.66	0.63		0.63	0.83	0.72
FDP	0.79	0.74	0.83		0.90	0.80
SVP	0.56	0.52	0.61	0.50		0.65
LEGA	0.54	0.49	0.55	0.46	0.68	
Wählerpotenzial	43.8	49.0	39.7	52.4	29.3	30.4
Parteistärke	-	17.1	28.4	30.5	1.5	18.6
Ausschöpfungsquote	-	34.9	71.5	58.2	5.1	61.1

Tabelle 9.3
Potenzielle Wählerschaften und Überlappungen, 2003

	Grüne	SP	CVP	FDP	SVP	LEGA
Grüne		0.65	0.57	0.49	0.56	0.58
SP	0.87		0.65	0.58	0.63	0.65
CVP	0.56	0.47		0.51	0.61	0.61
FDP	0.65	0.57	0.69		0.74	0.73
SVP	0.44	0.37	0.49	0.44		0.73
LEGA	0.32	0.27	0.35	0.31	0.52	
Wählerpotenzial	36.6	49.2	36.2	48.4	29.0	20.6
Parteistärke	-	25.8	24.6	29.7	7.6	8.0
Ausschöpfungsquote	-	52.4	68.0	61.4	26.2	38.8

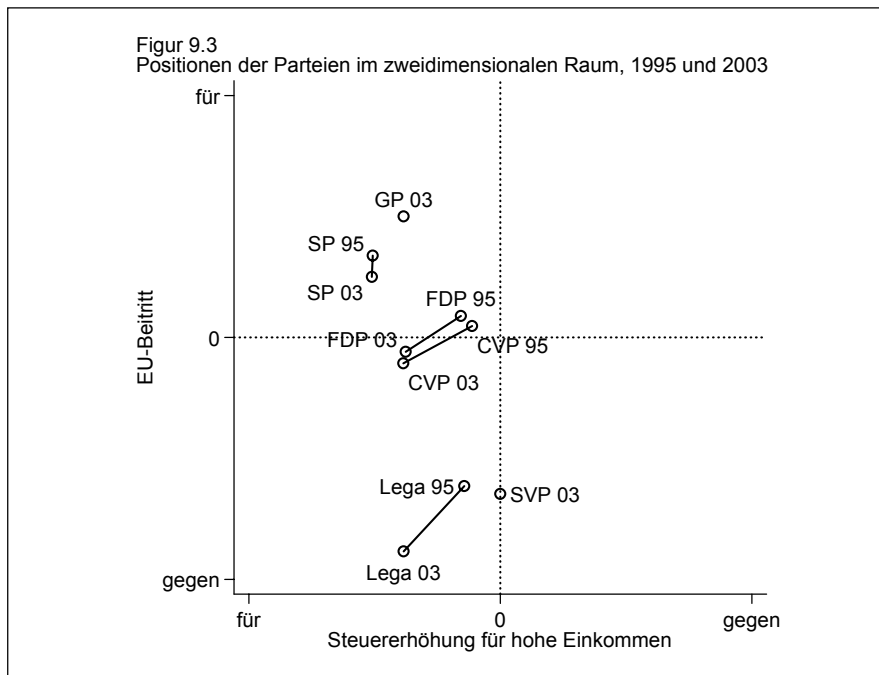
um einiges erfolgreicher, ihr Potenzial zu mobilisieren, wie man an der Ausschöpfungsquote ablesen kann. Dennoch liegt ihre Ausschöpfung nach wie vor unter derjenigen der etablierten Parteien und auch unter derjenigen der LEGA. Die LEGA hingegen hat zwischen 1995 und 2003 nicht nur an Potenzial eingebüsst, sie war 2003 auch wesentlich weniger erfolgreich bei der Mobilisierung ihres Potenzials.

Auf der Linken ist das Potenzial der SP in etwa gleich gross geblieben. Ähnlich wie bei der SVP ist somit der Zuwachs an Wählerstimmen, den die SP verbuchen konnte, auf eine höhere Ausschöpfungsquote zurückzuführen. Das Potenzial der CVP und der FDP hat sich hingegen leicht verkleinert. Auch hier zeigt sich also eine Polarisierung des Tessiner Parteiensystems: Die SVP und die SP als die Parteien an den beiden Polen des politischen Spektrums haben als einzige ihre potenzielle Wählerschaft halten können. Darüber hinaus haben sie 2003 beide ihr jeweiliges Potenzial erfolgreicher ausgeschöpft als noch acht Jahre früher.



Die ebenfalls in Tabellen 9.2 und 9.3 wiedergegebenen Überlappungen zwischen den Parteien geben uns Auskunft darüber, wie stark sich die potenziellen Wählerschaften der einzelnen Parteien überschneiden und inwieweit die Parteien um dasselbe Wählersegment konkurrieren. Hier ist in unserem Fall natürlich besonders die Konkurrenz zwischen der SVP und der LEGA interessant. Die Zahlen in den Tabellen geben jeweils die Konkurrenz für die in der Spaltenüberschrift bezeichnete Partei an. Die Resultate für 1995 zeigen eine relativ hohe Konkurrenz unter den Parteien. Zwischen 1995 und 2003 ist es hingegen zu einer Abnahme der gegenseitigen Konkurrenz zwischen fast allen Parteien gekommen. Entgegen den Erwartungen erwächst der SVP in beiden Jahren die grösste Konkurrenz nicht von der LEGA, sondern von der FDP. Im Jahre 1995 ging auch für die LEGA die grösste Konkurrenz von der FDP aus, bis 2003 hat sich die SVP jedoch zu einer ebenso grossen Konkurrenz entwickelt. Dies unterstützt die These, dass die SVP ähnliche Wähler mobilisiert wie die LEGA. Umgekehrt ist dies 2003 jedoch nicht mehr der Fall; mit anderen Worten ist die LEGA für die SVP viel weniger eine Konkurrenz, als es die SVP für die LEGA ist.

Als Nächstes wenden wir uns der Links-Rechts-Selbsteinstufung der Wählerinnen und Wähler der einzelnen Parteien zu.¹² Figur 9.2 zeigt, dass sich das politische Spektrum innerhalb des Beobachtungszeitraumes vergrössert hat. Eine der Ursachen dafür ist, dass sich die Wähler der SP 2003 stärker links eingestuft haben. Darüber hinaus positioniert sich die SVP 2003 klar am rechten Rand des Spektrums, deutlich rechts von der LEGA. Wie schon die Analyse der potenziellen Wählerschaft weist dies auf



eine Polarisierung im Parteiensystem des Kantons Tessin hin. Abgesehen von der LEGA haben sich zwischen 1995 und 2003 alle Parteien nach links verschoben. Wie im Theorieteil postuliert, setzt sich die SVP-Wählerschaft in ihrer ideologischen Ausrichtung damit deutlich von den Wählern der übrigen Parteien ab. Die SVP scheint den Raum am rechten Rand erfolgreich für sich beanspruchen zu können.¹³

Als Nächstes wenden wir uns den Präferenzen im zweidimensionalen Raum zu, den wir aus den Einstellungen der Befragten zur stärkeren Besteuerung hoher Einkommen einerseits und zum EU-Beitritt andererseits bilden. Wie man Figur 9.3¹⁴ entnehmen kann, unterscheiden sich die Präferenzen der Wählerinnen und Wähler bezüglich der EU-Frage weitaus deutlicher als bezüglich der Steuerfrage. Die Positionierung der SVP bezüglich der EU-Frage entspricht den Erwartungen, doch zeichnet sich die Wählerschaft der LEGA durch eine noch stärker ablehnende Haltung zur EU aus als diejenige der SVP. Wir werden in der Analyse des Wahlergebnisses genauer betrachten können, inwiefern diese ablehnende Haltung gegenüber der EU für die Wahl der beiden Parteien ausschlaggebend war und welche der beiden dieses Thema besser bearbeiten konnte.

Analyse der Wahlkämpfe

Die beiden Wahlkämpfe sind im Tessin relativ ruhig verlaufen. Die Stimmbeteiligung ist seit den 1990er Jahren eher rückläufig, was auf ein wachsendes Desinteresse an der Politik schliessen lässt (Wernli 1998: 83). Der Wahlkampf im Tessin zeichnet sich in erster Linie dadurch aus, dass von der sonst weit verbreiteten «SVP-Hysterie» wenig zu spüren war. Deshalb wurden die Chancen der SVP auch als eher bescheiden eingeschätzt. Man traute ihr höchstens zu, der LEGA einige Stimmen streitig zu machen.

Die drei von der Bevölkerung am häufigsten genannten Probleme im Jahre 1995 zeigen klar die Wichtigkeit der Konfliktlinie «Öffnung vs. Abgrenzung» auf (vgl. Tabelle 9.4). Es standen damit Probleme im Vordergrund, die von der SVP und der LEGA stark bearbeitet werden. Im Jahr 2003 stellte immer noch die Arbeitslosigkeit das dringlichste Problem dar. Wie wir anfangs argumentiert haben, ist die Arbeitslosigkeit in der Tessiner Wahrnehmung aufgrund der Nähe zu Italien eng mit dem Öffnungs-Abgrenzungs-Konflikt verbunden, insbesondere weil befürchtet wird, dass es im Falle einer Öffnung zu Europa zu einer noch stärkeren Konkurrenz mit dem italienischen Ausland kommen würde. Diese Interpretation deutet darauf hin, dass dieser Konflikt nichts an Aktualität eingebüsst hat, obwohl seine zentralen Themen wie Immigration und europäische Integration an Wichtigkeit verloren haben.

In den Medien wurde der Wahlkampf 2003 einerseits von Themen wie der sozialen Sicherheit, Finanzfragen und Steuern geprägt, während andererseits persönliche Skandale im Zentrum des Interesses standen. Neben den kantonalen Themen wurde auch die zunehmende Polarisierung auf Bundesebene inhaltlich relevant: Der Kampf um den Bundesratssitz der CVP sowie der Vormarsch der SVP wurden in allen Tessiner Zeitungen ausgiebig diskutiert.

Tabelle 9.4
Wichtigste Probleme in der Schweiz, 1995 und 2003 (in Prozent der Nennungen)

	Umfragedaten		Mediendaten	
	1995	2003		2003
Arbeitsmarkt	45.6	Arbeitsmarkt 22.6	Soziale Sicherheit	32.2
Europ. Integration	12.0	Gesundheit 21.9	Finanzen & Steuern	16.8
Immigration	7.9	Soziale Sicherheit 21.2	Politisches System	7.6
Wirtschaftslage	7.7	Immigration 13.3	Immigration	6.3
Finanzen & Steuern	7.4	Politisches System 5.1	Service public	5.9

Die politischen Inhalte des Wahlkampfes können als Fortsetzung der kantonalen Wahlen vom April 2003 gedeutet werden. Die Themen soziale Sicherheit und Finanzen hingen insofern zusammen, als die kritische Finanzlage des Kantons oft mit einer Verkürzung der sozialen Ausgaben verbunden war. Die Rechte forderte zur Stärkung des Standortes Tessin eine Reduktion der Gesundheitskosten, die Verkürzung der Sozialausgaben sowie eine wirtschaftsfreundliche Steuerpolitik. Andererseits thematisierten die Sozialisten, manchmal mit der CVP, manchmal mit der LEGA zusammen, verschiedene Lösungen für die dauerhafte Arbeitslosigkeit, die steigenden Krankenkassenkosten und die Unterstützung der benachteiligten Bevölkerungsschichten. Diskutiert wurden auch die erwarteten Auswirkungen der bilateralen Verträge für den Kanton Tessin. Skandale rund um verschiedene Politiker fanden ebenfalls grosse Aufmerksamkeit. Der Fall Etter (SVP-Kantonalrat und Gemeinderat von Lugano), der wegen Mordverdacht und Veruntreuung angeklagt wurde, hatte schon vor den kantonalen Wahlen begonnen. Der Fall des LEGA-Nationalrates und Kantonsrates Maspoli, der wegen betrügerischen Konkurses, mehrfacher Unterschriftenfälschungen bei kantonalen Referenden und bei der Unterschriftensammlung für seine neue Partei «Risorgimento Ticinese» verurteilt wurde, versetzte das Tessiner politische Umfeld in Unruhe. Auch der Fall Lombardi fand in den Medien grosse Resonanz. Der CVP-Ständerat wurde zuerst wegen Verkehrsdelikten (Raserei und Fahren ohne Führerschein) angeklagt, danach wurde im Tessin diskutiert, ob in diesem Fall eine Anklage wegen Urkundenfälschung eröffnet werden sollte. Kurz vor den eidgenössischen Wahlen dominierte schliesslich der Fall Pesenti die Medien. Am Freitag vor den Wahlen entzog die Tessiner Regierung ihrem SP-Mitglied Pesenti die Verantwortung über verschiedene soziale Dossiers. Es entstand eine grosse spontane Kundgebung gegen diesen Entscheid, der von der SP als antidemokratisch bezeichnet wurde. Es kann angenommen werden, dass als Folge dieser Entscheidung eine starke Mobilisierung der linken Wählerschaft stattfand.

Analyse des Wahlentscheids

Wir wenden uns nun den Bestimmungsgründen für die Wahlentscheidung auf individueller Ebene zu. Anhand eines ersten Modells, dessen Resultate in Tabelle 9.5 dargestellt sind, untersuchen wir die soziostrukturellen Merkmale der Wählerinnen und Wähler der SVP. Dabei wollen wir feststellen, ob die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen, die auf unterschiedlichen Seiten traditioneller politischer Konfliktlinien liegen – der Klassen-

Tabelle 9.5
Lineare Regression der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf soziale Merkmale der Wahlberechtigten, Kanton Tessin (Modell 1)

Variablen	Kategorien/Indikator	1995		2003		1995–2003	
		Beta	SE	Beta	SE	Beta	SE
	Konstante	0.31 ³	0.04	0.26 ³	0.05	-0.05	0.06
Soziale Klasse	ungelernte Arbeiter	-0.04	0.03	0.08	0.05	0.12 ²	0.06
	qualifizierte Arbeiter	0.00	0.03	-0.03	0.05	-0.02	0.06
	Manager	-0.07 ²	0.03	0.01	0.04	0.08	0.06
	technische Spezialisten	-0.07 ³	0.03	0.01	0.04	0.08 ¹	0.05
	soziokulturelle Spezialisten	-0.14 ³	0.05	-0.05	0.09	0.09	0.10
	(Ref.: Bauern, traditionelle Berufe)						
Religion	nichtpraktizierende Katholiken	0.04	0.03	0.06	0.07	0.02	0.07
	praktizierende Katholiken	0.08 ³	0.03	0.17	0.13	0.09	0.12
	nichtpraktizierende Protestanten	0.02	0.05	0.05	0.04	0.03	0.07
	praktizierende Protestanten	0.20 ³	0.08	0.03	0.04	-0.18	0.11
	(Ref.: keine/andere Religion)						
Stadt-Land	Stadt (Ref.: Land)	-0.02	0.02	-0.01	0.03	0.01	0.04
R ²		0.04		0.00			
N		488		490			

¹ p<.10 ² p<.05 ³ p<.01

konflikt, der konfessionelle Konflikt sowie der Stadt-Land-Gegensatz –, nach wie vor unterschiedliche Präferenzen für die SVP erklären können.

Die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit der Bauern und der traditionellen Selbstständigen als Referenzgruppe betrug 1995 31 Prozent und sank im Jahr 2003 auf 26 Prozent. Diese Gruppe, die die traditionelle Zielgruppe der SVP in den Deutschschweizer Kantonen darstellt, hat sich also bei den eidgenössischen Wahlen 2003 etwas von der SVP distanziert. Im Jahr 2003 unterscheidet sich keine der sozialen Klassen mehr signifikant von der Referenzkategorie, die Wählerschaft der SVP ist somit sozial heterogener geworden, was die Catch-All-Partei-Hypothese bestätigt.

Gleichzeitig haben die ungelerten Arbeiter 2003 eine deutlich höhere Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP als noch 1995, als sie unter den SVP-Wählern eher noch untervertreten waren. Die These, dass die SVP zunehmend Globalisierungsverlierer anspricht, muss also nicht verworfen werden, doch insofern dies zutrifft, stand dieser Prozess 2003 erst am Anfang. Eine ähnliche wenn auch weniger ausgeprägte Veränderung hat sich bei der

Klasse der technischen Spezialisten ergeben, die 1995 unter den SVP-Wählern noch stark untervertreten waren, während ihre SVP-Wahlwahrscheinlichkeit sich 2003 nicht mehr signifikant von der Gruppe der Bauern und der traditionellen Selbstständigen unterscheidet. Insgesamt hat sich die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP jedoch kaum erhöht, was sich mit den Resultaten zur potenziellen Wählerschaft deckt, die im vorangehenden Abschnitt untersucht wurden.

Bezüglich der Religion scheint die SVP inzwischen zu einer überkonfessionellen Partei geworden zu sein. So ist die deutliche Übervertretung praktizierender Protestanten in ihrem Elektorat, die noch 1995 zu beobachten war, verschwunden. Erstaunlicherweise hatte die SVP schon 1995 bei den praktizierenden Katholiken eine relativ hohe Wahlwahrscheinlichkeit, die sich 2003 tendenziell noch erhöht hat.

Die Stadt-Land-Differenzen in der SVP-Wählerschaft waren sowohl 1995 als auch 2003 eher unbedeutend. Der Kanton Tessin ist nicht sehr stark urbanisiert, und der Gegensatz zwischen Stadt und Land gibt offensichtlich zu weniger Konflikten Anlass als in anderen Kantonen. Insgesamt ist die Erklärungskraft der hier untersuchten sozialen Merkmale in Bezug auf die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP sehr begrenzt. Sie ist von mageren 4 Prozent in der Wahl von 1995 auf 0 Prozent in der letzten Wahl gesunken. Mit anderen Worten scheinen die traditionellen Konfliktlinien bei der Wahl der SVP im Tessin keine Rolle zu spielen.

Wir betrachten deshalb nun die geschätzten Effekte der politischen Einstellungen und Orientierungen der Wahlberechtigten, wobei wir die soeben betrachteten sozialen Merkmale kontrollieren. Wenn die De-alignment-These zutrifft, sollte das individuelle Wahlverhalten immer weniger durch strukturelle Merkmale, sondern durch Einstellungen zu politischen Sachfragen bestimmt sein. In Modell 2 zeigt sich, dass Einstellungen zu politischen Sachfragen die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP zwar beeinflussen, auf den ersten Blick jedoch nicht im erwarteten Ausmass. Wähler, die einen EU-Beitritt stark ablehnten, wählten 1995 mit einer 4 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit als solche, die einen Beitritt stark befürworteten, während dieser Unterschied 2003 8 Prozentpunkte betrug. Hingegen hat die ablehnende Haltung zu Steuern auf hohen Einkommen in der letzten Wahl ihren Einfluss verloren.

Der Einfluss der ideologischen Selbstpositionierung der Wähler ist demgegenüber zwischen 1995 und 2003 sprunghaft angestiegen. Während dieser Faktor 1995 nicht zur Erklärung der SVP-Wahl beitrug, hatten 2003 Befragte, die sich ganz rechts auf der Skala einordnen, eine 20 Prozent

Tabelle 9.6
Lineare Regression der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf politische Einstellungen und Orientierungen der Wahlberechtigten unter Kontrolle von sozialen Merkmalen, Kanton Tessin (Modell 2)

Variablen	Kategorien/Indikator	1995		2003		1995–2003	
		Beta	SE	Beta	SE	Beta	SE
	Konstante	0.38 ³	0.03	0.26 ³	0.04	-0.12 ³	0.05
Soziale Klasse	ungelernte Arbeiter	-0.02	0.03	0.07	0.05	0.09	0.05
	qualifizierte Arbeiter	-0.02	0.03	0.01	0.04	0.03	0.05
	Manager	-0.04	0.03	0.07 ¹	0.04	0.11 ²	0.05
	technische Spezialisten	-0.05 ³	0.02	0.04	0.04	0.09 ²	0.04
	soziokulturelle Spezialisten (Ref.: Bauern, traditionelle Berufe)	-0.10 ³	0.04	-0.05	0.08	0.05	0.08
Religion	nichtpraktizierende Katholiken	-0.01	0.03	0.07	0.06	0.08	0.06
	praktizierende Katholiken	0.02	0.03	-0.07	0.12	-0.09	0.11
	nichtpraktizierende Protestanten	0.02	0.04	0.01	0.03	-0.01	0.05
	praktizierende Protestanten (Ref.: keine/andere Religion)	0.12	0.08	0.01	0.04	-0.11	0.10
Stadt-Land	Stadt (Ref.: Land)	-0.02	0.02	0.08 ³	0.03	0.10 ³	0.03
Parteiidentifikation	Nähe zur SVP (Ref.: keine Nähe)	0.24 ²	0.12	0.25 ³	0.08	0.00	0.16
Themen	EU-Beitritt	0.01 ¹	0.01	0.02 ²	0.01	0.01	0.01
	Chancen für Ausländer	-0.01 ¹	0.01	0.01	0.01	0.02 ¹	0.01
	Steuern auf hohe Einkommen	0.02 ³	0.01	0.00	0.01	-0.02 ¹	0.01
Ideologie	Links-Rechts-Selbsteinstufung	0.00	0.00	0.02 ³	0.01	0.02 ²	0.01
Kandidaten	Sympathie für Blocher	0.03 ³	0.00	0.06 ³	0.00	0.03 ³	0.01
Protest		-0.01	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01
R ²		0.29		0.51			
N		418		353			

¹ p<.10 ² p<.05 ³ p<.01

höhere Wahrscheinlichkeit, die SVP zu wählen als solche, die sich ganz links einordnen. Dies könnte damit zusammenhängen, dass sich die SVP klarer im politischen Raum positioniert hat.

Ebenfalls einen starken Einfluss hat die Parteiidentifikation: Wähler, die angaben, der SVP nahe zu stehen, wählten 2003 mit einer 25 Prozent höheren Wahrscheinlichkeit die SVP als solche, die sich keiner oder einer

anderen Partei nahe fühlten. Die Protest-Hypothese findet in unseren Daten hingegen keine Bestätigung. Die Überzeugung, Politiker wüssten nicht, was die Leute auf der Strasse denken, trägt nicht wesentlich zur SVP-Wahlwahrscheinlichkeit bei.

Eine unerwartet starke Rolle hat auch die Sympathie für Christoph Blocher gespielt. Wer Blocher viel Sympathie entgegenbrachte, wählte 1995 mit einer um 30 und 2003 sogar mit einer um 60 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit die SVP, als eine Person, die ihn sehr unsympathisch fand. Aufgrund der Kontextanalyse hätten wir vermutet, dass die von der SVP propagierten Sachthemen eine wichtigere Rolle zur Erklärung der SVP-Wahl spielen würden als die Sympathie für Blocher, da dieser in den Tessiner Wahlkämpfen keine grosse Rolle gespielt hat. Hier ist es aufschlussreich, den Einfluss der Sachthemen unter Ausschluss der Sympathie für Blocher zu betrachten. Entsprechende Modelle für die beiden Wahlen – die hier nicht separat präsentiert werden – zeigen, dass die starke Wirkung der Sympathie für Blocher die Relevanz der Sachthemen teilweise verdeckt. Ohne den Blocher-Effekt wird die Haltung zur EU in beiden Jahren hoch signifikant. Der Einfluss der Haltung gegenüber Ausländern und der *Classe politique* ist hingegen in beiden Wahljahren unbedeutend.

Insgesamt weist das zweite Modell in Tabelle 9.6 gegenüber dem soziostrukturellen eine deutlich höhere Aussagekraft auf und hat zwischen den zwei betrachteten Zeitpunkten zudem an Erklärungskraft gewonnen. 1995 wurde 29 Prozent und 2003 51 Prozent der Varianz in der Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP erklärt.

Schlussfolgerungen

Die SVP hat im Kanton Tessin die Zahl ihrer Wählerstimmen stetig ausgebaut, bisher jedoch noch keinen Nationalratsitz gewonnen. Im Tessiner Grossrat hat sie das beste Resultat seit ihrer Gründung erzielt. Wir haben uns zu Anfang gefragt, ob die SVP und die LEGA ähnliche Wählerinnen und Wähler ansprechen, da es durchaus möglich erscheint, dass eine Abwanderung der Wähler zwischen den zwei rechtspopulistischen Parteien stattgefunden hat.

Die Analyse im Kontextteil hat gezeigt, dass das Potenzial der SVP in der Tessiner Wählerschaft 1995 und 2003 etwa gleich gross war. Der Zuwachs in der Wahlunterstützung für die SVP kann damit erklärt werden, dass sie ihr Potenzial in der letzten Wahl wesentlich besser mobilisiert hat als noch 1995. Das Potenzial der LEGA hat sich hingegen verkleinert, und sie war 2003 auch viel weniger erfolgreich darin, dieses Potenzial zu mobi-

lisieren. Sie läuft damit Gefahr, das Rennen um die Position am rechten Rand des politischen Spektrums an die SVP zu verlieren.

Zur gleichen Zeit lassen die Konkurrenz der LEGA und das Fehlen einer charismatischen Figur wie Blocher im kantonalen Kontext die Tessiner SVP nicht an den Erfolg der anderen kantonalen SVP-Sektionen anknüpfen. Vergleichen wir unsere Ergebnisse mit denen der gesamtschweizerischen Analyse in Kapitel 3, lässt sich zweierlei feststellen: Einerseits findet die SVP im Tessin ein weniger grosses Potenzial vor als anderswo. Vor allem aber hat sie ihr Potenzial im Kanton Tessin bisher wesentlich weniger erfolgreich mobilisiert als in anderen Kantonen, auch wenn sie dabei zwischen 1995 und 2003 Fortschritte gemacht hat.

Die Individualanalyse hat gezeigt, dass die SVP im Kanton Tessin Wähler aus allen sozialen Klassen und über Konfessionsgrenzen hinweg mobilisiert. Wir haben argumentiert, dass die traditionelle Konfliktlinie zwischen den bürgerlichen Parteien und der SP zu Gunsten der Konfliktlinie zwischen Öffnung und Abgrenzung an Einfluss verloren hat. Die Resultate sind mit dieser These kompatibel. Der Tendenz nach ist die Unterstützung für die SVP unter den ungelerten Arbeitern am höchsten.

Die wichtigsten Determinanten der SVP-Wahl sind die ideologische Selbsteinstufung der Wähler, die allgemeine Parteiidentifikation mit der SVP sowie die Sympathie für Christoph Blocher. Die starken Einflüsse der Parteiidentifikation sowie der Sympathie für Blocher sind insofern erstaunlich, als die SVP im Kanton Tessin eine neue Partei ist und Blocher im Tessiner Wahlkampf nicht sehr präsent war. Hier könnten sich Wirkungen der stärkeren Mediatisierung des nationalen Wahlkampfes zeigen. Hinter dem starken Blocher-Effekt verbergen sich auch spezifischere politische Präferenzen, wie eine zusätzliche Analyse zeigen konnte: Sowohl die Ablehnung eines EU-Beitritts als auch der Chancengleichheit für Ausländer haben einen starken positiven Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, die SVP zu wählen. Die Hypothese, wonach die Konfliktlinie zwischen Öffnung und Abgrenzung im Tessin für die SVP-Wahl zentral ist, findet also auch in den Sachthemenorientierungen ihrer Wählerinnen und Wähler Bestätigung.

Der Einfluss der ideologischen Selbsteinstufung ist vor dem Hintergrund der Polarisierung des Tessiner Parteiensystems zu sehen. Die Wähler bewegen sich vermehrt zu den Rändern des politischen Spektrums hin, während gleichzeitig die LEGA markant an Stimmen verliert. Die Skandale rund um die Parteiführer der LEGA dürften dieser Stimmen gekostet haben. Profitiert haben von der Polarisierung somit einerseits die SVP und

andererseits die SP. Während die FDP nach wie vor die stärkste Partei im Tessin ist, hat die CVP in den vergangenen zwei Jahrzehnten empfindliche Verluste hinnehmen müssen. Diese Entwicklung ist zwar auf kantonaler Ebene und bei den Ständeratswahlen weniger ausgeprägt als bei den Nationalratswahlen. Dennoch entfernt sich das Tessiner Parteiensystem vom Idealtyp der katholischen Kantone. Ob sich dieser Trend fortsetzt, werden die nächsten Wahlen zeigen.

Dahin führt linke Politik:



Ausschnitt aus einem Inserat der SVP, erschienen in der «Neuen Zürcher Zeitung» am 27. September 2003

Waadt

Einleitung

Der Kanton Waadt als französischer und konfessionell gemischter Kanton verfügt über ein Parteiensystem, das sich durch eine gespaltene Linke und Rechte auszeichnet, wie in der Einleitung beschrieben wurde. Traditionell dominieren die beiden rechten Parteien FDP (les Radicaux) und die Liberalen (LPS) die Politik. In Abweichung von den übrigen Kantonen der Romandie ist aber auch die SVP im ländlich geprägten Kanton Waadt verwurzelt. Zusammen bildeten diese drei bürgerlichen Parteien die «Entente cordiale». Die SVP war mit knapp 10 Prozent Wähleranteil die schwächste dieser Parteien und unterstützte in den Ständeratswahlen jeweils die Kandidaten der FDP und der Liberalen. Die konservative Position, die die SVP in der Deutschschweiz innehat, wurde vorwiegend durch die LPS abgedeckt. Die ausgeprägte Stabilität dieses Parteiensystems wurde aber durch die Wahlen 1999 und 2003 beendet, indem die SVP zur stärksten bürgerlichen Kraft wurde. Wie die Zauberformel auf eidgenössischer Ebene haben sich auch die Kräfte der «Entente cordiale» entscheidend zu Gunsten der SVP verändert. Trotzdem ist es ihr aber nicht gelungen, einen Sitz im Ständerat zu erreichen

Die Gründung der SVP beziehungsweise UDC (Union démocratique du centre) im Kanton Waadt 1921 fällt in die gleiche Zeit wie die Gründung der BGB in einigen deutschsprachigen Kantonen. Die UDC verstand sich ebenfalls als Bauern- und Gewerbeartei und verfügte über eine traditionelle Wählerschaft vor allem auf dem Land. Politisch vertrat sie konservative Werte, verstand sich aber als Mittepartei, wie auch im Namen «Union démocratique du centre», wie die SVP auf französisch heisst, ersichtlich ist. Im Gegensatz zur BGB gilt dieser Name heute noch. Auch ist die SVP dem Rechtstrend der Deutschschweizer SVP und dem Einfluss des Zürcher Flügels lange nicht gefolgt. Mit den Wahlen von 1999 und besonders 2003 hat sich aber auch die SVP Waadt verändert und sich an die Mutterpartei angepasst, wie zum Beispiel die Anpassung der Parteifarbe an das nationale Grün oder die engere Zusammenarbeit zeigen.

Entwicklung der SVP und des Parteiensystems

Der Kanton Waadt ist von Konfliktlinien geprägt, die sich im Parteiensystem wie in der Theorie beschrieben widerspiegeln. Am bedeutendsten im Kanton Waadt ist der Klassenkonflikt, der zu einem Block von linken und rechten Parteien geführt hat. Der Klassenkonflikt ist aber aufgrund der ländlichen Prägung des Kantons weniger ausgeprägt als in anderen Kantonen (Vatter 2002). Die übrigen traditionellen Konflikte zwischen Stadt und Land, zwischen Sozialisten und Kommunisten sowie zwischen Staat und Kirche waren zwar für die Entstehung des Parteiensystems zentral, spielen aber heute kaum mehr eine Rolle in der Politik. Hingegen wird gegenüber dem Links-Rechts-Konflikt auch im Kanton Waadt der Öffnungs-Abgrenzungs-Konflikt immer wichtiger. Folglich könnte dieser Konflikt bedeutend für den Aufstieg der SVP gewesen sein.

Der Kanton Waadt ist im Vergleich mit dem schweizerischen Durchschnitt besonders öffnungsorientiert (Hermann und Leuthold 2003: 64 f.). Die Befragten sind relativ zur Gesamtbevölkerung besonders EU-freundlich und positiv gegenüber einer Chancengleichheit für Ausländer eingestellt. Innerhalb des Kantons Waadt stellt sich die Juraregion als stark links und öffnungsorientiert heraus, wohingegen in den Waadtländer Alpen eher rechte und abgrenzungsorientierte Werte vorherrschen. Die Stadt Lausanne ist innerhalb des Kantons am weitesten links und am meisten öffnungsorientiert, was zeigt, dass durchaus ein Gegensatz zwischen urbanen und peripheren Gebieten vorhanden ist.

Wie die Stimmberechtigten des Kantons Waadt durchschnittlich entlang dieser beiden Konfliktlinien einzuordnen sind, wie ausgeprägt die unterschiedlichen Präferenzen sind und ob sich diese zwischen 1995 und 2003 verändert haben, lässt sich auch anhand der Befragungsdaten betrachten. Diese Einstellungen weisen eine eher geringe Streuung auf und sind durchschnittlich als öffnungsorientiert und links einzuordnen. Die Waadtländer sind mehrheitlich für einen EU-Beitritt, für eine Chancengleichheit für Ausländer und für höhere Steuern auf hohen Einkommen. Bei den Fragen zum Öffnungs-Abgrenzungs-Konflikt herrschte die grösste Uneinigkeit bei den Befragten. Die Meinungen variierten 1995 bei der Frage nach der Chancengleichheit für Ausländer am stärksten. 2003 zeigte die EU-Frage die grösste Varianz bei den Antworten. Dies weist darauf hin, dass für die untersuchten Jahre dieser Öffnungs-Abgrenzungs-Konflikt am bedeutendsten war. In der EU-Frage hat zudem ein bemerkenswerter Meinungsumschwung stattgefunden. Die Befragten des Kantons Waadt waren 2003 deutlich skeptischer gegenüber der EU als noch 1995.¹ In allen

anderen Fragen ist keine Veränderung in den durchschnittlichen Einstellungen ersichtlich. Auch in Bezug auf die Varianz der Meinungen als Indikator für eine Polarisierung unterscheidet sich die Tendenz der EU-Frage von den Tendenzen der Einstellungen zu den übrigen Themen. In der EU-Frage hat die Varianz der Meinungen zugenommen, während in den anderen Fragen die Einigkeit unter den Wählern gestiegen ist. Ob ein Zusammenhang zwischen dieser Veränderung der Meinung zur EU und dem Einfluss des Zürcher Flügels besteht, wird in der Datenanalyse näher betrachtet.

1921 wurde im Kanton Waadt die erste SVP der Westschweiz gegründet. Sie hat sich aufgrund des Stadt-Land-Konflikts von der FDP abgespalten, aber schon bald arbeitete sie wieder mit der FDP zusammen.² Heute verzeichnet die SVP im Kanton Waadt über 1200 Mitglieder. Wie in der Deutschschweiz war die SVP Waadt eine Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, die sich aus protestantischen Bauern und kleinen Selbstständigen zusammensetzte. Heute jedoch verzeichnet die SVP Waadt über 80 Prozent ihrer Wähler in den Städten. Die SVP Waadt entwickelte sich aber nicht in die gleiche Richtung wie die Kantonalparteien der Deutschschweiz oder die Mutterpartei, die ideologisch immer weiter nach rechts rutschten. Ein jahrelanger Konflikt mit der Zürcher Linie prägte die SVP Waadt. Schon allein der Name «Schweizerische Volkspartei» rief in den Reihen der SVP Waadt Ablehnung hervor, da sie sich mit der französischen Übersetzung in «Parti populaire suisse» nicht identifizieren konnte.³ Doch nicht nur der einheitliche Name der Partei war umstritten, sondern auch die Vorzeige- und Identifikationsfigur der letzten Jahre, Christoph Blocher. Ein jahrelanger, interner Machtkampf gegen die übermächtige Deutschschweiz und vor allem gegen den Zürcher Flügel mit Blocher prägte die SVP Waadt. Dabei wollte sie sich auf keinen Fall von der Deutschschweiz bestimmen lassen, sondern ihre Eigenständigkeit bewahren. Die SVP trat im Kanton Waadt für einen pragmatischen, toleranten und offenen Kurs ein, der sich stark von der Mutterpartei unterschied. Die SVP Waadt hob sich vor allem durch die Fragen der Integration von Ausländern, der Integration in die EU und der Sicherheitsfrage von der Linie der SVP in der Deutschschweiz ab. Im Jahre 2000 versuchte sich die SVP Waadt der schweizerischen SVP anzunähern, jedoch unter einer klaren Bekanntgabe ihrer Unabhängigkeit gegenüber dem «Diktat» von Blocher.⁴ Für die SVP Waadt war es immer noch wichtig, zu Fragen wie der europäischen Integration und der Integration von Ausländern eine liberale Meinung zu vertreten.⁵ In den letzten Jahren kam es allerdings zu einer immer grösseren Angleichung und somit

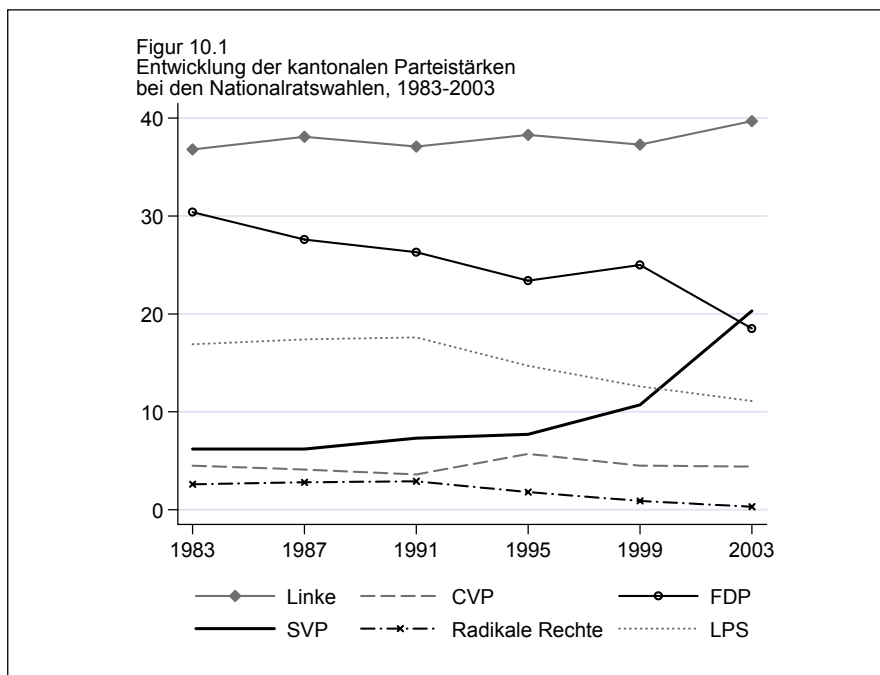
zu einer relativ einheitlichen Meinung mit der SVP Schweiz. Dennoch distanziert sich die SVP Waadt von allzu rechtslastigen Tendenzen und sieht sich noch immer als eine gemässigte rechte Partei.

Es stellt sich nun die Frage, ob diese Annäherung der SVP Waadt an die Zürcher Linie etwas mit dem SVP-Exponenten Blocher zu tun hat, der vor allem in den Medien eine starke und präzise Stellung einnimmt. Der deutliche Zuwachs von Neu- und Wechselwählern könnte auch im Zusammenhang mit Blocher als Repräsentanten der Zürcher Linie, die eine klare rechte Position einnimmt, gesehen werden. Die Befragungsdaten zeigen, dass Blocher sowohl seine Beliebtheit als auch seine Bekanntheit in den letzten acht Jahren in der Waadt bemerkenswert ausbauen konnte.⁶ Dies hat einerseits sicherlich mit der erhöhten Medienaufmerksamkeit für die Person Blocher zu tun wie auch mit der Zunahme der SVP-Wähler in der ganzen Schweiz. Blocher stellt die Personifizierung der SVP Schweiz dar, was sich in einer immer stärkeren Angleichung der SVP Waadt an die SVP der Deutschschweiz äussert.

Der Kanton Waadt verfügt über ein stark fragmentiertes Parteiensystem. Sowohl die Linke als auch die Rechte sind traditionell gespalten. Auf der linken Seite gibt es die SP und die PdA als ehemals kommunistische Partei. Auf der rechten Seite vertreten die traditionell dominanten Parteien die FDP (les Radicaux) und die LPS (les Libéraux) den radikalen und den konservativen Flügel des Liberalismus. Daneben sind auch CVP und SVP traditionell im Kanton verwurzelt, und seit den 1980er Jahren spielen auch die Grünen eine Rolle.

Politisch wurde der Kanton Waadt lange Zeit durch eine relative Mehrheit der FDP und der LPS im Kantonsrat und im Nationalrat vertreten. Auch die SP konnte bei den Nationalratswahlen meist einen grossen Teil der Wählerschaft für sich gewinnen. Erst in den letzten zehn Jahren sorgte die SVP für eine Veränderung des Status quo.

Anhand von Figur 10.1 lassen sich die Entwicklungen der Stimmenanteile über die Zeit der einzelnen Parteien beobachten. Ins Auge sticht vor allem der Gewinn der SVP seit 1999. Das Verhältnis der Stimmenanteile zwischen linken und rechten Parteien ist relativ stabil geblieben. Zwar konnte die Linke leicht zulegen, in der ganzen betrachteten Periode bildet der bürgerliche Block aber eine Mehrheit. Unter den bürgerlichen Parteien ist gut ersichtlich, dass die FDP und LPS lange die Politik dominierten. Die SVP nahm trotz ihrer langen Tradition im Kanton Waadt und dem Erfolg in der Deutschschweiz in den 1990er Jahren mit rund 7 Prozent Stimmenanteil eine Minderheitenposition ein. Bis 1999 verfügte sie nur über einen



Sitz im Nationalrat. Der Aufstieg der SVP zeigt sich erstmals deutlich bei den Wahlen 1999, wo sie den Wähleranteil auf 10,7 Prozent erhöhte. In den folgenden vier Jahren konnte sie diesen Anteil sogar nochmals verdoppeln und wurde 2003 mit 20 Prozent Wähleranteil hinter der SP zur zweitgrössten Partei. Dieser Aufschwung ging vollständig auf Kosten der anderen rechten Parteien, vor allem die FDP ist die grosse Verliererin der Wahlen 2003. Aber auch die LPS büsste an Stärke ein und ist nun nur noch die dritte bürgerliche Kraft im Kanton Waadt. Rechtsextreme Parteien haben im Kanton Waadt nie eine grosse Rolle gespielt, was vermutlich der rechtslastigen Position der LPS zuzuschreiben ist. Parallel zum Aufstieg der SVP ist die einzige rechtsextreme Partei, die Schweizer Demokraten, ganz aus der Politik im Kanton Waadt verschwunden.

Auch bei den kantonalen Wahlen lässt sich ein Anstieg der SVP erkennen, allerdings nicht ganz so auffallend wie bei Nationalrat. Auch hier haben die etablierten bürgerlichen Parteien stark an Wähleranteilen verloren. Ein Grund könnte sein, dass die FDP und LPS durch den Skandal um die Waadtländer Kantonalbank (BCV) geschwächt wurden. Die SVP ging als grosse Siegerin der Wahlen 2002 hervor. Daneben konnten aber auch die linken Parteien stark an Wähleranteilen zulegen, was vor allem dem Erfolg der Grünen zuzuschreiben ist.

Trotz dem Erfolg der SVP sowohl auf kantonaler und nationaler Ebene ist der Unterschied zwischen diesen beiden Wahlen doch frappant. Bei den kantonalen Wahlen im März 2002 verfügt die SVP über einen Wähleranteil von 12 Prozent. Nur gerade eineinhalb Jahre später bei den nationalen Wahlen gewinnt sie aber schon 20 Prozent der Stimmen. Es ist anzunehmen, dass dieser Anstieg nicht nur an einem Zeittrend liegt, sondern auch auf den Unterschied zwischen kantonalen und nationalen Wahlen zurückzuführen ist. Darauf wird unten in der Analyse des Wahlkampfes näher eingegangen.

Positionierung der Parteien im Kanton Waadt

Die Parteien teilen untereinander eine beträchtliche Anzahl an potenziellen Wählern, wie in Tabelle 10.1 und 10.2 ersichtlich wird. Betrachtet man das Jahr 1995 hinsichtlich der Wählerpotenziale, so wies die SP im Vergleich zu den anderen Parteien das grösste Wählerpotenzial auf. Es folgten die Grünen, die FDP, die CVP und die LPS. Die SVP hatte 1995 noch das geringste Wählerpotenzial. Zudem teilte sie auch am meisten potenzielle Wähler mit den anderen Parteien – im Schnitt 88 Prozent. An zweiter Stelle lag in dieser Hinsicht die CVP, die durchschnittlich 77 Prozent ihrer potenziellen Wähler mit den anderen Parteien teilte, vor allem mit der FDP und der SP. Die LPS und FDP teilten sich gegenseitig rund 85 Prozent ihrer potenziellen Wähler, ähnlich wie SP und Grüne. SP und Grüne wiesen jedoch im Vergleich zu den restlichen Parteien das durchschnittlich tiefste Überlappungsmuster zu anderen Parteien auf.

2003 nahm die Konkurrenz zwischen den Parteien jedoch deutlich ab. Wurden 1995 im Schnitt 77 Prozent der Wählerpotenziale unter den Parteien geteilt, so waren es 2003 nur noch 50 Prozent. Zudem wies die SVP zusammen mit der SP jetzt die geringsten Überlappungen zu anderen Parteien auf. Die Entwicklung der absoluten Wählerpotenziale sowie die Reduktion der Überlappungen bei SVP und Grünen schlagen sich auch in der Ausschöpfungsquote dieser Parteien nieder. So nutzte die SVP bei den Nationalratswahlen 2003 83 Prozent ihres Wählerpotenzials aus und verfügte damit über die mit Abstand höchste Quote. Den Grünen gelang ein Sprung von 0 Prozent 1995 auf 13 Prozent im Jahr 2003. Die SP war sowohl 1995 als auch 2003 immun gegenüber der Konkurrenz der andern Parteien, was anhand der konstant hohen Ausschöpfungsquote von 50 Prozent ersichtlich wird.

Die sinkenden Überlappungswerte sowie die sehr hohe Ausschöpfungsquote der SVP bei den Wahlen 2003 wirft die Frage nach den Ursachen auf.

Tabelle 10.1
Potenzielle Wählerschaften und Überlappungen, 1995

	SP	Grüne	CVP	FDP	SVP	LPS
SP		0.88	0.91	0.81	0.89	0.81
Grüne	0.77		0.86	0.77	0.84	0.77
CVP	0.61	0.65		0.69	0.87	0.76
FDP	0.66	0.71	0.91		0.90	0.85
SVP	0.51	0.56	0.75	0.64		0.65
LPS	0.65	0.70	0.91	0.84	0.89	
Wählerpotenzial	54.9	48.2	36.9	45.0	32.0	44.2
Parteistärke	22.7	4.1	5.6	23.4	7.7	14.7
Ausschöpfungsquote	41.3	8.5	15.2	52.0	24.1	33.3

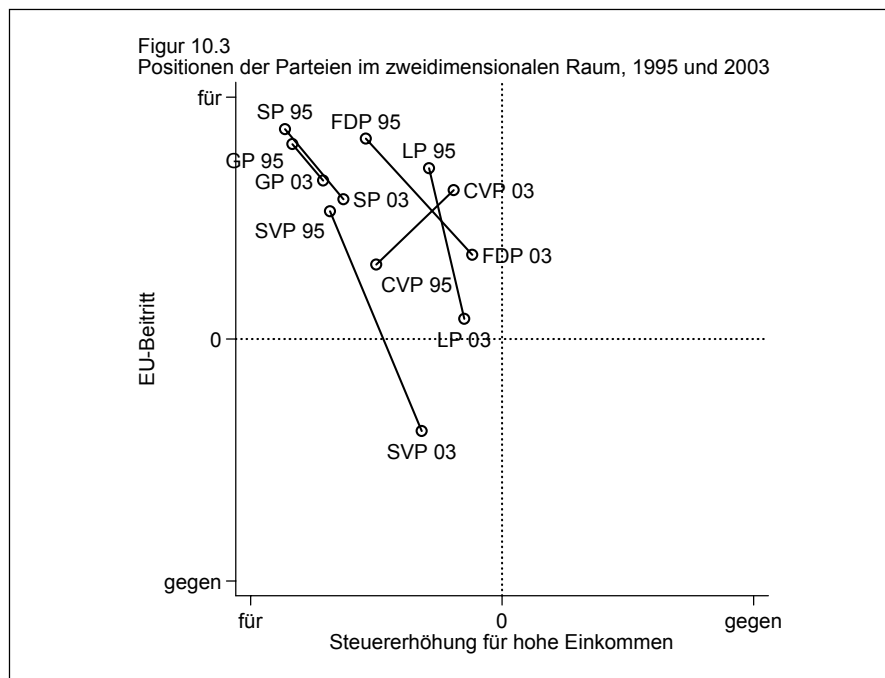
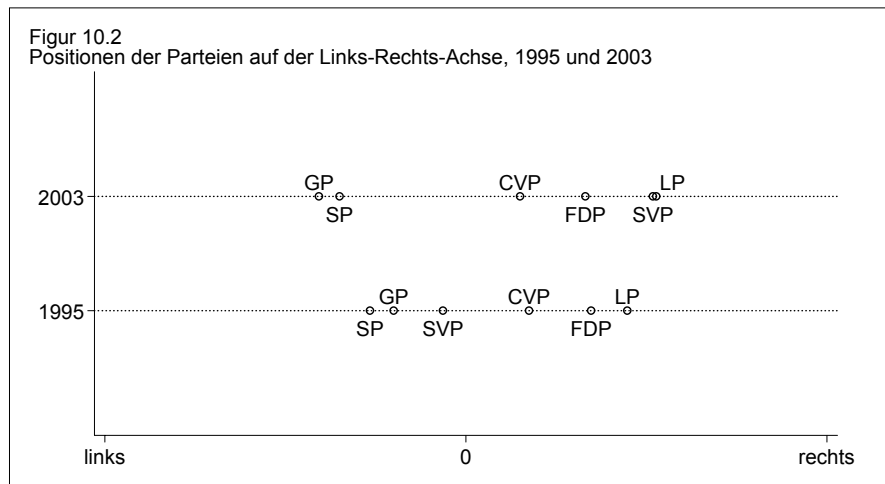
Tabelle 10.2
Potenzielle Wählerschaften und Überlappungen, 2003

	SP	Grüne	CVP	FDP	SVP	LPS
SP		0.82	0.76	0.64	0.55	0.62
Grüne	0.79		0.77	0.65	0.59	0.65
CVP	0.47	0.49		0.78	0.56	0.65
FDP	0.47	0.50	0.78		0.65	0.79
SVP	0.35	0.38	0.57	0.55		0.60
LPS	0.45	0.49	0.76	0.77	0.69	
Wählerpotenzial	52.7	50.8	32.5	39.1	33.1	38.2
Parteistärke	21.7	11.3	4.4	18.5	20.3	11.1
Ausschöpfungsquote	41.2	22.2	13.5	47.3	61.3	29.1

Eine Antwort kann allenfalls die Positionierung der Parteien im politischen Raum liefern. Betrachtet man die Positionierung der Parteien auf der Links-Rechts-Achse, stellt man für das Jahr 2003 eine bedeutende Neupositionierung der SVP fest. Wie Figur 10.2 zeigt, hat sie sich von der Mitte an den rechten Rand verschoben, wo sie sich nun den Platz mit der LPS teilt. Ähnliches gilt auch für die Grünen, wobei diese Partei 2003 neu links von der SP zu verorten ist.

Diese Veränderung auf der Links-Rechts-Achse im Jahr 2003 ging sowohl bei der SVP wie auch bei den Grünen einher mit einer absoluten Zunahme ihrer Wählerpotenziale sowie mit einer deutlichen Abnahme der Konkurrenz zu anderen Parteien.

Betrachten wir die Verschiebungen der Parteien im zweidimensionalen politischen Raum, dann wird ersichtlich, dass es der SVP im Zuge der Polarisierung des Parteiensystems gelungen ist, aus der politischen Konvergenz der Mitte-Rechts-Parteien auszubrechen. Im Unterschied zur FDP und CVP hat sie sich im Jahr 2003 markant neu positioniert. Dies gilt in



ähnlicher Weise für die Grünen in Bezug zur SP. Lagen die Wählerschaften der Parteien 1995 hinsichtlich der Dimensionen «Steuererhöhungen für hohe Einkommen» und «EU Beitritt» dicht beieinander, so lösten sie sich 2003 voneinander, wobei die SVP-Wählerschaft am deutlichsten die Position wechselte. Sie änderte ihren politischen Standpunkt vor allem auf der «EU-Beitritts»-Dimension, in der sie sich neu mit ihrer konservativen

Haltung deutlich von allen anderen Parteien unterscheidet. Hinsichtlich Steuererhöhungen für hohe Einkommen nimmt sie zwar auch eine veränderte Position ein, jedoch ist diese eher moderater Art.

Der Gewinn der SVP erstaunt angesichts der traditionell starken Position der LPS. Es wäre zu erwarten gewesen, dass diese wegen ihrer ähnlichen politischen Positionierung für die konservativen Wähler im Kanton Waadt eine Alternative zur SVP darstellen würde. Dass es der SVP trotz der Konkurrenz der LPS gelungen ist, ihre Wählerschaft auszubauen, liegt vermutlich daran, dass die LPS über Jahre hinweg zusammen mit der FDP und der SP die waadtländische Regierungskoalition bildete. Dies führte dazu, dass die LPS auf kantonaler wie auch auf kommunaler Ebene zu sehr als Teil des Establishments betrachtet wurde, wobei sie zusätzlich noch über einen gewissen elitären «Background» verfügte. Somit konnte sie 2003 im Gegensatz zur SVP weder neue Wähler mobilisieren noch anderen Parteien solche streitig machen.

Wahlkämpfe

In Tabelle 10.3 sind die wichtigsten Probleme aus der Sicht der Wählerschaft abgebildet. 1995 wurden in 82 Prozent aller Antworten eines dieser Probleme genannt. Für beinahe die Hälfte der Befragten war 1995 der Arbeitsmarkt das grösste Problem und somit das dominierende Thema in diesem Wahlkampf. Das zweitwichtigste Thema war mit 12 Prozent die europäische Integration, gefolgt von der sozialen Sicherheit (10 Prozent), den Finanzen und Steuern (9 Prozent) und der Wirtschaft (5 Prozent). Die europäische Integration betrifft den Öffnungs-Abgrenzungs-Konflikt, alle andern stehen im Zusammenhang mit dem traditionellen ökonomischen Konflikt.

2003 haben sich die Prioritäten der wichtigsten Probleme grundlegend verändert. Für einen Viertel der Befragten stellt nun die soziale Sicherheit, die 1995 noch an dritter Stelle lag, das wichtigste Problem dar. Am zweitmeisten Sorgen machten sich die Befragten 2003 über die Immigration und Integration von Ausländern, ein Thema, das 2003 neu auf die Agenda kam. Ebenfalls neu gegenüber 1995 sind Probleme des Gesundheitswesens, die von 11 Prozent der Befragten genannt wurden. Platz vier und fünf belegen der Arbeitsmarkt und Finanz- und Steuerfragen. Diese beiden Themen spielten schon 1995 eine Rolle. Auch 2003 sind mit einer Ausnahme alle Themen dem traditionellen ökonomischen Konflikt zuzurechnen. Die Immigration und Integration ist das einzige wichtige Thema zum Öffnungs-Abgrenzungs-Konflikt. Die bemerkenswerteste Veränderung zwi-

Tabelle 10.3

Wichtigste Probleme in der Schweiz, 1995 und 2003 (in Prozent der Nennungen)

	Umfragedaten		Mediendaten		
	1995	2003	1995	2003	
Arbeitsmarkt	45.9	Soziale Sicherheit	24.6	Soziale Sicherheit	28.1
Europ. Integration	12.1	Immigration	15.9	Politisches System	19.4
Soziale Sicherheit	9.5	Gesundheit	11.0	Immigration	18.7
Finanzen & Steuern	9.1	Arbeitsmarkt	9.6	Regionen	14.4
Wirtschaft	5.4	Finanzen & Steuern	4.3	Europ. Integration	12.2
Immigration	2.4	Europ. Integration	3.7	Umwelt	7.2

schen 1995 und 2003 fand allerdings genau in dieser Dimension statt, wie auch im vorhergehenden Abschnitt der Parteienkonkurrenz gezeigt wurde. Das Thema Integration und Immigration hat gewissermassen die europäische Integration abgelöst. Die beiden haben in der Rangordnung ihre Plätze (2 beziehungsweise 6) gerade vertauscht.

Die Betrachtung der Themenprioritäten in den Massenmedien für das Jahr 2003 ergibt zwei interessante Einsichten. Erstens sind die Prioritäten der behandelten Themen weitgehend identisch mit den von den Befragten genannten Themen. So ist die «soziale Sicherheit» die mit Abstand wichtigste politische Sachfrage in den Medien. Die zweitgrösste Präsenz in den Medien nimmt das Thema «politisches System, Parteien und Politiker» ein. Dies ist auf die grosse Anzahl Artikel über die bevorstehenden Bundesratswahlen und über die Kampagne der SVP zurückzuführen. Mit ihrer polarisierenden und auffälligen Kampagne konnte die SVP viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen sowie eine grosse Präsenz im redaktionellen Teil der Tageszeitungen erzielen. So hatte eine grosse Anzahl Artikel die «rassistischen SVP-Inserate» zum Thema. Die SVP war mit Abstand diejenige Partei, die am meisten als Hauptakteurin in den Artikeln erschien. Mehrheitlich wurde zwar in negativer Weise über die SVP berichtet, doch mit dem Wissen um den Erfolg der SVP muss gefolgert werden, dass die Richtung der Berichterstattung wohl nicht ausschlaggebend war. Das am dritthäufigsten von den Medien behandelte Thema stellt die Frage von Immigration und Integration dar, was sich ebenfalls mit den Befragungsdaten deckt. Auf Platz vier folgt das Thema Regionen, wobei sich die Zeitungsartikel meistens auf den Röstigraben, die Minderheitenposition der Französischsprachigen und die Deutschkenntnisse der Kandidaten bezogen. An fünfter Stelle folgt die europäische Integration, die es in den Medien gegenüber den Befragungsdaten noch unter die fünf wichtigsten Themen schaffte. Trotzdem ist das Verschwinden der europäischen Integration als Wahlkampfthema ziemlich erstaunlich, da in der Romandie die Niederlage

bei der EWR-Abstimmung, in der sie von den Deutschschweizer Kantonen überstimmt wurde, noch immer nicht überwunden ist. Ein Vergleich mit der gesamtschweizerischen Agenda (vgl. Kapitel 3) zeigt, dass die europäische Integration 2003 im Kanton Waadt sogar weniger Wähler beschäftigte als in der Deutschschweiz.⁷

Aufgrund dieser auffälligen Verschiebung der Aufmerksamkeit im Wahlkampf von der europäischen Integration zu den Ausländern stellt sich die Frage nach dem Zusammenhang mit dem Aufschwung der SVP. Bei dieser Frage ist zwischen zwei verschiedenen Effekten zu unterscheiden. Erstens sind die Waadtländer wie oben beschrieben europaskeptischer geworden, was auch bei unverändertem individuellem Verhalten zu einer durchschnittlich höheren SVP-Wahlwahrscheinlichkeit führt. Zweitens kann sich durch die veränderte Bedeutung von Themen im Wahlkampf auch der Zusammenhang zwischen der Haltung zur EU und der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf individueller Ebene verändern. Allerdings lässt sich aufgrund der bisherigen Diskussion nicht sagen, ob die EU-Frage wichtiger oder weniger wichtig für das Wahlverhalten geworden ist. Die gesunkene Bedeutung der EU-Integration im Wahlkampf weist zwar auf eine geringere Bedeutung der EU-Frage auf das Wahlverhalten hin, der Meinungsumschwung zugunsten der EU-Gegner deutet aber an, dass sich die Wähler trotzdem mit der EU-Frage befasst haben und sich dabei viel bewegt hat. Auf den Einfluss der EU-Frage auf den SVP-Wahlerfolg wird bei der folgenden Diskussion des individuellen Wahlverhaltens nochmals eingegangen.

Die Ausgangslage für die Nationalratswahlen 2003 hat sich gegenüber den früheren Wahlen in dreifacher Weise verändert: Erstens hat der Kanton aufgrund der letzten Volkszählung einen zusätzlichen 18. Sitz erhalten, wobei sich fast alle Parteien Chancen ausrechneten, diesen zusätzlichen Sitz zu gewinnen. Zweitens wurde die briefliche Stimmabgabe eingeführt. Alle Parteien hofften, dass sich die damit verbundene zusätzliche Partizipation zu ihren Gunsten auswirken würde. Drittens war das Bestehen der traditionellen und stabilen bürgerlichen «Entente» angesichts der kantonalen Wahlen und dem generellen Vormarsch der SVP schweizweit höchst ungewiss. «Le Temps» meinte dazu pöiniert: « Le problème, c'est que "l'Entente bourgeoise" se résume de plus en plus à un label et de moins en moins à un état d'esprit. »⁸ Trotzdem nahmen die Parteien anfangs 2003, als sie sich über ihre Kandidaten und Ziele hinsichtlich der Wahlen Gedanken machten, noch immer ihre traditionellen Positionen innerhalb der bürgerlichen Entente ein, mit der FDP als klar dominierenden Partei und

mit der SVP als Partei ohne grosses Gewicht. Die FDP erhoffte sich, mit dem Erlangen des zusätzlichen Sitzes zur stärksten Fraktion zu werden, da sie bisher mit der SP über je vier Sitze verfügte. Noch im Januar 2003 schrieb «Le Temps», dass sich die SVP mit der Konsolidierung ihres 1999 gewonnenen Sitzes glücklich schätzen dürfte.⁹ Auch zögerte die SVP lange, einen eigenen Ständeratskandidaten aufzustellen und die «traditionelle» Unterstützung des liberalen-freisinnigen Zweiertickets aufzukündigen. Im Verlauf des Wahlkampfes trat aber in Bezug auf die Einschätzung der Stärke der Parteien eine bemerkenswerte Veränderung ein: Die SVP Waadt verzeichnete viele Neueintritte und zunehmend wurde mit Sitzgewinnen der SVP gerechnet, wobei das Ausmass dann trotzdem alle Erwartungen übertraf.

Die FDP wollte ihre fünf Sitze beibehalten, wobei die Optimisten gar mit einem Sitzzuwachs rechneten. Für die SVP hat sich aufgrund ihres Erfolgs in den Nationalratswahlen 1999 und den kantonalen Wahlen 2002 die Ausgangslage verändert, und sie wagte es zum ersten Mal, einen eigenen Ständeratskandidaten aufzustellen und damit die bürgerliche Entente zu destabilisieren.¹⁰ Über ihre konkreten Ziele äusserte sie sich jedoch sehr unklar. Die CVP wollte mit dem bekannten Bisherigen Jacques Neyrinck ihren Sitz halten. Die LPS verfolgte das Ziel, auch nach der Wahl die zweite bürgerliche Kraft darzustellen. Ihre Allianz mit der FDP für die Ständeratswahlen war durch Uneinigkeit lange gefährdet, wobei viele FDP-Vertreter auf einen Alleingang drängten.¹¹ Es war dann vor allem der Herausforderung durch die SVP zuzuschreiben, dass die Allianz bestehen blieb.¹² Grosse Chancen auf einen zusätzlichen Sitz hatte aber vor allem das links-grüne Lager. Sowohl die Grünen als auch die SP und die links aussen stehende PdA, die 1999 einen zweiten Sitz um nur 400 Stimmen verpasst hatte, rechneten sich Chancen auf einen zusätzlichen Sitz aus.¹³

Im Gegensatz zu 1995 hat sich die SVP 2003 an die Linie der nationalen Partei angepasst, jedoch – nach den Worten des SVP-Präsidenten in der Waadt – unter Berücksichtigung einiger Besonderheiten des Kantons Waadt.¹⁴ Gegen aussen präsentiert sich die SVP Waadt als Filiale der SVP Schweiz beziehungsweise grenzt sich nicht aktiv von ihr ab, wobei viele Kandidaten öffentlich ihre Sympathie zu Christoph Blocher bekundeten.¹⁵ Dabei wurde unter anderem einen Monat vor den Wahlen zum ersten Mal eine Veranstaltung analog zur Zürcher Albisgüetlitagung durchgeführt, deren Ziel es – gemäss den Veranstaltern – war, «die verschiedenen Kulturen unseres Landes einander näher zu bringen»,¹⁶ und an der Christoph Blocher die Ansprache hielt.

Bezüglich ihrer Inhalte, Positionen zu einzelnen Sachfragen und in ihrem Stil unterscheidet sich die SVP Waadt aber stark von der Zürcher Linie. Dies zeigt vor allem ein Vergleich der Positionspapiere für die Wahlen zwischen der SVP Waadt¹⁷ und der Nationalpartei¹⁸. Die SVP Waadt argumentiert sachlich und kaum polarisierend, während im nationalen Parteiprogramm Schlagworte und Emotionalisierungen auffallen. Die SVP Waadt hat sich folglich nicht wie die nationale SVP auf Oppositionskurs zur bestehenden Schweizer Politik begeben. Inhaltlich zeigen sich aber grosse Unterschiede in den Positionen zu verschiedenen Themen. Die SVP Waadt verhält sich in Bezug auf ihre Positionen aber sehr widersprüchlich. Zwar betont sie am Anfang ihrer «Lignes directrices», dass sie ihre Positionen vor allem auf kantonale Fragen beschränkt und verweist für die nationalen Fragen auf das Programm der nationalen Partei. Trotzdem finden sich anschliessend weit gehend dieselben Themen wie im nationalen Parteiprogramm.

Ebenso wie die nationale Partei legte die SVP im Kanton Waadt den Schwerpunkt der Wahlkampagne auf die Kosten des Gesundheitssystems und die Finanzen. Sie fordert ein ausgeglichenes Budget, keine Steuererhöhungen und kein weiteres Wachstum der Gesundheitsausgaben. Zudem war auch die Zukunft der Landwirtschaft ein wichtiges Thema, was auf den ländlichen Charakter des Kantons zurückzuführen ist und gleichzeitig zeigt, dass die SVP Waadt ihre traditionelle Ausrichtung beibehalten hat. Im diesem Bereich plädiert sie für eine staatliche Unterstützung der Bauern und eine Entbürokratisierung der Landwirtschaftspolitik¹⁹. Auffallend ist zudem die Absenz des Themas Immigration, Integration und Asyl in der Wahlkampagne. Zum Thema Asyl schreibt die SVP Waadt in ihrer Wahlplattform nur einen einzigen neutralen Satz: «L'UDC Vaud demande qu'en matière de politique d'asile et des réfugiés, le canton de Vaud applique strictement la politique fédérale.»²⁰ Zudem fordert die SVP in der Integrationspolitik eine erleichterte Einbürgerung für Ausländer der zweiten und dritten Generation.²¹ Damit grenzt sich die SVP Waadt durchaus von der Zürcher Linie ab. Besonders in der Europafrage zeigen sich grosse Unterschiede: Während die SVP Schweiz den EU-Beitritt bekämpft und einen Rückzug des Beitrittsgesuchs fordert, tritt die SVP Waadt für die Beibehaltung des Gesuches ein, und nimmt gemäss ihren Worten eine «pragmatische Position ein.»²²

2003 ist die SVP nicht mehr als Bauernpartei angetreten, auch der Anteil an Bauern unter den Kandidierenden ist gegenüber 1999 stark gesunken.²³ Zusätzlich ist die SVP stark in die Städte vorgedrungen, wo sie viele

Neumitglieder rekrutieren konnte. Die Landwirtschaft stellt zwar nach wie vor ein Anliegen der SVP dar, doch steht sie nicht mehr im Zentrum der Kampagne. Deren Platz haben vielmehr die Finanzen und die Sicherheit eingenommen.²⁴

Im Wahlkampf profitierte die SVP auch von der Schwäche der FDP. Diese wollte sich vor allem als staatstragende Partei präsentieren, war jedoch während des Wahlkampfes vor allem damit beschäftigt, sich zu verteidigen, da die Partei unter Problemen ihrer Glaubwürdigkeit litt. Die Ursache waren das Fehlen einer einheitlichen Linie wie zum Beispiel bezüglich einer Allianz mit der SVP sowie die schlechte Wirtschaftslage, die direkt mit der FDP in Verbindung gebracht wurde.²⁵ Allgemein haftete ihr ein Verlierer-Image an.

Im Allgemeinen lässt sich sagen, dass der Wahlkampf in den Medien kein grosses Interesse fand. Die meisten Artikel beschäftigten sich mit der Ständeratswahl und der Spannung innerhalb der bürgerlichen Entente.²⁶ Für kurze Zeit war die Kampagne der SVP ein Thema, da die SVP Schweiz ohne Rücksprache mit der Kantonalpartei ein ganzseitiges Inserat über das Asylwesen in «24 heures» publizierte mit dem Resultat, dass sich fast alle Exponenten der SVP Waadt empört über dieses Inserat äusserten oder sich davon distanzieren und bei der SVP Schweiz den sofortigen Abbruch der Kampagne verlangten. Ansonsten waren die Differenzen zur Zürcher Linie kein Thema.²⁷

Analyse der individuellen Wahlentscheide

Die Tabelle 10.4 zeigt das erste Modell, das die Wahrscheinlichkeit, SVP zu wählen, aufgrund von sozialen Merkmalen schätzt. Der Anstieg der Konstanten zwischen 1995 und 2003 von 31 auf 45 Prozent zeigt den bemerkenswerten allgemeinen Aufstieg der SVP in der Referenzkategorie. Diese wird von Bauern und traditionellen Selbstständigen, die sich weder als Katholiken noch als Protestanten bezeichnen und auf dem Land leben, gebildet. Ein ähnliches Wahlverhalten wie die Bauern und Selbstständigen weisen die ungelerten und die qualifizierten Arbeiter auf. Bei den unqualifizierten Arbeitern entspricht dies unseren Erwartungen (vgl. Kapitel 2) und dem schweizerischen Ergebnis (Kapitel 3). Dass auch die qualifizierten Arbeiter ebenso häufig die SVP wählen wie die Bauern und selbstständig Erwerbenden überrascht allerdings und entspricht weder den theoretischen Erwartungen noch den Ergebnissen für die Schweiz. Die übrigen sozialen Klassen weisen hingegen alle eine niedrigere SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf als die Bauern, die ungelerten und die qualifizierten Arbeiter. Der

Tabelle 10.4

Lineare Regression der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf soziale Merkmale der Wahlberechtigten, Kanton Waadt (Modell 1)

Variablen	Kategorien/Indikator	1995		2003		1995–2003	
		Beta	SE	Beta	SE	Beta	SE
	Konstante	0.31 ³	0.03	0.45 ³	0.04	0.13 ²	0.06
Soziale Klasse	ungelernte Arbeiter	-0.01	0.04	-0.06	0.05	-0.05	0.07
	qualifizierte Arbeiter	-0.01	0.03	0.00	0.04	0.01	0.05
	Manager	-0.05 ¹	0.03	-0.14 ³	0.05	-0.09 ¹	0.05
	technische Spezialisten	-0.03	0.03	-0.14 ³	0.05	-0.11 ²	0.05
	soziokulturelle Spezialisten (Ref.: Bauern, traditionelle Berufe)	-0.07 ²	0.03	-0.19 ³	0.05	-0.12 ²	0.06
Religion	nichtpraktizierende Katholiken	0.03	0.03	0.02	0.04	-0.02	0.05
	praktizierende Katholiken	0.14 ³	0.04	-0.08	0.06	-0.22 ³	0.08
	nichtpraktizierende Protestanten	0.05 ²	0.03	0.01	0.03	-0.04	0.04
	praktizierende Protestanten (Ref.: keine/andere Religion)	0.10 ³	0.04	-0.03	0.06	-0.13 ²	0.07
Stadt-Land	Stadt (Ref.: Land)	-0.02	0.02	-0.05 ¹	0.03	-0.03	0.04
R ²		0.03		0.04			
N		605		561			

¹ p<.10 ² p<.05 ³ p<.01

SVP-Zuwachs ist demnach vor allem auf die gestiegene Attraktivität der SVP unter den Bauern, selbstständig Erwerbenden und den ungelerten sowie qualifizierten Arbeitern zurückzuführen, während für die übrigen drei Klassen die SVP nicht attraktiver geworden ist.

Die religiöse Konfliktlinie ist in der Waadt viel weniger ausgeprägt als gesamtschweizerisch. Wie vermutet ist die Unterscheidung nach der Religiosität bedeutender als diejenige zwischen den Konfessionen. Die Tradition der SVP als protestantische Partei ist in den Ergebnissen nicht mehr ersichtlich. 1995 unterscheiden sich die religiösen von den übrigen Wählern durch eine höhere SVP-Wahlwahrscheinlichkeit. Überraschend ist vor allem, dass die praktizierenden Katholiken mit 45 Prozent die höchste SVP-Wahlwahrscheinlichkeit aufweisen. Erst dann folgen die praktizierenden Protestanten mit 41 Prozent und die nichtpraktizierenden mit 36 Prozent. Einzig die nichtpraktizierenden Katholiken unterscheiden sich mit 34 Prozent nicht signifikant von der Referenzgruppe, die mit 31 Prozent die tiefste SVP-Wahlwahrscheinlichkeit aufweist. 2003 unterscheiden sich

die religiösen Gruppen nicht mehr signifikant voneinander. Die religiöse Konfliktlinie scheint also auf den ersten Blick bei diesen Wahlen keine Rolle mehr gespielt zu haben. Auf den zweiten Blick sind aber die Unterschiede zwischen den beiden untersuchten Jahren sehr erstaunlich. Es scheint, dass die verschiedenen religiösen Gruppen unterschiedlich auf die im Kontext aufgezeigten Veränderung der SVP reagiert haben. Das Bild hat sich von 1995 bis 2003 gewissermassen umgedreht. Während 1995 eine hohe Religiosität die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit zu erhöhen schien, weisen 2003 die religiösen Personen die geringste SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf. Die praktizierenden Katholiken sind sogar die einzige im Modell 1 aufgeführte Bevölkerungsgruppe, bei der sich die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit absolut verringert hat, nämlich von 45 Prozent auf 37 Prozent, bei den praktizierenden Protestanten ist die Wahrscheinlichkeit mit ungefähr 41 Prozent konstant geblieben. Hinsichtlich des Stadt-Land-Konflikts bestätigt sich die Hypothese im Unterschied zur Schweiz nicht. Nur 2003 ist die SVP-Wahl auf dem Land um 5 Prozent wahrscheinlicher als in der Stadt. Die SVP war also schon 1995 keine Land-Partei mehr und konnte zwischen 1995 und 2003 sowohl bei der Land- als auch bei der Stadtbevölkerung gleichermaßen zulegen.

Die Analyse der SVP-Wahlwahrscheinlichkeiten für die sozialen Klassen, religiösen Gruppen und den Stadt-Land-Gegensatz haben die Hypothese, dass die SVP zu einer Catch-All-Partei geworden ist, bestätigt. Das Bild der SVP als Partei der Protestanten, der Bauern und Selbstständigen sowie der Landbevölkerung galt schon 1995 nicht mehr und konnte sich darum bis 2003 nicht weiter verflüchtigen. Die Veränderungen zwischen 1995 und 2003 zeigen allerdings, bei welchen Bevölkerungsgruppen die SVP vor allem zulegen konnte: bei den Bauern, den Selbstständigen, den ungelerten und qualifizierten Arbeitern sowie bei allen nichtpraktizierenden Christen. Dass die traditionellen Konfliktlinien für die SVP wie vermutet einen geringen Einfluss haben, zeigt sich auch daran, dass 1995 mit den sozialen Determinanten nur gerade 3 Prozent der Varianz der SVP-Wahlwahrscheinlichkeiten zu erklären sind. Entgegen der vermuteten Dynamik haben sich aber diese Einflüsse nicht verringert, sondern haben sich auf diesem tiefen Niveau leicht auf 4 Prozent erhöht.

Das Regressionsmodell mit den Einstellungen und Orientierungen der Wahlberechtigten im Kanton Waadt hat mit 37 beziehungsweise 64 Prozent eine viel grössere Erklärungskraft als dasjenige mit den sozialen Variablen. Erwartungsgemäss hat die Parteiidentifikation wie in der Betrachtung der Schweiz einen grossen Einfluss, was zeigt, dass dem Erfolg

der SVP unter anderem eine für sie wichtige Stammwählerschaft zu Grunde liegt. Wähler, die sich der SVP nahe fühlen, weisen 1995 eine um 33 Prozentpunkte höhere SVP-Wahlwahrscheinlichkeit als die übrigen Wahlberechtigten, 2003 sind es noch 20 Prozent. Die Parteiidentifikation ist also weniger wichtig geworden. Der Unterschied zwischen Personen mit und ohne einer solchen Identifikation ist zwischen 1995 und 2003 signifikant um 13 Prozent gesunken. Dazu gibt es zwei mögliche Erklärungen. Zum einen war die SVP im Kanton Waadt eine kleine Partei mit einer treuen Wählerschaft. Die Vervierfachung des Wähleranteils zwischen 1995 und 2003 der SVP impliziert, dass die SVP über viele Neuwähler verfügt, die noch gar keine langfristige Parteiidentifikation aufweisen können. Zum anderen wird die Bedeutung Parteiidentifikation durch den Einbezug der Sympathie für Christoph Blocher ins Modell unterschätzt. Wie anhand des Kausaltrichters ersichtlich (Kapitel 2), ist die langfristige Parteiidentifikation der kurzfristigeren Kandidatenorientierung kausal vorgelagert: Wähler, die sich mit der SVP identifizieren, finden ihren charismatischen Führer demzufolge sehr sympathisch. Bezieht man die Sympathie mit Blocher in das Modell mit ein, wie wir das hier getan haben, dann wirkt die Parteiidentifikation zum Teil indirekt via die persönliche Sympathie für Blocher auf die Wahlwahrscheinlichkeit der SVP, womit sich ihr im Modell ausgewiesener direkter Effekt entsprechend reduziert. Wenn die Sympathie für Blocher im Modell weggelassen wird, dann verringert sich tatsächlich die Bedeutung der Parteiidentifikation nicht signifikant zwischen 1995 und 2003. Die Erklärungskraft der Sympathie für Christoph Blocher ist in der Tat erstaunlich. Der Unterschied in der Wählerwahrscheinlichkeit von Personen, die Blocher absolut unsympathisch finden zu Wählern, die die höchste Sympathie für Blocher aufweisen, beträgt für 1995 30 Prozent, 2003 sogar 70 Prozent, was die Erklärungskraft aller anderen Variablen in den Schatten stellt. Wie wichtig Blocher auch immer für die SVP sein mag, scheint es unplausibel, diese Werte allein dem Effekt seiner Person zuzuschreiben. Vielmehr enthält die Sympathie für Blocher auch die Einstellungen und Orientierungen, die er repräsentiert. Blocher gilt als Aushängeschild des Zürcher Flügels, der EU-Gegner, der Unzufriedenen und der Befürworter einer restriktiveren Ausländerpolitik. Deshalb wird vermutet, dass Blocher vor allem bei Wählern, die über solche Einstellungen verfügen, als sympathisch gilt und der Einfluss dieser vorgelagerten Variablen somit unterschätzt wird. Somit fungiert Blocher bei vielen Wählern als Katalysator für bestimmte Einstellungen zu Sachfragen. Tatsächlich verdreifacht sich der Einfluss der EU-Frage auf das Wahl-

Tabelle 10.5
Lineare Regression der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf politische Einstellungen und Orientierungen der Wahlberechtigten unter Kontrolle von sozialen Merkmalen, Kanton Waadt (Modell 2)

Variablen	Kategorien/Indikator	1995		2003		1995–2003	
		Beta	SE	Beta	SE	Beta	SE
	Konstante	0.42 ³	0.03	0.45 ³	0.03	0.03	0.04
Soziale Klasse	ungelernte Arbeiter	0.02	0.03	0.08 ²	0.04	0.05	0.05
	qualifizierte Arbeiter	0.02	0.02	0.05	0.03	0.03	0.04
	Manager	–0.02	0.02	–0.01	0.03	0.01	0.04
	technische Spezialisten	0.00	0.02	0.01	0.03	0.01	0.04
	soziokulturelle Spezialisten (Ref.: Bauern, traditionelle Berufe)	–0.02	0.03	0.00	0.04	0.02	0.05
Religion	nichtpraktizierende Katholiken	0.01	0.02	0.00	0.03	–0.01	0.04
	praktizierende Katholiken	0.06	0.04	–0.04	0.04	–0.10 ¹	0.06
	nichtpraktizierende Protestanten	0.01	0.02	–0.02	0.02	–0.02	0.03
	praktizierende Protestanten (Ref.: keine/andere Religion)	0.06 ²	0.03	–0.01	0.04	–0.07	0.05
Stadt-Land	Stadt (Ref.: Land)	–0.04 ²	0.02	0.00	0.02	0.03	0.03
	Parteiidentifikation	Nähe zur SVP (Ref.: keine Nähe)	0.33 ³	0.05	0.20 ³	0.04	–0.13 ¹
Themen	EU-Beitritt	0.00	0.01	0.02 ³	0.01	0.02 ²	0.01
	Chancen für Ausländer	0.00	0.01	0.00	0.01	–0.01	0.01
	Steuern auf hohe Einkommen	0.00	0.01	0.00	0.01	0.00	0.01
Ideologie	Links-Rechts-Selbsteinstufung	0.02 ³	0.00	0.02 ³	0.00	0.00	0.01
Kandidaten	Sympathie für Blocher	0.03 ³	0.00	0.07 ³	0.00	0.03 ³	0.00
Protest		–0.01	0.01	–0.01	0.01	0.00	0.01
R ²		0.37		0.64			
N		490		457			

¹ p<.10 ² p<.05 ³ p<.01

verhalten 2003, wenn Blocher im Modell nicht berücksichtigt wird. Das gleiche gilt für die Parteiidentifikation, wie oben beschrieben wurde. Da Blocher in der Westschweiz lange kaum bekannt war oder aufgrund des eben skizzierten Images im öfnungsorientierten Kanton Waadt auf Ablehnung stiess, kann erwartet werden, dass dieser indirekte Effekt von Blocher im Kanton Waadt viel grösser ist als in der Deutschschweiz.

Trotzdem hat Blocher auch eine direkte Wirkung auf das Wahlverhalten. Durch den Einbezug von Blocher in das Regressionsmodell steigt der Anteil der erklärten Varianz 1995 von 22 auf 37 Prozent, 2003 sogar von 42 auf 64 Prozent.

Diese Argumentation gilt insbesondere für die Relevanz der EU-Frage. Wird Blocher im Modell berücksichtigt, zeigt die Einstellung zur EU 1995 keinen signifikanten Einfluss auf den Wahlerfolg. Dies ist aber angesichts der Bedeutung des Themas im Wahlkampf wenig plausibel. Im Modell ohne Blocher ist die EU-Frage denn auch 1995 signifikant. 2003 war der Einfluss der EU-Frage auf den Wahlerfolg allerdings viel wichtiger. Da die Befragten zwischen 1995 und 2003 zusätzlich europaskeptischer geworden sind, hat sich die EU-Frage auch in dieser Hinsicht positiv auf den SVP-Wahlerfolg ausgewirkt. Trotzdem darf nicht vergessen werden, dass der «Durchschnittsbürger» im Kanton Waadt noch immer sehr europafreundlich eingestellt ist.

Die Einstellungen zur Chancengleichheit der Ausländer und zur Besteuerung hoher Einkommen weisen allerdings überhaupt keinen signifikanten Effekt auf. Auch im Modell ohne Blocher ist kein signifikanter Einfluss des Ausländerthemas auf den Erfolg der SVP ersichtlich. Dies ist angesichts der hohen Salienz dieses Themas im Wahlkampf 2003 doch erstaunlich. Für den Kanton Waadt kann die vermutete grosse und wachsende Bedeutung dieser Sachfragen also nicht gestützt werden. Mit der extremen Positionierung für eine restriktivere Ausländerpolitik oder für Steuersenkungen konnte die SVP darum keine Wählerstimmen gewinnen, was ebenfalls den Hypothesen widerspricht.

Dass die EU 2003 viel bedeutender ist für das Wahlverhalten als 1995, ist in zweierlei Hinsicht erstaunlich. Erstens war die EU-Frage im Wahlkampf 1995 enorm wichtig, während sie 2003 vor allem durch ihre Abwesenheit auffiel. Zweitens erweist sich mit der EU diejenige Sachfrage als am bedeutendsten, bei der ein markanter Meinungsunterschied zwischen der SVP Waadt und der SVP Schweiz besteht. Die Position der Wähler deckt sich demnach vielmehr mit der Position der SVP Schweiz als mit jener der SVP Waadt. Darum und aufgrund des grossen Einflusses des Repräsentanten der SVP Schweiz, Christoph Blocher, lässt sich vermuten, dass der grosse Erfolg der SVP Waadt weniger auf die moderate Haltung der Kantonalpartei, sondern vielmehr auf die Linie der SVP Schweiz und insbesondere des Zürcher Flügels zurückzuführen ist. Für den Erfolg der SVP ist darum vor allem die Positionierung im Öffnungs-Abgrenzungs-Konflikt von zentraler Bedeutung. Darauf tritt die SVP am klarsten für eine Abgren-

zung der Schweiz ein und betont die Bewahrung der schweizerischen Eigenständigkeit und Tradition.

Die vermutete Bedeutung der Ideologie für den Wahlerfolg wird durch das Modell bestätigt. Personen, die sich ganz rechts auf einer Rechts-Links-Skala einstuften, weisen 1995 und 2003 eine 20 Prozentpunkte höhere SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf als Personen, die sich ganz links verorten.

Die Hypothese, dass der Wahlerfolg der SVP auf Proteststimmen zurückzuführen ist, kann im Einklang mit der nationalen Entwicklung verworfen werden, wenn auch für den Kanton Waadt die Gegenhypothese nicht signifikant ist.²⁸ Daraus kann geschlossen werden, dass auch im Kanton Waadt die SVP als etablierte Partei und nicht als Anti-Establishment-Partei wahrgenommen wird.

Schluss

Die Wahlen 2003 haben im Kanton Waadt politisch viel verändert. Durch den grossen Sieg der SVP hat sich das Parteiensystem, das sich zuvor durch seine Stabilität auszeichnete, völlig gewandelt. Während die SVP im Kanton Waadt 1995 noch im Zentrum einzuordnen war, befand sie sich 2003 in der Selbsteinschätzung der Wähler rechts von allen anderen betrachteten Parteien. Im politischen Raum zeigte sich jedoch, dass diese Verschiebung vor allem im Öffnungs-Abgrenzungs-Konflikt hin zu einer grösseren Abgrenzung stattgefunden hat.

Auf individueller Ebene haben sich die Parteinähe, die Ideologie, die EU-Frage sowie die Sympathie zu Christoph Blocher als wichtigste Erklärungsfaktoren für das Wahlverhalten erwiesen. Im Modell sind zwei Hauptentwicklungen ersichtlich, die den Erfolg der SVP in den Nationalratswahlen 2003 des Kantons Waadt erklären können. Erstens ist die SVP von einer traditionellen Aussenseiterpartei (1995) zu einer für viele Bevölkerungsschichten wählbaren Partei und Catch-All-Partei geworden. Trotzdem kann der SVP weiterhin ein deutliches Wählerprofil zugeordnet werden. Die Konfession und der Stadt-Land-Gegensatz spielen für das Wahlverhalten keine Rolle mehr, während bei der Religiosität und den sozialen Klassen weiterhin Unterschiede sichtbar sind, die sich zwischen 1995 und 2003 sogar verstärkt haben. Religiöse Personen, ob katholisch oder reformiert, haben die geringste Wahrscheinlichkeit, SVP zu wählen. Bei ihnen hat die SVP als einziger Gruppe sogar an Unterstützung verloren, da ihre SVP-Wahlwahrscheinlichkeit 2003 absolut gesehen geringer ist als noch 1995. In Bezug auf die sozialen Klassen wird die SVP vor allem von Bauern, Selbstständigen, ungelerten Arbeitern und, eher überraschend, auch von

qualifizierten Arbeitern gewählt. Dass die SVP als etablierte und nicht als Anti-Establishment-Partei betrachtet werden muss, wird auch durch die Tatsache gestützt, dass der SVP-Wahl kein Protestcharakter zukommt. Darum und durch die grosse Bedeutung der Parteiidentifikation ist zu erwarten, dass der Erfolg der SVP im Kanton keinen vorübergehenden Charakter aufweist, sondern auch Ausdruck für die Entwicklung der SVP hin zu einer wirklich neuen Kraft im Kanton Waadt ist.

Die zweite wichtige Veränderung stellt die Annäherung der SVP Waadt an die SVP Schweiz dar. Es war in dieser Analyse schwierig, die Position der SVP im Kanton Waadt zu erfassen, da zwischen der Kantonal- und der Nationalpartei erhebliche Differenzen bestehen und nicht klar ist, ob nun die Selbsteinschätzung der Wähler eher die Positionierung der Kantonal- oder der Nationalpartei wiedergibt. Aufgrund unserer Analyse ist allerdings ersichtlich, dass die Positionierung der SVP-Wähler im Kanton Waadt eher mit derjenigen der Schweizer SVP, und nicht mit derjenigen der SVP Waadt gemäss Parteiprogramm einhergeht. Dies zeigt sich auch anhand der Tatsache, dass 2003 eine EU-skeptische Haltung bedeutend für die SVP-Wahl war. Da die SVP sich ideologisch von den anderen Parteien abgrenzte, war sie für EU-Gegner und rechts eingestellte Personen die beste Alternative. Durch eine Veränderung der öffentlichen Meinung im Kanton Waadt zu Gunsten der EU-Gegner hat sich dieser Effekt zusätzlich verstärkt. Da sich die Kantonalpartei kaum mit diesem Thema profilierte, lässt sich schliessen, dass der Erfolg der SVP im Kanton Waadt hauptsächlich der Politik der SVP Schweiz zuzuschreiben ist. Die Tatsache, dass die Sympathie für Christoph Blocher sich als wichtigster Erklärungsfaktor erwies sowie die gestiegene Sympathie und der grössere Bekanntheitsgrad seiner Person bestätigen diesen Eindruck. Auch aufgrund des viel grösseren Erfolges der SVP bei den nationalen Wahlen gegenüber den kantonalen Wahlen drängt sich eine solche Interpretation auf. Vor allem die SVP Schweiz mit der prägenden Zürcher Linie und dem Aushängeschild Christoph Blocher hat neue Wähler mobilisiert und somit der SVP-Waadt einen in gewisser Hinsicht unverdienten Wahlerfolg beschert. Blocher hat in unserem Modell sogar eine höhere Erklärungskraft als die Parteinähe. Pointiert kann man sagen, dass der Sieg der SVP im Kanton Waadt nicht nur einen Sieg für die SVP darstellt, sondern auch einen Sieg Blochers über die «Bastion» Westschweiz.

Linke und andere heimatmüde Parteien wollen die Schweiz in die EU führen.

Sie werden dem Schweizervolk aufbürden:

- höhere Steuern
- tiefere Löhne
- Milliardenzahlungen an die EU



Wer das nicht will, wählt SVP! Listen 15 und 16

Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich, Postfach, 8023 Zürich
Postcheckkonto 80-65920-6

VVX574 405G

Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Die Partei des Mittelstandes

SVP

Inserat der SVP, erschienen in der «Neuen Zürcher Zeitung» am 27. September 1995

Genf

Einleitung

Der Aufstieg der Genfer SVP seit Ende der 1990er Jahre sucht seinesgleichen. Nachdem die Partei in den Jahren 1991 und 1999 ohne Sitzgewinn aus den Wahlen hervorgegangen und 1995 gar nicht erst zur Wahl angetreten war, gewann sie 2003 mit einem Stimmenanteil von gut 18 Prozent gleich zwei Nationalratsmandate und wurde so zur zweitstärksten politischen Kraft im Kanton. Vorausgegangen waren diesem Resultat erstmalige und namhafte Mandatsgewinne bei den Kantonsratswahlen im Jahr 2001. Die SVP hat somit im städtisch geprägten Kanton Genf eine völlig andere Entwicklung genommen als etwa in der benachbarten Waadt, wo sie auf eine lange Tradition als Bauernpartei zurückblicken kann. Wie alle anderen Westschweizer Sektionen ist die SVP Genf erst in den letzten Jahren zu einer wichtigen politischen Akteurin in ihrem Kanton geworden.

Im schweizerischen Kontext weist der Kanton Genf einige sozioökonomische und politische Besonderheiten auf. Zum einen ist die traditionelle Konfliktlinie zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern äusserst stark ausgeprägt, was in einem relativ stark polarisierten Parteiensystem zum Ausdruck kommt. Nur wenige Kantone verfügen etwa über eine politische Linke von vergleichbarer Stärke und Vielfalt. Ausserdem ist Genf als Standort vieler internationaler Organisationen und durch seine unmittelbare Nähe zu Frankreich von einem weltoffenen Klima geprägt. Diese Internationalität widerspiegelt sich auch in der Haltung der grossen etablierten Parteien, die allesamt eine kulturelle und politische Öffnung der Schweiz befürworten. Die Genfer SVP grenzt sich diesbezüglich klar von den übrigen Parteien ab und lehnt zum Beispiel einen Beitritt der Schweiz zur EU ab. Es liegt auf der Hand, dass ihre Position hierzu eine wichtige Komponente des SVP-Wahlerfolgs darstellt. Einige der in Kapitel 2 dieses Buches hergeleiteten Hypothesen scheinen deshalb im Fall von Genf von besonderem Interesse zu sein. So haben wir die Vermutung, dass die SVP mit ihren Positionen gegen eine politische Öffnung der Schweiz immer mehr Globalisierungsverlierer anspricht. Diese kommen aus verschiedenen

sozialen Schichten. Auch bezüglich Ausländerfragen positioniert sich die SVP abseits von den anderen grossen Parteien und spricht somit erfolgreich die Wähler an, die eine restriktivere Ausländerpolitik wünschen.

Gleich wie in den anderen Kantonskapiteln diskutieren wir im Folgenden mögliche Ursachen für den Aufstieg der SVP und die Entwicklung zwischen den Nationalratswahlen von 1995 und 2003. Hierzu muss angeführt werden, dass die SVP Genf 1995 gar nicht zu den Wahlen angetreten ist, was die Interpretation der weiter unten vorgestellten Daten erschwerte.

Entwicklung der SVP und des Parteiensystems

Die Genfer Parteienlandschaft weist einige Besonderheiten auf (siehe unter anderem Klöti 1998: 50–51). Genf gilt traditionell als ein «roter Kanton». Die Sozialdemokraten werden dabei von der Partei der Arbeit (PdA) und der solidaritéS bedrängt. Diese bilden zusammen mit der Gruppe der Unabhängigen seit 1993 die Alliance de Gauche. Bei der Betrachtung der stärksten Parteien fällt auf, dass sich der Kanton Genf zudem durch eine starke Liberale Partei (LPS) unterscheidet, die bis zu den Nationalratswahlen 2003 die stärkste bürgerliche Kraft darstellte. Die LPS wie auch die Alliance de Gauche sind zwar keine Bundesratsparteien, stellen aber wichtige Kräfte in der politischen Landschaft des Kantons Genf dar. Das hat zur Folge, dass einerseits die Linke gespalten ist und sich andererseits die bürgerlichen Kräfte neben der CVP und der FDP auch aus der LPS zusammensetzen. Diese Parteikonstellation widerspiegelt die klassenkämpferische Geschichte des Kantons. Im Gegensatz zu den meisten anderen Kantonen wurde der Klassenkampf in Genf weniger stark befriedet. Die linken Kräfte wurden lange Zeit stärker ausgegrenzt. Dadurch haben sich der linke und der bürgerliche Block weniger stark angenähert als in der Deutschschweiz (Kriesi 1998a: 6). Zwischen 1993 und 1997 wurde der Kanton Genf von einer rein bürgerlichen Koalition zwischen der CVP, der FDP und der LPS regiert, der so genannten bürgerlichen «Entente». Dieses Bündnis wurde aber bereits nach einer Legislaturperiode wieder aufgelöst und durch eine Konkordanzregierung ersetzt.

Gemäss Klöti (1998: 50–51) sind die SP-Wähler in Genf stärker sozialistisch und international orientiert, legen mehr Wert auf Ruhe und Ordnung und interessieren sich weniger für die Umweltpolitik als in anderen Kantonen. Die bürgerlichen Parteien setzen sich in Genf klar für einen EU-Beitritt der Schweiz ein und sind stärker auf soziale Fragen sensibilisiert als in den Deutschschweizer Kantonen. Dies erklärt sich einerseits durch das internationale Umfeld und andererseits durch die Arbeitslosigkeit im

Kanton Genf, die im Jahr 2003 mit 6,7 Prozent beinahe doppelt so hoch war wie im gesamtschweizerischen Durchschnitt (3,7 Prozent). Die Vertretungen der UNO, der WTO und vieler NGOs beschäftigen über 25 000 Schweizer und Ausländer und sind die wichtigsten Arbeitgeber. Einerseits zieht Genf als regionale Metropole viele Pendler aus benachbarten Kantonen und aus Frankreich an. Andererseits leben auch viele Ausländer im Kanton Genf. Mit fast 40 Prozent liegt der Ausländeranteil weit über dem schweizerischen Durchschnitt.

Die Konfliktlinien Arbeit-Kapital, Kommunismus-Sozialdemokratie und Faschismus-Demokratie stellen für Vatter die dominanten Spannungslinien im Kanton Genf dar (2002: 156–161). Er betont vor allem die Konfliktlinie Arbeit-Kapital, die sich bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts in den stark industrialisierten und urbanen Kantonen wie beispielsweise Genf zum wichtigsten Konflikt entwickelt hat. In diesen Kantonen spaltete sich die politische Linke in den 1920er Jahren in einen reformorientierten und einen revolutionären (kommunistischen) Flügel. Im Kanton Genf waren die Kommunisten besonders erfolgreich. Die PdA, die die Nachfolgeorganisation der KPS ist, erhielt in den 1940er Jahren teilweise doppelt so viele Parlamentssitze wie die Sozialdemokratische Partei (Vatter 2002: 152). Die Stärke des kommunistischen Flügels zeigt sich auch heute noch in der Stärke der Genfer Gewerkschaften, die besonders erfolgreich ihre Mitglieder zu Streiks zu bewegen vermögen, was sich etwa im Falle des Swissair-Grundings gezeigt hat.

Am anderen Ende des politischen Spektrums existieren seit langem nennenswerte rechtskonservative und rechtsextreme Gruppierungen, deren Wurzeln in den nationalfaschistischen Bewegungen der 1930er und 1940er Jahre zu finden sind. Als 1933 bis 1936 in der Deutschschweiz die Frontistenbewegung aktiv war, stellte die «Union nationale» die Genfer Variante zu dieser Bewegung dar. Sie wurde von Georges Oltramare im Jahr 1932 gegründet und errang ein Jahr später neun von 100 Kantonsratsmandaten (Saint-Ouen 1986).

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kam es zu Gründungen neuer rechtsextremer Parteien: 1964 entstand die «Vigilance». Sie war eine Bewegung, die sich unter anderem gegen die Überfremdung, die Sozialisten und Kommunisten, die Unsicherheit und die erhöhte Kriminalität äusserte (Mazzoleni 2003b: 18). Mit der Kampfparole «Les trusts internationaux qui envahissent et défigurent Genève» nahm sie 1965 zum ersten Mal an kantonalen Wahlen teil und gewann auf Anhieb zehn Sitze.¹ 1975 konnte sie mit Mario Soldini zum ersten Mal einen ihrer Vertreter in den Nationalrat

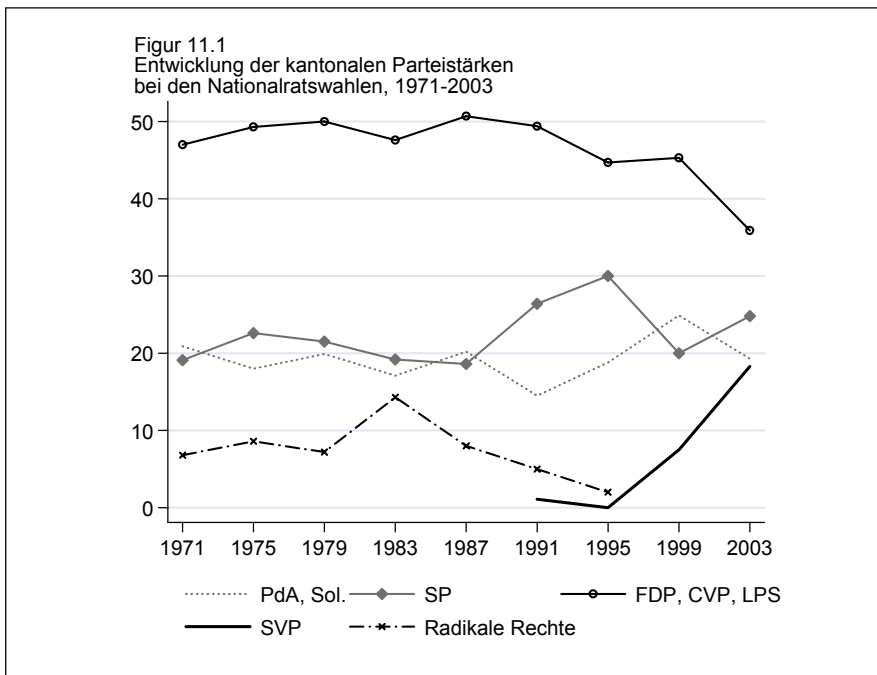
schicken. Soldini ging aus der Union nationale hervor und konnte seinen Nationalratssitz 12 Jahre lang verteidigen. Zwischen 1965 und 1989 erlangte die Vigilance immer zwischen 7 und 16 Sitze im Kantonsparlament. Im Jahr 1985 erreichte sie mit 19 Mandatssitzen ihren Zenit. Während der vorangegangenen Wahlkampagne thematisierte sie damals die «Unsicherheit» und «Gefahr», die Asylanten darstellen. Der Wahlerfolg der Vigilance war zwar sehr volatil, was auf wenig aktive Mitglieder und auf eine schlechte Organisationsstruktur zurückgeführt werden kann. Dennoch beeinflusste sie das politische Leben in Genf während 20 Jahren, bis sie dann im Jahr 1993 verschwand (Mazzoleni 2003b: 19).

Verschiedene ihrer Exponenten wandten sich im Auflösungsprozess der Vigilance der bereits 1987 gegründeten SVP Genf zu. Diese vertrat anfänglich allerdings eine eher liberale Linie und übernahm erst später unter dem indirekten Einfluss der Zürcher SVP zunehmend rechtskonservative Positionen. Die Genfer Kantonspartei wurde 1987 mit Hilfe des damaligen Parteipräsidenten der SVP Schweiz, Adolf Ogi, gegründet. Der heutige Nationalrat und Präsident der SVP Genf, Jaques Pagan, der bereits 1991 und 1999 auf der SVP-Liste um einen Nationalratssitz kämpfte, trat 1995 als Spitzenkandidat des erfolglosen Genfer «Rassemblement» an, das mit dem Slogan «Restons suisses et libres» für sich warb. Der heutige Vizepräsident der Genfer SVP, Pierre Schifferli, war früher Vizepräsident der «Jeunesse Vigilante».

In der Folge wird nun detailliert auf die Stärke der verschiedenen Parteien in den Nationalratswahlen und einige Besonderheiten der Kantonsratswahlen in den letzten 30 Jahre eingegangen.

Der Kanton Genf verfügt derzeit über elf Nationalratsmandate, womit für einen Sitz ein Stimmenanteil von 9,1 Prozent notwendig ist.² Seit 1975 erhält die SP in den Wahlen für den Nationalrat jeweils am meisten Stimmen (vgl. Figur 11.1). Im Jahr 1995 erlangte sie mit einem Stimmenanteil von 30 Prozent ihren Höchststand, fiel aber 1999 auf 20 Prozent zurück. Die PdA befindet sich dagegen seit 1971 in einem kontinuierlichen Abstieg. Die sinkenden Stimmenanteile der linken Parteien mit einem Tiefpunkt 1991 konnten teilweise durch die Erfolge der Grünen Partei und der Alliance de Gauche wettgemacht werden.

Die bürgerlichen Mitteparteien befinden sich seit Anfang der 1990er Jahre im Abwärtstrend. Zuvor konnten die LPS, FDP und CVP zusammen etwa 50 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen. 2003 erreichten sie ihr bisher schlechtestes Wahlergebnis mit knapp 36 Prozent. Vor allem die CVP und noch stärker die FDP sehen sich mit einem stetigen Rückgang



ihrer Stimmen konfrontiert. Die LPS konnte sich bis 1999 als stärkste bürgerliche Partei behaupten und wird erst in den jüngsten Wahlen von der SVP überholt. Nachdem die SVP Genf 1991, vier Jahre nach ihrer Gründung, das erste Mal zur Wahl antrat und nur gerade 1,1 Prozent der Stimmen erhielt, setzte sie in der nächsten Wahlperiode aus und kandidierte erst im Jahr 1999 wieder. Diesmal konnte sie bereits 7 Prozent der Wählerstimmen für sich verbuchen, was aber nicht für einen Nationalrats-sitz ausreichte. 2003 trat sie zum dritten Mal bei Nationalratswahlen an und wurde mit 18,3 Prozent der Stimmen zur zweitstärksten Partei. Augenfällig ist dabei, dass seit 1999 gleichzeitig das rechtsextreme Lager (Republikaner, Schweizer Demokraten und die Freiheitspartei) von der politischen Landschaft praktisch verschwunden ist (vgl. Figur 11.1).

Im kantonalen Parlament, dem Grossen Rat, kann die LPS ihre Stellung als stärkste Partei gegenüber der zweitplatzierten SP weiterhin verteidigen. Die PdA als ehemals wichtige Exponentin der Linksparteien ist praktisch von der politischen Bühne verschwunden. Die Alliance de Gauche kann sich aber immer noch als drittstärkste Partei behaupten. Die FDP und CVP verbuchten wie in den Nationalratswahlen kontinuierlich Stimmverluste. Sie erhielten 2001 noch je 11 Prozent der Stimmen. Die SVP nahm 1989 zum ersten Mal an den Kantonsratswahlen teil, gewann damals aber nur

Tabelle 11.1
Potenzielle Wählerschaften und Überlappungen, 1995

	Grüne	SP	CVP	FDP	LPS	SVP
Grüne		0.78	0.85	0.80	0.78	-
SP	0.86		0.84	0.80	0.77	-
CVP	0.66	0.59		0.79	0.77	-
FDP	0.67	0.61	0.86		0.83	-
LPS	0.67	0.60	0.86	0.84		-
SVP	-	-	-	-	-	
Wählerpotenzial	49.0	54.1	37.9	41.2	42.0	27.3
Parteistärke	5.6	30.0	13.4	13.5	17.8	
Ausschöpfungsquote	11.4	55.5	35.4	32.8	42.4	

Tabelle 11.2
Potenzielle Wählerschaften und Überlappungen, 2003

	Grüne	SP	CVP	FDP	LPS	SVP
Grüne		0.79	0.74	0.65	0.62	0.56
SP	0.81		0.74	0.63	0.60	0.52
CVP	0.48	0.46		0.72	0.63	0.57
FDP	0.38	0.36	0.66		0.69	0.60
LPS	0.43	0.41	0.68	0.80		0.65
SVP	0.26	0.23	0.41	0.47	0.43	
Wählerpotenzial	52.3	54.0	33.7	31.1	36.4	24.3
Parteistärke	11.2	24.8	11.8	7.3	16.8	18.3
Ausschöpfungsquote	21.4	45.9	35.0	23.5	46.2	75.3

1,6 Prozent der Stimmen. Auch in den darauf folgenden Kantonsratswahlen 1993 konnte sie nur gerade 2,3 Prozent der Stimmen für sich verbuchen, was sie wohl dazu bewegte, 1997 gar nicht anzutreten. 2001 erhielt die SVP bereits einen Stimmenanteil von 10,4 Prozent, der ihr zu zehn Mandaten verhalf.

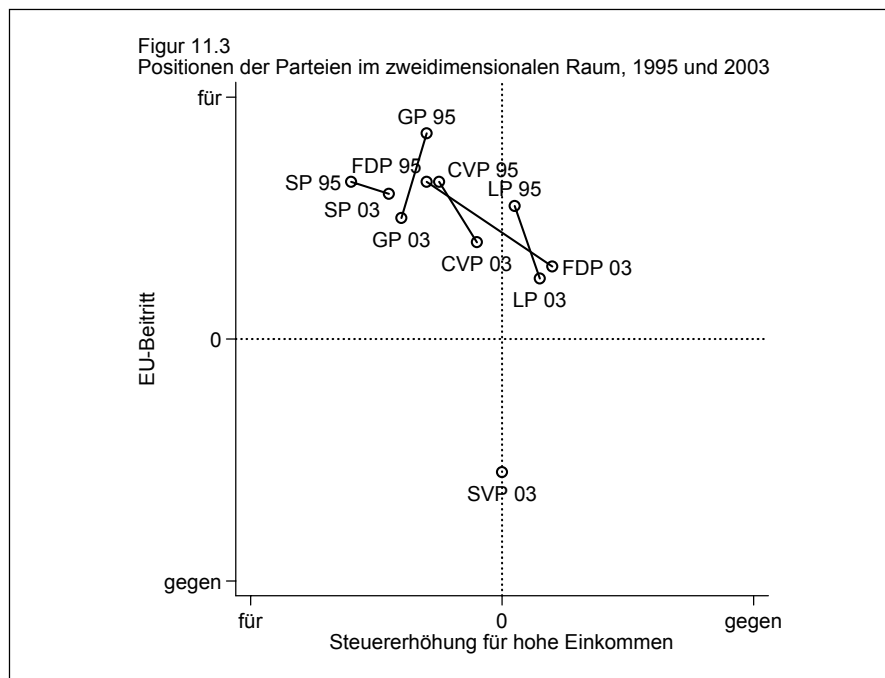
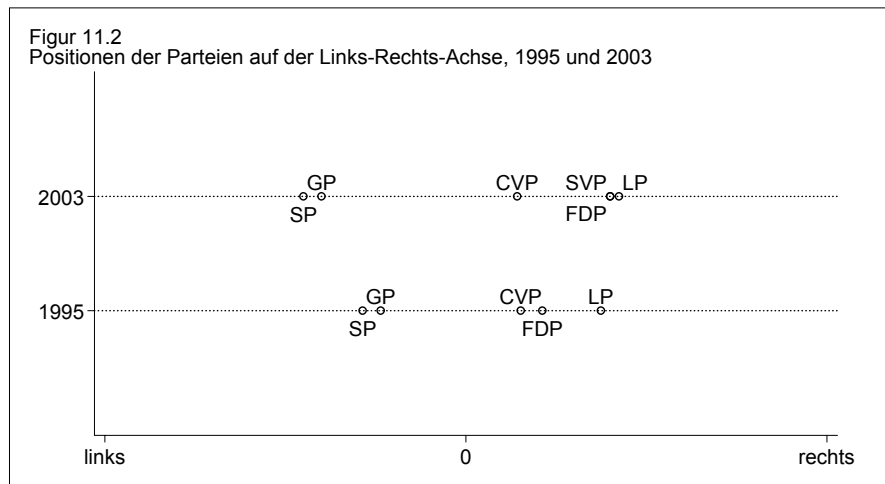
Positionierung der Parteien

Im Rahmen unserer Untersuchung ist vor allem der deutliche Rückgang der Wählerpotenziale bei allen bürgerlichen Parteien im Kanton Genf zwischen 1995 und 2003 auffallend (vgl. Tabellen 11.1 und 11.2). Auf der linken Seite des Parteienspektrums konnte die SP ihr Potenzial bewahren, während die Grüne Partei diesbezüglich sogar etwas zulegen konnte. Mit dem Schrumpfen der Wählerpotenziale zwischen 1995 und 2003 wurden ebenfalls die Überlappungen zwischen den Wählerpotenzialen kleiner, was eine Zunahme der Polarisierung der Genfer Parteienlandschaft bedeutet.

Neben dem Wählerpotenzial ist vor allem die so genannte Ausschöpfungsquote von Bedeutung, die angibt, wie gut eine Partei ihre potenzielle Wählerschaft tatsächlich mobilisieren konnte. Betrachten wir die Ausschöpfungsquoten zwischen 1995 und 2003, so wird deutlich, dass 2003 sowohl die SP wie auch die FDP ihre potenziellen Wähler weniger gut mobilisieren konnten. Die Grünen haben im Beobachtungszeitraum die Nutzung ihres Wählerpotenzials dagegen massiv verbessert, liegen aber im Parteienvergleich nach wie vor deutlich zurück. Spitzenreiterin bezüglich der Ausschöpfungsquote war im Wahljahr 2003 mit Abstand die SVP. Mit ihren Wahlkampfauftritten konnte sie mehr als drei Viertel ihrer potenziellen Wähler überzeugen und erzielte somit trotz relativ geringem Wählerpotenzial ein hervorragendes Resultat. Betrachten wir die SVP genauer, so beobachten wir zwischen 1995 und 2003 ebenfalls eine abnehmende Konkurrenzierung durch andere Parteien. Potenzielle SVP-Wähler sind immer weniger bereit, auch eine andere Partei zu wählen. Gleichzeitig ist die SVP für potenzielle Wähler anderer Parteien weniger attraktiv geworden. Insbesondere für die Sozialdemokraten und Grünen stellt die SVP Genf mit einer Überlappung von rund einem Viertel nurmehr eine verhältnismässig schwache Konkurrenz dar, während die entsprechenden Werte für CVP, FDP und LPS trotz Rückgang immerhin noch zwischen 40 und 50 Prozent liegen. Dies deutet darauf hin, dass sich die SVP immer klarer abgrenzt und somit Wähler anspricht, deren Interessen kaum von anderen Parteien vertreten werden.

Betrachten wir nun die Positionierung der Wähler der Genfer Parteien auf der Links-Rechts-Skala (Figur 11.2). Für das Jahr 2003 beobachten wir im Vergleich mit 1995 eine deutliche Verschiebung und eine grössere Divergenz zwischen den Parteien. Die CVP ist die einzige Partei, deren Position leicht rechts der Mitte sich im Betrachtungszeitraum nicht verändert hat. Die übrigen Parteien haben sich klar nach links oder rechts verschoben. So fiel die 1995 noch moderate FDP 2003 auf die gleiche Position wie die SVP. Interessant ist, dass die Genfer SVP unter den wählerstärksten Parteien keineswegs diejenige mit der extremsten Rechtspositionierung ist. Die Wähler der Liberalen ordneten sich 2003 gegenüber 1995 noch einmal etwas weiter rechts ein und waren somit in beiden Wahljahren die am weitesten rechts stehende Partei.

Ein differenzierteres Bild der Parteienpositionierung im politischen Raum ermöglicht die gleichzeitige Betrachtung der Einstellungen der



Wähler zu den Sachfragen «EU-Mitgliedschaft» und «höhere Steuern auf hohen Einkommen» (Figur 11.3).

Hinsichtlich der ökonomischen Dimension zeigt sich im Betrachtungszeitraum eine spürbare Verschiebung der öffentlichen Meinung hin zu einer schwächeren Besteuerung hoher Einkommen, wobei der Mittelwert aller Befragten nach wie vor auf eine Haltung für eine überproportionale

Besteuerung schliessen lässt. Eine Zunahme der Polarisierung in dieser Frage lässt sich nicht feststellen, die Spannweite der Extrempositionen blieb zwischen 1995 und 2003 in etwa gleich. Ein wenig anders sieht es bei den Positionen zur EU-Mitgliedschaft aus. Während die Wählerschaften aller etablierten Parteien trotz leichter Verschiebung hin zu einer ökonomisch-skeptischeren Position einen EU-Beitritt immer noch relativ stark befürworteten, zeichnen sich die Wähler der SVP durch eine klare Ablehnung einer politischen Öffnung aus. Dennoch kann nicht unbedingt von einer Polarisierung im Öffnungs-Abgrenzungs-Konflikt gesprochen werden. Viel eher wurde der diesbezügliche Konsens der bisher dominanten Parteien durch das Erscheinen der SVP im Wahljahr 2003 aufgebrochen.

Analyse des Wahlkampfes

Die Darlegung der wichtigsten Probleme, so wie sie in den Wahljahren 1995 und 2003 von der Kantonsbevölkerung wahrgenommen wurden, bildet die Grundlage der folgenden Wahlkampfanalysen. Ergänzend werden die Themensetzung ausgewählter Tageszeitungen³ sowie die Wahlkampfstrategien und -handlungen der verschiedenen Parteien diskutiert.

Gemäss Wahlumfrage beschäftigte im Wahljahr 1995 das Thema der Arbeitslosigkeit mit 45 Prozent aller Nennungen die Genfer Bevölkerung am meisten. Das Verhältnis der Schweiz zu Europa und die soziale Sicherheit, insbesondere die AHV, wurden als weitere Prioritäten angegeben. Nur noch mit 5 Prozent aller Nennungen sahen die Genferinnen und Genfer die öffentlichen Finanzen (inkl. Steuerfragen) und die allgemeine Wirtschaftslage als dringende Probleme. Dahinter folgten in kurzen Abständen, aber mit nur noch ganz wenigen Nennungen, «Immigration und Integration» sowie «Umwelt» und «Gesundheit». Im Herbst 1995 wurde die Amtsführung und der Leistungsausweis der Kantonsregierung zu einem wichtigen Wahlkampfthema.⁴ Damals wurde der Kanton Genf seit bereits knapp zwei Jahren von einer rein bürgerlichen Regierung geführt. Die Wahl dieser Regierung hatte Ende 1993 im Kanton Genf für einigen Aufbruch gesorgt, zumal die abgewählte Linke bis anhin stets eine starke politische Kraft dargestellt hatte.

Zwei weitere wichtige Sachfragen betrafen Konflikte zwischen Gewerkschaften und Arbeitnehmern. Zum einen gab es einen Kampf um Mindestlöhne, bei dem den Gewerkschaften allerdings nur eine bescheidene Mobilisierung von Arbeitnehmern gelang. Zum anderen wurde eine heftige Debatte um die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten geführt. Die Gewerkschaften widersetzten sich den Plänen der Arbeitgeber, diese zu verlängern,

und besetzten als Ausdruck ihres Protests vorübergehend sogar ein Einkaufszentrum. Ebenfalls kontrovers diskutiert wurde die Einführung von Tempo-30-Zonen in der Genfer Innenstadt sowie die Durchführung eines Armeedefiles im Zentrum von Genf. Eine Demonstration gegen französische Atomtests fand ausserdem unter starker Beteiligung von besorgten Genferinnen und Genfern in Bern statt.

Was die Kampagnenführungen der Parteien anbelangt, so zeigt sich als Resultat unserer qualitativen Zeitungsanalyse, dass sich diese nur teilweise an den eben besprochenen Konflikten orientierten. Die Parteien griffen insbesondere diejenigen Probleme auf, die in der Wahlumfrage am häufigsten genannt wurden: So wurde etwa die Thematik der Europäischen Integration in den Wahlinserten häufig aufgenommen, obwohl alle etablierten Parteien in dieser Frage weitgehend einer Meinung waren. Ebenfalls präsent waren Fragen des Arbeitsmarktes (Arbeits-, Ausbildungsplätze) sowie der sozialen Sicherheit. Hierbei legte etwa die CVP ihr Gewicht stärker auf die Familie mit ihrer Forderung nach einer Mutterschaftsversicherung und zusätzlichen Krippenplätzen, während sich die Liberale Partei Sorgen um die Finanzierung der AHV machte. Allgemein zeigt sich, dass Parteien des links-grünen Spektrums wesentlich stärker kandidatenbezogene Kampagnen führten, die in den wenigsten Fällen mit konkreten politischen Aussagen verbunden waren. Zudem lässt sich eine recht hohe Geschlossenheit der politischen Blöcke erkennen: Vom einheitlichen Auftritt der bürgerlichen «Entente» in der Kantonsregierung ging wohl ein starker Druck auf die Linke aus, ebenfalls ein hohes Mass an Einigkeit zu demonstrieren.

Im Gegensatz zu 1995 liessen sich im Vorfeld des Wahlkampfs von 2003 keine zentralen Problembereiche ermitteln. Neu lagen vier Themenbereiche mit Nennungshäufigkeiten zwischen 12 bis 16 Prozent an der Spitze der dringenden Probleme der Genferinnen und Genfer. In absteigender Reihenfolge waren dies die Sicherheit der Sozialwerke, der Arbeitsmarkt, Fragen der Ausländerpolitik sowie die öffentliche Gesundheit. Auch wenn sich hier eine massive Bedeutungsverschiebung weg von der problematischen Situation auf dem Arbeitsmarkt ergeben hat, so bleibt doch die Besorgnis über die soziale Sicherheit, die auch die Frage der langfristigen Stabilität der Sozialversicherungen mit einschliesst, in namhaftem Ausmass bestehen. Demgegenüber fällt der Bedeutungsverlust der Europafrage spektakulär aus: 1995 noch als zweitwichtigstes Problem angegeben, wird sie in der Wahlumfrage von 2003 gerade noch mit 7 Prozent der gültigen

Nennungen an fünfter Stelle und mit deutlichem Abstand auf die vier ersten wichtigen Probleme gesehen. Augenscheinlich ist dafür der Bedeutungszuwachs von Fragen im Zusammenhang mit Immigration und Integration von Ausländern. Diese scheinen die Sachfrage der Europäischen Integration teilweise ersetzt zu haben. Schliesslich ergibt sich aus dem Vergleich der Umfragen in den beiden Wahljahren das in den Augen der Befragten nahezu vollständige Verschwinden der Problematik von öffentlichen Finanzen und Steuern – dies vor dem Hintergrund einer deutlich verbesserten Finanzlage des Kantons (Département des Finances 2002).

Eine im Rahmen dieser Untersuchung durchgeführte Printmedienanalyse⁵ für die Wahlen 2003 führt unter anderem zum überraschenden Ergebnis, dass der Arbeitsmarktproblematik in den Berichterstattungen der untersuchten Medien nur ein verschwindend kleiner Stellenwert zukommt. Andere Resultate entsprechen aber wiederum dem Bild, das auch Wahlumfrage und Sorgenbarometer vermitteln: Soziale Sicherheit, Immigration und Integration von Ausländern sowie öffentliche Gesundheit werden von den Medien häufig thematisiert. Die Sachfragen zum politischen System und den Parteien verdankt seinen dritten Rang in der Häufigkeitsanalyse insbesondere der Diskussion um die Zauberformel, das heisst die Sitzverteilung der Parteien im Bundesrat.

Ganz allgemein scheint es gegenüber 1995 für das Wahljahr 2003 schwieriger zu sein, konkrete und vom Wahlkampf einigermaßen unabhängige Sachfragen von denjenigen zu trennen, die direkt von den Wahlkämpfen geprägt wurden. Die Ursache dafür scheint darin zu liegen, dass der Wahlkampf insgesamt engagierter und mit entsprechend mehr Getöse als noch acht Jahre zuvor geführt wurde. Das wohl auffälligste, nicht direkt vom Wahlkampf dominierte Thema im Vorfeld der Nationalratswahlen 2003 war der längere Zeit anhaltende Arbeitskampf der Genfer Kantonspolizisten. Um ihren Forderungen nach besseren Anstellungsbedingungen Nachdruck zu verleihen, führten Gruppen von Polizisten verschiedene Aktionen durch, die insbesondere während einer höchst publikumsträchtigen internationalen Telekom-Messe zu massiven Verkehrsbehinderungen führten. Ebenfalls im Zusammenhang mit der Polizei stand die Veröffentlichung eines Berichts über die Geschehnisse in Genf anlässlich des Evian-Gipfels der G8 vom Juni 2003. Proteste gegen dieses auf französischem Boden abgehaltene Treffen hatten vornehmlich in Genf stattgefunden und mündeten in eigentliche Krawalle, die zu grösseren Sachbeschädigungen führten. Der Regierung und der Polizei im Besonderen wurde in der Folge Versagen vorgeworfen.

In ihrem Wahlkampf verstand es zunächst die SVP sehr geschickt, das Thema «Recht und Ordnung» zu ihren Gunsten auszuspielen und brachte damit vor allem die anderen bürgerlichen Parteien mit ihren Forderungen nach mehr Schutz für den kleinen Bürger in Zugzwang. Gerade auch die Veröffentlichung des G8-Berichts erinnerte an die harte Haltung der SVP, die nach den G8-Krawallen den Rücktritt der gesamten Kantonsregierung gefordert hatte. Während sich die Linke dieser Sicherheitsdebatte entzog, reagierte insbesondere die Liberale Partei unter der Führung ihres Ständetratskandidaten Jacques-Simon Eggly scharf. So forderte Eggly die Behörden auf, in Zukunft gegen gewalttätige Demonstranten hart durchzugreifen.

Besonders auffällig an der Genfer SVP-Wahlkampagne 2003 war der praktisch vollständige Rückgriff auf die nationale SVP-Kampagne und somit der Verzicht auf eine den lokalen Themen angepasste Wahlkampfstrategie. Dies nicht ohne Grund: Offenbar hatte der bloße Verweis auf das politische Programm der SVP Schweiz der Genfer Parteifiliale bereits bei den kantonalen Wahlen im Jahre 2001 einen schönen Erfolg beschert.⁶ Eigene Positionen wurden nicht in erster Linie positiv, sondern negativ, in Abgrenzung zu denjenigen der politischen Konkurrenz definiert. Angebliche Missstände wurden angeprangert und die dafür Verantwortlichen benannt. Als die SVP wenige Tage vor den Wahlen in ganzseitigen Inseraten das Thema «Recht und Ordnung» mit der Asylproblematik in Verbindung brachte, veränderte sich nicht nur die Debatte innerhalb des bürgerlichen Parteienspektrums, sondern es schalteten sich nun auch die Linksparteien in die Debatte ein. Auf die massiven Vorwürfe der SVP, dass man es «der Linken und ihren Freunden» zu verdanken habe, vor einem enormen Problem mit kriminellen Asylbewerbern zu stehen, reagierten die Beschuldigten empört und riefen in Gegeninseraten mitunter offen zu einem Boykott der SVP an den Wahlurnen auf. Zudem wurden zwei Strafklagen gegen die angeblich verfälschte Darstellung von Tatsachen in den SVP-Inseraten eingereicht. Vor diesem Hintergrund kann es nicht erstauen, dass die Diskussion um die öffentliche Sicherheit (auch im Zusammenhang mit Fragen der Immigration) in den Wahlkampfinseraten der Parteien zahlenmässig dominierte. Daneben wurden aber auch Themen wie die Sicherung der Sozialwerke und des Service public häufig aufgegriffen, dies allerdings insbesondere auf linker Seite und bevor die Polemik um die ganzseitigen SVP-Inserate ausbrach.

Was angesichts dieser Polemik ebenfalls beinahe in Vergessenheit geriet, war die Zerstrittenheit des linken Parteienlagers. Die politisch links der SP stehende Alliance de Gauche (AdG) hatte sich nicht dazu durchringen kön-

nen, die Ständeratskandidatur der SP-Spitzenfrau Christiane Brunner zu unterstützen, worauf die SP ihrerseits nicht bereit war, mit der AdG eine Listenverbindung einzugehen. Demgegenüber lieferte sich die SVP mit anderen bürgerlichen Parteien zwar einen heftigen Nationalratswahlkampf, unterstützte aber die beiden Entente-Ständeratskandidaten in der Absicht, die Wahl linker Kandidaten und Kandidatinnen verhindern zu wollen und gegenüber den andern bürgerlichen Parteien ihren guten Willen unter Beweis zu stellen.⁷

Zweifellos unterscheiden sich die beiden Wahlkämpfe von 1995 und 2003 im Kanton Genf stark voneinander. 1995 standen sich zwei ideologisch relativ geschlossene Blöcke – der eine politisch klar links, der andere rechts positioniert – gegenüber. Dem war 2003 nicht mehr so. Die Linke hatte sich zerstritten und die etablierten Genfer Rechtsparteien hatten es ihrerseits mit der SVP neu mit einer selbstbewusst auftretenden Konkurrentin zu tun. Dank dieser verstärkten Konkurrenz gestaltete sich denn auch der Wahlkampf aufwendiger und hitziger als derjenige acht Jahre zuvor. Insbesondere unter den bürgerlichen Parteien taten sich neben vielen Gemeinsamkeiten auch massive weltanschauliche Gräben auf. Während sich die SVP, getreu der Linie ihrer schweizerischen Mutterpartei, für eine harte Haltung gegenüber Immigranten und gegen eine Annäherung an Europa stark machte, sahen sich viele Exponenten der FDP, CVP und Liberalen in diesen Fragen plötzlich in einem Boot mit Vertretern der Linken. Tatsächlich hatte im Wahlkampf 1995, als die SVP in Genf nicht antrat, in diesen Fragen weit gehende Einigkeit unter allen grösseren Parteien geherrscht, was das Konfliktpotenzial damals massiv entschärfte.

Wie erwähnt sorgte kurz vor dem Wahlsonntag ein SVP-Zeitungsinsert in der gesamten Romandie für einigen Aufruhr. Wie bereits Jahre zuvor in Zürich und dann in anderen Teilen der Deutschschweiz entbrannte eine heftige Debatte darüber, ob solche Inserate überhaupt zulässig seien, wie weit man mit der selektiven Wiedergabe von Statistiken gehen dürfe und ob es sinnvoll sei, dass Zeitungen diese Inserate publizierten. Zweifellos war diese Art der Kampagnenführung ungewohnt und stellt einen auffälligen Kontrast zum Wahlkampf acht Jahre zuvor dar. Die durch die SVP-Inserate provozierte Sicherheitsdebatte beherrschte die Endphase des Wahlkampfes nahezu vollständig. Die im gleichen Atemzug geführte Debatte über den politischen Stil wies dabei nur noch zusätzlich auf die SVP als Urheberin des Sicherheitsdiskurses hin. Dessen Übergewicht sucht im Wahlkampf 1995 seinesgleichen, obwohl damals mit der enormen Besorg-

nis der Bevölkerung hinsichtlich der herrschenden Arbeitslosigkeit eigentlich ein Problemfeld mit grossem Profilierungspotenzial insbesondere für Parteien des linken politischen Spektrums zur Verfügung gestanden wäre. Dass die SVP Genf in der Lage war, die Endphase des Wahlkampfes 2003 mit der unmittelbaren Übernahme der zentralen Strategien und Positionen der SVP Schweiz derart deutlich zu dominieren, kann zudem als Hinweis für eine zunehmende «Nationalisierung» der in den einzelnen Kantonen stattfindenden Wahlkämpfe um Sitze im eidgenössischen Parlament gewertet werden. Eine explizite Anpassung des Wahlkampfes an die spezifische politische Situation im Kanton Genf war jedenfalls für die SVP zur Sicherung ihres Wahlerfolgs im Jahr 2003 ganz offensichtlich nicht nötig.

Analyse des Wahlentscheids⁸

Im Folgenden wenden wir uns den Ursachen der individuellen Wahlentscheide im Kanton Genf zu. Dabei soll nochmals darauf hingewiesen werden, dass die SVP 1995 gar nicht zu den Wahlen angetreten ist. Da wir jedoch nicht die eigentliche Wahl, sondern die Wahlwahrscheinlichkeiten untersuchen, ist ein Vergleich zwischen 1995 und 2003 trotzdem möglich.

Zuerst sollen die sozialstrukturellen Faktoren, die sich an der weiten Öffnung des in Kapitel 2 vorgestellten Kausaltrichters befinden, diskutiert werden. Die Wähler, die in ländlichen Gegenden wohnhaft sind, weder der protestantischen noch der katholischen Konfession angehören und als Bauern oder in anderen traditionellen Berufen tätig sind, bilden in Tabelle 11.3 die Vergleichsgruppe (= Konstante). Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Mitglied dieser Gruppe SVP wählt, ist zu beiden Erhebungszeitpunkten relativ hoch und unterscheidet sich zwischen den beiden Wahljahren nicht signifikant. Für das Jahr 2003 lässt sich eine ganze Reihe von Berufsgruppen ermitteln, die der SVP gegenüber eher skeptisch eingestellt sind. Es sind dies die qualifizierten Arbeiter, Manager, die technischen und allen voran soziokulturellen Spezialisten, deren SVP-Wahlwahrscheinlichkeit im Jahr 2003 bei lediglich 6 Prozent lag. Die soziokulturellen Spezialisten bilden ausserdem die einzige Berufsgruppe, die bereits 1995 signifikant weniger stark die SVP gewählt hatte als die Referenzgruppe. Somit scheinen sie ihre Haltung nicht grundlegend geändert zu haben. Im Gegensatz dazu lässt sich bei den qualifizierten Arbeitern ein Einstellungswandel zwischen 1995 und 2003 feststellen. Ihre Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP sank signifikant um 18 Prozentpunkte. Sie wandten sich bis 2003 mit einem Zustimmungswert von dann nur noch 15 Prozent relativ stark von der SVP ab. Dies übrigens im Gegensatz zur Gruppe der unqualifizierten Arbeiter,

Tabelle 11.3
Lineare Regression der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf soziale Merkmale der Wahlberechtigten, Kanton Genf (Modell 1)

Variablen	Kategorien/Indikator	1995		2003		1995–2003	
		Beta	SE	Beta	SE	Beta	SE
	Konstante	0.33 ³	0.07	0.27 ²	0.14	-0.06	0.15
Soziale Klasse	ungelernte Arbeiter	0.02	0.04	0.00	0.06	-0.02	0.07
	qualifizierte Arbeiter	0.00	0.03	-0.12 ²	0.05	-0.12 ²	0.06
	Manager	-0.04	0.03	-0.11 ²	0.05	-0.06	0.06
	technische Spezialisten	-0.02	0.03	-0.11 ²	0.05	-0.09	0.06
	soziokulturelle Spezialisten	-0.12 ³	0.03	-0.21 ³	0.06	-0.09	0.06
	(Ref.: Bauern, traditionelle Berufe)						
Religion	nichtpraktizierende Katholiken	0.03	0.02	0.04	0.04	0.01	0.04
	praktizierende Katholiken	0.06 ²	0.03	0.08	0.06	0.02	0.06
	nichtpraktizierende Protestanten	0.06 ³	0.02	0.04	0.04	-0.02	0.04
	praktizierende Protestanten	0.08 ²	0.04	0.01	0.06	-0.06	0.07
	(Ref.: keine/andere Religion)						
Stadt-Land	Stadt (Ref.: Land)	-0.07	0.07	0.05	0.13	0.12	0.14
R ²		0.04		0.02			
N		636		516			

¹ p<.10 ² p<.05 ³ p<.01

die sich als einzige soziale Klasse in keinem der beiden Wahljahre signifikant von der Referenzkategorie unterscheidet und somit ebenfalls eine relativ hohe SVP-Wahlwahrscheinlichkeit aufweist.

Der Einfluss der Religionszugehörigkeit auf die Wahrscheinlichkeit der SVP-Wahl scheint zwischen 1995 und 2003 verschwunden zu sein. Während im Jahr 1995 praktizierende Katholiken sowie die Protestanten mit einer signifikant höheren Wahrscheinlichkeit SVP wählten als nichtpraktizierende Katholiken oder Angehörige anderer Konfessionen, lagen diese Unterschiede im Jahr 2003 nicht mehr vor. Die Unterscheidung zwischen Stadt und Land leistet in keinem der beiden Wahljahre einen signifikanten Erklärungsbeitrag. Dies ist nicht besonders überraschend, da Genf ein weitgehend städtisch geprägter Kanton ist.

Die Vermutung, dass die SVP im Sinne einer Catch-All-Partei immer mehr Wähler aus anderen sozialen Gruppen und aus städtischen Gebieten für sich zu mobilisieren vermag, kann aufgrund dieser Analyse nicht gestützt werden. Eine Angleichung der Wahlwahrscheinlichkeiten zwischen

den sozialen Klassen hat im Betrachtungszeitraum nicht stattgefunden. Die stärksten SVP-Befürworter zählen nach wie vor zur klassischen Stammwählerschaft dieser Partei.⁹ Nur noch die Gruppe der ungelerten Arbeiter bringt der SVP eine ähnlich hohe Sympathie entgegen. Alle anderen sozialen Klassen wiesen zumindest im Wahljahr 2003 eine signifikant tiefere SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf. Damit lässt sich vorerst die Aussage erhärten, dass die SVP mit ihrer Position gegen eine politische Öffnung der Schweiz immer mehr Globalisierungsverlierer anzieht.

Die geringe Erklärungskraft des soeben besprochenen ersten Modells mit einer erklärten Varianz (R^2) von bloss 4 (1995) beziehungsweise 2 Prozent (2003) gibt Anlass dazu, im Sinne einer tiefer greifenden Analyse weitere mögliche Erklärungsfaktoren zu berücksichtigen. Diese Erweiterung leisten die im Kausaltrichter nachgeordneten Variablen von Parteiidentifikation, Sachfragen- und Kandidatenorientierung sowie Links-Rechts-Einordnung und Protest. Ihr Miteinbezug erhöht den Anteil der erklärten Varianz auf 26 Prozent für das Jahr 1995 und auf sehr hohe 66 Prozent für das Jahr 2003 (vgl. Tabelle 11.4)

Die Referenzkategorie¹⁰ weist im neuen Modell für beide Wahljahre mit Werten von 38 beziehungsweise 42 Prozent eine hohe und hoch signifikante SVP-Wahrscheinlichkeit auf. Der im Jahr 1995 für Genf noch nicht messbare Indikator *Nähe zur SVP* wies 2003 einen starken und hoch signifikanten Einfluss auf. Für Wähler, die sich mit der SVP identifizieren können, erhöhte sich die Wahrscheinlichkeit, diese Partei zu wählen um 18 Prozent. Ein zweiter wichtiger Faktor war 2003 die *Sympathie für Blocher*. Wer Blocher sehr sympathisch fand, wies 1995 eine um 30 und 2003 sogar eine um 70 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit zur SVP-Wahl auf als eine Person, die ihm gar keine Sympathie entgegenbrachte. Als dritter Erklärungsfaktor für den Erfolg der Genfer SVP kann der gestiegene Einfluss der Meinung zu einem EU-Beitritt der Schweiz genannt werden. Die in Tabelle 11.4 präsentierten Modelle weisen lediglich für 2003 einen signifikanten Effekt auf. Die Selbsteinstufung auf der ideologischen Links-Rechts-Achse übte sowohl 1995 als auch 2003 einen signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable aus. Schliessen wir die Variable Sympathie für Blocher aus den beiden Modellen aus, so üben die Haltung zu einem EU-Beitritt und die eigene Links-Rechts-Einstufung einen wesentlich höheren und in beiden Wahljahren signifikanten Einfluss aus. Dies ist sicherlich darauf zurückzuführen, dass Christoph Blocher für viele quasi eine politische Schliessung gegenüber Europa verkörpert. Wähler, die 1995 einen EU-Beitritt vollständig ablehnten, hatten eine um 10 Prozentpunkte höhere

Tabelle 11.4

Lineare Regression der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit auf politische Einstellungen und Orientierungen der Wahlberechtigten unter Kontrolle von sozialen Merkmalen, Kanton Genf (Modell 2)

Variablen	Kategorien/Indikator	1995		2003		1995–2003	
		Beta	SE	Beta	SE	Beta	SE
	Konstante	0.38 ³	0.05	0.42 ³	0.08	0.04	0.09
Soziale Klasse	ungelernte Arbeiter	0.00	0.03	-0.08 ²	0.04	-0.08	0.05
	qualifizierte Arbeiter	-0.02	0.03	-0.07 ²	0.03	-0.05	0.04
	Manager	-0.06 ³	0.02	-0.05	0.03	0.01	0.04
	technische Spezialisten	-0.03	0.02	-0.01	0.03	0.02	0.04
	soziokulturelle Spezialisten (Ref.: Bauern, traditionelle Berufe)	-0.09 ³	0.03	-0.05	0.04	0.04	0.05
Religion	nichtpraktizierende Katholiken	0.03	0.02	0.00	0.02	-0.03	0.03
	praktizierende Katholiken	0.05	0.03	-0.02	0.04	-0.06	0.05
	nichtpraktizierende Protestanten	0.05 ³	0.02	0.00	0.02	-0.06 ¹	0.03
	praktizierende Protestanten (Ref.: keine/andere Religion)	0.08 ³	0.03	0.01	0.04	-0.07	0.05
Stadt-Land	Stadt (Ref.: Land)	-0.02	0.04	0.03	0.08	0.05	0.09
	Parteiidentifikation	Nähe zur SVP (Ref.: keine Nähe)		0.18 ³	0.05		
Themen	EU-Beitritt	0.00	0.01	0.02 ³	0.01	0.02 ¹	0.01
	Chancen für Ausländer	0.00	0.01	-0.01	0.01	-0.01	0.01
	Steuern auf hohe Einkommen	0.00	0.01	0.01	0.01	0.00	0.01
Ideologie	Links-Rechts-Selbsteinstufung	0.01 ²	0.00	0.01 ³	0.00	0.00	0.01
Kandidaten	Sympathie für Blocher	0.03 ³	0.00	0.07 ³	0.00	0.04 ³	0.01
Protest		-0.02 ³	0.01	0.00	0.01	0.03 ³	0.01
R ²		0.26		0.66			
N		497		417			

¹ p<.10 ² p<.05 ³ p<.01

Wahrscheinlichkeit zur SVP-Wahl als solche, die einen Beitritt klar befürworteten. 2003 betrug dieser Wert sogar 28 Prozent. Ein Effekt, der zwischen 1995 und 2003 im Zuge einer signifikanten Veränderung verschwand, ist derjenige des politischen Protests. Im Falle einer Kandidatur im Jahr 1995 hätte die SVP bei Protestwählern entgegen unseren Erwartungen leicht geringere Zustimmung gefunden als bei Personen, die Politi-

ker und Politikerinnen insgesamt mehr Vertrauen schenkten. Die Einstellung gegenüber gleichen Chancen für Ausländer hatte 2003 mit und ohne Variable Sympathie für Blocher keinen signifikanten Einfluss.

Es scheint der SVP in der Tat sowohl 1995 als auch 2003 gelungen zu sein, das Thema einer möglichen politischen Öffnung der Schweiz in den Vordergrund zu rücken und damit viele EU-Beitritts-Gegner anzuziehen. Im Gegensatz zur gesamtschweizerischen Analyse lässt sich in Genf keine Tendenz erkennen, dass die SVP vermehrt Stimmen von Personen bekommt, die Ausländern und Ausländerinnen gegenüber negativ eingestellt sind. Die SVP wird sowohl 1995 wie auch 2003 von Personen bevorzugt gewählt, die sich selbst als ideologisch rechts stehend bezeichnen. Die nach 1995 verschwindenden Stimmanteile der kleineren rechts orientierten Parteien lassen vermuten, dass die ehemaligen Wähler dieser Parteien zumindest teilweise zur SVP abgewandert sind.

Ein Protestfaktor zugunsten der SVP lässt sich in Genf nicht ausmachen. Im Gegenteil waren die so genannten Protestwähler im Jahr 1995 der SVP gegenüber sogar eher ablehnend eingestellt. Eine mögliche Erklärung hierfür könnte sein, dass diese Wähler zu diesem Zeitpunkt andere, damals noch kandidierende rechts orientierte Parteien wie die Schweizer Demokraten oder Linksparteien wählten. Die beiden Variablen mit den stärksten Effekten sind in Tabelle 11.4 die Parteiidentifikation und die Sympathie, die ein Wähler dem SVP-Exponenten Blocher entgegenbringt. Wie wir gesehen haben, setzt sich aber dieser letzte Effekt grösstenteils aus der Einstellung zu einem EU-Beitritt und der eigenen Links-Rechts-Einstufung zusammen. Christoph Blocher kann somit auf jeden Fall als eigentliche Identifikationsfigur bezeichnet werden. Dies kann auch als Hinweis auf eine Nationalisierung der Wahlen verstanden werden.

Schluss

Der grosse Wahlerfolg der Genfer SVP im Jahr 2003 ist unbestritten. Die Faktoren, die dazu geführt haben, sind vielfältig und teilweise von unerwarteter Natur. Auch wenn der Kanton Genf, wie eingangs erwähnt, von einem speziellen politischen Umfeld geprägt ist, so finden sich dort trotzdem auch einige gesamtschweizerische Erklärungsmuster für den Wahlerfolg der SVP wieder. Dieser schien in erster Linie auf Kosten anderer bürgerlicher und kleiner rechtsextremer Parteien zu gehen. Zudem gelang es der SVP in Genf – wie in der Schweiz insgesamt – ihr, wenn auch geringes, Wählerpotenzial wesentlich besser auszuschöpfen als alle anderen Parteien.

Noch unsicher scheint dagegen die längerfristige Sicherung des Stimmenzuwachses zu sein. Die Positionierung der SVP Genf auf der Öffnungs-Abgrenzungs-Konfliktlinie gleicht insofern derjenigen der gesamtschweizerischen SVP, als sie als einzige der grossen Parteien klar den Abgrenzungsbereich dominiert. Anders stellt sich die Situation auf der Links-Rechts-Achse dar. Während sich auf nationaler Ebene die SVP mit ihren Wählern unter den grösseren Parteien am weitesten rechts positionierte, stuften sich im Kanton Genf die Wähler der LPS und der FDP weiter rechts beziehungsweise gleich wie diejenigen der SVP ein. Gleichermassen war jedoch zwischen 1995 und 2003 – wie in der Gesamtschweiz – eine Polarisierungstendenz der Parteipositionen auf der Links-Rechts-Achse zu verzeichnen.

Die Hypothese, dass die SVP aufgrund ihrer Positionierung auf der neuen Öffnungs-Abgrenzungs-Konfliktlinie neue globalisierungsskeptische Wählerschichten erschliesse, kann gestützt werden. Ungelernte Arbeiter, mögliche Globalisierungsverlierer, weisen zusammen mit der traditionellen Stammwählerschaft die höchste Wahrscheinlichkeit auf, die SVP zu wählen. Potenzielle Globalisierungsgewinner zeigen dabei eine geringer werdende Neigung, SVP zu wählen, was einen Hinweis auf die tatsächliche Existenz und Relevanz dieser neuen Konfliktlinie darstellt.

Bezüglich Wahlentscheidungen, die vermehrt anhand der Orientierung an Sachfragen getroffen werden, kann die Öffnungs-Schliessungs-Hypothese bestätigt werden. Die Orientierung der Wähler in Bezug auf die Frage eines EU-Beitritts der Schweiz beeinflusste den Wahlentscheid sowohl 1995 wie auch 2003. Die Haltung zu den Chancen, die Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz eingeräumt werden sollen, prägte die Wahlentscheidungen im Kanton Genf allerdings bei keiner der beiden Wahlen. Überraschenderweise ist die Sympathie für Christoph Blocher nicht nur gesamtschweizerisch einer der wichtigsten Erklärungsfaktoren für den Wahlerfolg der SVP, sondern auch im Kanton Genf. Dieser Effekt hat sich im betrachteten Zeitraum sogar verstärkt. Es ist erstaunlich, wie stark Blocher, der bis anhin vor allem in der Deutschschweiz als Identifikationsfigur der SVP galt, nun auch in der Westschweiz die Wahlchancen der SVP beeinflusst. Dieser «Blocher-Effekt» ist ein Hinweis auf eine mögliche Nationalisierung der Wahlen.

Dabei stellt sich die Frage, ob diese Nationalisierung nicht bereits vorher stattfand und die SVP, die traditionell deutschschweizerisch geprägt ist, in Genf nicht gerade deswegen erfolgreich war – dies umso mehr, als sich das Genfer Umfeld stark von demjenigen der Deutschschweiz unterscheidet und die Genfer SVP deshalb auch in geringerem Masse auf traditionelle

Wähler zurückgreifen kann. Der grosse Einfluss, den die Parteidentifikation ausübt, erstaunt ebenfalls. Ihr Effekt entspricht dem gesamtschweizerischen, in Genf kam er aber erst 2003 zur Geltung, da die SVP Genf acht Jahre vorher nicht zur Wahl angetreten war. Hier stellt sich die Frage, welche Rolle die Parteidentifikation bei einer so jungen Partei wie der Genfer SVP spielen kann.

Insgesamt fällt auf, dass zwischen 1995 und 2003 nur geringfügige Veränderungen im Wählerprofil der SVP festgestellt werden können. Eine Erklärung des hohen Stimmenanteils der SVP im Jahr 2003 wird dadurch erschwert. Die Tatsache allein, dass die SVP 1995 nicht zur Wahl antrat, reicht nicht aus, um den Erfolg von 2003 zu erklären. Immerhin versuchte die SVP bereits 1991 und vor allem 1999 Wählerstimmen zu gewinnen. Deshalb wäre eine Individualdatenanalyse der Wahlergebnisse von 1999 nicht nur aufschlussreich, sondern notwendig, um weitere Faktoren zu eruieren, die den Aufstieg der SVP in den jüngsten Nationalratswahlen begünstigten.

Das wollen die anderen Parteien: MILLIARDEN für den EU-Beitritt zahlen.

Immer weniger Schweizer wollen in die EU. Und die Schweizer Bürger wissen, warum: Ein EU-Beitritt bringt nur Nachteile. Tiefere Löhne, mehr Arbeitslose, mehr Ausländer, 30 Prozent höhere Mieten, noch mehr Steuern und Abgaben. Ein EU-Beitritt heisst 5 bis 6 Milliarden nach Brüssel zahlen. Jedes Jahr! Ein EU-Beitritt heisst Erhöhung der Mehrwertsteuer von heute 7,6% auf 15%. Das sind im Jahr 18 Milliarden Mehrabgaben. Auf eine vierköpfige Familie berechnet, macht das fast 10'000 Franken zusätzliche Steuern. Jedes Jahr!
Es gibt für die Schweiz keinen vernünftigen Grund, der EU beizutreten. Wir verlieren unsere Selbstbestimmung. Wir verlieren

die direkte Demokratie, den Schweizer Franken und die Neutralität. Trotzdem halten SP, FDP und CVP stur am EU-Beitritt fest. Der Bundesrat schreibt: «Der EU-Beitritt ist das Ziel des Bundesrates» (15.11.2000). Diesem Ziel haben alle Regierungsparteien ausser der SVP zugestimmt. Die FDP hat 1995 den EU-Beitritt beschlossen und will uns bis 2007 in die EU führen. Die CVP-Delegierten haben sich 1998 für den EU-Beitritt entschieden und 2001 die EU-Beitrittsinitiative unterstützt. Die SP ist seit jeher Feuer und Flamme für den EU-Beitritt. Wir von der SVP stehen als einzige Partei für eine souveräne und erfolgreiche Schweiz ein.

Ausschnitt aus einem Inserat der SVP, erschienen in der «Neuen Zürcher Zeitung» am 9. September 2003

Teil 3

Vergleichende Analyse

Romain Lachat, Peter Selb

Kantonaler Vergleich

Einleitung

Die vorangegangenen Kapitel zielten darauf ab, kantonale Besonderheiten im Aufstieg der SVP herauszuarbeiten. Rückblickend fallen aber zunächst die zahlreichen Gemeinsamkeiten auf, die die Entwicklungen zwischen 1995 und 2003 prägten: In fast allen Kantonen fand eine Polarisierung des Parteienwettbewerbs statt, die unter anderem durch eine zunehmende Entfernung der SVP von der politischen Mitte geprägt war. Im gleichen Zeitraum verringerten sich die Überschneidungen der Parteien hinsichtlich ihrer Wählerpotenziale. Ebenso konnte die SVP die Ausschöpfung ihrer Wählerpotenziale in den meisten Kantonen steigern, während die Potenziale selbst aber erstaunlich konstant blieben. In Bezug auf das individuelle Wahlverhalten kann festgestellt werden, dass die sozialen Merkmale der Wählerinnen und Wähler tendenziell an Erklärungskraft einbüssten, während der Einfluss der politischen Orientierungen und Einstellungen auf den Parteientscheid zunahm. Dabei stach insbesondere die Rolle Christoph Blochers als Integrationsfigur der «neuen» SVP hervor.

Aber wieso lassen sich bei all diesen Gemeinsamkeiten weiterhin so klare Differenzen in den Wähleranteilen der SVP zwischen den Kantonen feststellen? Liegt es schlicht daran, dass sich die kantonalen Wählerschaften in ihrer sozialen und politischen Zusammensetzung unterscheiden? Gehen diese Unterschiede etwa auf die Ungleichzeitigkeit eines ansonsten generellen Trends zurück, sodass einige Kantone erst in Zukunft die Entwicklung nachvollziehen beziehungsweise vollenden werden, die in anderen Kantonen bereits abgeschlossen ist? Oder sind es tatsächlich Eigenheiten des kantonalen Kontexts, wie der Parteiensysteme oder der Wahlkämpfe, die zu verschiedenen politischen Ergebnissen führten? Im vorliegenden Kapitel werden wir versuchen, diese Fragen zu beantworten.

Wähleranteile, Wählerpotenziale und Ausschöpfungsquoten im Vergleich

Die Unterschiede in den Wähleranteilen der SVP zwischen den acht Kantonen, die wir hier näher betrachten, sind frappant. Ihre Wahlergebnisse bei den Nationalratswahlen 1995 schwankten zwischen 26 Prozent der Stimmen im Kanton Bern und nur 1,5 Prozent im Kanton Tessin – ganz zu schweigen vom Kanton Genf, wo sie 1995 gar nicht angetreten war. Bis 2003 konnte die SVP zwar überall zulegen, die kantonalen Differenzen waren aber mit Stimmenanteilen zwischen 7,6 Prozent im Tessin und knapp 35 Prozent im Kanton Aargau immer noch beträchtlich. Um den Ursachen dieser Unterschiede auf den Grund zu gehen, ist es hilfreich, das individuelle Wahlverhalten als einen zweistufigen Prozess zu begreifen (Brug et al. im Erscheinen): Zunächst stufen die Wählerinnen und Wähler die Parteien als mehr oder weniger attraktiv ein, um sich dann – je nach Wahlsystem – für eine oder mehrere dieser Parteien zu entscheiden. Übertragen auf die gesamte Wählerschaft verdichten sich die individuellen Attraktivitätszuschreibungen zum Wählerpotenzial einer Partei, und die individuellen Wahlentscheidungen summieren sich zum Wähleranteil. Wählerpotenzial und Wahlergebnis müssen weder identisch sein noch zwingendermassen von denselben Faktoren beeinflusst werden, denn nicht alle Wählerinnen und Wähler, die eine Partei als attraktiv betrachten, werden diese dann tatsächlich auch wählen. Vielleicht nehmen sie gar nicht an der Wahl teil, stufen eine Konkurrenzpartei als noch attraktiver ein oder geben aus strategischen Gründen einer anderen Partei ihre Stimme als der, die sie an sich für die attraktivste Option halten. Während wir uns in den kantonalen Kapiteln auf die Erklärung der individuellen Wahlwahrscheinlichkeiten und Wählerpotenziale der SVP konzentriert haben, geht es nun also darum, neben kantonalen Unterschieden in den Potenzialen auch Differenzen in der Ausschöpfung dieser Potenziale zu erklären.

Figur 12.1 zeigt die Unterschiede in den Wählerpotenzialen und Wähleranteilen der SVP in den acht Kantonen 1995 und 2003 zunächst grafisch. Tabelle 12.1 fasst die Befunde in Kennzahlen zusammen¹. Auffällig ist zunächst die Lücke, die in beiden Jahren zwischen Wähleranteilen und Wählerpotenzialen klafft. Das durchschnittliche Wählerpotenzial der SVP lag 1995 bei 35,9 Prozent, der mittlere Wähleranteil aber nur bei 16,4 Prozent, was einer mittleren Ausschöpfung von 42,2 Prozent entspricht. Bis 2003 ist der durchschnittliche Wähleranteil dann um 8,9 Prozentpunkte auf 25,3 Prozent gestiegen, wobei die Wählerpotenziale im Schnitt aber erstaunlich konstant geblieben sind. Das bedeutet, dass der Aufstieg

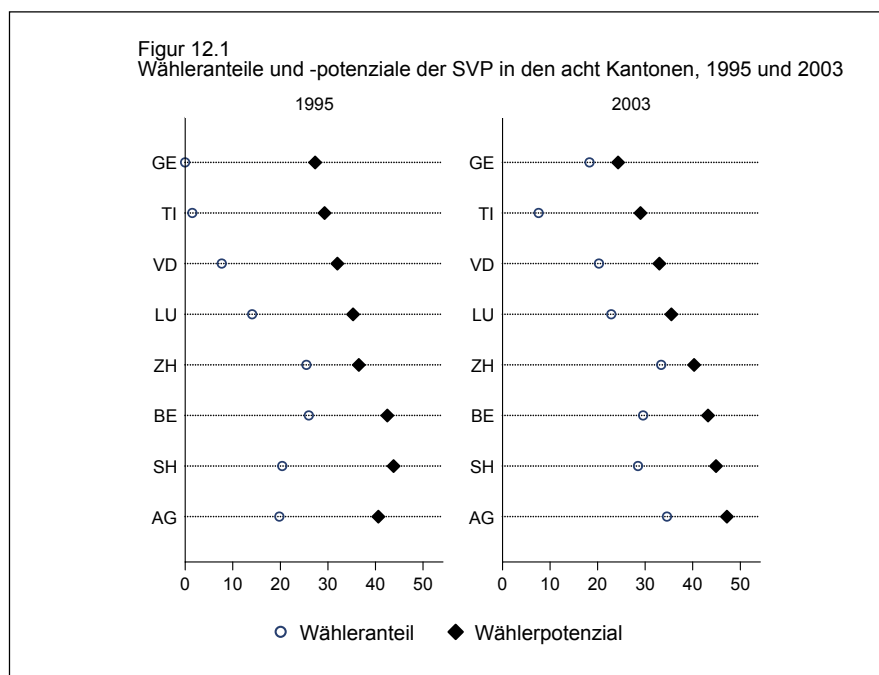


Tabelle 12.1

Wählerpotenziale, Wähleranteile und Ausschöpfungsquoten 1995 und 2003

	Mittelwerte (in Prozent)			Standardabweichungen		
	1995	2003	1995–2003	1995	2003	1995–2003
Wählerpotenzial	35.9	37.2	+ 1.3	6.1	8.1	+2.0
Wähleranteil ¹	16.4	25.3	+ 8.9	9.2	9.0	-0.2
Ausschöpfungsquote ¹	42.2	62.9	+ 20.0	22.0	17.0	-5.0

¹ Für die Wahl 1995 (sowie für die Veränderungen von 1995 bis 2003) wird der Kanton Genf nicht berücksichtigt, da die SVP dort nicht angetreten ist.

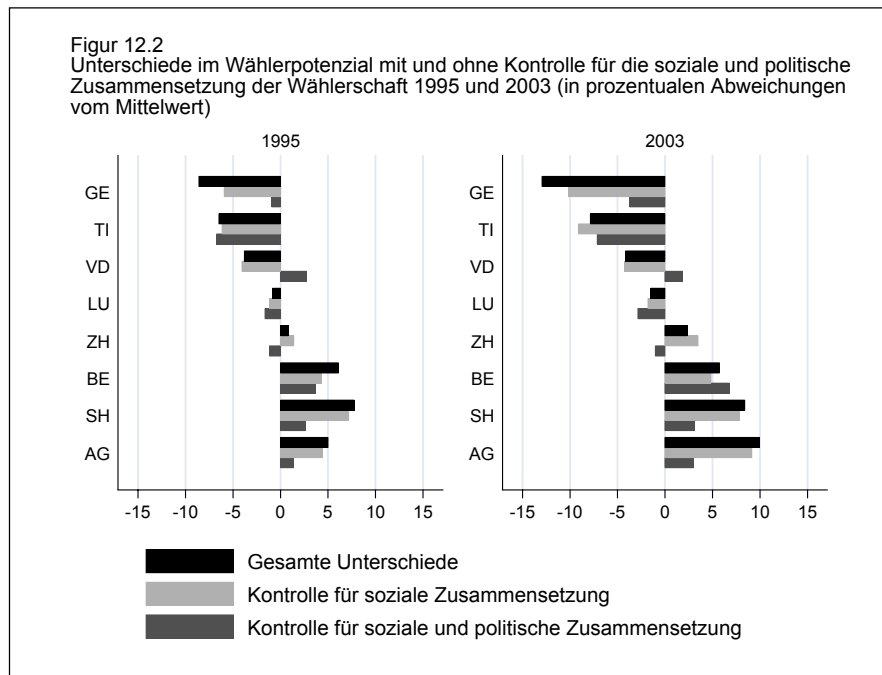
der SVP in erster Linie auf die Verbesserung der Ausschöpfungsquote – und weniger auf die Erweiterung des Potenzials – zurückzuführen ist. Während sich das durchschnittliche Wählerpotenzial über Zeit also kaum verändert hat, sind die kantonalen Unterschiede aber zu beiden Zeitpunkten beträchtlich. 1995 schwankten die kantonalen Wählerpotenziale zwischen 27 Prozent im Kanton Genf und 44 Prozent im Kanton Schaffhausen. 2003 hat die Bandbreite sogar noch leicht zugenommen, und zwar von 24 Prozent im Kanton Genf bis 47 Prozent im Aargau, was auch aus dem Anstieg der Standardabweichung um zwei Punkte von 6,1 bei den Wahlen 1995 auf 8,1 im Jahr 2003 abzulesen ist. Über Zeit tendenziell angeglichen hat sich hingegen die Ausschöpfung dieser kantonalen Potenziale. Die Standardabweichung war hier 2003 um fünf Punkte geringer als

1995, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, dass sich die Ausschöpfungsquoten in den Kantonen Genf, Luzern, Tessin und Waadt denen in den traditionellen SVP-Kantonen Aargau, Bern, Schaffhausen und Zürich angenähert haben. Dieser Befund kann als erstes Indiz für den in der Einleitung vermuteten generellen, aber zeitverzögerten Trend angesehen werden. Gleichzeitig deutet der kantonale Vergleich der Entwicklung der Ausschöpfungsquoten auf einen gewissen Sättigungseffekt hin, da die SVP die Ausschöpfung ihrer Wählerpotenziale dort überdurchschnittlich steigern konnte, wo die Ausschöpfung 1995 relativ gering war, während der Mobilisierungszuwachs in den Kantonen, in denen sie ihr Wählerpotenzial bereits 1995 erfolgreich ausschöpfen konnte, geringer ausfiel.

Kantonale Unterschiede in den Wählerpotenzialen

In diesem Abschnitt soll überprüft werden, inwieweit die beobachteten Unterschiede in den Wählerpotenzialen der SVP auf kantonale Differenzen in der sozialen und politischen Zusammensetzung der Wählerschaft zurückzuführen sind. Die SVP könnte zum Beispiel in Schaffhausen ein grösseres Wählerpotenzial als in Genf haben, weil es dort einen höheren Anteil an Protestanten gibt oder weil die Wählerinnen und Wähler in diesem Kanton besonders skeptisch gegenüber der EU eingestellt sind. Um solche Kompositionseffekte zu testen, werden wir im Folgenden dasselbe Regressionsmodell der individuellen Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP schätzen wie in den kantonalen Kapiteln. Allerdings beziehen wir diesmal alle acht kantonalen Wählerschaften in die Analyse ein. Dabei interessiert uns insbesondere, was von den kantonalen Differenzen in der durchschnittlichen Wahlwahrscheinlichkeit (also im SVP-Wählerpotenzial) übrig bleibt, wenn man für die unterschiedliche soziale und politische Zusammensetzung der Wählerschaft «kontrolliert». Mit anderen Worten ermöglicht uns das Modell abzuschätzen, wie gross die Wählerpotenziale in den einzelnen Kantonen wären, wenn sich diese hinsichtlich ihrer Komposition nicht unterscheiden würden. Wir präsentieren hier die entsprechenden Ergebnisse in grafischer Form, um ihre Interpretation zu vereinfachen. Figur 12.2 zeigt für beide Wahljahre die Grössenordnung der kantonalen Unterschiede in den SVP-Wählerpotenzialen.

Der jeweils oberste Balken gibt die gesamten Unterschiede wieder, die bereits in Figur 12.1 präsentiert wurden. Die Werte entsprechen den Abweichungen vom durchschnittlichen Wählerpotenzial in den 8 Kantonen. Man sieht zum Beispiel, dass das Wählerpotenzial 1995 in Genf 9 Prozent-



punkte unter dem Durchschnitt lag. Der mittlere Balken zeigt die Unterschiede im Wählerpotenzial bei Kontrolle für die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft hinsichtlich der Religion, der sozialen Klasse und des Wohnorts. Der untere Balken zeigt schliesslich die Unterschiede unter Kontrolle von sozialen und politischen Merkmalen, das heisst den Anteil der kantonalen Variation, der weder durch die soziale noch durch die politische Zusammensetzung (Parteiidentifikation, Ideologie, usw.) der Wählerschaft erklärt werden kann. Betrachten wir weiter den Fall Genf 1995. Hier sieht man, dass die Abweichung vom Mittelwert etwas kleiner wird, wenn wir für soziale Merkmale kontrollieren (von 9 auf 6 Prozentpunkte), und dass der Unterschied fast vollständig verschwindet, wenn wir auch die Zusammensetzung der Wählerschaft bezüglich ihrer politischen Merkmale berücksichtigen. Der Unterschied zum Durchschnitt der Kantone beträgt dann nur noch einen Prozentpunkt. Daraus kann man schliessen, dass die niedrigere Attraktivität der SVP in Genf fast ausschliesslich auf die soziale und politische Komposition der Genfer Wählerschaft zu erklären ist.

Aber wie viel erklären diese Faktoren insgesamt? Was die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft betrifft, sieht man, dass die kantonalen Unterschiede in der Attraktivität der SVP 1995 kleiner werden, wenn man

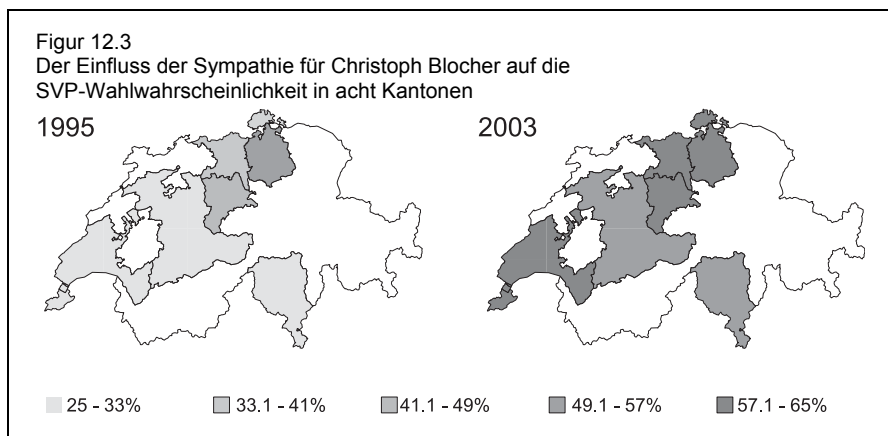
für sozialstrukturelle Merkmale kontrolliert. Allerdings tragen diese Faktoren nur geringfügig zur Erklärung von kantonalen Unterschieden bei. Nur etwa 12 Prozent der Variation in der Attraktivität der SVP kann auf die religiöse, berufliche und Stadt-Land-Zusammensetzung der Wählerschaft zurückgeführt werden. 2003 ist die Relevanz dieser Faktoren noch geringer; sie erklären lediglich 4 Prozent der interkantonalen Variation im SVP-Wählerpotenzial. «Strukturelle» Unterschiede in der sozioökonomischen oder demografischen Zusammensetzung der kantonalen Wählerschaften tragen hier also nicht – oder nicht mehr – zu einer Erklärung der Differenzen in der Stärke der SVP bei. Dieser Befund untermauert die Feststellung aus den vorangegangenen Kapiteln, dass diese Faktoren zwischen 1995 und 2003 an Bedeutung verloren haben. Gleichzeitig bedeutet das auch, dass Unterschiede zwischen ländlichen und urbanen Kantonen oder zwischen katholischen oder religiös gemischten Kantonen kein Hindernis mehr für den Erfolg der SVP darstellen.

In Figur 12.2 sieht man dagegen, dass politische Variablen wesentlich mehr zur Erklärung der kantonalen Unterschiede beitragen. Wie an den jeweils untersten Balken abzulesen ist, sind die Abweichungen vom Mittelwert für fast alle Kantone viel geringer, wenn man für die politischen Orientierungen und Einstellungen der Wählerschaft kontrolliert. Am besten sieht man dies, wenn man den Kanton Genf mit dem Aargau oder Schaffhausen vergleicht. Die gesamten Unterschiede zwischen diesen Kantonen sind in beiden Wahljahren beeindruckend: Das Wählerpotenzial in Genf ist 1995 um 16 Prozentpunkte geringer als in Schaffhausen, und 2003 liegt das Wählerpotenzial in Genf um 23 Prozentpunkte unter dem im Kanton Aargau. Wenn die unterschiedlichen politischen Charakteristiken der Wählerinnen und Wähler berücksichtigt werden, betragen aber die übrigen Differenzen nur noch 4 beziehungsweise 2 Prozentpunkte. Insgesamt verringern sich die kantonalen Unterschiede in der Attraktivität der SVP um 46 Prozent – und dies in beiden Wahlen. Allerdings gibt es hier Ausnahmen. Zu den Kantonen, in denen die politischen Einstellungen der Wählerinnen und Wähler weniger stark zur Erklärung des SVP-Potenzials beitragen, zählen insbesondere Bern und das Tessin. Auf diesen Punkt werden wir im Verlauf dieses Kapitels noch einmal zurückkommen.

Wir können aber die Analyse der Bedeutung politischer Merkmale noch weiter vertiefen. So stellt sich die Frage, welches dieser politischen Merkmale (Einstellungen, ideologische Orientierung, Parteiidentifikation, Sympathie für Christoph Blocher, Protest) am wichtigsten für die Erklärung der kantonalen Differenzen ist. Ein Vergleich zwischen diesen einzel-

nen Faktoren führt zu einer eindeutigen Antwort: Die Unterschiede in der Attraktivität der SVP können so gut wie vollständig mit einem einzigen Merkmal erklärt werden, nämlich mit der Sympathie der Wählerinnen und Wähler für Christoph Blocher.² Dies ist also offenbar das zentrale Element, um den Erfolg der SVP besser zu verstehen. Um zu wissen, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass jemand die SVP attraktiv findet, muss man lediglich wissen, was er oder sie von Christoph Blocher hält. Andere Einstellungen, wie die Positionierung auf der Links-Rechts-Skala zum Beispiel, spielen zwar auch eine Rolle. Aber diese Orientierungen werden offenbar alle in die Sympathie für den ehemaligen Präsidenten der Zürcher SVP-Sektion integriert. Wie stark die durchschnittliche Sympathie für Christoph Blocher in den Kantonen ist, erklärt den grössten Teil der Unterschiede im SVP-Potenzial, die wir oben festgestellt haben. Dies ist ein starkes Indiz dafür, dass das Wahlverhalten in den einzelnen Kantonen ähnlich strukturiert ist. Es sind die gleichen Faktoren, die die Attraktivität der SVP in Genf, in Luzern oder in Zürich bestimmen. In diesem Sinne kann man von einer Nationalisierung des Wahlverhaltens sprechen. Die SVP ist aber dennoch nicht überall gleich stark, weil die Ausgangsbedingungen von Kanton zu Kanton variieren. Diese Nationalisierung der Faktoren, die die Attraktivität der SVP beeinflussen, lässt sich gut anhand der Variation in der Stärke dieses «Blocher-Effekts» zwischen den Kantonen und über die Zeit beobachten, die in Figur 12.3 dargestellt ist. Wir messen diese als den Unterschied in der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit zwischen Wählerinnen und Wählern, die eine sehr hohe, und denjenigen, die eine sehr tiefe Sympathie für Christoph Blocher haben. 1995 war dieser Effekt am stärksten in Blochers eigenem Kanton, Zürich sowie im Kanton Luzern. In den anderen Kantonen, insbesondere in der lateinischen Schweiz und in Bern, war dieser Faktor weniger ausschlaggebend. Bis 2003 hat sich der «Blocher-Effekt» überall verstärkt und zwischen den Kantonen ausgeglichen. Nur im Tessin und in Bern werden die Wahlwahrscheinlichkeiten für die SVP etwas weniger stark durch die Sympathie für Christoph Blocher beeinflusst als in den anderen Kantonen.³

Die Persönlichkeit Christoph Blochers prägte offenbar immer stärker die Wahrnehmung seiner Partei unter den Wählern. Der Befund der Ausweitung des Einflusses Christoph Blochers zwischen 1995 und 2003 wird durch ein weiteres Ergebnis gestützt. Dort, wo dieser Effekt am schwächsten ausfiel, war Blocher in der Regel auch weniger bekannt. Als Näherungswert für die Bekanntheit Blochers dienen uns hier die Anteile unserer Respondenten, die die Frage nach der Sympathie für Christoph Blocher



nicht beantwortet haben. Wir gehen also davon aus, dass ein hoher Anteil von Wählern, die diese Frage nicht beantwortet haben, ein Indiz für die mangelnde Bekanntheit Blochers ist. In den fünf Kantonen der Deutschschweiz waren diese Anteile bei beiden Wahlen sehr gering: Sie variierten lediglich zwischen 1,4 und 3,1 Prozent. 1995 war er aber erheblich höher in der Waadt, im Tessin und in Genf (10–18 Prozent), wo der «Blocher-Effekt» viel weniger ausgeprägt war. 2003 war sein Bekanntheitsgrad in Genf und Waadt gestiegen (ca. 6 Prozent fehlende Antworten), aber im Kanton Tessin lag er immer noch deutlich tiefer (12 Prozent fehlende Antworten), wo wiederum der Effekt der Sympathie auf die Wahlwahrscheinlichkeiten auch am schwächsten war. Die Variation im Bekanntheitsgrad von Christoph Blocher mag also insbesondere den grossen Unterschied in den SVP-Wählerpotenzialen zwischen der deutschsprachigen und der lateinischen Schweiz erklären. Gleichzeitig wird damit aber auch der besondere Status des Kantons Bern deutlich. Dort war der «Blocher-Effekt» weniger stark ausgeprägt, trotz eines ähnlich hohen Bekanntheitsgrads Blochers wie in den anderen Deutschschweizer Kantonen. In dieser Hinsicht ist es interessant, sich zu erinnern, dass der Kanton Bern bereits in der vorangegangenen Analyse einen Ausnahmefall darstellte, da dort (wie auch im Tessin) die soziale und politische Zusammensetzung der Wählerschaft nur geringfügig zur Erklärung der Unterschiede in der Höhe des SVP-Potenzials beigetragen hat (Figur 12.2). Man sollte die Ergebnisse betreffend der Stärke des «Blocher-Effekts» zwar nicht überinterpretieren, denn schliesslich waren die Unterschiede zwischen Kantonen gerade 2003 relativ beschränkt. Aber sie brachten doch ein weiteres Indiz dafür, dass die SVP in diesen beiden Kantonen anders wahrgenommen wird. Was die Berner SVP betrifft, kann dies kaum überraschen, denn die dortige SVP-

Sektion wird oft als Aushängeschild der «alten» oder traditionellen SVP dargestellt, die den durch Christoph Blocher initiierten Zürcher Kurs nicht mittragen wollte. Und im Tessin kämpft die SVP auch in einem besonderen politischen Umfeld, da sie unter der Konkurrenz von der LEGA steht, die um ähnliche Wählersegmente wirbt. Gleichzeitig stellen wir aber auch fest, dass die Unterschiede zwischen Bern und Tessin einerseits und den restlichen Kantonen andererseits über die Zeit geringer geworden sind. Für die Zukunft scheint es also plausibel zu vermuten, dass sich die Determinanten der Attraktivität der SVP weiter ausgleichen werden. Diese Vermutung entspricht der in der Einleitung angeführten These eines allgemeinen Trends, den die Kantone früher oder später durchlaufen.

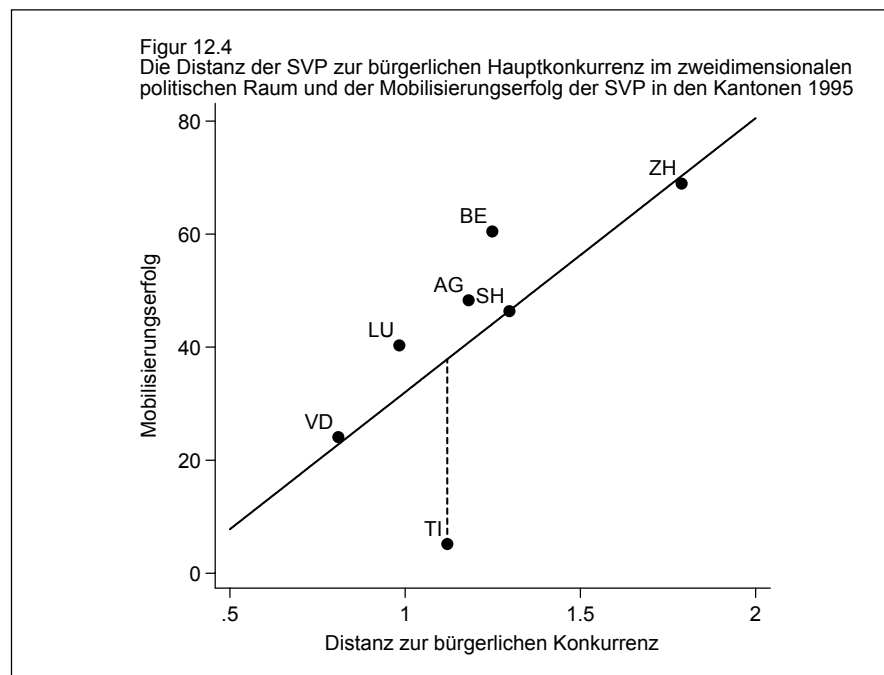
Kantonale Unterschiede in der Mobilisierung

In den vorangegangenen Abschnitten haben wir mehrfach festgestellt, dass sich die Kantone untereinander sowie im Zeitvergleich weniger mit Blick auf ihr SVP-Wählerpotenzial unterscheiden, als vielmehr hinsichtlich der tatsächlichen Ausschöpfung dieses Potenzials an der Urne. Mit anderen Worten ist der Schlüsselfaktor für den Aufstieg der SVP offenbar vor allem in der Mobilisierung (und nicht etwa in der Erweiterung) ihres Wählerpotenzials zu finden. Aber warum war die SVP in einigen Kantonen erfolgreicher als in anderen, ihr Wählerpotenzial in Wählerstimmen umzusetzen? Und warum konnte sie ihr Wählerpotenzial bei den Nationalratswahlen 2003 generell besser mobilisieren als 1995? Im Folgenden werden wir versuchen, diese Fragen unter Berücksichtigung der Kontextfaktoren zu beantworten, die in den kantonalen Kapiteln herausgearbeitet wurden. Dabei gehen wir zunächst von zwei unterschiedlichen Spielarten erfolgreicher Mobilisierung aus. Einerseits lässt sich von erfolgreicher Mobilisierung sprechen, wenn es einer Partei gelingt, möglichst viele ihrer eigenen Anhänger zur Wahlteilnahme zu bewegen. Daneben können Parteien aber auch erfolgreich mobilisieren, indem sie bis dahin unentschiedene Wähler, das heisst Wähler mit etwa gleich starken Präferenzen für mehrere Parteien, auf ihre Seite ziehen. Dass solche multiplen Präferenzen in den untersuchten Kantonen eher der Regelfall als die Ausnahme sind, wurde bereits im Zusammenhang der Konkurrenzanalysen deutlich. Die dort aufgezeigten, zum Teil beträchtlichen Überschneidungen der Wählerpotenziale zwischen den Parteien sind unmittelbare Konsequenz dieser multiplen Parteipräferenzen. Gleichzeitig konnten wir in den Konkurrenztabellen erwartungsgemäss beobachten, dass die Überlappungen der Wählerpotenziale geringer wurden, je grösser die ideologische Distanz zwischen

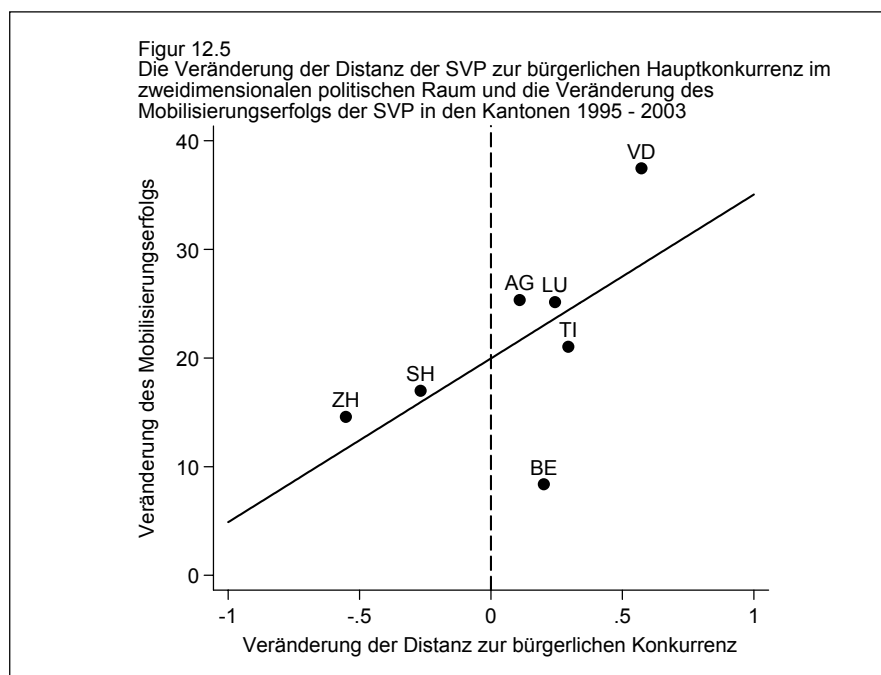
den betreffenden Parteien war. Daher vermuten wir, dass die SVP ihr Wählerpotenzial insbesondere dort erfolgreich mobilisieren konnte, wo die ideologische Distanz zu ihren Hauptkonkurrentinnen aus dem bürgerlichen Lager⁴ gross war. Denn bei geringer Überschneidung der potenziellen Wählerschaften geht es für die Parteien mehr oder weniger ausschliesslich darum, die eigene Anhängerschaft an die Urne zu bringen, nicht aber um die möglicherweise mühseligere Überzeugungsarbeit an den Unentschiedenen. In dynamischer Perspektive erwarten wir dementsprechend, dass die SVP ihre Mobilisierungserfolge umso deutlicher steigern konnte, je weiter sie sich ideologisch von ihren Hauptkonkurrentinnen distanzierte.

Um diese beiden Vermutungen zu prüfen, verwenden wir Daten, die in den Kontextteilen der kantonalen Kapitel generiert wurden. Der Mobilisierungserfolg der SVP wird dabei anhand der Ausschöpfungsquoten (Verhältnis Wähleranteil/Wählerpotenzial) bemessen. Bei der Messung der ideologischen Distanzen greifen wir auf die politischen Positionen der Parteien zurück, die in den kantonalen Kapiteln auf zwei unterschiedliche Arten bestimmt wurden: Einerseits eindimensional durch die mittlere Selbsteinstufung ihrer Wählerschaften auf der Links-Rechts-Skala. Die ideologische Distanz zwischen der SVP und ihren bürgerlichen Hauptkonkurrentinnen messen wir hier als den Betrag der Differenz zwischen der Links-Rechts-Position der SVP und der nach ihren Wähleranteilen gewichteten, durchschnittlichen Links-Rechts-Positionen der bürgerlichen Parteien. Zweitens wurden die Parteipositionen im zweidimensionalen politischen Raum durch die durchschnittlichen Einstellungen ihrer Wähler zur Frage des EU-Beitritts (stellvertretend für den Gegensatz zwischen Befürwortern und Gegnern einer aussenpolitischen Öffnung der Schweiz) und der Erhöhung der Steuern auf hohe Einkommen (stellvertretend für die klassische sozioökonomische Konfliklinie) bestimmt. Die ideologische Entfernung zwischen den Parteien messen wir hier als euklidische Distanz⁵ zwischen den beiden SVP-Positionen und denen ihrer bürgerlichen Konkurrentinnen, die wiederum ihren Wähleranteilen entsprechend gewichtet sind. In dynamischer Perspektive bemessen sich die Veränderungen der ein- beziehungsweise zweidimensionalen Distanzen jeweils aus den Differenzen der Distanzen zwischen 1995 und 2003.

Figur 12.4 zeigt zunächst den Zusammenhang zwischen der Distanz der SVP zu ihren Hauptkonkurrentinnen aus dem bürgerlichen Lager im zweidimensionalen politischen Raum einerseits und dem Mobilisierungserfolg der SVP andererseits bei den Nationalratswahlen 1995⁶. Hier wird klar erkennbar, dass unsere obige Vermutung generell zutrifft: Je grösser



der ideologische Abstand zwischen der SVP und ihren Konkurrentinnen aus dem bürgerlichen Lager war, desto besser konnte sie ihr Wählerpotenzial mobilisieren. Lediglich die Tessiner SVP scherte hier deutlich nach unten aus. Ihr Mobilisierungserfolg bei den Wahlen 1995 war mit einer Ausschöpfung von lediglich 5 Prozent deutlich geringer, als wir in Anbetracht ihrer Distanz zur bürgerlichen Hauptkonkurrenz erwartet hätten. Unsere Erwartung für die Tessiner SVP lässt sich am Schnittpunkt der gestrichelten Linie und der Regressionsgeraden ablesen, die die Vorhersagen unseres linearen Modells des Zusammenhangs zwischen ideologischer Distanz und Mobilisierungserfolg abbildet. Dementsprechend hätte die Tessiner SVP knapp 40 Prozent ihrer potenziellen Wählerschaft mobilisieren sollen. Freilich ist es nicht weiter erstaunlich, dass wir gerade im Tessin eine solche Abweichung beobachten, wo hier doch die Hauptkonkurrenz der SVP vermutlich weniger aus dem bürgerlichen Lager als vielmehr von Seiten der LEGA kam. Trotz dieses drastischen Ausreissers erklärt die Distanz der SVP zu ihren bürgerlichen Konkurrentinnen in unserem einfachen Modell immerhin 47 Prozent der kantonalen Differenzen im Mobilisierungserfolg. Die Güte des Modells zeigt sich insbesondere in den Kantonen Waadt, Schaffhausen und Zürich. Hier lassen sich offenbar sämtliche



Unterschiede hinsichtlich des Mobilisierungserfolgs der SVP 1995 durch die Struktur des Parteienwettbewerbs erklären.

Figur 12.5 zeigt nun auch in dynamischer Perspektive, welche Auswirkungen die Veränderung der Distanz der SVP zu ihren Konkurrentinnen zwischen 1995 und 2003 auf den Mobilisierungserfolg der SVP hatte. Auffällig ist erst einmal, dass die SVP ihre Mobilisierungserfolge in allen Kantonen steigern konnte – und zwar ungeachtet der Veränderungen im politischen Raum. Am Schnittpunkt der Regressionsgeraden mit der gestrichelten Linie ist abzulesen, dass unser Modell für Situationen, in denen die Distanz zwischen der SVP und ihren Konkurrentinnen zwischen 1995 und 2003 konstant blieb (Veränderung der Distanz gleich 0), eine Erhöhung der Ausschöpfung des SVP-Wählerpotenzials um etwa 20 Prozent vorher sagt, was darauf hindeutet, dass es neben der hier untersuchten ideologischen Distanz zum bürgerlichen Lager noch weitere wichtige Faktoren gab, die einen Einfluss auf die Veränderung der Ausschöpfungsquote hatten. Darüber hinaus schwankten die Mobilisierungserfolge der SVP aber auch deutlich mit der Veränderung der Konkurrenzlage. In den Kantonen Zürich und Schaffhausen verringerte sich beispielsweise die ideologische Distanz zwischen der SVP und den bürgerlichen Parteien, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, dass sich die bürgerlichen Parteien gerade

in der Frage des EU-Beitritts der SVP in Richtung einer Ablehnung annähernten, während die Position der SVP im politischen Raum mehr oder weniger unverändert blieb. Diese Annäherung hatte offenbar negative Konsequenzen für den Mobilisierungserfolg der SVP, allerdings lediglich derart, dass sie hier nur eine unterdurchschnittliche Steigerung des Mobilisierungszuwachses erreichte, was 2003 aber immer noch plus runde 15 Prozent im Vergleich zu 1995 waren. In allen anderen Kantonen nahm in diesem Zeitraum die ideologische Distanz der SVP zu ihren Konkurrentinnen zu, wofür vor allem die Bewegung der SVP weg vom politischen Zentrum – und wiederum im Konflikt Öffnung vs. Abgrenzung der Schweiz – verantwortlich zeichnet. Dieser Schachzug zahlte sich aus, denn die SVP konnte die Mobilisierung ihres Wählerpotenzials tendenziell umso deutlicher verbessern, je weiter sie sich von ihrer bürgerlichen Konkurrenz entfernte. Am drastischsten fiel die Bewegung im politischen Raum in der Waadt aus. Hier entfernte sich die SVP klar von ihrer bürgerlichen Konkurrenz, was offensichtlich einen deutlichen Mobilisierungszuwachs zur Folge hatte. Tatsächlich übersteigt diese Verbesserung die Erwartung aus unserem linearen Modell sogar um etwa 10 Prozent. Nur in Bern ist das offenbar nicht gelungen. Hier konnte die SVP ihre Ausschöpfung zwischen 1995 und 2003 nur relativ geringfügig und klar unterhalb der Vorhersage des Modells erhöhen, obwohl sie sich ideologisch zumindest ein Stück weiter von der FDP und der CVP absetzen konnte. Auf die Frage, woher diese Abweichungen von unseren Erwartungen kommen, werden wir im Folgenden noch einmal zurückkommen. Insgesamt bleibt aber festzuhalten, dass selbst dieses einfache Konkurrenzmodell die Veränderungen der Ausschöpfung der SVP-Wählerpotenziale als dem wichtigsten Faktor des Aufstiegs der SVP relativ gut erklären kann. Der Anteil erklärter Varianz beträgt immerhin 37 Prozent.

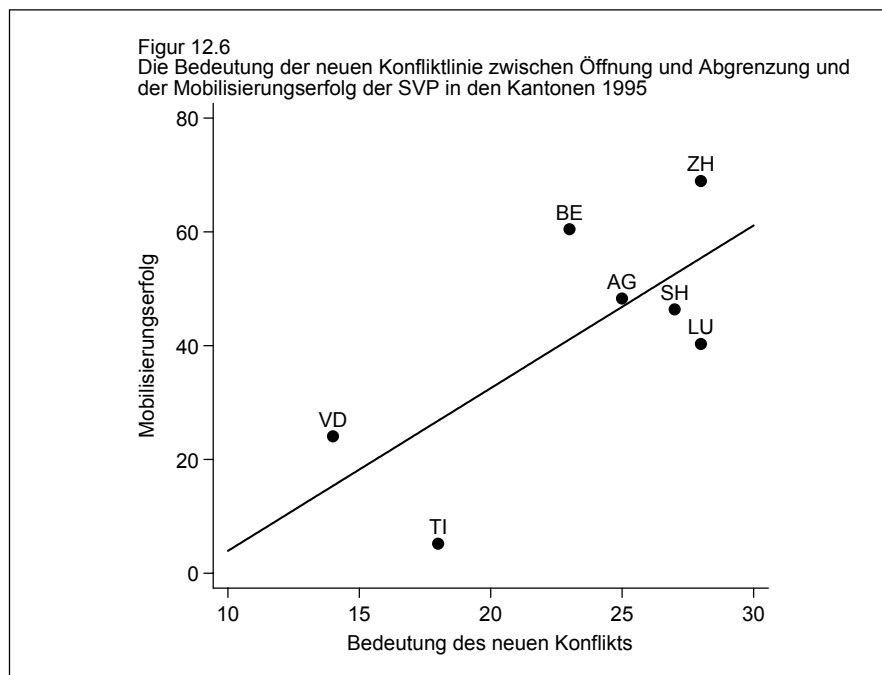
Weit weniger gut lässt sich der Mobilisierungserfolg durch die Distanzen der SVP zu den bürgerlichen Parteien auf der Links-Rechts-Dimension erklären. Gerade einmal 6 Prozent der kantonalen Schwankungen in der Ausschöpfung des SVP-Wählerpotenzials 1995 gingen auf unterschiedliche Entfernungen zwischen der SVP und ihren Hauptkonkurrentinnen aus dem bürgerlichen Lager auf der Links-Rechts-Achse zurück; und lediglich 15 Prozent der interkantonalen Differenzen im Mobilisierungszuwachs zwischen 1995 und 2003 lassen sich durch die Bewegungen der Parteien auf dieser einen Dimension erklären. Dieser Befund macht wiederum deutlich, dass sich der politische Raum der Schweiz nicht einfach im Sinne einer Polarität zwischen Links und Rechts begreifen lässt, sondern zumindest

von einer zweidimensionalen Konfliktstruktur geprägt ist, die offenbar auch in der Mobilisierung – und damit im Bewusstsein der Wählerschaft – eine massgebliche Rolle spielt.

Die SVP hat sich dabei vor allem hinsichtlich des neuen politischen Konflikts zwischen Befürwortern und Gegnern einer aussenpolitischen Öffnung der Schweiz gegenüber ihren Konkurrenzparteien aus dem bürgerlichen Lager profiliert. Daher liegt die Vermutung nahe, die SVP könnte ihr Wählerpotenzial vor allem dort erfolgreich mobilisiert haben, wo diese Konfliktlinie die politische Auseinandersetzung wesentlich prägte. Mit anderen Worten erwarten wir, dass es der SVP einerseits leichter fiel, ihre eigene Anhängerschaft zu mobilisieren, wenn politische Themen die öffentliche Problemwahrnehmung beherrschten, für die sich die SVP mit Nachdruck einsetzte. Andererseits gehen wir davon aus, dass für unentschiedene Wähler, die hinsichtlich ihrer Sachfragenpositionen mehreren Parteien etwa gleich nahe standen, die *Dringlichkeit* einer dieser Sachfragen den Ausschlag zu Gunsten der Partei geben konnte, die seitens der Wähler mit diesem Thema identifiziert wird.

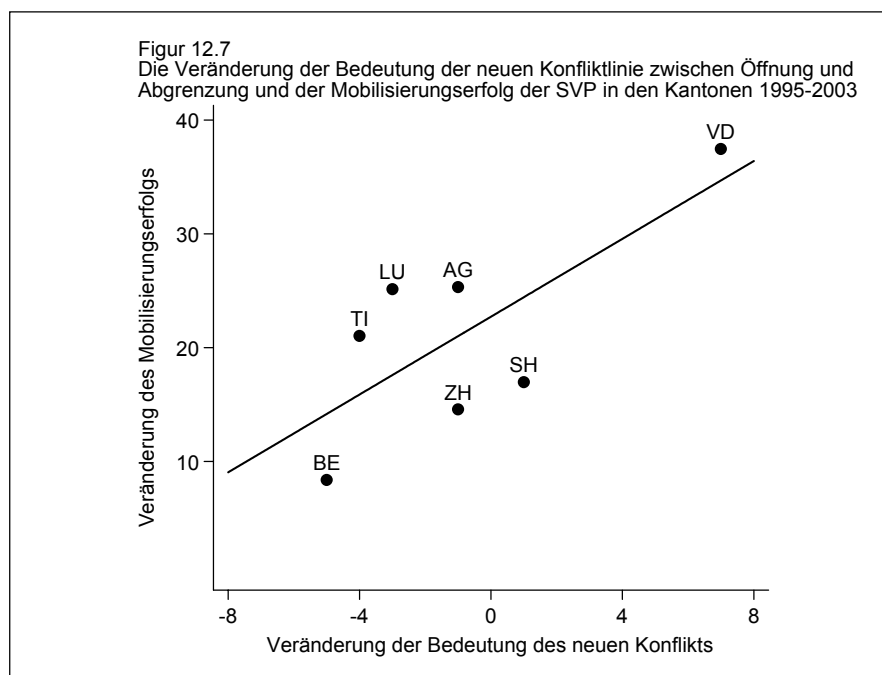
Um diese Hypothese zu prüfen, verwenden wir die Daten zu den Themenagenden der Wählerschaften, die bereits in den kantonalen Kapiteln präsentiert wurden. Zwei der dort aufgeführten Problemkomplexe, namentlich die «Europäische Integration» und die «Immigration», stehen eindeutig in Verbindung mit der neuen politischen Konfliktlinie zwischen Befürwortern und Gegnern einer Öffnung der Schweiz. Daher messen wir hier die Bedeutung des neuen Konflikts als den Anteil der kantonalen Wählerschaft, der ein Thema aus einem dieser beiden Bereiche für das zu einem jeweiligen Zeitpunkt wichtigste Problem der Schweiz hält. In dynamischer Perspektive geht es um die Veränderung dieser Anteile.

Für die Wahlen 1995 zeigt Figur 12.6 mit der Klumpung von deutschsprachigen und lateinischen Kantonen das aus der Schweizer Wahl- und Abstimmungsforschung altbekannte Muster des Röstigrabens. In den fünf Deutschschweizer Kantonen rangierten Themen des neuen politischen Konflikts höher auf der öffentlichen Agenda als in den beiden lateinischen Kantonen. Gleichzeitig konnte die SVP ihr Wählerpotenzial in den deutschsprachigen Kantonen wesentlich besser mobilisieren als in der Waadt und im Tessin, was unseren Erwartungen entspricht, auch wenn wir bei der Interpretation dieses Befunds im Hinterkopf behalten müssen, dass die äusserst geringe Ausschöpfung im Tessin vermutlich in erster Linie durch die Konkurrenz seitens der LEGA bedingt ist. Insgesamt kann unser lineares Modell 51 Prozent der kantonalen Unterschiede im Mobilisie-



rungserfolg der SVP erklären. Dies ist ein deutlicher Beleg dafür, dass die öffentliche Problemwahrnehmung sehr wohl Auswirkungen auf die politische Mobilisierung im Vorfeld von Wahlen hat.

Figur 12.7 belegt die Bedeutung des politischen Problemendrucks auch in dynamischer Perspektive. Zwischen 1995 und 2003 konnte die SVP tendenziell dort den grössten Mobilisierungszuwachs verzeichnen, wo Themen des neuen politischen Konflikts am stärksten an Bedeutung gewonnen haben. Das gilt insbesondere für den Kanton Waadt, wo die deutlichste Verschiebung der öffentlichen Themenprioritäten stattgefunden hat. Die Bewegungen auf den Agenden der anderen kantonalen Wählerschaften fiel jedoch deutlich geringer aus. Tendenziell verloren die Themen des neuen politischen Konflikts zwischen 1995 und 2003 sogar an Bedeutung, wobei sich innerhalb dieses Themenkomplexes gegenläufige Entwicklungen feststellen lassen: Es waren vor allem Probleme im Zusammenhang der europäischen Integration, die – möglicherweise nach dem zwischenzeitlichen Abschluss der bilateralen Verträge – an Virulenz eingebüsst haben. Gleichzeitig erklomm zwar das Immigrationsthema die öffentlichen Ranglisten. Den Gipfel seiner Karriere hatte dieses Thema aber bereits bei den Nationalratswahlen 1999 – kurz nach dem Höhepunkt der Flüchtlingswelle aus



Ex-Jugoslawien – erreicht, konnte aber den Bedeutungsverlust der europäischen Integration bis zu den Wahlen 2003 nicht wettmachen.

Am stärksten war dieser Bedeutungsverlust im Kanton Bern, was uns auf die beiden deutlichen Abweichungen im obigen Modell der Veränderung des Mobilisierungserfolgs zurückbringt, wo der Mobilisierungszuwachs zwischen 1995 und 2003 im Kanton Waadt deutlich das Ausmass überstieg, das wir aufgrund der Veränderung der Parteienkonkurrenz erwartet hätten. Die Zunahme der Mobilisierung im Kanton Bern blieb hingegen deutlich hinter unseren auf die ideologische Distanzierung zu den bürgerlichen Parteien gestützte Erwartung zurück. Nach den jetzigen Befunden vermuten wir, dass sich diese Abweichungen durch die stark gegenläufige Entwicklung der Bedeutung des neuen politischen Konflikts in diesen beiden Kantonen erklären lassen: In der Waadt konnte die SVP 2003 ihren Mobilisierungserfolg gegenüber 1995 derart steigern, weil sie sich klar von ihren bürgerlichen Konkurrentinnen absetzte *und* weil sie gleichzeitig durch die Veränderung der öffentlichen Problemwahrnehmung ausserordentlich begünstigt wurde. Im Kanton Bern konnte sie ihren Mobilisierungserfolg hingegen kaum steigern, weil die Bedeutung des neuen politischen Konflikts im Untersuchungszeitraum wie in keinem anderen Kanton abnahm, *obwohl* die SVP gleichzeitig die Distanz zu den

Konkurrenzparteien etwas erhöhen konnte. Beide Faktoren – die Veränderung der Distanz zur bürgerlichen Konkurrenz und die Veränderung der Bedeutung des neuen politischen Konflikts – können zusammengenommen etwa 75 Prozent der kantonalen Unterschiede in der Steigerung des Mobilisierungserfolgs der SVP zwischen 1995 und 2003 erklären. Es bleibt also durchaus Raum für alternative Erklärungen. Gleichzeitig ist die Erklärungskraft dieser beiden Kontextfaktoren recht eindrücklich.

Schlussfolgerung

Zu Beginn dieses Kapitels haben wir uns die Frage gestellt, warum es bei allen zuvor beschriebenen Gemeinsamkeiten der kantonalen Entwicklungen zwischen 1995 und 2003 weiterhin so deutliche Unterschiede in den kantonalen Wähleranteilen der SVP gibt. Zur Beantwortung dieser Frage haben wir zunächst zwischen Wählerpotenzial und Ausschöpfungsquote unterschieden und festgestellt, dass sich diese Grössen und deren kantonale Variation im Zeitverlauf unterschiedlich entwickelt haben. Das durchschnittliche Wählerpotenzial ist zwischen 1995 und 2003 erstaunlich stabil geblieben, was auch für die Unterschiede in den kantonalen Wählerpotenzialen gilt. Die durchschnittliche Ausschöpfungsquote ist in diesem Zeitraum hingegen deutlich gestiegen, während sich die Differenzen in der Ausschöpfung zwischen den Kantonen verringert haben. Die Verringerung dieser kantonalen Unterschiede geht vor allem darauf zurück, dass sich die Ausschöpfung in den untersuchten Kantonen der lateinischen und der Innerschweiz noch stärker verbessert hat als in den alten SVP-Kantonen Aargau, Bern, Schaffhausen und Zürich. Offenbar zeichnete sich der Aufstieg der SVP zwischen 1995 und 2003 also in erster Linie durch eine Angleichung der Ausschöpfungsquoten in den aus Sicht der SVP neuen Kantonen an das Niveau der Kantone aus, in denen die SVP bereits traditionell verwurzelt war – und nicht etwa durch die Erweiterung ihrer kantonalen Wählerpotenziale. Diese Beobachtungen lassen für die Zukunft vermuten, dass es einen gewissen Sättigungspunkt im Aufstieg der SVP geben wird, der dann erreicht sein wird, wenn die kantonal mehr oder weniger fixen Wählerpotenziale überall in mehr oder weniger gleicher Weise ausgeschöpft sind.

Die relativ stabilen kantonalen Unterschiede in den Wählerpotenzialen lassen sich durch sozialstrukturelle und politische Faktoren recht gut erklären. Wie wir zeigen konnten, verringerten sich diese Differenzen deutlich, als wir für die Zusammensetzung der kantonalen Wählerschaften hinsichtlich der Religion, der sozialen Klasse, der Stadt-Land-Verteilung

und der politischen Orientierungen kontrollierten. Unter den politischen Orientierungen und Einstellungen stach insbesondere die Wirkung Christoph Blochers hervor. Sowohl die Bekanntheit als auch die Verteilung der Sympathie für die Integrationsfigur der neuen SVP erklärten einen wesentlichen Teil der kantonalen Unterschiede im Wählerpotenzial der SVP, wobei Bekanntheit und Sympathie offensichtlich sequenziell wirkten: Der Sympathieeffekt auf das Wählerpotenzial war dort besonders hoch, wo Blocher bekannt war. Künftige (wenn auch beschränkte) Möglichkeiten zur Erweiterung des Wählerpotenzials dürften sich für die SVP daher vor allem dort ergeben, wo Blocher bis zu den Wahlen 2003 noch weniger bekannt war.

Bedeutender für den Aufstieg der SVP waren indessen Faktoren, die zur Verbesserung der Ausschöpfung der Wählerpotenziale beigetragen haben, nämlich die Veränderung der Parteienkonkurrenz und die Problemwahrnehmung in den kantonalen Wählerschaften. Wie wir feststellen konnten, hat die SVP zwischen 1995 und 2003 vor allem dort zugelegt, wo sie die ideologische Distanz zu ihren Konkurrentinnen aus dem bürgerlichen Lager erhöhen konnte. Je grösser die ideologische Distanz zur Konkurrenz, so unser Argument, desto geringer die Überschneidung des eigenen Wählerpotenzials mit dem anderer Parteien, was wiederum die Ausschöpfung des eigenen Wählerpotenzials erleichtert. Aber warum haben dann die bürgerlichen Konkurrentinnen FDP, CVP und LPS hinsichtlich der Ausschöpfung ihrer Wählerpotenziale nicht im selben Mass von der Vergrösserung der ideologischen Distanz zur SVP profitiert? Aus unserer Sicht liegt dies darin begründet, dass die Konkurrentinnen aus dem bürgerlichen Lager, die wir hier als einheitlichen Block betrachtet haben, aufgrund ihrer geringen ideologischen Distanzen auch untereinander in einem engen Wettbewerbsverhältnis stehen, was die Chancen auf eine Steigerung der Ausschöpfung des Wählerpotenzials allein aufgrund der ideologischen Distanzierung der SVP senkt. Andererseits sind für diese Parteien aber auch die Möglichkeiten zur Erhöhung des Ausschöpfungserfolgs durch die eigene ideologische Distanzierung von der Konkurrenz beschränkt, da eine Bewegung weg von einer Konkurrentin für die Parteien der Mitte inzwischen immer gleichzeitig auch eine Bewegung hin zu einer anderen Konkurrentin am Rand des politischen Spektrums bedeutet. Interessant wäre in diesem Zusammenhang auch ein Blick auf die Auswirkung der Veränderung der Konkurrenzsituation zwischen der SVP und den kleineren rechten Parteien gewesen, was hier allerdings aufgrund der beschränkten Datenlage nicht möglich war. Dennoch legt allein die zeitliche Entwicklung

der Wähleranteile dieser Parteien in den Kantonen Aargau, Schaffhausen und Zürich den Schluss nahe⁷, dass die SVP dort nicht zuletzt deshalb kräftig zulegen konnte, weil sie die ideologische Distanz zu den kleineren rechten Parteien *verringerte*. Falls diese Vermutung zutreffen sollte, stellt sich unmittelbar die Frage, warum die SVP ihren Mobilisierungserfolg steigern konnte, indem sie einerseits die ideologische Distanz zu ihren bürgerlichen Konkurrentinnen erhöhte, und indem sie andererseits die Distanz zu den kleineren Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums verringerte. Die Antwort auf dieses Rätsel ist unserer Meinung nach in der Bedeutung der Grösse von Parteien im Wählerkalkül zu finden. Ein Wähler, der zwei Parteien ideologisch in etwa gleich nahe steht, entscheidet sich dementsprechend für die hinsichtlich ihrer Wähleranteile grössere Partei, da diese nach der Wahl eher in der Lage ist, seine ideologischen Präferenzen politisch durchzusetzen als die kleinere Partei. Auf diese Weise könnte die SVP das Wählerpotenzial der kleineren rechten Parteien aufgesogen haben. Während strategisches Verhalten dieser Art bei Wahlen in anderen Ländern bereits nachgewiesen wurde (siehe Eijk et al. 1996), stehen entsprechende Befunde für die Schweiz aber bisher leider aus.

Ausser durch Bewegungen im politischen Raum konnte die SVP ihren Mobilisierungserfolg insbesondere auch dort steigern, wo Themen der neuen politischen Konfliktlinie um die aussenpolitische Öffnung der Schweiz in den Augen der Bürgerinnen und Bürger wichtiger wurden. Die in dieser Hinsicht drastischste Entwicklung durchlief zwischen 1995 und 2003 der Kanton Waadt. Dort nahm die Bedeutung der neuen politischen Konfliktlinie innerhalb der Wählerschaft wesentlich stärker zu als in den anderen untersuchten Kantonen. Gleichzeitig entfernte sich die SVP am weitesten von ihrer bürgerlichen Konkurrenz. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die SVP gerade hier 2003 ihre Wählerschaft wesentlich besser mobilisieren konnte als 1995.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

In diesem Kapitel wollen wir zusammenfassen und einige Schlussfolgerungen ziehen. Dabei gehen wir von der Frage aus, wie sich die Parteienlandschaften in den Kantonen unter dem Einfluss des SVP-Erfolgs verändert haben. Der Aufstieg der SVP ist Ausdruck des sozialen Wandels, den die Schweiz vor allem seit Beginn der 1990er Jahre erlebt hat. Er ist zweitens ein Zeichen des durch diesen Wandel verursachten Realignments im schweizerischen Parteiensystem. Drittens ist er Ausdruck und Motor der Nationalisierung der kantonalen Parteienlandschaften, und schliesslich ist er auch ein Zeichen des Mobilisierungserfolgs, den die SVP dank ihrer modernen, medienzentrierten Kampagnenführung erzielt hat. Wir werden abschliessend jeden dieser vier Aspekte des SVP-Aufstiegs noch einmal kurz beleuchten.

Ausdruck des sozialen Wandels

Zunächst einmal ist der Aufstieg der SVP ein Ausdruck des sozialen Wandels – insbesondere der abnehmenden politischen Bindungskraft traditioneller Konfliktlinien. Die traditionellen strukturellen Konflikte zwischen Klassen, Konfessionen sowie Stadt und Land haben an politischer Bedeutung verloren. Wie wir gesehen haben, ist die traditionell protestantische, ländliche Bauern- und Bürgerpartei in allen Kantonen zu einer Catch-All-Partei geworden, die über Konfessions- und Klassengrenzen hinweg in Stadt und Land Wählerinnen und Wähler der unterschiedlichsten sozialen Herkunft mobilisiert. Überall hat sie in der Stadt zugelegt, und sie bleibt nur in zwei ihrer Deutschschweizer Stammlande – in den Kantonen Bern und Schaffhausen – auf dem Lande weiterhin signifikant stärker verankert als in der Stadt. In konfessioneller Hinsicht ist der Wandel sogar noch ausgeprägter. Standen praktizierende Protestanten 1995 der SVP noch am nächsten, so sind mit Ausnahme vom Kanton Schaffhausen diesbezügliche konfessionelle Unterschiede bei den Wahlen von 2003 in allen Kantonen verschwunden. Was die soziale Klassenzugehörigkeit betrifft,

sind die Bauern und Gewerbetreibenden noch immer die ausgeprägtesten Parteigänger der SVP. Neu ist jedoch, dass die unqualifizierten Arbeiter diesbezüglich in nichts hinter ihnen zurückstehen. Die qualifizierten Arbeiter unterstützen die SVP zwar etwas weniger oft, aber die Unterschiede sind gering und nur in der Hälfte der Kantone signifikant. Am wenigsten Erfolg hat die SVP noch in der neuen Mittelschicht, vor allem bei den soziokulturellen Professionellen, die die SVP in allen Kantonen signifikant weniger häufig zu wählen beabsichtigen als die Stimmbürger aus dem alten Mittelstand und aus der unqualifizierten Arbeiterschaft.

Während die politische Bindungskraft der traditionellen Konflikte abnimmt, zeichnet sich anhand des SVP-Aufstiegs ein neuer Konflikt ab, den wir als Öffnungs-Abgrenzungs-Konflikt bezeichnet haben. Die SVP verleiht diesem neuen Konflikt zwischen den Gewinnern und Verlierern der Globalisierung beziehungsweise der Öffnung und Entbündelung der nationalen Grenzen dadurch Ausdruck, dass sie in erster Linie an die Verlierer dieser Prozesse appelliert. Dies deutet sich bereits anhand der soeben beschriebenen schichtspezifischen Unterschiede an: Die unqualifizierten Arbeiter zählen ebenso wie die Angehörigen der alten Mittelschicht eher zu den Globalisierungsverlierern, während die Angehörigen der neuen Mittelschicht und insbesondere auch die soziokulturellen Professionellen eher zu den Gewinnern der mit der Globalisierung verbundenen Öffnungsprozesse zu rechnen sind. Insofern als sich bei den Wahlen 2003 noch schichtspezifische Unterschiede im Wahlverhalten feststellen lassen, haben diese in allen Kantonen also eher mit der sich neu abzeichnenden Konfliktlinie als mit den traditionellen Klassenkonflikten zu tun. Es ist uns allerdings nicht gelungen, die sozialstrukturelle Basis dieses neuen Konfliktes empirisch adäquat zu operationalisieren. Die Daten zu den eidgenössischen Wahlen erweisen sich insbesondere hinsichtlich der Wirtschaftssektoren, in denen die Wählerinnen und Wähler beschäftigt sind, nicht als detailliert genug. Man kann nur vermuten, dass wir noch mehr Anzeichen für die sozialstrukturelle Verankerung des SVP-Aufstiegs in der grossen Gruppe der Globalisierungsverlierer gefunden hätten, wenn uns adäquatere Daten zur Verfügung gestanden hätten.

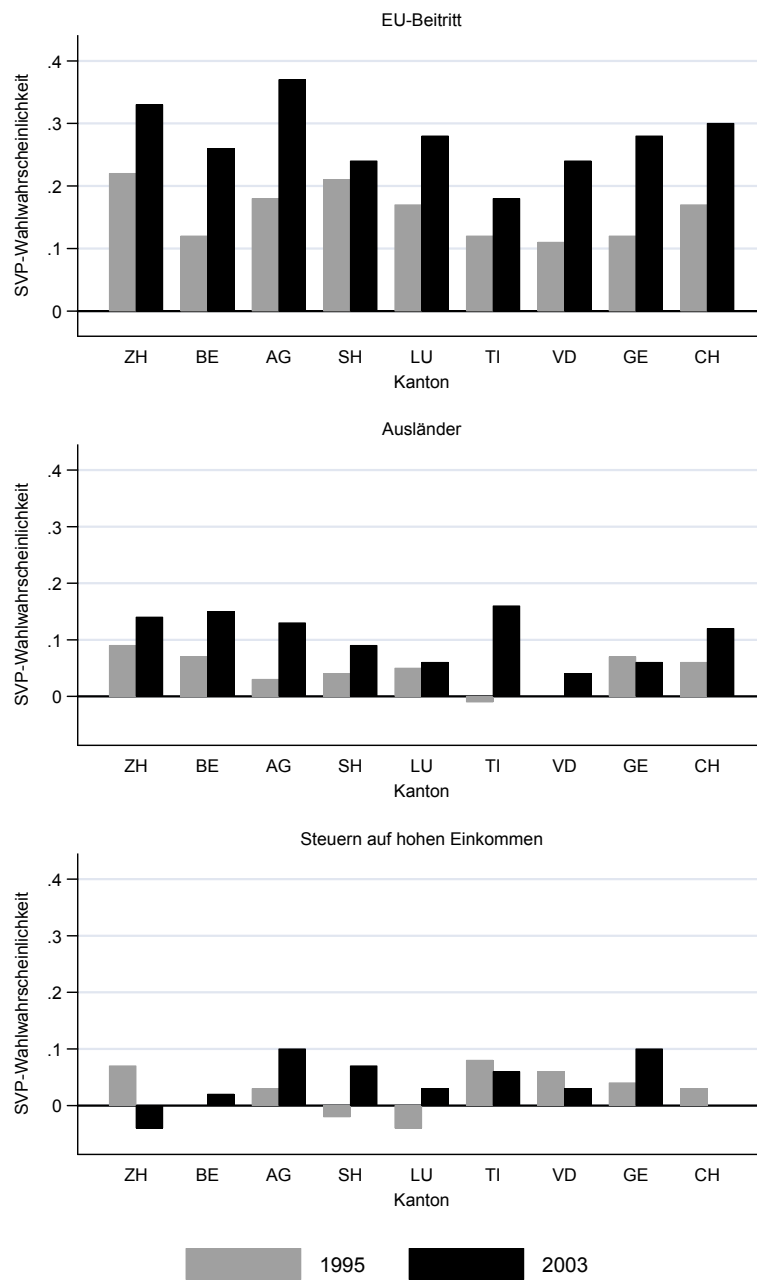
Dass die SVP genau diesem neuen Konflikt zwischen Öffnung und Abgrenzung Ausdruck verleiht, ergibt sich unserer Ansicht nach weniger aufgrund der sozialstrukturellen Verankerung als aufgrund der sachfragenpolitischen Orientierung ihrer Wählerinnen und Wähler. Das zentrale Thema der SVP, das Thema, das ihr zum Durchbruch verholfen hat und mit dem sie identifiziert wird, ist das Verhältnis der Schweiz zu Europa.

Seit der EWR-Abstimmung 1992 hat sich die SVP mit ihrer ablehnenden Haltung zur europäischen Integration profiliert, und mehr als jeder andere Politiker wird ihr Exponent Christoph Blocher mit der Ablehnung eines schweizerischen EU-Beitritts identifiziert. Der neue strukturelle Konflikt zwischen Öffnung und Abgrenzung kristallisiert sich in der Schweiz anhand der Einstellung zur Frage des EU-Beitritts. Diese Frage ist dabei zu mehr als einem tagespolitischen Thema geworden – sie steht unserer Ansicht nach als Symbol für die Auseinandersetzung zwischen Globalisierungsgewinnern und -verlierern. Die politische Bedeutung dieser Auseinandersetzung kann demnach am besten anhand des Einflusses der Einstellung zum EU-Beitritt auf das Wahlverhalten abgelesen werden.

In dieser Einstellung vermischen sich kulturelle Wertvorstellungen und wirtschaftliche Interessen in einer nicht näher spezifizierbaren Gemengelage. Mit anderen Worten, die Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen einen EU-Beitritt der Schweiz wehren, tun dies nicht nur, oder nicht einmal in erster Linie aus materiellen Gründen. Sie wehren sich gegen eine Beteiligung der Schweiz am europäischen Integrationsprozess, auch und vor allem weil sie Angst vor dem Verlust ihrer nationalen Identität haben. Der EU-Beitritt bedeutet für sie den Verlust der schweizerischen Traditionen und der politischen Institutionen, auf die sie stolz sind. Wir können dies anhand der Daten zu den Wahlen 1995 und 2003, die wir hier analysiert haben, nicht im Detail nachweisen. Anhand der Daten zu den Wahlen von 1999 liess sich aber zeigen, dass zwischen der Ablehnung des EU-Beitritts der Schweiz und einem unkritischen Nationalstolz ein enges Verhältnis besteht (Kriesi 2002: 583). Die Analyse der EWR-Volksabstimmung vom Dezember 1992 hatte bereits die komplexe Mischung von identitären und interessenbasierten Motiven bei der Ablehnung des schweizerischen Beitritts zum EWR angedeutet (Kriesi et al. 1993).

Die Einstellung zum EU-Beitritt ist eine der drei wichtigsten Determinanten der SVP-Wahl. Wie sich in den einzelnen Kantonskapiteln herausgestellt hat, wird das Ausmass ihrer Bedeutung zum Teil durch den Effekt der Sympathie für Christoph Blocher verdeckt, da Letzterer wie gesagt in der Wählerschaft mit der Ablehnung des EU-Beitritts identifiziert wird. Wer den EU-Beitritt ablehnt, findet Blocher sympathisch, weil dieser den schweizerischen Alleingang symbolisiert. Die volle Bedeutung der Einstellung zum EU-Beitritt für die SVP-Wahl wird deshalb erst sichtbar, wenn man nicht nur ihren *direkten* Effekt, sondern auch ihren *indirekten* Effekt via die Sympathie für Christoph Blocher berücksichtigt. Der erste Teil von Figur 13.1 zeigt den totalen Effekt des EU-Beitritts auf die SVP-Wahl für

Figur 13.1
 Totaler Effekt der Sachfragenorientierungen auf die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit,
 nach Kantonen und Wahljahr



die beiden eidgenössischen Wahlen in den einzelnen Kantonen und in der ganzen Schweiz. Dieser Effekt ist bei beiden Wahlen in allen Kantonen wie auch gesamtschweizerisch sehr signifikant. So hat ein dezidiertes EU-Gegner 2003 im gesamtschweizerischen Durchschnitt eine um 30 Prozentpunkte höhere SVP-Wahlwahrscheinlichkeit als ein ausgesprochener EU-Befürworter. Beachtlich ist insbesondere, dass der Effekt des EU-Beitritts in der Periode von 1995 bis 2003 noch einmal erheblich zugenommen hat. Wie in den einzelnen Kantonskapiteln bereits hervorgehoben, erstaunt dies insbesondere deshalb, weil die Frage des EU-Beitritts in der Kampagne zu den Wahlen von 1995 ein zentrales Thema darstellte, während sie bei den Wahlen von 2003 kaum mehr thematisiert wurde. Wir sehen darin eine Bestätigung unserer Interpretation des EU-Beitritts als Symbol für den Öffnungs-Abgrenzungs-Konflikt jenseits des politischen Tagesgeschäfts.

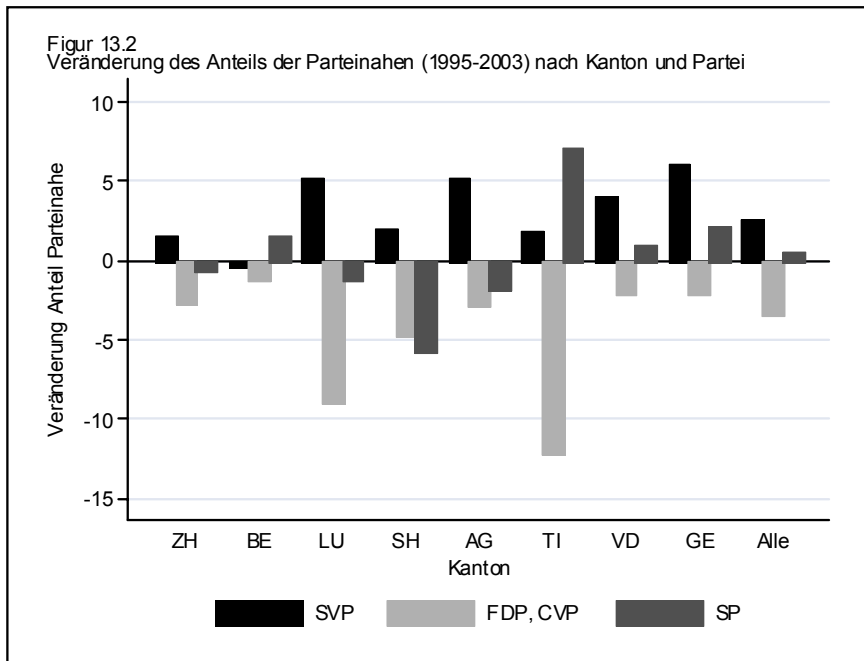
Die grosse Bedeutung der Frage des EU-Beitritts für die SVP-Wahl wird auch deutlich, wenn wir ihren Effekt mit den entsprechenden Effekten der Ausländergleichstellung beziehungsweise der Reichtumssteuer vergleichen. Obwohl die SVP die Ausländer (Asylanten) und die Steuern zu zentralen Themen ihrer Kampagnen gemacht hat, haben sie verglichen mit der EU-Frage eine erheblich geringere Bedeutung für die SVP-Wahl. Wie das Verhältnis zur EU betrifft auch das Ausländerthema den neuen Öffnungs-Abgrenzungs-Konflikt. Es erweist sich als nicht ganz unwichtig und seine Bedeutung für die SVP-Wahl nimmt insgesamt zu. Beim Steuerthema lassen sich aber kaum Effekte feststellen. Aufgrund unserer Ergebnisse kann man festhalten, dass die Propagierung von Steuersenkungen der SVP zwar nicht unbedingt geschadet, aber kaum zu ihren Wahlerfolgen beigetragen hat. Unsere Ergebnisse zeigen ganz deutlich, dass die SVP nicht wegen, sondern trotz ihrer neoliberalen, staatskritischen Programmatik gewählt wird. Sie kann es sich leisten, für Steuerabbau und Budgetkürzungen und damit gegen die Interessen eines grossen Teils ihrer Wähler zu mobilisieren, weil diese sie nicht wegen ihrer Kritik an einem überbordenden Staat, sondern wegen ihrer Unterstützung der Abgrenzung nach aussen wählen.

Ausdruck des politischen Realignments

Der SVP-Aufstieg bildet zweitens den sichtbarsten Ausdruck der Transformation des Schweizer Parteiensystems. Die Autoren der Kantonskapitel haben diese Transformation im Einzelnen beschrieben. Sie interpretierten sie im Sinne eines Dealignments der traditionellen Parteistrukturen, waren aber alle eher vorsichtig hinsichtlich der Frage, ob wir es bereits mit einem

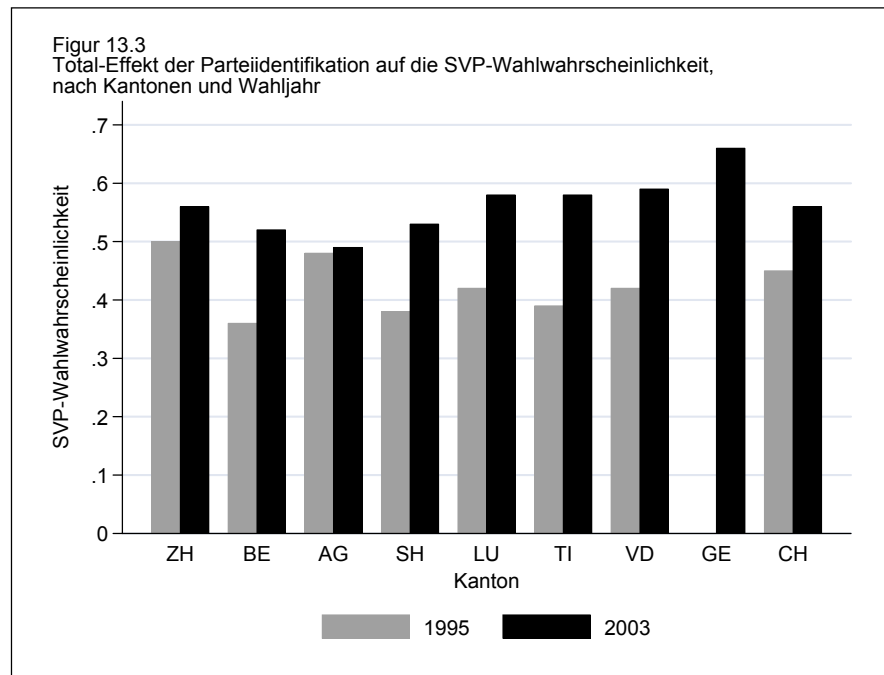
stabilen Realignment der Parteiensysteme in den Kantonen zu tun haben. Sie liessen diese Frage mehr oder weniger offen und sprachen eher von einer Übergangsphase, deren Endergebnis noch nicht absehbar sei. Wir möchten hier einige Ergebnisse hervorheben, die insgesamt eher den Eindruck eines stabilen Realignments vermitteln. Vieles deutet darauf hin, dass der SVP-Aufstieg bleibenden Charakter hat und nicht bereits bei den nächsten Wahlen wieder zunichte gemacht wird. Zunächst weist einmal die soeben beschriebene zunehmende Bedeutung der EU-Frage für die SVP-Wahl in diese Richtung. Die SVP artikuliert die Anliegen der Verliererseite im neuen strukturellen Konflikt. Da wir davon ausgehen können, dass dieser Konflikt noch auf längere Sicht die Schweizer Politik strukturieren wird, ist damit zu rechnen, dass die SVP ihren Wähleranteil wird konsolidieren können. In diesem Zusammenhang ist es auch bedeutsam, dass wir keinerlei Anzeichen dafür gefunden haben, dass es sich bei der SVP um eine Protestpartei handeln könnte. Die SVP führt zwar einen Anti-Establishment-Diskurs. Sie macht mobil gegen die «Classe politique», gegen «die Linken und die Netten». Sie wird aber kaum aus Protest gegen die etablierte Elite gewählt. In einem Kanton nach dem anderen hat sich unser Indikator für die Protestwahl als nicht signifikant erwiesen. Die SVP ist vielmehr eine etablierte Partei, die aufgrund ihrer Programmatik gewählt wird, wie das van der Brug et al. (im Erscheinen) generell für Parteien ihrer Art festgestellt haben.

In die Richtung eines mindestens partiellen Realignments deutet auch die Entwicklung der Parteiidentifikationen und ihrer Wirkung auf die Wahl. Solche Identifikationen sind in der Schweiz nicht so verbreitet wie in anderen Ländern: 1995 fühlten sich nur gerade 43,2 Prozent der Bürgerinnen und Bürger einer Partei mehr oder weniger nahe. Im betrachteten Zeitraum ging die weit definierte Parteiidentifikation zudem gesamtschweizerisch leicht zurück auf 41,3 Prozent. Entgegen diesem allgemeinen Trend hat nun aber der Anteil der Bürger und Bürgerinnen, die sich der SVP nahe fühlen, in derselben Periode von 6 Prozent auf 8,4 Prozent zugenommen. Wie Figur 13.2 zeigt, findet sich diese Zunahme der SVP-Identifikationen in allen untersuchten Kantonen ausser Bern. Die Berner SVP konnte sich in dieser Beziehung gerade knapp halten. Die SVP-Identifikationen haben vor allem in Luzern, im Aargau und in der Westschweiz stark zugenommen. Umgekehrt gingen die Parteiidentifikationen mit den bürgerlichen Konkurrenten der SVP – FDP und CVP – in allen Kantonen mehr oder weniger stark zurück. Während die Bindungen an die SVP zunehmen, schwächen sich die Bindungen an ihre bürgerlichen Konkur-



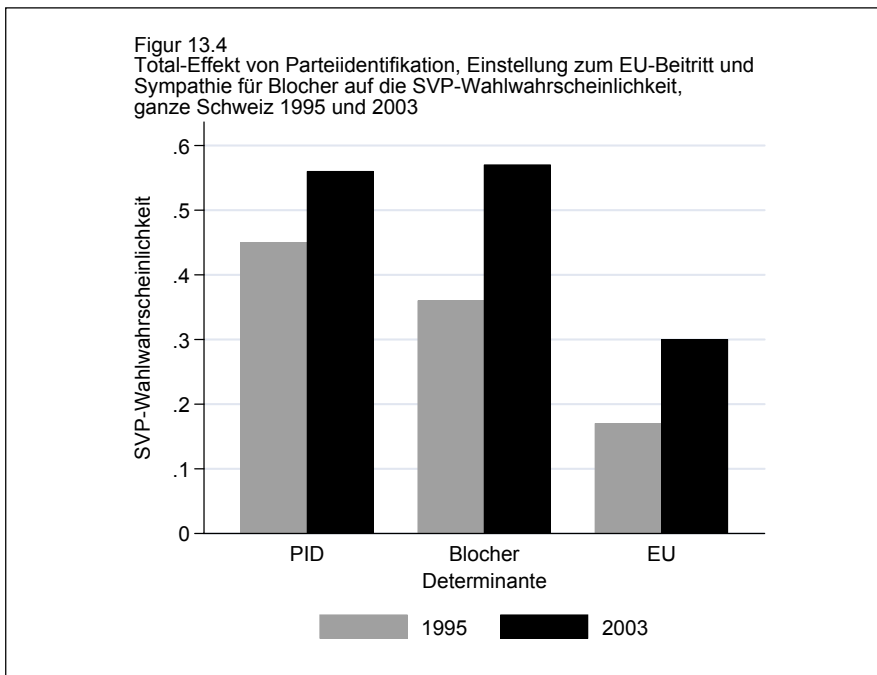
renten ab. Was die SP, die vierte grosse Schweizer Partei betrifft, so ist die Tendenz hinsichtlich der Parteiidentifikation uneinheitlich: In der Deutschen Schweiz verliert sie etwas an Bindungskraft (in Schaffhausen sogar stark), während sie diesbezüglich in der Westschweiz ein wenig und im Tessin stark zulegt. Diese Ergebnisse sind Anzeichen für ein Realignment – zumindest im bürgerlichen Lager.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass nicht nur die Bindungen an die SVP zugenommen haben, sondern dass im betrachteten Zeitraum auch der Effekt dieser Bindungen auf die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit überall gestiegen ist. Dies geht aus Figur 13.3 hervor. Die Nähe zur SVP war schon 1995 ein sehr starker Prädiktor der SVP-Wahl¹: Wer der SVP 1995 nahe stand, wählte sie in der Regel auch. 2003 ist dieser Zusammenhang sogar noch stärker geworden. Diese Zunahme des Effekts der Parteiidentifikation ist in den einzelnen Kantonskapiteln wie auch im Kapitel zur gesamtschweizerischen Entwicklung nicht deutlich geworden, weil dort nur der direkte Effekt der Parteiidentifikation auf die SVP-Wahl berücksichtigt wurde. Der Leser erinnert sich vielleicht, dass im Kausaltrichter zwischen der Parteiidentifikation und der Wahl die Einstellungen zu Sachfragen und Kandidaten intervenieren. In den vorangegangenen Kapiteln wurde nicht berücksichtigt, dass die Parteiidentifikation – via Einstellungen zu Sachfra-



gen und Kandidaten – auch indirekte Effekte auf die Wahl hat. Während sich, wie in den Kantonskapiteln gezeigt, die direkten Effekte der Parteiidentifikation auf die Wahl in der betrachteten Periode meist zurückgebildet haben, nahmen die indirekten Effekte – vor allem via die Einstellung zum EU-Beitritt und zur Sympathie mit Christoph Blocher – stark zu. Im Zuge der Umschichtung der Parteibindungen im rechten Lager und der damit verbundenen Entflechtung der Potenziale haben sich die Befürworter eines Alleingangs und die Sympathisanten von Christoph Blocher stärker an die SVP gebunden, während sich die Befürworter einer Schweizer Beteiligung an der europäischen Integration und die Wählerinnen und Wähler, die Christoph Blocher wenig Sympathie entgegenbringen, von der SVP abgewandt haben. Die in Figur 13.3 dargestellten Totaleffekte der Parteiidentifikation tragen diesem Umstand Rechnung und bestätigen damit einmal mehr, dass in der Schweiz ein (partielles) Realignment rechts von der Mitte stattgefunden hat.

Der dritte Faktor, der zusammen mit der Frage des EU-Beitritts und der Parteiidentifikation die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit am stärksten bestimmt, ist die Sympathie der Wählerinnen und Wähler für Christoph Blocher. Wie im vorangegangenen vergleichenden Kapitel bereits gezeigt, bildet die Sympathie für die SVP-Symbolfigur das zentrale Element, um



den SVP-Erfolg zu erklären. Wie in Kapitel 12 ebenfalls bereits diskutiert, hat auch der Blocher-Effekt gesamtschweizerisch und in allen Kantonen zugenommen. Zwar handelt es sich bei der Sympathie für den Kandidaten Blocher um alles andere als eine strukturelle Grösse, aber insofern als es sich bei der Sympathie für Christoph Blocher letztlich um einen Indikator handelt, der alle Einstellungen und Positionierungen, die für die Wahl der SVP von Bedeutung sind, integriert, ist diese Verstärkung des Blocher-Effekts ein zusätzlicher Hinweis darauf, dass sich im schweizerischen Parteiensystem ein Realignment abzeichnet.

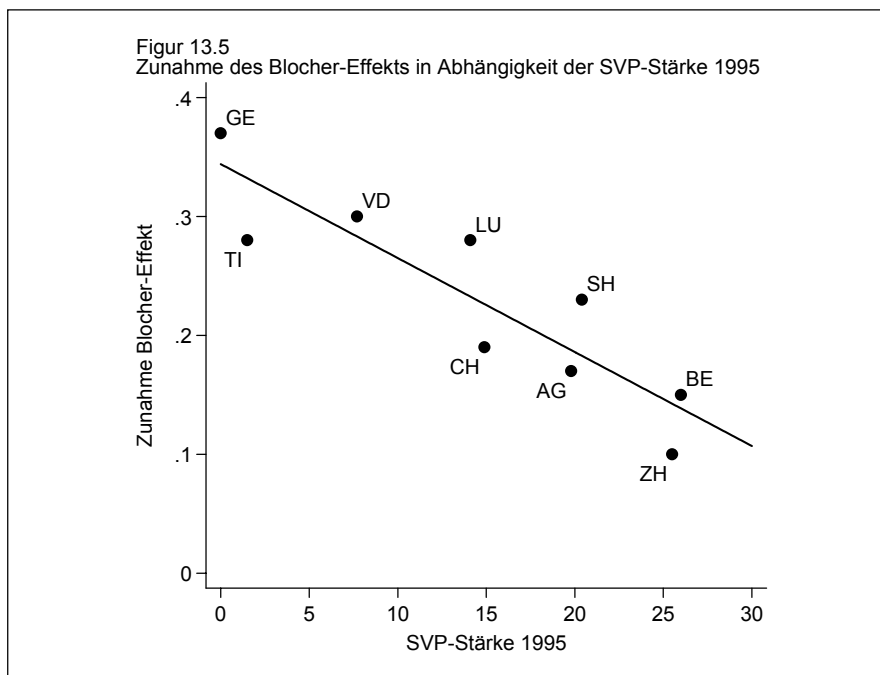
Das Wahlverhalten ist 2003 insgesamt stärker durch die drei zentralen Faktoren bestimmt als noch 1995: Seine Strukturierung hat zugenommen und damit auch seine Prognostizierbarkeit. Wir können 2003 mit unserem Modell, das heisst im Wesentlichen mit den drei zentralen Faktoren, in allen Kantonen und auch gesamtschweizerisch einen grösseren Anteil der Varianz erklären als 1995. Figur 13.4 illustriert die Zunahme der Total-effekte der Parteiidentifikation, Sympathie für Blocher und Einstellung zum EU-Beitritt noch einmal zusammenfassend für die gesamte Schweiz und zeigt dabei auch das relative Gewicht dieser drei bedeutendsten Faktoren für den SVP-Wahlerfolg.

Ausdruck und Motor der Nationalisierung des Parteiensystems

Wenn wir die kantonale Variation der Effekte der drei zentralen Variablen bei den beiden Wahlen miteinander vergleichen, so stellen wir fest, dass sich die Effekte von allen drei Variablen auf die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit in den einzelnen Kantonen im Zeitablauf angeglichen haben. Dies ist ein starkes Indiz dafür, dass das Wahlverhalten in den einzelnen Kantonen heutzutage ähnlich strukturiert ist. Die SVP wird mit anderen Worten 2003 überall aus denselben Gründen, wenn auch nicht im selben Masse unterstützt.

Der Einfluss der Sympathie für Christoph Blocher auf das SVP-Potenzial, so wurde im vorangegangenen Kapitel argumentiert, war 1995 dort am schwächsten, wo er wenig bekannt war (in der lateinischen Schweiz) oder wo er zwar bekannt, aber der Zürcher Flügel der Partei nicht so dominant war (im Kanton Bern). Die Bekanntheit Christoph Blochers ist aber ihrerseits eine Funktion der Mobilisierung des Zürcher Flügels der SVP und der von ihr geprägten nationalen Partei. Dementsprechend erweist sich die Zunahme des Blocher-Effekts zwischen 1995 und 2003 dort am stärksten, wo die SVP 1995 noch am schwächsten war, wo sie aber in der Zwischenzeit Fuss zu fassen und im Sinne der Zürcher SVP zu mobilisieren vermochte. Dies wird anhand von Figur 13.5 sehr deutlich: In ihren Deutschschweizer Stammländern, wo sie 1995 bereits sehr stark präsent war, hat der Blocher-Effekt weniger stark zugenommen als in den katholischen und Westschweizer Kantonen. Der in Figur 13.5 dargestellte Zusammenhang ist sehr eng, lassen sich doch nicht weniger als 82 Prozent der Varianz der Zunahme des Blocher-Effekts mit der 1995 erreichten kantonalen Stärke der SVP erklären. Da der Blocher-Effekt praktisch alle Einflüsse der anderen relevanten Determinanten integriert, überrascht es auch nicht, dass ein entsprechend enger Zusammenhang zwischen der 1995 erreichten kantonalen Stärke der SVP und der Zunahme der erklärten Varianz der kantonalen SVP-Wahlwahrscheinlichkeit besteht: Dort, wo die SVP 1995 noch schwach war, das heisst in den Kantonen der katholischen und französischsprachigen Schweiz, steigt der Erklärungsbeitrag unseres Modells besonders stark an, während er in Zürich und Bern praktisch stagniert. Als Resultat dieser Entwicklung hat sich der Erklärungsbeitrag unseres Modells zwischen 1995 und 2003 in allen Kantonen angeglichen.

Wir können hier den Zusammenhang dieser Entwicklung mit der Mobilisierung durch die vom Zürcher Flügel geprägten SVP nicht im Detail nachweisen. Die Kantonskapitel liefern aber vielfältiges Anschauungsmaterial für die Plausibilität dieser These. Nach ihrem Erfolg in den



Deutschscheizer Stammlanden richtete sich die Mobilisierung der SVP Christoph Blochers zunächst auf die katholische Schweiz und hat inzwischen auch die französisch- und italienischsprachigen Kantone erreicht. Christoph Blocher hat mit seinen zahlreichen Auftritten im ganzen Land persönlich entscheidend zur Mobilisierung beigetragen (vgl. Selb 2004). Dies wird etwa im Luzerner Kapitel deutlich, wo unter anderem über eine SVP-Veranstaltung in Sursee mit einem Auftritt Blochers zum Thema Europa berichtet wird, die nicht weniger als 600 Zuhörer mobilisierte. Das Kapitel zum Kanton Waadt erläutert auf sehr anschauliche Weise, wie die nationale Partei darüber hinaus kantonale Wahlkämpfe mitprägt: Im Gegensatz zum Wahlkampf 1995 versuchte die kantonale Partei im Wahlkampf 2003, sich der Linie der nationalen Partei anzupassen. Man suchte sich zwar immer noch in Bezug auf Inhalt und Stil von der Zürcher Linie zu unterscheiden, aber die nationale Partei griff in den kantonalen Wahlkampf ein, indem sie – notabene ohne Rücksprache mit der kantonalen Partei – ganzseitige Inserate zum Asylwesen in der wichtigsten Waadtländer Zeitung veröffentlichte. Mit diesen Inseraten konnte die SVP viel Aufmerksamkeit gewinnen und Präsenz im redaktionellen Teil markieren, und sie dienten unter anderem dazu, das Profil der kantonalen SVP jenem der nationalen SVP anzugleichen. Wie aus dem Genfer Kapitel hervorgeht,

hat auch die Genfer SVP im Wahlkampf 2003 praktisch vollständig auf die nationale Kampagne zurückgegriffen. Entsprechende Zeitungsinserate brachten hier das Thema Sicherheit («Ruhe und Ordnung») in Verbindung mit der Asylproblematik, was vermutlich auch in Genf zu einer Angleichung der kantonalen und nationalen Profile der Partei führte. Indem die nationale Partei die kantonalen Auftritte direkt und indirekt (via die redaktionellen Reaktionen) einem einheitlichen Interpretationsmuster beziehungsweise einem einheitlichen «Frame» unterwirft, vereinheitlichen sich entsprechend die Motive der potenziellen Wähler. Diese reagieren überall auf dieselbe Weise auf ähnliche Themen («EU-Beitritt», «Asylanten», «Ruhe und Ordnung») und Symbole («Christoph Blocher»), weshalb wir 2003 in der Lage sind, das SVP-Wählerpotenzial überall auf ähnliche Weise zu erklären.

Die Berner Ausnahme ist in dieser Hinsicht besonders interessant: Der Blocher-Effekt ist, wie Kapitel 12 gezeigt hat, im Kanton Bern sowohl 1995 als auch 2003 geringer als in den anderen Kantonen, hat aber auch hier von 1995 bis 2003 zugenommen. Wie das Kapitel zum Kanton Bern ausführt, wurden im Wahlkampf 1995 die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Zürcher und der Berner SVP noch offen ausgetragen, und die Berner SVP sprach sich klar gegen die Oppositionspolitik der Zürcher aus. Im Wahlkampf 2003 trat die Berner SVP dagegen als eigenständige Kraft kaum mehr in Erscheinung. Man überliess es den Köpfen der nationalen beziehungsweise der Zürcher SVP, inhaltliche Akzente zu setzen und beschränkte sich selber mehr auf organisatorische Dienstleistungen für Kandidierende, was plausibel macht, dass der Blocher-Effekt 2003 auch im Kanton Bern zugenommen hat.

Ausdruck und Motor der Modernisierung der Kampagnenführung

Jenseits aller Gemeinsamkeiten verbleiben aber dennoch beträchtliche Unterschiede zwischen dem SVP-Erfolg in den einzelnen Kantonen. Diese werden im vergleichenden Kapitel einerseits mit den unterschiedlichen Potenzialen und andererseits mit ihrer unterschiedlichen Ausschöpfung erklärt. Wenn die Potenziale auch in allen Kantonen dieselben Ursachen haben und auf analoge Weise erklärt werden können, so unterscheiden sich die Deutschschweizer Stammlande eben doch von den katholischen und vor allem von den lateinischen Kantonen hinsichtlich des Niveaus der entscheidenden Grössen. So sind die Sympathie für Blocher und die Euroskepsis in der Westschweiz (noch) weniger verbreitet als in der Deutschschweiz, was dem SVP-Erfolg in der Westschweiz (vorläufig noch) engere

Grenzen setzt. Hinzu kommt, dass auch der Ausschöpfungsgrad der Potenziale, das heisst der Mobilisierungserfolg der SVP, von Kanton zu Kanton variiert. Wie in Kapitel 12 argumentiert, können die diesbezüglichen Unterschiede weit gehend mit der strategischen Distanzierung von der bürgerlichen Konkurrenz und der Bedeutung des Öffnungs-Abgrenzungs-Konflikts erklärt werden: je grösser die Distanz zu den bürgerlichen Konkurrenten und je wichtiger der neue Konflikt in einem Kanton, desto grösser der Mobilisierungserfolg der SVP.

Blieben die Unterschiede bezüglich der Potenziale im betrachteten Zeitraum relativ stabil, so hat sich der Mobilisierungserfolg der SVP in den einzelnen Kantonen, gemessen an der jeweiligen Ausschöpfungsquote, bis zu den Wahlen 2003 mindestens teilweise angeglichen. Die grösste Ausnahme bleibt das Tessin, wo die LEGA – die strategische und inhaltliche Variante der SVP – ihrer Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler (noch) enge Grenzen setzt. In den übrigen Kantonen erreicht die SVP 2003 Ausschöpfungsquoten zwischen 63 Prozent (im Kanton Schaffhausen) und 83 Prozent (in den Kantonen Zürich und Waadt). Das sind Quoten, von denen die anderen Parteien mit wenigen Ausnahmen nur träumen können. Die Ausnahmen betreffen interessanterweise Parteien, die die entsprechenden kantonalen Parteiensysteme seit Jahrzehnten dominieren: die CVP in ihren katholischen Stammländern – in den Kantonen Luzern (Ausschöpfungsquote von 61 Prozent) und Tessin (68 Prozent) sowie die SP (78 Prozent) und die FDP (61 Prozent) im Kanton Schaffhausen. Der SVP ist also in wenigen Jahren ein Mobilisierungserfolg gelungen, den ihre Konkurrentinnen nur aufgrund ihrer besonders ausgeprägten sozialstrukturellen und institutionellen Verankerung in einzelnen Kantonen zu erzielen vermochten. Die SVP verdankt diesen Erfolg nicht zuletzt ihrer modernen Kampagnenführung, die wir bereits in der Einleitung erwähnt haben. Sie ist als erste schweizerische Partei zur permanenten Kampagne übergegangen und hat in Sachen Professionalisierung und Negativwerbung für die Schweiz neue Standards gesetzt. Interessanterweise betreibt die SVP selbst keine ausgesprochen personalisierte Kampagnen. So fand Hardmeier (2003: 240–242), die die Kampagnen der Zürcher Kantonalparteien bei den Wahlen 1999 im Detail analysierte, dass sich vor allem die Kampagne der SP, nicht aber jene der SVP durch eine besonders ausgeprägte Personalisierung auszeichnete. Die Tatsache, dass die Sympathie zu Christoph Blocher derart ausschlaggebend für die Bestimmung des SVP-Potenzials geworden ist, hat deshalb vermutlich weniger mit der Art der Kampagne-

führung der SVP selbst zu tun, als vielmehr mit der Art, wie die Medien den Politiker Blocher inszenieren.

Die strategische Distanzierung von den bürgerlichen Konkurrenten ist nicht nur ein Ausdruck der prononcierten inhaltlichen Positionierung der SVP auf der neuen Konfliktlinie, sondern auch ein Element dieser modernen, medienzentrierten Kampagnenführung. Die Provokation der bürgerlichen Konkurrenten gehört zum strategischen Kalkül der SVP-Kampagnen. Damit wirft die Partei Stilfragen auf, die ihre Gegner in eine Situation bringen, in der sie nur verlieren können: Schweigen sie die Stilbrüche der SVP tot, dann legitimieren sie diese indirekt; distanzieren sie sich öffentlich von ihnen, dann verschaffen sie ihnen und damit indirekt auch den programmatischen Anliegen der SVP zusätzliche Aufmerksamkeit. Die Medien verschärfen dieses Dilemma noch, indem sie Stilfragen dankbar aufgreifen und inszenieren. So beherrschte die durch die Inserate der SVP provozierte Sicherheitsdebatte die Endphase des Genfer Wahlkampfes 2003 nahezu vollständig, und in den Deutschschweizer Stammländern wurde 2003 die allgemeine Themenflaute dadurch wettgemacht, dass die Medien mehr über die Kampagnen als über die Programme der Parteien berichteten. Im Wahlkampf 2003 wurde selbst ein von der SVP nie veröffentlichtes Plakat – das «Neger-Plakat» der St. Galler Kantonalpartei – zu einem hitzig diskutierten Gegenstand der öffentlichen Debatte.

Wie im letzten Kapitel bereits diskutiert, kann aus der Tatsache, dass die SVP von der Distanzierung gegenüber ihren bürgerlichen Konkurrenten profitiert hat, nicht einfach gefolgert werden, dass die gemässigten bürgerlichen Parteien umgekehrt den Erfolg der SVP durch eine programmatische und stilmässige Annäherung an ihre Konkurrentin begrenzen könnten. Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht unbedingt dasselbe. Das bedeutet einerseits, wie bereits im vorangegangenen Kapitel diskutiert, dass die strategische Situation der Mitteparteien eine andere ist, weil sie auch mit ihren Konkurrenten von links zu rechnen haben. Es bedeutet aber andererseits auch, dass es schwierig ist, einer Konkurrentin ein einmal besetztes Terrain beziehungsweise eine einmal errungene Themenführerschaft streitig zu machen. Wie Jean-Marie Le Pen es ausdrückte: «Die Franzosen ziehen das Original seiner Kopie vor.»

Ausblick

Was lässt sich aus unserer Analyse schliessen? In Bezug auf die zukünftige Entwicklung des schweizerischen Parteiensystems können wir zweierlei erwarten. Zum einen lässt sich aufgrund unserer Ergebnisse vermuten, dass

die SVP in den meisten Kantonen ihren Zenit mehr oder weniger überschritten hat. Die Potenziale sind ausgeschöpft, die Sättigung ist erreicht. Die Partei wird kaum weiter wachsen. Zum anderen lässt sich aufgrund unserer Ergebnisse vermuten, dass der SVP-Erfolg kein kurzlebiges, konjunkturelles Phänomen darstellt. Wir gehen davon aus, dass sich die SVP bleibend als dominante Kraft am rechten Rand des politischen Spektrums etabliert hat. Im Gegensatz zum Zusammenbruch der FPÖ in Österreich ist nicht damit zu rechnen, dass sie in den nächsten Wahlen bereits wieder einsacken wird. Es gibt in der Schweiz Vorläufer am rechten Rand – die Schweizer Demokraten, die Republikaner, die Freiheitspartei, die Vigilants oder die LEGA, die einen zeitlich ziemlich begrenzten Erfolg gehabt haben. Die SVP hat im Gegensatz zu diesen Vorläufern den Vorteil, dass es sich bei ihr um eine etablierte Partei handelt, die fest verankert ist im schweizerischen Parteiensystem, und die ihren Erfolg einer gezielten, jahrebeziehungsweise gar jahrzehntelangen Aufbauarbeit verdankt.

In einem Punkt lässt unsere Analyse aber keine eindeutigen Schlussfolgerungen zu: Die Konsequenzen der Einbindung Christoph Blochers, der zentralen Symbolfigur der Partei, in den Bundesrat bleiben ambivalent. Einerseits erlaubt das schweizerische Regierungssystem eine Opposition von Fall zu Fall. Solange die Regierung wie bisher eine gemässigt proeuropäische Position einnimmt, hat die Partei damit die Hände frei für die Fortführung ihrer Fundamentalopposition in der Europafrage. Andererseits verpflichtet das schweizerische Regierungssystem aber die Mitglieder der Regierung zur Kollegialität, was im Falle von Christoph Blocher nicht nur für ihn und seine Partei, sondern vor allem auch für das Kollegium besonders heikel ist. Gerade weil Christoph Blocher für den Aufstieg seiner Partei so bedeutungsvoll war, verliert die Partei in dem Masse an Profil, in dem ihm als Mitglied des Kollegiums die Hände gebunden sind und er sich nicht mehr so profilieren kann, wie er das als Präsident der Zürcher SVP tun konnte. Umgekehrt lässt sich ein Politiker wie Christoph Blocher aber kaum in ein Kollegium wie den Schweizerischen Bundesrat einbinden; in dem Masse, wie sich die Symbolfigur der SVP als Mitglied des Bundesrates zu profilieren versteht, verliert das Kollegium mit aller Wahrscheinlichkeit an Kohärenz und Regierungsfähigkeit.

Anhang

Peter Selb

Technischer Anhang: Daten und Methoden

Die Schweizer Wahlstudien Selects 1995 und 2003

Die empirischen Untersuchungen in diesem Band stützen sich primär auf Befragungsdaten, die im Rahmen der Schweizer Wahlstudien Selects 1995 und 2003¹ mittels computerunterstützter Telefoninterviews (CATI) durch die Befragungsinstitute IPSO und IHA-GfK (1995) und LINK (2003) erhoben wurden. Die Grundgesamtheit bildeten dabei jeweils alle in der Schweiz wohnhaften Wahlberechtigten mit einem festen Telefonanschluss. Vorgabe der Stichprobenziehung war jeweils eine nationale Zufallsstichprobe mit einem Nettoumfang von 2000 Befragten. Neben Untersuchungen auf der nationalen Ebene sollte das Stichprobendesign jeweils auch vertiefende regionale Analysen und interkantonal vergleichende Forschung ermöglichen. Daher wurde die nationale Stichprobe 1995 in den Kantonen Luzern, Glarus, Schaffhausen, Aargau, Tessin, Wallis und Genf auf jeweils etwa 600 Befragte, die der Kantone Zürich, Bern und Waadt auf je etwa 800 Befragte aufgestockt. 2003 waren es je 600 Befragte für die Kantone Zürich, Bern, Luzern, Schaffhausen, Aargau, Tessin, Waadt und Genf. Da die wesentlichen Fragestellungen der vorliegenden Untersuchung zeitvergleichender Natur sind, müssen wir uns hier auf diejenigen Kantone beschränken, für die Daten zu beiden Untersuchungszeitpunkten verfügbar sind. Das sind die Kantone Zürich (ZH), Bern (BE), Luzern (LU), Schaffhausen (SH), Aargau (AG), Tessin (TI), Waadt (VD) und Genf (GE).

Neben den Befragungsdaten werden in diesem Band auch Inhaltsdaten zur Wahlkampfberichterstattung in den Printmedien genutzt, die allerdings nur für 2003 zur Verfügung stehen. Dabei wurden jeweils mindestens diejenigen Tages- und Sonntagszeitungen über einen Zeitraum von zwei Monaten unmittelbar vor den Wahlen am 19. Oktober 2003 beobachtet, die in den acht Untersuchungskantonen die höchste Reichweite haben: der «TagesAnzeiger» und die «Neue Zürcher Zeitung» (ZH), die «Berner Zeitung» (BE), die «Neue Luzerner Zeitung» (LU), die «Schaffhauser Nachrichten» (SH), die «Aargauer Zeitung» (AG) und die «Sonntagszeitung» (ZH, BE, LU, SH, AG); die «Tribune de Genève» und «Le Temps» (GE),

«Le Matin» (VD) und «Le Matin Dimanche» (GE, VD), der «Corriere del Ticino», «Giornale del Popolo», «La Regione» und «Il Caffè della Domenica» (TI). Insgesamt wurden rund 2600 Zeitungsartikel nach unterschiedlichen Kriterien codiert.

Andere qualitative und quantitative Datenquellen, die im Rahmen einzelner kantonaler Untersuchungen erhoben und genutzt werden, werden in den jeweiligen Kapiteln beschrieben.

Die Ebene der Wählenden

Wahlwahrscheinlichkeiten

Auf der Ebene der Wählenden gilt es zunächst, die individuellen Präferenzen für die SVP zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu erklären, um dann mögliche Veränderungen des Einflusses von Determinanten dieser Präferenzen identifizieren und analysieren zu können. Dabei verwenden wir nicht die übliche Operationalisierung des Parteientscheids über die Frage, welche Partei die Respondenten bei den zurückliegenden Nationalratswahlen gewählt beziehungsweise von welcher Partei sie die meisten Kandidierenden gewählt haben². Vielmehr greifen wir auf Indikatoren zurück, die im Rahmen der Dutch National Election Study (DNES) entwickelt (Eijk und Niemöller 1983) und 2003 erstmals auch in einer nationalen Wahlbefragung in der Schweiz eingesetzt wurden³: *Probabilities to vote (PTVs)* oder *Wahlwahrscheinlichkeiten*. Dabei wurden die Respondenten jeweils für sechs Parteien⁴ gefragt:

Ich lese Ihnen jetzt die Namen von einigen Parteien vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, wie gross die Wahrscheinlichkeit ist, dass Sie jemals diese Partei wählen werden. 0 oder eine Zahl in der Nähe von 0 bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit sehr klein ist, dass Sie diese Partei wählen werden. 10 oder eine Zahl in der Nähe von 10 bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit sehr gross ist. Welche Wahrscheinlichkeit besteht, dass Sie die [PARTEI] jemals wählen werden?

Die so gewonnenen Skalenwerte werden linear transformiert, um ein intuitiv interpretierbares Wahrscheinlichkeitsmass zu erhalten⁵. Den Skalenwerten 0, 1, 2, ..., 10 entsprechen also die Wahrscheinlichkeiten 0, 0.1, 0.2, ..., 1. Während die Überlegenheit dieser Operationalisierung von Parteipräferenzen gegenüber der klassischen Messung erst bei der Analyse von räumlichen Modellen des Wahlverhaltens oder bei der Untersuchung der Determinanten von Präferenzen für kleine Parteien voll zum Tragen kommt (siehe Tillie 1995), bietet diese auch im Zusammenhang der vorlie-

genden Untersuchungen einige deutliche Vorzüge: Zum einen lassen diese Indikatoren im Gegensatz zum traditionellen Indikator die Messung von theoretisch relevanten Konstrukten wie Wählerpotenzial und Parteienkonkurrenz zu. Zum anderen erlauben sie die technisch und interpretatorisch einfache *Kleinstquadratschätzung* (*Ordinary least squares, OLS*) der Modelle der individuellen Parteipräferenz⁶.

Allerdings stehen die Wahlwahrscheinlichkeiten nur für die Wahlen 2003 zur Verfügung, nicht aber für die Wahlen 1995, was die Beantwortung von zeitvergleichenden Fragestellungen schwieriger gestaltet, wenn auch nicht grundsätzlich verunmöglicht. Wenn eine relevante Variable y in einem Datensatz p fehlt, dann kann man diese unter Nutzung von Informationen aus einem anderen Datensatz q , in dem diese vorhanden ist, *imputieren* (Franklin 1989). Dazu wird in einem ersten Schritt im «Hilfsdatensatz» q ein Modell von y in Abhängigkeit von Prädiktoren \mathbf{x} spezifiziert, die eine möglichst hohe Erklärungskraft haben und gleichzeitig auch in p vorhanden sind. Anschliessend werden die \mathbf{x} aus p und die gewonnenen Parameter genutzt, um y in p vollständig vorherzusagen. Diesem *Two-stage auxiliary instrumental variables estimation (2SAIV)* genannten Verfahren liegt die Annahme zu Grunde, dass die Beziehungen β zwischen y und \mathbf{x} in p und q identisch sind. Als Hilfsdatensatz dienen hier die 2003er Selects-Daten. Als Prädiktoren der Wahlwahrscheinlichkeiten (WW) verwenden wir die Parteiensympathien (PS)⁷ und den tatsächlichen Parteientscheid (PE) der Respondenten. Die Gleichungen in Tabelle A.1 geben OLS-Schätzer und Modellgüte für sämtliche untersuchten Parteien wieder. Anhand der so gewonnen Koeffizienten werden die Wahlwahrscheinlichkeiten 1995 imputiert⁸. So erhält beispielsweise ein Respondent der 1995er Befragung, der der CVP einen Sympathiewert von 5 gab ($PS_{CVP}=5$), diese Partei aber nicht wählte ($PE_{CVP}=0$), eine imputierte CVP-Wahlwahrscheinlichkeit $WW_{CVP} = 0.08 + 0.06*5 + 0.23*0 \approx 0.4$, das heisst eine Wahlwahrscheinlichkeit für die CVP von 40 Prozent.

Soziale Klasse

Die soziale Klasse als eine der theoretisch zentralen Determinanten der Parteienpräferenz wird in der vorliegenden Untersuchung anhand des Berufs des Hauptverdieners im Haushalt der Respondenten gemessen. Dabei wird einerseits zwischen *qualifizierten* (QA) und *unqualifizierten Arbeitern* (UA) differenziert. Innerhalb der «neuen» Mittelschicht unterscheiden wir zwischen den Hauptverdienern, die einer administrativen oder kommerziellen Tätigkeit nachgehen (*Manager; MA*), den *technischen*

Tabelle A.1
OLS-Schätzung der 2SAIV-Parameter zur Imputation der
Wahlwahrscheinlichkeiten 1995, N=1'418

Gleichung	R ²
$WW_{CVP} = 0.08 + 0.06 * PS_{CVP} + 0.23 * PE_{CVP}$	0.42
$WW_{FDP} = .12 + 0.06 * PS_{FDP} + 0.20 * PE_{FDP}$	0.46
$WW_{SP} = 0.08 + 0.08 * PS_{SP} + 0.17 * PE_{SP}$	0.68
$WW_{SVP} = 0.04 + 0.08 * PS_{SVP} + 0.16 * PE_{SVP}$	0.74
$WW_{GPS} = 0.08 + 0.08 * PS_{GPS} + 0.20 * PE_{GPS}$	0.63
$WW_{EVP} = 0.05 + 0.06 * PS_{EVP} + 0.32 * PE_{EVP}$	0.45
$WW_{LPS} = 0.09 + 0.07 * PS_{LPS} + 0.20 * PE_{LPS}$	0.49
$WW_{Lega} = 0.06 + 0.06 * PS_{Lega} + 0.47 * PE_{Lega}$	0.44

Spezialisten (zum Beispiel Ingenieure, im naturwissenschaftlichen Bereich tätige Personen; *TS*) und den *soziokulturellen Spezialisten* (zum Beispiel Sozial- und Pflegeberufe, Lehrer und Lehrerinnen, medizinische Berufe; *SK*). Eine letzte Kategorie umfasst schliesslich die Bauern und Selbstständigen in traditionellen Berufen (zum Beispiel Handwerker, kleine Händler)⁹. Bei der Schätzung der Modelle der individuellen Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP werden diese sechs sozialen Klassen wie aus Tabelle A.2 ersichtlich *dummy-codiert*, um so die Einbeziehung von an sich kategorialen Merkmalen wie der sozialen Klasse in lineare Gleichungen zu ermöglichen (siehe Hardy 1993). Letztgenannte Klasse dient uns dabei als *Referenzkategorie*. Auf die Interpretation von Dummy-Koeffizienten werden wir im Abschnitt «Ein dynamisches Modell der Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP» zurückkommen.

Religiosität

Die Religiosität wird hier über eine Typologie erfasst, die nach Konfession und Kirchengangshäufigkeit der Respondenten differenziert. Unterschieden werden Katholiken, die nach eigenen Angaben mindestens einmal im Monat in die Kirche gehen (*praktizierende Katholiken; PK*), *nichtpraktizierende Katholiken (NK)*, die seltener oder gar nicht den Gottesdienst besuchen, *praktizierende Protestanten (PP)* und *nichtpraktizierende Protestanten (NP)*. Auch die Religiosität wird dummy-codiert in die Modellschätzungen einbezogen. Als *Referenzkategorie* dienen diejenigen Respondenten, die sich zu einer anderen oder aber zu gar keiner Religion bekennen.

Tabelle A.2
Dummy-Codierung am Beispiel der sozialen Klasse

Kategorien/ Dummies	Qualifizierte Arbeiter	Unqualif. Arbeiter	Manager	Techn. Spezialisten	Soziokult. Spezialisten	Bauern, trad. Berufe
QA	1	0	0	0	0	0
UA	0	1	0	0	0	0
MA	0	0	1	0	0	0
TS	0	0	0	1	0	0
SK	0	0	0	0	1	0

Stadt-Land

Mit Blick auf die Konfliktlinie Zentrum-Peripherie werden die Respondenten nach ihrer Wohngegend eingeteilt in Kernstädte und Agglomerationen (*Stadt*) und ländliche Gegenden (*Land; LD*), wobei *Stadt* hier als Referenzkategorie dient.

Parteiidentifikation

Die Parteiidentifikation wird über die in europäischen Wahlstudien üblichen Indikatoren erfasst. Dabei werden die Respondenten gefragt:

Wie schätzen Sie sich selbst ein? Stehen Sie gewöhnlich einer politischen Partei nahe?

Wird diese Frage bejaht, wird im Anschluss gefragt, um welche Partei es sich dabei handelt. In der vorliegenden Untersuchung wird zwischen denjenigen Respondenten unterschieden, die der SVP nahe stehen (*PI*), und denjenigen, die einer anderen oder keiner Partei nahe stehen, wobei Letztere Referenzkategorie sind.

Ideologie

Die ideologische Orientierung der Befragten wird über deren Selbsteinstufung auf einer *Links-Rechts-Skala (LR)* erfasst. Dabei werden die Respondenten gefragt:

In der Politik spricht man manchmal von «links» und «rechts». Wo würden Sie Ihren politischen Standpunkt auf einer Skala einordnen, bei der 0 links bedeutet und 10 für rechts steht?

Zur Erleichterung der Interpretation statistischer Ergebnisse wurde dieser Indikator «zentriert», sodass ein Wert von -5 dem linken Pol, der Wert 0 der Mitte und der Wert 5 dem rechten Pol der Skala entspricht.

Issue-Orientierungen

Eine umfangreiche Issue-Batterie, die im Rahmen von Selects 1995 und 1999 abgefragt wurde, wurde im Vorfeld der Befragung 2003 mittels einer Faktoranalyse auf drei latente Konfliktdimensionen reduziert, die den politischen Raum der Schweiz massgeblich prägen: Der Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern einer Öffnung der Schweiz nach aussen, der klassische sozioökonomische Verteilungskonflikt und die ökologische Konfliktdimension¹⁰. Die SVP thematisiert in ihren Kampagnen vor allem die ersten beiden dieser Konflikte. Um diese zu operationalisieren, wird auf drei Issue-Fragen zurückgegriffen, von denen zwei – *EU-Beitritt (EU)* und *Chancen für Ausländer (CA)* – klar in Verbindung mit dem Konflikt Öffnung versus Schliessung in Verbindung stehen, während *Steuern auf hohe Einkommen (SE)* Positionen im sozioökonomischen Verteilungskonflikt messen soll. Die Indikatoren werden folgendermassen abgefragt:

Sind Sie für den Beitritt von der Schweiz zur Europäischen Union oder für den Alleingang von der Schweiz?,

wobei diejenigen, die entweder für oder gegen den Beitritt sind, zusätzlich gefragt werden, ob sie denn «eher» oder «sehr dafür» sind.

Sind Sie dafür, dass die Ausländer in der Schweiz die gleichen Chancen haben wie die Schweizer? Oder sind sie dafür, dass die Schweizer bessere Chancen haben?,

wobei sich wiederum für diejenigen, die entweder für gleiche Chancen oder für bessere Chancen für Schweizer sind, eine Nachfrage entsprechend der obigen anschliesst.

Sind sie für eine Erhöhung von den Steuern auf grossen Einkommen oder sind Sie für eine Verminderung von den Steuern auf grossen Einkommen?,

wobei eine Nachfrage für diejenigen folgt, die entweder für eine Erhöhung oder eine Verminderung von Steuern auf hohe Einkommen sind.

Alle drei Indikatoren werden – wie bereits die Links-Rechts-Skala – zentriert, sodass der Wert 0 einer neutralen Position entspricht, der Wert –2 einer deutlichen Befürwortung eines EU-Beitritts, einer Gleichstellung von Ausländern und Schweizern beziehungsweise einer Erhöhung der Steuern auf hohe Einkommen entspricht. Der Wert 2 steht hingegen für eine ebenso vehemente Befürwortung der jeweiligen Gegenpositionen.

Kandidatenorientierungen

Kandidatenorientierungen werden in den Selects-Befragungen über Sympathie-Thermometer erfasst, deren Wortlaut folgendermassen formuliert ist:

Ich lese Ihnen jetzt die Namen von ein paar Politikern und Politikerinnen vor. Bitte sagen Sie mir jedesmal, wie sympathisch Sie die finden, auf einer Skala von 0 bis 10, wo 0 «gar keine Sympathie» und 10 «sehr viel Sympathie» bedeutet. Wenn Sie eine von diesen Personen nicht kennen oder wenn Sie denken, nicht ausreichend informiert zu sein, um eine Person zu beurteilen, sagen Sie es einfach.

Während dabei Sympathien für die Exponenten aller Bundesratsparteien abgefragt wurden¹¹, erscheint zur Modellierung der Wahlwahrscheinlichkeit SVP vor allem die Sympathie für den ehemaligen SVP-Nationalrat und jetzigen Bundesrat Christoph Blocher relevant. Auch die *Sympathie für Blocher (SB)* wurde zentriert, so dass der Wert -5 gar keiner Sympathie für das Aushängeschild der SVP bedeutet, 0 der Mittelposition entspricht und der Wert 5 für sehr viel Sympathie steht.

Protest

Die Hypothesen zur Protestwahl sollen schliesslich anhand eines Indikators aus der CSES getestet werden. Dabei werden die Respondenten gefragt:

Einige meinen, die Parlamentarier in Bern wissen, was Leute wie Sie und ich denken. Andere sagen, die Parlamentarier wissen nicht, was Leute wie Sie und ich denken. Bitte stellen Sie sich eine Skala von 1 bis 5 vor. 1 bedeutet, die Parlamentarier wissen, was Leute wie Sie und ich denken, 5 bedeutet, dass sie nicht wissen, was Leute wie Sie und ich denken. Wo auf dieser Skala von 1 bis 5 würden Sie Ihre Meinung einstufen?

Dieser Indikator eignet sich von den uns zur Verfügung stehenden Massen am besten zur Operationalisierung des Anti-Establishment-Konflikts, der in Modellen der Protestwahl eine zentrale Rolle spielt. Auch der Indikator *Protest (PR)* wird zentriert, sodass der Wert -2 die Überzeugung zum Ausdruck bringt, dass Parlamentarier wissen, was die Wählerschaft denkt, und der Wert 2 für die Meinung steht, dass Parlamentarier keine Ahnung davon haben, was die Menschen auf der Strasse bewegt.

Modelle der Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP

Nachdem nun die für die Modellierung der individuellen SVP-Präferenzen relevanten theoretischen Konstrukte operationalisiert sind, werden in diesem Abschnitt zwei Modelle der Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP spezifiziert und anhand eines Schätzbeispiels erläutert, um so die spätere Interpretation zu erleichtern.

Die individuelle Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP ist, so die Theorie, abhängig von der sozialen Klasse, der Konfession beziehungsweise Religiosität, der Stellung im Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie, der ideologischen Orientierung, der Parteiidentifikation, der Issue- und Kandidatenorientierungen und der Protesthaltung von Wählenden. Diese erklärenden Variablen stehen, wie der Kausaltrichter bereits deutlich gemacht hat, in einer mehr oder weniger logischen kausalen Ordnung. So sind beispielsweise die sozialen Merkmale den politischen Orientierungen vermutlich kausal vorgeordnet: Die soziale Klasse eines Wählers hat möglicherweise einen Einfluss auf dessen Einstellung zur Besteuerung hoher Einkommen, wohingegen seine Einstellung zur Besteuerung keinen Einfluss auf seine Zugehörigkeit zu einer sozialen Klasse haben dürfte. Daher müssen wir bei der Schätzung des kausalen Effekts der Einstellung zur Besteuerung hoher Einkommen auf die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP die soziale Klasse berücksichtigen oder kontrollieren, da wir ansonsten Gefahr laufen, dieser Einstellung einen Effekt zuzuschreiben, der eigentlich auf die soziale Klasse zurückgeht. Umgekehrt dürfen wir bei der Schätzung des kausalen Effekts der sozialen Klasse auf die Wahrscheinlichkeit, SVP zu wählen, nicht für die Einstellung zur Besteuerung kontrollieren, da wir sonst den über die Einstellung vermittelten Effekt der sozialen Klasse fälschlicherweise der Einstellung zuschreiben und nicht der sozialen Klasse selbst. Mit anderen Worten müssen wir bei der Schätzung des kausalen Effekts einer Variablen andere, kausal vorgeordnete Variablen berücksichtigen; für kausal nachgeordnete Variablen dürfen wir hingegen nicht kontrollieren (Davis 1985). Aufgrund dieser *Logik der kausalen Ordnung* werden die kausalen Effekte der sozialen und politischen Merkmale auf die Wahrscheinlichkeit, SVP zu wählen, in zwei Schritten geschätzt: In einem ersten Schritt werden ausschliesslich die sozialen Merkmale (Klasse, Religion, Stadt-Land) in das Modell einbezogen. In einem zweiten Schritt wird der Effekt der politischen Orientierungen und Einstellungen unter Kontrolle der kausal vorgeordneten sozialen Merkmale geschätzt¹².

Diese beiden Modelle sind zunächst statisch. Der Aufstieg der SVP wird nun aber unter anderem darauf zurückgeführt, dass sich diese Beziehungen

zwischen Wahlwahrscheinlichkeit und sozialen und politischen Merkmalen im Zeitverlauf verändert haben. Um solche möglichen Veränderungen untersuchen zu können, werden die Befragungsdaten aus Selects 1995 und 2003 *gepoolt*, das heisst zusammengeführt. Dabei wird eine Indikatorvariable für das *Wahljahr (WJ)* eingeführt, die den Wert 0 für Respondenten aus der 1995er Befragung und den Wert 1 für Respondenten aus der 2003er Befragung annimmt. Die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP wird nun in linearen Modellen auf die genannten Faktoren, den Zeitindikator *WJ* und die Interaktionen der Faktoren mit dem Zeitindikator regrediert:

Modell 1: Die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP in Abhängigkeit von sozialen Merkmalen

$$\begin{aligned}
 WW_{SVP} = & \beta_0 + \beta_1*QA + \beta_2*UA + \beta_3*MA + \beta_4*TS + \beta_5*SK + \beta_6*PK + \beta_7*NK \\
 & + \beta_8*PP + \beta_9*NP + \beta_{10}*LD + \beta_{11}*WJ + \beta_{12}*(QA*WJ) + \\
 & \beta_{13}*(UA*WJ) + \beta_{14}*(MA*WJ) + \beta_{15}*(TS*WJ) + \beta_{16}*(SK*WJ) + \\
 & \beta_{17}*(PK*WJ) + \beta_{18}*(NK*WJ) + \beta_{19}*(PP*WJ) + \beta_{20}*(NP*WJ) + \\
 & \beta_{21}*(LD*WJ) + \varepsilon
 \end{aligned}$$

Modell 2: Die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP in Abhängigkeit von sozialen und politischen Merkmalen

$$\begin{aligned}
 WW_{SVP} = & \beta_0 + \beta_1*QA + \beta_2*UA + \beta_3*MA + \beta_4*TS + \beta_5*SK + \beta_6*PK + \beta_7*NK \\
 & + \beta_8*PP + \beta_9*NP + \beta_{10}*LD + \beta_{11}*PI + \beta_{12}*LR + \beta_{13}*EU + \beta_{14}*CA + \\
 & \beta_{15}*SE + \beta_{16}*SB + \beta_{17}*PR + \beta_{18}*WJ + \beta_{19}*(QA*WJ) + \\
 & \beta_{20}*(UA*WJ) + \beta_{21}*(MA*WJ) + \beta_{22}*(TS*WJ) + \beta_{23}*(SK*WJ) + \\
 & \beta_{24}*(PK*WJ) + \beta_{25}*(NK*WJ) + \beta_{26}*(PP*WJ) + \beta_{27}*(NP*WJ) + \\
 & \beta_{28}*(PI*WJ) + \beta_{29}*(LR*WJ) + \beta_{30}*(EU*WJ) + \beta_{31}*(CA*WJ) + \\
 & \beta_{32}*(SE*WJ) + \beta_{33}*(SB*WJ) + \beta_{34}*(PR*WJ) + \beta_{35}*(LD*WJ) + \varepsilon
 \end{aligned}$$

wobei β_0 eine Konstante, die übrigen β 's Regressionsgewichte und ε einen Fehlerterm darstellen. Die Koeffizienten der nichtmultiplikativen Terme zeigen folglich die Effekte der Kovariaten 1995 an, die Koeffizienten der Interaktionsterme zeigen hingegen Richtung und Stärke der Veränderung der Beziehungen zwischen abhängiger und unabhängigen Variablen zwischen 1995 und 2003 an. Der jeweilige Effekt einer Kovariante 2003 entspricht dann der Summe des Koeffizienten des nichtmultiplikativen Terms und des entsprechenden Interaktionsterms. So bemisst sich beispielsweise der Effekt der Haltung zu einem EU-Beitritt der Schweiz (*EU*) auf die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP 2003 im zweiten Modell als $\beta_{13} + \beta_{30}$, der Effekt der Sympathie für Blocher 2003 entsprechend als $\beta_{16} + \beta_{33}$.

Kantonale Ebene

Wählerpotenziale

Unabhängig vom tatsächlichen Wahlergebnis sind manche Segmente der Wählerschaft für eine jeweilige Partei potenziell erreichbar, andere nicht. Mit anderen Worten gibt es Obergrenzen für den Wahlerfolg von Parteien, die durch Wählerpotenziale abgesteckt sind. Daher sind Wählerpotenziale ein zentrales Merkmal der Parteien, das vermutlich Konsequenzen für deren Verhalten hat. Bisher hat sich die Wahlforschung in der Messung dieses wichtigen theoretischen Konstrukts schwer getan, da aus der üblicherweise im Rahmen von Befragungen zur Verfügung stehenden Information, wer welche Partei gewählt hat, nicht hervorgeht, wie kurz davor oder wie weit davon entfernt ein Respondent war, eine andere Partei zu wählen. Gerade hier kommt der Vorteil der Operationalisierung der Parteipräferenzen der Wahlberechtigten als Wahlwahrscheinlichkeiten gegenüber der traditionellen Messung als faktischem Parteientscheid zum Tragen. Anhand der Häufigkeitsverteilung der Wahlwahrscheinlichkeiten lässt sich ein einfaches Mass des Wählerpotenzials von Parteien berechnen, das auf den gewichteten Spaltensummen in Tabelle A.3 basiert (Tillie 1995).

In diesem Zahlenbeispiel beträgt das Wählerpotenzial der Grünen Partei (WP_{GPS}) gemäss dieser Operationalisierung $WP_{GPS} = 0.0 \cdot 16.7 + 0.1 \cdot 2.1 + 0.2 \cdot 5.8 + \dots + 1.0 \cdot 9.9 = 51.4\%$, das der CVP $WW_{CVP} = 0.0 \cdot 27.7 + 0.1 \cdot 5.0 + 0.2 \cdot 9.1 + \dots + 1.0 \cdot .0 = 33.4$.¹⁴

Parteienkonkurrenz

Die Wettbewerbssituation zwischen den Parteien ist ein wichtiges Merkmal von Parteiensystemen als strategischen Kontexten, innerhalb derer sich die Parteien bewegen. Die Konkurrenz zwischen zwei Parteien wird hier auf Basis der Wählerpotenziale in zwei Schritten operationalisiert. In einem ersten Schritt werden gemeinsame potenzielle Wählerschaften (GPW) zweier Parteien A und B berechnet als die Summe der individuellen Minima der Wahlwahrscheinlichkeiten für die Parteien A und B, also $GPW_{A,B} = \sum \min(WW_A, WW_B)$. Wenn also ein Respondent Wahlwahrscheinlichkeit von 0.6 für Partei A und 0.8 für Partei B hat, dann beträgt das individuelle Minimum $\min(WW_A, WW_B) = 0.5$. Hat für einen Respondenten hingegen $WW_A = 1.0$ und $WW_B = 0.0$, dann beträgt sein individuelles Minimum 0.0. Hier wird bereits intuitiv deutlich, dass die $GPW_{A,B}$ relativ gross sein wird in Situationen, in denen der überwiegende

Tabelle A.3
Häufigkeitsverteilung der Wahlwahrscheinlichkeiten (WW) und
Wählerpotenziale (WP): ein Zahlenbeispiel (in Prozent)

WW	GPS	SP	CVP	FDP	LPS	SVP
0.0	16.7	16.7	27.7	26.1	26.2	45.8
0.1	2.1	2.1	5.0	5.1	4.3	3.8
0.2	5.8	6.8	9.1	10.8	9.8	7.3
0.3	6.6	6.2	10.0	9.4	9.2	5.2
0.4	6.4	8.2	8.6	8.7	7.6	4.1
0.5	15.4	11.4	18.6	14.7	13.9	10.9
0.6	7.3	7.0	7.0	6.2	6.7	4.7
0.7	9.7	6.8	6.0	6.6	7.4	3.6
0.8	14.5	13.6	5.3	6.5	7.8	6.5
0.9	5.7	6.7	0.8	2.4	2.0	2.8
1.0	9.9	14.5	2.0	3.7	5.3	5.4
WP	51.4	52.8	33.4	35.6	37.6	28.9

Teil der Wählerschaft unserem ersten Respondenten entspricht, und relativ gering in Situationen, für die der zweite Musterrespondent stellvertretend ist.

Zur Berechnung der Parteienkonkurrenz (PK) zwischen A und B wird nun die gemeinsame potenzielle Wählerschaft in Verhältnis zu den Wählerpotenzialen von A und B gesetzt, also $PK_{A,B} = GPW_{A,B}/WP_A$ und $PK_{A,B} = GPW_{A,B}/WP_A$. Dieses Mass ist asymmetrisch: $PK_{A,B}$ drückt den Anteil der potenziellen Wählerschaft von A aus, der gleichzeitig auch zur potenziellen Wählerschaft von B gehört; $PK_{B,A}$ steht für den Anteil der potenziellen Wählerschaft von B, der gleichzeitig auch zur potenziellen Wählerschaft von A gehört. Für das in Tabelle A.3 aufgeführte Datenbeispiel beträgt die gemeinsame potenzielle Wählerschaft der CVP und der FDP 24.7%. Der Anteil der potenziellen Wählerschaft der CVP, der gleichzeitig auch zur potenziellen Wählerschaft der FDP gehört, beträgt entsprechend $24.7\%/33.4\% = 74\%$. Umgekehrt beläuft sich der Anteil potenzieller FDP-Wähler, die möglicherweise auch CVP wählen würden, $24.7\%/35.6\% = 69.4\%$.

Positionierung der Parteien im politischen Raum

Neben Wählerpotenzialen und Parteienkonkurrenz zeichnen sich Parteien und Parteiensysteme auch durch Positionierung beziehungsweise Konstellation der Parteien im politischen Raum aus. Die Positionierung von Parteien wird hier in unterschiedlicher Weise gemessen: Zum einen eindimensional auf der Links-Rechts-Skala, wobei hier die Links-Rechts-Position einer Partei der durchschnittlichen Selbsteinstufung ihrer

Tabelle A.4
Kantonale Gewichtung der Befragungsdaten für nationale Analysen

Kanton	1995			2003		
	GG	Sample	w_k	GG	Sample	w_k
ZH	16.8	10.7	1.57	16.8	10.8	1.56
BE	14.7	10.6	1.39	14.5	9.5	1.52
LU	5.0	7.8	0.64	5.0	10.4	0.48
UR	0.6	0.1	6.48	0.5	0.5	1.09
SZ	1.7	0.4	4.43	1.8	0.6	2.87
OW	0.5	0.1	9.45	0.5	0.6	0.87
NW	0.6	0.2	3.24	0.6	0.6	1.01
GL	0.5	7.7	0.06	0.5	0.5	0.92
ZG	1.3	0.4	3.17	1.4	0.6	2.17
FR	3.3	0.9	3.84	3.4	1.5	2.23
SO	3.5	0.8	4.49	3.5	1.2	2.90
BS	2.8	0.9	2.98	2.5	1.0	2.63
BL	3.8	0.9	4.10	3.8	1.2	3.11
SH	1.1	7.9	0.14	1.0	11.2	0.09
AR	0.8	0.3	2.52	0.8	0.7	1.18
AI	0.2	0.1	1.89	0.2	0.6	0.32
SG	6.1	1.8	3.34	6.1	2.3	2.70
GR	2.7	0.5	5.52	2.7	0.6	4.54
AG	7.4	8.1	0.92	7.5	10.9	0.69
TG	3.0	0.8	3.84	3.0	1.2	2.56
TI	4.1	8.1	0.51	4.1	9.5	0.43
VD	7.9	10.4	0.76	7.9	11.0	0.72
VS	3.9	7.8	0.50	3.9	1.4	2.74
NE	2.3	0.7	3.48	2.3	0.8	2.71
GE	4.5	11.8	0.38	4.5	10.2	0.44
JU	1.0	0.3	3.02	1.0	0.5	2.18

Wählerschaft auf der Links-Rechts-Skala (siehe oben; *LR*) entspricht. Andererseits wird ein zweidimensionaler politischer Raum entlang der klassischen sozioökonomischen Konfliktlinie und der Befürwortung beziehungsweise Ablehnung der Öffnung der Schweiz nach aussen aufgespannt. Die Parteipositionen werden hier wiederum mittels der durchschnittlichen Positionen ihrer Wählerschaften zu den Issues Besteuerung auf hohe Einkommen (siehe oben; *SE*) und EU-Beitritt (*EU*) gemessen.

Nationale Ebene

Gewichtung

Während uns die weiter oben beschriebene regionale Schichtung der Stichproben tiefer gehende kantonale und kantonal-vergleichende Analy-

sen erlaubt, erfordern Schlüsse auf die gesamtschweizerische Ebene eine Korrektur der dadurch entstehenden Über- beziehungsweise Unterrepräsentation einzelner kantonaler Wählerschaften. Tabelle A.4 gibt die Verteilung der Befragten der beiden Selects-Befragungen 1995 und 2003 (Sample) auf die Kantone (k), den tatsächlichen Anteil der Wahlberechtigten, die gemäss Bundesamt für Statistik in den jeweiligen Kantonen stimmberechtigt waren (GG), und die darauf basierende kantonale Gewichtung (w) wieder. Dieses Gewicht berechnet sich als der Quotient des Anteils der Wahlberechtigten in der Grundgesamtheit und des Anteils der Befragten in der Stichprobe, der auf Kanton k entfällt, also als $w_k = GG_k / Sample_k$. Auf diese Weise werden ex post gleiche Auswahlwahrscheinlichkeiten der Befragten über die Kantone hinweg hergestellt. Dieses Gewicht wird ausschliesslich in Kapitel 3 verwendet, wo es um Entwicklungen auf der nationalen Ebene geht.

Anmerkungen

Einleitung

- 1 Glarus ist dabei insofern ein Spezialfall, als die SVP im Kanton Glarus zwar traditionell eine starke Stellung einnimmt, aufgrund informeller Absprachen unter den Parteien aber den SP-Nationalratsitz nicht konkurrenzierte und sich mit einem der beiden Glarner Ständeratssitze begnügte.

Der theoretische Ansatz

- 1 Mair (2001) bietet eine ausführliche Diskussion verschiedener Interpretationen der «Freezing-Hypothese» und deren Implikationen.
- 2 Wir lassen die Hypothese eines *funktionalen* Dealignments, die impliziert, dass Parteien im politischen Prozess dauerhaft an Relevanz verloren haben, weil andere Formen der Interessenrepräsentation und der politischen Partizipation ihre Aufgabe übernommen haben, hier aussen vor. Siehe dazu Flanagan und Dalton (Flanagan und Dalton 1990: 239 ff.).

Schweiz

- 1 Die vollständige Liste der Zeitungen und detailliertere Erklärungen über die Inhaltsanalyse finden sich im technischen Anhang. Für die hier vorgestellte gesamtschweizerische Analyse beziehen wir uns auf alle erfassten Zeitungstitel. In den Kantonskapiteln werden dann nur diejenigen Zeitungen betrachtet, die für den entsprechenden Kanton relevant sind.
- 2 Ausführungen zur Operationalisierung dieser Konstrukte finden sich im *technischen Anhang*.
- 3 Siehe dazu den Kausaltrichter im Theoriekapitel zu diesem Band.
- 4 Die Spezifikation der Modelle wird im *technischen Anhang* ausführlicher besprochen.
- 5 Zum Prinzip solcher Indikatorcodierungen siehe den technischen Anhang.
- 6 Das gebräuchliche 95-Prozent-Vertrauensintervall um den Punktschätzer ergibt sich aus dem Produkt des Standardfehlers des Schätzers mit dem z-Wert der Normalverteilung bei einem Irrtumrisiko von unter 5 Prozent, also $0.01 \times 1.96 = 0.02$. Mit anderen Worten können wir mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit der Referenzgruppe zwischen 0.36 und 0.40, also zwischen 36 und 40 Prozent liegt.
- 7 Der Prozentwert 8 errechnet sich aus dem Differenzkoeffizienten der Konstanten (0.10) und des Dummies für die ungelernete Arbeiterschaft (-0.02) in der letzten Spalte der Tabelle, also $0.10 + (-0.02) = 0.08$. Das 95-Prozent-Vertrauensintervall (± 6 Prozent) berechnet sich aus dem Standardfehler des Dummies (0.03) und dem z-Wert der Normalverteilung bei einem Irrtumrisiko von unter 5 Prozent, also $0.03 \times 1.96 = 0.06$.
- 8 Der Wert von 50 Prozent errechnet sich als Summe des Koeffizienten der Konstanten (0.38) und des Dummies für die praktizierenden Protestanten (0.12). Das 95-Prozent-Vertrauensintervall berechnet sich aus dem Produkt des Standardfehlers des genannten Dummies und des entsprechenden z-Werts der Normalverteilung.
- 9 Hier werden die R^2 -Werte berichtet, die den Anteil der durch die sozialen Merkmale erklärten Variation an der Gesamtvariation der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit wiedergeben.
- 10 Die Links-Rechts-Skala umfasst Werte zwischen -5 (links) und 5 (rechts). Mit jedem Schritt auf der Skala nach rechts steigt unserer Schätzung entsprechend die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP 1995 um 2 und 2003 um 3 Prozent. Also steigt die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP bei einer Bewegung vom linken zum rechten Pol der Skala um 10×2 beziehungsweise

10×3 Prozentpunkte. Zur Operationalisierung der ideologischen Orientierung siehe den *technischen Anhang*.

- 11 Die Einstellungen zu den politischen Streitfragen wurden mittels 5er-Skalen von –2 bis 2 gemessen. Die Bewegung vom Minimum zum Maximum der Skala erfordert also 4 Schritte, was im Fall der Einstellung zum EU-Beitritt gemäss Schätzung einer Steigerung der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit um $4 \cdot 0.03 = 0.12$ oder 12 Prozentpunkte entspricht. Siehe dazu auch den *technischen Anhang*.
- 12 Die Sympathieskalen rangieren zwischen –5 und 5. Zur Operationalisierung siehe den *technischen Anhang*.

Zürich

- 1 Hierfür wurde eine lineare Regression durchgeführt mit der abhängigen Variablen *Wähleranteil der SVP* und der unabhängigen Variablen *städtischer respektive ländlicher Grad einer Gemeinde* (erhoben durch den Anteil der im landwirtschaftlichen Sektor Beschäftigten). Die Daten für den Anteil landwirtschaftlicher Beschäftigter pro Gemeinde stammen vom Statistischen Amt des Kantons Zürich und wurden in den Jahren 1985, 1990, 1996 und 2000 erhoben.
- 2 Es muss jedoch erwähnt werden, dass für die CVP nur wenige Fälle vorhanden sind, somit deren Verortung im zweidimensionalen Raum mit Vorbehalt betrachtet werden muss.
- 3 «Auf in den Wahlkampf». *Der Bund*, 20.1.95.
- 4 «SVP auf Zürcher Kurs». *Tages Anzeiger*, 23.1.95.
- 5 «Parteiwerbung: Wer ist Aschenbrödel, wer ist Onkel Dagobert?». *Tages Anzeiger*, 23.5.95.
- 6 «SVP – ‚klare‘ Haltung, je nach Opportunität». *NZZ*, 12.6.95.
- 7 «FDP will Wahlbündnis mit SVP kündigen». *Tages Anzeiger*, 28.6.95.
- 8 «Die heissen Themen macht die Zürcher SVP». *Der Bund*, 17.6.95.
- 9 «Schlechte Manieren und inszeniertes Theater». *Der Bund*, 19.10.95.
- 10 «Wahlen unter ungewöhnlichen Bedingungen». *NZZ*, 7.10.95.
- 11 «Viel Verpackung und wenig Inhalt». *NZZ*, 11.10.03.
- 12 «Der SVP folgt die Konkurrenz im Schlepptau». *TA*, 19.8.03.
- 13 «Viel Verpackung und wenig Inhalt». *NZZ*, 11.10.03.
- 14 ebd.
- 15 «Tendenziell bessere Leistungsbilanz. Die Presse im Wahlkampf.» *NZZ*, 16.10.03.
- 16 «Ein Wahlkampf, der nicht stattfand.» *NLZ*, 18.10.03.
- 17 «Kleine gewinnen, Grosse verlieren.» *TA*, 8.10.03.
- 18 Begründung und Erklärung für das methodische Vorgehen siehe Kapitel Individualanalyse für die gesamte Schweiz.

Bern

- 1 1995: SVP 8, SP 8, FDP 4 / 1999: SVP 8, SP 8, FDP 5 / 2003: SVP 8, SP 8, FDP 4.
- 2 Der Verlust eines Sitzes ist jedoch auch auf einen institutionellen Faktor zurückzuführen: Der Kanton Bern konnte 2003 wegen der Neuverteilung der Nationalratssitze aufgrund der Bevölkerungsstärke statt 27 nur noch 26 Nationalräte stellen.
- 3 «Oppositionskurs» verstehen wir im Folgenden vor allem als Opposition in Sachthemen, das heisst, dass sich die Partei in wichtigen Fragen dezidiert gegen die offizielle Meinung/das Verhalten der Regierung stellt. Die Lancierung von Initiativen und Referenden steht hier im Vordergrund. Im Weiteren verstehen wir darunter eine klar kommunizierte Abgrenzung gegenüber anderen etablierten Akteuren innerhalb des Politsystems.
- 4 Das sozio-ökonomische Profil der neuen SVP-Wählerschaft (1999) wird von Kitschelt und McGann (2003: 197 f.) wie folgt beschrieben: Selbstständige, Rentner und manuelle Arbeiter sind überrepräsentiert, während höhere Angestellte und Manager, ausgestattet mit hohem

- Humankapital, unterdurchschnittlich vertreten sind. Die Übervertretung der Arbeiterschaft ist klar ein neueres Phänomen (Hardmeier und Vatter 2003: 436).
- 5 Bundesamt für Statistik, Kantonsprofil Kanton Bern.
http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber00/dkan_be.htm
 - 6 Vgl. Bundesamt für Statistik, Landwirtschaftliche Betriebe im Kanton Bern, 1905–2003.
 - 7 Adrian Vatter: «Die politischen Institutionen des Kantons Bern». Neue Zürcher Zeitung, 23.10.2001.
 - 8 Adrian Vatter. «Die politischen Institutionen des Kantons Bern». Neue Zürcher Zeitung, 23.10.2001.
 - 9 1939 gab es im Kanton Bern 44 500 landwirtschaftliche Betriebe, 2003 nur noch 13 400.
 - 10 Die SD sind seit 1971 in der Berner Delegation des Nationalrates vertreten.
 - 11 Die FPS (Autopartei) war von 1987 bis 1999 in der Berner Delegation des Nationalrates vertreten.
 - 12 Die EDU ist seit 1991 in der Berner Delegation des Nationalrates vertreten.
 - 13 2002: SVP + FDP = 103 Sitze / SP + FL + GB = 73 Sitze. Total: 200 Sitze.
 - 14 «Berner SVP hat ambitionierte Ziele». Der Bund, 12.01.1998.
 - 15 «Standortbestimmung der Berner SVP». Positionspapier der SVP Kanton Bern, www.svp-bern.ch/content/positionspapier2003.asp (Stand Februar 2005).
 - 16 Für diese Verortung wurde die Nationalfonds-Studie «Räumliche Typologien des Schweizerischen Zentren-Peripherien-Musters» von Schuler und Nef herangezogen. In dieser Arbeit werden alle Schweizer Amtsbezirke in einem Zentrum-Peripherie-Modell nach Zentralitätsgrad eingeteilt (Schuler und Nef 1983: 49). Dabei definieren wir die Abstufungen «hochzentral» und «mittelzentral» als städtisches, «kleinzentral» und «peripher» als ländliches Gebiet. Führt man nun die Verteilung durch, so kommt man auf sechs städtische und 20 ländliche Bezirke.
 - 17 Für die Berechnung des Wählerpotenzials werden die beiden Grünen Parteien des Kantons Bern zusammengenommen.
 - 18 Berechnet man die Überschneidungen der Wählerpotenziale von Parteien, so ergibt sich daraus ein Hinweis auf jene Wählermengen, die sich zwei Parteien teilen, um deren Gunst sie also in direkter Konkurrenz zueinander stehen.
 - 19 Einzige Ausnahme: Die Grünen konkurrenzieren die SP 2003 leicht stärker als 1995.
 - 20 Einzige Ausnahme bilden hier die CVP-Wähler.
 - 21 «Wahlen 2003. Viel Verpackung und wenig Inhalt.» Neue Zürcher Zeitung, 11.10.2003.
 - 22 Vertreter beider Parteien geben im schriftlichen Interview an, dass sie die Themensetzung ganz der Mutterpartei überlassen hätten.
 - 23 Die SVP Schweiz habe es den Kantonalparteien offen gelassen, eigene Wahlkampfthemen zu lancieren, doch sei von dieser Möglichkeit nur wenig Gebrauch gemacht worden, konstatiert Aliko Panayides, stellvertretende Generalsekretärin und oberste Wahlkampfstrategin der SVP Schweiz auf Anfrage.
 - 24 Werner Luginbühl (Parteisekretär SVP Bern): «Man könnte dieses Plakat auch totschiweigen.» Der Bund, 14.6.1995.
 - 25 Christoph Blocher: «Die Berner SVP ist nicht konsequent!». Berner Zeitung, 8.4.1995.
 - 26 «Zürichs Dagobert und Berns Aschenbrödel». Basler Zeitung, 22.05.1995.
 - 27 «Frauen und Europa sind die Hauptthemen». Der Bund, 14.10.1995.
 - 28 Vgl. etwa Adrian Vatter: «Schlechte Manieren und inszeniertes Theater». Der Bund, 19.10.1995.
 - 29 «Ohne Mittelstand kein Wohlstand». Der Bund, 29.05. 1995.
 - 30 «426 Kandidaten für 26 Sitze». Der Bund, 05.08.2003.
 - 31 «Wahlen 2003. Viel Verpackung und wenig Inhalt.» Neue Zürcher Zeitung, 11.10.2003.

- 32 «Ein grosser Wahlkampf hat bei den Nationalratswahlen nicht stattgefunden zwischen den Parteien. Die FDP war zu stark mit sich selber beschäftigt, die SP schlicht inexistent.»
- 33 Wahlbudget 2003 der Kantonspartei gemäss eigener Auskunft: ca. 350 000 Fr. Ein Mehrfaches sei ausserdem von den Kandidierenden, deren Sektionen oder Landesteilen beziehungsweise Amtsbezirken finanziert worden.
- 34 Etwa: CD-Manuals für Corporate-Identity-Auftritte, Medienarbeit, Kandidatenschulung und -information, Betreuung von Websites.
- 35 Deutlichstes Beispiel ist die Plakatkampagne mit dem gerupften Huhn als Symbol für das gebeutelte Schweizer Volk, unterstützt durch den Slogan: «Das haben wir den anderen Parteien zu verdanken!»
- 36 Der wirtschaftliche Rückstand des Kantons sei hausgemacht, Schuld seien die Bürgerlichen Parteien FDP und SVP, die mit einer konservativen Vetterliwirtschaft in der Regierung Innovation und Strukturwandel verunmöglichen würden. In: «Klar. Sozial.» Wahlbroschüre der SP Bern. <http://www.sp-be.ch/wahlen/2003/default.htm> (Stand Mai 2004).
- 37 Obwohl sich der Vorschlag von FDP und SP durchsetzte, machte die SVP ihre Drohung nicht wahr.
- 38 «SVP und FDP gifteln, und Bolli leidet». Berner Zeitung; 30.09.2003.
- 39 «Berner Bauern möchten Sommaruga an Lauris Seite». Berner Zeitung, 27.09.2003.
- 40 «Jetzt hat die SVP ihr Wahlkampfthema». SonntagsZeitung, 20.07.2003.
- 41 Zwar hatten CVP und FDP gerade bei der Ausarbeitung der Bilateralen Verträge einiges an Erfolgen vorzuweisen, die Europafrage polarisiert in den Reihen ihrer Wähler noch immer stark und wird deshalb als «nicht mehrheitsfähig» beurteilt. Auch die SP hielt es nicht für politisch ratsam, ihre Forderung nach einem EU-Beitritt zu wiederholen. Wahlstrategisch sinnvoll, denn die Studie «Sicherheit 2003» der ETH belegt, dass die Annäherung an Europa auf sehr viel weniger Zustimmung stösst als noch vor einem Jahr. («Die Angst vor dem Thema Europa», NZZ, 21.08.2003).
- 42 Zu beachten ist jedoch, dass einzelne Mitglieder der Berner SVP in eigener Regie sehr wohl auf der Hardliner-Linie der nationalen SVP politisieren und diese Position auch öffentlich vertreten haben; prominentes Beispiel ist Thomas Fuchs. Eine Analyse der realpolitischen Statements der Berner SVP-Exponenten würde aber den Umfang dieser Arbeit sprengen.
- 43 SRG-Wahlbarometer, 7. Welle September 2003. Erhoben vom GFS Forschungsinstitut. www.gfsbern.ch
- 44 Etwa: die Abwahl der liberalen SVP-Gemeinderätin Ursula Begert in der Stadt Bern oder das «Ja» der kantonalen Partei zur Mutterschaftsversicherung.

Aargau

- 1 Aarau, Zofingen, Kulm, Lenzburg, Brugg
- 2 Rheinfelden, Laufenburg, Zurzach, Baden, Bremgarten, Muri
- 3 CVP-Stimmenanteile 2003 in traditionell katholischen Bezirken: Muri 30,4 Prozent; Laufenburg 25,8 Prozent; Zurzach 25,7 Prozent; Bremgarten 20,4 Prozent («Nationalratswahlen 2003» Statistisches Amt Aargau. Heft 158, Dezember 2003: 20 f.). Im Vergleich dazu die 2003 erzielten Stimmenanteile der CVP in traditionell katholischen Kantonen: Luzern 29,4 Prozent; Freiburg 25,4 Prozent (<http://www.parlament.ch/in-statistiken-tabellen-nr-waehler-anteile-2003.xls>).
- 4 NZZ 5.10.1996: 91
- 5 Siehe dazu: Anhang 6.3 «Häufigkeitstabelle».
- 6 «Wahlkampf 1995 / Bilanz aufgrund einer elektronischen Medienanalyse von Januar bis September dieses Jahres. Frauen und Europa sind die Hauptthemen.» Der Bund. 14.10.1995, Nr. 240: S.13.

- 7 «Wahlkampf 1995 / Bilanz aufgrund einer elektronischen Medienanalyse von Januar bis September dieses Jahres. Frauen und Europa sind die Hauptthemen.» Der Bund. 14.10.1995, Nr. 240: S.13.
- 8 «Aargau / SVP drängt Freisinn zurück. SP gewinnt neuen Sitz.» Der Bund. 24.10.1995: S.19.
- 9 «Wahlen – Was für Wahlen. Wenig Wellengang an der Aare.» Neue Zürcher Zeitung, 8.10.2003, Nr. 233: S.15.
- 10 Listen 2003: 1a SVP, 1b JSVP, 2 SP, 3a FDP, 3b JFDP, 4a CVP, 4b JCVP, 4c CVP: KMU, 5a Grüne, 5b Alternative Liste, 6a JEV, 7a SD, 7b JSD, 8 FPS, 9 PNOS, 10 Aktive Senioren.
- 11 «Bürgerliche Dominanz. Alle Bisherigen treten wieder an.» in: «Sonderbeilage: Wahlen 2003». Neue Zürcher Zeitung, 16.9.2003, Nr.214: S.18.
- 12 «Die Noten der Grossen Schwester. Nationalratswahl: Die SVP zieht äusserst selbstbewusst in den Wahlkampf.» Aargauer Zeitung, 24.3.2003: S.11.
- 13 «CVP ist politischer Gegner geworden. Wahlinterview: SVP-Präsident Hans Ulrich Mathys». Aargauer Zeitung, 21.8.2003: S.14.
- 14 «Chancengleichheit als SP-Wahlkampf-Motor. Eidgenössische Wahlen: Die Sozialdemokraten setzen am 19. Oktober auf die soziale Sicherheit.» Aargauer Zeitung, 19.8.2003: S.13.
- 15 «Die sieben CVP-Kandidatinnen sind für den Wahlherbst gerüstet». Aargauer Zeitung, 5.5.2003: S.13.
- 16 «Wir Brauchen möglichst viele Ja-Stimmen». Aargauer Zeitung, 15.3.2003: S.1.
- 17 «FDP schiekt Egerszegi ins Rennen». Aargauer Zeitung, 21.10.2003: S.1.
- 18 «Der Aargau neuer Massstab im Mittelland». Neue Zürcher Zeitung, 21.10.2003, Nr. 244: S.18.
- 19 «Klare Abstände – knapp ans Ziel. Ständeratswahlen: die zwei Bisherigen bestätigt, die fünf Herausforderer gescheitert.» Aargauer Zeitung, 20.10.2003: S.15.
- 20 Ruth Humbel Näf nahm 1999 den ersten Ersatzplatz ein und ersetzte während der letzten Session den langjährigen CVP-Nationalrat Guido Zäch.
- 21 «FDP schiekt Egerszegi ins Rennen». Aargauer Zeitung, 21.10.2003: S.1.
- 22 «Klare Abstände – knapp ans Ziel. Ständeratswahlen: die zwei Bisherigen bestätigt, die fünf Herausforderer gescheitert.» Aargauer Zeitung. 20.10.2003: S.15.

Schaffhausen

- 1 Siehe <http://rechtsbuch.sh.ch/default.htm> Artikel 23./Kantonsverfassung vom 17. Juni 2002 oder Wahlgesetz Artikel 9.
- 2 siehe www.wahlen.ch
- 3 Schaffhauser Nachrichten: «Gutes bewahren – Besseres schaffen. SVP strebt den Gewinn von zwei Mandaten in den eidgenössischen Wahlen an.» 18. August 1995. Schaffhauser Nachrichten: «Endspurt der Parteien». Wahlen 2003: Kampf um die Programme. 25. August 2003.
- 4 Dieser Teil wurde in enger Zusammenarbeit mit Simone Flacher erstellt.
- 5 In der Stadt Schaffhausen wählten an den Nationalratswahlen 47,50 Prozent der Bevölkerung SP. Im angrenzenden Neuhausen handelte es sich um 44,24 Prozent. Im Vergleich dazu wählten die ländlichen Gemeinden Trasadingen und Opfersheim fast 44 Prozent SVP. Siehe dazu die Parteistimmen-Prozente aller Listen in den einzelnen Gemeinden unter: http://www.sh.ch/doc/doc_download.cfm?random_param=675
- 6 Neue Zürcher Zeitung: «Überraschung bei den Schaffhauser Wahlen». 30. August 2004.
- 7 Die Schaffhauser SVP hiess ursprünglich Kantonaler Landwirtschaftsverband. Sie änderte noch vor dem Zweiten Weltkrieg ihren Namen in Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) und wurde 1971 zur Schweizerischen Volkspartei (SVP).
- 8 Siehe dazu die Resultate der Volksabstimmung unter www.admin.ch
- 9 In den Vergleich werden SP, FDP und SVP, die auf nationaler Ebene eine Rolle spielen, einbezogen. Auf die CVP wird hier nicht eingegangen. Sie hat 2003 zum ersten Mal nach Jah-

- ren wieder eine Liste für den Nationalrat aufgestellt, damit aber nur gerade 2,7 Prozent der Stimmen gewonnen. Von den im Kantonsrat sitzenden Kleinparteien wird nur auf die FPS eingegangen, da ihr Niedergang sehr wahrscheinlich mit dem Stimmengewinn der SVP zusammenhängt.
- 10 Schaffhauser Nachrichten: «Wahl 95. Die Politik muss offener, ehrlicher werden.». 10. Oktober 1995.
 - 11 Schaffhauser Nachrichten: «Achtung des Volkswillens hat Priorität.» Wahlen 2003: SVP will mehr Schaffhauser Qualität im Bundeshaus. 6. August 2003.
 - 12 Schaffhauser Nachrichten: Inserat der SP. 24. September 2003.
 - 13 Schaffhauser Nachrichten: «Die Suche nach einem Präsidenten geht weiter». Vor der Delegiertenversammlung der SVP: Nominierungen und Bestellung des Präsidiums. 19. März 2003.
 - 14 Siehe www.svp-sh.ch
 - 15 Schaffhauser Nachrichten: Für Freiheit, Leistung und Wohlstand. Verteidigung der zwei eidgenössischen Mandate oberstes Wahlziel der Schaffhauser FDP. 16. August 1995 und Joos, Walter. «Die Schweiz braucht neuen Schub.» Wahlen 2003: FDP setzt auf Wachstum und zeitgemässe Reformen. 2. Juli 2003.
 - 16 Das Einreichen einer Liste durch die NGP wurde von den Medien als eine amüsante Bereicherung des Wahlkampfes betrachtet. Der Titel eines Artikels in den Schaffhauser Nachrichten lautete: «Acht Kandidaten und ein Ausserirdischer». Nationalratswahlen: FDP, SVP, SP, FPS treten an – und ein Yogi aus Seelisberg. 23. August 1995.
 - 17 Schaffhauser Nachrichten: «Wir wollen Ständeräte, die das Volk vertreten.» 31. August 1995.
 - 18 Schaffhauser Nachrichten: Heiss-munterer Auftakt zur Parlamentswahl. 13. August 2003.

Luzern

- 1 Seit der Neuausrichtung der Partei im Jahre 1970 «CVP».
- 2 LZ, 03.10.1995. «Ist die SVP im Herbst noch so frisch wie im Frühling?», S. 16.
- 3 NLZ, 25.01.2000. «Wir haben ein Personalproblem», S. 28
- 4 LZ, 30.09.1995. «In Luzern dreht sich alles um das zehnte Mandat», S. 23.
- 5 LZ, 19.09.1995. «Auch um den achten und neunten Sitz wird gerangelt» S. 19.
- 6 Ebd.
- 7 LZ, 30.09.1995. «Ohne Christoph Blocher läuft fast gar nichts ...», S. 19.
- 8 LZ, 26.09.1995. «Morgarten gehört doch nicht Blocher», S. 21.
- 9 NZZ, 24.10.1995. «Erneut Stärkung der SVP in der Innerschweiz. CVP musste vor allem in Luzern Federn lassen», S. 17.
- 10 LZ, 03.10.1995. «Ist die SVP im Herbst noch so frisch wie im Frühling?», S. 16.
- 11 LZ, 30.9.1995. «In Luzern dreht sich alles um das zehnte Mandat», S. 23.
- 12 LZ, 28.09.1995. «Politisches Kreuzverhör über den Geleisen, die in die Bundeshauptstadt führen», S.19.
- 13 LNN, 13.10.1995. «Wahlen 95», S. 34–40. / LNN, 14.10.1995: «Wahlen 95», S. 26–33.
- 14 LZ, 23.09.1995. «Ausländerpolitik provoziert Littauer Jugend», S. 17.
- 15 LZ, 22.09.1995, S. 28.
- 16 LZ, 21.09.1995, S. 47.
- 17 LZ, 03.10.1995. «Ist die SVP im Herbst noch so frisch wie im Frühling?», S. 16.
- 18 NLZ, 06.09.2003, «Wer kommt, wer geht, wer bleibt?», S. 56.
- 19 NLZ, 06.09.2003, «Vom richtigen Wort zur rechten Zeit», S. 51.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 NLZ, 20.10.2003, «Müri: Ich kanns nicht fassen. Einfach rüdig», S. 29.
- 23 NLZ, 20.10.2003, «Der Surseer Quereinsteiger räumte ab», S. 29.

- 24 NLZ, 02.10.2003: «Bei Wahlwerbung geschummelt», S. 1.
 25 NLZ, 01.10.2003, «SVP-Attacke diskriminierend», S. 5.
 26 NLZ, 20.10.2003, «Müri: Ich kanns nicht fassen. Einfach rüüdig», S. 29.
 27 WOZ, 23.10.2003, «Wer Lämpen macht, muss aufs Land», S.7.

Tessin

- 1 Die PS ist die Tessiner Fraktion der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP).
- 2 Die PPD ist die Tessiner Fraktion der Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz (CVP).
- 3 Die PLR ist die Tessiner Fraktion der Freisinnigen-demokratischen Partei der Schweiz (FDP).
- 4 Das Tessin wies 2001 hinter dem Kanton Genf, zusammen mit dem Kanton Waadt, die zweithöchste Arbeitslosenquote auf. Das Volkseinkommen lag ebenfalls klar unter dem schweizerischen Durchschnitt (Bundesamt für Statistik, Daten zu 2001).
- 5 Die «Regio Insubrica» ist eine grenzüberschreitende Kooperation des Kantons Tessins und den Italienischen Provinzen Como, Varese und Novara, die sich um gemeinsame wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Belange kümmert.
- 6 Diese Konfliktlinie kann auch als «Modernisierung und Öffnung versus Tradition und Alleingang» bezeichnet werden (Hardmeier und Vatter 2003; Klöti 1998; Mazzoleni 2003b).
- 7 Am 5. November 1922 hat das Tessiner Stimmvolk das Wahlsystem von Giuseppe Cattori angenommen.
- 8 In den ersten Regierung sass neben den grossen Parteien (SP, CVP und FDP) auch ein Vertreter der Bauern.
- 9 Zwischen 1947 und 1967 regierten die SP und die FDP mit drei Kantonsräten.
- 10 Ausnahmen bilden Resultate der Bauernpartei zwischen 1921 und 1931, die bis zu 7 Parlamentsmitglieder hatte.
- 11 Dieser kann durch die Wiedervereinigung der PSA und der PST erklärt werden.
- 12 Leider konnte die Links-Rechts-Positionierung für die SVP und die «Verdi» (Grünen) im Jahr 1995 nicht durchgeführt werden, da nicht genügend Fälle zur Verfügung standen.
- 13 van der Brug (2003) erkannte in anderen westeuropäischen Staaten ähnliche Zusammenhänge.
- 14 Leider musste auch hier aufgrund der niedrigen Fallzahlen auf die Darstellung von SVP und «Verdi» im Jahre 1995 verzichtet werden.

Waadt

- 1 Während sich 1995 der Mittelwert zur Einstellung zur EU auf einer Skala von -2 (EU-Beitritt) bis +2 (kein EU-Beitritt) bei -1.13 befand, veränderte sich die Einstellung bis 2003 auf -0.51
- 2 Eine Diskussion der übrigen Konflikte und der Entstehung des Parteiensystems findet sich bei Vatter (2002).
- 3 Journal de Genève et Gazette de Lausanne: 13.2.1993.
- 4 Le Temps: 12.6.2003.
- 5 24 heures: 17-18.6.2000.
- 6 1995 empfanden 47 Prozent der Befragten eine sehr starke Abneigung gegenüber Blocher, 2003 waren es es noch 37 Prozent, die auf der Skala den Extremwert wählten. Der Mittelwert der Sympathie auf der 10er-Skala ist zwischen 1995 und 2003 von -3.2 auf -2.2 klar gestiegen.
- 7 Dies könnte allerdings auch an der Art der Datenerhebung liegen, da nach einem «Problem» gefragt wurde und die Romands bekanntlich europafreundlicher eingestellt sind als die Deutschschweizer.

- 8 Le Temps, 14.1.2003: « Le centre droit vaudois parviendra-t-il à se ressouder pour les élections fédérales? »
- 9 Le Temps, 14.1.2003: « Le centre droit vaudois parviendra-t-il à se ressouder pour les élections fédérales? »
- 10 Vgl. Le Temps, 14.1.2003, S.13 und 24 heures, 24.1.03, S.30: « L'UDC-Vaud tente de poursuivre sur la voie du succès. »
- 11 Le Temps, 11.6.2003, S. 14: « Dispute des cousins vaudois: les radicaux trahiront-ils les libéraux dans la course fédérale au Conseil des Etats? »
- 12 24 heures, 6.6.03,S.2. « Editorial. Droite vaudoise: la mésentente cordiale. »
- 13 Vgl. NZZ, 16.9.03, S.79: «Gerangel um zusätzlichen Sitz» und Le Temps, 14.1.2003, S. 13. « Le centre droit vaudois parviendra-t-il à ressouder pour les élections fédérales? »
- 14 24 heures, 24.1.2003, S.30.
- 15 24 heures, 24.1.2003, S.30.
- 16 SVP Waadt. Online im Internet: «Parteifest vom 19. September 2003, Casino de Montreux., Vaud. Pdf»
- 17 SVP Waadt (2003): lignes directrices. Online im Internet: www.udc-vaud.ch.
- 18 SVP Schweiz (2003): Plattform. Online im Internet: www.svp.ch.
- 19 SVP Waadt, (2003). lignes directrices.
- 20 SVP Waadt(2003): lignes directrices.
- 21 24 heures, 24.1.2003, S.30: « L'UDC-Vaud tente de poursuivre sur la voie du succès. »
- 22 « L'UDC Vaud soutient: le maintien de la demande d'ouverture de négociations, à réactiver au moment où cela sera favorable aux intérêts de notre pays. » SVP Waadt (2003): lignes directrices.
- 23 24 heures, 28.9.2003: « L'UDC-Vaud laisse de plus en plus souvent son tracteur au garage. »
- 24 24 heures, 20.1.2003, S. 23. « Elections fédérales: l'état des lieux. »
- 25 Le Temps, 11.6.2003, S.14.
- 26 Le Temps, 11.6. 2003, S.14, Le Temps 14.1.2003, 24 heures, 6.6.2003.
- 27 24 heures, 11.10.2003: « Cette campagne est devenue indéfendable. »
- 28 Im Unterschied zur EU-Frage, der Parteiidentifikation und der Links-Rechts-Einstufung ändert sich auch im Modell ohne Blocher daran nichts.

Genf

- 1 Petignat, Yves (2001). Si vous avez raté le début. Trente-six ans de droite nationale à Genève. Le Temps. 13.10.2001
- 2 Im Vergleich dazu sind es im Kanton Zürich 2,9 Prozent und im Kanton Glarus 50 Prozent der Stimmen.
- 3 Für das Jahr 1995 haben wir die Berichterstattung der folgenden Zeitungen untersucht: La Tribune de Genève, Le Journal de Genève (eine der Vorgängerzeitungen des heutigen Le Temps), Le Courrier und Le Matin Dimanche. Für das Wahljahr 2003 wurden dieselben Zeitungstitel wie 1995 berücksichtigt – mit der Ausnahme des Journal de Genève, das in der Zwischenzeit mit Le Nouveau Quotidien zu Le Temps fusioniert hat. Dementsprechend wurde neu diese Tageszeitung in die Analyse miteinbezogen.
- 4 Journal de Genève, 19.10.1995, S. 26 f.: « Le gouvernement homogène à la genevoise – a-t-il une chance de durer? ».
- 5 Die Printmedienanalyse 2003 für den Kanton Genf stützt sich auf die Ausgaben von drei Zeitungen ab: La Tribune de Genève (Tageszeitung, lokal), Le Temps (Tageszeitung, überregional) und Le Matin Dimanche (Wochenzeitung, überregional). Erfasst wurden Artikel im Zeitraum vom 24. August bis 19. Oktober 2003, insgesamt 630 an der Zahl. In diesen Artikeln wurden total 462 Sachfragen identifiziert, wobei einem Artikel maximal drei Sachfragen zugeordnet wurden.

- 6 Tribune de Genève, 26.09.2003: « L'UDC genevoise file à Berne dans le sillage du parti suisse ».
- 7 Tribune de Genève, 13.10.2003: « Etat de santé des partis genevois en route pour Berne ».
- 8 Vergleiche zwischen dem individuellen Wahlverhalten der beiden untersuchten Jahre sind deshalb mit Vorsicht zu geniessen.
- 9 Der Begriff «SVP-Stammwählerschaft» ist in einem gesamtschweizerischen Kontext zu sehen. Da die Genfer SVP eine sehr junge Partei ist, kann hier noch nicht von einer eigenen Stammwählerschaft gesprochen werden.
- 10 Der Referenzkategorie im Modell 2 gehören Stimmbürger und Stimmbürgerinnen an, die über alle folgenden Eigenschaften verfügen: Sie gehören bereits im Modell 1 der Referenzkategorie an; sie identifizieren sich politisch nicht mit der SVP; sie positionieren sich bei allen Sachfragen, bei der Links-Rechts-Selbsteinstufung, bei der Sympathie für Blocher und beim Ausdruck politischen Protests genau in der Mitte zwischen den beiden Extrempositionen.

Kantonaler Vergleich

- 1 Die Mittelwerte zeigen die durchschnittlichen Wählerpotenziale, -anteile und Ausschöpfungsquoten in den Kantonen sowie deren Veränderung über Zeit an. Die Standardabweichungen sind ein Mass der Streuung dieser Merkmale zwischen den Kantonen. Die Standardabweichung wird berechnet als die Quadratwurzel aus der Summe der quadrierten Abweichungen aller beobachteten Werte eines Merkmals von seinem Mittelwert geteilt durch die Anzahl der Beobachtungen.
- 2 Die durchschnittliche kantonale Abweichung im SVP-Potenzial unter Kontrolle von sozialen und politischen Merkmalen beträgt für 1995 2,6 und für 2003 3,7 Prozentpunkte. Die entsprechenden Werte, wenn nur soziale Merkmale und die Sympathie für Christoph Blocher kontrolliert werden, sind 2,7 beziehungsweise 3,7. Keine andere politische Einstellung führt zu einer so grossen Verringerung der kantonalen Abweichungen, weder 1995 noch 2003.
- 3 Der Unterschied in der Wahlwahrscheinlichkeit zwischen der höchsten und der tiefsten Sympathie für Christoph Blocher lag im Tessin bei 52, in Bern bei 56 und in den anderen Kantonen zwischen 58 (Schaffhausen) und 65 Prozent (Luzern).
- 4 Unter den Hauptkonkurrentinnen aus dem bürgerlichen Lager verstehen wir in der Deutschschweiz und im Tessin die FDP und die CVP, und in der Westschweiz die FDP, die LPS und die CVP. Hypothesen zu den Auswirkungen der Wettbewerbsstruktur zwischen der SVP und den kleineren rechten Parteien auf den Mobilisierungserfolg lassen sich an dieser Stelle aufgrund fehlender Daten zu den Wählerpotenzialen und deren Überschneidungen leider nicht überprüfen.
- 5 Die euklidische Distanz d zwischen zwei Parteien i und j in einem politischen Raum, der durch zwei orthogonale Konfliktdimensionen X und Y definiert ist, beträgt

$$d_{ij} = \sqrt{(x_i - x_j)^2 + (y_i - y_j)^2} .$$
- 6 Der Kanton Genf konnte hier leider nicht berücksichtigt werden, da die SVP bei den Wahlen 1995 dort nicht angetreten ist und sich daher ihre Position im politischen Raum auf Basis der Wählerdaten nicht bestimmen lässt.
- 7 Siehe dazu die Figuren in der Einleitung zu diesem Band.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

- 1 In Genf gab es 1995 noch keine der SVP nahe stehenden Personen in unserer Stichprobe.

Technischer Anhang

- 1 Sämtliche ausführlich dokumentierten Selects-Daten sind über den Schweizerischen Informations- und Datenarchivdienst für die Sozialwissenschaften SIDOS (www.sidos.ch) öffentlich verfügbar (Ref.Nr. 1815 und 7918).
- 2 In den Selects-Befragungen kommen diese beiden Formulierungen in Abhängigkeit davon zum Einsatz, ob ein jeweiliger Respondent sein Wahlrecht in einem Proporz- oder in einem Majorzkanton hat.
- 3 In der kantonalen Panelbefragung der Genfer, Luzerner und Zürcher Wählerschaft im Rahmen von Selects 1999 kamen diese Indikatoren bereits zum Einsatz. Diese Daten werden hier jedoch nicht verwendet.
- 4 Namentlich für die vier Bundesratsparteien FDP, CVP, SP und SVP, für die Grünen sowie in den Kantonen Zürich Bern und Aargau für die EVP, in den Kantonen Waadt und Genf für die LPS und im Tessin für die Lega die Ticinesi.
- 5 Tillie (1995) demonstriert anhand von niederländischen Daten, dass der Zusammenhang zwischen der Selbsteinstufung auf diesen Skalen und den latenten Parteipräferenzen der Befragten tatsächlich linear ist.
- 6 Modelle des Parteientscheids in seiner klassischen Variante werden hingegen in der Regel logistisch spezifiziert und mittels Maximum Likelihood (ML) geschätzt, was die Interpretation der Ergebnisse erheblich erschwert (siehe zum Beispiel Sanders und Brynin 1998).
- 7 Den 2079 Respondenten der nationalen Stichprobe wurden unmittelbar nach dem Telefoninterview, in dem die Wahlwahrscheinlichkeiten erhoben wurden, ein schriftlicher Fragebogen zugesandt, der unter anderem die Partesympathie-Thermometer der *Comparative Study of Electoral Systems (CSES)* enthielt, die auch im Rahmen der Querschnittsbefragung von Selects 1995 erhoben wurden. Dabei wurden die Respondenten gebeten, die sechs oben genannten Parteien auf einer Sympathieskala von 0 bis 10 zu verorten. 1418 Respondenten (68 Prozent) schickten den ausgefüllten Fragebogen zurück.
- 8 Dieses simple Imputationsverfahren hat den Nachteil, dass es kein Mass der Unsicherheit über die Imputationen enthält, das in die spätere Schätzung substanzieller Modelle einfließt. Auf die Verwendung multipler Imputationen, die dieses Problem lösen (siehe zum Beispiel King et al. 2001), wurde zu Gunsten der Einfachheit verzichtet.
- 9 Zu den Details dieser Berufsgruppenklassifikation siehe (Kriesi 1998c).
- 10 Siehe dazu auch die Untersuchungen von Hermann und Leuthold (2003) und Mazzoleni (2003a).
- 11 Für die SP waren das 1995 Ruth Dreifuss und 2003 Micheline Calmy-Rey; für die CVP 2003 Ruth Metzler; für die FDP 1995 Kaspar Villiger und 2003 Pascal Couchepin; und für die SVP in beiden Wahljahren Christoph Blocher.
- 12 Theoretisch gelten zwar gerade die ideologische Orientierung und die Parteiidentifikation als relativ stabil und gegenüber den Issue- und Kandidatenorientierungen als kausal vorgeordnet. Es gibt aber zahlreiche empirische Belege dafür, dass es deutliche Rückwirkungen von Issue- und Kandidatenorientierungen auf Ideologie und Identifikation gibt. Daher werden alle diese politischen Merkmale hier in einem Schritt modelliert.
- 13 Zu Interaktionseffekten in linearen Regressionen siehe Jaccard und Turrisi (1990).
- 14 Gerade das enorme Wählerpotenzial der GPS erscheint auf den ersten Blick erstaunlich in Anbetracht des wesentlich geringeren Wähleranteils, den diese kleine Partei im Schnitt bei Nationalratswahlen erringt. Möglicherweise hat dies aber mit der Perzeption vieler kleiner Parteien als *One-issue-movements* zu tun, die zu wählen viele Wahlberechtigten in Ausnahmesituationen (hier etwa für den Fall, dass sich die Umweltproblematik katastrophal verschärfen würde) nicht ausschliessen würden. Eine weitere mögliche Erklärung, die allerdings eher auf Konkurrenzdemokratien mit Mehrparteiensystemen und relativ hohen elektoralen Zugangshürden zutreffen dürfte, ist strategisches Wählen. So wären möglicherweise Teile der

Anhänger der CDU oder der SPD in Deutschland bereit, die kleineren (potenziellen) Koalitionspartner FDP und Grüne zu wählen, wenn diese bei einer Wahl an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern drohten.

Literaturverzeichnis

- Abedi, Amir (2002). «Challenges to established parties: The effects of party system features on the electoral fortunes of anti-political-establishment parties», *European Journal of Political Research* 41: 551–583.
- Alvarez, R. Michael, Jonathan Nagler und Shaun Bowler (2000). «Issues, Economics, and the Dynamics of Multiparty Elections: The British 1987 General Election», *American Political Science Review* 94(1): 131–149.
- Antonio, Robert J. (2000). «After Postmodernism: Reactionary Tribalism», *American Journal of Sociology* 106(2): 40–87.
- Armingeon, Klaus (1998). «Es gibt sie doch, die Schweizer Wahlen! Die Unterschiedlichkeit des Wahlverhaltens zwischen Kantonen im internationalen Vergleich», in Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Ulrich Klöti (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1995*. Bern: Haupt, pp. 273–295.
- Bartolini, Stefano (2000). *The Political Mobilization of the European Left, 1860–1980. The Class Cleavage*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bartolini, Stefano und Peter Mair (1990). *Identity, Competition, and Electoral Availability: The Stabilization of European Electorates 1885–1985*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Betz, Hans-Georg (2001). «Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie», in Dietmar Loch und Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.). *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, pp. 167–185.
- Betz, Hans-Georg (2005). *Globalization, Representation, and the Populist Challenge*. Im Erscheinen.
- Bornschieer, Simon (2005). «Unis dans l'opposition à la mondialisation? Une analyse de la convergence programmatique des partis populistes de droite en Europe», *Revue Internationale de Politique Comparée* 12(4): (im Erscheinen).
- Brooks, Clem, Jeff Manza und Catherine Bolzendahl (2003). «Voting Behavior and Political Sociology: Theories, Debates, and Future Directions», in Betty A. Dobratz, Lisa K. Waldner und Timothy Buzzell (Hrsg.). *Political Sociology for the 21st Century*. Amsterdam: JAI.

- Brug, Wouter van der (2003). «How the LPF Fuelled Discontent: Empirical tests of the explanations of LPF support», *Acta Politica* 38(1): 89–106.
- Brug, Wouter van der und Meindert Fennema (2003). «Protest or mainstream? How the European anti-immigrant parties developed into two separate groups by 1999», *European Journal of Political Research* 42: 55–76.
- Brug, Wouter van der, Meindert Fennema und Jean Tillie (im Erscheinen). «Why some anti-immigrant parties fail and other succeed: A two-step model of aggregate electoral support», *Comparative Political Studies*.
- Budge, Ian und Dennis Farlie (1983). *Explaining and Predicting Elections*. London: Allen & Unwin.
- Budge, Ian, David J. Robertson und Derek Hearl (Hrsg.) (1987). *Ideology, Strategy and Party Change: Spatial Analyses of Post-War Election Programmes in Nineteen Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bürklin, Wilhelm und Markus Klein (1998). *Wahlen und Wählerverhalten: Eine Einführung*. 2. Auflage. Opladen: Leske + Budrich.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes (1960). *The American voter*. New York: Wiley & Sons.
- Caramani, Daniele (2004). *The Nationalization of Politics. The Formation of National Electorates and Party Systems in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Coleman, James S. (1986). «Social Theory, Social Research, and a Theory of Action», *American Journal of Sociology* 91(6): 1309–1335.
- Dalton, Russell J. (1999). «Political Support in Advanced Industrial Democracies», in Pippa Norris (Hrsg.). *Critical Citizens: Global Support for Democratic Government*. Oxford: Oxford University Press, pp. 57–77.
- Dalton, Russell J. (2002). «Political Cleavages, Issues, and Electoral Change», in Lawrence LeDuc, Richard G. Niemi und Pippa Norris (Hrsg.). *Comparing Democracies 2: New Challenges in the Study of Elections and Voting*. London: Sage, pp. 189–209.
- Dalton, Russell J., Scott C. Flanagan und Paul Allen Beck (Hrsg.) (1984). *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment?* Princeton: Princeton University Press.
- Dalton, Russell J. und Martin P. Wattenberg (Hrsg.) (2000). *Parties Without Partisans: Political Change in Advanced Industrial Democracies*. Oxford: Oxford University Press.

- Davis, James A. (1985). *The Logic of Causal Order*. Sage University Papers Series on Quantitative Applications in the Social Sciences, 07–055. Newbury Park: Sage.
- Département des Finances (2002). *Projet du Budget 2003 de l'Etat de Genève*. Genève: République et Canton, Département des Finances.
- Deth, Jan W. van (1986). «A Note on Measuring Political Participation in Comparative Research», *Quality and Quantity* 120: 261–272.
- Dooren, Ron van (1994). *Messengers from the Promised Land: An interactive theory of political charisma*. Leiden: DSWO Press, Leiden University.
- Downs, Anthony (1957). “An Economic Theory of Political Action in Democracy”, *The Journal of Political Economy* 65(2): 135–150.
- Duverger, Maurice (1954). *Political Parties: Their Organization and Activity in the Modern State*. London: Methuen.
- Easton, David (1965). *A Systems Analysis of Political Life*. New York: Wiley.
- Eijk, Cees van der und Mark N. Franklin (Hrsg.) (1996). *Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union*. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Eijk, Cees van der, Mark Franklin und Erik Oppenhuis (1996). «The Strategic Context: Party Choice», in Cees van der Eijk und Mark N. Franklin (Hrsg.). *Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union*. Ann Arbor: The University of Michigan Press, pp. 332–365.
- Eijk, Cees van der und Broer Niemöller (1983). *Electoral Change in the Netherlands. Empirical Results and Methods of Measurement*. Amsterdam: CT Press.
- Elff, Martin (2002). «Parteiensystem, Sozialstruktur und Wahlabsicht. Der Wandel im Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlabsicht in sieben europäischen Nationen und die programmatische Polarisierung zwischen Parteilagern, 1975–1998», in Frank Brettschneider, Jan van Deth und Edeltraud Roller (Hrsg.). *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?* Opladen: Leske + Budrich, pp. 279–313.
- Enelow, James M. und Melvin J. Hinich (1984). *The Spatial Theory of Voting: An Introduction*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Epple, Ruedi (2002). «Schaffhausen im Umbruch: Das 19. und 20. Jahrhundert im Überblick», in Historischer Verein des Kantons Schaffhausen (Hrsg.). *Schaffhauser Kantonsgeschichte*. Band I. Schaffhausen: Historischer Verein, pp. 16–137.
- Esping-Andersen, Gøsta (1999). «Politics Without Class? Postindustrial Cleavages in Europe and America», in Herbert Kitschelt, Peter Lange et

- al. (Hrsg.). *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press, pp. 293–316.
- Evans, Geoffrey (Hrsg.) (1999). *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*. Oxford: Oxford University Press.
- Flanagan, Scott C. und Russell J. Dalton (1990). «Models of Change», in Peter Mair (Hrsg.). *The West European Party System*. Oxford: Oxford University Press, pp. 232–246.
- Franklin, Charles H. (1989). «Estimation Across Data Sets: Two-Stage Auxiliary Instrumental Variables Estimation (2SAIV)», *Political Analysis* 1(1): 1–24.
- Franklin, Mark (1985). *The Decline of Class Voting in Britain*. Oxford: Oxford University Press.
- Franklin, Mark (2002). «Book Review of Geoffrey Evans (ed.), *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*, Oxford University Press (1999)», *Party Politics* 8(5): 617–624.
- Franklin, Mark, Tom Mackie und Henry Valen (Hrsg.) (1992). *Electoral Change: Responses to evolving social and attitudinal structures in western countries*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Fraser, Nancy (2001). «Social Justice in the Age of Identity Politics: Redistribution, Recognition, and Participation», in Nancy Fraser und Axel Honneth (Hrsg.). *Redistribution or Recognition? A Political Philosophical Exchange*. London: Verso, pp. 7–109.
- Hardmeier, Sibylle (2003). «Amerikanisierung der Wahlkampfkommunikation? Einem Schlagwort auf der Spur», in Pascal Sciarini, Sibylle Hardmeier und Adrian Vatter (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1999*. Bern: Haupt, pp. 219–248.
- Hardmeier, Sibylle und Adrian Vatter (2003). «Synthese – Die Ursachen des SVP-Wahlerfolgs», in Pascal Sciarini, Sibylle Hardmeier und Adrian Vatter (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1999*. Bern: Haupt, pp. 427–456.
- Hardy, Melissa A. (1993). *Regression with Dummy Variables*. Sage University Paper Series on Quantitative Application in the Social Sciences, 07–093. Newbury Park: Sage.
- Hartmann, Hans und Franz Horvath (1995). *Zivilgesellschaft von Rechts. Die Erfolgsstory der Zürcher SVP*. Zürich: Realotopia Verlagsgenossenschaft.
- Held, David (1995). *Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance*. Cambridge: Polity Press.

- Hermann, Michael und Heiri Leuthold (2001). «Weltanschauungen und ihre soziale Basis im Spiegel eidgenössischer Volksabstimmungen», *Swiss Political Science Review* 7(4): 39–63.
- Hermann, Michael und Heiri Leuthold (2003). *Atlas der politischen Landschaften: ein weltanschauliches Porträt der Schweiz*. Zürich: vdf-Verlag.
- Hermann, Michael, Heiri Leuthold und Hanspeter Kriesi (1999). «Die politische Landkarte der Schweiz», *Das Magazin* 40/9(15. Oktober): 18–30.
- Hofer, Roland, Oliver Krömmer und Curdin Seeli (2004). *Die Wahlerfolge der SVP im Kanton Zürich. Eine Untersuchung der Nationalratswahlen 1995 und 2003*. Forschungsarbeit im Seminar «Wahlen 2003», Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich.
- Holzer, Thomas und Wolf Linder (2003). «Die Wahlentscheidung im Wechselspiel zwischen Parteiidentifikation und Sachfragenorientierung», in Pascal Sciarini, Sibylle Hardmeier und Adrian Vatter (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1999*. Bern: Haupt, pp. 58–122.
- Ignazi, Piero (1992). «The silent counter-revolution: Hypotheses on the emergence of extreme right-wing parties in Europe», *European Journal of Political Research* 22: 3–33.
- Immerfall, Stefan (1998). «The Neo-Populist Agenda», in Hans-Georg Betz und Stefan Immerfall (Hrsg.). *The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies*. New York: St. Martin's Press, pp. 249–261.
- Inglehart, Ronald und Dusan Sidjanski (1975). «Electeurs et dimension gauche-droite», in Dusan Sidjanski, Charles Roig et al. (Hrsg.). *Les Suisses et la politique: Enquête sur les attitudes d'électeurs suisses (1972)*. Bern: Lang, pp. 83–124.
- Iyengar, Shanto und Adam F. Simon (2000). «New Perspectives and Evidence on Political Communication and Campaign Effects», *Annual Review of Psychology* 51: 149–169.
- Jaccard, James und Robert Turrisi (1990). *Interaction Effects in Multiple Regression*. Sage University Papers Series on Quantitative Applications in the Social Sciences, 07–072. Newbury Park: Sage.
- Jackson, John E. (1975). «Issues, Party Choices, and Presidential Votes», *American Journal of Political Science* 19: 161–185.
- Joos, Eduard und Bernhard Ott (2002). «Politik: Vom Obrigkeitsstaat zum demokratischen Pluralismus», in Historischer Verein des Kantons Schaffhausen (Hrsg.). *Schaffhauser Kantonsgeschichte*. Band II. Schaffhausen: Historischer Verein, pp. 612–903.

- Juhász, Zoltan (2002). «Gleich und Gleich gesellt sich gern – oder die Bedeutung der Ähnlichkeit bei der Bewertung von Politikern», in Frank Brettschneider, Jan van Deth und Edeltraud Roller (Hrsg.). *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?* Opladen: Leske + Budrich, pp. 187–213.
- Jung, Matthias und Dieter Roth (1998). «Wer zu spät geht, den bestraft der Wähler: eine Analyse der Bundestagswahl 1998», *Aus Politik und Zeitgeschichte* B52(18. Dezember): 3–19.
- Katz, Richard S. und Peter Mair (1995). «Changing Models for Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party», *Party Politics* 1(1): 5–28.
- Keohane, Robert O. und Helen V. Milner (Hrsg.) (1996). *Internationalization and Domestic Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Keohane, Robert O. und Joseph S. Nye (2001). *Power and Interdependence. World Politics in Transition*. 3. Auflage. New York: Longman.
- Kepplinger, Hans Mathias (1991). «The Impact of Presentation Techniques: Theoretical Aspects and Empirical Findings», in Frank Bocca (Hrsg.). *Television and Political Advertising*. Hillsdale: Erlbaum, pp. 173–194.
- Kepplinger, Hans Mathias, Hans-Bernd Brosius und Stefan Dahlem (1994). «Charakter oder Sachkompetenz von Politikern: Woran orientieren sich die Wähler?», in Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase (Hrsg.). *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag, pp. 472–505.
- King, Gary, James Honaker, Anne Joseph und Kenneth Scheve (2001). «Analyzing Incomplete Political Science Data: An Alternative Algorithm for Multiple Imputation», *American Political Science Review* 95(1): 49–69.
- Kitschelt, Herbert (1994). *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kitschelt, Herbert (2001). «Politische Konfliktlinien in westlichen Demokratien: ethnisch-kulturelle und wirtschaftliche Verteilungskonflikte», in Dietmar Loch und Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.). *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, pp. 418–442.
- Kitschelt, Herbert in collaboration with Anthony J. McGann (1995). *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*. Ann Arbor: The University of Michigan Press.

- Kitschelt, Herbert und Anthony J. McGann (2003). «Die Dynamik der schweizerischen Neuen Rechten in komparativer Perspektive: die Alpenrepubliken», in Pascal Sciarini, Sibylle Hardmeier und Adrian Vatter (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1999*. Bern: Haupt, pp. 183–216.
- Kleinnijenhuis, Jan und Jan A. De Ridder (1998). «Issue news and electoral volatility. A comparative analysis of media effects during the 1994 election campaigns in Germany and the Netherlands», *European Journal of Political Research* 33: 413–437.
- Klingemann, Hans-Dieter (1995). «Party Positions and Voter Orientations», in Hans-Dieter Klingemann und Dieter Fuchs (Hrsg.). *Citizens and the State*. Oxford: Oxford University Press, pp. 183–205.
- Klingemann, Hans-Dieter (1999). «Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis», in Pippa Norris (Hrsg.). *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford: Oxford University Press, pp. 31–56.
- Klöti, Ulrich (1998). «Kantonale Parteiensysteme. Bedeutung des kantonalen Kontexts für die Positionierung der Parteien», in Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Ulrich Klöti (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1995*. Bern: Haupt, pp. 45–72.
- Kriesi, Hanspeter (1998a). «Einleitung», in Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Ulrich Klöti (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1995*. Bern: Haupt, pp. 1–16.
- Kriesi, Hanspeter (1998b). *Le système politique suisse*. 2^e édition. Paris: Economica.
- Kriesi, Hanspeter (1998c). «The transformation of cleavage politics. The 1997 Stein Rokkan lecture», *European Journal of Political Research* 33: 165–185.
- Kriesi, Hanspeter (2001). «The Federal Parliament: The limits of institutional reform», in Jan-Erik Lane (Hrsg.). *The Swiss Labyrinth. Institutions, Outcomes, Redesign*. London: Frank Cass, pp. 59–76.
- Kriesi, Hanspeter (2002). «Politische Folgen nationaler Identität», in Catherine Bosshart-Pfluger, Joseph Jung und Franziska Metzger (Hrsg.). *Nation und Nationalismus in Europa: kulturelle Konstruktion von Identitäten. Festschrift für Urs Altermatt*. Frauenfeld: Huber, pp. 565–586.
- Kriesi, Hanspeter (2003). «Wahlentscheide bei Ständeratswahlen», in Pascal Sciarini, Sibylle Hardmeier und Adrian Vatter (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1999*. Bern: Haupt, pp. 147–181.

- Kriesi, Hanspeter und Jan-Willem Duyvendak (1995). «National Cleavage Structures», in Hanspeter Kriesi, Ruud Koopmans et al. (Hrsg.). *New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis*. Minneapolis: Minnesota University Press, pp. 3–25.
- Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Romain Lachat et al. (2005). *Globalization and the transformation of the national political space: six European countries compared*. *European Journal of Political Research* (im Erscheinen).
- Kriesi, Hanspeter und Romain Lachat (2004). *Globalization and the transformation of the national political space: Switzerland and France compared*. CIS Working Paper. No 1, published by the Center for Comparative and International Studies (ETH Zurich and University of Zurich).
- Kriesi, Hanspeter, Claude Longchamp, Florence Passy und Pascal Sciarini (1993). *Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 6. Dezember 1992*. Vox Nr. 47. Bern: GfS-Gesellschaft für praktische Sozialforschung.
- Kriesi, Hanspeter und Pascal Sciarini (2003). «Auswirkungen von Sachpräferenzen auf die Wahlentscheidung», in Pascal Sciarini, Sibylle Hardmeier und Adrian Vatter (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1999*. Bern: Haupt, pp. 321–368.
- Kriesi, Hanspeter und Pascal Sciarini (2004). «The Impact of Issue Preferences on Voting Choices in the Swiss Federal Elections, 1999», *British Journal of Political Science* 34: 725–759.
- Lachat, Romain (2004). *A Heterogeneous Electorate: Individual-Level Differences in the Process of Formation of Voting Choices in Germany and Switzerland*. PhD Thesis. University of Zurich.
- Ladner, Andreas (1999). «Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien», in Ulrich Klöti, Peter Knoepfel et al. (Hrsg.). *Handbuch der Schweizer Politik*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, pp. 211–258.
- Lazarsfeld, Paul F., Bernard Berelson und Hazel Gaudet (1944). *The People's Choice. How the Voter makes up his Mind in a Presidential Campaign*. New York: Columbia University Press.
- Linder, Wolf (1998). «Parteien-, Persönlichkeits-, Europa- oder Traditionswahl? Eine systematische Untersuchung des Einflusses der Sachthemen auf den Wahlentscheid», in Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Ulrich Klöti (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1995*. Bern: Haupt, pp. 131–160.
- Lipset, Seymour M. (1960). *Political Man. The Social Bases of Politics*. London: Heinemann.

- Lipset, Seymour M. und Stein Rokkan (1967). «Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction», in Seymour M. Lipset und Stein Rokkan (Hrsg.). *Party Systems and Voter Alignments*. New York: The Free Press, pp. 1–64.
- Lipset, Seymour M. und Stein Rokkan (1990). «Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments», in Peter Mair (Hrsg.). *The West European Party Systems*. Oxford: Oxford University Press, pp. 91–138.
- Longchamp, Claude (1998). *Themenhierarchisierung und Klimaerzeugung. Überlegungen zur Bedeutung des «agenda-setting»-Ansatzes für die Analyse und Gestaltung von politischen Kampagnen am Beispiel der schweizerischen Nationalratswahlen 1983–1995*. Referat gehalten am Kongress «Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien», Wien, 17./18. April 1998. Online im Internet: www.polittrends.ch/wahlen/agenda-setting.html (Stand: Februar 2005).
- Longchamp, Claude (2003). *Bi-Polarisierung und Rechtstendenz als Haupttrends 2003*. Online in Internet: <http://www.polittrends.ch/parteien/parteienbarometer/partbar.html> [Stand 07.04.2003].
- Lubbers, Marcel, Mérove Gijssberts und Peer Scheepers (2002). «Extreme right-wing voting in Western Europe», *European Journal of Political Research* 41: 345–378.
- Mair, Peter (2001). «The freezing hypothesis. An evaluation», in Lauri Karvonen und Stein Kuhle (Hrsg.). *Party Systems and Voter Alignments Revisited*. London: Routledge, pp. 27–44.
- Mair, Peter, Seymour Martin Lipset, Michael Hout und John H. Goldthorpe (1999). «Critical Commentary: Four Perspectives on The End of Class Politics?», in Geoffrey Evans (Hrsg.). *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*. Oxford: Oxford University Press, pp. 308–322.
- Martin, Pierre (2000). *Comprendre les évolutions électorales. La théorie des réalignements revisitée*. Paris: Presses de Sciences Po.
- Mayhew, David R. (2000). «Electoral Realignments», *Annual Review of Political Science* 3: 449–474.
- Mazzoleni, Oscar (2003a). «La dimension gauche-droite et le choix partisan», in Pascal Sciarini, Sibylle Hardmeier und Adrian Vatter (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1999*. Bern: Haupt, pp. 123–146.
- Mazzoleni, Oscar (2003b). *Nationalisme et populisme en Suisse*. Lausanne: Presses polytechniques et universitaires romandes.
- Miller, William L. und Richard G. Niemi (2002). «Voting Choice, Conditioning, and Constraint», in Lawrence LeDuc, Richard G. Niemi

- und Pippa Norris (Hrsg.). *Comparing Democracies 2. New Challenges in the Study of Elections and Voting*. London: Sage, pp. 169–188.
- Mughan, Anthony, Clive Bean und Ian McAllister (2003). «Economic globalization, job insecurity and the populist reaction», *Electoral Studies* 22: 617–633.
- Offe, Claus (1996). «Bewährungsproben. Über einige Beweislasten bei der Verteidigung der liberalen Demokratie», in Werner Weidenfeld (Hrsg.). *Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts*. Berlin: Siedler, pp. 144–146.
- Ohr, Dieter (2000). «Wird das Wählerverhalten zunehmend personalisierter, oder: Ist jede Wahl anders? Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidung in Deutschland von 1961 bis 1998», in Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski et al. (Hrsg.). *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland: Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, pp. 272–308.
- Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (2000). «Rechtspopulistische Resonanzen: Die Wählerschaft der FPÖ», in Fritz Plasser, Peter A. Ulram und Franz Sommer (Hrsg.). *Das österreichische Wahlverhalten*. Wien: Signum Verlag, pp. 225–241.
- Rabinowitz, George, Ola Listhaug und Stuart Elaine Macdonald (1991). «Issues and Party Support in Multiparty Systems», *American Political Science Review* 85(4): 1108–1131.
- Rabinowitz, George und Stuart Elaine Macdonald (1989). «A Directional Theory of Issue Voting», *American Political Science Review* 83(1): 93–121.
- Rokkan, Stein (2000). *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken, rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rosenkranz, Paul (1996). *Luzer Land Leute Staat*. Luzern: Kantonaler Lehrmittel Verlag.
- Rossi, Angelo (1975). *Un'economia a rimorchio*. Lugano: Fondazione P. Pellegrini.
- Rossi, Martino (1984). *Dal più stato al meno stato*. Lugano: Fondazione P. Pellegrini.
- Saint-Ouen, François (1986). «Vers une remontée du national-populisme en Suisse? Le cas des vigilants genevois», *Annuaire politique suisse* 26: 211–224.
- Sanders, David und Malcolm Brynin (1998). «Ordinary Least Squares and Logistic Regression Analysis», in Elinor Scarbrough und Eric

- Tanenbaum (Hrsg.). *Research Strategies in the Social Sciences: A Guide to New Approaches*. Oxford: Oxford University Press, pp. 29–52.
- Sani, Giacomo und Giovanni Sartori (1983). «Polarization, Fragmentation, and Competition in Western Democracies», in Hans Daalder und Peter Mair (Hrsg.). *Western European Party Systems: Continuity and Change*. London: Sage, pp. 307–340.
- Sartori, Giovanni (1968). «The Sociology of Parties. A Critical Review», in Otto Stammer (Hrsg.). *Party Systems, Party Organizations, and the Politics of New Masses. Beiträge zur 3. Internationalen Konferenz über Vergleichende Politische Soziologie, Berlin, 15.–20. Januar 1968*. Berlin: Institut für politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin, pp. 1–25.
- Sartori, Giovanni (1976). *Parties and party systems. A framework for analysis*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schattschneider, E. E. (1975 [1960]). *The Semisovereign People. A Realist's View of Democracy in America*. London: Wadsworth.
- Schedler, Andreas (1996). «Anti-Political-Establishment Parties», *Party Politics* 2(3): 291–312.
- Schloeth, Daniel (1998). *Vor die Wahl gestellt. Erklärungen des Wahlverhaltens bei den Eidgenössischen Wahlen 1995*. Bern: Haupt.
- Schmitt, Hermann (1996). «Germany: A Bored Electorate», in Cees van der Eijk und Mark N. Franklin (Hrsg.). *Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union*. Ann Arbor: The University of Michigan Press, pp. 137–156.
- Schmitt-Beck, Rüdiger und Peter R. Schrott (1994). «Dealignment durch Massenmedien? Zur These der Abschwächung von Parteibindungen als Folge der Medienexpansion», in Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase (Hrsg.). *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag, pp. 543–572.
- Schuler, Martin und Rolf Nef (1983). *Räumliche Typologien des Schweizerischen Zentren-Peripherien-Musters*. NFP 5 Arbeitsbericht Nr. 35. Bern: Schweizerischer Nationalfonds.
- Sciarini, Pascal, Sibylle Hardmeier und Adrian Vatter (Hrsg.) (2003). *Schweizer Wahlen 1999 – Elections fédérales 1999*. Bern: Haupt.
- Seiler, Christophe und Andreas Steigmeier (1991). *Geschichte des Aargaus: Illustrierter Überblick von der Urzeit bis zur Gegenwart*. Aarau: Aargauer Tagblatt Verlag.
- Selb, Peter (2003). *Agenda-Setting Prozesse im Wahlkampf*. Bern: Haupt.

- Selb, Peter (2004). *A Spatial Approach to the Dynamics of Electoral Success*. Präsentiert am gemeinsamen Treffen der Arbeitsgruppe «Interkultureller Demokratievergleich» und der Ad-Hoc Gruppe «Politikwissenschaftlichen Methoden» der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW), Lüneburg, Oktober 2004.
- SVP Bern (1993). *75 Jahre SVP Kanton Bern*. Bern: SVP Kanton Bern.
- Swanson, David L. und Paolo Mancini (1996a). «Patterns of Modern Electoral Campaigning and Their Consequences», in David L. Swanson und Paolo Mancini (Hrsg.). *Politics, Media, and Modern Democracy. An International Study of Innovations in Electoral Campaigning and Their Consequences*. Westport: Praeger, pp. 247–276.
- Swanson, David L. und Paolo Mancini (Hrsg.) (1996b). *Politics, Media and Modern Democracy. An International Study of Innovations in Electoral Campaigning and their Consequences*. Westport: Praeger.
- Tillie, Jean (1995). *Party Utility and Voting Behavior*. Amsterdam: Het Spinhuis.
- Vatter, Adrian (2002). *Kantonale Demokratien im Vergleich: Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Warwick, Paul V. (2002). «Toward a Common Dimensionality in West European Policy Spaces», *Party Politics* 8(1): 101–122.
- Wattenberg, Martin P. (1991). *The Rise of Candidate-Centered Politics: Presidential Elections of the 1980s*. Cambridge: Harvard University Press.
- Wernli, Boris (1998). «Die Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung. Eine vergleichende Analyse von 10 Schweizer Kantonen», in Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Ulrich Klöti (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1995*. Berne: Haupt, pp. 73–100.
- Wipf, Hans und Adrian Knoepfli (2002). «Wirtschaft: Strukturen und Konjunkturen; Kapital und Arbeit», in Historischer Verein des Kantons Schaffhausen (Hrsg.). *Schaffhauser Kantonsgeschichte*. Band I. Schaffhausen: Historischer Verein, pp. 228–499.

Herausgeberverzeichnis

Simon Bornschier (1975) hat in Berlin und Paris Politikwissenschaft studiert. Er ist Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich und schreibt im Rahmen des Forschungsprojektes «Nationaler politischer Wandel in entgrenzten Räumen», das sich mit den Auswirkungen der Globalisierung auf nationale politische Konfliktstrukturen beschäftigt, eine Dissertation über den Aufstieg rechts-populistischer Parteien in Europa.

Marc Helbling (1977) hat an der Universität Lausanne und am Institut d'Etudes Politiques in Paris Politikwissenschaft studiert. Er ist Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich und für 2005/06 Visiting Scholar am Center for European Studies der New York University. Er schreibt seine Dissertation im Rahmen eines Nationalfondsprojekts über die Einbürgerungsprozesse in Schweizer Gemeinden. Seine Forschungsschwerpunkte sind Nationalismus, Nationen, Staatsbürgerschaft und Fremdenfeindlichkeit.

Hanspeter Kriesi (1949) ist seit 2002 Professor für vergleichende Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich und Direktor des CIS, des Zentrums für vergleichende und internationale Politik der beiden Zürcher Hochschulen. Zuvor hat er an den Universitäten von Amsterdam (von 1984 bis 1988) und Genf (von 1988 bis 2002) politisches Verhalten, vergleichende Politik und Schweizer Politik gelehrt. Gegenwärtig befasst er sich in seiner Forschung mit Fragen der Transformation europäischer Parteiensysteme, mit Fragen der politischen Strategien von staatlichen Stellen, Parteien, Verbänden und Bewegungsorganisationen sowie mit der Meinungsbildung der Bürger in Wahlen und Abstimmungen.

Romain Lachat (1975) ist Oberassistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich. Er hat Politikwissenschaft in Genf, Berlin, Lausanne und Zürich studiert. Er hat 2004 an der Universität Zürich promoviert über Dealignment und Realignment-Prozesse in nationalen Wahlen in Deutschland und in der Schweiz. Er arbeitet jetzt an einem Forschungsprojekt zu den Auswirkungen der Globalisierung auf das Wahlverhalten

und die Parteiensysteme in Westeuropa. Seine Forschungsschwerpunkte sind vergleichende Wahlanalysen und politische Psychologie.

Peter Selb (1971) ist Leiter der Schweizer Wahlstudie Selects und Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich. Er studierte Politikwissenschaft, Medien- und Kommunikationswissenschaft und Neuere Geschichte/Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Mannheim (Deutschland). 2002 promovierte er an der Universität Zürich über die themensetzende Wirkung der Massenmedien während der Kampagne zu den National- und Ständeratswahlen 1999. Sein Hauptinteresse ist die Wahlforschung.